



Stadträume

Offen und begrenzt,
gestaltet
und umkämpft

STADT
GESCHICHTE
BASEL

Stadträume

Stadträume

Offen und begrenzt, gestaltet und umkämpft

Juri Auderset	Daniel Krämer
Markus Bardenheuer	Robert Labhardt
Nathalie Baumann	Sonja Matter
Alexandra Binnenkade	Claudia Moddelmog
Jennifer Burri	Barbara Orland
Lisa Cronjäger	Markus Ritter
Martin Forter	Dominique Rudin
Lina Gafner	Marcus Sandl
Mirjam Hähnle	Hans-Ulrich Schiedt
Yves Hänggi	Niklaus Stettler
Daniel Hagmann	Yiğit Topkaya
Lea Katharina Kasper	Gerhard Vinken
Stefan Koslowski	Jakob Weber

Herausgegeben
von Esther Baur und Lina Gafner

Inhalt

- 8 Geleitwort zur Stadt.Geschichte.Basel
Esther Baur, Lina Gafner
- 11 Zur Einführung
- 18 Raumordnungen**
- 20 Grenzen, Interaktionen, Horizonte:
Zur Raumordnung Basels in der Frühen Neuzeit
(Marcus Sandl)
- 40 *Bildstrecke: Am Ufer*
(Daniel Hagmann)
- 52 Historische Schichten der Wassernutzung im Klybeck
(Jakob Weber)
- 57 Cholera: Statistik, Kartografie und die Neuordnung
des Stadtraums um 1850
(Lina Gafner)
- 68 Moderne Räume zeitloser Vergangenheit:
Die Sanierung der Altstadt
(Gerhard Vinken)
- 73 Feministische Stadtplanung in Basel
(Yves Hänggi)

82 Konflikträume

- 84 Aushandlungsraum Hardwald – zwischen Stadt und Land,
Waldweide und Industrie
(Mirjam Hähnle, Lisa Cronjäger)
- 101 Takt, Klang, Raum: Das Basler Frühläuten
am Anbruch der Moderne
(Markus Bardenheuer)
- 105 Die hochkulturelle Imprägnierung der Basler Innenstadt
(Stefan Koslowski)
- 118 *Bildstrecke: Vom Baum aus gesehen*
(Alexandra Binnenkade)
- 130 Experimentierfelder der Selbstbestimmung:
Freiräume in Basel, 1930–2000
(Dominique Rudin, Nathalie Baumann)
- 158 Das Klybeck – ein Stadtteil mit toxischer Hypothek
(Martin Forter)

168 Räume in Bewegung

- 170 Im Fluss: Rhein, Lachs und Stadtfischerei
am Dreiländereck, 1640–1798
(Barbara Orland)
- 189 Der kentaurische Pakt am Rheinknie:
Das Pferd als Arbeitstier in der Stadt
(Juri Auderset, Hans-Ulrich Schiedt)
- 194 Land wird Stadt: Stadterweiterung, Bodenspekulation
und Bodenbesitz, 1860–1912
(Robert Labhardt)
- 214 *Bildstrecke: Auf den Strassen*
(Daniel Hagmann)

- 224 Die automobilen Stadt
(Markus Ritter)
- 229 Basel am Bosphorus: Wasserprojekte eines Raumwandlers
(Yiğit Topkaya)

244 Begegnungsräume

- 246 Zugänge zum Verschlussenen:
Kanäle zwischen Kloster und Welt
(Claudia Moddelmog)
- 251 Familienarbeit und Küchenträume:
Hausfrauenpolitik und Basler Wohnungsbau im 20. Jahrhundert
(Jennifer Burri)
- 256 *Bildstrecke: Im Handel*
(Alexandra Binnenkade)
- 268 Nachts in Basel: Der Stadtraum nach Sonnenuntergang,
1890–1930
(Sonja Matter, Daniel Krämer)
- 288 Ein Hin und Her – das Kloster Klingental und seine Zinsleute
(Claudia Moddelmog)
- 294 Der Migrationsraum Basel–Türkei
(Robert Labhardt, Niklaus Stettler)
- 304 Globale Verflechtungen: Die Basler Handelskammer, 1876–1925
(Lea Katharina Kasper)

313 Anhang

- 314 Quellen- und Literaturverzeichnis
- 328 Bildnachweis
- 330 Personenregister
- 332 Autorinnen und Autoren
- 334 Dank

Geleitwort zur Stadt.Geschichte.Basel

Von den ersten Siedlungsspuren bis ins 21. Jahrhundert: Die neue Stadtgeschichte erzählt in neun Einzelbänden sowie einem Überblicksband die lange und bewegte Geschichte von Basel und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Das Projekt Stadt.Geschichte.Basel ermöglichte Geschichtsschreibung unter ungewöhnlichen und kreativen Bedingungen. Konzipiert für ein breites Publikum, wurde die neue Gesamtdarstellung von professionellen Forschenden aus der Archäologie und den Geschichts- und Kulturwissenschaften verfasst. Sie entstand nah an der Forschung, ohne ein universitäres Projekt zu sein, getragen von staatlichen und privaten Geldgebern, entwickelt im Kontakt mit der Bevölkerung. Nicht zuletzt macht die neue Basler Geschichte als erste Kantongeschichte der Schweiz ihre Forschungsdaten unter <https://forschung.stadtgeschichtebasel.ch> langfristig frei zugänglich.

Die seit den 1980er-Jahren bestehende Idee, eine neue, zeitgemässe Geschichte Basels zu erarbeiten, griff der Verein Basler Geschichte 2011 zusammen mit dem Departement Geschichte der Universität Basel auf. Kurz zuvor hatten bereits verschiedene parlamentarische Vorstösse dasselbe Ansinnen formuliert. Der politische Wille folgte 2016 dieser Bewegung, indem der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt zwei Drittel der budgetierten Mittel sprach.

Ein Team von über fünfzig Forschenden und Mitwirkenden aus der ganzen Schweiz sowie aus Deutschland, Österreich, Frankreich und weiteren Ländern setzte das ambitionierte Projekt um. Die acht chronologisch angelegten Einzelbände, der neunte Band zum städtischen Raum sowie der Überblicksband waren in der Wahl ihrer thematischen Schwerpunkte wie auch in der Gestaltung ihrer Kapitelstruktur weitgehend autonom. Sie sollten den spezifischen Charakter ihres jeweiligen Zeitraums berücksichtigen und eigene Schwerpunkte setzen, ohne einem festgelegten Raster zu folgen. Wichtig war die Möglichkeit, neue Themen einzubringen, die in älteren Gesamtdarstellungen fehlen. Das Projekt setzte zudem Akzente in Hinblick auf die *Longue durée*, also epochenübergreifende Prozesse über alle Bände hinweg, sowie mit drei aktuellen Forschungsperspektiven aus der Archäologie und den Geschichtswissenschaften: «Verflechtung und Multi-lokalität», «Mensch und Nichtmensch», «Kontinuitäten und Diskontinuitäten».

Der Blick auf «Verflechtung und Multilokalität» eröffnet die Chance, die Stadt in ihren regionalen, überregionalen, internationalen und globalen Bezügen und Zusammenhängen zu verstehen. Die Frage nach dem Verhältnis von «Mensch und Nichtmensch» lässt die Stadt zum Raum werden, in dem Menschen, Tiere und Dinge koexistieren, sich aber auch konkurrenzieren und gegenseitig prägen. Die Frage nach «Kontinuitäten und Diskontinuitäten» verlangt schliesslich ein Nachdenken über epochale Zäsuren. Denn mit der Festlegung von Anfang und Ende wird auch der Gang der Erzählung bestimmt. So können wichtige Ereignisse oder Einschnitte wie zum Beispiel die Reformation, die Kantonstrennung oder die beiden Weltkriege als Beginn oder Abschluss einer Entwicklung begriffen werden. Daher wurde entschieden, die einzelnen Bände nicht durch scharfe Zäsuren voneinander abzugrenzen, sondern vielmehr beide Perspektiven – Beginn und Abschluss – durch zeitliche Überschneidungen präsent zu halten.

Aufgrund des grossen Engagements des Vereins, der Unterstützung durch die Regierung, die Universität, das Departement Geschichte und die Vindonissa-Professur des Departements Altertumswissenschaften sowie dank der grosszügigen Förderung durch den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, verschiedene Stiftungen und Institutionen, Unternehmen und zahlreiche Einzelpersonen wurden die Voraussetzungen für die Erarbeitung einer neuen, umfassenden und zeitgemässen Darstellung der Geschichte Basels geschaffen. Dass diese schliesslich realisiert werden konnte, ist der ebenso kompetenten wie ungemein engagierten Arbeit aller Autorinnen, Autoren und Mitarbeitenden zu verdanken. Sie wurden dabei tatkräftig von den Herausgeberinnen und Herausgebern unterstützt, welche die inhaltliche Gesamtverantwortung für die einzelnen Bände trugen. Zusammen mit externen wissenschaftlichen Beraterinnen und Beratern brachten sie alle ihr Fachwissen, ihre Erfahrungen und Perspektiven samt einem hohen Mass an Engagement in das Projekt ein. Das Gleiche gilt für den Stiftungsrat, der mit grosser Verlässlichkeit dafür sorgte, dass die neue Stadtgeschichte gedeihen konnte. Nicht zuletzt gelang es dank der umsichtigen Arbeit der Projektleitung, das gleichermassen inhaltlich anspruchsvolle wie organisatorisch komplexe Projekt erfolgreich, termingerecht und in kollegialer Zusammenarbeit umzusetzen.

Zahlreiche Gedächtnisinstitutionen wie Archive, Bibliotheken, Museen und historische Vereine, darunter die Kantonale Denkmalpflege Basel-Stadt, die Archäologische Bodenforschung des Kantons Basel-Stadt, das Kantonale Grundbuch- und Vermessungsamt, das Historische Museum Basel und viele andere mehr, haben in vielfältiger Art und Weise zum Gelingen des Projekts beigetragen. Das Büro icona basel entwickelte eine Formsprache, die aktuelle Lesegewohnheiten

mit klassischen Gestaltungsprinzipien verknüpft, und der Christoph Merian Verlag trug in bewährter hoher Qualität die gesamte Organisation der Buchproduktion.

Ihnen allen möchten wir für die gute Zusammenarbeit und die schönen Erfahrungen, die wir im Rahmen des Projekts Stadt.Geschichte.Basel machen durften, sehr herzlich danken.

Im Namen des Stiftungsrats

Regina Wecker

Im Namen der Herausgeberschaft

Susanna Burghartz, Martin Lengwiler

Im Namen der Projektleitung

Patrick Kury

Zur Einführung

Esther Baur, Lina Gafner

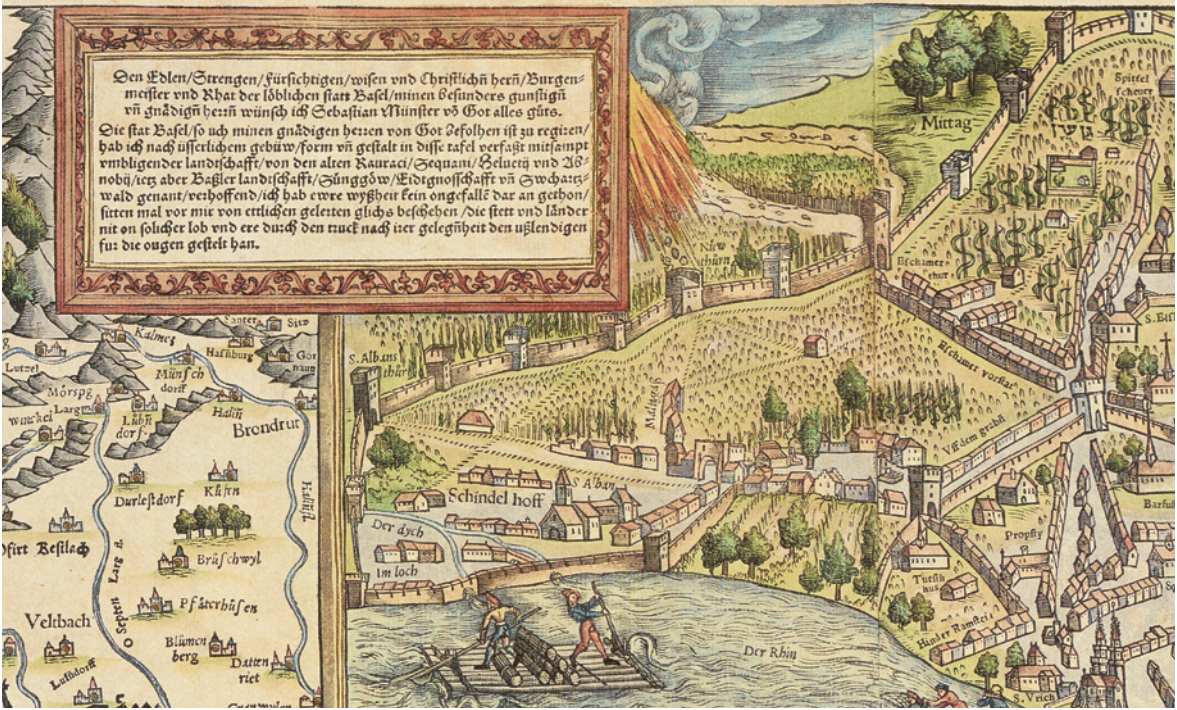
Am späten Nachmittag des 19. September 1526 wurde Basel von einer gewaltigen Explosion erschüttert. Ein Blitz hatte in einen Turm «an der stat graben zwischen dem Eschamarthor und St. Albanthor» eingeschlagen, in dem mutmasslich gegen fünfzig Tonnen Pulver und Schwefel lagerten. Die Explosion «zerschlug den mechtigen starcken durn usz dem erdrich hinweg, alsz ob kein durn nie dogestanden wer». Von der Wucht der Explosion wurden auch die angrenzenden Häuser und die Stadtmauer an der Malzgasse zerstört, so «esz bleip kein Stein bim andren». Etliche Opfer «schlug es in die lufft, das niemand wüst, wo sy hinkumen woren». Insgesamt verloren zwölf Menschen ihr Leben, es herrschte «grosz jomer und not».¹

Zwölf Jahre später erscheint das Ereignis auf der Karte <Die löblich und wyt berümpft Stat Basel und umbligender Landschaft nach warer Geographischer art beschribn> des Kosmografen Sebastian Münster von 1538 [1].² Diese aus heutiger Sicht geheimnisvolle Miniatur aus der Frühzeit der Raumdarstellung eröffnet den vorliegenden Band, der mit der Selbstverständlichkeit der chronologischen Geschichtsschreibung bricht und den Fokus der Erzählung auf den Raum legt.

Auf der Karte von Sebastian Münster ist die Explosion ein feuriger Strahl, der unter dunklen Wolken auf den Turm niedergeht. Steinbrocken fliegen hoch. Die Beschriftung «Nüw thurn» bestätigt, was wir auf der Miniatur (nicht) sehen: 1526 vollständig zerstört und in Rekordzeit von einem Jahr wieder aufgebaut, erfüllt der «Nüw thurn» im renovierten Mauerring erneut seine volle Funktion. Die Grenzstadt Basel ist wieder fest umschlossen.

Münsters Vogelschauplan ist eine der ersten Karten Basels, die «nach warer Geographischer art beschribn» ist, ein Novum für die damalige Zeit. Methodisch und technisch auf dem neuesten Stand, verwies Münster auf die Vermessungstechnik, den Zirkel gut sichtbar am unteren Bildrand platzierend [2]. Mit dem Massstab, der die Wegzeiten zu Fuss pro Masseinheit angibt, fügte er zur räumlichen noch die zeitliche Dimension hinzu: Distanzen sind (ver-)messbar, Wegzeiten berechenbar, und beides kommt hier gleichzeitig zur Darstellung. Mit Münster sehen wir, wie in der Frühzeit der Kartografie nicht nur vermessbarer Raum entsteht, sondern zugleich ein neuer Raum der Repräsentation, ein ikonisch und symbolisch kodierter Raum des Wissens und der Imagination.³ Vermessener

Landschaft nach warer Geographischer art beschriben durch



1 Sebastian Münster, «Die löblich und wyt berühmte Stat Basel und umbligender Landschaft nach warer Geographischer art beschriben» (Detail), 1538. — Die Karte zeigt Basel als eine von einem Mauerring umfasste befestigte Grenzstadt und zugleich ihre

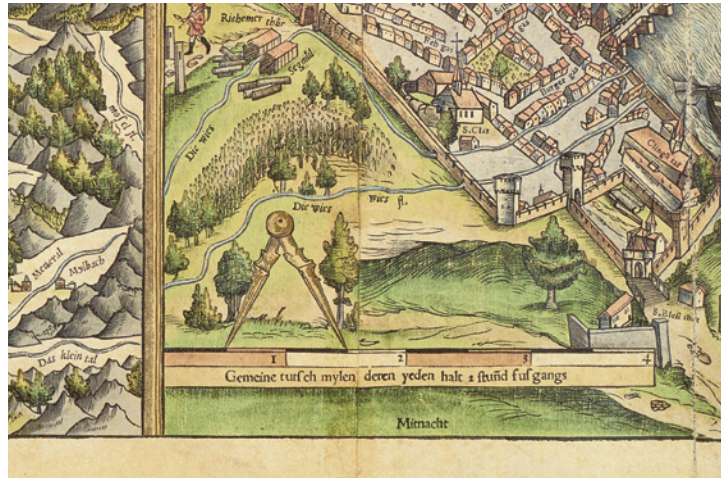
geografische Lage zwischen Breisgau, Sundgau und den eidgenössischen Gebieten. Die Miniatur rechts neben der gerahmten Widmung verweist auf die Katastrophe aus dem Jahr 1526, als der Turm explodierte.

Raum, begehbare und durchmessbare Räume, vergangene und gegenwärtige Zeit überlagern sich in einer Darstellung und formen sich zu einer Erzählung.

Bewegliche Räume – dynamische Stadt

Die Einsicht, dass Raumgeschichte immer auch eine (Medien-)Geschichte der Visualisierungs- und Darstellungstechnologien von Raum ist, hat die Konzeption des Bandes von Anfang an begleitet, ebenso die Auffassung, dass Raum nicht als autonomes Gebilde oder gar Behälter betrachtet werden soll. Der Band fokussiert den städtischen Raum als heterogenes und instabiles Gebilde, das, aus der Interaktion von Lebewesen und Dingen hervorgebracht, sich laufend verändert. Ausgehend von mehr oder weniger stabilen geografischen und materiellen Gegebenheiten formieren sich städtische Räume in einem Setting von konkurrierenden

2 Detail der Karte. — Mit der Darstellung des Zirkels am unteren Kartenrand verweist Münster explizit auf neue Methoden der geografischen Vermessung des Raumes. Der Messbalken stellt die Distanz in Meilen dar, die Beschriftung liefert die Zeitangabe für eine zu Fuss zurückgelegte Meile.



Praktiken, tradierten oder neuen Wissensformen und Technologien, beweglichen oder starren Machtgefügen.⁴ Raum ist gemacht. Die Dynamiken der Verräumlichung und die Wechselwirkungen von stabilisierenden und destabilisierenden Faktoren interessieren hier mehr als die oft nur scheinbare bauliche Kontinuität.⁵

Wenn Sebastian Münster zwei Zeitschichten – die Zerstörung des Turms und seine umgehende Instandsetzung – übereinanderlegt, dann nutzt er die Karte nicht zur blossen Abbildung einer momentanen Situation, sondern auch als Erzählmedium und Medium der Imagination. Er erzählt uns von der Instabilität räumlicher Verhältnisse und nimmt vorweg, dass gegen den Lauf der Dinge – und Gottes Wille – auch eine noch so exakte Karte nicht ankommen kann.⁶ Die Stadtbefestigung, dies verdeutlicht er in wenigen, aber drastischen Strichen, war elementar wichtig für die Stadt. Umso bedrohlicher war ihre plötzliche Zerstörung.

Die Mauern begrenzten die Stadt, versprachen Sicherheit gegen Angriffe von aussen. Nebst der physischen Hürde zur Abschreckung oder Verteidigung schufen sie eine Trennung oder Begrenzung, und sie trennten den Innenraum vom Aussenraum der Stadt, das Diesseits vom Jenseits – bei aller Durchlässigkeit der Mauern an den Toren oder anderen, eher unerwünschten Stellen. Es sind diese Grenzen und Übergänge, die Raum definieren und Territorien bilden, nicht als starre und unbewegliche Begrenzungen, sondern als Raumordnungsprinzip – physisch, symbolisch, administrativ oder politisch. Auch die Konzipierung des Bandes begann mit der Frage nach der Bedeutung der Grenze als elementares Ordnungsprinzip für die Definition, die Wahrnehmung und die Darstellung von Raum. Wenn die räumliche Dimension in einer Reihe zur Stadtgeschichte implizit

angelegt und grundlegend ist, dann stellt dieser letzte Band der Reihe die Frage, was mit dem Stadtraum gemeint ist.

In unserem alltäglichen Sprachgebrauch ist oft und in unterschiedlichen Bedeutungszusammenhängen und Dimensionen von Räumen die Rede. Der uns direkt umgebende Raum ist für den Körper sinnlich erfahrbar. Doch je ausgedehnter die Räume, desto mehr nähern sie sich in unserem Empfinden einer abstrakten Grösse.⁷ Mit einer veränderten Tiefenschärfe, einem neuen Fokus treten die Ausengrenzen Basels, tritt der Mauerring in den Hintergrund, und die Stadt erscheint als Geflecht aus einer Unzahl von kleineren und grösseren, sich teilweise überlagernden Räumen. Die zuvor noch klar umrissene Einheit ‹Stadt› löst sich in Vielteiligkeit auf und es eröffnet sich ein Blick auf die Komplexität und Dynamik städtischen Lebens in seiner räumlichen Anordnung.

Die Schleifung des Mauerrings im Zeitalter der Moderne ab 1860 markiert eine grundlegende Verschiebung in der Idee der ‹Stadt›. Für lange Jahrhunderte war sie ein kompaktes, eingehogtes und durch ein feines Netz von Binnengrenzen strukturiertes Gebilde gewesen. Eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung stellte fundamental andere Anforderungen an diesen Raum. Die Städte in dieser Zeit wuchsen jetzt über ihre jahrhundertealten Strukturen hinaus, entwickelten sich zu industriellen Zentren, zogen stärker denn je Migrationsbewegungen an, wurden zu Projektionsflächen gesellschaftspolitischer Utopien und Dystopien. Dem zunehmend unüberblickbaren Wachstum der Städte stellte sich die Stadtplanung entgegen. In Stadtkonzepten, auf Plänen und als Modell liess sie neben dem realen Stadtraum eine in die Zukunft gedachte Stadt, einen Möglichkeitsraum entstehen. Durch diesen vorausschauenden und lenkenden Blick auf die Entwicklung einer Stadt spielte sich ein neuer Umgang mit dem Raum ein: Räume wurden zониert, saniert, harmonisiert und funktionalisiert, ihnen wurde ein Wert beigemessen, mit ihnen wurde spekuliert. Der Raum als Konzept fand Eingang in die Verwaltung und durchlief dort eine steile Karriere. Seit dem späten 20. Jahrhundert wächst an der Schnittstelle von realem Stadtraum und Möglichkeitsraum der virtuelle Raum, der den Umgang mit Stadt in den kommenden Jahrzehnten noch einmal tiefgreifend verändern wird.

Erzählungen über den städtischen Raum

Der Fokus auf das Räumliche einer Stadt verändert in der Geschichtsschreibung Frage und Antwort, lässt neue Narrative entstehen. Doch welche davon sind besonders interessant? Welche Geschichten können davon erzählen, dass Raum

nicht einfach Kulisse ist? Reibung und Veränderung im Räumlichen manifestieren sich in vielfältigen Spannungsfeldern: im Gegensatz zwischen öffentlichen Räumen und privater Stube; im Nebeneinander von menschlichen und tierischen Lebensräumen in der Stadt; in der Forderung nach Freiraum und dem Anspruch nach Regulierung und Planbarkeit des Stadtraums; in Tag- und Nachtraum, zugänglichen und versperrten Räumen, stabilen und temporären Räumen, Stadtzentrum und Peripherie, ländlichen und urbanen Zonen. Aus diesen Spannungsfeldern geht städtischer Raum als etwas hervor, das dauernd in Verhandlung und Veränderung steht, dauernd Konflikten und Neuordnungen ausgesetzt ist. Das dezidierte Neudenken der Erzählung von Stadtgeschichte liess ein Kaleidoskop entstehen, das die Beweglichkeit städtischer Räume und den unerschöpflichen Reichtum dessen vorführt, was Stadtgeschichte sein kann.

Der Band bündelt 21 Text- und vier Bildbeiträge, die diesen Reichtum an räumlichen Konstellationen, Bezügen und Dynamiken exemplarisch, aber in keiner Weise abschliessend thematisieren, in vier Hauptkapitel: Raumordnungen, Konflikt Räume, Räume in Bewegung und Begegnungsräume. Die vier Kategorien, je mit einer kurzen Einleitung versehen, öffnen analytische Perspektiven auf den Raum und sollen die Lektüre der Beiträge bereichern. Die Beiträge erzählen von verschiedenen Zeiträumen, doch nicht zufällig beschäftigen sich viele mit dem 19. Jahrhundert und der während des Anbruchs der Moderne besonders spannungsvollen Veränderung des Stadtraums. Manche Texte sind ausgedehnt, andere sind kurz und pointiert. In den Bildstrecken werden die Leser:innen zudem eingeladen, sich auch explizit mit dem Bild des Stadtraums auseinanderzusetzen. Jede Bildstrecke entwickelt eine eigene Erzählung, die aus der historisch korrekten Chronologie ausbricht und auf ausführliche Bildlegenden verzichtet, um stattdessen den assoziativen, inhaltlichen und kompositorischen Reichtum der Bilder auszuloten. Trotzdem wird deutlich, dass jedem Bild und jeder Fotografie ein eigener Blickwinkel und eine spezifische historische Perspektive eingeschrieben ist.

Anmerkungen

- 1 Fridolin Ryff in der Basler Chronik, 1514–1541, zit. nach Kaufmann 1949.
- 2 Fischer 2007. Helmig; Matt 1991.
- 3 Dünne 2011.
- 4 Löw 2017.
- 5 Rau 2013. Roskamm 2017.
- 6 Kittsteiner 1995.
- 7 Rau 2013.

Anschluss 48

St. Alban-Graben

Schweiz. Bankver

Aeschenvorstad

1045
T

Elisabethenstrasse

Steinberg

Anschluss 47 a



Raumordnungen

Ohne Grenzen keine Stadt – keine Stadt ohne Grenzen. Sie schaffen und definieren den Raum und ermöglichen erst die Unterscheidung der Stadt von ihrer Umgebung. Grenzen trennen das Innen und Aussen, Diesseits und Jenseits, Hier und Dort. Als elementare Form von Ordnung strukturieren Grenzen auch die städtischen Binnenräume als Räume mit eigenen Funktionen, Ordnungen oder Nutzungsszenarien, die sich wandeln, überlagern, auflösen oder verschieben können. Stadtraum ist dichter besiedelt als jede andere bekannte Siedlungsform. Menschen, Tiere und Dinge leben in enger Nachbarschaft und gemeinsamer Nutzung. Hier wirken Kontrolle, Verwaltung, Zonierung und Überwachung gegen die Unordnung, das Unübersichtliche und Überkommene, gegen Schmutz, Gestank, Lärm, Aufruhr und Revolte. Das Spannungsfeld Ordnung – Unordnung ist nirgends so ausgeprägt und zugleich so labil wie in der Stadt. Deshalb ist Stadt nie fertig und sind ihre Ordnungen nicht von Dauer.

Grenzen, Interaktionen, Horizonte: Zur Raumordnung Basels in der Frühen Neuzeit

Marcus Sandl

An der Schwelle zum 19. Jahrhundert liess der Basler Verleger Heinrich Bienz eine Lithografie seiner Heimatstadt anfertigen. Sie präsentiert einen vom Münsterhügel aus entworfenen Rundumblick, der vom St. Johannquartier im Westen über das auf der nördlichen Rheinseite liegende Kleinbasel bis zur St. Alban-Vorstadt im Osten reicht [3]. Die obere Hälfte des Bildraums nimmt der Himmel ein, die untere wird, abgesehen von ein paar Schattenwürfen, vom Rhein als einer leeren Fläche dominiert. Zu erkennen sind von links nach rechts: die französische Kirche, das Rheintor und die Rheinbrücke, in der Bildmitte die nahezu lückenlose Befestigung Kleinbasels, die dahinterliegenden Türme von St. Clara, des Riehentors und von St. Theodor und schliesslich das St. Alban-Tor und der Turm von St. Alban. Hinter der Stadtbebauung am Horizont über den Dächern und dem Fluss entlang zeichnen sich einzelne Behausungen, bewaldete Hügel und Berge ab. Laut Legende handelt es sich dabei um die Vogesen und den Schwarzwald mit dem Feldberg als seiner höchsten Erhebung.

Bienz' Lithografie zeigt Basel vor der Industrialisierung. Fabrikgebäude und -schornsteine, Arbeiterquartiere und motorisierte Fahrzeuge fehlen. Dennoch besitzt die Stadtansicht etwas Modernes, Zukunftsweisendes. Das liegt an der gewählten, um 1800 überaus populären Darstellungsform des «Panoramas». Seine Originalität besteht darin, dass es die Subjektivität des Betrachters betont und sich damit dem natürlichen Sehen annähert. Gleichzeitig verzerrt es die Umrisslinien von Stadt und Landschaft und erweckt den Eindruck einer zentrifugalen Bewegung an den Bildrändern. So weitet sich das Gesichtsfeld bis zum Horizont und tendiert dazu, ins Unendliche zu gehen.¹ In der perspektivischen Öffnung und Dynamisierung des Basler Stadtraums deutet sich dessen reale Ausweitung im 19. Jahrhundert an: eine schnell anwachsende Bevölkerung, die daraus folgende Bebauung ehemals ländlicher Gebiete und Spekulation mit Grund und Boden, ermöglicht durch die Schleifung der Stadtmauer und die Erschliessung des Umlandes durch neue Verkehrs- und Kommunikationstechnologien.

Durch die Dynamisierung des Raums antizipiert das Panorama die Zukunft der Stadt, die als eine offene, tendenziell unendliche Entwicklung betrachtet werden kann. Im gleichen Zug macht das Panorama aber darauf aufmerksam, dass



3 «*Vue prise sur la terrasse derrière la Cathédrale de Basle (dite Pfalz)*», Lithografie von **Heinrich Bienz Sohn, um 1800.** — Das Panorama lässt die Betrachtenden in den Bildraum eintreten und involviert sie in das Bildgeschehen. Es verändert damit die seit der Renaissance

dominierende Zentralperspektive, die zwar ebenfalls den Eindruck eines dreidimensionalen Raumes entstehen lässt, die Betrachter:innen jedoch vom Gesehenen abrückt und Distanz herstellt.

sich in der bestehenden Stadt die Vergangenheiten wie Zeitschichten auftürmen. Im Kontrast zur Weite des Horizonts, der auf das Kommende verweist, erscheint das historische Basel eng und verwinkelt. Räumliche Begrenztheit und Geschlossenheit sind das Signum des Vergangenen. Doch lässt sich der Darstellung keine Ablehnung des Alten oder gar die Forderung nach einem radikalen Bruch entnehmen. Raum und Zeit erscheinen als Kontinuum. Um Basels Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zu verstehen, so die Botschaft des Panoramas, gilt es beides – Raum und Zeit – miteinander in Bezug zu setzen.

Folgt man dieser Einsicht, so lässt sich in der Räumlichkeit der Stadt Basel ihre Geschichte lesen und damit ein neuer Blick auf die Zeit vor 1800 werfen. Die Betonung der Horizontlinie in Bienz' Panorama verweist im Umkehrschluss zunächst einmal auf die Bedeutung der Grenze in der Vormoderne. Inbegriff der vormodernen Grenze ist die Stadtmauer. Sie trennt Stadt und Umland und schafft die Voraussetzung, im Innern der Stadt weitere Grenzen zu ziehen und Menschen und Dingen ihren Platz zuzuweisen. Durch Grenzziehung und Verortung entsteht also erst einmal eine Raumordnung. Diese ist keineswegs statisch und nicht selten umkämpft. Sie korrespondiert zudem mit bestimmten Praktiken der Einrichtung und Bewirtschaftung von städtischen Räumen. Durch kollektive Handlungen, Inszenierungen und Aufführungen werden bestehende Räume belebt, verändert und neu geschaffen. Raumordnung und Raumökonomie gehören also zusammen

und prägen den Bereich innerhalb der Stadtmauer. Das Verhältnis der vormoder-
nen Stadt zu ihrem Aussen unterliegt hingegen anderen Regeln. Da die Vormoder-
ne die Entgrenzung des Panoramas noch nicht kennt, wird das Aussen als das
Andere – als ‹Umgebung› – in den innerstädtischen Horizont integriert. Die
räumliche Einheit der Stadt bleibt dadurch lange Zeit erhalten, lässt aber auch
Eigendynamiken entstehen, welche die bestehende Raumökonomie gefährden.
Für Basel um 1800 sind gerade sie von wesentlicher Bedeutung.²

Grenzen ziehen und verorten

Was Basel als Stadt ausmachte, seine Besonderheiten im Vergleich zu anderen
Städten sowie seine Bedeutung für die Region am Oberrhein, interessierte die
Menschen schon vor Bienz. Besonders Stadtpläne waren beliebte Medien der
Selbstvergewisserung. Berühmt geworden ist der Merianplan, der Anfang des
17. Jahrhunderts entstand und Basel – wie es für die Frühe Neuzeit charakteristisch
war – aus der Vogelperspektive präsentierte. Schon 1538 hatte Sebastian Münster
eine ganz ähnliche Karte von Basel angefertigt [4]. Sie zeigt, ebenfalls aus der
Vogelschau, eine Stadt, die eine etwa fünfeinhalb Kilometer lange, turmbewehrte
Mauer vom Umland trennt. Im Innern befinden sich grössere und kleinere Ge-
bäude, Strassen, Plätze, Gassen und Gärten.³ Markant treten der Rhein, die Rhein-
brücke und farblich exponierte, mit arabischen Ziffern versehene Bauten hervor:
das Münster sowie weitere Kirchen und Klöster, Befestigungsanlagen, das anhand
seines Turms erkennbare Rathaus am Kornmarkt und das Zeughaus am Peters-
platz. In einer Legende werden der Nummerierung folgend die Namen dieser und
weiterer Bauwerke genannt. Menschen sind in der Stadt keine zu sehen; nur Schif-
fe befahren den Rhein.

Münster war offenkundig vor allem daran interessiert, die baulich-archi-
tektischen Gegebenheiten der Stadt zu zeigen. Diese Gegebenheiten standen
indes nicht für sich selbst, sondern für eine bestimmte Lebensform. Sie bildeten
die Voraussetzung für eine Gesellschaftsordnung, die im vormodernen Europa nur
in der Stadt – und nur als Stadt – möglich war. Basel war zunächst Bischofssitz
gewesen, konnte sich aber schon im Laufe des Mittelalters immer mehr von sei-
nem geistlichen Stadtherrn emanzipieren. Die Basel verliehenen Freiheiten und
Privilegien definierten es als eine Vereinigung von Bürgern, die sich zum Zwecke
des friedlichen Zusammenlebens und allgemeinen Besten aus eigenem Recht eine
Ordnung geben durften. Stadtrechtliche Regelungen legten zudem Verfahrens-
weisen fest, durch die kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden konn-

4 Vogelschauplan von Basel, Kupferstich von Sebastian Münster, 1538. — Münsters Vogelschauplan erschien im sechsbändigen Werk *«Civitates Orbis Terrarum»*, das zwischen 1572 und 1618 von Georg Braun in Köln verlegt wurde. Es gab mit ganzseitigen und grösstenteils kolorierten Kupferstichen einen umfassenden Überblick über die Städte der Welt um 1600 und bot den zeitgenössischen Leser:innen damit die Möglichkeit, nicht nur Europa, sondern auch Afrika, Asien und Amerika kennenzulernen.



ten. Basel besass dementsprechend eine durch die Bürgerschaft gewählte Versammlung, die sich aus dem Kleinen und dem Grossen Rat zusammensetzte, sowie eine Stadtregierung, an deren Spitze der Bürgermeister und der Oberstzunftmeister als Stadtoberhäupter standen. Die Bürgerschaft selbst organisierte sich in korporativen Zusammenschlüssen und Gruppen – den Zünften und den Kleinbasler Ehrengesellschaften, die politische und ökonomische Rechte besaßen, aber auch vielfältige Pflichten zu erfüllen hatten.⁴

Das Basler Stadtrecht stand im engen Zusammenhang mit dem Raum. Die Freiheiten und Privilegien, aus denen es ursprünglich resultierte, definierten *«Stadt»* als Ausnahme vom Regelfall adeliger Landesherrschaft. Entsprechend hingen die politische Organisation und Repräsentation der Bürgerschaft von ihrer Fähigkeit ab, eine reale Grenze zu ziehen. Der Stadtbann umfasste ein Gebiet, in dem städtisches Recht galt und das über die Stadtmauern hinausreichte. Die Stadtmauern hatten zunächst einmal militärische Bedeutung, erfüllten aber auch



5 Gesamtansicht von Gross- und Kleinbasel von Nordosten, Kupferstich, um 1620. — Während die frühneuzeitlichen Vogelschaupläne die horizontale Anordnung von Gebäuden, Strassen und Plätzen zeigen und dadurch ihre Lage zueinander verdeutlichen, vermitteln seitliche Stadtprospekte wie der hier abgebildete Kupferstich einen Eindruck von den Höhenunterschieden und Bauelementen einer Stadt.

eine rechtlich-politische Funktion. So waren es die Stadttore, an welchen Übergänge zwischen den beiden unterschiedlichen Räumen organisiert und kontrolliert wurden – und die Aussenbeziehungen der Stadt an wenigen Punkten zu lokalisieren waren.

Mit der Fähigkeit, Grenzen zu ziehen, war, wie sich hier zeigt, eine zweite raumordnende Kompetenz verbunden: die Verortung. Sie bestand in der Möglichkeit, politischen, aber auch religiösen, sozialen oder ökonomischen Aktivitäten einen konkreten Platz zuzuweisen. So war das Rathaus das klar definierte politische Zentrum der Stadt. Zu festgelegten Zeiten fand sich hier die Bürgerschaft in Gestalt ihrer gewählten männlichen Vertreter zusammen. Wenn die Ratsglocke

rief, durften die Ratsmitglieder nur aus triftigen Gründen fehlen. Vollständige Anwesenheit – ein nur im geschlossenen Ratssaal zu kontrollierender Grundsatz – galt als obligatorisch. Dasselbe lässt sich für die Zünfte und die drei Kleinbasler Ehrengesellschaften beobachten. Jede der achtzehn Basler Zünfte besass ein Zunfthaus, in dem Zusammenkünfte stattfanden, interne Angelegenheiten geregelt und Zunftmeister und Ratsvertreter bestimmt wurden. Auch die Häuser der Vorstadtgesellschaften – eine neben den Zünften existierende Verwaltungsebene, welche die Stadterweiterung seit dem Mittelalter abbildete – waren nicht nur Verwaltungssitze, sondern wirkten auch identitätsstiftend.⁵

Neben dem politisch-weltlichen existierte ein geistlich-religiöser Stadtraum,⁶ den jede Ansicht Basels von Weitem vermittelte. Nicht weltliche Gebäude, sondern die zahlreichen Kirchtürme dominierten den Raum [5]. Auch innerhalb der Stadt wurden zentrale Blickachsen und Plätze durch Kirchengebäude geprägt.⁷ Als grösste Pfarrkirche bildete das Münster den religiösen Mittelpunkt Grossbasels. Weitere Pfarrkirchen mit eigenem Kirchspiel waren unter anderem St. Leonhard und St. Peter. Kleinbasel besass mit St. Theodor eine eigene Pfarrkirche. Die in der Stadt gelegenen Klöster verloren hingegen nach der Reformation ihre geistlichen Funktionen. Sie wurden teils verkauft und umgebaut, teils in ihrer Grundstruktur belassen und für ökonomische Zwecke genutzt. Im letzteren Fall wurden sie Teil der ökonomischen Raumordnung, die durch die Märkte dominiert wurde. Auf dem Kornmarkt wurden zu festgelegten Zeiten, eingeläutet durch eine Glocke, landwirtschaftliche Produkte verkauft. Auf dem Barfüsserplatz fand der Tiermarkt statt.⁸ Das zwischen Freier Strasse und Gerbergasse gelegene Kaufhaus wiederum war ein privilegierter Ort für Geschäfte mit Handelsgütern und verarbeiteten Produkten. Auch das Kaufhaus besass eine eigene, schriftlich kodifizierte Ordnung und unterschied sich damit von anderen Markttorten.

Der Stadtraum war also klar strukturiert. Die Obrigkeit nutzte Raumqualitäten, insbesondere die Möglichkeiten der Grenzziehung und Verortung, zur Organisation und Kontrolle der Menschen und ihrer Aktivitäten in der Stadt. Dieser Ordnungswille betraf neben Politik, Religion und Wirtschaft auch das soziale Leben. Wichtige soziale Räume waren Wirtshäuser, Weinstuben und Herbergen. Sie wurden in zahlreichen Erlassen und Mandaten zum Gegenstand obrigkeitlicher Aufsicht gemacht und mittels Öffnungszeiten, Zugangsberechtigungen, Ausschanklizenzen oder die Aufnahme von Fremden im Detail geregelt. Dass der obrigkeitliche Regulierungswille gerade in diesem Bereich an Grenzen stiess, dokumentieren zahlreiche Gerichtsakten, die Konflikte in Wirtshäusern behandeln. Das Stadtgericht Basel mit Sitz im Rathaus beschäftigte sich immer wieder mit

Beleidigungs- und Gewaltdelikten, und der Rat nahm die Wirte und Zunftvorsteher in die Pflicht, in ihren Räumen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie waren gegebenenfalls auch auskunftspflichtig, wenn es um obrigkeitskritische und ordnungsgefährdende Äusserungen und Handlungen der Gäste ging.⁹

Eine lückenlose obrigkeitliche Kontrolle des öffentlichen Raums war in der Frühen Neuzeit freilich nicht möglich. Überall dort, wo sich Menschen trafen und Begegnungen stattfanden, konnten Unruhen entstehen und die soziale Ordnung infrage gestellt werden. Neben Wirtshäusern bildeten vor allem die Stadttore, die Rheinbrücke, die Märkte sowie die zentralen Plätze mit ihren zahlreichen öffentlichen Brunnen Hotspots sozialer und häufig auch konflikthafter Interaktionen. Dem Blick der Obrigkeit entzogen war generell der private Bereich der Wohnungen, Häuser, Hinterhöfe und Gärten. Vor allem Küchen, die sich in den ärmeren Quartieren mehrere Familien teilten, Stuben und durch Mauern und Hecken abgegrenzte Aussenbereiche waren Räume für nachbarschaftlichen Austausch. Verbreitet war das gemeinsame Arbeiten während der Wintermonate. In sogenannten Lichtstuben – meist waren das die Küchen – trafen sich Frauen aus der Nachbarschaft, um zu spinnen oder andere Arbeiten zu verrichten.¹⁰ In privaten Räumen wurde allerdings nicht nur geselliges Beisammensein gepflegt, sie waren auch Orte von Streitigkeiten und Schlägereien. Insbesondere die Schwellen zwischen dem privaten und öffentlichen Raum boten Konfliktstoff.¹¹ Auseinandersetzungen entzündeten sich beispielsweise häufig an den Fenstern und Türen der Privathäuser. Sofern diese vor Gericht landeten, kam wiederum die Obrigkeit ins Spiel. Von ihr wurde in solchen Fällen nicht nur der Schutz vor physischen Übergriffen eingefordert, auch das Verlangen, private Räume vor Geruchsbelästigung oder nachbarlicher Neugier zu schützen, artikuliert sich häufig.

Während der Wintermonate trafen sich Frauen in «Lichtstuben» zum Spinnen

Die Sinne spielten in der Raumwahrnehmung und -konstitution der vor-modernen Stadt im Übrigen in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Gerüche, Geräusche, Blicke – all das war Teil urbaner Räumlichkeit. Die Regelungsdichte in diesen Bereichen war entsprechend hoch. Durch die Präsenz von Handwerk und Gewerbe ergab sich in der Stadt eine Art Geruchstopografie. Geruchsintensiv war beispielsweise die Arbeit der Gerber, die an Gewerbekanälen wie dem Rümelinbach im Norden sowie am Riehenteich in Kleinbasel angesiedelt waren.¹² Als besonders geruchsbelästigend wurden zudem auch die den Gerbern benachbarten Färber wahrgenommen, die mit Substanzen wie Urin und Schneckensekreten hantierten. Die Fischerei wiederum hatte ihre Plätze in den flussnahen Quartieren; vor allem der Fischmarkt war ein weiterer Raum mit ganz eigenen Gerüchen.¹³

Akustisch war der Stadtraum vor allem durch die Kirchenglocken geprägt.¹⁴ Sie strukturierten den Alltag, läuteten zu festlichen und allen herausragenden Anlässen und waren der omnipräsente Klangspiegel der vormodernen Stadt. Lärm durch Hufgetrappel oder nächtliche Gesänge betrunkenen Studenten hingegen bildeten ein stets beklagtes und rechtlich sanktioniertes Ärgernis. Auch die Klänge und Geräusche der Stadt sollten sich der obrigkeitlichen Kontrolle nicht entziehen. So bedeutete die Regulierung von Marktzeiten durch die Marktglocke immer auch die Regulierung eines (zeitlich befristeten) städtischen Klangraums. Die zahlreichen Menschen, die sich auf dem Markt bewegten und feilschten, das lautstarke Anpreisen der Waren durch Kaufleute und Marktfrauen, Tierlaute und Wagen Geräusche – all das gehörte zum Marktgeschehen, ebenso das Ausrufen von Waren in den Gassen und auf den Plätzen. Eine bedeutende Position hatten die sogenannten Weinrufer, die lauthals die von Lokal zu Lokal variierenden Weinpreise verkündeten und so für Kundschaft sorgten.¹⁵

Ähnliches wie für Hörgalt für Sehräume. Mittels prominent platzierter Symbole und Bilder besetzte der Rat die Stadt auch visuell.¹⁶ Symbole wie der Basler Bischofsstab waren auf der Rheinbrücke und den Stadttoren zu finden, an denen überdies mechanische Uhren angebracht waren. Auf diese Weise markierte die Stadt Grenzen und Übergänge und steckte so den eigenen Herrschaftsraum für Einheimische wie für Fremde ab. Zahlreiche figürliche Bilder an der Schauseite öffentlicher Gebäude ergänzten diese Symbolik. Hier ging es auch um eine Repräsentation des Reichtums und der Grösse der Stadt sowie der eigenen Wehrhaftigkeit. Seit dem Mittelalter war rheinseitig am Brückentor auf Grossbasler Seite ein Reiterbild als Allegorie der eigenen militärischen Stärke zu sehen. Auch auf den Fassaden von Privathäusern fanden sich figürliche, ebenfalls meist allegorische Darstellungen, mit denen sich die Besitzer:innen öffentlich präsentierten. Im Herrschaftszentrum, dem Rathaus, visualisierte komplementär dazu ein ausgesuchtes Bildprogramm politische Tugenden und städtische Traditionen.¹⁷

Zusammenfassend erscheint die vormoderne Stadt Basel als ein Neben- und Miteinander von Orten und Räumen mit genau zugeschriebenen Funktionen. Dabei konnten die gleichen Orte durchaus mehrere Aufgaben übernehmen. So war das Rathaus ein geradezu multifunktionaler Ort, an dem Politisches, Wirtschaftliches und Soziales zusammentrafen.¹⁸ Dies entsprach dem obrigkeitlichen Anspruch, von einem Zentrum aus ein Tableau von Räumlichkeiten und Funktionen zu schaffen, das die Kontrolle der Stadt und die Ordnung ihrer Gesellschaft erleichterte. Verortung und Abgrenzung waren indes nicht allein obrigkeitliche Strategien, sondern auch Gegenstand von privaten Aushandlungen und Auseinan-

dersetzungen. Immer wieder artikulierten sich auch Konflikte innerhalb der Bürgerschaft oder zwischen dem Rat und der Bürgerschaft im und durch den Raum. Räume wurden besetzt, neu codiert, Grenzen verschoben oder überschritten. Der Raum war mit anderen Worten nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern erhielt seine jeweilige Ordnung durch raumsetzende Handlungen und Praktiken.

Räume einrichten und bewirtschaften

Wie sehr die gesellschaftliche Ordnung des vormodernen Basel mit Raumeignung und Raumveränderung verbunden war, zeigt ein Vorfall, der im Zusammenhang mit dem sogenannten 1691er-Wesen stand und als der «grosse Kuechlitag» in die Annalen der Stadt eingegangen ist.¹⁹ Der «Kuechlitag» war eines der einschneidendsten politischen Ereignisse der Basler Geschichte vor 1800. Während einer Grossratsitzung im Frühjahr 1691 drangen Männer aus der Bürgerschaft (die meisten stammten aus den Zünften) ins Rathaus ein und besetzten «alle Stuben, Gänge und Treppen». Die Aktion richtete sich gegen die zunehmende Oligarchisierung und herrschende Korruption, die im Laufe des 17. Jahrhunderts immer wieder beklagt worden war. Nun aber schien das Mass voll. Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, griffen die Männer zum «Mittel der Einsperrung»: «Alle Gatter und Zugänge des Rathhauses» wurden «beschlossen, versperrt [und] bewacht».²⁰ Sie setzten somit bei der bestehenden räumlichen Ordnung an, verkehrten jedoch den exklusiven Zutritt zum Ratssaal ins Gegenteil, indem sie die Ratsmitglieder daran hinderten, den Raum zu verlassen und sich mit Essen und Trinken zu versorgen. In einer Steigerung dieses hochsymbolischen Aktes bereiteten sich die Protestierenden mit den im Rathaus vorgefundenen Lebensmitteln ein üppi- ges Mahl zu, das sie den Ratsmitgliedern vorher verweigert hatten.

Im Juni desselben Jahres wiederholte sich das Geschehen noch einmal. Diesmal gingen die Protestierenden allerdings weiter: Sie sprengten «die Thüre der Wachstube unterm Rathhause mit Blöcken» auf, verteilten die vorgefundenen Waffen und zogen in kleineren Gruppen lärmend und lachend durch die Stadt. Damit hatten die Aufständischen zusätzlich den Stadtraum übernommen. Als Symbol dieser Aneignung wurden die Zunftfahnen als «Triumphzeichen» aus den Fenstern der Zunfthäuser gehängt.²¹ Öffentliche und insbesondere politische Räume waren, wie dieses Beispiel verdeutlicht, nicht einfach vorhanden, sondern wurden immer wieder neu hergestellt und eingerichtet. Dazu dienten symbolische und performative Handlungen, die häufig den Charakter von Aufführungen und Inszenierungen besaßen. Einer solchen Inszenierung musste mit einer Art

Hinrichtung eines aufständischen Arztes

Die Hinrichtung, die am 28. September 1691 auf dem Kornmarkt stattfand, ist von Johann Rudolf Huber bildlich dokumentiert worden. Hubers Bild zeigt nichts anderes als eine Ausführung. Im Zentrum ist eine Holzbühne zu erkennen. Auf der Bühne – zeitgenössisch *Theatrum* genannt – hat sich ein mit einem Langschwert bewehrter Scharfrichter aufgebaut. Ihm zu Füßen kniet ein Delinquent mit entblösstem Oberkörper. Es handelt sich, wie der Bildtitel verrät, um Johannes Fatio, einen bekannten Basler Arzt. Am selben Tag wurden zwei weitere Anführer enthauptet, die im Titel genannten Konrad Mosis und Johann Müller. Zahlreiche Beobachter:innen säumen den Platz. Dazu gehören zwei Geistliche, die am Ausgang zur Bühne stehen, Soldaten, welche die Bühne umringen, sowie der Reichsvogt vor dem Rathaus mit einem Richtstab in der Hand. Über ihm aus den Rathausfenstern blicken erwartungsvoll die Ratsherren. Auch einige Bürger, die sich

auf dem Platz versammelt haben, verfolgen das Geschehen. Ein zeitgenössischer Bericht informiert uns zudem, dass schon Fatio's Weg zur Hinrichtungsstätte die Aufmerksamkeit der städtischen Öffentlichkeit gefunden hatte. Als er vom Spalenturm-Gefängnis zum Schafott geführt wurde, säumten die Einwohner:innen Basels demnach in engen Reihen den Weg.²² Nach «Criegs Manier» wurde der Delinquent, begleitet von Bewaffneten aus allen Quartieren, mit «Dromen u. Pfeiffen» vorgeführt.²³ Das gesamte Szenario hatte schon von Beginn an etwas Bühnen- und Schauspielhaftes. Dies setzte sich auch nach der Enthauptung fort. Nachdem Fatio's Rumpf zu Boden gefallen war, ergriff der Scharfrichter den abgeschlagenen Kopf, um ihn – «zum Spectacul» des Publikums – «auf das Richtstühlein» zu legen. Später wurde Fatio's Haupt «zu jedermanns Schrecken u. Exempel an einer eisernen Stangen aufgesteckt» und noch lange am Rheintor zur Schau gestellt.²⁴



6 Hinrichtung von Johannes Fatio, Konrad Mosis und Johann Müller am 28. September 1691 auf dem Marktplatz, Gemälde von Johann Rudolf Huber, um 1700.

Gegen-Inszenierung begegnet werden, um die vermeintlich verloren gegangene, ursprünglichere Ordnung wieder herzustellen. So endete das 1691er-Wesen, das durch die Besetzung des Rathauses und die symbolische Inbesitznahme der Plätze und Gassen durch die Aushängung von Zunftfahnen einen neuen politischen Raum geschaffen hatte, mit einem ebenso performativen Akt vonseiten der Obrigkeit: Der Rat liess die Rädelsführer auf dem zentralen Stadtplatz öffentlich hinrichten [6].

Obwohl es im Verlauf der Vormoderne ein einmaliges Ereignis blieb, macht das Beispiel des 1691er-Wesens nicht nur die symbolische Dimension der vormodernen Raumkonstitution deutlich, sondern auch ihre Körperbezogenheit. Der gemarterte und zerteilte Körper des Delinquenten war ebenso wichtig wie die körperliche Anwesenheit und Präsenz der vielen anderen Personen. Explizit forderte der Rat die Bürgerschaft auf, sich zur Hinrichtung vollständig vor dem Rathaus zu versammeln. Mit seinen 14 000 Einwohner:innen war Basel Ende des 17. Jahrhunderts ein überschaubarer Kosmos.²⁵ Der kleine Teil, der das Bürgerrecht besass, kannte sich selbstverständlich persönlich und war überdies häufig familiär miteinander verbunden.²⁶ Man begegnete einander auf dem Marktplatz, in der Kirche oder im Rathaus und tauschte sich von Angesicht zu Angesicht aus. Trotz einer zunehmenden Verschriftlichung einiger Bereiche, etwa der Verwaltung, der Gesetzgebung und des Fernhandels, war dies die wichtigste Form der städtischen Kommunikation.²⁷ So verwundert es nicht, dass nicht nur das gesprochene Wort, sondern der Körper als Ganzes mit all seinen Sinnen und sinnlich wahrnehmbaren Ausdrucksmöglichkeiten eine wichtige soziale Funktion hatte.

Zum Raum bekam der Körper indes vor allem dann eine enge Beziehung, wenn sich viele Menschen begegneten und es zu einer alle Sinne umfassenden Kommunikation kam. Dies war nicht nur zu seltenen Anlässen wie einer Hinrichtung der Fall, sondern auch bei sich wiederholenden Gelegenheiten wie beispielsweise dem Gottesdienst. Bis weit ins 18. Jahrhundert war der sonntägliche Kirchenbesuch eine religiöse Pflicht, deren Vernachlässigung erhebliche soziale Folgen haben konnte. Als körperlicher Interaktionszusammenhang war er bis ins Detail reguliert. Dabei fungierten sowohl die Körper der Anwesenden als auch der Kirchenraum als Ordnungsmedien. Eindrucksvoll wird dies in einer 1650 entstandenen, von Johann Sixt Ringle angefertigten Darstellung des Innenraums des Münsters vorgeführt [7].

Diese Beziehung von Räumen und Körpern kann man als Bewirtschaftung des Raums bezeichnen. Hier fungierte die Kirchenarchitektur als eine Art Bühne, also wiederum als *Theatrum*, das durch den Gottesdienst belebt wurde und eine

umfassende Wirkung entfaltete. Auf einer analogen Korrelation von Raum und Körpern basierten viele Ereignisse, die strukturbildende Bedeutung in der städtischen Gesellschaft hatten: neben Hinrichtungen auch Zunftversammlungen, Bürgermeisterbegräbnisse, Geburtstagsfeiern, Festmahle, Empfänge oder Herrschereinzüge. Auch das wichtigste politische Ereignis, die jährlich im Juni wiederkehrenden Ratswahlen, war eine Kombination von Raumorganisation und Inszenierung der Körper oder besser: eine Abfolge raumkonstituierender Aufführungen.

Die Wahlen begannen mit einem Gottesdienst im Münster, an dem alle Ratsmitglieder teilnahmen²⁸ – auch diejenigen, die noch zu wählen waren. Wobei es sich nicht um echte Wahlen handelte, sondern um eine Art turnusgemässe Ablösung zweier aus einem feststehenden Personenkreis zusammengesetzter Gruppen. Nach dem Gottesdienst formierten sich alter und neuer Rat auf dem Münsterplatz zu einer Prozession, die feierlich zum Rathaus zog. Dort schlossen sich die Räte zu einer Klausur in den Ratssaal ein. Der entscheidende Akt, die Wahl des neuen durch den alten Rat, erfolgte hinter verschlossenen Türen. Er blieb den Blicken der Bürgerschaft entzogen. Erst eine Woche später, am folgenden Sonntag, wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Um halb sieben versammelten sich die alten und neuen Häupter, Ratsherren und Vertreter der Zünfte in Amtstracht vor dem Rathaus und zogen in hierarchischer Ordnung Richtung Petersplatz [44]. Dort angekommen, verkündete der alte Bürgermeister feierlich den Wahlvollzug. Die Gewählten wurden namentlich bekannt gegeben und mit Kränzen ausgezeichnet. Als Höhepunkt des jährlichen Wahlrituals folgte zuletzt die Vereidigung des neuen Rates. Vor der versammelten Bürgerschaft – Vollständigkeit war ein Muss – wurde die Macht damit auch offiziell vom alten auf den neuen Rat übertragen.

Vom Beginn des Gottesdienstes im Münster über die Prozessionen durch die Stadt bis zum Eid auf dem Petersplatz hatten die Wahlen den Charakter einer kollektiven Aufführung. Inszeniert wurde dabei weniger die Übergabe der Macht als vielmehr die Macht an sich, die in der Anwesenheit der Bürgerschaft zum Ausdruck kam. Ja mehr noch, durch den öffentlich geleisteten Amtseid verwandelten sich die vielen Körper der Anwesenden in einen einzigen kollektiven politischen Körper, den Körper der Stadt. Der <Schwörtag> brachte in diesem Sinne die Macht, um deren Verteilung es ging, erst hervor. Geschehen konnte dies nur unter räumlich konkreten Bedingungen. Das Münster und das Rathaus, die städtischen Gassen und Strassen, schliesslich der Petersplatz schufen die Möglichkeit, dass die anwesenden und interagierenden Menschen das, was sie aufführten, auch herstellten: die politische Einheit und Ordnung der Stadt.²⁹ Die Stadt insgesamt wurde zum *Theatrum*.

Die Ordnung der Stadt im Münster

Johann Sixt Ringles symmetrisch entlang der Kirchenlängsachse aufgebautes Bild zeigt den Gottesdienst als ein heute noch geläufiges durchkomponiertes Ganzes, das Architekturen, Menschen und Dinge umfasst [7].³⁰ Den Rahmen des Geschehens bildet das breite spätromanische Kirchenschiff. In der oberen Bildmitte ist der Chor mit seinen Glasfenstern zu sehen. Perspektivischer Fluchtpunkt ist der steinerne Altar, der sich vor dem Hintergrund des «blauen Lettners» mit seinen auffälligen Dreiecksmustern, Bögen und Wappen farblich abhebt. Die Sitzordnung der Gemeindeglieder ist indes nicht auf den Altar ausgerichtet. Von den vier Sitzblöcken im Hauptteil des Schiffes sind nur zwei dem Chor zugewandt, während die anderen zwei in die entgegengesetzte Richtung weisen. Zudem gibt es Sitzreihen entlang der Hochschiffwände, die wiederum quer zu den vier Blöcken stehen. Auf diese Weise entsteht eine Vierteilung, die zusätzlich zur Längsachse eine Querachse sichtbar macht. Auf der rechten Seite dieser Querachse – zentral im Mittelschiff – steht die Kanzel, von welcher der Pfarrer, hier Münsterpfarrer Theodor Zwinger, das Wort Gottes verkündet. Auf der linken Seite – ihm gegenüber – lässt sich die Orgel von 1528 erkennen, die vor und nach der Predigt im Rahmen des Kirchengesangs zum Einsatz kam.³¹ Ringle betont mit seiner Bildkomposition den engen Zusammenhang von Kirchenraum und religiösem Ereignis. Der Raum wird belebt durch die Körper der Anwesenden, den Kirchengesang, die Fürbitten und Lesungen, Gebete

und Predigten. Diese Belebung erfolgt unter Voraussetzungen, die der Raum und seine Einrichtung vorgeben. Sie ereignet sich somit unter Bedingungen, die eine bestimmte Ordnung implizieren. Dazu zählt erstens die Geschlechterordnung, die in Ringles Darstellung leicht an der Kleidung zu erkennen ist. Die Frauen tragen mit Pelz besetzte Kappen sowie eine «Sturz» genannte Haube, die viele von ihnen auch als Schleier verwendeten,³² die Männer Hut und Halskrause. Zweitens gibt es eine soziale Ausdifferenzierung. Da Angehörige wohlhabender Familien für «Stuhlrechte» zahlen konnten, konnten sie sich durch an den Bänken angebrachte Türen und Schranken von ihren Nachbar:innen abgrenzen. Der Kirchenraum war also auch ein Ort sozialer Distinktion, was immer wieder Streitigkeiten um Sitzpositionen auslöste. Festgelegte Stuhlprivilegien hingegen gab es für die politische Elite. Die Bürgermeister (unter ihnen zu dieser Zeit Johann Rudolf Wettstein), Oberstzunftmeister und wichtigsten Entscheidungsträger durften sich im sogenannten Häuptergestühl von 1598 niederlassen. Auf Ringles Darstellung sieht man es im linken unteren Bildviertel besetzt mit Männern, die sich durch Kleidung und Amtsinsignien von den anderen Gottesdienstbesucher:innen deutlich unterscheiden. Mit seiner imposanten Größe und dem reichen plastischen Schmuck bot das Häuptergestühl den Herrschenden die Möglichkeit, sich wöchentlich in Szene zu setzen und die politische Hierarchie der Stadt für alle sichtbar und wahrnehmbar zu machen.



7 Innenansicht des Münsters mit Blick gegen den Chor, Gemälde von Johann Sixt Ringle, 1650.

Umgebungen herstellen

Zurück zur Grenzziehung und ihrer grundlegenden Manifestation, der Grenzsetzung durch die Stadtmauer. Seit 1230 die ‹innere› und nach dem Erdbeben Ende des 14. Jahrhunderts die ‹äussere› Stadtmauer errichtet worden war, die auch Kleinbasel und die zwischenzeitlich gewachsenen Vorstädte einschliesslich zahlreicher Weiden, Felder und Gärten umfasste, war der Stadtraum klar definiert. Die Grenzsetzung ermöglichte zum einen die innere Einrichtung des städtischen Raums, schuf zum anderen aber auch die Voraussetzung für die Organisation des Raums vor der Mauer, die ihn zu einer für die Stadt zuträglichen ‹Umgebung› machte. Um ihn herzustellen, musste zunächst das städtische Herrschaftsgebiet ausserhalb der Stadtmauern bestimmt und buchstäblich abgesteckt werden. Seit dem ausgehenden Mittelalter geschah dies durch Grenzsteine [8].³³ Ihre Setzung war ein aufwendiger, wiederum performativer Akt, der mit allen betroffenen Herrschaftsträgern vereinbart, bezeugt und in jährlichen Grenzbegehungen bestätigt



8 Basler Grenzstein, 1779. — Um Grenzen festzusetzen und auf Dauer zu stellen, wurde in der Frühen Neuzeit auf zwei Verfahren zurückgegriffen. Zum einen wurden Grenzsteine wie der abgebildete gesetzt, der seit 1779 die Gemeindegrenze zwischen Kleinbasel und Kleinhüningen markierte. Zum anderen wurden Grenzprotokolle, Karten und Pläne erstellt, auf die bei häufig vorkommenden Grenzstreitigkeiten zurückgegriffen werden konnte.

werden musste. Im Laufe der Frühen Neuzeit entstand zudem Kartenmaterial, das die gesetzten Grenzsteine verzeichnete.

Zum unmittelbaren Herrschaftsraum Basels gehörte neben dem vor den Stadtmauern liegenden Stadtbann die Landschaft. Sie schloss sich im Norden, Süden und Osten an die Stadt an, während im Westen unmittelbar Frankreichs Hoheitsgebiet angrenzte. Die Herrschaft über die Landschaft wurde durch gewählte Landvögte ausgeübt, die auf den Schlössern ihrer jeweiligen Verwaltungsgebiete Wohnsitz nahmen oder zumindest nehmen sollten. Sie stellten die Durchsetzung der städtischen Erlasse und Ordnungen sicher, sorgten zusammen mit den ebenfalls aus der Stadt kommenden Pfarrern für die Seelsorge, sammelten Informationen über die landschaftlichen Verhältnisse und erledigten eigenständig administrative und richterliche Aufgaben. Ihr Hauptgeschäft bestand jedoch im Einzug von Bodenzinsen und Zehnten, die aus den städtischen Rechten und Besitztümern resultierten. Zu diesem Zweck standen ihnen sogenannte Urbare und Bereine zur Verfügung, die wie die späteren Grundbücher die bestehenden Besitzverhältnisse an Grund und Boden verzeichneten. Auch Karten bildeten wichtige Medien, mit denen sich Basel den landschaftlichen Raum erschloss. Um die Landschaft der städtischen Herrschaft verfügbar zu machen, wurden also Techniken, Verfahrens-

weisen und Medien entwickelt, die den belebten in einen abstrakten oder neutralen Raum umwandelten, der eine Überblicksperspektive ermöglichte.

Raumabstraktionen waren auch in anderer Hinsicht von Bedeutung, wenn es darum ging, Umgebungen herzustellen. Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert hatte sich eine geometrische Perspektive auf den Raum entwickelt, die insbesondere die zeitgenössische Militärarchitektur revolutionierte. Basel war hiervon unmittelbar betroffen. Im Laufe des 17. Jahrhunderts entstand im nahe gelegenen Kleinhüningen eine französische Festungsanlage, die zwar im Wesentlichen gegen Habsburg-Österreich gerichtet war, aber auch für Basel eine ernsthafte Bedrohung darstellte. Die Festung war vom französischen Baumeister Vauban als Bastionsanlage konzipiert worden. Sie folgte einem aus der Vogelperspektive entworfenen rationalen Grundriss, dessen Ziel es war, einerseits einen möglichst effektiven Schutz gegen feindlichen Artilleriebeschuss zu bieten, andererseits aber auch den Eindruck der Uneinnehmbarkeit zu vermitteln und dadurch Macht zu demonstrieren. Die ‹mediale› Funktion der Festung bestand also darin, mit militärisch-architektonischen Mitteln ein Zentrum zu schaffen, von dem aus das Umland beherrscht werden konnte [9 | 74].

Auf die permanente Bedrohungssituation, die sich schon im Laufe des Dreissigjährigen Kriegs erheblich verschärft hatte, reagierte Basel mit Plänen, die mittelalterliche Stadtmauer mit Bastionen zu verstärken oder gar die gesamte Anlage zu ersetzen. Die Planungen erstreckten sich über Jahrzehnte, ohne dass es je zu einer Umsetzung kam.³⁴ Neben den Kosten einer solchen Anlage waren es vor allem taktische Überlegungen, die den Rat von einem Bau abhielten. Aus seiner Sicht war es letztlich klüger, eine Politik zu verfolgen, welche die Stadt aus den Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Grossmächten heraushielt, als sie durch einen Festungsbau militärisch zu exponieren. Auch diese Politik folgte dem Prinzip, Umgebungen herzustellen, also zwischen Stadtraum und seinem Umland Grenzen zu ziehen, die es in diesem Fall ermöglichten, neutral zu bleiben. Die Stadt nahm immer wieder Kriegsflüchtlinge auf und trieb Handel mit den Kriegsparteien, entzog sich aber allen Versuchen, sie militärisch auf die eine oder andere Seite zu ziehen. So nah die Kriegsschauplätze auch waren, für die Stadt blieben sie aus eigenem Interesse periphere Geschehen. Damit gab Basel auch für die Eidgenossenschaft insgesamt, die den regionalen Bezugsrahmen des baslerischen Kalküls bildete, die politischen Parameter vor.

Basels Politik während des Dreissigjährigen Kriegs zeigt nochmals exemplarisch, dass die Herstellung von Umgebungen zwei Seiten hatte. Zum einen mussten Grenzen gezogen, zum anderen aber auch Übergänge und Austauschbeziehungen



9 «Grundriss der Gegend am Rhein bey und unterhalb Basel», Kupferstich von Emanuel Büchel, 1737. — Zur Medialität des Festungsbaus gehörten nicht nur die Festungen mit ihren beeindruckenden Bollwerken selbst, sondern auch bildliche Darstellungen, die den Machtanspruch unterstrichen. Büchels Karte von 1737 verdeutlicht die raumgreifende Architektur und Konzeption der französischen Bastion.

organisiert werden. Dies galt ebenso für den städtischen Alltag und seine politischen Herausforderungen. Hier kamen wieder die Stadttore ins Spiel, die für viele Politikfelder von zentraler Bedeutung waren. Durch ihre Öffnung und Schliessung konnten Güter- und Warenflüsse ebenso wie die Migrationen von Menschen gesteuert werden, auch bei Seuchen- und Pestgefahr [24]. Unerwünschte Entwicklungen konnten so buchstäblich ausgeschlossen, erwünschte Prozesse gerade durch die Organisation räumlicher Übergänge befördert werden. Letzteres war der Fall bei der Seidenbandproduktion, die sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert

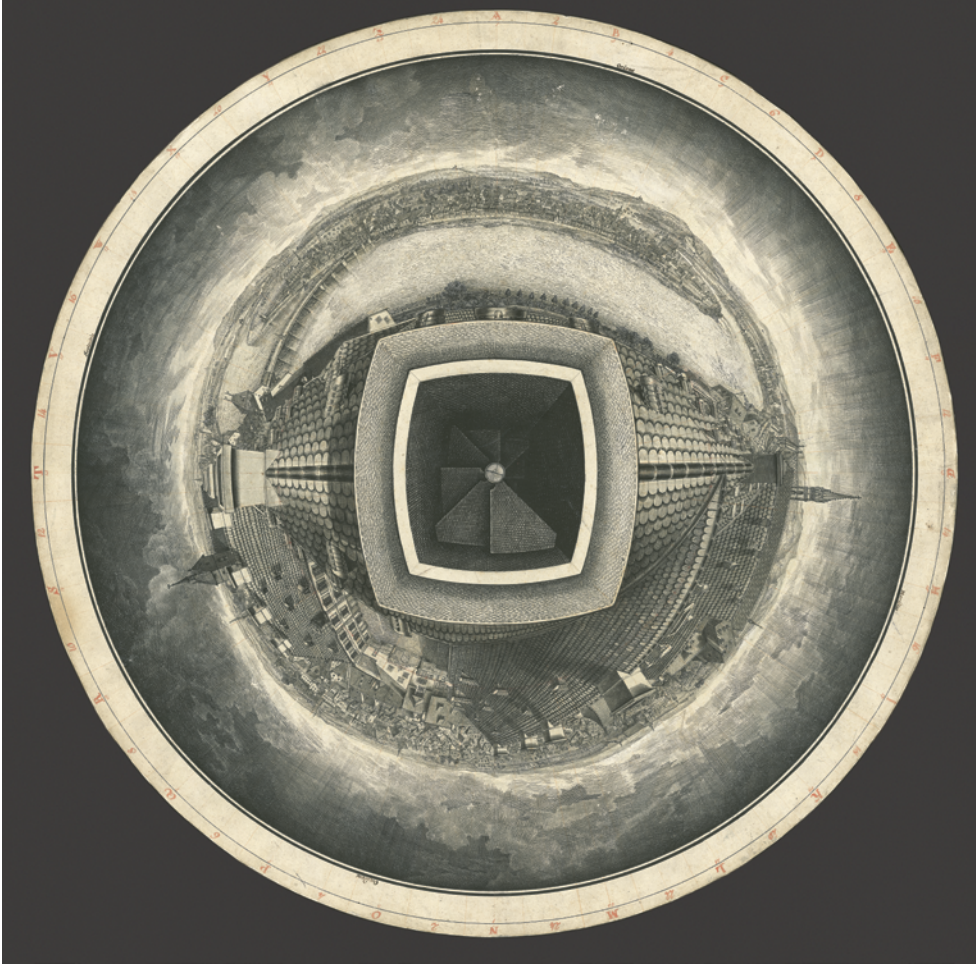
schnell entwickelte. Städtische Fabrikanten und Händler nutzten in Abstimmung mit der Ratsmehrheit die Chance, auf der Landschaft mithilfe sogenannter Bündelmühlen Produktionsweisen zu implementieren, die in der Stadt aufgrund der Zunftverfassung weitgehend verboten waren. Auf dem Weg vom Rohmaterial bis zum fertigen Produkt wurde die Grenze zwischen der Stadt und der Landschaft wiederholt überschritten. Die Differenz zwischen Stadt und Land fortlaufend produktiv zu machen, war gewissermassen das Erfolgskonzept der Basler Seidenbandproduktion und sorgte für ihre erfolgreiche Expansion.³⁵

Letztlich waren es die Seidenband- und die wenig später hinzukommende Indienne-Produktion, welche die über Jahrhunderte bestehenden Raumordnungen und -beziehungen sprengten.³⁶ Im Laufe des 18. Jahrhunderts weiteten sich die Absatzmärkte für Basler Waren rasch aus. Die Basler Fabrikanten begannen ihre

Die Indienne-Produktion sprengte die bestehende Raumordnung

Verbindungen zu den grossen europäischen Handelsstädten zu intensivieren und in vielen von ihnen eigene Niederlassungen zu errichten, die von ihren Angestellten und Verwandten geleitet wurden. Basler Bürger zogen nach Frankfurt, Antwerpen oder Nantes, einige wanderten auch in die Kolonien in Übersee aus, wo sie sich am afrikanischen Sklavenhandel oder an der westindischen Zuckerproduktion beteiligten. Es entstand ein wirtschaftliches Beziehungsgeflecht, das Basel mit ganz Europa und zahlreichen aussereuropäischen Orten verband. Neben der Zirkulation von Geld und Waren kam es hier auch zum Austausch von theoretischem Wissen und praktischen Kenntnissen. So beruhte der Erfolg der Basler Textilindustrie nicht zuletzt darauf, dass die Basler Fabrikanten Verfahrensweisen und Muster des indischen Baumwolldrucks rezipierten und adaptierten. Damit agierten sie buchstäblich in einem neuen Raum, in dem Grenzziehungen und Verortungen kaum mehr eine Rolle spielten, sich wechselseitig überlagernde Relationen und dynamische Beziehungen aber umso bedeutsamer waren.

Blickt man auf die Effekte der letztgenannten Entwicklungen im und für den Stadtraum im engeren Sinne, so zeigt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits änderte sich bis um 1800 wenig, was die überkommenen Praktiken der Grenzziehung, Lokalisierung und Einrichtung von Räumen betraf. Andererseits entstanden nun neue Orte, die diese Raumordnung gewissermassen von innen aufbrachen. Dazu zählten die Kontore der Fabrikanten mit ihren Lagern von Materialien und Gütern, die in alle Welt exportiert wurden. Auch die Kanzleien, die komplizierte Geld- und Warentransaktionen organisierten und die Beziehungen mit den im Ausland lebenden Verwandten und Kunden pflegten, fielen aus dem bestehenden Rahmen. Durch sie bekam die Welt einen Ort in der Stadt. Viele Fabrikanten



10 Zirkumpolares Horizontalpanorama der Stadt Basel, Federzeichnung von Lukas Sarasin, Samuel Werenfels, Franz Feyerabend, 1787. — Ein Kamin des «Blauen Hauses» ist in dieser Federzeichnung das Zentrum einer 360-Grad-Umsicht auf Basel, seine Umgebung und die Welt.

knüpften hier auch privat an und demonstrierten beispielsweise durch den Kauf von exotischen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen ihre Weltläufigkeit. So richtete der Seidenbandproduzent Achilles Leisler in seinem Basler Sommerpalais ein chinesisches Zimmer mit exotischen Wandtapeten und Objekten ein.³⁷ Zwar wäre es falsch, in den Chinoiserien schon eine Globalisierung der Stadt im modernen Sinne zu sehen, aber sie liessen sich auch nicht mehr ohne Weiteres in das Tableau von vormodernen Raumordnungen und Raumpraktiken integrieren.

Weite und Zukunft

Noch bevor die Epochenwende tatsächlich eintrat und die Grenzen der vormoder-
nen Stadt sprengte, konnte sie vorhergesehen werden – nicht als Veränderung der
Zeiterfahrung, sondern der Raumwahrnehmung. Damit zurück zum Ausgangs-
punkt dieser Überlegungen: dem Panorama als der neuen, um 1800 entstandenen
Form der Stadt- und Landschaftsdarstellung. Bis dahin dominierten zwei andere
Perspektiven, Stadträume zu visualisieren: der Stadtprospekt, der eine wirklich-
keitsnahe, monoperspektivische Ansicht präsentierte, sowie die Draufsicht, also
die Vogelschau. Beide Visualisierungsformen, Prospekt und Vogelschau, standen
in engem Verhältnis zu den Raumqualitäten, die in Basel bis um 1800 eine heraus-
ragende Rolle spielten: durch das Setzen von Grenzen ein Innen von einem Aussen
zu trennen sowie Menschen und Dingen einen Ort zu geben.

Das Panorama beruhte dagegen auf einer gänzlich anderen Raumkonzep-
tion. In seiner Rundumsicht wurde die Begrenzung aufgehoben beziehungsweise
die Grenze in Richtung Horizont und damit ins Unendliche verschoben. Noch
konsequenter als bei Bienz setzte dies ein bereits 1787 entstandenes Basler Pano-
rama um [10].³⁸ Das von Franz Feyerabend angefertigte Bild zeigt einen 360-Grad-
Rundumblick von der Kaminplattform des Blauen Hauses, das dem Fabrikanten
Lucas Sarasin gehörte. Die Stadt und ihr Umland schrumpfen dabei auf einen in-
neren Kreis zusammen, der durch einen zweiten äusseren Kreis, den Horizont,
umfasst wird. Es entsteht der Eindruck einer Erdkugel. Dieser Eindruck ist ursäch-
lich mit der Zentrierung des Bildes um einen subjektiven Betrachter verbunden.
Der Bildbetrachter wird also in das Bild hineingenommen. Somit verschiebt sich
die Frage nach dem Innen und Aussen sowie nach der Verortung in den Bereich
der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Das Panorama versinnbildlicht damit das
Ausgreifen des menschlichen Subjekts – hier des Fabrikanten – auf die ihn um-
gebende Welt. In diesem Sinne dynamisiert das Medium Panorama nicht nur das
Raumverständnis, sondern auch das Weltverhältnis. Eine offene Zukunft der Stadt
zeichnet sich in ihm ab.

Am Ufer

Daniel Hagmann

Johann Peter Hebel hat es 1806 treffend beschrieben: «Z Basel an mym Rhy [...] Land und Wasser iberal». Basel ist eine Stadt am Ufer. Wer dem Rheinufer entlang stromaufwärts spaziert, entdeckt, wie sich hier Grenzen und Identitäten im Wechselspiel der Kräfte verschieben. Der Uferraum ist ein unsteter Raum, in dem sich die Dynamik von Natur und Gesellschaft, Hochwasser und Promenadenlust, von Warenumschatz und Jugendkulturen, Ausfluss und Kontrollverlust überlagern. Je älter die Gemälde, Zeichnungen und Fotografien vom Rheinufer sind, desto stereotyper widerspiegeln sie Stadtansichten, Panoramen und Fassadenfluchten. Man muss den überlieferten Bildvorrat genau betrachten, um am Rande der Postkartenansichten und in den Nischen der Reportagefotografie zu entdecken, wie Menschen den Uferraum gestalteten, belebten, liebten und fürchteten. Auch auf jüngeren Fotografien ist das Ufer selten als Arbeitsraum abgebildet. Auf einem Rheinpanorama von 1874 ^[12] ist eine einsame Wäscherin am Ufer platziert, wohl vor allem aus ästhetischen Gründen. Heutige Bildbetrachtende hingegen finden hier – mit Blick auf die Abwasserrohre und Fabrikamine – einen Hinweis auf die alltägliche Nutzung des Uferraums, auf Vorstellungen und Praktiken von Sauberkeit.



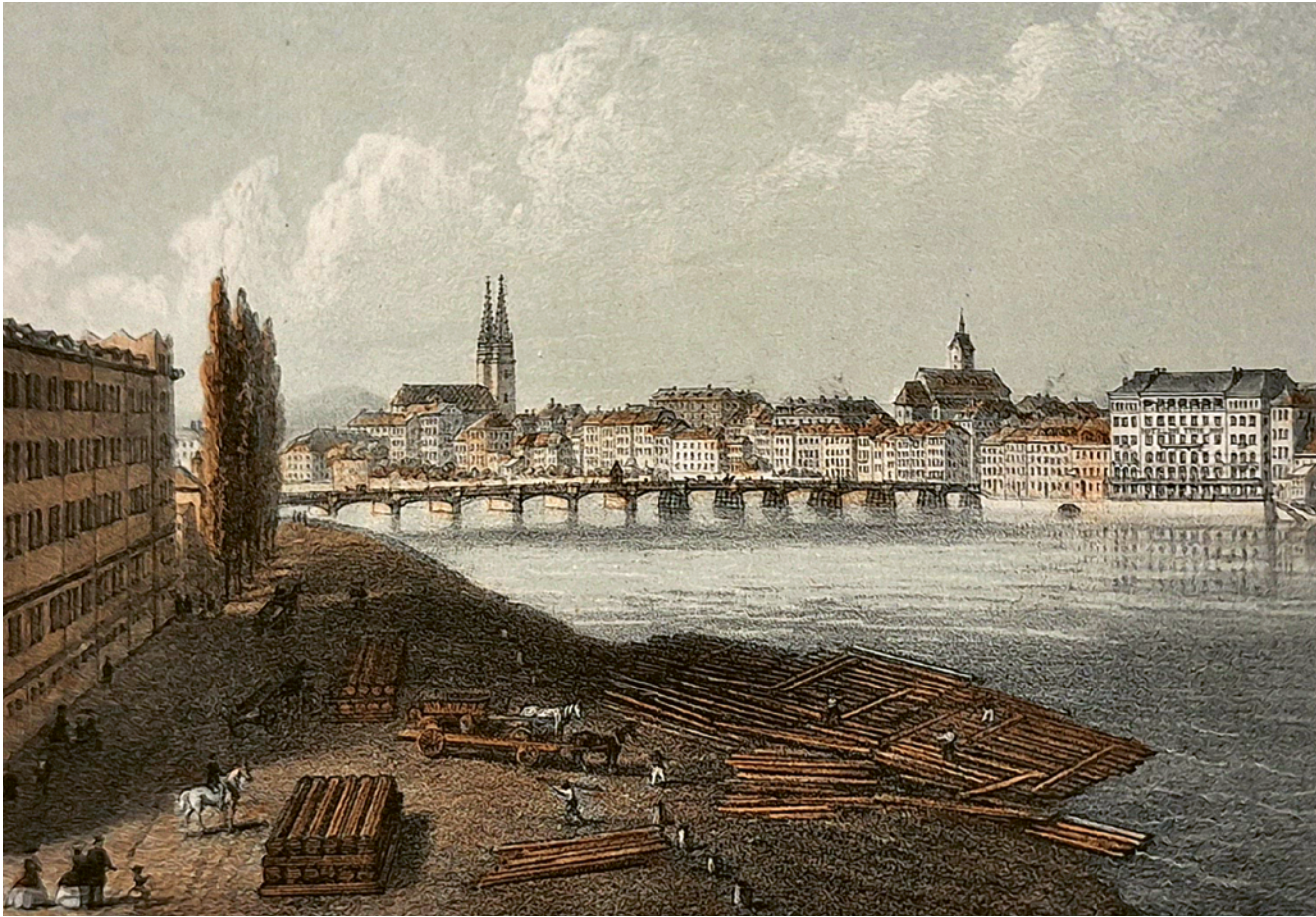


12 Am Rheinufer bei der St. Johannis-Vorstadt, 1874.





13 Rheinhafen St. Johann, zwischen 1902 und 1937.



14 Floss-Landestelle am Unteren Rheinweg,
19. Jahrhundert.

15 Unterer Rheinweg bei Hochwasser, 1910.

16 Am Unteren Rheinweg, 2000.

17 Am Unteren Rheinweg, 1979.



15



16





18 Am Kleinbasler Rheinufer, 2022.



19 Am Grossbasler Rheinufer, 1980.



20

20 Im St. Alban-Tal, um 1860.

21 Am Rheinufer, 2003.



Historische Schichten der Wassernutzung im Klybeck

Jakob Weber

Die Veränderung des städtischen Lebensraums lässt sich am besonders stark gewandelten Klybeck bis in seine Bodenschichten nachvollziehen. Zwischen dem späten 15. und dem Ende des 19. Jahrhunderts waren die damalige Rheininsel und das angrenzende Ufergebiet ein von Wasserläufen durchzogenes, vielfach genutztes Auen-, Wald- und Wiesenland [69]. ‹Kluben› als Flurname taucht für den Raum im 14. Jahrhundert auf und kann mit Fischfang, Wasserbau oder Holzgewinnung in Verbindung gebracht werden.³⁹ Wasser und Stadt waren in Basel seit spätestens dem 12. Jahrhundert eng verwoben. Die offenen Wassernetzwerke, gespiesen aus Birs, Birsig und Wiese, reichten bis weit ins Umland. Das Leben und Arbeiten im weiteren Stadtraum war auf das System von Wuhren, Kanälen und Gräben angewiesen,⁴⁰ wie bereits spätmittelalterliche Gerichtsakten zeigen. In ihnen verweist ‹Gebrauch› sowohl auf die vielfältige Nutzung von Wasser als auch auf die starke Abhängigkeit davon.⁴¹ Auch dem Klybeck wurde durch einen Kanal, den ‹Teich›, Wasser zugeführt. Dieses offene, von Menschen und Wasser geprägte und fein verästelte Netzwerk hatte mehrere Jahrhunderte Bestand. Sichtbar wird es im Vergleich historischer Pläne, Landschaftsbilder und Schriftquellen, aber auch im Boden selbst.

Emanuel Büchel hielt den ungefähren Zustand des Klybeckteichs Mitte des 18. Jahrhunderts in einer Zeichnung fest [22]. Er brachte die Klybeckinsel, Wald, Wässermatten und die Wasserräder im ‹Teich› anhand eigener Beobachtungen zu Papier. Räumliche Verhältnisse, Vegetation und Details des Wasserbaus erscheinen allerdings nur schematisch und perspektivisch verzerrt.⁴² Dies hebt den Verlauf des ‹Teiches›, die hydraulischen Anlagen sowie die diversen wassernahen Land- und Forstnutzungen deutlich hervor.⁴³ Als weitaus wilder und dynamischer beschrieb Rudolf Wackernagel in seiner Stadtgeschichte dieselbe Gegend im Spätmittelalter. Zahlreiche Gewässer trafen dort zusammen. Die wechselhaften Arme der Wiese, aufquellende Bäche und die ‹Altwasser› des Rheins prägten nicht nur den Raum, sondern auch die ‹Gestaltung des Lebens›.⁴⁴ Diese Schilderung ist gefärbt von seinem Studium der Schriftquellen, die von der diversen Nutzung des Wassers, aber auch seiner zerstörerischen Kraft zeugen. Gleichzeitig erlebte Wackernagel am Ende des 19. Jahrhunderts das beginnende Verschwinden des offenen Wassers.



22 «Lage von der Klübin», Federzeichnung von Emanuel Büchel, um 1751. — Die Klybeckinsel, Wald, Wäsmatten und die Wasserräder im «Teich» brachte Büchel *ad naturam*, das heisst orientiert an der Betrachtung des Motivs selbst, aufs Papier. Er hatte von der

St. Johannis-Schanze allerdings einen flacheren Blick auf das Klybeck. Die Verzerrung der Perspektive erlaubte es ihm, die Details des städtischen Umlandes, die vielen Betrachter:innen bekannt waren, deutlich erkennbar darzustellen.

Arrangements am und mit dem Wasser

Bei Büchel und Wackernagel werden bereits die zahlreichen Nachbarschaften am Wasser deutlich. «Stadt» ist insofern mehr als bauliche Verdichtung, sie kann auch als verdichtete soziale Interaktion verstanden werden.⁴⁵ Die Diversität und Intensität des Wassergebrauchs werden besonders ab dem 15. Jahrhundert greifbar. In dieser Zeit wurde die Wassernutzung stark diversifiziert.⁴⁶ 1452 trieb das Wasser des Klybeckteichs eine Säge an.⁴⁷ Zur Sägerei kamen 1522 die Papierproduktion

und eine ‹Laustampfe›, bis im 18. Jahrhundert schliesslich Korn gemahlen wurde.⁴⁸ Mit dem ‹Teich› war allerdings weit mehr als nur der Betrieb von hydraulischen Anlagen verbunden.

1452 erklärte der städtische Rat das wassernahe Holz am Klybeckteich zur Allmend. Die Klybecksäge bekam alleinigen Anspruch auf die grösseren Bäume, während die für fluss- und teichnahe Gehölze prägenden Mittel- und Niederwälder der breiteren Bevölkerung zugänglich blieben.⁴⁹ Die intensiv genutzten Auwälder wurden jeweils kurz nach Stockausschlag geschnitten, um Stöcke und Ruten unter anderem auch für den Wasserbau zu gewinnen.⁵⁰ Für die besonders typischen ‹Krüpfenhage› wurden senkrechte Stäbe in den Boden gerammt, um sie mit dünneren Ruten zu verweben und so das Wasser durch Aue, Kanäle und Gräben zu leiten – ein essenzieller Teil des Systems, der viel Wartungsarbeiten mit sich brachte.⁵¹ Neben Wasserrädern und Auenwald diente das Wasser auch einer Form der Bodenbewirtschaftung mit vergleichbar langer Tradition.⁵² Es rieselte über ein fein verästeltes Netz aus Gräben auf angrenzende Matten, die so gezielt und behutsam unter Wasser gesetzt wurden. Das diente der Düngung, dem Schutz vor Schädlingen und Frost, aber auch der Bildung der oberen Bodenschicht.⁵³

Dieser rege und vielfältige Gebrauch des Wassers führte unweigerlich zu Konflikten.⁵⁴ Die Betreiber von Wassermatten und Wasserrädern und die Nutzer des Transportweges über den Klybeckteich gerieten mehrfach aneinander.⁵⁵ In einer Kaufurkunde von 1524 sind bestehende und neue Pflichten und Rechte der Besitzer des Klybeckteichs festgehalten. Sie wurden vom Rat verpflichtet, sowohl das Wuhr in der Wiese wie auch den Kanal in Schuss zu halten. Es war bei Strafe untersagt, die Anlage dergestalt zu modifizieren, dass dem Gut mehr Wasser zufluss. Gleichzeitig wurde ihnen garantiert, dass niemand in ihrem Wasser fischen durfte.⁵⁶ Denn gefischt wurde nicht nur im Fluss, sondern auch in den ‹Teichen›.⁵⁷

Die Aushandlungsprozesse und die Gestalt des Wasserbaus waren auch von der Dynamik des Wassers selbst geprägt. Die Wiese war kein begradigter Fluss, wie wir ihn heute kennen, sondern eine breite Aue mit mäandrierenden Gerinnen, die immer wieder das Flussbett änderten [69]. Das wirkte sich auf das gesamte Wassernetzwerk aus und führte bis ins 19. Jahrhundert zu häufigen Schäden am Klybeckteich und an den Wasserrädern.⁵⁸ Hinzu kam, dass die nach 1859 verstärkt industrialisierte Teerfarbenproduktion ihre Abfälle über die Teiche in den Rhein leitete und der alte Rheinkanal verschlammte.⁵⁹ 1889 beklagte sich der damalige Besitzer der Insel wiederholt über den daraus resultierenden üblen Geruch.⁶⁰ Wenige Jahre später wurde die Cichorienfabrik Franck und Söhne⁶¹ in einem anonymen Brief der Verunreinigung des Klybeckteichs bezichtigt.⁶² Die zunehmenden Verunreinigun-



23 Strassenplanung im Klybeckareal: Übersichtsplan, Strassenprofile, Lichtpause von Hermann Bringolf, 1896. — Kantonsingenieur Hermann Bringolf zeichnete 1896 in Farbe das geplante Strassennetz über den älteren Situationsplan des Klybecks. Die historische

Schichtung im Raum wird an den übereinanderliegenden Ebenen besonders deutlich: in Grau die historisch gewachsenen Gegebenheiten, in Rot und Blau der geplante Ausbau (historische Kolorierung nachträglich angepasst).

gen, die entsprechenden Konflikte und der Rückgang der Nutzungsintensität des Wassers standen am Anfang einer drastischen Veränderung des über mehrere Jahrhunderte offen fließenden Wassers.

Zuschütten, Roden und Umnutzen

1893 konnte der erwähnte Besitzer der Klybeckinsel die Stadt dazu bewegen, den alten Rheinarm im oberen Bereich aufzufüllen, um Verschlammung und Gestank Herr zu werden und einen Zufahrtsweg auf die bis dahin isolierte Insel zu schaffen.⁶³ Der dynamische Fluss machte sich allerdings immer wieder bemerkbar. In Reaktion auf die Wasserschäden wurde die Sohle der Wiesemündung korrigiert und die Dämme bis zum rechten Rheinufer der Klybeckhalbinsel befestigt.⁶⁴ Als das Baudepartement 1896 das Strassennetz im Klybeck neu plante [23],⁶⁵ machte

der Strassenbau weitere Auffüllungen und Unterdohlungen notwendig. Im Jahr darauf wurde auf Höhe der Inselstrasse ein offizieller Kehricht- und Schuttablageungsplatz eingerichtet, mit einer Rampe zur Entsorgung in den Rhein, aber auch der Ablagerung von Schutt vor Ort.⁶⁶ Die mehrheitlich brachliegende Klybeckhalbinsel war dafür besonders geeignet, weil sie nah an verschiedenen Fabriken lag, welche auf Entsorgungsstellen angewiesen waren. 1901 machten sich bis zu hundert Arbeiter daran, die Klybeckhalbinsel zu befestigen, Wald und Büsche zu roden und Schutt umzulagern.⁶⁷ Der Zwischenzustand des Klybecks hatte aber noch Jahre Bestand. 1915 fanden im stehenden Wasser des verbliebenen Stücks alter Rhein zwischen der Insel und dem Festland beim Klybeck Stechmücken ideale Lebensbedingungen.⁶⁸ Die Eingriffe in den Lauf des Wassers veränderten immer auch die ökologischen Bedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Historische Schichten in Raum und Zeit

Die wenig zielgerichtete Umnutzung des Klybecks um die Jahrhundertwende erklärt sich auch durch das fehlende Bewusstsein für das Potenzial der Grossschiffahrt auf dem Rhein.⁶⁹ Das (wasser-)wirtschaftlich schrittweise neu ausgerichtete Areal war kein frei entworfener Raum; vielmehr mussten sich die Befestigungen und Auffüllungen des Klybecks an der Dynamik des Wassers und den Strukturen des historischen Wasserbaus ausrichten. Genauso war der Strassenbau geprägt von den Wechselwirkungen zwischen dem alten Wassernetzwerk und den neuen stadtplanerischen Ansprüchen [23].⁷⁰

In den aufgefüllten Bodenschichten und der Strukturierung der Bebauung ist das verschwundene offene Wasser immer noch sichtbar. Diese historischen Schichten in Raum und Zeit verdeutlichen die wechselhafte Geschwindigkeit der Veränderungen im Stadtraum. Eine mehrere hundert Jahre bestehende Infrastruktur und ein entsprechendes Ökosystem wurden im Klybeck innerhalb weniger Jahrzehnte überlagert. Die Zustände davor verdeutlichen, wie intensiv der Basler Stadtraum an vielen Stellen vom Wasser geprägt und wie stark die stadtnahe Fluss- und Uferzone mit ihm verwoben war.⁷¹ Das Klybeck ist im Kontext des weiteren Stadtraums beispielhaft für eine besonders starke Veränderung und Überlagerung städtischer Lebensformen und Beziehungen mit Wasser. In den Langen Erlen und im St. Alban sind die Spuren des offenen Wassers in Form von Wässerwiesen, Kanälen und Mühlrädern offensichtlicher, gerade weil sie restauriert und als Erinnerungsorte erhalten wurden.

Cholera: Statistik, Kartografie und die Neuordnung des Stadtraums um 1850

Lina Gafner

In der Basler Geschichtsschreibung spielt die Cholera eine tragende Rolle. Laut Paul Siegfried etwa gab sie den «Anstoss» für die «Umwandlung Basels aus einer seit Jahrhunderten von Seuchen beunruhigten in eine gesunde Stadt».⁷² Die Cholera ist Teil der Erzählung über die europäische Moderne: Eine Krankheit, die ganz Europa in Panik versetzte, der die Zerstörung der Zivilisation zugetraut wurde, verhalf der modernen Stadt zum Durchbruch.⁷³ Die Choleraepidemie von 1855 fiel auch in Basel mitten in eine Zeit beschleunigten Wandels. Nicht nur das Gesicht der rasch wachsenden Stadt veränderte sich, auch die Wissenstechniken im Umgang mit städtischem Raum wurden neu gedacht. Wie konnten Seuchen künftig daran gehindert werden, in die Stadt zu gelangen und sich ungehindert darin zu verbreiten? Statistische Erhebungen und Plangrundlagen wurden als Techniken der Hygiene zur Wissensbasis für einen neuen Blick auf die Ordnung der Stadt und des städtischen Zusammenlebens.

Mauern gegen Seuchen

Im 19. Jahrhundert verbreitete sich die Cholera in mehreren Wellen durch Europa. 1830 und 1855 stand sie vor den Toren Basels wie ein übermächtiger Feind. Kriegsmetaphorik war unter Mediziner*innen und Politikern in der Rede über diese Seuche beliebt und verbreitet. Auch in Basel wollte man alles Nötige tun, damit die Cholera «nie unsre Mauern überschreite».⁷⁴ Noch 1881, als sich die Krankheit erneut ankündigte, schloss Wilhelm Klein, radikalliberaler Vorsteher des Sanitätsdepartements, seinen Bericht an den Regierungsrat zur Cholerafahre mit ebendiesem kriegerischen Pathos: «Sollte trotz alledem der Feind bei uns eindringen, so werden wir fortfahren, denselben so lange mit Ruhe und männlichem Muthe zu bekämpfen, bis wir ihn bezwungen haben.»⁷⁵ Die Mauer war zu diesem Zeitpunkt schon weg, doch das Bedürfnis nach Ordnung verheissender Grenzziehung hatte sie überdauert.

Beim Schutz vor Epidemien hatte die Stadtmauer bis in die 1850er-Jahre ihre feste Funktion. An den Stadttoren, wo Menschen, Tiere und Waren passierten, vermutete man auch ein Schlupfloch für die Cholera [24]. Sanitarische Grenzkontrollen waren dort üblich, sollten jedoch den für die Stadt lebenswichtigen Handel



24 Menschen am Steinentor. Foto: Adam Varady, um 1864. — Zum Zeitpunkt dieser Aufnahme hatte die Schleifung der Stadtmauer bereits begonnen und die Stadttore verloren ihre Bedeutung als Orte der Einlasskontrolle: Wer darf hinein, wer nicht? Die Menschen auf dem Bild kannten das alte Mauerregime noch gut.

nicht beeinträchtigen. Seuchenabwehr war auch Handelspolitik.⁷⁶ Im 18. Jahrhundert war das Basler Sanitätswesen dem Direktorium der Kaufmannschaft unterstellt und ein Sanitätsrat sollte darüber wachen, dass der Handel in der Stadt durch Epidemien nicht beeinträchtigt wurde.⁷⁷ Angesichts der zweiten Cholerawelle von 1855 wurden die Grenzregime im Vergleich zu 1830 gelockert. Waren sollten frei verkehren dürfen, Bettlerinnen und «Vaganten» aber dem Stadtraum fernbleiben.⁷⁸ Dabei spielten handelspolitische und diplomatische Interessen eine wichtige Rolle: Man wollte im Ausland nicht in Verruf kommen und hielt sich deshalb bei der Grenzpolitik in Absprache mit der Eidgenossenschaft an das Vorbild anderer Staaten.⁷⁹ Zudem hatte sich in ganz Europa die Abriegelung von Städten für die Seuchenabwehr als wirkungslos erwiesen. Die Stadtmauern waren somit auch für die Hygiene ohne Belang. Rhetorische Grenzwälle traten an ihre Stelle, wenn Medizin und Politik sich vornahmen, die Stadt anderweitig gegen die Cholera zu rüsten. Ende Juli 1855 fand sie dennoch ihren Weg in die Stadt. Innerhalb weniger Wochen wurden rund vierhundert Ansteckungen registriert. Die Hälfte der betroffenen Menschen starb an der Krankheit.

Die Cholera legt eine Spur durch die Stadt

Wie genau sich die Cholera verbreitete, darüber stritt sich die Medizin durchs ganze 19. Jahrhundert hindurch. Vertreter der Miasmentheorie gingen davon aus, dass Epidemien natürliche Ereignisse waren und primär durch die Luft transportiert wurden. Kontagionisten sahen sie als soziale Phänomene, etwa als Effekte engen Zusammenlebens und schlechter hygienischer Verhältnisse. Die beiden Theorien implizierten unterschiedliche medizinisch-polizeiliche Massnahmen: Gegen eine miasmatische Cholera sollte das Ausräuchern von Häusern und Strassenzügen helfen, wobei gegen die Epidemie als Naturereignis letztlich eine gewisse Machtlosigkeit zurückblieb. Eine kontagiöse Cholera dagegen war menschengemacht. Gegen sie mussten Isolation, Quarantäne oder zumindest bessere hygienische Verhältnisse helfen. Die je nach Theorie ganz unterschiedlichen Massnahmen entsprachen auch konträren politischen Positionen. Politik und medizinische Theoriebildung waren somit eng verflochten und drehten sich um eine zentrale Frage der Zeit: Wie stark und mit welchen Mitteln sollte der Staat bei der Seuchenprävention und -bekämpfung eingreifen?⁸⁰ Einer der einflussreichsten Mediziner rund um die Cholera war der deutsche Hygieniker Max von Pettenkofer. Er ging davon aus, dass das Grundwasser, bestimmte Wetterlagen, Feuchtigkeit, menschlicher Kot und ein eigentümlicher Gärprozess in einem komplexen Zusammenspiel die Cholera entstehen liessen.⁸¹ Der Einfluss seiner ‹Boden-Grundwasser-Theorie› ist auch in Basel stark spürbar.

Nachdem also 1855 die Cholera auf das Basler Stadtgebiet vorgedrungen war, galt es den Überblick zu behalten und ihrer Spur zu folgen, um das Schlimmste zu verhindern. Eine Cholerakommission und ein Choleraausschuss wurden gebildet, die Stadt wurde in Quartiere aufgeteilt und jedes Quartier einem zuständigen Arzt unterstellt. Jede erkrankte Person wurde lokalisiert, erfasst, mit Alter, Geschlecht, Beruf, Strasse und Hausnummer vermerkt.⁸² Die Kranken waren die Spur, die die Seuche auf ihrem Weg durch die Stadt hinterliess. Die genaue Aufzeichnung dieser Spur konnte helfen, die Cholera zu verstehen und letztlich zu besiegen. An strategischen Orten platzierte die Verwaltung Spitäler und Lazarette zur Unterbringung mittelloser Kranker, für die zu Hause keine Isolation und Pflege möglich war.⁸³ In jedem Quartier sollte ein Quartierverein kontrollieren, ob der Aufruf zu Reinlichkeit befolgt wurde. Seuchenherde sollten rasch lokalisiert und weitere Ansteckungen vermieden werden. Im Zentrum des Geschehens arbeitete ein Zentralbüro, in dem alle Informationen aus den Quartieren zusammenflossen und ein Desinfektionsmittel abgeholt werden konnte. Die Wohnungen der

Erkrankten wurden desinfiziert und die Kranken währenddessen in der Kaserne untergebracht. Wer sich weigerte, wurde der Stadt verwiesen.⁸⁴

Die Umsetzung dieser systematischen Ordnung war nicht lückenlos möglich. Doch zeigt sich in diesem Plan ein ordnender Blick auf den städtischen Raum, der sich die Frage stellte, was in der Stadt wo hingehörte, wo die Problemzonen lagen und welche Massnahmen helfen konnten. Als die Cholera schliesslich wieder verschwunden war, kam der Moment für eine Bilanz und einen Blick in die Zukunft. Cholerakommission und -ausschuss forderten 1856 eine Reihe von Massnahmen, um künftig besser gegen Seuchen gewappnet zu sein. Die Massnahmen umfassten das Gewerbe, die Gewässer und das Wohnungswesen.⁸⁵ Sie gingen ganz in Pettenkofers Sinn davon aus, dass die Ansteckungsgefahr in verunreinigtem Boden und Wasser an bestimmten Orten der Stadt verborgen lag, ebenso in der schlechten Luft der Wohnungen jener Menschen, die auf engem Raum zusammenlebten. Es waren Forderungen nach einer ‹Assanierung›, einer sanitarischen Reform der Stadt, wie sie in dieser Zeit in ganz Europa gestellt wurden.⁸⁶

Statistik, Krankheit und Raum

Statistik hat immer mit Raum zu tun. Denn statistische Daten zielen darauf ab, Aussagen über ein bestimmtes Territorium zu machen. Der jeweilige Erkenntnisgewinn hängt von der gestellten Frage ab. Im 18. Jahrhundert wurden in Basel bereits vereinzelt systematische Daten über die Bevölkerung, ihren Besitz und ihre Herkunft erhoben: 1770 wollte die Obrigkeit in der Stadt zum Beispiel die Vorräte eines jeden Dorfes auf der Landschaft kennen, um ihre Getreidepolitik in Notzeiten anzupassen sowie der Auswanderung und dem Aufruhr vorzubeugen.⁸⁷ 1779 wurden die Stadtbewohnerinnen und -bewohner gezählt, motiviert durch die Frage, ob die Aufnahme zusätzlicher Bürger nützlich oder schädlich sei. Auch die Medizin entdeckte

im beginnenden 19. Jahrhundert die Möglichkeiten der Statistik. Um Seuchen besser zu verstehen und letztlich kontrollieren zu können, führten Stadtärzte Buch über die Erkrankten und Verstorbenen ihres Zuständigkeitsgebiets. Für die Cholera von 1855 lieferte der Basler Stadtarzt Dr. Ludwig De Wette seinen Bericht ab. Er hatte Daten über das Geschlecht, die Herkunft, das Alter und den Wohnort der Erkrankten wie auch über meteorologische Daten während der Epidemie gesammelt und brachte die Daten in ein Verhältnis zueinander. So versuchte er herauszufinden, was den ‹Charakter› der Cholera auszeichnete, was ihren Verlauf beeinflusste und wer der Gefahr einer Erkrankung eher ausgesetzt war.⁸⁸

Unsichtbare Stadtschichten:

Die Krankheit versteckt sich unter der Erde

Als zentrales Problemgebiet identifizierte der Choleraausschuss die Häuser rund um den Birsig, wo die meisten Ansteckungen stattgefunden hatten. Deren Abtritte führten direkt in den Bach, der manchmal viel, häufig aber nur ganz wenig Wasser führte und bei niedrigem Wasserstand den ganzen Dreck nicht wegzuspülen vermochte. Die betroffenen Häuser standen zudem am Fuss des Kohlenbergs. Sie nahmen durch ihre Wände die unterirdische Feuchtigkeit auf, die von dort nach unten drückte und teilweise aus undichten Abzugsgräben floss. Das dreckige Wasser aus diesen Abflüssen gelangte nicht nur in die Hauswände, sondern auch in die Sodbrunnen und damit ins Trinkwasser.⁸⁹

Ein Krankheitsherd lag also in der am schwierigsten erreichbaren Schicht der Stadt: unter der Erde, bei den Dohlen und Abzugsgräben des altersschwachen und überlasteten Abflusssystem. Wo genau die unterirdischen Kanäle verliefen und wo ihre undichten Stellen lagen, wusste niemand. 1857 beantragte deshalb eine Kommission zur Beratung und Begutachtung der verschiedenen Vorschläge des früheren Choleraausschusses die Aufnahme eines genauen Stadtplans «mit allen Nivellements und Angaben der über- und unterirdischen Bauten und Einrichtungen, da eine solche noch mangelnde Aufnahme nötig sei, wenn über zweckmässige Korrekturen des Birsigs und die passende Anbringung von Dohlen und Abzugsgräben erspriessliche Untersuchungen gemacht werden sollen». Zur genauen Abbildung der Verhältnisse wurde unter anderem auch «das Aufbrechen der Strassen zur Auffindung der Kanäle» geplant und mit 4640 Franken budgetiert.⁹⁰ Um die Situation zu überblicken und gesamthaft zu verbessern, brauchte man Pläne. Und um unter den Erdboden zu sehen, musste man ihn aufreissen, was aufwendig und teuer war. Im Wunsch nach einer Ordnung der unterirdischen Verhältnisse zeigte sich eine Problematik der städtischen Territorialkontrolle, Planung und Kartografie: dass sie von der Fläche ausging, von einem Gebiet, das sich zweidimensional verzeichnen lässt. Städtischer Raum ist aber nicht flächig, sondern volumetrisch.⁹¹ Und die Krankheit bewegte sich nicht auf einer planen Ebene, sondern fand ihre Wege in allen Schichten der dreidimensionalen Stadt und quer durch sie hindurch.

Dynamische Räume und die ständige Vermessung Basels

In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Besitzverhältnisse der städtischen Grundstücke durch Handänderungen, Grundstücksteilungen, vermietete und untervermietete Räumlichkeiten für die Verwaltung immer unübersichtlicher. In vielen Fällen war unklar, wo die Grenzen eines Grundstücks verliefen und wem es gehörte. Seit 1807 gab es ein Hypothekenbuch und ab 1852 hatten nur noch «eingeschriebene Hypotheken Geltung».⁹² Eigentümerschaften, auf denen keine Hypothek lag, waren damit immer noch nirgendwo registriert. Als der Choleraausschuss eine Klärung der Besitzverhältnisse verlangte, erhielt die lange Zeit verzögerte Einführung eines Grundbuchs neuen Schub. Das Grundbuchgesetz von 1860 besagte, dass erst mit dem Grundbucheintrag eine rechtliche Übertragung des Eigentums erfolgte. Das Grundbuch war eine Art Protokoll, das laufend aktualisiert werden und jederzeit sichere Auskunft über Besitzverhältnisse geben sollte.⁹³

Auch eine neue Vermessung Basels stand bereits seit vielen Jahrzehnten an. Vor allem auf dem Land war um 1800 die Unzufriedenheit gross, weil die von den Stadtherren geforderten Grundsteuern auf ungenauen Vermessungen beruhten. Erst 1823 gab der Kleine Rat der Landwirtschaftskommission einen entsprechenden Auftrag.⁹⁴ Im Kanton Basel sollten riesige Flächen Land, Dörfer, Gemeindegewald und Staatsgüter vermessen werden. Doch mitten in die Arbeiten fiel die Kantonstrennung, und das Werk blieb unvollendet.⁹⁵ Auch auf dem Stadtgebiet lag durch die beschleunigte Bautätigkeit und rasche Handänderungen vermessungstechnisch einiges im Argen. Der Hypothekenbuchverwalter und die Katasterschreiberei kamen mit dem neuen Tempo nicht mit. Weil unklare Grenzverläufe und Besitzverhältnisse erfahrungsgemäss zu Klagen und Unruhe führten, schlug das Justizkollegium 1854 Alarm und verlangte Abhilfe. Der neue Kantonsgeometer Rudolf Falkner stellte derart grosse Ungenauigkeiten bei der Vermessung und Fehler bei der Katasterführung fest, dass nur eine systematische Neuvermessung aller Grundstücke helfen konnte.⁹⁶ Falkner begann mit seinen Arbeiten ausserhalb des Stadtbanns, der aus Sicht der Stadtentwicklung von primärem Interesse war. Zur selben Zeit entstanden im Auftrag von Baukollegium und Regierung Übersichtspläne für die Stadterweiterung. Man dachte grossräumig und rechtwinklig, um den Boden bestmöglich auszunutzen und die technische Infrastruktur bereits einzuplanen.⁹⁷

Eine neue Vermessung Basels stand seit vielen Jahrzehnten an

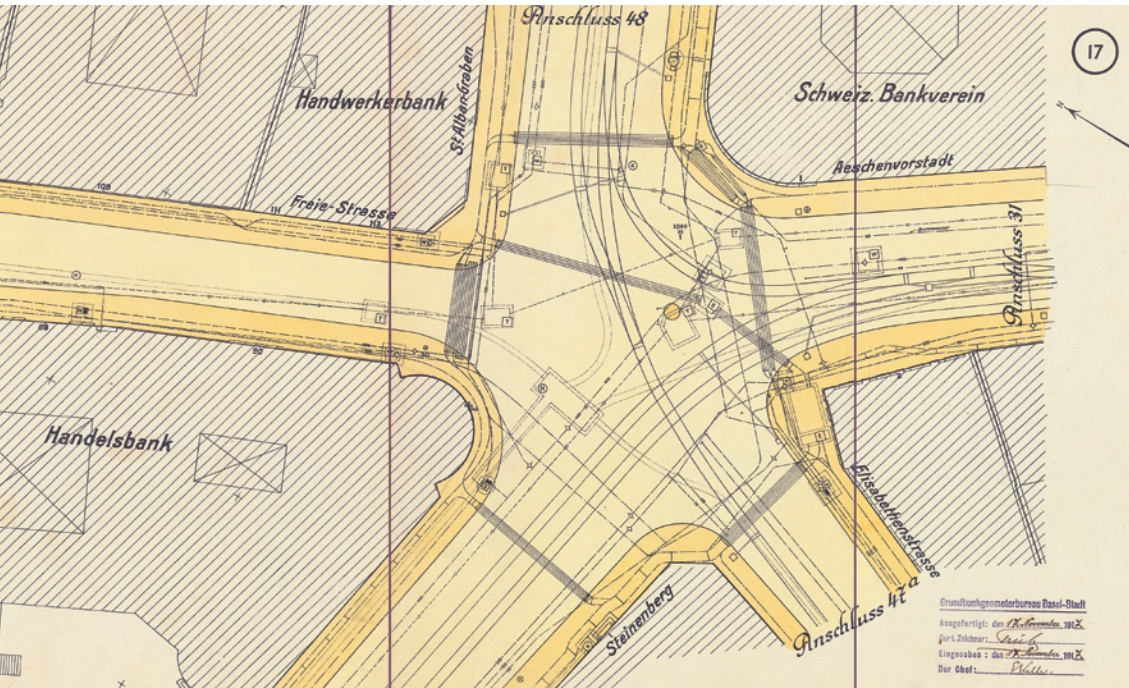
Dagegen verortete die Sanitätskommission aufgrund der Cholera den grössten Handlungsbedarf in der Stadtmitte und forderte hierfür neue Plangrund-

lagen. 1857 wurde der Geometer Ludwig Heinrich Löffel beauftragt, mit der Stadtvermessung von diesem Gebiet ausgehend zu beginnen. Löffel und Falkner arbeiteten zwar parallel, aber nicht zusammen, weshalb ihre Pläne schliesslich nicht kompatibel waren. Entgegen den Vorschriften war der Grenzverlauf der von ihnen vermessenen Parzellen teilweise nicht markiert. Demzufolge stellte sich schon bei Beendigung der Vermessung heraus, dass Löffels Pläne der Innenstadt den Ansprüchen nicht genügen würden. Löffel war mit Dank entlassen, Falkner übernahm seine Aufgabe. Gemäss Forderung des Choleraausschusses vermäss er auch die Aborte und trug diese als schwarze Punkte in den Katasterplan ein, der 1867 erschien: ein Plan für das Kleinräumige, der Ordnung in die Unübersichtlichkeit der Wohnverhältnisse in der Innenstadt bringen sollte. Was allerdings in der Erde vor sich ging, blieb weiterhin unverzeichnet.

Der unterirdische Möglichkeitsraum

1865 hatte eine Typhusepidemie in der Stadt mehr Kranke und mehr Tote zur Folge als die Cholera. Mit dem Typhus aktualisierten sich die Empfehlungen der Cholerakommission.⁹⁸ Nun wurde ein ausführlicher Bericht über das Dolenwesen verlangt, den der Kantonsingenieur Johannes Merian 1867 ablieferte. Merian vertortete die Probleme in undichten Dolen, Sickergruben und überlaufenden Zisternen. Er empfahl eine flächendeckende Kanalisation, hauptsächlich vom Staat unterhalten und regelmässig durch ein Schwemmsystem zu spülen, was wiederum ein Druckwassersystem voraussetzte.⁹⁹ Ab den 1880er-Jahren wurden die Abflusskanäle abschnittsweise verbessert. Über ein Gesetz zur flächendeckenden Kanalisation, das den Anschluss von Privathäusern obligatorisch machen sollte, führte Basel seine erste Volksabstimmung durch. Das Gesetz wurde zwar entschieden abgelehnt, doch für die neue Kanalisation war das letztlich kein Hindernis.¹⁰⁰

Aus Sicht der Sanitätsbehörden ein wichtiger Schritt war die Verschiebung der Abflüsse vom Birsig in den Rhein, der – so dachte man – über genügend Wasser verfügte, um damit klarzukommen. Als man in den 1860er-Jahren bemerkte, dass aus den Farbenfabriken äusserst giftige Stoffe abflossen, wirkte sich dies insofern auf die Überlegungen zur Kanalisation aus, als man feststellte, dass für stark säurehaltige Gewerbeabwässer besonders resistente Abflussrohre verbaut werden mussten. Diese wurden fortan in einer separaten Röhre direkt in das tiefere Flussbett geleitet.¹⁰¹ Aus der Zuständigkeit, aus dem Sinn: Dank dem Rhein konnte alles «Hineingeleitete sofort aus dem Bereiche Basels verschwinden». Bis in die 1980er-Jahre mutete die Stadt <ihrem> Fluss noch sämtliche Abwässer direkt und ungeklärt zu.¹⁰²



25 Situationsplan Leitungskataster, Abschnitt Freie Strasse, 1917. — Ab 1913 wurden sämtliche unterirdisch verlegten Leitungen in einem Leitungskataster verzeichnet, hier der frühere «Bankenplatz», heute Kreuzung «Bankverein».

Die Infrastruktur der modernen Stadt ist seither in immer komplexeren unterirdischen Netzwerken organisiert: Elektrizität, Frischwasser, Abwasser, Gas, Telefon, Rohrpost, Glasfaser. Im städtischen Untergrund versteckt, stört der Fortschritt nicht das Auge, kommt Bestehendem weniger in die Quere und mindert das Risiko von Schadenfällen. Letzteres allerdings nur, wenn über diese Schicht, diesen unterirdischen Möglichkeitsraum Buch geführt und seine Bebauung in Plänen festgehalten wird. Gerade was verborgen ist, muss umso genauer und konsequenter verzeichnet werden. Nach schweren Unfällen bei Grabungsarbeiten und Leitungsbrüchen wurde 1913 ein Leitungskataster eingeführt, der seither die unterirdische Infrastruktur verzeichnet und über die immer kleiner werdenden Freiräume unter der Stadt Aufschluss gibt [25].¹⁰³ Diese Pläne sind aus Sicherheitsgründen nur eingeschränkt einsehbar. Es sind zweidimensionale Darstellungen eines unzugänglichen Raums, der als Projektionsraum für eine Vielzahl von Stadtentwicklungsutopien dient.

Wohnraum und Luftkubus:

Der öffentliche Zugriff auf private Räume

Eine volumetrische Perspektive, die den städtischen Raum in seiner Dreidimensionalität in den Blick nimmt, entspricht der stadträumlichen Perspektive der Miasmatheorie. Die Verbreitung von Krankheiten erfolgte gemäss dieser Lehre, wie angedeutet, aus einem Zusammenwirken lokaler Eigenheiten des Bodens und schlechter Luft. Und diese krankmachende Luft, davon ging man in Basel aus, fand sich insbesondere in den stickigen, feuchten und übelriechenden Wohnungen jener Menschen, die auf engem Raum lebten. Aber auch in stinkendem Gewerbe, etwa den Gerbereien und Schlachthäusern, oder rund um nachlässig und zu nah am Menschen gehaltene Tiere. Zur besseren Kontrolle dieser Verhältnisse rief die Sanitätskommission die Bevölkerung dazu auf, bezüglich unreinlicher Wohnungen, störender Miststöcke in Hinterhöfen und Ähnlichem Anzeige zu erstatten. Ab 1854 führte sie ein Register über «ungesunde Wohnungen».¹⁰⁴ Berichte von Wohnungsinspektoren erwähnten meist als Erstes den Geruch, der ihnen beim Betreten einer angezeigten Wohnung entgegenschlug, und verliehen damit der Bedeutung der ungesunden Luft Nachdruck.¹⁰⁵

Der Choleraausbruch von 1855 bestätigte die Vermutung: Bewohnerinnen und Bewohner von engen, ärmlichen Häusern waren am stärksten betroffen.¹⁰⁶ Während die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) den Grund dafür in deren unreinlicher Haushaltsführung sah und in den 1850er-Jahren in einer Hygienekampagne auf die Erziehung der Arbeiterschicht setzte, forderte der Choleraausschuss in seinem Generalbericht 1856 stattdessen eine stärkere Überwachung des Miet- und Kostgängerwesens.¹⁰⁷ Gingen den Staat private Räume und ihre Nutzung etwas an? Durfte er sich in die Mietverhältnisse einmischen? Der Choleraausschuss vertrat überzeugt diese Meinung, die stark umstritten war und nicht unwidersprochen blieb.¹⁰⁸

Das Wissen um die Wohnverhältnisse und ihren mutmasslichen Einfluss auf die öffentliche Gesundheit führte in Basel noch lange nicht zu deren Verbesserung. Vielmehr spitzte sich das Elend in den kommenden Jahrzehnten noch zu. Für die soziale Frage bot die Statistik die Möglichkeit, durch den vermeintlich objektiven Tatsachenblick Licht ins Dunkel sozialer Verhältnisse zu bringen und mit Zahlen einen Handlungsbedarf für staatliche Intervention zu belegen. In Basel mündete diese Konstellation im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in eine enge Verflechtung von Sozialpolitik mit wissenschaftlicher Forschung im Bereich der Nationalökonomie und der Sozietätenbewegung.¹⁰⁹ Aus diesen Kreisen wurde eine breit angelegte



26 Fotografie, archiviert unter dem Titel «Wohnverhältnisse, Schlafzimmer» im Staatsarchiv Basel-Stadt, um 1900. — Das Bild ist Teil einer Fotodokumentation des Gesundheitsamtes, die um 1900 entstand. Es zeugt vom Blick der Verwaltung auf die Wohnungen der ärmeren Bevölkerung.

Wohnungsenquête gefordert, um die Wohnräume in Basel systematisch zu durchleuchten. Diese umfassende Erhebung bezog sich zur Legitimierung ihres Vorgehens und der aus ihren Erkenntnissen abgeleiteten Forderungen noch 1889 wesentlich auf den dreissig Jahre zurückliegenden Bericht des Choleraausschusses.¹¹⁰ Doch die Enquête bediente verschiedene Wissensfelder gleichzeitig: Sie erfasste Berufe und Lebensbedingungen von Mieterinnen und Mietern und erlaubte dadurch sozialpolitische Erkenntnisse. Sie verzeichnete bauliche und sanitärische Mängel in den Wohnungen und half damit der bau- und sanitätspolizeilichen Aufsicht [26]. Und sie war durchdrungen von medizinischem Wissen über Hygiene und Krankheiten.

Dies zeigt sich am sogenannten Luftkubus: ein von deutschen Hygienikern definierter Mindestluftraum, den ein Mensch in seiner Wohn-, Schlaf- und Arbeitsumgebung brauchte, um gesund zu bleiben. Festgelegt wurde dieser Grenzwert durch Ventilationsexperimente und physikalische Berechnungen zum Luftaustausch in einem Raum.¹¹¹ Die Wohnungsenquête erfasste, wie viele Personen in einer Wohnung lebten und wie gross der Luftraum war, der pro Person im Schlafräum zur Verfügung stand.¹¹² Dieser Grösse wurde so grosse Bedeutung zugemessen, dass sie sogar bezüglich der Mindestmasse für die zulässige Grösse von Schlafräumen ins

Basler Wohnungsgesetz von 1907 einfluss: «Räume dürfen nur soweit zum Schlafen benützt werden, als auf jede darin schlafende Person mindestens 10 m² oder, wenn die Schlafräume auch als Arbeitsräume benutzt werden, mindestens 15 m² Luft-raum entfallen.» Das Gesetz war bis 2018 in Kraft.¹¹³ Es hatte die «Absicht, die öffentliche Gesundheitspflege durch Beaufsichtigung und Verbesserung der Wohnungen in Bezug auf ihre sanitarischen Verhältnisse zu fördern». Zugleich wurden dadurch die für die Behörden undurchsichtigen Miet- und Untermietverhältnisse und das Kostgängertum des späten 19. Jahrhunderts unter Kontrolle gebracht.

Territoriale Räume und ihre Verflechtung

Basel hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts stark verändert, und die Cholera trug ihren Teil dazu bei. Die Schleifung der Stadtmauer, die Stadterweiterung, das Verschwinden des Wassers in den Untergrund sind sichtbare Zeichen baulicher Veränderungen. Im Hintergrund waren neue Wissenstechniken und Wissensbestände am Werk: Hygiene, Statistik und Kartografie sollten gelebte Raumwahrnehmung in eine administrative Ordnung bringen. In einer immer schneller wachsenden und sich rasch auch in ihrem Innern verändernden Stadt erscheint der Anspruch, einen Zustand auf einer Karte abzubilden, wie ein Kampf gegen Windmühlen. Doch gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in Zeiten eines sich dynamisierenden Stadtraums, gewann die Kartografie an Gewicht. Sie wurde weiterentwickelt und optimiert, in die Verwaltung integriert, differenziert und personell ausgebaut. Aktualisierbare Medien wie das Grundbuch und das Katasterbuch zielten darauf, ähnlich einem Protokoll die Veränderungen im städtischen Raum festzuhalten und abrufbar zu machen.

Eine eigene Herausforderung war – und ist – die Erfassung des städtischen Raums unterhalb der Erdoberfläche. Denn der Anspruch auf eine politische, rechtliche, administrative und technologische Kontrolle über den städtischen Raum schliesst auch Luftraum und Untergrund mit ein.¹¹⁴ Dass die Möglichkeiten dieser Kontrolle begrenzt sind, zeigen Epidemien, die sich, ebenso wie Schadstoffe, nicht an politische oder administrative Grenzen halten. Ihrer Logik der Verbreitung steht noch heute – auch ohne Mauerwerk und nicht nur in Basel – die Logik der Territorialität, der Zuständigkeits- und Hoheitsgebiete gegenüber. Trotz internationaler Abkommen und einer globalisierten Wissensgesellschaft fallen sowohl Epidemien wie auch Schadstoffemissionen in die Zuständigkeit von Gemeinden, Kantonen, Städten und Nationen. Dies, obwohl längst klar ist, dass die Territorialität jeder administrativen Einheit im Umgang mit solchen Herausforderungen im besten Wortsinn an ihre Grenzen stösst.

Moderne Räume zeitloser Vergangenheit: Die Sanierung der Altstadt

Gerhard Vinken

Die vertrauten Häuserzeilen der Basler Altstadt vermitteln den Eindruck, als wäre hier ein Stück alter Stadt ‹auf uns gekommen›, ein dem Strom der Zeit abgerungenes ‹Alt-Basel›. Und selbstverständlich ist der historische Stadtkern reich an Geschichtszeugnissen: Strassenverläufe und Parzellierung überliefern wesentliche Strukturen der mittelalterlichen Stadtanlage, auch viele der bestehenden Häuser reichen ins 16. und 17. Jahrhundert oder gar ins Mittelalter zurück. Über viele Jahrhunderte ist Basel von verheerenden Flächenbränden ebenso verschont geblieben wie von grösseren kriegerischen Auseinandersetzungen, sodass nicht nur Keller, Mauerwerk und Dachstühle, sondern teils auch Treppen, Stuckdecken oder Fenster, ja selbst vorindustrielle Verglasungen in grosser Zahl erhalten sind. Dennoch richtet dieser Beitrag das Augenmerk auf das ‹Making of›, auf jene Prozesse, in denen die Altstadt geformt und gestaltet worden ist und denen viele Strassenzüge ihre prägnante Bildhaftigkeit verdanken.¹¹⁵ Hinterfragt werden mit anderen Worten die Authentizitäts- und Ursprünglichkeitsbehauptungen, die bereits in Begriffen wie ‹Altstadt› oder ‹Alt-Basel› aufgerufen sind. Basels Altstadt ist eben kein unschuldiges ‹Zeugnis› einer ‹guten alten› Zeit, sondern ein Stadtraum, der durch Entscheidungen und auch konflikthafte Auseinandersetzungen gestaltet wurde. Prägend waren hier insbesondere die Sanierungsprozesse seit den 1930er-Jahren, als deren Produkt die Basler Altstadt als ein einheitlich erfahrbarer Raum erst entstanden ist.¹¹⁶

Die Geschichte der Basler Altstadt beginnt allerdings, auch wenn der Begriff selbst erst später gebräuchlich wird, schon mit der Modernisierung der Stadt im 19. Jahrhundert. Eine markante Zäsur war der Abbruch des Befestigungsringes, der das Wachstum der Stadt nachhaltig behindert hatte. Die 1857 gefällte Entscheidung, den neuen ‹Centralbahnhof› vor die Stadt zu verlegen, machte die Entfestigung zwingend notwendig. Von 1861 bis 1878 wurden die Stadtmauern und Wallanlagen sukzessiv abgebrochen.¹¹⁷ An ihre Stelle trat nach Wiener Vorbild ein Promenadenring.¹¹⁸ Nach Protesten von Denkmalschützern, die sich nun verstärkt organisierten, wurden drei Stadttore erhalten und als Denkmalbauten in die neuen Grünanlagen integriert, obwohl diese ursprünglich ebenfalls zum Abriss freigegeben waren.¹¹⁹ Bald war die Stadt von neuen Wohn- und Villenvierteln sowie Industriearealen

umgeben. Diese räumliche Umorganisation war auch für die Bildung der Altstadt wegweisend. Indem das alte Basel zum ‹historischen› Kern einer weitaus grösseren Stadt wurde, entstand das Gegensatzpaar Altstadt – Stadterweiterung, dem Attribute wie ursprünglich – modern, gewachsen – geplant zugeschrieben sind.

Nun wurde die historische, die ‹alte› Stadt nicht umstandslos zur Altstadt. Im Gegenteil waren die politischen Bestrebungen in Basel bis weit ins 20. Jahrhundert darauf gerichtet, den innerhalb des Promenadenrings gelegenen Stadtkern zu modernisieren. Im Namen der neuen Vorstellungen von Hygiene, Sicherheit und Verkehrsfluss wollte die noch junge Disziplin Stadtplanung einheitliche Standards im Stadtgebiet wie etwa eine Mindestbreite der Strassen durchsetzen.¹²⁰ Die ‹Korrektion› genannte Verbreiterung und Begradigung der Strassen war jedoch in der Kernstadt nur begrenzt umsetzbar, mussten doch für jede noch so geringfügige Verbreiterung sämtliche Häuser auf einer Strassenseite abgerissen werden. Auch wegen der damit verbundenen hohen Entschädigungszahlungen an die Besitzer:innen kam eine Korrektion nur für wenige Hauptgeschäftsstrassen infrage. In der Folge verschärfte sich in der Boom-Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Differenzierung der Kernstadt, die in der Topografie angelegt war. Eine Stadt von zwei Geschwindigkeiten entstand: Die sogenannte Talstadt mit dem Markt und den grossen Durchgangs- und Geschäftsstrassen, die sich auf die alte Rheinbrücke richteten, wurde weitgehend neu gebaut.¹²¹ Bereits 1875 waren in der entstehenden City circa siebzig Prozent der Häuser erneuert worden.¹²² Die Wohn- und Handwerkerquartiere an den schwerer zugänglichen Hanglagen wurden dagegen wirtschaftlich zunehmend abgehängt; fehlende Renditeerwartungen führten hier zu einem Sanierungsstau. Nachdem das wohlhabende Bürgertum in die neuen Vorstädte gezogen war, erfuhren diese ‹stillen› Viertel zudem eine starke Verdichtung, die etwa für das Gebiet Schneidergasse–Nadelberg–Spalenberg–Rosshofgasse gut dokumentiert ist.¹²³ Die grossen alten Häuser wurden oftmals aufgeteilt, Höfe überbaut. Entlang des Birsigs, der damals noch offen durch das Stadtgebiet floss, entstanden regelrechte Elendsquartiere.¹²⁴

Es sind gerade diese ehemals unrentablen Viertel in Hanglage wie Heu-, Nadel-, Spalen- oder Leonhardsberg, die das Gesicht der Altstadt heute prägen. Doch wurden auch diese Gebiete mit einiger Verzögerung einem tiefgreifenden Modernisierungsprozess unterworfen: nicht durch Flächenabriss wie in der City, sondern durch ein neues, bald ‹Sanierung› genanntes Verfahren, das sich als Modernisierung ‹im Bilde der Stadt› beschreiben lässt. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden in den 1930er-Jahren geschaffen, mit erstmals insgesamt verbindlichen Bauregeln und Bauzonen.¹²⁵ Aus der als Bauzone 5 und

Korrektionsgebiet ausgewiesenen Kernstadt wurde hier zum ersten Mal eine ‹Schutzzone Altstadt› ausgegliedert, für die Sonderregelungen galten.¹²⁶ Erst die so vollzogene ‹saubere Trennung zwischen den Innerstadtkorrektionsgebieten und den sanierungswürdigen Altstadtzonen›, so die ‹Basler Arbeiter-Zeitung› anlässlich der Eröffnung der Ausstellung ‹Altstadt heute und morgen› (1945), schaffe die juristischen Voraussetzungen für die Entstehung zusammenhängender Altstadtquartiere.¹²⁷

Die in der Folge auf den Weg gebrachte Sanierung, die sich bis weit nach Kriegsende hinziehen sollte, verfolgte nach den Worten von Lukas Burckhardt, dem Obmann der Sektion Basel der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz, ausdrücklich ein Doppelziel, nämlich die ‹aesthetische und hygienische Wiederherstellung› der Altstadt.¹²⁸ Die strukturelle Ähnlichkeit zu zeitgleichen, in Deutschland etwa in Köln unter nationalsozialistischer Regie und mit den Schlagworten ‹Gesundung und Entschandlung› durchgeführten Projekten ist unübersehbar.¹²⁹ Die Sanierung der Altstadtquartiere war damit keineswegs auf Bestandsschutz gerichtet. Auch für sogenannte Schutzzonen wurden Schutzbestimmungen im eigentlichen Sinne erst 1977 erlassen.¹³⁰ Vorher waren die Sanierungsgebiete baurechtlich gesehen Sonderzonen mit speziellen Regeln für das Bauen im Bestand. Statt der sonst in der Kernstadt vorgeschriebenen fünfgeschossigen Bauweise galt hier die individuelle Orientierung am Altbestand.

Für die ‹Schutzzone Altstadt› galten Sonderregelungen

Ob saniert oder neu gebaut werden sollte, stand weiterhin im Ermessen der Eigentümer. Allerdings veränderten die Auflagen die Kosten-Nutzen-Kalkulation. Vor allem die Begrenzung der Bauhöhe machte die Gebiete eher unattraktiv für Investitionen in Neubauten. Doch auch arbeitsaufwendige Sanierungen wären ohne massgebliche kantonale Hilfe kaum umsetzbar gewesen. Von 1936 bis 1946 wurde zur Linderung der Wirtschaftskrise eine Abgabe von einem Prozent auf alle Löhne und Gehälter erhoben. Aus diesem sogenannten Arbeitsrappen wurden bis Kriegsende vor allem Bauaufnahmen des historischen Hausbestands durch arbeitslose Architekten und Ingenieure bezahlt sowie die Ausarbeitung des Regelwerks für die Sanierung auf den Weg gebracht.¹³¹ Nach dem Krieg wurden die Mittel vollständig für die Altstadtsanierung und Verschönerung umgewidmet, bis die Gelder 1974 schliesslich erschöpft waren.

Die Sanierung der Altstadt gibt sich so sehr weitreichend als eine Gestaltungsaufgabe zu erkennen, die neben wirtschaftlichen und hygienischen auch klare ästhetisch-formale Ziele formuliert. Diese Doppelaufgabe der Sanierung hat der wohl bedeutendste Schweizer Programmatiker Ernst Reinhard anschaulich



27 Spalenvorstadt 28–20. Foto: Peter Heman, 1957. | 28 Spalenvorstadt 28–20. Foto: Atelier Eidenbenz, 1984. — Im Rahmen der Altstadtsanierung erfolgte eine ästhetische Vereinheitlichung, Anpassung und Homogenisierung. Durch eine eingreifende und kontinuierliche Stadtbildpflege wurden Quartiere geformt, die eine unbestimmt-zeitlose Tradition aufrufen.

formuliert.¹³² Zunächst zielten die Massnahmen auf eine Modernisierung im Sinne der neuen sanitären, sozialen und baupolizeilichen Standards. Darüber hinaus erfolgte eine umfassende ‹Stadtbildpflege› entsprechend der Heimatschutzdoktrin. In einem ersten, im Auftrag der Heimatschutzkommission verfassten ‹Zwischenbericht über die Altstadtsanierung› (1945) wurden zur ‹hygienischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Verbesserung [...] die Auskernung, Auflockerung, Beseitigung von Anbauten und insbesondere von Dachaufbauten, die Abstockung, die Verbesserung der Ladeneinbauten, die Entfernung der störenden Einzelteile› begrüsst.¹³³ Die alten Einheiten der schmalen Bürgerhäuser wurden von praktischeren Etagenwohnungen abgelöst: ‹Brausebad für alle› ist das Schlagwort für

eine Sanierung nach hygienischen Standards, die in einem Ausstellungskatalog von 1945 zur Altstadtsanierung entsprechend gewürdigt wurde.¹³⁴ Ein erwünschter Nebeneffekt war eine soziale Homogenisierung. Die sogenannte Wiedereinspeisung der Elendsviertel in den Wirtschaftskreislauf zog häufig einen starken Austausch der Bevölkerung und die Verdrängung von Randgruppen nach sich,¹³⁵ die heute als Gentrifizierung diskutiert wird.

Im Namen des zweiten, oft als Verschönerung bezeichneten Ziels der Altstadtsanierung erfolgte eine ästhetische Vereinheitlichung, Anpassung und Homogenisierung, die in diesem Rahmen nur angedeutet werden kann und die in ihren Ausmassen noch immer unterschätzt wird [27 | 28].¹³⁶ Ziel der Sanierung war eben nicht substanzieller Schutz und auch nicht historische Treue. Durch eine ebenso eingreifende wie kontinuierliche Stadtbildpflege wurden vielmehr Quartiere geformt, die einen einheitlichen, erfahrbaren Charakter aufweisen. Das von einer komplexen und konflikthaften Geschichte geprägte Stadtzentrum wurde so umgedeutet zu einer ‚Zone Heimat‘, die eine unbestimmt-zeitlose Tradition aufruft.

Insbesondere die zahlreichen Änderungen, Aus- und Umbauten aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden systematisch eliminiert und damit die vielfältigen Spuren einer zaghaften Kommerzialisierung und Modernisierung wieder getilgt, historistische Gesimse und Fensterrahmungen und andere ‚fremdartige‘ Elemente durch ein rigoros durchgehaltenes Vokabular angeblich ‚Altbasler‘ Formen ersetzt. In vielen Fällen wurden mehrere schmale Häuser zusammengelegt und aufgestockt, sodass der Vorzustand kaum mehr zu erahnen ist. Um die Rendite zu erhöhen, wurden zum Teil einheitlich schlichte Schaufenster eingebrochen und die Dachgeschosse ausgebaut. Auch für Neubauten waren Material, Kubatur, Dach- und Fensterform vorgeschrieben. Ein synthetischer, oft unhistorischer Haustyp gab dabei das Vorbild. Sprossenfenster mit schlichten Rahmungen und Holzläden sind neben den unvermeidlichen Gauben dabei das Leitmotiv. Seither spricht nur noch eine Stimme, ein rigoroser Heimatschutzstil mit den immer gleichen Details, die der Basler Altstadt ihren unverwechselbaren Charakter geben sollen. Die Sanierung der Basler Altstadtquartiere ist über die Jahrzehnte zwar denkmalpflegerisch anspruchsvoller geworden, etwa im Umgang mit der historischen Substanz. Die ästhetischen Leitlinien sind aber bis heute ungebrochen.¹³⁷ Das Ergebnis dieser über Jahrzehnte verfolgten Stadtbildpflege sind homogenisierte Altstadtquartiere, die sich signifikant von den Geschäftsvierteln unterscheiden. Eine städtebauliche Leistung, deren Qualitäten auf der Hand liegen und deren Verluste nicht unterschlagen werden sollten.

Feministische Stadtplanung in Basel

Yves Hänggi

Im März 1998 war die Basler Bevölkerung eingeladen, sich im Rahmen des Projekts Werkstadt Basel (WSB) an sogenannten Innovationswerkstätten (IWS) aktiv in die Stadtplanung einzubringen. Die IWS bildeten die erste Phase von Werkstadt Basel. Später ging daraus das ‹Aktionsprogramm Stadtentwicklung› hervor. Grundsätzlich waren die IWS quartierspezifisch angelegt. So hiess es beispielsweise: ‹Ihre Erfahrung und Ihr Fachwissen als BewohnerIn des St. Johann ist gefragt.›¹³⁸ Daneben wurden zwei gesamtstädtische IWS veranstaltet, an denen ausschliesslich Frauen teilnehmen durften. Das Projektteam von Werkstadt Basel hielt gegenüber Einwänden von Frauen der LDP und CVP fest, ‹dass Frauengruppen in Diskussionen um Stadtentwicklung deutlich andere Akzente und Schwerpunkte setzen als gemischte Veranstaltungen›.¹³⁹ Dies hätten ähnliche Projekte in anderen Städten gezeigt. Den Frauen-IWS lag die Annahme zugrunde, dass in der Stadtentwicklung spezifische ‹Sichtweisen, Schwerpunkte und Anliegen von Frauen› existierten,¹⁴⁰ weil Frauen den öffentlichen Raum spezifisch erlebten und nutzten. Damit folgten die Frauen-IWS nicht nur den Erfahrungen aus anderen Städten, sie schrieben sich auch in eine Basler Geschichte ein.

Ihren Anfang hatte diese Geschichte im Jahr 1990 genommen. Damals reichte Grossrätin Nicole Wagner (Progressive Organisationen der Schweiz, POCH) den ‹Anzug [Postulat] betreffend Stadtstrukturen und Gewalt gegen Frauen› ein. Wagner ortete den Ort des ‹hauptsächlichen Gewalterleidens von Frauen› – zu Recht – ‹im Privaten›, hielt aber auch fest, dass sich das Private im öffentlichen Raum spiegle. Der öffentliche Raum sei ‹Teil der strukturellen Gewalt› gegen Frauen, weil Frauen darin an ‹ihrer Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit› gehindert waren. Zahlreiche Orte im Basler öffentlichen Raum würden von Frauen – gerade bei Dunkelheit – gemieden: die Tiefgarage des Kantonsspitals, die Unterführung beim Bahnhof SBB, der Margarethenpark, das Steinenbachgässlein etc. pp. Wagner sah in den Stadtstrukturen ‹gebaute Bedingungen und Einflüsse› gewalttätigen Verhaltens und forderte neben einer Analyse des Ist-Zustands eine neue Stadtplanungskommission, der ausschliesslich Frauen – ‹(Ingenieurinnen, Architektinnen, Frauen, welche sich be/ruflich mit Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen, Soziologinnen, Psychologinnen...)› – angehören sollten.¹⁴¹

Der Regierungsrat äusserte in seiner Antwort Verständnis für die Anliegen von Wagners Postulat und votierte dafür, Verwaltungsstellen auf das Problem aufmerksam zu machen und zum Handeln anzuweisen. Die Schaffung einer neuen Frauenkommission erachtete die Regierung allerdings als «nicht zweckmässig»; sie empfahl Beratungen «innerhalb der bestehenden Organisationen und Institutionen». Der «Anzug» wurde daraufhin vom Grossen Rat als erledigt abgeschrieben.¹⁴² Er hatte jedoch zur Folge, dass eine Gruppe von Frauen aus Architektur, Geografie und Raumplanung 1991 begann, sich regelmässig zum Thema auszutauschen und sich ein Jahr später zur Gruppierung «Freiräume für Frauen» (FFF) zusammenschloss. Auf einem Flugblatt wies FFF anhand konkreter Zahlen darauf hin, dass «Frauen [...] in allen Aemtern und Kommissionen, welche mit Stadtplanung und Bauen zu tun haben, hoffnungslos untervertreten [sind]».¹⁴³ Diese Ungleichheit hätte mit der von Wagner geforderten Stadtplanungskommission ausgeglichen werden können. Fortan trafen sich die Frauen von FFF einmal monatlich im Sitzungszimmer der Frauenbeiz «Frauenzimmer» am Klingentalgraben, bildeten Arbeitsgruppen, veranstalteten Filmvorführungen, lancierten Petitionen, hielten Vorträge.¹⁴⁴ Sie selbst nannten ihr Engagement «Frauensicht»¹⁴⁵ oder «feministische Planung».¹⁴⁶ Die Gruppierung nahm alles in den Blick, was Frauen einen «Bewegungsraum» nahm. Dazu gehörten neben einem mangelnden Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum auch «zerrissene Stadtstrukturen», welche die Betreuungsarbeit erschwerten, oder die Priorisierung des motorisierten Verkehrs, die indirekt Männern zugutekomme [29].¹⁴⁷

Das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum blieb für FFF stets zentral. Aus der AG Interviews von FFF ging 1995 eine «Umfrage zur Sicherheit auf Basels Strassen» hervor, die beim kantonalen Gleichstellungsbüro aufgelegt wurde. Im Vergleich mit ähnlichen Untersuchungen aus anderen Städten attestierte FFF den Ergebnissen dieser Umfrage «Durchschnittscharakter».¹⁴⁸ Vorwiegend Unterführungen, Parkhäuser, Nebenstrassen, Grünanlagen würden nachts für Frauen zu «regelrechten Angsträumen».¹⁴⁹ Folglich verfügten Frauen nicht über denselben «Bewegungsradius» wie Männer, da sie manche Orte mieden oder umständliche Umwege in Kauf nahmen.¹⁵⁰ Für die Gruppierung war klar, was verändert werden musste. Im Mindesten brauche es «ein angemessenes Wahrnehmen der Bedürfnisse der weiblichen Stadtbevölkerung».¹⁵¹ Hierzu wünschten sich die Frauen von FFF eine «vertiefte Untersuchung der lokalen Verhältnisse zur Sicherheit im öffentlichen Raum [...]».¹⁵²

Dieser Wunsch sollte sich bald erfüllen. Das damalige Baudepartement beauftragte zwei Soziologinnen mit einer Studie, die 1998 erschien. «Mehr Sicherheit



29 Faltblatt der Gruppe ›Freiräume für Frauen› (FFF), um 1992. — Die Gruppe FFF forderte – bildlich überzeichnet –, dass Frauen sich im öffentlichen Raum genauso «frei», «aufrecht» und «lustvoll» bewegen können sollten wie Männer.

im öffentlichen Raum› knüpfte explizit an das Wirken von FFF an. Unterdessen sei es allgemeiner Konsens, «dass der Einbezug von weiblicher Alltagserfahrung in Planungs- und Mitwirkungsverfahren dringend nötig ist [...]». Nicht nur seien Frauen für das Thema Sicherheit besonders sensibilisiert, sie brächten zudem «wertvolle soziale Erfahrungen aus Erziehungs- oder Betreuungsarbeit in Verbindung mit der Problematik der täglichen Versorgung in die Planung [ein]». ¹⁵³ Bei der Publikation handelte es sich im Grunde um einen Leitfaden feministischen Planens, der Best Practice und Handlungsbedarf vereinte. Auf über hundert Seiten legten die Autorinnen dar, wie Basel durch stadtplanerische, architektonische und gestalterische Eingriffe sicherer werden konnte. Der konkrete Massnahmenkatalog war, wie der Kantonsbaumeister in seinem Vorwort argumentierte, auf ein übergeordnetes Ziel gerichtet: die «Rückgewinnung» des öffentlichen Raums, der an den «motorisierten Verkehr» verloren gegangen sei. ¹⁵⁴

Mit der Publikation des Leitfadens fasste ›feministische Planung› beziehungsweise Planung ›aus Frauensicht› in der baselstädtischen Verwaltung Fuss.

Wer heute durch Basel geht, sieht viele der Forderungen verwirklicht. Gleichzeitig markiert die Veröffentlichung auch den Moment, in dem die Herkunft des dargelegten Wissens verschwand. Weder im Titel und Untertitel des Leitfadens noch im Haupttext wurde explizit auf die Sicherheit von Frauen eingegangen. Einzig in Vorwort und Einleitung wurde noch deutlich, dass es feministische Planerinnen gewesen waren, die das Problem ursprünglich aufgeworfen hatten. Regierungsrätin Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartements, ging in ihrem Vorwort auf dieses Verschwinden ein. Ausgehend von einer «geschlechterspezifischen Problemstellung» sei es den Autorinnen gelungen, das Thema «ganz zu erfassen und zu verarbeiten: Es geht um menschengerechtes Bauen.»¹⁵⁵ Schneider griff hier einen Punkt auf, den FFF seit ihrer Gründung immer wieder vorgebracht hatte: «Eine frauengerechte Stadt wird auch immer eine menschengerechte Stadt sein»¹⁵⁶ [30]. In diesem Sinn lautete der Untertitel des Leitfadens: «Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen». Eine der beiden Autorinnen von 1998 interpretierte die Tatsache, dass der «Geschlechteraspekt» zurücktrat, denn auch als Erfolg: «Sicherheit im öffentlichen Raum wurde als eine Problematik erkannt, die verschiedene Bevölkerungsgruppen, Alte und Junge, Frauen und Männer betrifft und es deshalb auch Aufgabe der Stadtplanung ist, Lösungsansätze zu entwickeln.»¹⁵⁷

1998 hatte sich folglich die Überzeugung etabliert, dass eine Frauenperspektive auf den öffentlichen Raum existierte und allen Bewohner:innen zugutekam. Entsprechend argumentierten die Verantwortlichen der Werkstadt Basel, dass Frauen «andere Ideen und Impulse» einbrachten, auf die man «nicht verzichten» wolle.¹⁵⁸ Wenig überraschend fungierte FFF als Mitglied der Trägerschaft der Frauen-IWS. Doch die Geschichte des Wirkens von FFF macht nicht nur den Weg hin zur Frauen-IWS deutlich, sie lässt auch verstehen, auf welche Art diese in die Werkstadt Basel integriert wurden. So hoben deren Projektverantwortlichen hervor, dass die Frauen-IWS «Teil des Prozesses» seien, aber in einer zweiten Phase von «Konsenskonferenzen» keine separaten Frauenveranstaltungen mehr stattfinden würden.¹⁵⁹ Auch in der Werkstadt Basel geriet der «Geschlechteraspekt» also zusehends in den Hintergrund.

Die Geschichte feministischer Stadtplanung in Basel ist somit gleichermaßen eine des Erfolgs und des Verschwindens. In ihrer Zwiegestalt verrät sie – womöglich über ihren eigenen Fall hinaus – einiges über die Bedingungen, unter denen feministische Ideen erfolgreich sein können: Ihr feministischer Ursprung muss unsichtbar werden. Irene Hupfer, eine der Gründerinnen von FFF, hatte schon früh und wiederholt darauf verwiesen, dass es sich bei «feministischer Planung»



30 Unterführungen als Angsträume. Illustration aus einer Publikation des Baudepartements Basel-Stadt, «Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen», 1998. — Das Thema Unterführungen stand seit Beginn im Fokus der

feministischen Planung. FFF gründete sogar eine «AG Unterführungen», da diese «ganz oben auf der Liste der Angsträume für Frauen» stünden. Im Leitfaden des Baudepartements wurde diese Definition auch bildlich auf weitere Personengruppen erweitert.

um ein «Reizwort»¹⁶⁰ handle, das sofort – «vor allem bei Männern»¹⁶¹ – Türen verschliesse und Zusammenarbeit verhindere. Ihr sei «aber kein besseres Wort bekannt, um die Bemühungen zu nennen, welche *ein* Teil der Bevölkerung unternimmt, um sich an der Planung durch den *andern* Teil der Bevölkerung zu beteiligen».¹⁶² Dass feministische Stadtplanung sich als «menschengerechte Stadtplanung» in der Verwaltung etablierte, ist so betrachtet kein Zufall, sondern vielmehr Möglichkeitsbedingung ihres Entfaltens. Eines droht jedoch in Vergessenheit zu geraten, wenn feministische Ideen ausschliesslich als «menschengerechte» wirken können: die Leistungen feministischer Planerinnen und mit ihnen die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, aus denen diese Leistungen hervorgegangen sind.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Koschorke 1990, 1996.
- 2 Zum Raum und den Räumen der vormodernen Stadt grundlegend: Rau; Schwerhoff 2004. Dürr; Schwerhoff 2005. Kümin 2009. Kümin; Usborne 2013. Rau 2017.
- 3 Im Bildkommentar von 1575 lobt der Kölner Kartograph Georg Braun die Sauberkeit der Strassen, die Ordnung der Gebäude und den Liebreiz der Gärten. Vgl. Braun; Hogenberg 1575.
- 4 Egger 2005.
- 5 Vgl. Jütte 1991.
- 6 Vgl. dazu allgemein Rau; Schwerhoff 2008.
- 7 Vgl. dazu die Karte in Lodewig 1946, S. 212.
- 8 Freitag 2013.
- 9 Rau 2004. Kümin 2007.
- 10 Schnyder 1996. Allgemein: Spain 1993. Flat-her 2013.
- 11 Vgl. dazu auch die Fallbeispiele von Piltz 2010.
- 12 Zu den Gewerbekänälen vgl. Gruner 1978, S. 23–40.
- 13 Corbin 1984.
- 14 Corbin 1995.
- 15 Missfelder 2012. Morat 2013.
- 16 Vgl. Bittner 2020.
- 17 Möhle 2014.
- 18 Scheutz 2012.
- 19 Kutter 1991, S. 47.
- 20 Ochs 1821, S. 230.
- 21 Ebd., S. 244 f.
- 22 Burghartz 1999.
- 23 Meyer 1773, S. 452 (UBH, H IV 3).
- 24 Ebd., S. 454. Zum frühneuzeitlichen Strafritual allgemein vgl. Van Dülmen 2010.
- 25 Gschwind 1977, S. 140, 172–174.
- 26 Die Vergabe des Bürgerrechts wurde ausserordentlich restriktiv gehandhabt. Exakte Zahlen lassen sich wegen des Fehlens statistischer Erhebungen für die Frühe Neuzeit allerdings nicht nennen.
- 27 Schlögl 2014, zum Raum besonders S. 109–136.
- 28 Zur Geschichte der Wahlen in der Vormoderne vgl. Stollberg-Rilinger 2017, besonders S. 39–46.
- 29 Zu Performanz und Wirkung vgl. Fischer-Lichte 2003.
- 30 Weber 1994.
- 31 Vgl. Kemp 1996, S. 9–14.
- 32 Burghartz 2015.
- 33 Dazu allgemein Schmale 1998. Zur Praxis vgl. Simmering 1996. Zu Basel: Sieber-Lehmann 2000.
- 34 Vgl. dazu Schneller; Lassau 2021.
- 35 Vettori 1984. Pfister 1993.
- 36 Siebenhüner 2019.
- 37 Boerlin-Brodbeck 2006. Burghartz; Herren 2021, S. 123–160.
- 38 Zum Kontext und zu den ersten Basler Panoramenzeichnern vgl. Boerlin-Brodbeck 1985.
- 39 Mischke; Siegfried 2016, S. 427–428. Vgl. «klieben, stv. III» Lexer, Bd. 1, Sp. 1622, Z. 49.
- 40 Fouquet 1999, S. 224. Vgl. Modellmog 2024, S. 60–67: «Wuhr» bezeichnet hier ein Stauwehr.
- 41 Weber 2021, S. 90–91.
- 42 Dieser Druck war Teil des Illustrationsprogrammes in Bruckner; Buxtorf 1751.
- 43 Boerlin-Brodbeck 2007, S. 259.
- 44 Wackernagel 1907–1924, Bd. 2.1, S. 195.
- 45 Vgl. Smith 2019, S. 37–58.
- 46 Schnitter 1994, S. 48 f.
- 47 StABS, St. Urk. 1512. Der benachbarte Kleinbasler Teich bestand mindestens seit der Mitte des 13. Jhs. Schweizer 1927, S. 6 f. Golder 1991, S. 134–139.
- 48 Bruckner; Buxtorf 1751, S. 644. Die bei Bruckner erwähnte Laustampfe bezeichnet die Bearbeitung von Leder in Lohe als Teil des Gerbprozesses.
- 49 StABS, St. Urk. 1512.
- 50 Schubert 1986, S. 261. Troitzsch 1989, S. 95.
- 51 Haller 1905, S. 53. Golder 1991, S. 14–16.
- 52 Leibundgut; Lischewski 2008, S. 239.
- 53 Vgl. ebd.
- 54 Glauser 1991, S. 67.
- 55 StABS, St. Urk. 2706.
- 56 StABS, St. Urk. 2838.
- 57 Weber 2021, S. 69–71.
- 58 Golder 1991, S. 134 f.
- 59 Bodmer 1960, S. 416 f.
- 60 StABS, Bau U 3, 19.12.1889.
- 61 Degen, Bernard; Thomi + Franck, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2013.
- 62 StABS, Bau X 13, 20.08.1892.
- 63 StABS, Bau U 3, 24.04.1893.
- 64 StABS, STA DS BS 9 1087, Ratschlag betreffend Korrektur der Wiese und Erstellung eines Hochwasserdammes auf dem rechten Rheinufer vom Untern Rheinweg bis zur Landesgrenze, 1896.
- 65 StABS, Planarchiv II 25, 21, 1896. Vgl. StABS, STA DS BS 9 1057, Ratschlag betreffend Korrektur der Untern Klybeckstrasse, 1896.
- 66 StABS, S58, 1897.
- 67 StABS, BD-REG 2 B 7-9-2 (2), 1901.
- 68 StABS, Bau P 105, 05.06.1915.
- 69 Vgl. Gelpke 1902.
- 70 Vgl. Haidvogel 2019, S. 312.
- 71 Reith 2011, S. 25–31.
- 72 Siegfried 1925, S. 56. Birkner in: Basler Magazin 45, 1997, S. 15.
- 73 Briese 2003. Evans 2022.
- 74 Bericht Sanitätskomitee, zit. nach Bachmann 1989, S. 38.
- 75 StABS, STA DS BS 9 709, Bericht des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt an den Regierungsrat betreffend die gegen die Cholera getroffenen Massregeln, 15.11.1884, S. 21.
- 76 Evans 2022.
- 77 Röhlin 1986.
- 78 Bachmann 1989, S. 41.
- 79 Ebd., S. 24 f.
- 80 Briese 2003, S. 187–198.
- 81 Pettenkofer 1871, S. 23 f. Briese 2003, S. 154–158.
- 82 De Wette 1856.
- 83 Bachmann 1989, S. 29.
- 84 General-Bericht 1856, S. 10.
- 85 Ebd.
- 86 Sarasin 2011.
- 87 Gschwind 1977, S. 44 und 56.
- 88 De Wette 1856.
- 89 Trevisan 1985, 1989.
- 90 StABS, Grundbuch A 11, Stohler [...] 1903, S. 46.
- 91 Crampton 2010, S. 96.
- 92 StABS, Protokolle Grosser Rat 26, 07.02.1859, S. 209.
- 93 Die Katastervermessungen [...], in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 9, 1903, S. 73–76.
- 94 Bachmann 1969, S. 17.
- 95 Die Katastervermessungen [...], in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 8, 1903, S. 73–76.
- 96 Bachmann 1969, S. 28.
- 97 Generalplan von Maring 1857 und Stadterweiterungsplan von Hartmann 1859. Vgl. Kreis 2015, S. 40 f.
- 98 Streckeisen 1868.
- 99 Kreis 2015, S. 221 f.
- 100 Gschwind 2022, S. 57–60.
- 101 StABS, STA DS BS 8 32, 32. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1865, S. 151. König 2016, S. 30–36.
- 102 Zitat bei Siegfried 1925, S. 74. Kreis 2015, S. 221.
- 103 Bachmann 1969, S. 59.
- 104 StABS, Sanität Pla. Trevisan 1985, 1989.
- 105 StABS, Sanität Pla.
- 106 Koller 1995, S. 77–79.
- 107 General-Bericht 1856, S. 137–143. Trevisan 1989, S. 94–102. Koller 1995, S. 77–79.
- 108 Sarasin 1858, S. 57–62. Siegfried 1925, S. 72.
- 109 Lengwiler 2011, S. 118 f.
- 110 Bücher 1891, S. 244, 254, 345 und 352.
- 111 Koller 1995, S. 80.
- 112 Bücher 1891.
- 113 Systematische Gesetzessammlung Basel-Stadt, https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/370.100, abgerufen am 29.04.2024.
- 114 Elden 2013.
- 115 Vinken 2010, S. 19–20. Vinken 2021.
- 116 Zum «Machen» der Altstädte: Enns; Vinken 2016. Vinken 2016.

- 117 Siegfried 1923. Kreis 1995.
- 118 Falter 1980.
- 119 Vinken 2005, 2008.
- 120 StABS, DS BS 9 315, Ratschlag und Gesetzesentwurf über Hochbauten, 1864.
- 121 Brännimann 1973. Stolz; Bühler 1979.
- 122 Meier 1993, S. 10.
- 123 Vgl. Kaufmann 1945.
- 124 Vinken 2010, S. 63–67.
- 125 Vgl. Boerlin 1972/73, S. 27 f. Wyss 1988. Zur Bedeutung der Zonierung im Sanierungsprozess: Vinken 2006, 2010, S. 73–80 und 111–120.
- 126 Grossratsbeschluss betreffend die Festsetzung von zwei Zonenplänen für das Gebiet von Basel-Stadt, Anhang zu: StABS, DS BS 9 3769, Ratschlag betreffend die Festsetzung von zwei Zonenplänen für das Gebiet des Kantons Basel-Stadt, 1939.
- 127 «Die Ausstellung über die Altstadtanierung eröffnet», in: Basler AZ, 24.09.1945, Nr. 223.
- 128 StABS, BD-REG 1 A 801-1, 1945–1946, S. 1.
- 129 Vinken 2010, S. 81–87 und 139–149.
- 130 Vgl. Nertz 1991, S. 106.
- 131 Vgl. Meier 1984. Degen 1996. Stolz 1999. Vgl. auch Fischli 2014.
- 132 Vgl. Reinhard 1945.
- 133 StABS, BD-REG 1 A 801-1, Materialien zum Sanierungsgesetz, 1945–1956, o. S.
- 134 Vgl. Kaufmann 1945.
- 135 Schubert 1992.
- 136 Ausführlich: Vinken 2010, S. 91–102.
- 137 Vgl. Wyss 1987, o. S.
- 138 StABS, RR-REG 2e 3-3 15, Mappe Information Innovationswerkstatt, Information und Anmeldung, 1997.
- 139 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Adressen, Fax an LDP, 05.02.1998.
- 140 Ebd., Werkstatt Basel, betrifft Innovationswerkstätten für Frauen, 22.12.1997.
- 141 StABS, Protokolle: Grosser Rat 173, S. 76–78.
- 142 StABS, Protokolle: Grosser Rat 180, S. 841.
- 143 Archiv Irene Hupfer, FFF, Stadtstruktur und Gewalt gegen Frauen. – Mein besonderer Dank gilt Irene Hupfer für den Zugang zu ihrem privaten Archiv.
- 144 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Adressen, FFF, Steckbrief, 04.1997.
- 145 Ebd.
- 146 Archiv Irene Hupfer, Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.
- 147 Ebd., FFF, Faltblatt Nr. 1, 05.1992.
- 148 Fischer 1995, S. 24.
- 149 Ebd., S. 3.
- 150 Ebd., S. 4.
- 151 Ebd.
- 152 Ebd., S. 22 f.
- 153 Glatt; Osswald 1998, S. 16 f.
- 154 Ebd., S. 10.
- 155 Ebd., S. 8.
- 156 Archiv Irene Hupfer, FFF, Faltblatt Nr. 1, 05.1992.
- 157 Glatt 1999 (Online-Quelle).
- 158 «Bürgerliche Frauen kritisieren Frauen-Werkstatt», in: BaZ, 17.02.1998.
- 159 StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Mappe Trägerschaft, H. i. O.
- 160 Archiv Irene Hupfer, Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.
- 161 Ebd., Vortrag Irene Hupfer in der Beratungsgruppe der Frauenkommission, 13.08.1996.
- 162 Ebd., Vortrag Irene Hupfer am AKS, 28.02.1992.



BEAUBÂLE

Konfliktträume

Öffentlicher Raum ist für alle da. Seine Verfügbarkeit und Zugänglichkeit ist jedoch beschränkt durch physische Gegebenheiten, geschriebene und ungeschriebene Gesetze, soziale oder symbolische Schranken, Regeln, Traditionen und Verbote. Wenn unterschiedliche Ansprüche auf ein begrenzt verfügbares Territorium oder den durchlässigen Klangraum der Stadt aufeinandertreffen, ist der Konflikt unvermeidbar. Städtischer Raum ist deshalb immer umkämpfter Raum. Gestritten wird um Deutungshoheit, Zugang, Nutzung, Rechte, Privilegien und Besitz, um die Strassen, den Boden und den Stadtwald. Die Stabilität und Kontinuität einer Stadt stehen in permanent hoher Spannung zum plötzlichen Bruch, zur Diskontinuität und zum Unerwarteten. Die latente Störung des Bestehenden, das Aufbegehren, Neudenken, Aneignen oder Verwerfen, ist konstitutiv für die Stadt.

Aushandlungsraum Hardwald – zwischen Stadt und Land, Waldweide und Industrie

Mirjam Hähnle, Lisa Cronjäger

Der östlich von Basel am Rhein gelegene Hardwald fällt auf der Karte ‹Einzugsgebiet der Hard› von 1941 sofort ins Auge. Eine Schraffur mit weiten Linienabständen hebt den Wald auf der statistischen Karte hervor [31]. Eine breite Umrandung gibt der Waldfläche eine dreidimensionale Erscheinung. Diese visuellen Verfahren rücken den Hardwald in ein besonderes Verhältnis zur Stadt. Jene Gebiete, von denen aus Basler:innen in einer halben Stunde zur Hard gelangen können, werden durch zwei verschiedene Schraffuren markiert: Das geometrische Rastermuster steht für die Erreichbarkeit zu Fuss, die Kreuzschraffur für die Einzugsgebiete der Strassenbahnen. Die Orientierung auf dieser ungewöhnlichen Darstellung des Basler Stadtgebiets braucht etwas Zeit. Das Spalentor sucht man beispielsweise vergeblich. Stattdessen gibt die Kreuzschraffur an dieser Stelle zu verstehen, dass aus der Spalenvorstadt eine Tram in weniger als einer halben Stunde zum Hardwald fährt. Das Gleiche gilt für den Claraplatz oder die Schiffländle. Im Gellertquartier wird der suchende Blick dagegen auf die überdimensional gross skizzierten Konturen eines Spaziergängers gelenkt.

Im ‹Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel›, dem die Karte entnommen ist, bezeichnete die Regionalgruppe Nordwestschweiz der Landesplanungskommission den Hardwald ‹als in nächster Nähe der Stadt gelegenes Erholungsgebiet›, das einen grossen Einfluss auf die Lebensqualität der Basler Bevölkerung habe.¹ Damit verdeutlichten die Ingenieure, Architekten und Förster der Planungsgruppe die zentrale Bedeutung des Hardwaldes für die Menschen in Basel, und dies trotz seiner etwas abgelegenen Lage an der Grenze zum Landkanton. Bei einer grossflächigen Abholzung nähmen die Frostgefahr und die Windstärke in Basel und den umliegenden Gemeinden zu. Betont wurde auch die Funktion der Hard als Schutzzone: ‹Es ist damit zu rechnen, dass sich im Gebiet von Pratteln–Schweizerhalle in Verbindung mit dem Rheinufer weitere Industrie ansiedeln wird. Gegenüber dieser Industriezone bildet die Hard einen wirksamen Schutz, der besonders geeignet ist, die von den vorherrschenden Ostwinden herangetragenen Industriedünste abzuhalten.›²



31 Faltkarte «Einzugsgebiet der Hard», 1941, mit vergrössertem Ausschnitt.

Die Hard als gut erreichbarer Erholungsraum im Grünen, als unverzichtbarer Regulator des Lokalklimas und als Pufferzone zum Schutz vor giftigen Emissionen der Industrie – die Konzeptionalisierungen des Hardwaldes von 1941 werfen Fragen auf: Wie wurde der Hardwald als Raum genutzt? Welche lokalpolitischen Auseinandersetzungen gab es über den Zugang zum Wald? Welche Rolle spielte die Hard und alles, was in ihr geschah, bei der Kantonstrennung von 1833? Und wie kam es, dass ein ehemals so grosses, zusammenhängendes Waldgebiet im Verlauf der Zeit immer stärker schrumpfte?

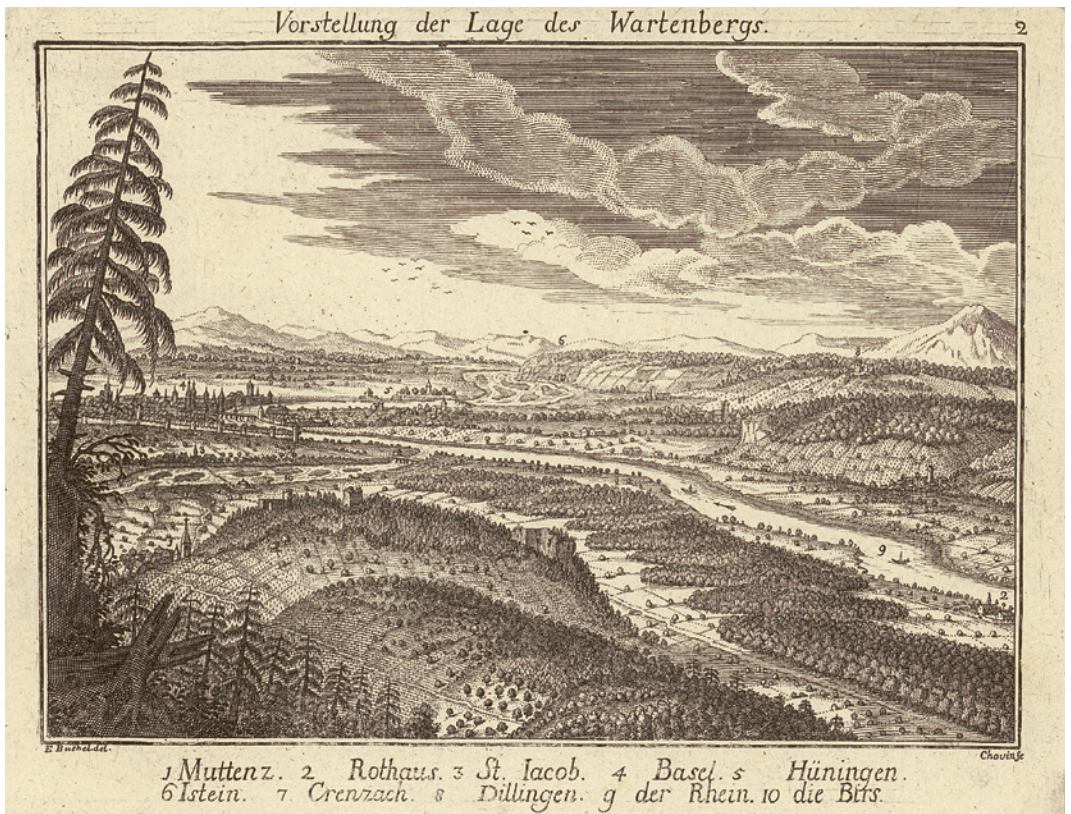
Der Beitrag will Konturen einer Stadtgeschichte entwerfen, die vom Wald ausgeht, und zeichnet anhand von drei Themenkomplexen die Geschichte der Hard seit dem 17. Jahrhundert nach: Erstens stehen die Waldweide und andere

Waldnutzungspraktiken als Konfliktthema zwischen der Stadt Basel, ihren Einwohner:innen sowie jenen der Gemeinden Muttenz und Pratteln im Fokus. Der sogenannte Hardwaldstreit wird dabei eine besondere Rolle spielen, denn in ihm kulminierten in den 1830er-Jahren Unstimmigkeiten über Waldnutzungsrechte. Der Salzfund von 1836 auf dem Gebiet der heutigen Schweizerhalle bildet den Ausgangspunkt für den zweiten Themenabschnitt, da diese Entdeckung die Grundlage für die Entwicklung von Salzsäuren und somit für die Chemieindustrie in Basel und in der Umgebung darstellte. Der dritte Teil schliesslich widmet sich den anfangs angedeuteten Protesten gegen Rodungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die für die Geschichte der neueren Umweltbewegungen und für die Sandoz-Katastrophe von 1986 einen wichtigen Referenzrahmen darstellen. Am und im Wald, so wollen wir zeigen, formierte sich (Stadt-)Politik – und diese politischen Aushandlungsprozesse waren von lokaler, nationaler sowie globaler Reichweite.

Historische Waldnutzungsformen, Regulierung und Verstoss

Der Hard(t)wald beziehungsweise ‹la forêt de la Hardt› dehnte sich im Mittelalter vom elsässischen Neuf-Brisach rheinaufwärts über das St. Johanns-Tor bis nach Muttenz und Pratteln aus. Westlich der Birs fanden sich auf dem Bruderholz, im heutigen Gundeldingen sowie im St. Albanquartier Waldbestände der Hard. Die einst grosse Hardwaldregion wurde im Verlauf der Jahrhunderte immer weiter verkleinert und aufgeteilt. Isoliert vom Hardwald existieren heute auf französischer Seite östlich der Birs noch Ausläufer der Hard, deren parzellierte und von Autobahnen durchkreuzte Erscheinungsform sich stark von den Wäldern der Vormoderne unterscheidet.³

Auf einem Kupferstich von 1748 [32] sind die damaligen Ausmasse des Hardwaldes von der Birs bis zum unten rechts am Rhein gelegenen Rothausgut erkennbar. An den Waldrändern und in der Hard selbst war die Weide bis ins 19. Jahrhundert üblich.⁴ Wie von dem Basler Landschaftsmaler Peter Birmann dargestellt, wurden Rinder und Ziegen in den Wald getrieben [33]. Üblich war in der Hard auch die Schweinemast, in der lokalen Mundart *Aeckerig* genannt. Während die Rinder und Ziegen vor allem Graswuchs sowie Baumrinde und Laub frassen, gruben die Schweine nach Baumfrüchten wie Kastanien, Eicheln und Bucheckern sowie Pilzen und Würmern. Entgegen heutigen Vorstellungen verhielt es sich dabei keineswegs so, dass sich die Bewohner:innen ‹drinnen› in der Stadt und die Weidetiere ‹draussen› im Wald aufhielten. Die Tiere hatten ihre Stallungen häufig in den



32 «Vorstellung der Lage des Wartenbergs», Radierung von Jacques-Antony Chovin nach Emanuel Büchel, 1748. — Der Kupferstich von Chovin aus der Monografie von Daniel Bruckner zeigt den Blick über die Oberrheinregion vom Wartenberg aus. Erkennbar sind die historischen Ausläufer des Hardwaldes mit Weideflächen an den Rändern des Waldes.

Wohngebäuden der Stadt und wurden im Takt der Jahreszeiten abwechselnd in vorher festgelegte Waldstücke getrieben.⁵ Die Bewegungen der Tiere und der sie begleitenden Menschen überschritten somit in regelmässigen Rhythmen die Grenzen zwischen Stadt und Wald.

Der Hardwald wurde wie viele Wälder des vormodernen Europas sowohl landwirtschaftlich als auch zur Holzproduktion genutzt. Für Bürger:innen und Hintersassen aus der Stadt wie auch für die untertänige Landbevölkerung aus dem Umland waren beide Nutzungsformen jeweils spezifischen Regelungen und

Hard

Der Flurname Hard oder Hardt verweist auf die Nutzung des Basler Hardwaldes in vor-modernen Zeiten. Hard bezeichnete im Alt- und Mittelhochdeutschen Wald, Gehölz oder festen Sandboden.⁶ Meistens waren mit Hard-Waldungen ausserdem Areale gemeint, die anliegende Gemeinden zur ‹Weidetrift›, also zur Waldweide, nutzten.⁷ Hard kennzeichnete sowohl ein Ökosystem als auch eine soziale Praxis, über welche die Teilhabe der Gemeindeglieder an Holz- und Weideflächen

als bedeutende Ressourcen verhandelt und sichergestellt wurde. Im deutschsprachigen Raum finden sich in verschiedenen Regionen Hardwälder oder Flurnamen mit verwandter Etymologie (zum Beispiel Spessart, Harz), wobei Hardwälder in Rheinnähe oder an anderen Flussläufen besonders oft vorkommen: so bei Karlsruhe, Bonn, Landau (Rheinland-Pfalz), aber auch in Zürich und Winterthur. Für ehemals beweidete Wälder wurde der Ortsname oftmals beibehalten.

Einschränkungen unterworfen, zunächst unter der Herrschaft der Familie Münch von Münchenstein und seit dem frühen 16. Jahrhundert durch die Stadt Basel, die neue Eigentümerin des Hardwaldes.⁸ Neben dem Wald als Weidefläche waren die Menschen auch auf Brenn- und Nutzholz sowie auf Laub als Tierfutter und Nadeln als Einstreu für die Ställe angewiesen.⁹ Ein Teil der Hard diente im 18. und 19. Jahrhundert zudem als *Rütiland*. Ärmere Prattler Bewohner:innen konnten auf diesen gerodeten Flächen Kartoffeln und Obst anbauen.¹⁰

Einerseits arbeiteten Menschen im Wald, die wie jene Holzfäller in der Darstellung aus dem Hardwald des 17. Jahrhunderts [34] oder wie Kuh- und Schweinehirten [33] für ihre Tätigkeiten entlohnt wurden. Andererseits gingen Bewohner:innen von Stadt und Umland in den Wald, um dort Brennholz zu sammeln oder kleinere Äste für den täglichen Bedarf zu schneiden, und mussten sich dabei nach den jeweils gültigen Regeln richten. Weidetiere wie Menschen beeinflussten die Ökologie des Waldes: Der Hardwald war bis ins 19. Jahrhundert hinein ein Mittelwald, das heisst, er bestand aus vereinzelt hochgewachsenen Bäumen, zwischen denen Tiere weideten, und aus niedrigeren Büschen und Bäumen. Wurden Laubbäume am Stamm zurückgeschnitten, schlugen sie neu aus. Die ‹Nutzung› des Waldes für den Hausbedarf musste in diesem Kontext nicht ‹Übernutzung› bedeuten. Entgegen der lang tradierten Standarderzählung in der Forstgeschichtsschreibung ist es vermutlich gerade die Vielfalt von Waldinteressen, welche die Erhaltung eines artenreichen Waldes über lange Zeiträume hinweg ermöglicht hat, auch wenn es in Krisenzeiten lokal zu Abholzungen von Wäldern kam.¹¹



33 «Bauer mit Vieh in der Basler Hard», Gemälde von Peter Birman, 1813. — Das Bild liefert keine authentische Abbildung der historischen Waldweide im Hardwald, sondern eine ästhetische Überhöhung zu einer Waldidylle.

Birmanns «Bauer mit Vieh in der Basler Hard» [33] lässt sich nicht als detailgetreue Abbildung der historischen Waldweide im Hardwald lesen. Vielmehr handelt es sich hier, wie in der romantischen Landschaftsdarstellung um 1800 typisch, um eine ästhetische Überhöhung zu einer Waldidylle.¹² Der Bauer steht mit seinen Tieren ganz allein in einer Komposition alter, gross gewachsener Bäume mit dichtem Unterholz. Weg, Mensch und Tier sind harmonisch im Gesamtbild der Waldlandschaft eingebettet. Es entsteht der Eindruck einer «Kulturlandschaft» einheitlicher Prägung. Diese Darstellung blendet aus, dass die Waldweide und andere Waldnutzungspraktiken Gegenstand von zahlreichen und jahrhundertelangen Aushandlungsprozessen waren: Dass Bauern und Tiere den Wald ungehindert durchschreiten durften, entsprach um 1800 nicht der Lebenserfahrung der Menschen aus Basel und Umgebung.



34 ‹Biersee bey Basel›, Radierung von Matthäus Merian d. Ä., 1622–1624. — Am Ufer des Flusses Birs (hier in alter Schreibweise ‹Biersee›) rasten vier Holzfäller; vor ihnen fällt eine weitere Person gerade einen Baum. Im Hintergrund sind umliegende Wälder erkennbar.

Wie die Obrigkeit, im Fall des Hardwaldes der Basler Rat, seit dem 16. Jahrhundert die Nutzungen des Waldes für ihre Bürger:innen regulierte, lässt sich in Waldordnungen nachverfolgen.¹³ Diese normativen Texte stellten das wichtigste Mittel zur Regulierung von Wald- und Forstangelegenheiten eines Territoriums durch die Obrigkeit dar.¹⁴ Sie waren damit Teil der frühneuzeitlichen *Policey*-Gesetzgebung und einer fortschreitenden Verrechtlichung und Verschriftlichung, die von den herrschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Zeit zeugt. Die erste eindeutig der Stadt Basel zuweisbare Ordnung ‹Erkanntnus der Höltzer, und Geissen halb› stammt von 1538 und war handschriftlich verfasst. Aus der ersten gedruckten Basler Waldordnung von 1667 lässt sich die Empörung des Rats über die angebliche ‹Unordnung› der Basler Wälder herauslesen: In jüngster Zeit sei an Bau- und Brennholz ganz unverantwortlich ‹geschweint› worden.¹⁵ Mit dem höchsten Strafmass drohte die Ordnung beim Abhauen ganzer Stämme, aber auch das unrechtmässige Anritzen von Bäumen zum Abschöpfen von Harz sollte vor der Obrigkeit verzeigt werden. Mehrfach wurden die verbotenen oder einzuschränkenden Tätigkeiten dabei mit dem vieldeutigen Begriff des ‹Frevels› bezeichnet (vgl. S. 94).

Ort.	Monat und Tag der Verurteilung	Namen der Thäter	Namen und Wohnung der Verurteilten, Art des Vergehens und des gegebenen Strafmaßes
	1856.		der Bezirk
1.	26. Januar	Abelstein, Bagel in Mülburg	Maria Högler mit Jacob Lachard, die beide in der Hand fünf Büchlein aus d. S. zu abgehauen, und einen Rößgen.
2.	15. März	derfelde	sein Stümpfen fünf fünf Stümpfen Büchlein, mit einem Rößgen abgehauen.

35 Strafregistereintrag im Forstfrevelregister zum Hardwald, 1856. — Im Jahr 1856 wurden verhältnismässig viele Frauen mit «Waldstrafen» belegt: Elisabeth Senn etwa hatte laut Tabelle «mit einem Gertel (Messer zum Holzschlagen) ein dür Bächlein abgehauen», Frau Weber «fünf dürre Stümpf abgehauen».

Zur Verzeichnung von Frevelvorfällen in den Waldungen führte der Basler Rat von 1820 bis 1899 ein nach Bezirken geordnetes Waldstrafenregister. Bannwarte, das heisst von der Stadt Basel finanzierte Waldhüter, hatten die Vergehen angezeigt. Die Tabellen listen die Namen der Ertappten nach ihrer Gemeindezugehörigkeit, dem Ort der Tat und der verordneten Strafsumme auf.¹⁶ In dem Register, das seit den 1850er-Jahren spezifisch für den Hardwald geführt wurde, war auch der anzeigende Waldhüter notiert und eine kurze Beschreibung des «geverfelten Gegenstandes» sowie das Gerichtsurteil mit aufgenommen.¹⁷

Beim Blick auf einige Einträge aus dem Jahr 1856 wird deutlich, dass verhältnismässig viele Frauen mit «Waldstrafen» belegt wurden [35]: Elisabeth Senn etwa hatte laut Tabelle «mit einem Gertel (Messer zum Holzschlagen) ein dür Bächlein abgehauen», Frau Weber «fünf dürre Stümpf abgehauen» und Jakob Tommen «Stümpfe von 4 bis 8 Fuß lang abgehauen». Frau Berger hingegen war lediglich mit einem Gertel im Wald angetroffen worden. Offenbar genügte dies als Beweis ihrer unlauteren Absichten. Mehrfach werden Personengruppen aufgeführt, die zusammen Holz aus dem Wald trugen. Gemeinsam ist allen Taten, dass lediglich geringe

Holz mengen von meist schlechter Qualität entnommen wurden: «dürre Eichli» oder «dürre Stumpf», die mit einem Messer schnell geschlagen und zu Fuss weggetragen werden konnten. Die aufgenommenen Fälle erwecken aus heutiger Sicht den Eindruck von vergleichsweise harmlosen, alltäglichen «Mitnahme»-Delikten. Für die städtische Verwaltung und den Rat, die den Wald als Eigentum Basels sahen, verhielt sich dies anders. Die Frage der Waldnutzung war für die Stadt ein Politikum.

Von alten Rechten und dem Hardwaldstreit

Den Zugang zum Hardwald regulierte die Stadt Basel nicht nur im Hinblick auf ihre eigenen Einwohner:innen, Waldnutzungsrechte wurden auch in Konflikten zwischen verschiedenen Gemeinden zum Kristallisationspunkt. Oft geriet die Stadt dabei mit umliegenden Gemeinden aneinander, die bis ins späte 18. Jahrhundert im Untertanenverhältnis zu Basel standen. Basel und seine Waldkommission spielten meist die ordnende oder verbietende Rolle, während benachbarte Dörfer, insbesondere Muttenz und Pratteln, den Zugang zu Holz oder Weideland zu sichern suchten. Diese Konstellation liegt darin begründet, dass die Stadt seit dem 16. Jahrhundert offiziell Eigentümerin von Holz und Boden des Waldes war, während andere Akteur:innen darum kämpften, das Gewohnheitsrecht der Waldweide auch für Basler Untertanen zu beanspruchen. Richten wir unseren Blick etwa auf ein Waldstück westlich der Hard in den 1730er-Jahren, so sehen wir, dass sich das nahe gelegene Dorf Reinach immer wieder gegen Versuche Basels wehrte, dort in grösserem Umfang Holz zu schlagen. Wenn zu viele Eichen gefällt würden, so argumentierten die Reinacher, würden ihre Weidrechte eingeschränkt und ihren Schweinen die Eicheln weggenommen.¹⁸ Ähnliche Konflikte gab es zwischen dem Dorf Pratteln und der Stadt Basel. Während die Einwohner:innen von Pratteln ihre Tiere im Hardwald weiden liessen und diese Waldweide als ihr Recht betrachteten, wagte Basel zwar kein grundsätzliches Verbot, versuchte aber, die Weide auf bestimmte Gebiete zu beschränken und Verstösse zu sanktionieren. Im 19. Jahrhundert zeigen die Archivalien dann, dass bestimmte Flächen des Hardwaldes zwischen der Stadt Basel und ländlichen Gemeinden getauscht oder verliehen wurden. Es sind auch Versuche rekonstruierbar, Wald in Felder umzuwandeln. Zugangsrechte, Nutzungen und die Ökologie des Waldes waren im Wandel begriffen.

1816 finden wir einen Brief des Basler Försters an die städtische Forstkommision, der verschiedene Argumente aus Pratteln und Basel enthält. Die Basler Beamten behaupteten, das Weiden von Ziegen, Kühen und anderen Tieren in den Wäldern zerstöre Bäume und Boden und müsse deshalb verboten werden. Sie

erklärten ausserdem: «Mit Documenten können die Gemeinden diese Waidgangerechtigkeit nicht nachweisen.»¹⁹ Pratteln hingegen argumentierte, dass sie dies «jederzeit so weit ihr Bann sich [erstreckt]» getan hätten, und «bitten die Herren Deputierten auf die alte Observans einigermassen Rücksicht zu nehmen». Unter «Observans» wurde bereits in der Frühen Neuzeit eine althergebrachte Gewohnheit oder ein tradiertes Recht verstanden.²⁰ Der Konflikt zwischen schriftlicher und mündlicher Überlieferung von Rechten ist in vielen Waldstreitigkeiten im frühneuzeitlichen Europa präsent; ebenso wie das Argument der Zerstörung des Waldes durch Beweidung. Das Besondere am Basler Fall ist, dass die Konflikte um die Waldweide zu einem viel grösseren Konflikt führten: Zwischen 1834 und 1839 kam es zu einem Streit, der sich nicht einhegen liess, sondern auf Bundesebene ausgetragen werden musste. Im sogenannten Hardwaldstreit traten die jahrhundertalten Kämpfe zwischen Stadt und Land wieder an die Oberfläche.²¹ Dabei prallten die Gegensätze von Arm und Reich, von Holzproduktion und Weide aufeinander. Die Konflikte wurden vor Gericht und bei gewaltsamen Auseinandersetzungen im Wald ausgetragen.

Was war geschehen? Pratteln verklagte Basel-Stadt vor dem eidgenössischen Schiedsgericht – dessen Aufgabe das Schlichten von Streitigkeiten zwischen Kantonen war – wegen Missachtung des Gewohnheitsrechts, das ihnen Waldweide und Holznutzung im Hardwald zugestand. Pratteln verlor das Verfahren und musste die Prozesskosten tragen.²² Ausschlaggebend für den Entscheid von 1839 war eine «Dotationsurkunde» aus dem Jahr 1803, in der die Stadt Basel als Eigentümerin des Hardwaldes festgehalten wurde. Dies bedeutet, dass auch hier die Ansprüche der Dörfer Pratteln und Muttenz wegen fehlender schriftlicher Unterlagen abgelehnt wurden. Aus Prattler Perspektive heisst es dazu in der Heimatkunde von Johannes Martin: «Beym Prozess wurde Pratteln auserkohren, es müsse beweisen, durch sichere Mittel, dass dieser Boden sein Eigenthum sey! Und als keine ganz triftigen Gründe angeführt werden konnten, denn der Gantrodel fehlte, eben so der Kaufbrief von diesem Stück [sic].»²³ Wenn Leute aus Muttenz und Pratteln fortan im Wald ihre Tiere weideten oder Holz sammelten, musste dies, so machten Vertreter Basels klar, als «frevle Eingriffe» gelten.²⁴ So gesehen hat der in den Folgejahren dokumentierte «Frevel» nicht nur subsistenzwirtschaftliche Bedeutung, sondern lässt sich auch als gezielte Protestform in Reaktion auf den verlorenen Gerichtsentscheid und die Aberkennung der Wälder lesen. Im Zeitzeugenbericht von Johannes Martin steht denn auch: «Es muss noch bemerkt werden, dass von da an der Wald gross und viel beschädigt wurde. Ganze Wagenladungen Eichenstekenholz wurden abgeführt, gefräfelt, nachts.»²⁵

Bei dieser langen Geschichte des Streits um den Hardwald lohnt es sich, auf den grösseren politischen Verhandlungsraum der 1830er-Jahre zu blicken: Kurz vor Beginn des Hardwaldstreits hatten sich mehrere Ortschaften von Basel losgesagt, auch Pratteln und Muttenz gehörten dazu. Die eidgenössische Tagsatzung bestätigte die Trennung von Basel-Stadt und dem neu geschaffenen Kanton Basel-Landschaft am 26. August 1833 – nicht einmal einen Monat nach der sogenannten Schlacht an der Hülftenschanze.²⁶ Nach dem Angriff durch städtische Truppen an diesem zwischen Pratteln und Augst gelegenen Ort gingen Soldaten der Landschaft brutal gegen die städtische Partei vor, als diese sich im Rückzug durch die Hard befand. Zuvor hatten Standestruppen aus der Stadt in Pratteln mehrere Häuser in Brand gesetzt. Für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser fällten Prattler Einwohner wiederum ein Jahr später Eichen im Hardwald.²⁷ Es stellt sich die Frage, ob die Trennung der Kantone nicht auch von diesem langwierigen Streit über den Zugang zum Wald beeinflusst wurde. Dass ein Grundgefühl der politischen und sozialen Benachteiligung, unter anderem aufgrund der hohen Steuerabgaben durch die Ortschaften rund um Basel, eine Rolle bei der Entzweiung der Kantone spielte, wurde mehrfach betont.²⁸ Die sozialökologische Dimension der Kantonstrennung wurde aber bisher noch nicht untersucht: Dabei dürfte die lange Geschichte der Konflikte im und um den Wald einige Gemeinden in ihrem Bestreben beeinflusst haben, sich von Basel loszusagen. Aus dem Bericht des Zeitzeugen Johannes Martin entsteht jedenfalls der Eindruck, dass der Gerichtsentscheid von 1834, das «Machtwort: Der Wald gehört Basel», aus Prattler Perspektive nur den Schlusspunkt eines viel länger andauernden Prozesses der Verdrängung aus der Hard bedeutete – einer Verdrängung, an die sich die Betroffenen mit einiger Bitterkeit erinnerten und die Widerstand herausforderte.²⁹

Die Kantonstrennung wurde vom Streit um den Wald beeinflusst

Frevel

Der Begriff selbst hat eine lange Geschichte mit religiösen Implikationen, gleichzeitig war er Gegenstand strafrechtlicher Debatten: Frevel kann sowohl eine kühne Tat oder Übermut, eine Gotteslästerung oder gar Gottlosigkeit als auch einen Gesetzesverstoss meinen.³⁰ In rechtshistorischer Perspektive changiert der Frevel zwischen erstens der allgemeinen

Bezeichnung eines Vergehens gegen eine schriftlich oder mündlich tradierte Gesellschaftsordnung, zweitens der Kennzeichnung eines im Vergleich zum Holzdiebstahl «kleineren» Vergehens, wie sie Karl Marx in den «Abhandlungen über die Holzdiebstahlgesetze» beschrieb, und drittens der koordinierten Ausführung von Freveltaten als Sozialprotest.³¹

Zwischen Schweizerhalle, Industrie, Rangierbahnhof und Autobahn

Während der Hardwaldstreit im vollen Gange war, stiessen 1836 Explorationsbohrungen auf der Höhe der Herberge Rothaus am Rhein auf Salzvorkommen. Der sächsische Oberbergrat Christian Friedrich von Glenck war einer geognostischen Karte des Basler Universitätsprofessors Peter Merian gefolgt, auf der vielversprechende Bodenschichten verzeichnet waren.³² Seit Jahren suchte man in verschiedenen Gebieten der Schweiz nach Salzlagerstätten. Musste doch das für die Viehwirtschaft so wichtige Salz aufwendig aus der Saline Reichenhall, dem Burgund und anderen ausländischen Regionen importiert werden. Schon 1837 – also ein Jahr nach dem Salzfund im Hardwaldgebiet und vier Jahre nach der Kantonstrennung – wurde die Saline Schweizerhalle eröffnet. In den folgenden Jahrzehnten leistete sie einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Kantons Basel-Landschaft.³³ Die Saline befand sich auf dem Gebiet der politischen Gemeinden Muttenz und Pratteln und grenzte direkt an den Hardwald.³⁴ Für ihren Bau wurden grosse Mengen Holz und Kohle benötigt; ein weiterer Grund für die Gemeinden, ihre Gewohnheitsrechte im Hardwaldstreit zu verteidigen.

Da auch der Betrieb der Salinenpfannen viel Brennmaterial verbrauchte und der Rhein künftig als Abwasserkanal genutzt wurde, soll hier der sozial, wirtschaftlich und ökologisch geprägte Raum in den Blick genommen werden, in dem die Saline Schweizerhalle situiert war.³⁵ In den Jahrzehnten nach der Gründung siedelten sich um den Standort Schweizerhalle Betriebe der Farben- und Düngemittelindustrie an. 1845 wurde die Chemische Fabrik Schweizerhalle gebaut.³⁶ Die Anfänge der Pharmastadt Basel können also nicht losgelöst vom Standort Schweizerhalle am Hardwald erzählt werden. Schliesslich markierten Rodungen im Hardwald den Beginn der Produktion von chemischen Säuren. Vorausgegangen waren Verkäufe von Waldparzellen an die Betreiber der jeweiligen Industrien – wohlgernekt parallel zum Bau der Eisenbahn und begleitet von Konflikten mit Personengruppen und Gemeinden, die andere Ansprüche an den Hardwald stellten.

Ankäufe und Rodungsgesuche, um Industrieareale in der Hard auszuweiten, stiessen im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wiederholt auf Widerstand. So wehrten sich Besitzende von Waldparzellen rund um das Rothausareal, vor allem Prattler Bürger:innen, in den 1830er- und 1840er-Jahren dagegen, Land zu verkaufen, das für den Bau der Schweizerhalle benötigt wurde.³⁷ Noch 1927 lehnte die Regierung des Landkantons ein Gesuch der Metallurgischen Gesellschaft auf Baumfällungen innerhalb der firmeneigenen Waldareale mit der Begründung ab, dass ein

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

36 Rodungs- und Planierarbeiten im Hardwald beim Bau des Auhafens und der Schienenanbindung. Foto: A. Sackmann, um 1937/38.

«Unwille in der Bevölkerung gegen Kahlschläge und Rodungen» bestehe.³⁸ Dazu zählten auch die bereits erfolgten «grossen Waldverluste infolge des Muttener Rangierbahnhofs», der 1933 eröffnet worden war und bis heute ein zentraler Umschlagplatz im Schweizer Eisenbahnnetz ist.³⁹ Der archivierte Briefverkehr mit der Metallurgischen Gesellschaft aus den 1920er-Jahren verweist auf Momente des organisierten Protests in der Zivilgesellschaft sowie auf offizielle Einsprachen von Behörden gegen Rodungen für den Rangierbahnhof, selbst wenn der vorhergehende Verkauf von Waldflächen durch die Basler Bürgergemeinde rechtmässig erfolgt war.

Auch im 20. Jahrhundert wehrten sich die Nachbargemeinden immer wieder gegen Rodungen im Hardwald für Gewerbeflächen und Infrastrukturprojekte. Teilweise wurde auf die lange Geschichte des Hardwaldstreits zurückverwiesen und hervorgehoben, dass der Hardwald eigentlich im Muttener und Prattler Gemeindebann lag und dass bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts noch Gewohnheitsrechte galten wie die Waldweide und das Holzsammeln. Hier offenbart sich ein Unwille gegen die Abholzung eines ehemaligen Misch- und Weidewaldes zugunsten von Industrie und Verkehrsinfrastrukturen [36].

37 Projektion der zu rodenden Fläche im Hardwald auf das Stadtzentrum Basels, 1936. — Die schraffierte Fläche gibt die Grösse des Gebiets an, das für den Flugplatz im Hardwald abgeholzt werden sollte (63 ha). Die Projektion auf den Stadtplan von Grossbasel macht das Ausmass des Eingriffs deutlich. Die Grafik wurde für einen Zeitungsartikel angefertigt, der aber nie veröffentlicht wurde.



Erneut trat dieser Unwille 1941 in den Protesten gegen einen geplanten Flugplatzbau auf Hardwaldgebiet zutage. Eine Einwohnergemeindeversammlung forderte den Muttenzer Gemeinderat dazu auf, mit «allen Mitteln gegen die geplante Rodung zu kämpfen».⁴⁰ Im gleichen Schreiben wurde auf ein Phänomen hingewiesen, das die Bevölkerung von Sissach als eine Konsequenz aus den bereits erfolgten Abholzungen interpretierte: die verstärkte Nebelbildung im dortigen Ergolzthal. Mehrere Zeitungsartikel der 1930er- und 1940er-Jahre führten als Folge grossflächiger Abholzungen eine «katastrophale Verschlechterung des Klimas» an.⁴¹ Studien verschiedener Fachgremien, vom Kantonsforstamt bis zum geobotanischen Forschungsinstitut in Zürich, belegten die Bedeutung des Hardwaldes für das Lokalklima der Umgebung, insbesondere die regulierende Wirkung des Waldes in Bezug auf Wind, Frost, Hagel und Trockenperioden.⁴² Nicht zuletzt die wissenschaftlichen Untersuchungen sowie zivilgesellschaftliche Protestaktionen bewegten 65 Prozent der baselstädtischen Stimmbevölkerung dazu, im März 1943 den Flugplatzneubau auf dem Gebiet des Hardwaldes abzulehnen. Das Engagement gegen die geplante Rodung im Zuge des Flugplatzprojektes findet seine symboli-

sche Verkörperung in einer Visualisierung, auf welcher der Hardwald mitten in die Basler Stadtgesellschaft hineingeholt wurde.

Im archivierten Entwurf einer kritischen Stellungnahme wurde auf einem Kartenausschnitt der rechteckige Umriss der geplanten Flugplatzfläche über Grossbasel gelegt und demonstriert, dass die abzuholende Waldfläche dem Stadtraum zwischen Spalentor, Predigerkirche, Kunstmuseum und Heuwaage gleichkomme [37].⁴³ Auch wenn diese Projektion nur die Vorstellungskraft der Basler:innen in Bezug auf die Grössenverhältnisse ansprechen sollte, so haben politische Ereignisse des 20. Jahrhunderts wiederholt gezeigt, dass die Distanz zum subjektiv eher entfernt wahrgenommenen Hardwald mit seinen Industriearealen unter gewissen Umständen minimal klein werden konnte.

So fern und doch zu nah – die Sandoz-Katastrophe

«Schweizerhalle» machte aus Basel «Bhobâle» und «Tschernobâle». Dieses normalerweise als peripher wahrgenommene Industriegebiet am östlichen Rand des Hardwaldes wurde durch das Chemieunglück in das Zentrum des regionalen Geschehens und der internationalen Nachrichten katapultiert. Ein knappes halbes Jahr nach dem Reaktorbrand in Tschernobyl und kaum zwei Jahre nach der Chemiekatastrophe im indischen Bhopal führte am 1. November 1986 der Brand einer Lagerhalle auf dem dortigen Areal der Sandoz dazu, dass Giftstoffe unkontrolliert in die Umgebung gelangten. Die durch das Löschwasser in den Rhein geschwemmten Gifte lösten ein massives Fischsterben bis nach Mannheim aus. Die ersten Alarmmeldungen mitten in der Nacht riefen dazu auf, die Fenster zu schliessen und die Wohnungen nicht zu verlassen – ein unmittelbarer Warnruf, dass auch die giftigen Aerosole in der Luft keine Stadtgrenzen kennen. Auch wenn die Gefahr von Vergiftungen über die Atemwege später ausgeschlossen wurde, war die Sandoz-Katastrophe für viele Basler:innen ein Anstoss zum Protest. Tote Fische und Fabrikschornsteine waren auf Plakaten, Flugblättern [38], Graffitischablonen und Transparenten zu sehen, zum Beispiel auf einer Demonstration mit zehntausend Teilnehmenden am 8. November 1986, ebenso an der folgenden Fasnacht.

In all den Protestaktionen war der Wald eher indirekt präsent, vor allem in seiner elementaren Funktion für die Trinkwasseraufbereitung, denn im kiesreichen Waldboden filterte die Hardwasser AG seit 1955 das Leitungswasser für die Stadt.⁴⁴ So verteilten Aktivist:innen nach dem Brand «Gratismineral in Tschernobâle», wie ein Banner verriet.⁴⁵ Wenn das Trinkwasser aufgrund des kontaminierten Löschwassers nach dem Brand nicht mehr sicher schien, so die Botschaft,

38 «Beaubâle – Bhobâle», Schablonen-
druck auf Karton geklebt, 1986. —

Unter dem Druck steht die handschriftliche Notiz: «In den Tagen nach dem Brand in Schweizerhalle zirkulierten in Basel (Tschernobâle) Flugblätter, Aufkleber und Handzettel wie dieser, die in Inhalt und Form eindringlich und direkt Angst und Protest zugleich zum Ausdruck brachten.»



musste es eben abgefülltes Mineralwasser sein. Im Nachhinein zeigte sich, wie unzulänglich die Grundwasseruntersuchungen der Sandoz AG angesichts der Chemiekatastrophe waren. An die Öffentlichkeit kommunizierten Vertreter:innen von Sandoz, dass es sich nur um einen von vielen Brandvorfällen handele und man unbesorgt sein könne. Dem Altlastenexperten Martin Forter zufolge sollte verhindert werden, dass den karzinogenen Stoffen, die mit dem Löschwasser in den Rhein und in das Grundwasser gelangen konnten, zu viel Aufmerksamkeit geschenkt würde.⁴⁶ Als Verbindungsraum zwischen Stadtmitte und dem Industriegebiet Schweizerhalle trat der Hardwald in den Hintergrund – und dies, obwohl das Waldgebiet bereits in der ersten Jahrhunderthälfte als «Schutz» von durch Ostwinde «herangetragene Industriedünste»⁴⁷ präsentiert worden war. In der Rückschau wird deutlich, dass der Wald als Pufferzone instrumentalisiert wurde. Im Verlauf der Geschichte des Industriestandorts Schweizerhalle wurden Schadstoffe in Luft, Boden und Wasser abgeleitet. Nach dem Bau des Auhafens 1937, der bis heute als grösstes Lager und wichtigster Umschlagplatz für Erdöl sowie andere

Brennstoffe und Mineraldünger in der Schweiz dient, lassen sich auch entlang der Hafen- und Verkehrsanlagen erhebliche Altlasten von verschiedenen Mineralölprodukten nachweisen, deren Untersuchung und Sanierung erst seit 2016 angegangen werden.⁴⁸ Auf dem Gebiet des heutigen und ehemaligen Hardwaldes stossen somit verschiedene Nutzungen des Raums über und unter der Erde aufeinander: ein Entsorgungsraum für Abgase der Industrie sowie für Altlasten im Boden; ein Trinkwasserschutzgebiet und daher ein «sehr sensibler Bereich»;⁴⁹ und über dem Boden der von Trockenstress angegriffene Wald, der zwischen Autobahn, Eisenbahn, Rheinhäfen und Industriegebieten als Naherholungsgebiet ausgewiesen ist.

Die politischen Aushandlungsprozesse über die Nutzung des Hardwaldes reichen von frühneuzeitlichen Konflikten um Holzfrevel über den Hardwaldstreit (1834–1839) bis zu den Abstimmungen in Muttenz (1936) und Basel (1943) gegen einen Flughafenbau auf dem Hardwaldgebiet; von Strafregistern aus dem 18. Jahrhundert bis zu Einsprachen von Behörden und Bevölkerung gegen weitere Rodungen nach 1900. Es geht dabei nicht nur um die Konfliktkonstellation Stadt versus Landgemeinden, sondern auch darum, die wechselhafte Geschichte des Zugangs zum Wald als Raum der Selbstversorgung sowie heute vergessene Formen der Nutzung nachzuvollziehen. Ausgehend vom historischen Blick können

Grünflächen und Forste als Räume der Stadt gestalten

Fragen für die Gegenwart formuliert werden: Wie organisieren wir unsere Gesellschaft und ihre natürlichen Ressourcen? Wie sollen die Grünflächen und Forste als Räume unserer Stadt gestaltet werden? Diese Fragen gewinnen in Zeiten der Klima- und Umweltkrise immer mehr an Relevanz. Das gilt gerade auch im Hinblick auf neue Infrastrukturprojekte. Das im November 2024 abgelehnte Autobahnprojekt Rheintunnel sollte bei Birsfelden beginnen und in Klybeck eine Verbindung zur Autobahntangente Richtung Deutschland herstellen. Auch dafür hätten Teile des Hardwaldes gerodet und die Dreirosenanlage während der Bauarbeiten gesperrt werden müssen. Um dies zu verhindern, hatte sich das Bündnis «Nein zum Rheintunnel» gegründet, in dem sich verschiedene Basler Gruppierungen im Widerstand gegen den Autobahnbau zusammengesetzt haben.⁵⁰ Diese Grossprojektplanung schloss letztendlich an eine Reihe von Infrastrukturprojekten an, die – von der Landstrasse über die Eisenbahn, die Rheinhäfen, den Rangierbahnhof Muttenz bis zum gescheiterten Flugplatzprojekt – sämtlich den Hardwald betrafen. Am Ende vermitteln uns die verschiedenen Momentaufnahmen aus der Basler «Stadt-Wald-Geschichte» seit dem 17. Jahrhundert einen Eindruck davon, wie Menschen immer wieder Mitbestimmung und Zugang zu einem Wald einforderten, der als politischer Aushandlungsraum eine oft übersehene Rolle spielt.

Takt, Klang, Raum: Das Basler Frühläuten am Anbruch der Moderne

Markus Bardenheuer

Am Morgen des 31. Oktober 1872 schwiegen die Glocken. Jahrhundertlang war in der Stadt Basel jeden Werktag pünktlich um fünf Uhr die Morgenruhe von minutenlangen Glockenschlägen durchbrochen worden. Ein Regierungsbeschluss fünf Tage zuvor hatte dieser Tradition ein abruptes Ende gesetzt, ausgerechnet auf Betreiben jener, die das Läuten zu verrichten hatten. «Wir sind überzeugt, dass es ohne irgend einen Nachtheil geschehen könnte», gelobte die kurz zuvor eingereichte Petition der Basler Sigristen zur Abschaffung des Frühgeläuts, «und versichern, dass uns damit eine überaus lästige Pflicht abgenommen würde.»⁵¹

Das Schweigen des Basler Frühgeläuts war von kurzer Dauer. Bereits zwei Jahre später erklang zu früher Stunde wieder der Glockenton, und das von einer wachsenden Zahl von Kirchtürmen. Inmitten der umfassenden Transformationen des Basler Stadtraums der Folgejahrzehnte blieb das Frühläuten jedoch fortwährend Gegenstand scharf geführter Debatten. Die folgenden Bemerkungen widmen sich diesen Auseinandersetzungen von Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1914 – dem Jahr, in dem die Basler Regierung das endgültige Ende der öffentlichen Finanzierung des Frühläutens beschloss. In ihnen spiegeln sich die sinnlichen, funktionalen und emotionalen Wandlungen des Basler Klangraums zu einer Zeit, in der dem Glockenton eine zunehmende Klangkonkurrenz entgegentrat.

Bis weit ins 19. Jahrhundert waren Glockenschläge das lauteste Geräusch von Menschenhand im alltäglichen Basler Klangraum. Während es für den Stundenschlag bereits im Mittelalter mechanische Lösungen gab, blieb das Geläut – das längere Läuten teils mehrerer Glocken – bis ins frühe 20. Jahrhundert Handarbeit.⁵² Geläutet wurde, um zum Gottesdienst zu rufen, über Taufen, Hochzeiten und Abdankungen zu informieren sowie vor Gefahren zu warnen.⁵³ Daneben markierte das sogenannte weltliche, tägliche oder bürgerliche Geläut die Abschnitte des Tages: An Werktagen morgens um fünf und acht Uhr, mittags um halb zwölf, nachmittags um drei und je nach Jahreszeit abends zwischen fünf und sieben Uhr tätigten die Oberläuter der vier Basler Hauptkirchen vierzig bis achtzig Züge der jeweils kleinsten oder mittleren Glocke [39].



39 Glöckner bei der Arbeit im Gebäk eines Glockenturms. Foto: Lothar Jeck, um 1938.

Diese Zeiteinteilung ging auf klösterliche Traditionen zurück, und auch Mitte des 19. Jahrhunderts waren dem täglichen Geläut noch Elemente spiritueller Andacht eingeschrieben. Das weiterhin als «Betzeitglocke» bezeichnete Geläut war, wie die Gemeinde St. Theodor im Jahr 1856 in Antwort auf eine Umfrage des städtischen Rats anmerkte, «doch jedenfalls für den Meisten eine wenigstens indirekte Mahnung an das [...], was über den Glocken ist». ⁵⁴ Primär aber gaben die Arbeitsrhythmen des zünftischen Basel dem täglichen Geläut Form und Zweck. In manchen Betrieben diente es als Signal zum Arbeitsbeginn, und für zahlreiche Menschen in der Stadt fiel der Tagesanfang auf das Frühgeläut. ⁵⁵ Als klangliches Manifest einer Werks- wie Glaubensgemeinschaft war das tägliche Geläut eine Institution, für das die Kirchgemeinden entsprechend durch die Stadt entlohnt wurden. ⁵⁶

Mit dem Aufstieg der Basler Industrie regten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch zunehmend Zweifel an dieser Einheit von Arbeits- und Klangordnung. ⁵⁷ Die oben genannte Petition der Sigristen vom Oktober 1872 versicherte, dass das Frühläuten «nur für einen ganz kleinen Theil unserer Arbeiterbevölkerung [...] noch einen Zweck haben kann». ⁵⁸ Das Läuten sei schlecht bezahlte, harte, im Winter geradezu gesundheitsgefährdende Arbeit, beteuerten

die Petenten, welche den grossen Aufwand schlicht nicht mehr lohne. Von behördlicher Seite hiess es zustimmend, «dass für das Fünfuhrläuten kein praktischer Zweck mehr bekannt ist, indem die Arbeitszeit gewöhnlich um sechs Uhr beginne, und überhaupt dabei aufs Geläute wenig Rücksicht genommen wird».⁵⁹ Der Kleine Rat folgte dieser Einschätzung und verordnete kurzerhand, das weltliche Geläut – Mittags- und Abendläuten ausgenommen – einzustellen.

Bald erhoben sich kritische Stimmen, welche die Massnahme als fehlgeleiteten Modernisierungsversuch deuteten. In seinem Predigtzyklus über die neuen Münstererglocken rühmte Antistes Immanuel Stockmeyer, wie die Betzeitglocke «in früheren Zeiten, als das Leben noch einfacher war», den Christenmenschen daran erinnert habe, den Tag mit Gott zu beginnen.⁶⁰ Neben dieser emotionalen Lücke leide auch die konkrete Alltagsgestaltung unter dem Ausbleiben des Morgentons, fügten die «Basler Nachrichten» kurz darauf an, denn: «Nacht ist Nacht und Schlaf ist Schlaf geblieben, auf diesem Gebiet hat sich der Fortschritt noch nicht geltend gemacht.»⁶¹ Auch die «Allgemeine Schweizer Zeitung» sah im Frühläuten unverändert das bewährteste Signal zum Tagesanbruch, trotz der zunehmenden Präsenz von Uhren in privaten Haushalten und im öffentlichen Raum. Keines dieser Hilfsmittel vermöge so unmissverständlich wie das Frühläuten der schlafenden Stadtbevölkerung den Anbruch des Tages zu verkünden. Dies sei umso notwendiger, als inzwischen von so vielen Seiten zugleich der Stundenschlag erklinge. Als klanglicher Ankerpunkt in einem wachsenden Durcheinander akustischer Zeitsignale, als Ordnungsprinzip täglicher Lebensführung wie auch als Mittel religiöser Sinnstiftung war der morgendliche Glockenton für seine Befürworter notwendiger denn je zuvor.

So prompt der Rat das Frühgeläut abgeschafft hatte, so unvermittelt führte er es Ende 1874 wieder ein. Solche Wechselhaftigkeit blieb kennzeichnend für die Basler Glockenklangpolitik des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Ein Regierungsbeschluss von 1883, nach dem nur noch die Münstererglocken um fünf Uhr zu läuten waren, wurde im Folgejahr nach reichlich Spott – in dem «Millionenquartier» um das Münster, hiess es, erhebe sich sowieso niemand zu solch früher Stunde von seinem Schlaflager – und einer Gegenpetition zurückgenommen.⁶² Ähnlich erging es in Kleinhüningen, wo 1906 das tägliche Geläut vollständig abgeschafft wurde, nur um nach heftigen Protesten im Folgejahr wieder eingeführt zu werden. Obwohl sich das Frühläuten somit hartnäckig halten konnte, gerieten seine Fundamente zunehmend ins Wanken. Eine im selben Jahr im Gefolge der Diskussionen in Kleinhüningen durchgeführte Umfrage unter Wirtschaftsverbänden und Kirchengemeinden ergab, dass sowohl Arbeiterbund wie Gewerbeverband dem täglichen Geläut keinerlei Bedeutung für Arbeitsbeginn und -fortgang mehr zumassen. «Die

Dampfsignale in den vielen Fabriken, sowie die massenhaft verbreiteten öffentlichen und privaten Uhren» hätten das Geläut vollständig ersetzt; das Frühläuten insbesondere dürfte für «die grosse Mehrzahl der Bevölkerung [...] eher den Charakter einer mehr oder minder unliebsamen nächtlichen Ruhestörung an sich tragen».⁶³ Nur der Landwirtschaftliche Verein führte an, dass das Läuten für diejenigen, «die auf den Feldern arbeiten und die nicht immer Taschenuhren zur Hand haben [...] als Signal zur Arbeitsunterbrechung betrachtet» werde⁶⁴ – die Landwirtschaft als letztes Bollwerk eines durch den Glockenklang getakteten Werktages.

Praktische Überlegungen schienen für die Beibehaltung des weltlichen Läutens demnach zunehmend irrelevant, und auch seine gemeinschaftsstiftende religiöse Funktion war einer diffusen Sentimentalität gewichen. «Je mehr das Tramgeklänge, das Velo- und Autogetute in den Strassen überhand nimmt», beuerte etwa der Kirchenvorstand St. Leonhard 1906, «desto wohltuender wird es für normale Menschen, auch wenn sie nicht kirchlich sind, sein, ein paar mal im Tag eine schöne Glocke zu hören, die Niemandes Ohr zerreisst, und noch immer vielen Herzen etwas sagt von Dingen, die besser sind, als aller Lärm und Streit dieser ruhelosen Welt.»⁶⁵ Der Glockenlaut diente inzwischen selbst in kirchlichen Kreisen nurmehr der Rückbesinnung auf eine verlorene, vermeintlich harmonischere Lebens- und Klangordnung.

Letztlich besiegelte das Zusammenspiel religiöser Erosions- und technischer Innovationsprozesse dann wenig später das Ende des Frühläutens als öffentliche Institution. Noch 1913 – nach Aufhebung des reformierten Staatskirchentums – bezuschusste der Kanton erstmals das tägliche Geläut dreier katholischer Gemeinden. Als kurz darauf elektrische Läuteinrichtungen aufkamen und einige Kirchgemeinden versuchten, den Kanton an den hohen Kosten für deren Einbau zu beteiligen, zog dieser jedoch die Reissleine. Im September 1914 beschloss der Rat den Ausstieg aus der Finanzierung des weltlichen Geläuts.

Dieser Beschluss bedeutete nicht das Ende der Läutpraxis selbst, nur firmierte es fortan nicht mehr als weltliches, sondern als kirchliches Geläut, das zunächst auf sechs Uhr, später auf sieben Uhr verschoben wurde. Die Geschichte des Basler Frühläutens zeugt somit bei allen Brüchen und Wandlungen auch von enormer Kontinuität. Mit der Begründung, dass der Glockenton «für weite Teile der Bevölkerung [...] zum festen Tagesablauf» gehöre, wehrte der Regierungsrat zuletzt 2021 Forderungen nach Abschaffung des Frühgeläuts ab.⁶⁶ So bewahrt das Frühläuten als wohltönende Dissonanz in einem kakophonischen städtischen Klangraum und als alltägliches Signal des Tagesanbruchs weiterhin seinen festen Platz im urbanen Takt der Stadt Basel.

Die hochkulturelle Imprägnierung der Basler Innenstadt

Stefan Koslowski

Im 19. Jahrhundert veränderte die Neugestaltung des Steinenbergs das städtische Raumgefüge auch in kultureller Hinsicht. Es entstand ein stadträumliches Cluster, das rückblickend und im heutigen Sprachgebrauch als ‹Kulturmeile› bezeichnet wird. Als Erste markierten das Stadt-Casino (1826) und das Blömleintheater (1834) mit bürgerlichem Repräsentationswillen in der nun erweiterten Innenstadt ein neues hochkulturelles Selbstverständnis. Doch dieses stellten die Zirkusse infrage, die während der Herbstmesse auf dem benachbarten Barfüßerplatz gastierten und dem Theater das Publikum entzogen [40]. Anlass für das Theater, alle politischen und argumentativen Hebel in Bewegung zu setzen, Zirkusse aus der Innenstadt zu verbannen.

«Durch gütige Erlaubniß der Behörde ist es mir gestattet worden zum ersten Male einen Circus auf dem Barfüßerplatze aufschlagen zu dürfen und haben Sie, Hochverehrteste! die Annehmlichkeit nicht in das weitentlegene Klingenthal zu den Vorstellungen gehen zu müssen.»⁶⁷ Diesen Anzeigentext stellte Zirkusdirektor Mathias Schlegel 1858 in die ‹Basler Nachrichten›, nachdem ihm die Polizei Zirkusvorführungen während der Herbstmesse auf dem zentral gelegenen Platz genehmigt hatte. Zirkusgastspiele waren bis zu diesem Zeitpunkt in der Basler Innenstadt nicht üblich, danach jedoch bis in die 1890er-Jahre die Regel. Für das nahe gelegene, 1834 eröffnete erste feste Theater auf dem Blömlein (seit 1857: Theaterstrasse) stellte diese als überaus attraktiv wahrgenommene Konkurrenz eine existenzielle Bedrohung dar. Unter den Schaugeschäften der Herbstmesse galten insbesondere die Zirkusse als «unbillige» oder «gefährliche» Konkurrenz, gar als «böser Feind». ⁶⁸ «Was nun die Wirklichkeit der fraglichen Concurrenz und Schädigung gegenüber dem Theater betrifft, so lässt sich gar nicht leugnen, dass dieselbe eine sehr namenhafte und empfindliche ist [...] und so kann es [...] nicht fehlen, dass wenn sich die Räume eines Circus füllen, die Hallen des Theaters darunter leiden und demselben ein namhafter Theil seiner sonstigen Einnahmen entzogen wird.»⁶⁹

Besonders empfindlich traf es das Theater, dass «gerade während der ersten für die Saison so wichtigen und entscheidenden Wochen»⁷⁰ Zirkusgastspiele zu-

CIRCUS SCHLEGEL.

Hochgeehrteste Herrschaften!



Durch gütige Erlaubniß der Behörde ist es mir gestattet worden zum **ersten Male** einen Circus auf dem Barfüßer-
plaz aufschlagen zu dürfen und haben Sie, Hochverehrteste! die
Annehmlichkeit nicht in das weitentlegene Klingenthal zu den
Vorstellungen geben zu müssen. Ich komme hieher mit einer
Gesellschaft von einigen 40 Personen und 38 guten Pferden,
darunter 12 gut dressirte Schulpferde. Bei der Gesellschaft be-
finden sich die ausgezeichnetsten Reiter und Reiterinnen. Dgleich



ich noch nicht die Ehre hatte, mich hier zu produzieren, so glaube ich doch, daß mein einfacher Name hier nicht ganz unbekannt
sein wird. Mein eifriges Bestreben wird dahin gerichtet sein, mir das überall geschenkte Vertrauen auch hier zu erwerben und die
geehrten Besucher meines Circus zufrieden zu stellen. Ueber unsere Leistungen sage ich gar nichts, sondern unterwerfe mich hin-
sichtlich derselben Ihrer gerechten Urtheile.

[13058

Hochachtungsvoll

Mathias Schlegel, Direktor.

40 Anzeige für den «Circus Schlegel» in den «Basler Nachrichten» vom 22. Oktober 1858. —

Im Jahr 1858 durfte der «Circus Schlegel»
als erster Zirkus überhaupt in der Basler Innen-
stadt gastieren.

gelassen wurden, zumal die Theatersaison nur wenige Monate dauerte und der gesetzlich vorgeschriebenen Aufführungseinschränkungen viele waren. In den 1830er-Jahren durfte an den Sonnabenden und Sonntagen («Sonntagsheiligung») sowie an den kirchlichen Feiertagen kein Theater aufgeführt werden. Auch um Weihnachten, Neujahr und Ostern war die Spielzeit für jeweils gut zwei Wochen unterbrochen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts stand zum Leidwesen des «frommen», pietistisch geprägten Basel dem Theater mit Ausnahme weniger hoher Feiertage und ihrer Vorabende jeder Tag für Aufführungen zu Verfügung.

Dass Stadttheater und Schaustellungen einander konkurrenzten und dass vor allem die Zirkusgastspiele während der Herbstmesse auf dem Barfüßerplatz die finanziell ohnehin schlechtstehende Bühne vor grösste Geldprobleme stellten, darüber waren sich im 19. Jahrhundert Stadttheater, Regierung, Polizei, Presse und Publikum einig. Wie diese Konkurrenzbeziehung jedoch (kultur-)politisch zu behandeln sei, darüber gingen die Meinungen auseinander.⁷¹ Nach zeitgenössischer Einschätzung war die Stadt Basel «eben noch nicht Grossstadt genug, als dass Theater, Circus und sonstige Vergnügungen auf die Dauer nebeneinander

bestehen können, ohne sich gegenseitig zu beeinträchtigen».72 Im Zusammenspiel mit den weiteren im Laufe des 19. Jahrhunderts gegründeten (gross-)bürgerlichen Kulturinstitutionen konstituierte und verteidigte das Stadttheater sein hochkulturelles Selbstverständnis – mit allen stadträumlichen, architektonischen, rechtlichen und kulturpolitischen Auswirkungen, von denen noch die Rede sein wird. In dieser konfliktreichen Etablierung und Behauptung einer hochkulturell imprägnierten Zone in der Basler Innenstadt manifestiert sich eine vielschichtige Gemengelage von Wirklichkeiten und Einflussfaktoren. Teils verstärken sich diese, teils laufen sie einander entgegen, teils verändern sie sich im Laufe der Jahrzehnte, teils wirken sie eher zufällig in diese konfliktreiche Zonierung der wachsenden RheinStadt hinein: «Raum entsteht [...] genau dann, wenn aufeinander reagiert wird.»73

Aufwertung der Herbstmesse durch Zirkusse

Ein erstes Gastspiel eines Zirkus in Basel ist in den Polizeiakten für das Jahr 1846 vermerkt; weitere Veranstaltungen fanden bis 1858 im Reitstall der Kaserne statt, also im rechtsrheinischen Kleinbasel am Rande der Stadt. Die Kaserne wurde damals von der Basler Miliz genutzt, stand jedoch 1858 wegen eines geplanten Umbaus nicht mehr zur Verfügung. Statt auf ein Gastspiel zu verzichten oder den Zirkus auf ein vergleichbar peripher gelegenes Areal zu verweisen, hofften die Behörden, mit ihrer Genehmigung von Zirkusvorführungen auf dem Barfüsserplatz der ins Straucheln geratenen Herbstmesse unter die Arme zu greifen.

Diese hatte mit dem sukzessiven Anschluss der Stadt an das internationale Eisenbahnnetz (1844, 1854, 1856) und mit den Folgen der Handels- und Gewerbe-freiheit, die andere Schweizer Kantone früher als Basel einführten, einen schmerzlichen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust erlitten. Immer weniger auswärtige und zunehmend auch ortsansässige Gewerbetreibende boten dort noch ihre Waren feil. War die Herbstmesse einstmals die letzte Möglichkeit gewesen, sich vor dem Winter mit allem Nötigen einzudecken, ermöglichten nun die verbesserten Verkehrs- und Handelsbedingungen zunehmend eine kontinuierliche Warenversorgung auch über die Wintermonate hinweg. Wie in Zürich oder Bern diskutierte man auch in Basel über den Fortbestand der Messe, hielt jedoch stets an ihr fest. Im Gegenzug zum Funktionsverlust des Warenmarktes, der von 1822 bis 1877 auf dem Münsterplatz und danach auf dem Petersplatz stattfand, gewann ihr Unterhaltungssektor auf dem Barfüsserplatz deutlich an Gewicht. Die Schaustellungen, bis ins 18. Jahrhundert gleichsam die Anhängsel der Jahrmärkte, entwickelten im

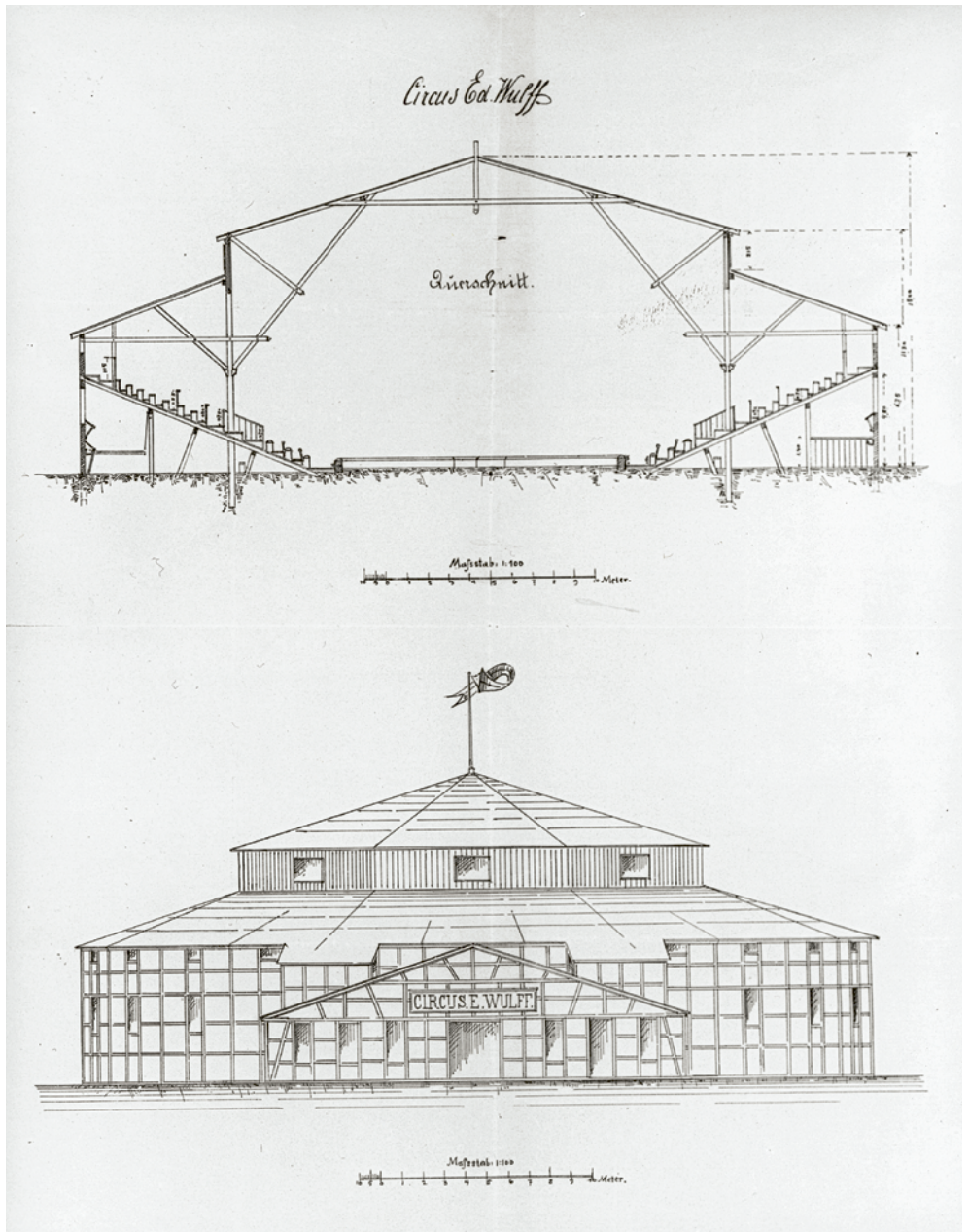
Laufe der Zeit eine Dynamik, welche die nachlassende Anziehungskraft der Warenmärkte sogar überflügelte. Um Laufkundschaft für den schlecht frequentierten Warenmarkt auf dem Petersplatz zu gewinnen, erwogen die Händlerinnen und Händler gar, die bisherige Trennung von Warenmarkt und Jahrmarktsunterhaltung aufzuheben und zwischen ihren eigenen Ständen Schaubuden, Karussells oder Schiessbuden zuzulassen.⁷⁴

Kulturelle Konkurrenzbeziehungen

Mit den Zirkussen zog eine verbürgerlichte Form der Jahrmarktskünste in die Basler Innenstadt ein, die nicht nur als Nachfahrin barocker Spektakel und Hofeste zu verstehen ist, sondern auch als Vorbotin einer modernen Unterhaltungs- oder Kulturindustrie. Spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts verdrängten grössere, kapitalistisch geführte Gesellschaften mit zahlreichen Angestellten die fahrenden Kleinunternehmungen und Familienbetriebe. Grosse Schaugeschäfte vereinten verschiedene Schaustellungsformen und erhoben keinen Anspruch mehr auf Belehrung oder Bildung. Insbesondere die Zirkusleiter – und später auch die Direktoren der ortsfesten Variétés – versuchten, sich von den traditionellen Fahrenden abzusetzen und traten mit bürgerlich-unternehmerischem Selbstbewusstsein auf. Dass Zirkusse ihre mehrere Tausend Zuschauer:innen aufnehmenden Holzbauten auf dem Barfüsserplatz aufstellen durften, ist Ausdruck und Folge sowohl der Veränderungen der wirtschaftlichen Bedeutung der Basler Herbstmesse als auch der Entwicklungen des Schaustellerwesens [41].

In ihrem Hinweis auf das erste Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz 1858 übersah die Presse das übergeordnete Anliegen der Basler Behörden, die Herbstmesse durch schauattraktive Unterhaltungsangebote aufzuwerten, und interpretierte den Spielort in der Innenstadt einfach als «gutes Zeichen»⁷⁵ für die Qualität des Circus Schlegel. Zunächst einmal verschärfte die neue Bewilligungspraxis die ökonomische Schiefelage des Theaters auf dem Blömlein und erhöhte seinen Legitimationsdruck. Dabei hatten die Basler Bürger mit ihrer Gründung einer Aktiengesellschaft, die den Theaterbau auf dem Blömlein errichtet hatte und an Theaterpächter vermietete, auf finanziellen Gewinn gehofft [42]. Doch ein Pächter nach dem anderen machte Pleite, und die Aktionäre gingen leer aus.

So erwies sich das Stadttheater vom ersten Tag an als kulturelles Dienstleistungsangebot ohne ausreichende und anhaltende Nachfrage. Angesichts einer Bevölkerung von 21 219 Personen im Jahr 1835 erscheint die Absicht der Aktiengesellschaft, das Blömleintheater mit seinen 1200 Plätzen gewinnbringend zu



41 Bauplan «Cirkus Ed. Wulff», 1880. — Bis zur Jahrhundertwende liessen die Zirkusunternehmen an jedem Gastspielort ein eigenes Holzgebäude errichten. Die noch heute üblichen, vergleichsweise schnell aufbaubaren Grosszelte wurden erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt.

betreiben, als grobe Fehleinschätzung. An diesem Missverhältnis zwischen Platzangebot und erwartbarer Nachfrage hat sich während des 19. Jahrhunderts – und im Grunde bis in die Gegenwart – trotz wachsender Bevölkerung⁷⁶ wenig geändert. Dass dieses Geschäft kulturellen Charakter hatte, war während des 19. Jahrhunderts noch kein Grund für ein finanzielles Engagement des Gemeinwesens. Die einmütige Ablehnung jeglichen Staatsinterventionismus, die viele heute selbstverständliche Politik- und Verwaltungsbereiche betraf, war gross und deutlich. Es gab noch keinen gesellschaftlichen Konsens über eine kulturpolitische Mitverantwortung der öffentlichen Hand für das Kulturleben. Bis ins 20. Jahrhundert entwickelte sich Kulturförderung als Staatsaufgabe nur zögerlich und in der Regel reaktiv auf Krisen wie Pleiten oder Gebäudebrände. Die Verpachtung eines Theatergebäudes blieb ein privatwirtschaftliches Unternehmen, dem wenig ökonomischer Erfolg beschieden war.

Erschwerend trafen die zumeist deutschen und österreichischen Theaterpächter in der Schweiz auf eine städtische Kultur, die sich deutlich vom übrigen deutschsprachigen Raum unterschied. So existierte zur Zeit der Stadttheatergründungen in der Schweiz – St. Gallen 1805, Zürich und Basel 1834, Bern 1836, Luzern 1839, Solothurn 1856 – noch kein hoch entwickeltes und ausdifferenziertes System öffentlich zugänglicher Freizeitangebote, wie beispielsweise im Wien des 18. Jahrhunderts.⁷⁷ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte in der Schweiz ein kultureller Modernisierungsschub ein, der künstlerisches und kulturelles Tun in den öffentlichen Raum brachte. Zuvor fand kulturelles Leben weitgehend in privat organisierten Kreisen statt. Für grössere musikalische Darbietungen stand neben den Kirchen nur der Saal der Universität an der Augustinergasse zur Verfügung. Das sollte sich erst mit der Eröffnung des Stadtcasinos am Steinenberg ändern.⁷⁸ Auch gingen von den Basler Patriziern⁷⁹ weitaus weniger kulturelle Impulse aus als von den Landesfürsten des europäischen Auslands.

Die lokale Abwesenheit feudaler Hofkultur bedeutete aber nicht deren Unwirksamkeit auf die kulturellen Ambitionen und das Kulturverständnis in der Rheinstadt. Kulturell initiativ waren ausschliesslich (gross-)bürgerliche Kreise und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem Vereine jeglicher Prägung.⁸⁰ Die öffentliche Hand half nur zögerlich subsidiär aus. Die deutschsprachigen Hoftheater – finanziell durch den ökonomischen Abstieg der Höfe dazu gezwungen und inspiriert von der Nationaltheateridee – konnten ihr Publikum insbesondere auf bürgerliche Kreise ausweiten. Dabei kam den Theatern die bürgerliche Neigung zugute, aristokratische Kultur- und Repräsentationsformen zu imitieren. Auf diesen unmittelbaren Nachahmungseffekt konnten die Theaterpächter in der



42 Ecke Steinenberg/Theaterstrasse mit Theater auf dem Blömlin (rechts im Bild), Aquarell von Johann Jakob Schneider, 1856. — 1832 nach Plänen des Architekten Melchior Berri fertiggestellt, konnte das erste feste Theater Basels aufgrund fehlender Finanzmittel sowie der Kantonsstrennung seinen Vorstellungsbetrieb erst mit zweijähriger Verzögerung am 6. Oktober 1834 aufnehmen.

Schweiz nicht hoffen. Auch auf die Beamtenschaft und auf das Militär, die im 19. Jahrhundert wichtige Publikumssegmente in den Hoftheatern des Auslands bildeten, konnte das Basler Stadttheater nicht bauen, da beide in der RheinStadt keine grosse Rolle spielten. Nicht zuletzt standen die Theaterpächter vor der Aufgabe, gegen die Theaterablehnung der pietistisch geprägten ‹frommen› Oberschicht ein Interesse zu wecken für die ‹importierte Theateridee›⁸¹ des professionellen Kunst- und Literaturtheaters.

Kulturelle Imprägnierung des Steinenbergs

Im Jahr 1820 hatten die Stadtbehörden die innere Befestigung schleifen, den Stadtgraben auffüllen und den Steinenberg als Strasse mit beidseitigen Bürgersteigen anlegen lassen. Der zusätzliche Abbruch des früheren Konventsgebäudes des Barfüsserklosters ermöglichte Neubauaktivitäten. Diese ‹innere Entfestigung› gilt als ‹bedeutendste bauliche Umgestaltung innerhalb der Stadtmauern› im Basel des 19. Jahrhunderts.⁸² Sie änderte nicht nur das Stadtbild, sondern ermög-

lichte auch die Etablierung einer neuen Stadtzone zwischen dem bisherigen Stadttinnern und den damals noch bestehenden äusseren Befestigungsanlagen. Die Ausgestaltung des 1820 neugewonnenen Raums folgte zunächst keinem ausformulierten politischen Plan. Rückblickend ist jedoch festzustellen, dass sich eine rein kulturell genutzte Zone herauskristallisierte, welche die frühere innerstädtische Mischzone aus Wohnen und Arbeiten unterbrach, ergänzte und veränderte. Es entwickelte sich ein stadträumliches Cluster, das im heutigen Sprachgebrauch als ‹Kulturmeile› bezeichnet wird.⁸³

Ein erster architektonischer Ausdruck eines elitären, bildungsorientierten Verständnisses von Kultur, dem auch die späteren Gebäude in räumlicher Nachbarschaft huldigten, war das 1826 von Melchior Berri im Auftrag der Casino-Gesellschaft errichtete klassizistische Stadtcasino. Es diente gesellschaftlichen und öffentlichen musikalischen Anlässen und als Ausstellungsraum. Berri zeichnete auch verantwortlich für das 1832 auf dem Areal des ehemaligen Steinenklosters erbaute private Blömleintheater (seit 1857: Theaterstrasse) [42].⁸⁴ Den Unruhen der Kantonstrennung geschuldet, wurde die Bühne aber erst ab 1834 bespielt. Gegenüber von diesem Theater hatten im ‹Ballenhaus› (seit 1857: Theaterstrasse 12) schon im 18. Jahrhundert Theateraufführungen von Wandertruppen stattgefunden. Sowohl die ‹Theaterkommission› als auch die Casino-Gesellschaft hatten Pläne mit dem Ballenhaus, die sich zerschlugen.

Sein konsequent kulturelles Gepräge erhielt der Steinenberg erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ausgelöst durch den Beschluss, nun auch die äusseren Befestigungsanlagen zu schleifen. Der Stadtbau wurde zudem beschleunigt durch personelle und organisatorische Veränderungen.⁸⁵ Karl Sarasin übernahm die Leitung des Baukollegiums. Dessen bisher treibende Kraft, Johann Jakob Stehlin-Hagenbach (d. Ä.), wurde Bürgermeister, sein Sohn Johann Jakob Stehlin-Burckhardt (d. J.) Baudirektor. Weiter beschloss der Grosse Rat die Übernahme des städtischen Bauwesens durch den Kanton. Das Gesetz zur Stadterweiterung und zur Schleifung der Mauern von 1859 ist einer der wenigen frühen Belege für eine ‹kühle planerische Weitsicht›.⁸⁶ Es ist als Beginn einer planungsgeleiteten Raumentwicklungspolitik zu werten. 1860 begann die ‹äussere Entfestigung› der Stadt, 1879 war sie vollendet.

Das Theater auf dem Blömlein wurde bis 1873 bespielt und dann 1875 abgelöst durch einen Theaterneubau nach Plänen von Johann Jakob Stehlin d. J. an der Ecke Steinenberg und Theaterstrasse [43]. Mit der daraufhin eingeführten Selbstbezeichnung ‹Stadt-Theater› erhob diese Bühne unmissverständlichen Anspruch auf den neuen, prestigeträchtigen Stadtraum am Eingang zur inneren Stadt.



43 Das neubarocke Stadttheater, undatierter Lichtdruck. — 1875 wurde der Neubau des Stadttheaters am Steinenberg eingeweiht. Architekt war Johann Jakob Stehlin d. J.

Stehlin hatte schon 1869 im Auftrag des Basler Kunstvereins auf dem Areal des ehemaligen Steinenklosters zwischen Steinenberg und Klostersgasse die Kunsthalle in klassizistischem Neobarock errichten lassen. 1876, ein Jahr nach der Eröffnung des ebenfalls neobarocken Theaterbaus, nahm der auch im neobarocken Stil erbaute Musiksaal seinen Betrieb auf. Dieser war im Auftrag der Stadtcasino-Gesellschaft, der Konzertgesellschaft, der Liedertafel und anderer ebenfalls von Stehlin auf dem Areal des ehemaligen Kaufhauses gebaut worden. Schliesslich wurde 1894 in der ehemaligen Barfüsserkirche das Historische Museum eröffnet. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mag die Zone rund um den Steinenberg manch Weitgereisten leise an die städtebaulich und architektonisch als Vorbild geltende

Ringstrasse in Wien erinnert haben, das Referenzprojekt für Kulturquartiere im 19. Jahrhundert und darüber hinaus.

Alle genannten Gebäude rund um den Steinenberg gehen auf private Initiativen zurück. Sie besetzten mit bürgerlichem Repräsentationswillen und hochkulturellem Selbstverständnis die neu entstandene Stadtzone am Eingang zur inneren Stadt: «Die freie, gar nicht barocke Anordnung der Bauten machen die städtebauliche Wirkung des Kulturzentrums aus.»⁸⁷ Mit diesem materialisierten Anspruch auf kulturelle Vorherrschaft ging ein rhetorisches Hauen und Stechen um Relevanz und Legitimation einher. Der Blick auf materielle Raumwirklichkeiten bleibt blind, wenn er nicht um den auf die «immaterielle Wirklichkeit» ergänzt wird.⁸⁸

Kulturelle Hierarchisierung

Erst beim zweiten Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz im Jahr 1860 sah sich das Stadttheater genötigt, für seine theatrale Vorherrschaft im Basler Stadtgefüge zu kämpfen. Der erste Versuch des Theaters, unliebsame Konkurrenz über politische Instanzen verbieten zu lassen, konnte allerdings nur einen Teilerfolg verbuchen. Am 15. Dezember 1860 beschloss der Kleine Rat: «Messvorstellungen können um des Theaters willen nicht verboten werden, dagegen verdiene es die Berücksichtigung, dass ausser der eigentlichen Messzeit erstere beschränkt u. dass dem Ertheilen von Bewilligungen an grössere Konkurrenzanstalten während der Theatersaison möglichst ausgewichen werde.»⁸⁹ In der Folge forderte das Stadttheater bis zum Ende des Jahrhunderts in regelmässigen Abständen (1) die Verbannung von Zirkussen und aller theatralen Konkurrenz auf Plätze ausserhalb der Stadtgrenzen, insbesondere aber ein Verbot für Zirkusse auf dem zentralen Barfüsserplatz, (2) die zeitliche Begrenzung von konkurrenzierenden Aufführungen, (3) die Besteuerung der Konkurrenz direkt zugunsten des Stadttheaters und schliesslich (4) dessen öffentliche Subventionierung aus der Staatskasse. Letztlich waren die Vorstösse des Basler Stadttheaters unzeitgemässe Forderungen nach Theaterprivilegien wie in den Willkürakten feudaler Staatsgewalt, bestimmten Theatergruppen ein Monopol zu gewähren.

Rhetorisch orchestriert wurde das kulturelle Hegemonialstreben des Theaters durch die Umdeutung der gewinnorientierten Aktiengesellschaft in eine «Pflanzstätte der Kunst». Aus der Not des mangelnden Publikumszuspruchs leitete das Stadttheater die Tugend der unterstützungsbedürftigen «hohen Kunst» ab. Die Werthaltigkeit der kulturellen Innovation Stadttheater und die Dignität der «hohen Kunst» konnte das Stadttheater aber nur plastisch machen, indem es seine

Konkurrenz abwertete: Hier das Stadttheater, das mit seiner ‹hohen Kunst› zur ‹Bildung› des Publikums beiträgt, dort die Zirkusse und Schaubuden, die mit ihrer ‹niederen Kunst› das Publikum ‹verrohen› und ‹demoralisieren›. In diesem Wortkulturkampf und in der Konkurrenz der Ideen ging es wie immer um Diskursmacht, um Anerkennung in der Gegenwart sowie um die Aufnahme ins kulturelle Gedächtnis der Stadt und seine Archive für die Nachwelt.⁹⁰

So ist die auch rechtliche Abwertung der Konkurrenz bei gleichzeitiger rechtlicher Aufwertung des Stadttheaters als Erfolg des Bildungsbürgertums zu bewerten. 1834 und noch 1853 behandelte ein- und dieselbe Verordnung Theater und Schaustellungen. Ab 1894 regelte das Gesetz betreffend das Markt- und Hausierwesen im Abschnitt ‹Patentpflichtiger Hausierverkehr› «die Produktion von Schaustellungen, von gewerblichen oder künstlerischen Leistungen, bei denen ein höheres wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse nicht obwaltet».

Auf diese Weise fand die polarisierende Aufspaltung der Künste in hoch-niedrig, bildend–unterhaltend, moralisch–unsittlich ihren normierenden Niederschlag im Basler Recht. Was das Förderkriterium ‹höheres Kunstinteresse› inhaltlich meinte, wie es verifiziert oder falsifiziert werden könnte, führten weder das Gesetz noch die entsprechende Verordnung aus. Weil das Stadttheater jedoch seit 1878 mit der ausdrücklichen Auflage subventioniert wurde, ‹hohe Kunst› zu machen, betrachtete man die staatliche Unterstützung offenbar als verlässlichen Ausweis derselben. Dieses zirkuläre Zusammenwirken von Rechtsetzung und Auslegungspraxis kann als Basler Meilenstein der begrifflichen, ästhetischen und ideologischen Verengung von Theater auf ein hochkulturell ausgerichtetes professionelles Kunst- und Literaturtheater gelesen werden – und als räumliche Verortung eines bestimmten normativen Kulturverständnisses in einer Zone links und rechts des Steinenbergs. Nur sehr langsam, so scheint es, entspannen sich die wirkungsmächtigen, von der Autonomieästhetik des 18. Jahrhunderts geprägten und im 19. Jahrhundert alltagsprägend gewordenen, oft moralisierenden Denkschablonen ‹E und U›, ‹highbrow & lowbrow›, ‹Hoch-› versus ‹Alltags-›, ‹Trivial-›, ‹Unterhaltungs-›, ‹Massen-›, ‹Pop-›, ‹Laien-› und ‹Volkskultur› zugunsten eines demokratiethoretisch begründeten Verständnisses von kulturell vielgestaltiger Teilhabe.⁹¹ Aller zeitlichen Beharrungskraft zum Trotz erweisen sich die hierarchisierenden Verortungen kulturellen Tuns, unter der Lupe betrachtet, als in hohem Grad dynamisch: Jedes kulturelle Schaffen verändert den kulturellen Raum und stellt frühere Ausrichtungen und Werte infrage.

Diese kulturelle Hierarchie mit all ihren Über- und Unterordnungen, Anziehungen und Abstossungen, Nah- und Fernbeziehungen zeichnet sich aus zeit-

licher Distanz betrachtet in ihrer grundlegenden Tektonik durch eine ‹longue durée› aus. Dies wäre beispielsweise ablesbar an der sich im 19. Jahrhundert formenden Kulturförderung in der Schweiz.⁹² In ihr geben bis heute nicht die Vorlieben der Vielen die kulturpolitische Marschrichtung vor, sondern die Präferenzen der Eliten. Und diese nutzen ihre kulturellen Wertschätzungen bekanntlich zur sozialen Unterscheidung und zur Zementierung ihrer sozialen Vormachtstellung.

Neue kulturelle Konkurrenz

Die Bemühungen des Stadttheaters um die Verbannung der Konkurrenz aus der inneren Stadt scheiterten an der lang verbrieften Basler Messesfreiheit, an den behördlichen Massnahmen, die Herbstmesse attraktiv zu halten, und schliesslich an der 1875 eingeführten Gewerbefreiheit. Weil das Stadttheater aus diesen Gründen nur wenig Erfolg darin hatte, die Rahmenbedingungen seiner Konkurrenz zu erschweren, bemühte es sich gleichzeitig um die Verbesserung der eigenen Produktionsbedingungen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts gewährte die öffentliche Hand aber nur in sehr kleinem Umfang Unterstützung – zunächst mit kostenfreien Holz- und Gaslieferungen, später mit eher bescheidenen Finanzhilfen. Diese waren gebunden an die Auflage, ein professionelles Orchester zu unterhalten, das auch für Einsätze etwa bei Chorkonzerten zur Verfügung stehen musste. Unabhängig davon waren die professionellen Musiker begehrte Instrumentallehrer in den grossbürgerlichen Haushalten. Anders als Theater galt Musik in den tonangebenden frommen Kreisen als unverdächtig, was die Entwicklung Basels zu einer ‹Musikstadt› überhaupt erst ermöglichte und vorantrieb.

**Anders als Theater galt
Musik in den frommen
Kreisen als unverdächtig**

Mit der Kleinbasler Vereinigungsfeier von 1892 aber scheint sich die kulturpolitische Stimmung grundsätzlich zugunsten des Stadttheaters gewandelt zu haben. Unter dem ideologischen Schirm des Patriotismus, der offenbar auch pietistische Bedenken gegen Theater verblasen liess, spannten politische Entscheidungsträger und kulturelle Meinungsmacher zusammen. Ohne dass ein dokumentierter Regierungsratsbeschluss vorliegt, änderte sich die Bewilligungspraxis der Behörden: Sie genehmigten seit 1890 Zirkusgastspiele nur noch ausserhalb der Theatersaison und damit auch nicht mehr während der Herbstmesse. Zudem wurde das Stadttheater von einem Pachtbetrieb in einen Regiebetrieb umgewandelt, der mit einer Einbindung von Regierungsvertretern in die Führung des Theaterbetriebs einherging. Der Zirkus als gewichtigster Konkurrent des Stadttheaters verschwand stillschweigend aus dem Innern der Stadt. Gut dreissig Jahre nach

dem ersten Gastspiel eines Zirkus auf dem Barfüsserplatz war die räumliche Zone rund um den Steinenberg und seine Imprägnierung mit einem bestimmten Verständnis von kultureller Hierarchie gelungen.

Doch schon bald und wiederum aus dem Kreis der Schaustellungen am Barfüsserplatz kündigte sich ein neuer Nebenbuhler um die Publikumsgunst an: der Film und das Kino. Seit der Erfindung des Kinematographen machten Wanderkinos zunächst überall dort Halt, wo sich für eine gewisse Zeit grössere Menschenmengen versammelten. So liess erstmals während der Herbstmesse 1896 ein Kinematograph im Casino-Saal am Barfüsserplatz die Bilder laufen. 1907 eröffnete dann das erste ortsfeste Kino in der Stadt.⁹³ Wie schon beim Zirkus nahm das Theater den Kampf auf – diesmal gegen einen Konkurrenten, der eine sich rasant weiterentwickelnde technische Innovation für ästhetische Neuerungen nutzte, der alle Alters-, Bildungs-, Geschlechts- und Einkommensgruppen ansprach und Teil einer rasch wachsenden, global agierenden Filmindustrie war. Dass Film und Kino trotz Kritik von vielen Seiten innert weniger Jahre mehr Publikum fanden als das Theater, lag letztlich auch daran, dass es neben der Investition für ein Vorführgerät lediglich eines verdunkelten Raums bedurfte. Das machte dieses neue Kulturformat selbst in christlichen oder erzieherischen Verwendungszusammenhängen einsetzbar und auf gewisse Weise ortsunabhängig. Filme wurden dort vorgeführt, wo ein entsprechender Bedarf vermutet oder manifest wurde. Anders als die einstige kulturelle Importidee Stadttheater konnte sich die Innovation Film durchsetzen – ohne eine entsprechende Zone in der Stadt besetzen zu müssen.

Vom Baum aus gesehen

Alexandra Binnenkade

Was wäre, wenn nicht Menschen, sondern Bäume die Geschichte Basels erzählen würden? Einige Bäume stehen auffällig-unauffällig zum Teil schon seit Hunderten von Jahren an ihren Plätzen. Was haben sie im Verlauf ihres Lebens gesehen, gehört, was in der Erde und in der Luft gespürt? Welche Räume erfordern sie, wie gestalten Bäume den städtischen Raum mit, was ermöglichen sie – als Akteure, als Markierungen, nach denen Menschen sich und Beziehungen orientieren? Bäume sollen hier nicht als Objekte im Zentrum stehen, als stumme Zeugen im Hintergrund, sondern als Akteure in ihrem Raum. Ihr Platz, ihre Form, ihre Präsenz – ihre ganze Körperlichkeit – tragen zu dem bei, was sich unter ihnen abspielt. Sie haben im Lauf der Zeit zahllosen Menschen Raum gegeben, ihren Gesprächen, ihren Spielen, Streiten und ihrem Schlaf. Bäume sind zwar wichtig genug, dass Häuser, Plätze und Strassen nach ihnen heissen. Dennoch werden sie selten explizit erfasst. Basels Geschichte von den Bäumen aus gesehen erfordert vielleicht ein wenig Fantasie, aber es stellen sich auch viele neue Fragen.





45 Wirtschaft zum Löwenfels (Breo), 1890.



46 In den Langen Erlen, zwischen 1955 und 1965.



47



48

- 47 Schützenmattpark, 1942.
- 48 Schützenmattpark, 1914.
- 49 Schützenmattpark, 1956.
- 50 Schützenmattpark, 1970.
- 51 Schützenmattpark, 1938.



50





52 Petersplatz, 1968.



53 Petersplatz, zwischen 1940 und 1950.



54 Schwarzwaldallee, 1939 oder 1940.

55 St. Jakobs-Strasse, Generalstreik, 1919.



56 Friedhof am Hörnli, 1946.

57 Gotthelfschulhaus, 1936.



58 Auf der Pfalz, 1924: Eine der Kastanien von 1740 ist umgefallen.



Experimentierfelder der Selbstbestimmung: Freiräume in Basel, 1930–2000

Dominique Rudin, Nathalie Baumann

Alte Stadtgärtnerei: Ein Höhe- und Wendepunkt zur Einführung

«Die moderne Stadt hat einen beträchtlichen Teil ihrer möglichen Kontaktstellen für das soziale Leben verloren. Plätze und Strassen, einst unkommerzialiserte Freiräume, werden meistens als Verkehrsknotenpunkte und möglichst effiziente Verbindungslinien behandelt und ausgestaltet. In der Monotonie des öffentlichen Stadtgrüns spiegelt sich ein erstarrtes System von gestörten Beziehungen zur Natur, ökonomischer und rationaler Denkweise und formalisierter Gesetze. Mit dem ehemaligen Schlachthofareal steht Basel jetzt seit langem wieder ein grösserer Freiraum offen, der auch in Zukunft in diesen Ausmassen kaum mehr seinesgleichen finden wird.»⁹⁴

Das Zitat entstammt einer «Selbstdarstellung der Interessengemeinschaft Alte Stadtgärtnerei Basel», vermutlich vom Frühjahr 1987. Es steht beispielhaft für die Beweggründe links-alternativer Gruppierungen der 1970er- und 1980er-Jahre, sich vehement für eigene, selbstgestaltete und selbstverwaltete Orte einzusetzen. Die «moderne Stadt» wurde als unwirtlicher Raum wahrgenommen, dessen Planung und Ausgestaltung geprägt waren von wirtschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen des motorisierten Verkehrs. Der urbanen, neulinken oder alternativkulturellen Opposition jener Jahre ging es marxistisch gesprochen darum, die Entfremdung der Menschen – untereinander, von der Natur, ihren Quartieren, ihrer Stadt – in der kapitalistisch-bürgerlichen Stadt zu überwinden.⁹⁵ Der Freiraum Alte Stadtgärtnerei (ASG) darf für Basel als Höhepunkt dieses Bestrebens betrachtet werden [59].

1985 gab die Basler Stadtgärtnerei ihr Areal im St. Johannquartier auf, das direkt an den ehemaligen städtischen Schlachthof angrenzte. Beide Areale – Schlachthof und Stadtgärtnerei – galten seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre als stadtplanerische Entwicklungsgebiete.⁹⁶ Nach dem Wegzug der Stadtgärtnerei wurde das wildwüchsige Areal mit seinen zahlreichen Gewächshäusern zunächst legal zwischengenutzt und von August 1987 bis Juni 1988 besetzt. Die sogenannte «Stadtzgi»-Ära, zu der auch die Besetzung des ehemaligen Kino Union 1988/89 an der Klybeckstrasse 64 nach der Räumung des ASG-Areals zu zählen ist, war Höhe-



59 Besetzung der ‹Alten Stadtgärtnerei›, undatiert. — Die Fotografie wurde vermutlich am 21. Juni 1988, dem Tag der polizeilichen Räumung, auf dem St. Johannis-Platz in Richtung des Areals aufgenommen.

und gleichzeitig Wendepunkt der linksalternativen Freiraumbewegung in Basel. Das Ende der ASG-Bewegung markiert auch den Abschluss der konfliktbehafteten langen Achtundsechzigerjahre mit ihren autonomen Jugendzentren und häufigen Hausbesetzungen. Am Ende der 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre entstand eine neue Generation von Freiräumen, oftmals in Kooperation mit privaten und staatlichen Akteur:innen.

Freiräume waren in den 1970er- und 1980er-Jahren wichtige Schauplätze für das Alternativmilieu.⁹⁷ Beides, Freiräume und Alternativmilieu, waren keine Basler Besonderheiten, sondern transnationale, insbesondere westeuropäische Phänomene. Wichtige Impulse kamen aus der Gegenkultur (‹counterculture›) des angelsächsischen Raums. Aktionsformen wie Sit-ins und Hausbesetzungen, das Tragen langer Haare bei Männern und Frauen, die Produktion und Rezeption von Medien der Gegenöffentlichkeit (marxistische und kulturkritische Periodika, Radio-, Film- und Videoaktivismus) und das Hören von Beat-, Folk-, Rock- und

später Punkmusik sind Beispiele von Erkennungsmerkmalen, die Angehörige des Alternativmilieus auszeichnen konnten. Die kulturellen Ausdrucks- und politischen Protestformen suchten die Grenzüberschreitung. Politische Aktionen zielten oft nicht bloss auf Wirkung vor Ort ab, sondern auch auf eine breitere, massenmediale Öffentlichkeit. Die ‹Politik der Strasse› kommunizierte über Presse, Radio und Fernsehen in einen überregionalen, fallweise gar transnationalen Diskursraum hinein. Dies war in Basel insbesondere im Kontext des Konflikts um die Alte Stadtgärtnerei zu beobachten.⁹⁸

Das Phänomen der Freiräume in Verbindung zu setzen mit dem Alternativmilieu, mit den zahlreichen Jugend- und Protestbewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre, öffnet jedoch nur einen Ausschnitt aus einem breiteren Gesamtbild. Um das vielgestaltige, auch widersprüchliche Phänomen der Freiräume besser zu verstehen, weiten wir unseren Betrachtungszeitraum aus: einerseits bis zurück in die 1930er-Jahre, auf frühe Orte, deren Entstehung, Funktion und Verhältnis zur Aussenwelt freiräumliche Merkmale haben; andererseits auf die Entwicklung in Basel nach der ASG-Ära. Dass sich der Beitrag auf die Jahre bis 2000 konzentriert, hängt mit den zum Zeitpunkt der Archivrecherchen zugänglichen Quellen zusammen.

Viele Orte in unserem Beitrag haben einen klaren Bezug untereinander, etwa durch personelle Verbindungen. Andere stehen stärker für sich alleine, insbesondere unsere Beispiele aus den 1930er-Jahren. ‹Freiraum› ist ein schillernder Begriff, er taucht im Laufe der Zeit als Forderung und Praxis in sehr unterschiedlichen Bewegungen und Gruppen auf, mit ebenso unterschiedlichen Anliegen, Zielen und (Raum-)Bedürfnissen: avantgardistische Künstler:innen, progressive Studierende, autonomistische Jugendliche, feministische Aktivistinnen, homosexuelle Männer. Entsprechend unterschiedlich war die Zugänglichkeit dieser Orte, von der hohen Eintrittsschwelle eines Clublokals für homosexuelle Männer in den 1930er-Jahren oder einer feministischen Hausbesetzung der 1970er-Jahre bis zur relativen Offenheit eines Freiluftareals wie der Alten Stadtgärtnerei. Gemeinsam ist den untersuchten Freiräumen, dass sie Anlaufpunkte für soziale Gruppen und politische Strömungen waren, die sich anderswo weder heimisch noch respektiert und repräsentiert sahen. Sie boten Gemeinschaftserfahrungen und eröffneten Handlungsspielräume für Menschen, die mit bürgerlichen Werten, Normen und Strukturen über Kreuz lagen. Insofern waren (und sind) Freiräume Experimentierfelder, in denen individuelle Freiheiten und kollektives Handeln erprobt werden konnten (und können). Egal, ob Akteur:innen die Öffentlichkeit, manchmal auch

**Individuelle Freiheiten
und kollektives Handeln
konnten erprobt werden**

den Konflikt suchten oder eher Schutz- und Rückzugsorte: Entscheidend ist ein Zusammenspiel aus Autonomie-, Emanzipations- und Territorialitätsstreben (das legale oder illegale Einnehmen von Raum in der Stadt) durch soziale Gruppen, die sich nicht zur bürgerlichen Gesellschaft zählen wollten oder konnten – und von dieser nicht in ihrer Mitte akzeptiert wurden. Insofern betrachten wir Freiräume auch als «Identifikationsmedien».⁹⁹ Ein Freiraum war immer auch ein Symbol und Medium für Identitätskonstruktionen. Der persönliche Positionsbezug zu einem Freiraum beziehungsweise zu jenen, die er repräsentierte, ordnete insofern auch den soziokulturellen und politischen Raum der Stadt. Oder andersherum: Konflikte wurden sichtbar, wo Freiräume Kontrapunkte setzten zu bürgerlichen Normen, Werten und Institutionen.

Im Folgenden kann nur auf einen Bruchteil aller Schauplätze und Akteur:innen zwischen circa 1930 und 2000 eingegangen werden. Der Beitrag will exemplarisch Vernetzungen, Zusammenhänge und Veränderungen aufzeigen, von frühen Vorboten über die Hochphase der Freiraumbewegung bis zur Um- und Zwischennutzungskultur. Wobei sich das Themenfeld geschlechtergeschichtlich unausgewogen darbietet: Abgesehen von dezidiert feministischen Aktionen, die wir unten in den Fokus rücken, kommen Frauen in den Quellen ausgesprochen selten als Wortführerinnen und Protagonistinnen vor. Ein Zeichen dafür, dass auch linksprogressive, avantgardistische und homosexuelle Strömungen, Netzwerke und Organisationen häufig patriarchal geprägt waren.

Orte der Gemeinschaft

Exemplarisch für Freiräume in den 1930er-Jahren rücken wir das Lokal des homosexuellen <Schweizerischen Freundschafts-Verbandes> sowie den <Club 33> in den Fokus. Letzterer wurde von der <Gruppe 33> gegründet, einer Vereinigung von vorwiegend jungen, antifaschistisch gesinnten Künstlern, die sich 1933 vom einflussreichen Berufsverband <Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten> (GSMBA) abspaltete. Beide Gruppen gehörten einer gesellschaftlichen Minderheit an: homosexuelle Männer aufgrund ihrer sexuellen Identität, die Künstler aufgrund ihrer progressiven künstlerischen Positionen, ihrer (effektiven oder vermuteten) Sympathie für den Kommunismus und teilweise prekären Existenzgrundlage. Im Fall der homosexuellen Männer stand das diskrete Treffen von anderen Männern im Zentrum, ohne polizeiliche Repressionen befürchten und ohne sich im Versteckten treffen zu müssen. Der von ihnen etablierte Freiraum war zugleich ein Schutzraum. Die <Gruppe 33> schloss sich zusammen, weil sie von

staatlicher Förderung und etablierten Kunsthäusern kaum berücksichtigt wurde und keine Ausstellungsmöglichkeiten hatte. Die Vergemeinschaftung bezweckte in beiden Fällen den Zusammenschluss von Gleichgesinnten sowie Hilfe zur Selbsthilfe.

Homosexuellen-Treffpunkte der 1930er-Jahre

1933 wurde die Sektion Basel des «Schweizerischen Freundschafts-Verbandes» gegründet. Ihren Treffpunkt hatte sie im Restaurant Besenstiel an der Steinentorstrasse 6; Mitglieder waren ausschliesslich homosexuelle Männer.¹⁰⁰ Nicht so bei der «Centralleitung» des Verbands in Zürich. Dieser ging aus einer Zusammenlegung des homosexuellen Damen-Clubs Amicitia (1931 bis 1933) und ehemaligen Mitgliedern des Excentric Clubs hervor und stand beiden Geschlechtern offen. Für den Dachverband legten Frauen den Grundstein, unter ihnen Anna Vock, die ihn präsidierte und redaktionelle Leiterin der Verbandszeitschrift «Freundschafts-Banner» war.¹⁰¹

Von der Existenz der Basler Sektion wissen wir aus den Akten des Polizeidepartements.¹⁰² Im Unterschied zu anderen Deutschschweizer Kantonen waren homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen in Basel ab 1919 zwar straffrei. Weiterhin unter Strafe standen jedoch homosexuelle Verbindungen zu Minderjährigen und männliche Prostitution. Dies bot den Behörden eine rechtliche Grundlage, homosexuelle Männer auch nach der gesetzlichen Liberalisierung engmaschig zu überwachen. Über Basler Treffpunkte homosexueller Frauen in dieser Zeit ist die Quellenlage sehr dünn; ein weitverbreitetes Problem, wie Untersuchungen zur Homosexualität im deutschsprachigen Europa zeigen.¹⁰³

Präsident Ernst Feist meldete die neu gegründete Sektion des Freundschafts-Verbandes offiziell beim Polizeidepartement an und legte dem Schreiben die Statuten und einige Nummern der Zeitschrift «Freundschafts-Banner» bei, sichtlich um Transparenz und ein einvernehmliches Verhältnis mit der Polizei bemüht.¹⁰⁴ Der Verband verfolge den Zweck, «die Prostitution zu bekämpfen, die Pflege idealer Freundschaft, die sittliche Hebung und Bildung unserer Artgenossen, die Veranstaltung von geselligen Anlässen sowie den Schutz seiner Mitglieder».¹⁰⁵ Trotz seiner Deklaration stand der Club unter polizeilicher Beobachtung. Davon zeugen verschiedene Rapporte, die oftmals diskriminierend und in herablassendem Ton verfasst sind. Im März 1934 wurde das Clublokal aus Platzgründen ins Restaurant Löwenzorn am Gemsberg verlegt. Selbstkontrollen durch den Verband hätten verhindern sollen, dass Minderjährigen Zutritt zum Lokal gewährt wurde. Weil dies offenbar nicht gelang – unter anderem auch

wegen interner Intrigen –, wurde der Verbandspräsident am 19. Dezember 1934 von der Polizei in den Lohnhof einbestellt, um die Auflösung seiner Organisation zu bestätigen.¹⁰⁶

Dieses Beispiel zeigt, wie sich ein Teil der homosexuellen Männer in Basel zusammenschloss und einen Ort schuf, um sich unbehelligt treffen zu können. Damit verschafften sie sich Freiräume, sowohl im konkret-räumlichen Sinn als auch im Sinne einer Erweiterung ihres Handlungsspielraums als Vertreter einer sexuellen Minderheit. Der Freundschafts-Verband unterstrich sein Ziel, den Mitgliedern Schutz zu bieten, und bemühte sich um Akzeptanz seitens Behörden. Der Treffpunkt im ‹Besenstiel› beziehungsweise ‹Löwenzorn› war kurzlebig und Vereinsmitgliedern und ihren Gästen vorbehalten. Auch war er in den Hinterzimmern von Restaurants einquartiert und damit abhängig vom Wohlwollen der Gastgeberschaft. Gleichwohl zeugt diese frühe Initiative von einem neuen (Selbst-)Bewusstsein als Gruppe. Gaston Dubois (ein Pseudonym) formulierte es im ‹Schweizerischen Freundschafts-Banner› 1934 folgendermassen: «Für jede Minderheit gibt es nur einen Weg, um ihre Rechte der grösseren Umwelt gegenüber zu verfechten: Zusammenschluss.»¹⁰⁷

‹Club 33›: Wo sich die Avantgarde traf

Ein Zusammenschluss Gleichgesinnter war auch das Ziel der ‹Gruppe 33›. Aus Protest traten zwölf vorwiegend junge Künstler aus der Regionalsektion der GSMBA aus und gründeten am 10. Mai 1933, am Tag der ersten Bücherverbrennung im nationalsozialistischen Deutschland, die ‹Gruppe 33›. Diese positionierte sich klar antifaschistisch, suchte den internationalen Austausch und setzte sich ein für die Förderung avantgardistischer künstlerischer Bestrebungen sowie deren Schutz gegen «jegliche Angriffe und Entstellungen von Seiten künstlerisch-reaktionärer Kreise».¹⁰⁸

Damit gemeint waren die Verfechter des «wurzelechten Schollen-Heimatgefühls»,¹⁰⁹ die damals das Schweizer Kunstschaffen dominierten, unter ihnen der Basler Kunstsammler Alfred Bader. Die GSMBA hatte 1919 massgeblich zur Einführung des kantonalen Kunstkredits beigetragen, eines zentralen Förderinstruments für regionale Kunstschaffende,¹¹⁰ vertrat aber mehrheitlich ein konservatives Kunstverständnis.¹¹¹ Alle zwölf Gründungsmitglieder der neuen Künstlervereinigung waren Männer, darunter Otto Abt, Paul Camenisch und Max Sulzbachner. 1943 trat ihr mit Irène Zurkinden die erste Künstlerin bei. Mentor der Gruppe war Georg Schmidt, der 1939 mit Unterstützung von Regierungsrat Fritz Hauser trotz



60 **«Interieur mit Männern» (Club der Künstlervereinigung «Gruppe 33»), Gemälde von Ernst Ludwig Kirchner, 1936.** — Der «Club 33», untergebracht in einer umgebauten Werkstatt an der Steinenvorstadt 53, entwickelte sich weit über Basel hinaus zu einem Hotspot der Kunst- und Kulturszene. Auch Ernst Ludwig Kirchner, der sich 1917 in Davos niedergelassen hatte, verkehrte dort. Kirchner war für die junge Generation von Basler Kunstschaffenden in den 1920er- und 1930er-Jahren eine wichtige Referenzfigur.

Widerständen seitens der Kunstkommission und der GSMBA zum Direktor des Kunstmuseums ernannt wurde.¹¹²

Bereits die erste Ausstellung der «Gruppe 33» fand an einem aussergewöhnlichen Ort statt: in den umgebauten Räumlichkeiten des Cafés Riggenbach an der Freien Strasse. Für die Umsetzung tat sich die Gruppe mit Marguerite Schulthess zusammen, eine der ersten Galeristinnen («Maison Schulthess») in Basel. Beim Kunsthistoriker Willy Rotzler hinterliess die Ausstellung einen bleibenden Eindruck – gerade weil sie in einem unkonventionellen Setting gezeigt wurde: «Ich weiss noch genau, mit welcher Spannung unser kleiner «Kunstklügel» vom Realgymnasium an der Rittergasse in die Freie Strasse hinunterzog, um die angekündigte erste Ausstellung der «Künstlervereinigung» in den Räumen des Café Riggen-

bach zu besuchen. Schon dass die Ausstellung ausserhalb des üblichen Rahmens der Kunsthalle oder einer der drei privaten Galerien stattfand, hatte beinahe etwas Verruchtes, erschien uns als eine Demonstration.»¹¹³

Ihren Stammtisch hatte die ‹Gruppe 33› im Restaurant Kunsthalle. Einen eigens für ihre Zwecke passenden Ort fand sie 1934 mit einer leerstehenden Werkstatt in einem Hinterhaus an der Steinenvorstadt 53, direkt neben dem Bühneneingang des Kuchlin-Theaters. Paul Artaria, Mitbegründer der ‹Gruppe 33› und Architekt, baute die Räumlichkeiten zu einem Clublokal um, das im November 1934 feierlich eröffnet wurde. Der ‹Club 33› hatte exklusiven Charakter, das Reglement untersagte Personen, die nicht in Begleitung eines Clubmitglieds kamen, strengstens den Zutritt. Eine Club-Mitgliedschaft konnten ausschliesslich Männer erwerben.¹¹⁴ Der Ort entwickelte sich zu einem Hotspot der avantgardistischen Kunstszene: Hier trat das von Erika und Klaus Mann sowie weiteren Exilierten gegründete Kabarett Pfeffermühle auf und die Tanzgruppe der Ausdruckstänzerin Katja Wulff, die sich bereits 1923 in Basel niedergelassen hatte. Das Lokal war Treffpunkt der Le-Bon-Film-Gründer um Georg Schmidt, auch der Kabarettist Alfred Rasser und der Dirigent Paul Sacher zählten zu den Gästen. Die Kunsthistorikerin Yvonne Höfliger-Griesser bringt die Vielgestaltigkeit des Avantgarde-Treffs auf den Punkt: «Der ‹Club› war Freiraum, Auffangstation, Schmelztiegel, Probebühne, Literaturpodium, Ausstellungsraum, Diskussionsforum, Gaststube, Festsaal, Widerstandsnest, Nabel der Welt, Kommandozentrale – alles zugleich [...]»¹¹⁵

Und wie oft, wenn ein Ort vieles zugleich war, gab es zunehmend Konflikte um seinen Zweck. Bereits 1937 kritisierten Vertreter der ‹Gruppe 33›, der Club habe sich zu einem «Wirtsort» entwickelt, sollte aber zuallererst ein Ort sein, wo «die ‹Gruppe 33› ihre besten Arbeiten erstmalig in Ausstellungen zeigt».¹¹⁶ Lärmklagen, ungebetene Gäste und ein Betrieb, der ausser Kontrolle geriet, taten ihr Übriges. Nach acht Jahren erhielt der Club 1942 vom Vermieter die Kündigung.¹¹⁷ Zum neuen Treffpunkt wurde der erste Stock des Restaurants Museumstube an der Barfüssergasse 12 bestimmt. Der neue Ort, kein in Eigenregie geführtes Lokal, konnte nicht mehr an die schillernde Bedeutung der Vorgänger-Institution anknüpfen [60].¹¹⁸

Kulturzentrum in den Ruinen des Grossbürgertums

Der Mangel an Ausstellungsräumen insbesondere für junge Kunstschaffende war in Basel über viele Jahre eine Konstante. Mitte der 1960er-Jahre ergriff der Künstler Kurt Fahrner die kulturpolitische Initiative. Er war *enfant terrible* des Basler



61 Eröffnung des «Aktiv-Cultur-zentrums Spectro-Machie» an der Austraße 77, 26. April 1969. Foto: Photoatelier Lendi-Lichtenberg, 1969. — Bereits zum zweiten Mal nutzten der Basler Künstler Kurt Fahrner und seine Weggefährten eine grossbürgerliche Abbruchvilla als Zentrum für junge Kunst, politische Diskussionen und alternative Kulturformate.

Kunstabetriebs, ihm haftete seit der Enthüllung seines Werks «Bild einer gekreuzigten Frau» 1959 auf der «Klagemauer» des Barfüsserplatzes das Etikett eines Skandal-künstlers an: Den exponierten Ort mitten in der Stadt nutzte Fahrner für seine Vernissage, weil er keine Galerie fand, die sein Bild ausstellen wollte.¹¹⁹ Dabei hatte er schon vor der «Barfüsser-Affaire» – unter dieser Bezeichnung wurde das entsprechende Dossier bei der Staatsanwaltschaft geführt¹²⁰ – mit der Idee gespielt, in Basel ein Kulturzentrum aufzubauen, wie er es in Paris bei der um 1900 gegründeten Künstler:innenkolonie «La Ruche» gesehen hatte. Fahrner schwebte ein Ausstellungs- und Kulturraum für Kunstschaffende vor, kuratiert in Eigenregie. Er mietete eine leerstehende Abbruchvilla an der Missionsstrasse 8. In dieser «Ruine

des Grossbürgertums» fand im Mai 1965 eine spektakuläre, filmisch verewigte Ausstellungsvernissage statt.¹²¹ Prominent in Szene gesetzt Fahrners Gliederpuppe «Shinto Bérénice», die er guillotinierte. Neben Fahrners Werken waren Eisenplastiken von Willy Weber und eine Schuhkollektion der Gruppe-33-Künstlerin Irène Zurkinder zu sehen.¹²²

Die Villa an der Missionsstrasse war eine Zwischennutzung avant la lettre. Einige Jahre später fand Fahrner an der Austrasse 77 erneut eine Abbruchvilla.¹²³ Dort wurde im April 1969 das «Aktiv-Culturzentrum Spectro-Machie» eröffnet, das als Verein organisiert war, mit Fahrner als Präsident [61]. Die Ziele waren – ähnlich wie beim Club 33 – «Förderung und Präsentation neuer Ausdruckformen, Aussagen und Ansichten».¹²⁴ Die «Spectro-Machie» entwickelte sich zum selbstverwalteten Ausstellungsraum, Konzerthaus, Theater- und Kinosaal. Auch (politische) Vorträge und multimediale Veranstaltungen fanden dort statt, Mitglieder der kurz davor gegründeten Progressiven Studenten Basel (PSB) gingen ein und aus, die studentische Aktionsgruppe «Arena» hielt Versammlungen ab und führte Veranstaltungen durch. Die «Arbeiterzeitung» zeigte sich anlässlich der Spectro-Machie-Eröffnung begeistert über die «pädagogische Weisheit der Haus- und Hof-Eigentümerin», die ihr unbenutztes Anwesen der «Spekro-Jugend» zur Verfügung stellte: «Bravo! Auf solche und ähnliche Art wären wohl viele Probleme der jungen Generation zu lösen.»¹²⁵

Der Betrieb der Spectro-Machie an der Austrasse geriet unter anderem wegen Drogenumlaufs ausser Kontrolle, doch ohnehin musste sie wegen des Abbruchs der Villa nach wenigen Monaten umziehen. Kurt Fahrner stieg aus dem Projekt aus, Vereinsmitglied Hanspeter Schweizer übernahm am neuen Ort «das Zepher».¹²⁶ Doch auch hier, am Claragraben 123, entfaltete sich in der Spectro-Machie eine Eigendynamik, die sich der Kontrolle der ursprünglichen Betreiberschaft bald entzog.

Orte der Konfrontation

In den späten 1960er-Jahren ist eine Zunahme politischer Ausdrucksformen zu beobachten, die auf Provokation und direkte Konfrontation mit Autoritäten setzten. Protagonisten wie Kurt Fahrner können als Wegbereiter gesehen werden, deren kritischer und herausfordernder Umgang mit der Öffentlichkeit zum Habitus einer jüngeren Protestgeneration wurde. Sie agierte im historischen Kontext einer generell wachsenden Politikmüdigkeit und -skepsis in weiten Teilen der Basler Bevölkerung, nicht zuletzt angesichts der städtebaulichen Auswirkungen des Wirtschaftswachstums.¹²⁷

Das sich formierende Alternativmilieu manifestierte sich in Basel in Form von Bewegungen und Protoparteien, etwa die ‹Progressiven Organisationen› oder das studentische Veranstaltungsforum ‹Arena›, und räumlich in ersten Kommunen und Wohngemeinschaften.¹²⁸ 1971 erfolgte die erste polizeilich dokumentierte Hausbesetzung am Petersgraben 24, und am Claragraben 123 entstand das erste autonome Jugendzentrum Basels. Eine Infrastruktur mit Cafés, Beratungs- und Anlaufstellen sowie Läden bildete sich heraus, die im Alternativmilieu wurzelte und dieses ansprach.¹²⁹ Nach und nach entwickelte sich zudem eine eigene Medienlandschaft mit Flugblättern, Plakaten, freien Radios und Piratensendern (zum Beispiel Radio Verte Fessenheim/Radio Dreyeckland, gegründet 1977), aber auch Publikationen. So entstand ein eigentlicher ‹Milieuraum› in Stadt und Region Basel, der aus den breitgefächerten Bedürfnissen und Anliegen einer mehrheitlich jungen, links-alternativen Szene erwuchs und eine Sichtbarkeit schuf für sich verändernde (Wert-)Vorstellungen, politische Anliegen und ästhetische Vorlieben.

‹Arena›: Ein Forum der Achtundsechzigerbewegung

Die studentische Achtundsechziger-Gruppierung ‹Arena› formierte sich im November 1968 und war mit abnehmender Intensität bis Anfang 1973 aktiv.¹³⁰ Sie war eine Plattform für politische Diskussionen und kulturelle Veranstaltungen und fungierte als Treffpunkt für progressive Kreise. Diverse Arbeitsgruppen gestalteten das Inhaltsprofil. Zentral war die Arbeitsgruppe ‹Planung›. Sie organisierte Diskussionen und verfasste Stellungnahmen zur Stadt- und Raumplanung. Eine der tonangebenden Stimmen war der junge Architekt Rudolf (Ruedi) Bachmann. Ende der 1960er-Jahre engagierte er sich gegen den Abriss von Altbauten am Andreasplatz und trug massgeblich dazu bei, dass 1979 die Bärenfelsenstrasse zur ersten verkehrsberuhigten Wohnstrasse der Stadt wurde. Zudem war er an der Ausarbeitung des Umnutzungskonzeptes ‹Ent-stoh-loh› von 1973 für die alte Militärkaserne beteiligt.¹³¹ Diese Beispiele stehen exemplarisch für die stadtplanerische Stossrichtung der ‹Arena›, die auf demokratischere, partizipative Planungsprozesse abzielte und das Primat des motorisierten Verkehrs in der offiziellen Stadtplanung infrage stellte [62].¹³² Unschwer sind darin auch Ansätze des Basler Soziologen, Stadtforschers und Planungskritikers Lucius Burckhardt zu erkennen.¹³³

Die vornehmlich männlichen Aktivisten griffen regelmässig urbanistische Themen auf. Die ‹Arena› ist insofern historisch interessant als junge, reformerische Akteurin im Bereich der städtischen Raumplanung und Stadtentwicklung. Sie

BASLER BÜRGER ERGREIFEN DIE INITIATIVE ZUR RETTUNG IHRER STADT:

IN DER VERGANGENHEIT ÜBERLIESS MAN DAS WACHSEN UND DIE AUSGESTALTUNG UNSERER STADT ENTWEDER DEM ZUFALL ODER DEN MÄCHTIGEN INTERESSENGRUPPEN, DENEN IHR EIGENES HEMD (SPRICH: PROFIT) NÄHER LAG, ALS DER KITTEL (SPRICH: BEDÜRFNISSE DER BEVÖLKERUNG). DAS ERGEBNIS IST FÜR ALLE SICHTBAR - VERPESTETE LUFT, VERSTOPFTE STRASSEN, UNMENSCHLICHE BETONWÜSTEN - UND WIRD VON DEN WACHEN BÜRGERN NICHT MEHR LÄNGER HINGENOMMEN. SIE ERKENNEN MEHR UND MEHR, DASS DIE LEBENSINTERESSEN DER MEHRHEIT **NUR DURCH DIE MEHRHEIT SELBST** GEWAHRT UND GESCHÜTZT WERDEN KÖNNEN. DAS MITTEL ZUR DURCHSETZUNG DIESER INTERESSEN IST DIE **DIREKTE DEMOKRATIE**, DIE VOLKSABSTIMMUNG. EIN WEG DAZU, IM SINNE DES MENSCHEN, IST DIE **EINFÜHRUNG DES NULLTARIF!** WARUM?

SEHEN SIE SICH DEN KREIS UM DIE STADT BASEL AN: 6 KM DURCHMESSER! WIE KLEIN IST DOCH DER CITYRING, ABER WAS DER KOSTET!! DABEI SCHÜTZT ER NUR DIE INNERSTADT. NEIN, WIR WOLLEN AUCH DIE DICHTEN WOHN- GEBIETE SCHÜTZEN!

DER GEPLANTE AUTO-BAHNRING WÄRE HIERZU EHER BRAUCHBAR, WEIL ER DEN GANZEN DICHTEN STADTRAUM UMFASST. ABER DER RING KOSTET NOCH MEHR, JAHRZEHNTE DER BAUMEREI KÄMEN DAZU!

NEIN, WENN INVESTIEREN DANN DORT, WO ES SICH LOHNT, WO ES BILLIGER IST.

BILLIGER UND BESSER IST DIE SCHLISSUNG DES EISENBAHNRINGS IM NORDEN DER STADT!

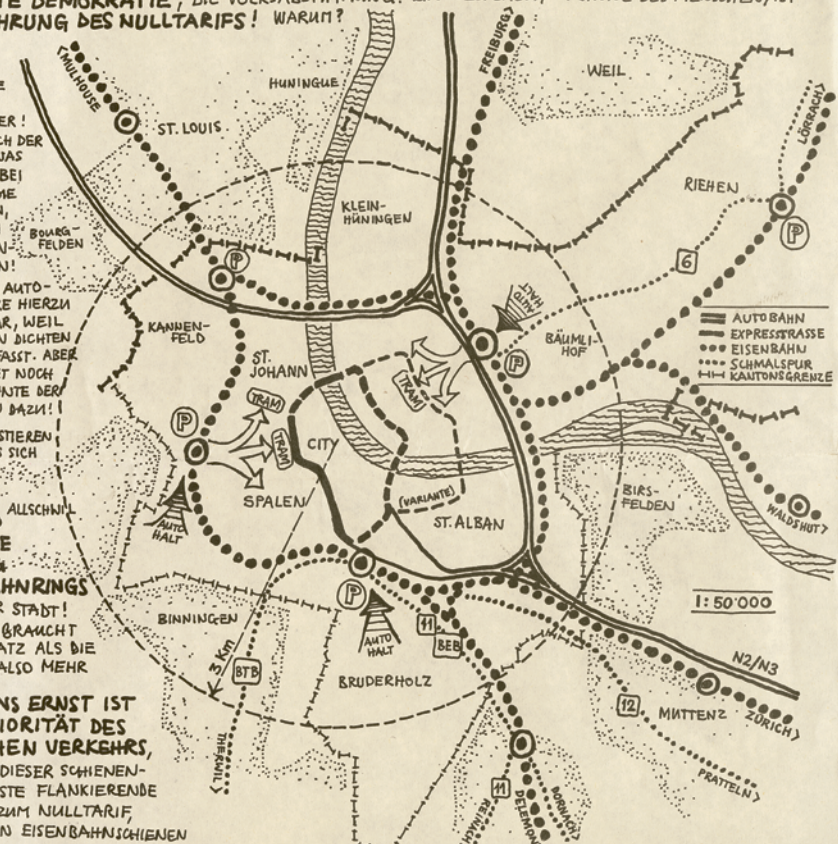
DIE SCHIENE BRAUCHT WENIGER PLATZ ALS DIE STRASSE, HAT ALSO MEHR KAPAZITÄT.

WENN ES UNS ERNST IST MIT DER PRIORITÄT DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS, DANN BILDET DIESER SCHIENENRING EINE ERSTE FLANKIERENDE MASSNAHME ZUM NULLTARIF, DENN: AUF DEN EISENBAHNSCHIENEN KANN EIN REGIONALES SCHNELLBAHNSYSTEM ZIRKULIEREN (GROBVERTEILER), EIN BESTANDTEIL DES VERKEHRSVERBUNDES UNSERER REGION. DIE ZUSÄTZLICHEN STATIONEN, DIE SIE HIER ENTDECKEN SIND VERBUNDEN MIT GROSSZÜGIGEN PARKHÄUSERN - EINE WEITERE FLANKIERENDE MASSNAHME ZUM NULLTARIF. ROLLTREPPEN FÜHREN IN DIESEN KNOTENPUNKTEN EINERSEITS ZUM AUTO, ANDERSEITS ZUM TRAM (FEINVERTEILER). DIE RADIALSTRASSEN MÜSSEN IN DIESE KNOTEN FÜHREN,

DANN IST KEIN STRASSENRING MEHR NÖTIG, KEINE UNNÖTIGE PARKPLATZSUCHE IN DEN WOHN- GEBIETEN. WEIL ABER DURCH DIESE MASSNAHME MEHR MENSCHEN DAS TRAM BENUTZEN, MUSS MEHR ROLLMATERIAL HER UND DEMZUFOLGE EINE VERBESSERUNG DES NETZES. **ALLE REDEN VOM ÖFFENTLICHEN VERKEHR - WIR REALISIEREN IHN MIT DEM JA ZUM NULLTARIF!** NUR SO WERDEN DIE GEHÖRDEN GEZWUNGEN ZU HAN-

DELN, WEIL DER NULLTARIF FLANKIERENDE MASSNAHMEN ERZWINGT: DIESE MASSNAHMEN BEDEUTEN EINE LEBENSFÄHIGE STADT.

ARENA POSTFACH 659
4001 BASEL
ARBEITSGRUPPE PLANUNG
IMPULS TOTENGÄSSEN
4051 BASEL
AKTIONSGRUPPE FÜR DREI-GLIEDERUNG



62 Flugblatt der «Arena»-Arbeitsgruppe «Planung» und einer Aktionsgruppe «Impuls», undatiert (vermutlich 1972). — Die Arbeitsgruppe präsentierte, flankierend zur kanto-

nalen Gratis-Tram-Initiative, ein Gesamtverkehrskonzept, das den öffentlichen Verkehr fördern und den Automobilverkehr aus der Innenstadt verbannen wollte.

ist aber auch raumgeschichtlich interessant, weil an ihr exemplarisch die oftmals prekäre Situation neuer soziopolitischer Gruppierungen in einer etablierten städtischen Raumordnung gezeigt werden kann. Eine <Arena>-Arbeitsgruppe fragte im September 1969: «Grosse Ratlosigkeit: Wo findet die Basler Jugend eine Unterkunft? Einen Treffpunkt ohne Vorstand und Statuten, ohne Begrenzung von Zeit, Alter und Nation; ohne Fraktions- und Konsumzwang?»¹³⁴

Schauplatz ihrer offiziellen Gründung am 21. November 1968 war, Kurt Fahrner hatte es vorgemacht, eine alte Bürgervilla an der St. Jakobs-Strasse 30. Als der Vermieterin die linke Ausrichtung der Gruppierung zu Ohren kam, musste sie das Feld räumen und fand vorübergehend Unterschlupf in Fahrners Spectro-Machie an der Austrasse. Im September 1969 wurde auch dieser Mietvertrag gekündigt – auch hier mutmasslich wegen der politischen Veranstaltungen.¹³⁵ Diese <nomadische> Existenz teilte die Gruppe mit vielen progressiven Formaten und Initiativen ihrer Zeit. So verlegten sich <Arena> und andere progressive Kräfte im Herbst 1969 darauf, Versammlungen in der Öffentlichkeit abzuhalten, zum Beispiel am 9. Oktober in der Schalterhalle des Bahnhofs SBB. Aus diesem Kontext sind früheste Forderungen nach einem <autonomen Kommunikationszentrum> dokumentiert.¹³⁶

Wo findet die Basler Jugend eine Unterkunft?

Nach weiteren Zwischenstationen am Nadelberg 20 und im Offenen Saal der Kunsthalle in den Jahren 1970 bis 1972 wurde die <Katakombe> zum letzten Stützpunkt der <Arena>. Die kleine Kunstgalerie in einem Keller beim Totentanz wurde betrieben von Pierre Gürtler, 1968 einer der Wegbereiter der <Art Basel>.¹³⁷ Und während die junge Basler Kunstmesse im Begriff war, die Kunstwelt zu erobern, verloren sich die Spuren der <Arena> buchstäblich im Basler Untergrund. Just dort, wo 1977 «ein schwules <Kommunikationszentrum> mit Cafeteria, Informationsraum und Diskothek» entstehen sollte, ein Hotspot des progressiven Basler Nachtlebens, insbesondere auch für die neu aufkommende Punk-Szene.¹³⁸

Die Forderung nach autonomen Räumen:

AJZ Claragraben – AJZ Hochstrasse – AFZ Aktion Frauenzentrum

Die 1942 gegründete Basler Freizeitaktion (BFA) schuf schon früh betreute Angebote zunächst für Jugendliche, die in Jugendorganisationen eingebunden waren. Mit der Eröffnung des Sommercasinos 1962 nahm die BFA eine schweizweite Pionierrolle ein.¹³⁹ Erstmals existierte damit für alle jungen Einwohner:innen der Stadt eine Anlaufstelle, in der programmatisch zu <sinnvollen> Freizeitaktivitäten ange-

leitet werden sollte. Das Angebot an Werkstätten und Kursen mit dem Ziel, «der schulentlassenen, unorganisierten Jugend Gelegenheiten und Weisungen zur Verbringung ihrer Freizeit»¹⁴⁰ zu vermitteln, fand indes eher bescheidenen Anklang. Wesentlich grösser war das Bedürfnis, schlicht einen Treffpunkt zu haben und populäre Musik zu hören. Insbesondere progressiven Jungen war das Sommercasino nicht Freiraum genug: Gegen Ende der 1960er-Jahre fasste die Idee der Autonomie Fuss. Selbstorganisation und Selbstverwaltung sowie die damit einhergehende Ablehnung von Autoritäten führten zu gänzlich neuen Formen jugendlicher Treffpunkte. Es entstanden Orte, an denen Behörden und etablierte zivilgesellschaftliche Akteure (Kirchen, gemeinnützige Organisationen) Kontrollverluste hinnehmen mussten. Orte, an denen der Anspruch jugendlich-progressiver Kräfte auf Teilhabe am städtischen Raum sich forsch manifestierte.

AJZ Claragraben (1972/73) und AJZ Hochstrasse (1981)

«Flugblätter wurden verteilt. Wie ein Lauffeuer ging es durch die Stadt: die <Spectro> öffnet wieder», berichtete die <National-Zeitung> Mitte Januar 1971 über die Neueröffnung der <Spectro-Machie> am Claragraben 123.¹⁴¹ Zwischen Fahrners Künstlerinitiativen an Missions- und Austrasse und dem späteren ersten autonomen Jugendzentrum bestand ein enger Zusammenhang. So vollzog ein Teil der Akteure zum Beispiel aus dem <Arena>-Umfeld den Ortswechsel mit. Vor allem aber übernahm zunächst Hanspeter Schweizer, Mitgründer des Vereins Spectro-Machie, die Leitung am neuen Ort, der Ausstellungen, Konzerte und Gastronomie für ein jugendlich-alternatives Publikum bot. Während Verantwortliche und Gäste die <Spectro-Machie> und das direkt benachbarte makrobiotische Restaurant Mañana als soziale Rückzugsorte beschrieben, galt die Liegenschaft am Claragraben der Öffentlichkeit als Brennpunkt eines «Rauschgiftproblems».¹⁴² Die Behörden wiederum hofften, der Ort könne Mittel zum Zweck sein, um die Drogenszene unter Kontrolle zu halten. Nach einem Konflikt mit der Vermieterin, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG), besetzte die Interessensgemeinschaft AJZ am 1. März 1972 das Erdgeschoss. Die Vollversammlung des ersten Autonomen Jugendzentrums in Basel, an der angeblich rund fünfhundert Personen teilnahmen, forderte in einer Resolution an die GGG und den Basler Regierungsrat «Freiheit und Selbstbestimmungsrecht»: «Wir verlangen [...] ein Jugendzentrum, in dem uns niemand dreinzureden hat und in dem unsere Probleme nicht wie in den bestehenden Jugendlokalen in Profit umgewandelt, sondern gelöst werden. Der Mangel an Freiheit, das Gefühl des Erstickens in dieser bürgerlichen Bürokratie, die

ständige Kontrolle, die der Staat, vertreten durch die Polizei, über uns ausübt, die Ausbeutung am Arbeitsplatz und in der Freizeit kotzt uns an.»¹⁴³

1972 spitzte sich die Lage zu: Es fehlte im AJZ an Organisation, Ansprechpersonen und Gemeinsinn. Insbesondere Drogenhandel und -konsum (Haschisch, LSD, Heroin) führten zu Desintegration und Dysfunktionalität.¹⁴⁴ Die GGG kündigte zum wiederholten Mal und endgültig am 31. März 1973. Im AJZ regte sich kaum noch Widerstand. Ein letztes AJZ-Aktionskomitee-Flugblatt bezeichnete das AJZ als Ort, der nur noch «dem Bedürfnis eines ausgeflippten Flachliegerhauens» entsprochen habe.¹⁴⁵ Für die Jugendlichen war das AJZ Rückzugs- und Zufluchtsort vor öffentlichen Einrichtungen, auch vor Jugendheimen und Gefängnissen. Mit der paradoxen Auswirkung, dass ein Professionalisierungsprozess in der Sozial- und Jugendarbeit einsetzte, von dem sich Behörden und Politik mehr Kontrolle über den «Unruheherd Jugend» und die Probleme rund um den Drogenkonsum erhofften. Dazu gehörte nicht zuletzt, dass es nicht mehr wie im AJZ möglich sein sollte, sich zu Hunderten zu versammeln.¹⁴⁶

Im Rückblick markiert das erste AJZ den Übergang von den (legalen) Nutzungen leerstehender Stadtvillen in den 1950er-/1960er-Jahren zu den Haus- und Arealbesetzungen der 1970er- und 1980er-Jahre. Die Spectro-Machie bildete dabei eine Scharnierstelle. Gruppierungen wie die «Arena» und vor allem das erste AJZ waren ihrerseits wegweisend für die hartnäckigen Forderungen nach Freiräumen in den folgenden Jahrzehnten. Selbstverwaltete Orte, die für den Wunsch nach Gemeinschaftserfahrung und «Wärme» standen,¹⁴⁷ für das Streben nach individueller Selbstverwirklichung und das Erproben neuer Formen des Zusammenlebens. Teil dieser Entwicklung waren militant ausgetragene Wohnraumkonflikte Ende der 1970er-Jahre.¹⁴⁸ Die Streitpunkte Mietpreise, Eigentumsverhältnisse, Abriss von Altbauten und lieblos-zweckrationale Architektur verschmolzen im Alternativmilieu zu einer klassenkämpferischen Stadtentwicklungspolitik.

In diesem Kontext wurde der Kampf um Freiräume mit zunehmend harten Bandagen geführt. Haus- und Arealbesetzungen und (oftmals von Gewalt begleitete) Demonstrationen wurden vor allem ab 1979/80 zu gängigen Praktiken.¹⁴⁹ Die stadtpolitischen Bewegungen der 1980er-Jahre rückten den Stadtraum und die Bedürfnisse der Jugend in den Mittelpunkt. Auf den Ereignisverlauf im Zusammenhang mit dem zweiten AJZ an der Hochstrasse im Frühjahr 1981 wird hier aus Platzgründen nicht detaillierter eingegangen [63].¹⁵⁰ Wie schon das erste oszillierte auch das zweite AJZ zwischen Euphorie und struktureller Krise. Nachdem der Basler Regierungsrat das Experiment AJZ für gescheitert erklärt hatte, räumte die Polizei am 5. Mai 1981 das weitläufige Gebäude. Nach einem Intermezzo in der



63 Das besetzte ehemalige Postgebäude an der Hochstrasse, Blick von der Peter-Merian-Brücke aus, Videostill aus *«Es herrscht wieder Frieden im Land»*, Videogenossenschaft Basel, 1981. — Die sozialen Bewegungen der späten 1970er- und vor allem dann die Wohn- und Frei-

raumbewegungen der 1980er-Jahre nutzten das damals neue Medium Video ebenso intensiv wie experimentell. Die 1979 gegründete Videogenossenschaft Basel hatte ihren ersten Standort im Dachgeschoss der Reithalle auf dem Kasernenareal.

Andlauerklinik am Petersgraben 9/11 kam der Aktivismus für einen autonomen Freiraum in Basel für einige Jahre zum Erliegen.

Die Ereignisse rund um die Hochstrasse hinterliessen in der Stadtgesellschaft allerdings Narben: Vor allem die bürgerliche Presse und Politik zeigte sich schockiert über Drogenkonsum, hygienische Zustände und Gewaltereignisse im AJZ, aber auch über die Gewalt zwischen Polizei und Jugendlichen, die nicht selten in der Innenstadt ausgetragen wurde. Beides wurde nicht der AJZ-Jugend allein angelastet. Auch Polizei, Behörden und Regierung, die auf ganzer Linie überfordert schienen, standen in der Kritik. Diese traf insbesondere den sozialdemokratischen Polizeidirektor Karl Schnyder, auch aus den Reihen seiner eigenen Partei. In der Folge spaltete sich 1982 die linkskonservative Demokratisch-Soziale Partei (DSP) ab, und die SP erlitt bei den Grossratswahlen 1984 einen Verlust von 6,5 Prozent der Stimmen.¹⁵¹ Nach diesen Verwerfungen kehrte etwas Ruhe ein – bis 1986 mit der Alten Stadtgärtnerei das Thema der Freiräume mit Wucht auf die stadtpolitische Agenda zurückkehrte.



64 Polizeiliches Überwachungsfoto der Hausbesetzung an der Hardstrasse 83, 1977. — Der Leiter der Sicherheitsabteilung, Polizeihauptmann Fritz Fassbind, vermerkt in einem Rapport am 14. März 1977: «Das Haus ist ungefähr mit 80 Frauen (es sind vorwiegend Mädchen) besetzt. Sie lassen mich nicht

einmal in den Garten treten (hier kommt kein Mann herein!).» Der feministische Duktus konnte erfolgreich gegen die damals ausschliesslich männlichen Polizeibeamten in Stellung gebracht werden; die ersten Polizistinnen traten in Basel erst mit dem Polizeischuljahrgang 1980/81 in den Dienst ein.

Aktion Frauenzentrum, AFZ (1977)

Auch die «neue» Frauenbewegung, die sich in den langen Achtundsechzigerjahren formierte, suchte eigene Orte.¹⁵² Frauen sahen sich in den sozialen Bewegungen und Parteien der Neuen Linken oftmals von Männern nicht ernst genommen und beklagten patriarchales Denken auch bei linksprogressiven Zeitgenossen.¹⁵³ In der Folge setzten sich Feministinnen organisatorisch, räumlich und auch ideologisch von diesen ab.

1974 eröffnete Annemarie Pfister am Petersgraben 18 einen der ersten Frauenbuchläden Europas. Dieser war zugleich Kontakt- und Koordinationsstelle für feministische Gruppen in Basel. Der Wunsch nach einem eigenen Frauenzentrum, wie es auch andernorts gefordert wurde,¹⁵⁴ war damit jedoch nicht erfüllt.¹⁵⁵ Als sich

abzeichnete, dass das Anliegen in absehbarer Zeit keine Chance auf Realisierung hatte, lancierten junge Feministinnen die ‹Aktion Frauenzentrum› (AFZ) und besetzten am 11./12. März 1977 eine Liegenschaft an der Hardstrasse 83 [64]. Einzelne von ihnen dürften bereits im ersten AJZ am Claragraben aktiv gewesen sein.¹⁵⁶ An der Hardstrasse im Gellert planten sie ein Frauencafé, das als Treffpunkt dienen sollte, «ohne Belästigungen und Zudringlichkeiten, denen wir in allen öffentlichen Restaurationsbetrieben ausgesetzt sind».¹⁵⁷ Zudem sollten ein Kinderspielzimmer, eine feministische Bibliothek, eine Fachstelle für medizinische, rechtliche und soziale Beratung, eine Notschlafstelle sowie Sitzungszimmer eingerichtet werden. Bei Regierung und Behörden stiess die illegale Aktion zunächst auf Ablehnung.¹⁵⁸ Auch Organisationen der ‹alten› wie ‹neuen› Frauenbewegung stellten sich nicht geschlossen hinter die Besetzung.¹⁵⁹ Dennoch zeigen Archivadokumente, dass die Anliegen ernstgenommen wurden, nicht zuletzt dank der Fürsprache durch die Frauenzentrale Basel sowie den Basler Frauenverein am Heuberg. Parallel zu den Vorbereitungen der polizeilichen Räumung am 19. März trafen die Behörden Abklärungen «für ein Frauenzentrum, das die vernünftigen und bisher nirgends richtig wahrgenommenen Aktivitäten ausübt».¹⁶⁰

Ein eigentliches Frauenzentrum, das unterschiedlichste Funktionen auf sich vereinigte, kam letztlich nicht zustande. Doch wurden in der Folge auf die ganze Stadt verteilte Angebote mit sehr verschiedenen Trägerschaften eingerichtet, die auch auf Vorarbeiten der AFZ fussten.¹⁶¹ Am 1. Juni 1981 wurde das Frauenhaus als Schutzraum für misshandelte Frauen eröffnet, finanziert von einer Stiftung und dem Kanton.¹⁶² Bereits ab dem 1. Mai 1979 offerierte die spendenfinanzierte Frauenberatungsstelle INFRA am Lindenberg 23 (Restaurant Hirscheneck) kostenlose Hilfestellungen bei beruflichen, medizinischen und juristischen Fragen.¹⁶³ Als wohl erstes Projekt ging aber 1978 aus der AFZ das Café ‹Frauenzimmer› an der Davidsbodenstrasse 25 hervor.¹⁶⁴ Vermieterin war die von Ruedi Bachmann mitgegründete Wohngenossenschaft CoHabitat. 1983 zog das Café auf das Kasernenareal (Klingentalgraben). Nach der Streichung kantonaler Subventionen im Jahr 1993 hielt es sich bis Anfang des neuen Jahrtausends, zuletzt unter dem Namen ‹effzett›, an wechselnden Orten.

Feministische Raum-Anliegen erwiesen sich im Rückblick als oftmals durchsetzungsfähig und beständig. Die AJZ-Bewegungen schlitterten vom Ideal der Autonomie in Situationen der Anomie, also der Abwesenheit verbindlicher, langfristig angelegter Regeln des Zusammenlebens.¹⁶⁵ Der feministische Aktivismus folgte einer anderen Handlungslogik: Er wollte bürgerlich und patriarchal geprägte Normen und Regeln ändern, den Handlungsspielraum für Frauen ver-

grössern und Frauen vor Belästigung und Gewalt schützen. Dementsprechend hatten dauerhafte und zuverlässige Anlaufstellen Priorität. Hierfür wusste sich die Frauenbewegung in Gesellschaft und Politik wiederholt erfolgreich Gehör und in der Stadt Raum zu verschaffen. Einige der so geschaffenen Orte sind als Institution eine feste Grösse geworden. Gerade das Frauenhaus steht dafür, wie progressive Ideen jener Zeit die Stadt sozial und räumlich nachhaltig verändert haben. Mit seiner Eröffnung war die Stadt nicht länger ein Raum, der von Gewalt betroffene Frauen ins Leere laufen liess.

«Katakombe»: Neue homosexuelle Sichtbarkeit

Wie für die neue Frauenbewegung waren auch für die Homosexuellenbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre Raumfragen zentral, wobei sich der Aktivismus homosexueller Frauen nicht immer eindeutig der einen oder der anderen Bewegung zuordnen lässt. Exemplarisch zeigen wir anhand der «Katakombe» auf, wie sich Bedürfnisse der Szene, eigene Orte und der Stadtraum zueinander verhielten.¹⁶⁶ Im Kontext der Achtundsechzigerbewegung und vor allem im Nachgang zu den Stonewall-Unruhen 1969 in New York City politisierten sich homosexuelle Menschen zunehmend auch in Basel. Eine eigentliche Bewegung nahm Form an, die ihre Forderungen nun explizit in die Öffentlichkeit trug. Dies zeigt sich bereits an der Selbstbezeichnung «schwul» bei homosexuellen Männern, in Abgrenzung zu «homosexuell» oder zur früheren Selbstbezeichnung «homophil». Sich als schwul zu bezeichnen, war ein politischer Positionsbezug. Der neuen, kämpferischen Homosexuellenbewegung fühlte sich vor allem die junge Generation zugehörig.

Diese forderte eine Befreiung der Sexualität sowie Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Voraussetzung hierfür war, gegenüber Familie, beruflichem Umfeld und Öffentlichkeit zur eigenen sexuellen Orientierung zu stehen («Coming out»)¹⁶⁷ «Raus aus den [öffentlichen] Toiletten, rein in die Strassen!», lautete die Parole, einem Film des deutschen Regisseurs Rosa von Praunheim entnommen.¹⁶⁸ Dieser Perspektivenwechsel ist charakteristisch für die Homosexuellenbewegung der 1970er-Jahre. Eine Vorführung des erwähnten Films am 21. Juni 1972 an der Universität Basel war auch der Auslöser für die Gründung der Homosexuellen Arbeitsgruppen Basel (HABS) nach dem Vorbild der Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich (HAZ, Herbst 1971). Die HABS zählte 33 Mitglieder, darunter 4 Frauen;¹⁶⁹ ein Indiz dafür, dass der Aktivismus homosexueller Frauen jener Zeit sich stärker in der feministischen Bewegung und weniger im Umfeld der männlichen Homosexuellenbewegung entfaltete.¹⁷⁰



65 «Katakombe» am Totentanz 17/18, undatiert. —

Das Kellerlokal wurde von 1977 bis 1980 als «schwules Kommunikationszentrum» mit Informationsraum, Cafeteria und Disco betrieben.

Nach drei Jahren wechselnder Lokalitäten konnten die HABS sich 1975 im Volkshaus einmieten und eine Disco betreiben. Allerdings verlangte die staatliche Liegenschaftsverwaltung als Vermieterin genau das, was die HABS nicht mehr wollten: Es dürfe von aussen nicht sichtbar sein, dass hier ein Schwulenlokal einquartiert sei.¹⁷¹ Das Lokal im Volkshaus wurde unter dem Namen «Zabi» («Zabriskie Point») betrieben, 1977 wurde es von der «Katakombe» am Totentanz 17/18 abgelöst, ehemals ein Jazzkeller und eine Galerie [65]. Die «Katakombe» wurde als «schwules

Kommunikationszentrum» betrieben, mit Informationsraum, Cafeteria und Disco. Auch Menschen mit anderer sexueller Orientierung hatten Zugang. Für alle offen zu sein, entsprach der Intention der HABS, homosexuelle Menschen aus der Isolation zu führen und Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinn zu betreiben. Jedoch nahm der Discobetrieb so stark überhand, dass der eigentliche Zweck des Lokals, die politische Arbeit, in den Hintergrund rückte und immer mehr HABS-Mitglieder gegenüber der «Katakombe» skeptisch eingestellt waren.¹⁷²

Nicht zufällig erinnert diese Entwicklung an jene des «Club 33». Was einst als Freiraum für eine Minderheit konzipiert und betrieben wurde, entwickelte sich zum allseits begehrten Treffpunkt, was wiederum zur Folge hatte, dass die eigentliche Zielgruppe sich nicht mehr repräsentiert fühlte. Wenig überraschend also, dass bei den HABS nur eines von zwei Augen weinte, als der Mietvertrag 1980 gekündigt wurde. Bereits 1979 waren die HABS ins neu gegründete und selbstverwaltete Lokal «Hirschenkeck» am Lindenberg 23 gezogen. Bis zur Eröffnung eines neuen homosexuellen Zentrums in Basel sollte es mehr als zehn Jahre dauern. Im Januar 1991 wurde an der Gärtnerstrasse 55 das «SchLeZ» (Schwulen- und Lesben-Zentrum) eröffnet. Dem Trägerverein gehörten nun von Anfang an auch homosexuelle Frauen an. Der Treffpunkt bestand bis Juni 1997.¹⁷³

Wie andere soziale Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre etablierte auch die Homosexuellenbewegung eine eigene Infrastruktur; so eröffnete 1977 Peter Thommen mit «arkados» an der Rheingasse 67 die erste homosexuelle Buchhandlung der Schweiz.¹⁷⁴ Und sie bespielte aktiv den öffentlichen Raum, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dazu gehörte die Beteiligung an 1.-Mai-Umzügen ab 1975 oder die «Gay 80» – der «2. Eidgenössische Schwulentag» – in Anspielung auf die Gartenbauausstellung «Grün 80». Zentrale Forderung der Gay 80 war die Abschaffung des sogenannten «Homo-Registers», einer von der Polizeibehörde geführten Kartei mit Namen von homosexuellen Menschen. Eine Kleine Anfrage betreffend jenes Registers von Ruth Mascarin, Grossrätin der Progressiven Organisationen Basel (POB), wurde im Kantonsblatt vom 18. Juni 1980 von den Basler Behörden dahingehend beantwortet, dass die Register im Auftrag der Polizeidirektion 1979 vernichtet worden seien.¹⁷⁵

Orte der Kooperation – das Kasernenareal als frühe soziokulturelle Umnutzung

Zum Schluss wenden wir uns mit der ehemaligen Militärkaserne sowie der ehemaligen Autogarage Schlotterbeck dem Phänomen grossflächiger Um- und Zwischen-

nutzungen zu, die vor allem ab den 1990er-Jahren in grösserer Zahl in Basel entstanden. Es waren nicht unbedingt ruhige, aber doch friedlichere Schauplätze als die stark konfliktbehafteten Freiräume der 1970er- und 1980er-Jahre, eher geprägt von Aushandlungsprozessen und Kompromissbereitschaft. In erster Linie boten sie Gestaltungsraum für zivilgesellschaftliche Initiativen hinsichtlich Alternativkultur, progressivem Kunstschaffen oder Angebote für Frauen, Ausländer:innen und Quartierbewohner:innen.

Die Transformation der Kaserne zum kulturellen und sozialen Treffpunkt im Herzen Kleinbasels setzte mit dem absehbaren Auszug des Militärs 1966 ein. Bereits 1964 erlaubte Kreiskommandant Albert Wellauer der Bildhauerin Mary Vieira, im Trakt der ehemaligen Klosterkirche ein Atelier einzurichten, was zur Ateliergenossenschaft Klingental sowie zum Ausstellungsraum Klingental führte.¹⁷⁶ Manche der Künstler:innen früherer Initiativen fanden sich hier wieder, darunter Mitglieder der ‹Gruppe 33›, des ‹Kreis 48› sowie der Farnsburggruppe.¹⁷⁷ Der Ort stand insofern in einer Traditionslinie künstlerischer Freiraumsuche.

Obwohl die Quartierbevölkerung früh schon einen Fuss in der Tür hatte – die Kinderkrippe des Bläsisifts 1968, der von Eltern aus dem Quartier gegründete Spiel-Estrich 1974 –, war die Zukunft der Kaserne als Quartier- und Kulturzentrum anfangs ungewiss. Um die Neunutzung des Areals zu klären, schrieb der Regierungsrat 1972 einen Ideenwettbewerb aus. Allerdings wurde keine der Wettbewerbseingaben umgesetzt. Vielmehr kaufte die Regierung 1973 ein für die damalige Zeit unkonventionelles Konzept ein: ‹Ent-stoh-loh›, erarbeitet vom Verein KOMM VIP (Kleinbasler Öffentlichkeitsbereich Menschlicher Mitwirkung, Vereinigung interessierter Personen).¹⁷⁸ 1974 bildete sich aus dieser Initiativgruppe die Interessengemeinschaft Kaserne (IKA), die ab 1975 die ehemaligen Stallungen und weitere Räumlichkeiten mietete. VIP und IKA sind Beispiele dafür, wie Bürgerinitiativen und Alternativmilieu begannen, Einfluss auf Stadtentwicklungsfragen zu nehmen. Die VIP war ein Zusammenschluss von Initiativen aus dem Quartier, die auf dem Areal aktiv waren oder werden wollten. Im achtköpfigen Vorstand arbeiteten unter anderem junge Architekt:innen wie Vreni Christen und Ruedi Bachmann, Vertreterinnen des alternativen Kindergartens Gampiross, Kunstschaffende wie Michele Cordasco, der später die Werkräume Schlotterbeck und Warteck pp mit auf den Weg brachte, oder Peter F. Althaus, der wenige Jahre zuvor als Direktor der Basler Kunsthalle der ‹Arena› Gastrecht gewährt hatte.

Das ‹Ent-stoh-loh›-Konzept bestand im Kern darin, der ‹maximalen Wertschöpfung› einen alternativen Massstab entgegenzuhalten: den der ‹Bewohnbarkeit der Stadt› durch den Erhalt vertrauter historischer Bauten.¹⁷⁹ Insbesondere in

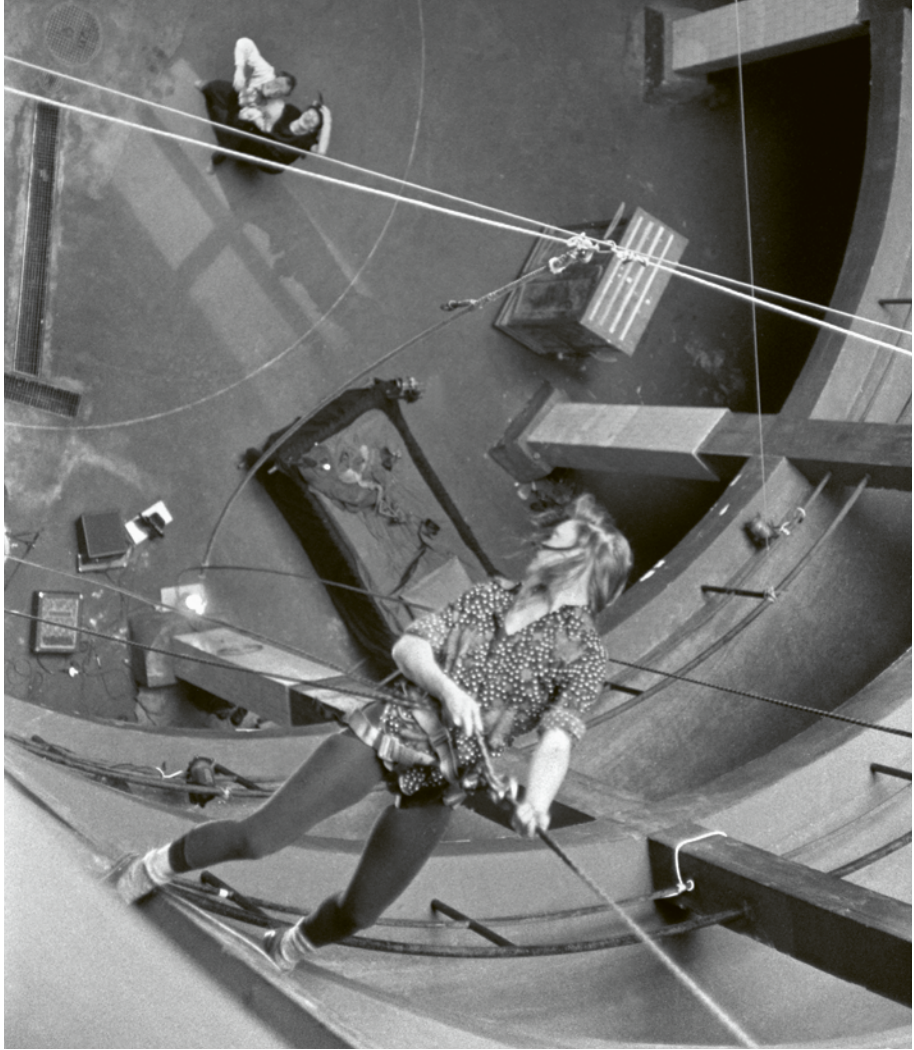
ihrer Anfangsphase war die Kaserne ein alternativkulturelles Zentrum: Kollektive Organisationsformen (Kulturwerkstatt Kaserne, Café Frauenzimmer), linke Gegenöffentlichkeitsmedien (Videogenossenschaft Basel, Quartierfilmgruppe Kleinbasel), gesellschaftliche Minderheiten (Moschee, die ‹ZischBar› der HABS und neue Formen des Kulturschaffens wie das Basler Jugendtheater) fanden hier ihren Platz.¹⁸⁰

Die Hartnäckigkeit und das vergleichsweise geordnete Vorgehen von VIP und IKA, aber auch das jahrelange Verschleppen von Traktanden zum Kasernenareal durch Behörden und Politik halfen bei der Etablierung als urbanes Kulturzentrum.¹⁸¹ Gleichzeitig war die Umnutzung der Kaserne ein frühes Zeichen eines langfristigen und grossflächigen städtischen Veränderungsprozesses: Infrastruktur aus der historischen Epoche der Moderne – Areale der Industrie, der Eisenbahn oder eben des Militärs – wurde zusehends obsolet. Neue Nutzungsformen waren gefragt im Kontext eines starken Bevölkerungsrückgangs, der bis um die Jahrtausendwende anhielt,¹⁸² sowie einer sich akzentuierenden Deindustrialisierung. Der Kanton suchte nach Wegen, die Stadt wieder zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsort zu machen; dazu gehörte spätestens ab den 1990er-Jahren auch eine aktive Kreativszene.

Werkraum Schlotterbeck und weitere Zwischennutzungen mit einer Tendenz zur Professionalisierung

«Was macht Basel anders als Zürich?» Diese Frage stellte der Fernsehmoderator und spätere Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger am 12. November 1993 in der Sendung ‹Arena›, die illegale Besetzungen in den Brennpunkt rückte.¹⁸³ In der Limmatstadt tobte der Kampf um das besetzte Wohlgroth-Areal, in Basel lief gerade die legale Zwischennutzung der ehemaligen Schlotterbeck-Garage friedlich aus. Hatte man in der Rheinstadt ein erfolgreiches Rezept gegen die Besetzungen von stillgelegten Arealen gefunden? Etwas hatte sich tatsächlich verändert: «Sicher schien, dass es diesmal nicht mit Tränengas und Gummischrot abgehen sollte wie zwei Jahre zuvor beim Volkspark, der damals noch die Alte Stadtgärtnerei war und längst zum Kultobjekt, zum gelobten Land der Freiraumsucher avanciert ist.»¹⁸⁴

Diese Zwischenbilanz zur Schlotterbeck-Zwischennutzung zog das ‹Basler Magazin› im Mai 1992. Nach der Schliessung der Schlotterbeck Automobile AG 1989 kaufte die Schweizerische Volksbank das Areal an der Viaduktstrasse im Baurecht mit Plänen für einen neuen Hauptsitz. Vorerst stand da noch die spektakuläre vierstöckige Schlotterbeck-Garage von 1928. Die Bank beschloss, die Räumlichkeiten temporär zu vermieten, um der Gefahr einer Besetzung vorzubeugen



66 Abseilen im Werkraum Schlotterbeck, 1991–1993, undatiert. — Der Werkraum befand sich in der vierten Etage der ehemaligen Autogarage. Zwischen siebzig und achtzig Kunstschaffende und Handwerker:innen waren dort eingemietet.

und einen Teil der Kosten zu decken.¹⁸⁵ Auf das Angebot reagierte eine Gruppe Kulturschaffender aus dem Umfeld der ‹Alten Stadtgärtnerei›. Die Bank war zunächst skeptisch, zumal sie von der Polizei Hinweise bekam, unter den interessierten Kreisen befänden sich vormals fichtierte Personen,¹⁸⁶ doch liess sie sich letztlich auf das Experiment ein. Als Vertrags- und Ansprechpartner wurde am 19. Juni 1990 ein Trägerverein gegründet. Präsident wurde Jakob Tschopp, Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Basel und akribischer Dokumentalist der (Zwischen-)Nut-

zungen in der Schlotterbeck-Garage und auf dem ehemaligen Brauereigelände Warteck.¹⁸⁷ Die ehemaligen ‹Stadtgärtner› Markus Ritter und Ronald Wüthrich übernahmen ebenfalls Funktionen: Ritter, seit 1988 Grossrat für die neugegründete ‹Grüne Alternative Basel›, fungierte als Vizepräsident des Vereins, Wüthrich als Koordinator der Zwischennutzung [66].

Am 22. Oktober 1990 konnte die vierte Etage der Autogarage bezogen werden. Zwischen siebzig und achtzig Kunstschaffende und Handwerker:innen mieteten sich ein. Im Werkraum Schlotterbeck war und wurde vieles möglich, eins aber war untersagt: dort zu wohnen, weil dies als Anfang einer Besetzung betrachtet worden wäre – ein Nachhall aus Zeiten der autonomen Jugendzentren.¹⁸⁸ Eingeläutet wurde mit dem Schlotterbeck und ähnlich gelagerten Zwischennutzungen eine neue Ära der Partnerschaften zwischen Kulturschaffenden und Kreativbranche auf der einen und staatlichen oder privaten Eigentümer:innen und Kulturförderstellen auf der anderen Seite. Es begann die Zeit der Zwischen- und Umnutzung von Arealen und Infrastrukturen der sich deindustrialisierenden Stadt.

Die Aufteilung der Mietkosten im Schlotterbeck widerspiegelt eine unkonventionelle Partnerschaft: Der jährliche Mietpreis wurde ungefähr zur Hälfte von den Untermieter:innen bezahlt, die andere Hälfte von staatlichen und privaten Akteur:innen wie der Kulturpauschale des Kantons Basel-Stadt, der Schweizerischen Volksbank und der Erziehungs- und Kulturdirektion Basel-Landschaft. Dass ihre ehemaligen Weggefährten nun einer Bank Miete zahlten, löste in Teilen der Freiraumbewegung Empörung aus.¹⁸⁹

Der Mietvertrag war bis Ende Juni 1993 befristet. Zahlreiche Mieter:innen zogen danach in andere Zwischennutzungen weiter, zum Beispiel in den heute noch existierenden Werkraum Warteck pp – das pp steht programmatisch für ‹permanentes Provisorium›. Weitere, ähnlich konstituierte Zwischennutzungen waren das Stücki (1988–1995), der Frobenius (1992/93), der Kulturraum Bell (1993–1997/1999), die Kiosk AG (1994–2001) sowie das Unternehmen Epoque (1997/98).¹⁹⁰ Viele Zwischennutzungen der 1990er-Jahre wurden vom Verein b.e.i.r.a.t. initiiert und betreut, der im Umfeld des Schlotterbeck gegründet worden war.¹⁹¹ Vom Werkraum Schlotterbeck gingen – über das Unternehmen Epoque – auch entscheidende Impulse für das Unternehmen Mitte aus, das sich 1998 an der Gerbergasse 30 als alternatives Kaffee- und Kulturhaus installieren konnte. Schlüsselfiguren hier waren unter anderem Daniel Häni und Barbara Buser. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es sich dabei um den ehemaligen Hauptsitz der Schweizerischen Volksbank handelte, die inzwischen von der Credit Suisse (CS) aufgekauft worden war, die inzwischen von der UBS übernommen wurde.

Deindustrialisierung und Kulturalisierung des Stadtraums

Die Strategie des Verhandeln und der Kompromissuche, wie sie die Initiant:innen des Werkraums Schlotterbeck verfolgten, stiess nicht allseits auf Wohlwollen. Militante Kreise setzten weiter auf Besetzungen. So im Falle der ‹Elsi› an der Elsässerstrasse 5–11a, wo von 1997 bis 2004 ein Wohn- und Kulturhäuserprojekt bestand,¹⁹² oder der autonomen Villa Rosenau im Grenzgebiet zu Frankreich, die ab 2004 jahrelang als das ‹letzte besetzte Haus in der Stadt Basel› galt, bis sie von den Behörden nach einem Brand 2013 innerhalb weniger Tage abgerissen wurde.¹⁹³ Doch prägend für den Stadtraum oder die Jugend-, Kultur- oder Stadtentwicklungspolitik waren diese Orte – anders als die beiden AJZ oder die ASG – kaum noch; ihre Ausstrahlungskraft dürfte sich vornehmlich auf eine kleine, allerdings überregional und international gut vernetzte linksautonome Szene beschränkt haben.

Grossflächig wirksam, räumlich wie politisch, wurden vielmehr Zwischen- und Umnutzungen von ehemaligen Eisenbahn-, Gewerbe- und Industriestandorten, unter anderen der Brauerei Warteck im Wettsteinquartier, der Grossmetzgerei Bell im St. Johannquartier, des DB-Güterbahnhofs im Rosentalquartier, des Dreispitz sowie der Industrie- und Hafenareale im Klybeck. Das im Werkraum Schlotterbeck erprobte Zwischennutzungsmodell wurde andernorts adaptiert und professionalisiert. Der Soziologe und Raumplaner Philippe Cabane, ab 1999 Mitinitiant der Zwischennutzung nt/Areal (ca. 2000–2011), charakterisierte das kooperative Modell als ‹Deal› im Sinne von ‹Gewaltfreiheit gegen Kulturraum› [67].¹⁹⁴ Eng damit verbunden war, dass wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere in Form von Gastronomie und Clubkultur, integral mitgedacht wurden.

Die Zwischennutzungen der 2000er- bis 2020er-Jahre waren weder geprägt von der drängenden Suche nach eigenen, geschützten Orten, noch standen sie für politisch unbequeme und emanzipatorische Anliegen. Sie schlossen diese nicht unbedingt aus, aber repräsentierten sie auch nicht. Anderes stand im Vordergrund: Gastronomie, Musik, Trendsportarten sowie günstige Ateliers und Arbeitsräume für Generationen neuer Kreativschaffender. Teils dienten die Zwischennutzungen gar der Bändigung unbequemer Gruppierungen. Im Falle des Wagenplatzes, einer alternativen Wohnkolonie in Bauwagen, die sich 2012 am Klybeckquai niedergelassen hatte, wurde das Konfliktpotenzial zwischen Gruppierungen, die auf Autonomie bedacht waren, und der sich konsolidierenden Zwischennutzungskultur evident. Im Zuge der Etablierung der Klybeckquai-Zwischennutzung 2014 kam es zur polizeilichen Teilräumung des Wagenplatzes. Dieser wurde auf einen Bruchteil



67 nt/Areal auf dem ehemaligen Güterbahnhof der Deutschen Bahn, 2011. — Von 2002 bis 2011 belebte die Zwischennutzung, initiiert vom Verein «k.e.i.m.» («Verein zur Entwicklung urbaner Flächen und Standorte»), den achtzehn

Hektaren grossen ehemaligen Güterbahnhof der Deutschen Bahn. Die Zwischennutzung fand als Modell für grossräumige urbane Entwicklungsareale weit über Basel und die Schweiz hinaus Beachtung.

seiner ursprünglich genutzten Fläche zurückgedrängt. Den Medien zugespielte Unterlagen zeigten, dass die Zwischennutzungsträgerschaft «Shift mode» von staatlicher Seite vertraglich verpflichtet wurde, Besetzungen möglichst zu verhindern.¹⁹⁵ Insofern wurde hier das aus der Freiraumbewegung erwachsene Konzept der Zwischennutzung von der städtischen Verwaltung zum Kontrollinstrument gegenüber einer nach Freiraum strebenden Gruppierung verwendet.

Die Geschichte der Freiräume ist keine einfache Entwicklungsgeschichte, dennoch können historisch drei Phasen unterschieden werden: Bis in die 1960er-Jahre herrschte das Bedürfnis vor, sich mit Gleichgesinnten zusammenschliessen, die dieselben Ziele verfolgten. Club 33 und die Vereinslokale für homosexuelle Männer waren Orte, die wichtig waren als Treffpunkte und Plattformen. Politisch nach aussen wirksam waren sie weniger, sondern dienten primär der Selbstvergewisserung. Ab etwa 1970 ist eine Häufung von konfrontativen Situationen rund um Freiräume zu beobachten, in einem polarisierten Umfeld mit engagierten Sympathisant:innen und dezidierten Gegner:innen. Diese stark politisierte Phase wurde wiederum abgelöst durch das Aufkommen kooperativer Strategien

nach dem Ende der Stadtgärtnerei-Bewegung, flankiert vom Ende des ›Kalten Krieges‹ um 1990 herum.

Das Fazit und der Blick in die Zukunft sind ambivalent. Städtischen genauso wie privaten Akteur:innen wurde ab den 1990er-Jahren viel Kritik zuteil, dass der Freiraum-Gedanke mit der sich etablierenden Um- und Zwischennutzungsökonomie ausverkauft würde. Von Philippe Cabane, Mitinitiator des nt*/areal, gibt es die Beobachtung, dass mit zunehmender Akzeptanz als wirksames Stadtentwicklungsinstrument «sich Zwischennutzungen zu Oberflächen einer ökonomischen Verwertungslogik» entwickelten.¹⁹⁶ In der Tat ist der zeitweise stark systemkritisch aufgeladene Begriff ›Freiraum‹ seit den 2000er-Jahren zum gerne verwendeten Signalwort in Konzeptpapieren und Werbematerialien von Stadt-, Quartier- und Arealentwicklungen mutiert. Ebenfalls dürfte zutreffen, dass Zwischennutzungen sozial- und kulturpolitisch unerwünschte Effekte haben können, etwa steigende Boden-, Liegenschafts- und Mietpreise (Gentrifizierung).

Doch zugleich ist die hier beleuchtete Geschichte im Kontext eines doppelt verzahnten historischen Wandels des städtischen Raums zu betrachten. Zum einen der Deindustrialisierung ab den 1970er-Jahren,¹⁹⁷ zum anderen des Aufkommens von ›Kreativität‹ und ›Innovation‹ als Kernwerte spätmoderner Individualität, aber auch als ökonomische Triebkräfte, an deren Erstarben gerade die Gegenkultur erheblichen Anteil hatte. Der Soziologe Andreas Reckwitz spricht von einer eigentlichen ›Kulturalisierung der Stadt‹.¹⁹⁸ Diese beiden verwobenen Entwicklungen – Deindustrialisierung und Kulturalisierung der Stadt – führen zu einer Situation, in der einerseits der infrastrukturelle Umbruch zu bewältigen war, andererseits eine blühende, aber selten hochprofitable Kreativwirtschaft bezahlbaren Raum benötigte. Die wachsende Bedeutung kreativer Berufe und ihrer Raumbedürfnisse in der postindustriellen Ära wurde auch in Basel registriert. Kurz nach der Räumung der Alten Stadtgärtnerei hatte die interdepartementale Arbeitsgruppe ›Freiräume/Kulturraum-Inventar‹ der Stadt Abklärungen bezüglich Raumbedarf von Jugendlichen und Kulturschaffenden treffen lassen.¹⁹⁹ Und spätestens in den 2010er-Jahren wurde die Kreativindustrie zu einem wirtschaftspolitischen Thema.²⁰⁰ Der Wandel weg von konfrontativen Freiraumpolitiken hin zu Zwischen- und Umnutzungen, die immer auch unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wurden, war insofern keine einseitige Aneignung einer progressiven Idee durch Staat und Wirtschaft. Der dahinterstehende Siegeszug dessen, was Reckwitz den ›ästhetischen Kapitalismus‹ nennt, konnte aber für den ideologischen Bewegungsflügel, dem mehr an grundlegenden sozioökonomischen Veränderungen oder gar an einer Abschaffung des Staates gelegen war, kaum weniger als eine bittere Enttäuschung sein.

Das Klybeck – ein Stadtteil mit toxischer Hypothek

Martin Forter

Die chemische Industrie prägte das Klybeck während 150 Jahren mit ihren zusehends grösseren Fabriken, höheren Kaminen, Bürobauten und Arbeiterhäusern. Heute stehen die Fabriken leer. Was der Region Basel Wohlstand brachte, war eine schmutzige Branche. Schon beim Umbau des von Landwirtschaft und Fischerei geprägten Klybeck zu einer Produktionsstätte der chemischen Industrie spielte deren Sondermüll eine entscheidende Rolle. Das dürfte sich wiederholen, wenn nun anstelle der stillgelegten Industrieareale ein Dienstleistungs- und Wohnquartier entstehen soll. Denn die jahrzehntelange Nutzung durch BASF und Novartis beziehungsweise deren Vorgängerfirmen verschmutzte nicht nur die Böden der Chemiegelände. Chemiemüll lagert auch unter Strassen und Plätzen im Quartier.

Ab 1863 zogen immer mehr Farbstoff-Fabrikanten ins Klybeck,²⁰¹ wo sie den flüssigen und festen Chemieabfall günstig über den Klybeckteich oder direkt im Rhein entsorgen konnten.²⁰² Seine neue Nutzung als Abwasserkanal und die bisherige als Fischgrund prallten aufeinander. Das Chemieabwasser vergiftete teilweise die Fische. Das zeigte eine Studie von 1883 im Auftrag des Bundesrates. Um sie am Ufer zu schonen, empfahl deren Autor, die Rohre für Chemieabwasser bis in die Rheinmitte zu verlängern.²⁰³ 1884 entstand im Klybeck die «Gesellschaft für chemische Industrie in Basel», die Ciba AG.²⁰⁴ Trotz des neuen Fischereigesetzes von 1876 leitete sie ihr Abwasser in den Rhein. 1903 drohten ihr Fischer mit einer Klage. Die Ciba erkaufte sich ihr Stillschweigen mit geheimen Verträgen und entschädigte sie bis zum Tod des letzten Berufsfischers 1951.²⁰⁵ Damit hatte sich dieser Nutzungskonflikt erledigt.

Benzidin und Blasenkrebs

1885 brachte die deutsche Agfa den ersten Benzidinfarbstoff auf den Markt. Er vereinfachte insbesondere das Färben von Baumwolle.²⁰⁶ 1895 beschrieb ein Arzt erstmals gehäuft auftretende Blaseschwülste bei Arbeitern einer Farbenfabrik und sah die Ursache in diesen Farbstoffen. Das wurde zunächst bestritten. Später aber wurde klar: Benzidin und andere aromatische Amine lösen beim Menschen

Blasenkrebs aus.²⁰⁷ Trotzdem entwickelte sich Benzidin zum wichtigen Grundstoff der Farbenchemie.²⁰⁸

Zwischen 1900 und 1971 liess die Ciba im Klybeck geschätzte sechs- bis siebentausend Tonnen Benzidin produzieren,²⁰⁹ bis weit ins 20. Jahrhundert vorwiegend in Handarbeit. Selbst nach dem Duschen hafteten die Farbstoffe oft noch auf der Haut der Chemiarbeiter.²¹⁰ Die alten Farbmühlen am Rhein «stäubten, die Leute wurden krank» und litten teils an Blasenkrebs.²¹¹ Daran erkrankten von 1901 bis 1933 mindestens 77 Arbeiter der Basler chemischen Industrie.²¹² Der Urologe Achilles Müller erinnerte sich 1951: «Es war am Anfang wie eine schwere Epidemie, immer wieder wurden die hoffnungslosen Fälle entdeckt.»²¹³ Erst 1971 verzichtete Ciba-Geigy auf Benzidin.²¹⁴

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überflutete die Wiese das Klybeck mehrmals, trotz neuer Begradigungen und Verbauungen. Deshalb liess die Basler Regierung zwischen 1897 und 1936 die Strassen im neuen Quartier auf Dämmen bauen und das Land dazwischen auffüllen,²¹⁵ auch mit Abfall der Ciba: Drei Viertel davon würden «zum Auffüllen von Land abgeführt», schrieb 1903 der Basler Kantonschemiker.²¹⁶ Der Chemiemüll gelangte in den Unteren Rheinweg, den Uferplatz, den Altrheinweg beim Kinderspielplatz Ackermätteli²¹⁷ und wohl auch in die dortige Ackerstrasse, wo – wie im Unteren Rheinweg – 2021 im Grundwasser Benzidin zum Vorschein kam.²¹⁸ Diese Deponien wurden bis heute nicht systematisch untersucht. Unklar ist auch, ob anderswo im Quartier weiterer Sondermüll liegt. Nachgewiesen ist er teils im Untergrund der Fabrikgelände, etwa auf der ehemaligen Klybeckinsel.²¹⁹

Die giftige Spur bis zur ersten Kläranlage

Seit 1932 bremste das Flusskraftwerk Kembs die Strömung des Rheins. Der meist farbige Chemiemüll floss nun langsamer von Basel weg. Die trockenen Sommer Ende der 1940er-Jahre und die florierende Industrie machten ihn im Rhein umso sichtbarer. Deshalb lagerten die Basler Firmen den festen Chemieabfall fortan in Deponien ab.²²⁰ Flüssige Stoffe aber vermischten sich im Rhein weiterhin mit dem ungereinigten Haushaltsabwasser. Basel-Stadt plante zwar schon 1943 eine Kläranlage,²²¹ aber die Industrie zog nicht mit. Das änderte sich erst 1971, als das nationale Gewässerschutzgesetz von 1955 verschärft wurde. Ab 1982 drohten bei Gewässerverschmutzung Gefängnisstrafen. Jetzt befürworteten auch die Basler Chemie- und Pharmakonzerne den Bau von Kläranlagen. Diese gingen just 1982 in Kleinhüningen in Betrieb.²²²

Die chemische Industrie im Klybeck, 1889–1999

1889



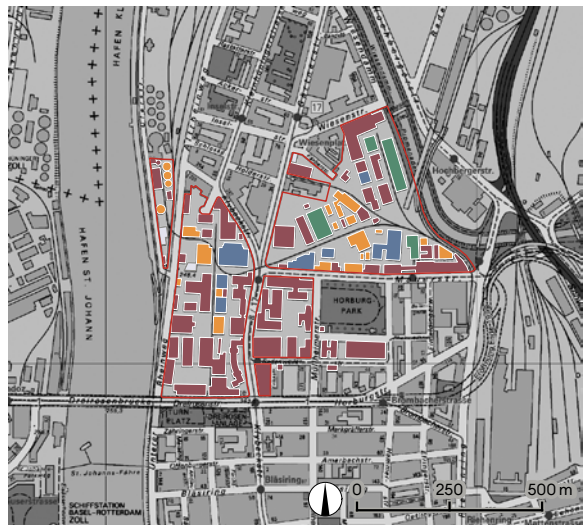
1905



1945



1999



68 Das Produktionsgelände der chemischen Industrie im Basler Stadtteil Klybeck dehnte sich im Lauf von gut hundert Jahren über das ganze Quartier aus.

- Areale
- Farbstoff-/Chemikalien-/TS-Produktionsbetriebe
- Pharma-Produktionsbetriebe
- Chemikalienlager / Umschlagplätze
- Infrastruktur / Büros / Labors
- Weitere Gebäude

Bis dahin ergoss sich das Chemieabwasser nicht nur via alte tönernen Rohre in den Rhein, sondern versickerte teils bereits vorher im Boden. Explosionen und Schwefelwasserstoff-Verpuffungen verursachten gemäss Ciba SC und Novartis häufig «Kanalisationsbrüche». Diese wurden «überhaupt» erst «entdeckt», weil das auslaufende, «saure» Chemieabwasser sich durch «Gesteinsauflösungen» Hohlräume in den Untergrund frass, was zu «Gebäudesenkungen» führte.²²³ 1999 schätzte die Ciba, dass von 1925 bis 1980²²⁴ allein aus den Produktionsbetrieben im «Areal 3» nördlich der Mauerstrasse über 9500 Tonnen Schadstoffe in den Boden gelangt waren.²²⁵ Aus allen Produktionsarealen im Klybeck könnten somit 25 000 bis 35 000 Tonnen Schadstoffe versickert sein, auch Rückstände aus den Benzidin-Fabriken: «Belegte Schäden»²²⁶ gab es etwa am Abwasserrohr von Bau K-99, wo die Ciba Benzidin produzierte, ebenso bei Bau K-90, wo sie zumindest ein Benzidin-pigment herstellte.²²⁷ Auch beim Umschlag, bei der Lagerung von Rohstoffen und Abfällen sowie bei zahlreichen kleineren und grösseren Havarien, Bränden und Explosionen gelangten Chemikalien ins Erdreich:²²⁸ Im Bau K-99 loderten etwa 1907 und 1910 «Grossfeuer» sowie Dachstockbrände. Den Bau K-90 erschütterte 1958 eine Explosion mit Feuer, 1967 brannte es erneut und 1969 folgte eine weitere, schwere Explosion. Mit dem Löschwasser könnten auch Benzidin und andere Stoffe in den Untergrund geflossen sein.

Chemiemüll prägt Stadtentwicklung

Wie stark das Grundwasser unter ihren Arealen im Klybeck verschmutzt war, konnte Ciba-Geigy 1988 mangels Messstellen nicht umfassend beurteilen.²²⁹ Dies schien auch Ende 1996 nicht möglich, als die Novartis AG die Ciba Spezialitätenchemie AG (Ciba SC) verselbstständigte. Im Altlastenvertrag von Anfang 1997 vereinbarten die beiden Firmen, bei einem Landverkauf im Klybeck «dem Käufer möglichst die gesamte *Verantwortung* für alle drohenden oder eingetretenen *Schäden* und *Altlasten* [...] zu überbinden».²³⁰

Auch die Altlastuntersuchungen zu Beginn der 2000er-Jahre brachten keine Klarheit. Boden und Grundwasser wurden mit Billigung des Basler Amts für Umwelt und Energie (AUE) meist nur auf Schadstoffe untersucht, welche die Altlastenverordnung von 1998 explizit aufzählt. Nicht aber auf Chemikalien, welche Novartis, Ciba SC oder ihre Vorgängerfirmen im Klybeck verwendet hatten, wie zum Beispiel Benzidin. Darum kamen praktisch keine sanierungspflichtigen Verschmutzungen zum Vorschein.²³¹

2019 verkauften Novartis und BASF ihre Klybeck-Areale mit den stillgelegten Chemiefabriken.²³² Die Käufer wollen darauf ein Wohnquartier bauen. Wie im Altlastenvertrag von 1997 bei einem Verkauf vorgesehen, übernahmen die neuen Besitzer Swisslife und Rhystadt / Central Real Estate AG die Verantwortung für das Altlastenproblem.²³³ Ob dies ein guter Handel war, lässt ein Blick ins Basler Rosentalquartier bezweifeln. Auch dort will der Kanton auf einem ehemaligen, nur oberflächlich untersuchten²³⁴ Chemieareal der J. R. Geigy AG / Syngenta AG einen neuen Stadtteil bauen. Wie im Klybeck sei hier gemäss dem kantonalen Amt für Umwelt und Energie nur der Boden, nicht aber das Grundwasser verschmutzt.²³⁵ Also ist nur der Aushub zu entsorgen. Um die Baugruben herum aber soll das Gift im Boden bleiben.²³⁶ Für die Behörde unerwartet²³⁷ enthielt das Aushubmaterial jedoch Benzidin «in geringen Mengen».²³⁸ Doch schon kleinste Mengen dieser hochgiftigen Substanz sind problematisch, wie die sanierungspflichtige Sondermülldeponie Gamsenried der Lonza AG bei Brig (VS) zeigt. Dort macht Benzidin nur gerade 153 Kilogramm der circa 4,5 Millionen Tonnen Deponieinhalt aus, aber 52 Prozent seines Toxizitätspotenzials.²³⁹

Produktion in China und Indien

Nach rund 150 Jahren ist die chemische Industrie in Basel Vergangenheit. Die Produktion findet heute in erster Linie in China und Indien statt. Mit dieser Verlagerung habe die Branche neben Arbeitskosten auch zehn bis fünfzehn Prozent Umweltkosten pro Kilo Produkt eingespart, betont Peter Donath, ehemaliger Umweltschutzchef des Basler Ciba-SC-Konzerns. Denn die Firmen legten die im Klybeck und in Europa installierte Umwelttechnik wie Kläranlagen und Abluftreinigungen weitgehend still. Die Branche, so Donath, nehme dafür heute in Asien in Kauf, unter katastrophalen arbeitshygienischen und umwelttechnischen Bedingungen zu produzieren.²⁴⁰

Anmerkungen

- 1 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, Schweizerische Landesplanungskommission, Regionalgruppe Nordwestschweiz (Hg.): Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel 1941, S. 5.
- 2 Ebd.
- 3 Mischke; Siegfried 2016, S. 326. Das Fürstbistum Basel war ab dem Jahr 1004 Besitzer der Waldungen, die bis ins Elsass reichten. Der vorderen Burg Wartenberg gehörte der Hardwald bei Muttenz und Birsfelden. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gingen die letztgenannten Hard-Areale in grossen Teilen in das Eigentum der Stadt Basel über.
- 4 Vgl. Ewald 2005, S.10–13.
- 5 Den Wechsel der Waldweiden in Winter und Sommer schildert für die Prattler Hardwaldgebiete Zeugin 1954, S. 101 f.
- 6 Lexer 1872, Sp.1189, ‹hart, stm›.
- 7 Idiotikon, Bd. 2, 1885, Sp. 1595, ‹Hard l›.
- 8 Rohner 1998, S.108.
- 9 Zu traditionellen Formen der Waldnutzung vgl. Stuber; Bürgi 2011.
- 10 Zeugin 1954, S. 125. Perler 2022. Bericht von Johannes Martin in Manz; Salathé 2020, S. 194.
- 11 Radkau 2018, S. 28.
- 12 Boerlin-Brodbeck 1999, S. 118.
- 13 Sonnlechner 2004, S. 268.
- 14 Ebd.
- 15 Hier und in den folgenden Absätzen: StABS, STA Bf1 A 6-2, Canzley Basel, Mandat vom 21.08.1667.
- 16 StABS, Land und Wald H 13, Verzeichniß derer vom 1er Juli 1819 bis Illème Juni 1820 eingezogenen Wald Strafen im Bezirk Birsseck. Zum Waldstrafenregister vgl. Cronjäger 2025, Kap. 7.
- 17 StABS, Land und Wald K 3. Im Folgenden Einträge aus dem Jahr 1856 zitiert [ohne Seitenangaben].
- 18 Zu diesem Streitfall vgl. Jungmann 1945.
- 19 StABS, Land und Wald K 1, 1816–1834, Hagenbach (Oberförster) an die Wald Commission von Basel, 20.09.1816.
- 20 Vgl. Grammatisch-Kritisches Wörterbuch, 1793–1801, Sp. 572, ‹Observánz›.
- 21 Vgl. Simon 1981.
- 22 Vgl. StABS, Gemeinearchive Bürgergemeinde Basel J III 2, Hardwaldstreit 1834–1839, Protokoll 01.06.1839.
- 23 Manz; Salathé 2020, S. 195.
- 24 StABS, Land und Wald K 1, Hard, 1835–1837, Kreisschreiben an sämtliche eidgenössische Stände vom 27.05.1835.
- 25 Manz; Salathé 2020, S. 195.
- 26 Vgl. Degen, Bernard u. a.: Basel (Kanton), in: Historisches Lexikon der Schweiz 2016.
- 27 Vgl. Zeugin 1954, S. 125. Zu den unterschiedlichen Überlieferungen siehe: Suter 2008. Manz; Salathé 2020, S. 111–116. Rebmann 2023.
- 28 Ein vergleichsweise aktueller politik- sowie sozialgeschichtlicher Blick auf die Kantons-trennung findet sich in Ewald; Marti 2001.
- 29 Manz; Salathé 2020, S. 193 ff., Zitat S. 193.
- 30 Zur schweizerdeutschen Etymologie: Idiotikon, Bd. 1, 1881, Sp. 1595 f., ‹Frävel, Fräven›.
- 31 Marx 1842.
- 32 Merian 1821. Vgl. Paltzer 1912, S. 9.
- 33 Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 7, S. 16 f.
- 34 Vgl. ebd., S. 112.
- 35 Vgl. Forter 2000.
- 36 Vgl. Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 182. Wunderlin, Dominik: Schweizerhalle, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2011.
- 37 Vgl. Birkhäuser; Hauber; Jedelhauser 1987, S. 171.
- 38 StABL, NA 2186 Wald, D 01.00.03, Verwaltung 1873–1945, Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft, 22.03.1927.
- 39 Ebd., Kantonsforstamt Baselland an die Direktion des Innern in Liestal, Brief, 13.09.1927. Siehe ausserdem: StABS, Land und Wald K1, 1846–1954, Bürgergemeinde Basel: Ratschlag betreffend Verkauf einer Waldparzelle bei der Station Muttenz, 02.03.1920 sowie Kaufvertrag Metallurgische Gesellschaft Hardwaldung. Das Departement des Innern des Kantons Basel-Stadt an den Regierungsrat, 22.04.1922.
- 40 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, Birsfelden/Muttenz, Brief der Gemeinde Muttenz bzw. des Präsidenten des Gemeinderates an Herrn Regierungsrat Mosimann, Liestal, 25.02.1941.
- 41 ‹Die Hard darf nicht gerodet werden!›, in: Landschäftler 39 (43), 20.02.1941. ‹Darf die Basler Hard abgeholzt werden? Eine ausserordentliche Gemeindeversammlung in Muttenz›, in: Basellandschaftliche Zeitung 43, 20.02.1941, S. 3 f. StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, 1935–1942.
- 42 Vgl. Lüdi; Zoller 1949.
- 43 StABL, NA 2067, Aviatik C5, Flugplatzprojekt Hard C, Rebsamen, W.: Wald oder Luftverkehr? unveröffentl. Zeitungsartikel, 1936.
- 44 Siehe StABS, Land und Wald K 1, Vereinbarung zwischen der Bürgergemeinde der Stadt Basel und der Einwohnergemeinde Basel, vertreten durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, über die Erhaltung der Hard als Wald und Erholungsstätte für die Stadt Basel sowie über die Durchleitung von Rhein- und die Gewinnung von Trinkwasser, 25.05.1954.
- 45 Diese und weitere Protestaktionen nach der Chemiekatastrophe sind festgehalten im Video von Zwick 1987, zur Mineralwasserverteilkation auf dem Barfüsserplatz: 00:06:43. Für diesen Hinweis danken wir Stefanie Bräuer.
- 46 Forter 2010.
- 47 StABL, NA 2067, Aviatik C5 Flugplatzprojekt Hard C, 1935–1942, S. 5. Schweizerische Landesplanungskommission, Regionalgruppe Nordwestschweiz (Hg.): Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel, 1941, S. 3.
- 48 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag vom 14. Dezember 2016.
- 49 Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK); Bundesamt für Strassen ASTRA (Filiale Zofingen); EBP Schweiz AG: AP Dossier. Nationalstrassen. Strassen Nr. N02. Rheintunnel Basel, Umweltverträglichkeitsbericht 3. Stufe, Anhänge A7–A16, 29.09.2023, S. 4.
- 50 ‹Nein zum Rheintunnel›, <https://neinzumrheintunnel.ch/>, abgerufen am 25.04.2024.
- 51 StABS, Kirchen D 2, Sigristen an Rat, 11.10.1872.
- 52 Dohrn-van Rossum 1992.
- 53 Corbin 1995. Arnold; Goodson 2012.
- 54 StABS, Kirchen D 2, Bann St. Theodor an Kirchen- und Schulcollegium, 8.10.1856 (Unterstreichung im Original).
- 55 StABS, Kirchen D 2, Kirchen- und Schulcollegium an den städtischen Rat, 17.10.1856. Fallet-Scheurer 1916.
- 56 Fallet-Scheurer 1916.
- 57 Bauer 1981, S. 34–35. Sarasin 1997, S. 9–77.
- 58 StABS, Kirchen D 2, Sigristen an Rat, 11.10.1872.
- 59 StABS, Kirchen D 2, Gutachten Kirchen und Schulgutscommission, 25.10.1872.
- 60 Stockmeyer 1873, S. 25.
- 61 BN, 07.03.1874.
- 62 Schweizerischer Volksfreund, 06./15.11.1883. StABS, Kirchen D 2, Petition Grütliverein Kleinbasel, März 1884.
- 63 StABS, Kirchen D 2, Bericht Innendepartement, 19.11.1906.
- 64 StABS, Kirchen D 2, Kantonaler Landwirtschaftlicher Verein an Innendepartement, 21.09.1906.
- 65 StABS, Kirchen D 2, Kirchenvorstand St. Leonhard an Justizdepartement, 29.11.1906.
- 66 Grosser Rat BS, Petition P429 betreffend ‹Glocken Nachtruhe – für einen ruhigen Schlaf in Basel›, Kommissionsbeschluss 14.06.2021, <https://groserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaeft/200110689>, abgerufen am 28.08.2024.

- 67 Basler Nachrichten (BN), Nr. 250, 22.10.1858.
- 68 Schweizer Grenzpost und Tagblatt der Stadt Basel, Nr. 261, 03.11.1877. Schweizer Volksfreund und Anzeigenblatt der Stadt Basel, Nr. 284, 01.12.1885. StABS, Protokolle Regierungsrat, 07.03.1888.
- 69 BN, Nr. 256, 29.10.1860.
- 70 StABS, Straf und Polizei F 10, Gesuch der Theaterkommission vom 22.09.1880.
- 71 Vergleichbare Auseinandersetzungen im gleichen Zeitraum stehen im Zentrum jüngerer Studien über andere Städte des deutschsprachigen Raums. Für Zürich vgl. Kohler 2008, für Bern vgl. Veraguth 2015, für Berlin vgl. Hildbrand 2023.
- 72 Schweizer Grenzpost und Tagblatt der Stadt Basel, Nr. 265, 08.11.1877.
- 73 Roskamm 2017, S. 293 f.
- 74 Schweizer Volksfreund und Anzeigenblatt der Stadt Basel, Nr. 259 vom 01.11.1885.
- 75 BN, Nr. 250, 22.10.1858.
- 76 1850: 27°170; 1860: 37°9'15; 1880: 60°5'50; 1900: 109°161.
- 77 Tanzer 1992.
- 78 Vgl. Keller; Schibli 2020.
- 79 Vgl. Sarasin 2000, S. 349–354.
- 80 Vgl. Sarasin 1997.
- 81 Schläpfer 1992, S. 32.
- 82 Brönnimann 1973, S. 8.
- 83 Aeberhard 2020, S. 144.
- 84 Vgl. Gojan 1998, S. 87–96.
- 85 Vgl. Vinken 2010, S. 30 f.
- 86 Sarasin 1997, S. 247.
- 87 Brönnimann 1973, S. 10.
- 88 Kreis 1995, S. 214.
- 89 StABS, Protokolle Kleiner Rat, 15.12.1860.
- 90 Vgl. Groys 1992.
- 91 Vgl. Koslowski 2019.
- 92 Eine Geschichte der Kulturpolitik und Kulturförderung in der Schweiz ist noch zu schreiben. Auch für Basel liegen nur einzelne Forschungsergebnisse für einzelne Kulturbereiche vor. Vgl. etwa Koslowski 1998. Boerlin-Brodbeck 2000. Häner 2017.
- 93 Vgl. Meier-Kern 1993.
- 94 StABS, DI-REG 1c 17-3-4 (4), 4/ 1984–1991, Selbstdarstellung der Interessengemeinschaft alte Stadtgärtnerei Basel, undatiert [vermutlich 1987].
- 95 Zentral für die linke Kritik in den 1970er- und 1980er-Jahren an der modernen Stadt vgl. u. a.: Lefebvre 1968, 1970.
- 96 StABS, DI-REG 1c 17-3-4 (2), 1966–1977/2.
- 97 Zur Einführung siehe Reichardt 2014. Reichardt; Siegfried 2010. Weitere im Textabschnitt verwendete Literatur: Kraushaar 2001. Klimke; Scharloth 2007. Siegfried 2008. Wielgohs 2008. Skenderovic; Späti 2012. Zutavern 2015. Rudin 2019.
- 98 Koechlin, Michael (Prod.): Die Alte Stadtgärtnerei, Südwestfunk 1988.
- 99 Anders 2010, dort insbesondere S. 475–477.
- 100 Kokula; Böhmer 1991, S. 180.
- 101 Trüeb; Miescher 1988, S. 19–23.
- 102 StABS, PD-REG 1a 1950–1904.
- 103 Steinle 2023, S. 108.
- 104 StABS, PD-REG 1a 1950–1904, Brief von Ernst Feist an Carl Ludwig, Vorsteher des Polizeidepartementes, 19.08.1933.
- 105 Ebd., Statuten des Schweizerischen Freundschafts-Verbandes, Centralleitung Zürich, (s. a.), S. 1.
- 106 Ebd., Aktennotiz der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom 19.12.1934. Zur engmaschigen Überwachung der Homosexuellen in Basel vgl. auch StABS, PD-REG 8a 1 (1) 4 und StABS, PD-REG 1a 1950-1905. StABS, PD-REG 1a 1950-1905.
- 107 Vock, Anna (Hg.): Schweizerisches Freundschafts-Banner, Zürich 2 (13), 1934, Titelseite.
- 108 StABS, PA 925a B 4-2-II 4, Arbeitsausschuss der Künstlervereinigung, Sitzung vom 30.06.1937.
- 109 Kunstsammler Alfred Bader, zitiert in: Bitterli 1999, S. 75.
- 110 Bitterli 1990, S. 29–30.
- 111 Bitterli 1999, S. 64–77. Zudem Christ 1983, S. 31–41.
- 112 Rosebrock 2022, S. 139–144.
- 113 Rotzler 1983, S. 145.
- 114 StABS, PA 925a B 4-2-II, Statuten des Club 33.
- 115 Höfliger-Griesser 1983, S. 64.
- 116 StABS, PA 925a B 4-2-II 4, Arbeitsausschuss der Künstlervereinigung, Sitzung vom 30.06.1937.
- 117 Ebd., Protokoll der Generalversammlung des Clubs 33 vom 25.03.1942.
- 118 Höfliger-Griesser 1983, S. 64.
- 119 «Klagemauer» meint die Stützmauer vor dem Historischen Museum Basel mit Blick auf den Barfi, die 1979 durch eine Freitreppe ersetzt wurde. Debatte, Prozess und Konsequenzen der Kunstaktion sind detailliert beschrieben in: Schubarth 1983.
- 120 StABS, JD-REG 1c 12-0-4.
- 121 N. N. (Reg.): Kurt Fahrner – Shinto Bérénice, Basel 1965.
- 122 B. A. S. [Bernhard A. Scherz], in: NZ, 24.05.1965.
- 123 Meier 1998, S. 23.
- 124 Flugblatt «Die Spectro-Machie», 30.04.1969, zitiert nach: Meier 1998, S. 23.
- 125 Frank, in: Arbeiterzeitung, 05.05.1969.
- 126 Meier 1998, S. 23. Vgl. auch Privatarchiv Fahrner, Vereinsinterne Abmachung in der Spectro-Machie, 26.04.1969 und Archiv GGG, Notiz über das heutige Gespräch im Drop-in, 09. 11.1971.
- 127 Kreis 2000, S. 286–293.
- 128 Piñeiro; Winzeler 2017, besonders S. 52–70. Weitere im Abschnitt verwendete Literatur: Weichler 1987, S. 297–309. Rudin 2019, S. 294–297.
- 129 Zahlreiche Beispiele sind zu finden im Hand- und Adressbuch «Freii Sicht uff Basel»: Helmy; Wüthrich 1982.
- 130 Zur Achtundsechzigerbewegung in Basel vgl. Stibler 2018. Zur «Arena»: Lachenmeier 2002.
- 131 Interview mit Ruedi Bachmann in: «Eigennutz gegen Allgemeininteresse», Antenne, SRF, 30.05.1972.
- 132 Lachenmeier 2002, S. 40.
- 133 Einen Überblick über die kritischen Schriften von Lucius Burckhardt zur Basler Stadtplanung bieten: Ritter; Schmitz 2022.
- 134 Informationsschreiben einer «Arena»-Arbeitsgruppe vom 24.09.1969, zitiert nach: Lachenmeier 2002, S. 20.
- 135 Lachenmeier 2002, S. 20–21.
- 136 «Konferenzsaal-Gespräch», in: BN, 10.10.1969, zit. nach Straumann 2000, S. 21.
- 137 Interview mit Pierre Gürtler, 17.07.2007.
- 138 Zitat: Trüeb; Miescher 1988, S. 115. Krebs 2009, S. 45.
- 139 Zur Geschichte des Sommercasinos vgl. Platz 2014.
- 140 JuAR Basel 2017, S. 5.
- 141 -minu [Hans-Peter Hamel], in: NZ, 18.01.1971. Im Abschnitt verwendete Literatur: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 58–59.
- 142 «Die Sackgasse – Das Drogenproblem in der Schweiz», Dossier Gegenwart, SRF, 01.12.1972.
- 143 Resolution der AJZ-Vollversammlung vom 04.03.1972, zitiert nach: Haefelfinger; Strub 1974, S. 131.
- 144 Piñeiro; Winzeler 2017, S. 67.
- 145 Flugblatt zur Schliessung des AJZ, zitiert nach: Haefelfinger; Strub 1974, S. 134, Hervorhebung im Original.
- 146 Dazu auch: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 68–70. Zudem: Baumeister 2019.
- 147 Zur Wärme- und Kältemetaphorik im Alternativmilieu siehe: Reichardt 2014, S. 186–203.
- 148 Zeitgenössisch dazu: Stadler; Bohren; Steiner u. a. 1980. Neuer: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 70–91.
- 149 Zur neuen Qualität der Demonstration nach 1968: Skenderovic; Späti 2012, S. 114–116.
- 150 Ausführlich dazu: Piñeiro; Winzeler 2017, S. 103–143. Siehe auch Manz; Gaçon: «Es herrscht wieder Frieden im Land», Basel 1981.
- 151 StatJB 1984, S. 175.
- 152 Zur Problematik der Unterscheidung von «alter» und «neuer» Frauenbewegung vgl. Schulz; Schmitter; Kiani 2014, S. 9–10.

- 153 Ebd., S. 29.
- 154 Zum Frauenzentrum in Genf: ebd., S. 78.
- 155 «Alle für ein Frauenzentrum», in: Sonderheft Frauenmagazin Emanzipation 1, Oktober 1976.
- 156 StABS, PA 994 B 1, Unterdossier «AFZ Aktionsgruppe Frauenzentrum BS»: Flugblatt «Rote Zora», undatiert [1975–1978].
- 157 StABS, PA 791b E 7, Dossier «Organisation»: «Konzept der Aktion Frauenzentrum (AFZ)», 1978.
- 158 StABS, PD-REG 1c 5 (1) 56, Aktennotiz Leiter Sicherheitsabteilung, Pol. Hptm. Fassbind, vom 14.03.1977.
- 159 Ebd., Flugblatt von «Frauen kämpfen mit» (Basel) und «Femmes en lutte» (Lausanne), undatiert [Februar/März 1977], sowie Presse-Communiqué der Frauenzentrale Basel, 22.03.1977.
- 160 Ebd., Schreiben von Regierungsrat Lukas Burckhardt an Sozialpädagogischer Dienst der Basler Schulen vom 18.03.1977.
- 161 Ebd., Schreiben von Susanne Jenny, Frauenzentrale Basel, an Regierungspräsident Arnold Schneider, 25.02.1978.
- 162 Helmy; Wüthrich 1984, S. 30.
- 163 «Neue Frauenberatungsstelle in Basel», in: Emanzipation 2, 1979, S. 15.
- 164 StABS, PA 994 B 1, Unterdossier «AFZ Aktionsgruppe Frauenzentrum BS»: Protokoll der Vollversammlung der Aktion Frauenzentrum, 30.08.1977.
- 165 Dazu ausführlich: Piñero; Winzeler 2017, S. 125–129.
- 166 Einen detaillierten Überblick über die Gay-Treffpunkte und -Aktivitäten in Basel gibt: Huber 2019a.
- 167 Trüeb; Miescher 1988, S. 106 ff.
- 168 Schlusssatz im Film von Rosa von Praunheim: «Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt», Freunde der Kinemathek, Deutschland, 1971.
- 169 Berner; Schubert; Tschamper 2012, S. 9.
- 170 Huber 2019b, S. 4.
- 171 Ebd., S. 111.
- 172 Ebd., S. 111–118. Siehe auch Berner; Schubert; Tschamper 2012, S. 11.
- 173 Huber 2019b, S. 38.
- 174 Trüeb; Miescher 1988, S. 126.
- 175 Kantonsblatt 183.1 (47), 18.06.1980.
- 176 Kouril 2019, S. 5.
- 177 Gasser 1984, S. 202–208.
- 178 StABS, PA 1110a J 4 (1), Konzeptdossier «ENT-STOH-LOH», 1973.
- 179 Ebd., S. 7 ff.
- 180 Im Abschnitt verwendete Literatur: Küchler; Rettenmund 2005, S. 4 f., 12 und 25–28. Berger; Bind; Zutavern 2010, S. 95–139. «50 Jahre habs» 2022. Ausserdem: Berger; Quartierfilmgruppe Kleinbasel: «Im Juni 1977 wurde den Mietern am unteren Rheinweg 44, 46, 48 und an der Florastrasse 36, 38, 40, 42, 44 die Wohnung gekündigt» und «Mir Bsetze – Die Geschichte eines Kampfes». Tréfas 2022, S. 123–131.
- 181 Schneider-Sliwa 2003, S. 34.
- 182 «Mit Gewalt oder Geschenken gegen illegale Besetzer?», SRF, «Arena», 12.11.1993.
- 183 Janett; Platz, in: Basler Magazin, 02.05.1992.
- 184 Heinz Huber zitiert in: Häni; Ritter; Silber u. a. 1993, S. 17.
- 185 Ebd., S. 157.
- 186 StABS, PA 1125, Dokumentation Jakob Tschopp-Janssen (1937–2013) zur Werkraumbewegung Basel.
- 187 Walter, in: TagesWoche, 05.10.2015.
- 188 WoZ, 01.02.1991, zitiert nach: Häni; Ritter; Silber u. a. 1993, S. 156.
- 189 Bürgin; Cabane 1999, S. 12 ff.
- 190 Ebd.
- 191 Shuler, Benjamin, in: WoZ, 05.08.2004.
- 192 Jirát, Jan, in: WoZ, 21.02.2013.
- 193 Cabane 2014, S. 21. EspaceSuisse, <https://www.densipedia.ch/zwischenutzung-nt-areal-basel-aktiv,abgerufen.am.11.07.2024>.
- 194 Zur Entwicklung, Einordnung und Bewertung des nt/Areals siehe auch Berger 2011.
- 195 Rosch, in: bz, 25.03.2015.
- 196 Cabane 2014, S. 23.
- 197 Kreis 2000, S. 293.
- 198 Reckwitz 2012, S. 269–312.
- 199 Rossé; Meury 1989.
- 200 Rossel 2010.
- 201 Ciba SC; Novartis 2000, S. 6.
- 202 Bürgin 1958, S. 90.
- 203 Nienhaus-Meinau 1883.
- 204 Ciba SC; Novartis 2000, S. 6.
- 205 Forter 2000, S. 39–43.
- 206 Grossmann 1950, S. 10.
- 207 Koller; Pletscher 2018. Forter 2023, S. 15.
- 208 Fierz-David; Blangey 1943, S. 120.
- 209 Forter 2023, S. 28–31.
- 210 Novartis Live Magazin 2023.
- 211 Hugger 1984, S. 63.
- 212 Schaad 2003, S. 262–267, Anh. 5–6.
- 213 Müller, zit. nach: Schaad 2003, S. 195.
- 214 ETAD 1997, S. 25.
- 215 Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (AUE BS) 2023.
- 216 StABS, Fischerei B 9, Hans Kreis, Kantonschemiker des Kantons Basel-Stadt: Abschrift des Gutachtens an das Eidgenössische Oberforstinspektorat betr. Verunreinigung des Rheinwassers durch chem. Fabriken, Basel, 1903.
- 217 Ciba-Geigy; CSD 1988.
- 218 AUE BS, undatiert.
- 219 StABS, Bauacten U1, Basel-Stadt, der Kantonsingenieur an den Vorsteher des Bau-
- departements: Bericht, 25.05.1916. Forter 2019, S. 54, 68–70 und Karte 1.
- 220 Forter 2000, S. 161–260. Forter 2010, Karte 8.
- 221 StABS, BD-Reg 1 A 604–5, Schreiben des Kantonsingenieurs an den Vorsteher des Baudepartements des Kantons Basel-Stadt betr. Abwasserreinigungsanlagen für Basel-Stadt, 17.05.1943.
- 222 Forter 2000, S. 74–152.
- 223 Ciba SC; Novartis 2000, Beilage 4, S. 1.
- 224 Wo im Klybeck welche Abwasserröhren undicht waren, vgl. Ciba-Geigy 1982.
- 225 Ciba SC 1999, S. 2.
- 226 Ciba SC; Novartis 2000, Beilage 4, S. 1 und Beilage 5, S. 1.
- 227 Forter 2023, S. 27, 32 und 35.
- 228 Ebd., S. 37–39.
- 229 Ciba-Geigy 1988, S. 2.
- 230 Hervorhebungen im Original, Novartis; Ciba SC 1996, S. 13.
- 231 Forter 2019, S. 54 und 63.
- 232 «Pharmakonzern Novartis verkauft seinen Teil des Klybeckareals», in: SRF 2019. «Auch BASF trennt sich vom Klybeck-Areal», in: bz Basel, 03.07.2019.
- 233 «Ein neues Basel entsteht», in: Handelszeitung, 04.06.2020.
- 234 Forter 2023, S. 63–74.
- 235 Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie, 2009.
- 236 Geotechnisches Institut 2020, S. 17.
- 237 Basel-Stadt, Regierungsrat, Regierungsratsbeschluss vom 02.05.2023, S. 2.
- 238 Basel-Stadt, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), Medienmitteilung vom 24.11.2023.
- 239 Lonza; Arcadis 2021, S. 71–72.
- 240 Interview des Autors mit Peter Donath, 27.10.2011. Watson, 01.11.2016.



Räume in Bewegung

Ikonische Bauten wie das Basler Münster suggerieren ungebrochene Kontinuität. Dass die Zeit nicht stillsteht, daran erinnert der Fluss. Die Kraft des Wassers und seine Dynamik fordern die stabile Ordnung von Räumen und Rechten heraus, werden aber zugleich auch gebändigt und als Energiequelle genutzt. Der Wandel städtischer Räume findet stellenweise kaum bemerkt und sehr langsam statt, manchmal kommt er abrupt und unübersehbar, mit einer Überschwemmung, einem Abriss oder neuen Wohnvierteln. Menschen, Tiere und Dinge kommen und gehen, durchqueren die Stadt, wirbeln Staub auf, hinterlassen Spuren, trampeln neue Pfade, lassen sich nieder und prägen den Stadtraum. Stadtplanung registriert zwar Veränderung, antizipiert sie, lenkt sie in geordnete Bahnen. Und doch bleibt städtisches Leben immer unberechenbar, bleiben städtische Räume in unkontrollierbarer, produktiver Bewegung.

Im Fluss: Rhein, Lachs und Stadtfischerei am Dreiländereck, 1640–1798

Barbara Orland

Der Rhein teilt Basel in einen rechten und einen linken, einen grossen und einen kleinen Stadtteil. Geografisch markiert die Stadt den Punkt, an dem der Hochrhein (ab Stein am Rhein) zum Oberrhein (bis Bingen) wird. Politisch bildet der Rhein die Grenze zu Deutschland und Frankreich [69]. Der Rhein und seine Zuflüsse Ergolz, Birs, Birsig und Wiese sind bis heute Adern der Stadt, wenngleich das Wasser seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter den Bedingungen von Wasserversorgung, Kanalisation, Flusskorrektur systematisch aus dem städtischen Raum zurückgedrängt wurde. Die grosstechnischen Eingriffe in das Ökosystem des Rheins haben auch den Lebensraum zum Beispiel für den Lachs dramatisch verändert, wenn nicht gar vollständig zerstört.¹

«Im Fluss»: der Titel ist doppeldeutig zu verstehen. Er adressiert zum einen den Rhein als konkreten Schauplatz der Stadtgeschichte, ist aber auch metaphorisch gemeint. Flüsse und Fische sind ständig in Bewegung, sie haben ihre eigenen Zeiten und Rhythmen. Vor allem verbinden sie Räume, die oft weit auseinander liegen und auf den ersten Blick nichts mit Basel zu tun haben. Immer wieder mussten rheinauf- und -abwärts Verabredungen getroffen werden. So sind seit den 1840er-Jahren wiederholt Verträge zwischen den Anrainerstaaten Schweiz, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden abgeschlossen worden, um die Wanderfische zu schützen, ohne nennenswerten Erfolg.² Der Fluss und die Fische sind folglich Akteure, welche die Geschicke der Basler Bevölkerung beeinflusst haben. Speziell der Lachs war eine geschätzte Speise, für die selbst ein lokales Rezept – Lachs à la Bâloise – geschaffen wurde.³ Dass es hingegen ein Verbot gab, Basler Dienstboten mehr als dreimal wöchentlich Lachs zu servieren, ist eine unausrottbare Basler Legende, die sich kaum durch die Geschichte des städtischen Fischfangs belegen lässt.⁴ Die folgenden Überlegungen nähern sich dem städtischen Raum daher aus einer dreifachen Perspektive von Wasser, Mensch und Tier. Zusammengenommen sollen diese erklären, wie der Rhein und seine tierischen Bewohner den städtischen Raum geprägt haben.



69 Der Oberrhein am Dreiländereck, 1828. — Ausschnitt aus der ‚Topographischen-Carte des Rheinstromes und seiner beiderseitigen Ufer von Hünigen bis Lauterburg oder längs der französisch-badischen Gränze; [...] gezeichnet im Bureau der Grossherzoglich Badischen

Rheingränz-Berichtigungs-Commission». Die aus achtzehn Blättern bestehende Karte wurde in den 1820er-Jahren im Zuge der Planungen zur Rheinkorrektur angefertigt (ausgewählte Wasserläufe und politische Grenzen nachträglich koloriert).

Der «Rheinschungel» am Dreiländereck

Am 23. November 1640, mitten im Dreissigjährigen Krieg, erwarb die Stadt Basel vom Markgrafen Friedrich V. von Baden-Durlach das Dorf Kleinhünigen für 3500 Reichstaler.⁵ Die Ausdehnung des rechtsrheinischen Stadtgebiets nach Norden brachte die Mündung der Wiese und damit eines der fischreichsten Rheinufer der Region in den Besitz der Stadt. Schon in den Jahrhunderten zuvor hatte Basel Landgüter und Fischweiden besessen, die bis weit in das zu Vorderösterreich gehörende elsässische Gebiet hineinreichten.⁶ Auch auf der linken Rheinseite, in Grosshünigen, besass Basel wertvolle Fischweiden. Österreich hatte Grosshünin-



70 (Blick vom Isteiner Klotz rheinaufwärts gegen Basel), Ölgemälde von Peter Birmann, um 1819. —
Die Darstellung gibt eine Ahnung von den vielen Nebenarmen des Rheins in der direkten Umgebung der Stadt.

gen ab 1516 Basel als Lehen überlassen, forderte es 1623 jedoch zurück und musste es dann im Westfälischen Frieden 1648 an Frankreich abtreten.⁷ Damit wurde aus Grosshüningen das französische Huningue. Kleinhüningen hingegen wurde zur zweiten Obervogtei Basels auf der rechten Rheinseite – neben Riehen, ebenfalls an der Wiese gelegen und seit 1522 im Besitz der Stadt Basel.⁸

Wie die meisten Dörfer des umkämpften Gebietes hatte Kleinhüningen im Dreissigjährigen Krieg sehr gelitten. Doch es ging den Basler Stadtoberen weniger um die kleine, armselige Ansiedlung als vielmehr um die seit Jahrhunderten intensiv genutzte Flusslandschaft von Rhein und Wiesemündung. Heutige Reisende, die sich per Zug aus Deutschland kommend der Stadt Basel nähern, nehmen die kanalisierte und zwischen Strassen, Autobahnauffahrten und Hafenbecken in den

Rhein geleitete Wiese kaum wahr. Das Rheinufer bei Kleinhüningen ist vollständig vom Hafen dominiert. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts führte die Anfahrt auf Basel mit dem Zug durch einen «Rheindschungel», ein «von Busch und Baum, über Tümpel, Gerinsel, Bäche und kleine Wege durchhüpftes Gelände».⁹ Für die Schifffahrt stellte der Rheinabschnitt zwischen Basel und Strassburg ebenfalls bis in die 1920er-Jahre eine Herausforderung dar. Hier zeigte der Rhein länger als anderswo, dass er ein ungezügelter Fluss mit vielen Seitenarmen gewesen war, der Inseln, Sandbänke, Auen baute und wieder verschwinden liess [70]. Die Wiese – sie hat ihre Quelle am Feldberg – war ähnlich verzweigt. Zusammen bildeten sie eine hochdynamische Flusslandschaft, die nicht nur zu den ertragreichsten Fischgründen am Oberrhein zählte, sondern über viele Jahrhunderte auch für weitere Gewerbe von hohem wirtschaftlichem Wert war.¹⁰

Bereits im Mittelalter hatten die hier herrschenden naturräumlichen Verhältnisse neben der Fischerei und Landwirtschaft auch andere städtische Gewerbe (Mühlenbetreiber, Gerber, Holzflösser, Wäscherinnen) angelockt. Künstlich angelegte Teiche und Kanäle zeugen davon, dass das vormoderne Basel nicht an den Stadttoren endete. Kleinhüningen, so meinte der Basler Lokalhistoriker Daniel Bruckner, sei hauptsächlich wegen der Fischerei besiedelt worden. Direkt an der Mündung der Wiese in den Rhein befand sich eine kleine Anhöhe, entstanden aus Sedimentablagerungen, die der Fluss mit sich trägt. Dieses Schwemmland sei wie geschaffen für den Bau von Fischerhütten gewesen, da die Anhöhe nah genug zum Wasser lag und doch gleichzeitig einen Schutz vor wechselnden Wasserständen bot.¹¹

Bestimmte Fischarten hatten ebenfalls guten Grund, das Mündungsgebiet von Wiese und Rhein aufzusuchen. Sie reagierten auf die hier vorherrschenden Strömungsverhältnisse und Wasserqualitäten. Im Rhein fanden sich sowohl im Fluss selbst als auch in den Mündungsbereichen oder in Neben- und Altarmen sehr verschiedene Bedingungen, die entsprechend unterschiedliche Fische anzogen. Standfische wie das Rotauge oder Brachsen meiden starke Strömungen, während Wanderfische wie Lachse, Forellen oder Aale, die grosse Distanzen überwinden, oft in Mündungsbereichen zu finden sind. Für Kleinhüningen und die Wiesemündung war zentral, dass die Strömung ab Strassburg rheinaufwärts nach Basel und Richtung Bodensee deutlich stärker war als im Abschnitt zwischen Karlsruhe und Strassburg. Der Rhein hatte hier eine sogenannte Furkation entwickelt, das heisst einen «netzartig getheilten Lauf», der eine Fläche von ein bis zwei Kilometern Breite bedeckte, an einigen Stellen und während Hochwassern sogar mehr.¹² Ausserdem wies dieser Abschnitt ein starkes Gefälle und damit erhöhte Strömung auf.

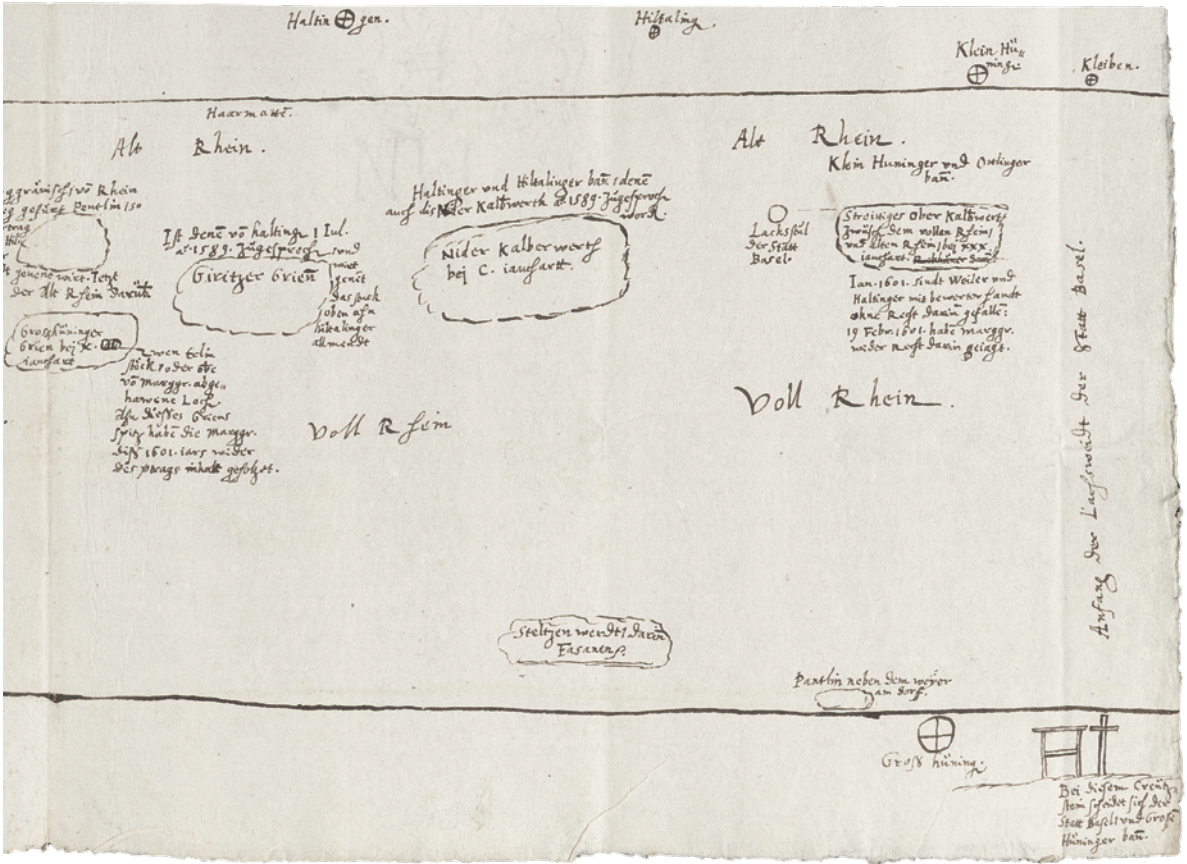
Am stärksten war sie im Bereich der grösseren Wassertiefen, im sogenannten Stromstrich; nur Richtung Ufer, in den flachen Seitenarmen und in der Wiese nahm die Strömung deutlich ab.

Die Wiesemündung als Ruhe- und Laichplatz für Wanderfische

Die unterschiedlichen Strömungsverhältnisse unterhalb von Basel boten auch deswegen hervorragende Aufenthaltsbereiche für Fische, weil für diese neben der Wasserqualität die von der geografischen Lage geprägte Landschaftsformation zählt. Die variantenreiche Strömung am Rheinknie, ergänzt noch durch von Grundwasser gespeiste Gewässer im Uferbereich, hatte zur Ausbildung einer «amphibischen Landschaft» mit «weiden- und pappelreichen Auegehölzen an den Flussarmen und Altwasserläufen»¹³ geführt, zu der zwei grössere Inseln, auch Werth genannt, sowie Kleinstinseln, Kiesbänke und periodisch trockenfallende Auenwiesen gehörten. Eine Handzeichnung aus dem frühen 17. Jahrhundert, vermutlich im Zusammenhang mit Konflikten entstanden, zeigt Nutzungsformen dieser Inseln, die von der Kälbermast als Allmende bis hin zur privaten Rebhuhn-jagd reichten [71].¹⁴

Alle Wanderer (Lachs, Aal, Maifisch oder Stör) schätzten den «Dschungel» an Rhein und Wiese, weil sie hier im schnellen, turbulenten Strom des Rheins ruhige Orte fanden, die sich zum Pausieren eigneten. Wanderfische haben keine Probleme mit grossen Flüssen und schnell fliessendem Wasser, allerdings sind ihre weiten Reisen kräftezehrend. Erst für das Ende des 19. Jahrhunderts, als Flusskorrekturen und Industrie die Wanderungen zunehmend erschwerten, existieren Berechnungen, denen zufolge die Mehrzahl der Lachse von Holland bis Basel 55 bis 60 Tage benötigte.¹⁵ Auf dieser Reise hörte der Lachs auf zu fressen, musste also gerade vor Stromschnellen, Wasserfällen und anderen Hindernissen Pausen einlegen. «Wenn er ruhen will, so sucht er gewöhnlich einen grossen Stein auf, gegen den er sich mit dem Schwanze, mit dem Kopfe aber gegen den Strohm stellet»,¹⁶ fasste der Arzt und Naturforscher Marcus Elieser Bloch 1785 die Beobachtungen der Fischer zusammen. Und weiter: Der Lachs geht «gern in solche Wasser, deren Ufer dicht mit Bäumen besetzt ist, weil er den Schatten und kaltes Wasser liebt».¹⁷

Bis 1880 wurden im Hoch- und Oberrhein und seinen Zuflüssen 47 Fischarten gesichtet, von denen allerdings nur wenige häufig vorkamen, während andere (wie der Stör) selten waren.¹⁸ Diese jüngeren Berechnungen entsprechen in etwa den 45 Fischarten, die der Strassburger Fischer Leonhard Baldner knapp drei Jahrhunderte früher, im Jahr 1666, beschrieben hat.¹⁹ Dabei tauchen einige Namen



71 Handzeichnung der kleinen Rheininseln zwischen Kleinhünigen auf der rechten und Grosshünigen (ab 1648 Huningue) auf der linken Rheinseite, frühes 17. Jahrhundert. — Die Zeichnung ist vermutlich zum Nachweis von Besitzverhältnissen entstanden. Die Namen der insgesamt zwölf Inselchen deuten auf

landwirtschaftliche Nutzung hin, etwa zur Viehweide (Ober- und Nieder-Kälberwerth) oder zur Fasanenhaltung (Stelzenwerth). Die Insel Streitwerth lag an der Banngrenze und hat ihren Namen wahrscheinlich wegen dauernder Streite erhalten.

immer wieder auf. Ausser dem Lachs wurden im Rhein, so eine Zusammenfassung aus dem Jahr 1796, «Aeschen, Aale, Barben, Forellen, Grundeln, Groppen, Hechte, Krebse, Karpfen, Karutzen, Nasen, Neunaugen, Schleye, Störe, Weissfische, ausser mehrern andern, gefangen».²⁰ In der Wiese konnte man laut Bruckner alle Fische finden, die auch oberhalb von Basel gefangen wurden, allerdings seien Forellen und Aeschen aus der Wiese «sehr viel besser alsjenige, welche in dem Rhein und der Birs sich aufhalten».²¹ Vor allem aber sei die Wiese Basels wichtigster Standort für den Lachs- und Salmenfang.



72 «Der Lachs», Kupferstich von Jacques-Antony Chovin, um 1750. — Chovin fertigte den Stich auf Basis einer getuschten Vorlage von Emanuel Büchel an, die dieser wiederum für Daniel Bruckners «Beschreibung historischer und natürlicher Merkwürdigkeiten der Landschaft Basel» gezeichnet hatte.

An den seichten Ufern der Seitenarme konnten die Eigenheiten des Lachses gut studiert werden. Bereits in der Frühen Neuzeit bestand unter Fischern kein Zweifel darüber, dass es sich bei Lachs und Salm um verschiedene Lebensalter ein und desselben Fisches handelt [72]. Der Salm war der Fisch, der stromaufwärts kam, der Lachs derjenige, der sich nach der Laichperiode wieder Richtung Meer aufmachte. Leonhard Baldner bemerkte 1666, dass die Salmen im «Hornung» (Februar) anfangen den Rhein hinaufzuschwimmen und im «Pfungstmonat» (Mai/Juni) wieder herunterkommen und dann Lachs genannt werden.²² In Basel galt der Satz: «Salmen wird er genannt, so lang der Tag zunimmt, Lachs, so bald der Tag abnimmt.»²³ Wenn im Mai bis Juli die grössten Wanderscharen rheinaufwärts kamen, sprach man vom Salmenfang; das Abfischen des Nachwuchses in der Wiesemündung hiess Sälmlingsfang, und nach der Laichzeit fand der Lachsfang statt.

Mit den verschiedenen Namen und Fangzeiten waren kulinarische Urteile und damit der Preis verbunden. Baldner meinte, dass das rötliche Fleisch den Salmen zum «Herrenfisch» mache; sein Fleisch werde vom März bis zum «Brach-

monat» (Oktober) immer besser. In diesen Monaten werde er auch am meisten gefangen. Danach, insbesondere nach dem Katharinentag (25. November), dem Beginn der Laichzeit, fange man neben diesen fetten, rotfleischigen Tieren immer mehr weisslich-trübe, abgemagerte und wenig schmackhafte Laichlachse, die schleunigst ins Meer zurückkommen wollen. Auf dem Fischmarkt war die Unterscheidung zwischen Salm und Lachs von grosser Bedeutung; die Fische wurden nach ihrer Qualität und verschiedenen Altersklassen bewertet und preislich ausgezeichnet.²⁴

Fischer wussten, dass nicht nur die Nahrung oder das «süsse Wasser», sondern die Fortpflanzung und damit die Laichplätze das Antriebsmotiv für die Wanderungen war. In den flachen Sand- und Kiesbänken am Ufer beobachteten sie, wie die grossen Weibchen mit ihren Schwanzflossen Gruben freilegten, in denen sie anschliessend ihren Rogen ablegten, den die Männchen mit ihrer Milch bespritzten.²⁵ Es dauerte mitunter Wochen, bis die Weibchen alle Eier abgelegt hatten. In dieser Zeit wurden sie von rivalisierenden Männchen umschwärmt, worauf die Fischer ihre Fangtechniken abstimmten. Auch liess sich an den Laichplätzen gut beobachten, dass die Laichbrut im «Winter- und Christmonat» heranwache, aber erst im «März» lebendig werde, das heisst schlüpfte, wie Baldner berichtet. Als «Sälmlinge» verbrachten sie anschliessend bis zu zwei Jahre in ihrem Heimatgewässer, benötigten ausreichend Nahrung (Insekten, Würmer etc.) und kühles Wasser ohne zu viel Strömung. Der «Rheinschungel» bot diese guten Bedingungen, und diejenigen, die hier zur Welt gekommen waren, strebten wieder hierher zurück.²⁶ Die Laichplätze waren folglich besondere Orte. Kleinhüninger drückten ihre Wertschätzung dadurch aus, dass sie den Laichplätzen Namen gaben: Hinterm Joch, Bläsiring, Felse, Insle, Spore, Esel waren einige, die sich bis ins 20. Jahrhundert erhalten haben.²⁷

Rechte und Konflikte am Rheinufer

So günstig die naturräumlichen Verhältnisse im «Rheinschungel» sein mochten, sie wurden vom Menschen empfindlich gestört. Abgesehen von den fortwährenden kriegerischen Auseinandersetzungen der europäischen Grossmächte an der Grenze zu Basel sorgte die ökonomische Bedeutung der Fischerei zwischen 1648 und dem frühen 19. Jahrhundert für dauernde Konflikte am Dreiländereck. Grund dafür war die dynamische Beschaffenheit des Rheins und seiner Nebenflüsse. Die Nutzung eines Flusses dieser Grösse liess sich nicht in verbindliches Rechtsgut übertragen. Nach römischem Recht waren schiffbare Flüsse öffentliches Gemein-

gut. Deshalb konnte am Rhein nur der Zugang zum Flussufer mithilfe von Fischereirechten reguliert werden. Auf diese Weise wurde verhindert, dass jedermann überall und jederzeit fischte.²⁸

Seit dem frühen Mittelalter hatte sich die Rheinfischerei zu einem komplex geregelten Gewerbe mit zahllosen Grenzziehungen und Zugangsregelungen entwickelt.²⁹ Die Rheinufer waren im Besitz lokaler Obrigkeiten, die ihr herrschaftliches Privileg mittels Lehenfischern bewirtschafteten oder als sogenannte Fischweiden (auch ‹Fischnenzen› genannt) an die lokalen Fischerzünfte oder Private verpachteten.³⁰ Die zünftische Ordnung war daher von grosser Bedeutung und die Obrigkeiten auf die technischen Fertigkeiten der Fischer angewiesen. Auf Basis des von der Stadt behaupteten Rheinrechts erhielten diese wie die Schifferleute ein Fahrrecht auf einem bestimmten Abschnitt des Rheins verliehen, das seit dem Mittelalter weitgehend unverändert blieb.³¹ Auch die Kleinhüninger Fischer erhielten dieses Recht, nachdem mit dem Kauf alle markgräflichen Fischereirechte an die Stadt Basel übergegangen waren und von einem Obervogt verwaltet wurden. Die aus der Leibeigenschaft des Badener Markgrafen entlassenen Kleinhüninger Fischer wurden den Berufskollegen der Stadt insofern gleichgestellt, als sie nun innerhalb des Stadtbanns und dem von Basel behaupteten Rheinrecht fischen durften.³² Im Gegenzug verlangte die Basler Zunft zu Fischern, dass ihre Zunftgenossen den Fischfang bis in die Wiese ausweiten durften, womit die Kleinhüninger ganz und gar nicht einverstanden waren.³³

Streitigkeiten dieser Art waren nicht neu und bis dato als Konflikte zwischen benachbarten Herrschaften ausgetragen worden. Nachdem Kleinhüningen nun Basel gehörte, ging der Streit auf das innerstädtische Gewerbe über und vergiftete das Verhältnis der Berufsfischer untereinander. Denn als Einwohner einer Landvogtei wurden die Kleinhüninger keineswegs automatisch zu Mitgliedern der Stadtbasler Fischerzunft. Die Basler Fischer waren seit 1354 mit den Schifflenten in der Zunft zu Fischern und Schifflenten zusammengeschlossen.³⁴ Diese Zunft umfasste aber weder die Gross- noch die Kleinhüninger Fischer; sie galten auf dem Rhein ebenso als unzünftige Fischer wie alle anderen in Kleinbasel und der St. Johannis-Vorstadt lebenden Berufskollegen. Als unzünftig war ihnen die sogenannte Grossfischerei (Lachs und Salmen) im Basler Stadtbann verboten. Die Kleinfischerei erlaubte nur den Fang von Hechten, Forellen, Barben, Aalen, Aeschen, Brachsen und vor allem Nasen (in der Birs). In den ersten zwei Jahrhunderten nach der Gründung der Zunft zu Fischern und Schifflenten wurde diese Regelung noch dadurch verschärft, dass nur den Zunftfischern der direkte Fischhandel auf dem Basler Markt erlaubt war.³⁵ Erst die Fischereiordnung der Stadt Basel von 1506



73 Die Mündung der Wiese in den Rhein mit Blick auf das französische Huningue, undatierter Kupferstich.

gewährte auch unzünftigen Fischern diesen Zugang, ab 1589 durften diese auch eigene Fischbänke auf dem Fischmarkt betreiben.³⁶

Um ihre Lage zu verbessern, hatten sich 1459 die unzünftigen Fischer der St. Johans-Vorstadt an der Gründung einer Gesellschaft von unzünftigen Handwerkern mit dem Namen Hümpelergesellschaft beteiligt, aus der 1517 die ‹Vorstadtgesellschaft zur Mägd› hervorging. Um die selten ausreichende Versorgung der Stadt mit Fisch zu gewährleisten, gab der Basler Rat den Mitgliedern dieser Korporation ebenfalls das Recht, ihr Fanggebiet rheinabwärts über Hüningen, Märkt, Istein und Kleinkems bis nach Rheinweiler und oberhalb der Stadt bis nach Augst auszudehnen.³⁷ Die Konkurrenz vergrößerte sich weiter, als sich drei Jahrzehnte später auf dem oberhalb Basels liegenden Rheinabschnitt die sogenannte Rheingenossenschaft gründete, in der sich die Fischer von Säcking, Mumpf,

Wallbach, Ober-Wallbach, Schwörstadt, Riedmatt, Karsau, Rheinfeld, Warmbach, Kaiseraugst und Grenzach zusammenschlossen.³⁸

Die Hierarchie unter den Basler Fischern macht verständlich, warum die Kleinhüninger Fischer als Mitglieder der Vorstadtgesellschaft zur Mägd die Zunftkollegen aus der Stadt nicht gerne an der Wiese antrafen [73]. In Reaktion versuchten die Basler den Kleinhüninger Fischern den Lachsfang oberhalb der Mittleren Brücke streitig zu machen. Wie ein Memorial der Vorstadtgesellschaft zur Mägd aus dem Jahr 1789 dokumentiert, hielten diese Streitereien trotz städtischer Schlichtungsversuche über ein Jahrhundert lang an.³⁹

Der grenzüberschreitende Lachsfangstreit

Fischereirechte sind Territorialrechte, die oft quer zur Strömung verliefen. Auf dem Land konnte man einen Bannstein setzen und die Übertretung der damit markierten Grenze ahnden. Auf dem Fluss konnten nur annäherungsweise Grenzen gezogen werden, und Ufermarkierungen waren fragil. Dies zeigen nicht nur Berichte über die Verschwemmung von Bannsteinen aufgrund wechselnder Pegelstände,⁴⁰ das belegt vor allem der legendäre Lachsfangstreit zwischen Frankreich und Basel 1736/37, der zu einer Staatsaffäre wurde.⁴¹ Ihren Anfang nahm die Affäre 1648, als Grosshüningen (Huningue) in französischen Besitz überging. Seither hatten sich die nachbarschaftlichen Beziehungen zunehmend verschlechtert, und die Situation verschärfte sich, als Ludwig XIV. 1679 seinen berühmten Baumeister Vauban beauftragte, an der Grenze zu Basel eine grosse Festung zu errichten [74].⁴²

Mit dem schnellen Anwachsen der Festungsgräben und der im Inneren liegenden Zitadelle verschwand das Fischerdorf Huningue zugunsten einer Garnisonsstadt, die vollständig auf die Versorgung des Militärs ausgerichtet war. Ab 1681 begannen die Bauarbeiten in Richtung Schusterinsel und rechtsrheinische Seite. Zum Abschluss wurde 1684 das Dorf abgerissen und die Bevölkerung auf eine rheinabwärts liegende Insel umgesiedelt, der man den Namen Bourg neuf d'Aoust gab, ab 1704 nur noch Village-Neuf. Die Bauarbeiten führten zu einer deutlichen Einschränkung für die nunmehr französischen Fischer. Noch während der Fertigstellung der Zitadelle kam es 1682 erstmals zu einem heftigen Streit, in dessen Folge eine aus Basler und Hüninger Gesandten zusammengesetzte Kommission sich vor Ort ein Bild machte.⁴³ Die Schweizer Fischer klagten ihre französischen Kollegen an, sie hätten ihre Netze jenseits der Grenze in der Kleinhüninger Fischweide ausgeworfen. Zwar gaben die Hüninger Fischer zu, dass «dazumahlen» die



74 «Lage von Klein Hüningen», Zeichnung von Emanuel Büchel, 1749. — Gegenüber der Festung von Vauban, mit Brücke und Brückenkopf, liegen Kleinhüningen und die Mündung der Wiese in den Rhein. Basel ist im Hintergrund dargestellt.

Kleinhüninger «den sogenannten Wolff [ein Netz, Anm. der Autorin] in dem Rhein bey auslauff der Wiesen gantz allein gezogen» haben. Jedoch habe sich zwischenzeitlich der Lauf des Rheins so stark geändert, dass «das Ufer des Rheins gegen Klein Hüningen nunmehr gänzlich auf französischen Seiten» verlaufe.⁴⁴ Die Kleinhüninger konterten, dass eine solche Argumentation auf «immerwährende Streitigkeiten» hinauslaufen würde, da der Rhein schliesslich ständig seinen Lauf und die Uferlandschaft verändere.

Das Ereignis verweist auf eine neue Qualität von Konflikten. Zum ersten Mal wird ein Streit um den Fischfang als unrechtmässige Überschreitung einer nationalen Grenze geahndet. Zwar gab es auch vorher den Vorwurf, dass ein Stadt-

oder Gemeindebann verletzt wurde und dass Fischer in verbotenen Zonen unterwegs waren. Doch dabei handelte es sich um die Verletzung eines Mikrokosmos, der dem Wohl des Fisches und dem Wohlstand aller diene. So wiesen der Bürgermeister und Rat der Stadt Basel in der Fischerei-Ordnung von 1647 zum wiederholten Mal auf Fehlverhalten an den Fischweiden hin und erinnerten die Fischer daran, dass ihnen die Fischereirechte «dem gemeinen Gut zu Nutz» verliehen worden waren.⁴⁵ Die Umwelt, bestehend aus Flussbett, Strömung, Fischverhalten und Vegetation, war so variabel und empfindlich, dass die meisten Vorschriften darauf abzielten, den Fischen freien Lauf zu lassen, die Brut für die Zukunft zu schonen und die Fischerkollegen nicht bei der Arbeit zu behindern. Fischerordnungen behandelten also einen Ausgleich verschiedener Interessenlagen. Der Lachsfangstreit hingegen drehte sich um eine ausschliesslich politisch motivierte Raumordnung. Erstmals wurde eine nationale Grenze mobilisiert, um den Zugang zu Wasser und Fischen auszuhandeln.

Im Westfälischen Frieden war der Rhein als Kartengrenze zwischen Frankreich, Baden und dem Kanton Basel bestimmt worden. In der Realität zeigte der Konflikt der Fischer, dass der Verlauf der Grenze quer über den Rhein prekär war. Wenig überraschend war 1682 eine für alle Seiten befriedigende Einigung nicht möglich und die Streitereien flammten in den darauffolgenden Jahren immer wieder auf, bis sie schliesslich 1736 eskalierten.⁴⁶ Auf der Schusterinsel, die je hälftig zur Schweiz und zu Frankreich gehörte, kam es zu einer Prügelei zwischen den Fischern beider Seiten, angeblich unter Beteiligung des Obervogts von Kleinhüningen, mithin eines Basler Beamten. Obwohl der Rat der Stadt alles abstritt und zu beschwichtigen suchte, sperrten die französischen Behörden wichtige Verkehrsverbindungen vom Elsass nach Basel. Es folgten monatelange Verhandlungen, die erst zu einem guten Ende kamen, als der Basler Diplomat Lukas Schaub nach Paris reiste und den Premierminister Ludwigs XIV. von der Rechtmässigkeit der Basler Fischereiordnung überzeugen konnte.

Basel und Kleinhüningen blieben im Besitz der Lachswaide an der Wiesemündung. Nur die Fischweide auf der Schusterinsel ging 1810 verloren, als Napoleon I. von Basel die Abtretung seiner Inselhälfte verlangte, um dort die Brückenschanze zu erneuern.

Ressourcenmanagement und Fangtechniken

Im Zuge der Verhandlungen zum Lachsfangstreit fanden im August und September 1737 zwei Konferenzen von französischen und schweizerischen Deputierten in

Kleinhüningen und Colmar statt.⁴⁷ In ihrem Protokoll behandelten die Beteiligten hauptsächlich die Frage, wo genau die Grenze zwischen Klein- und Grosshüningen (Huningue) in den verschiedenen Phasen der Besitzstände verlaufen war. Dazu musste geklärt werden, was genau eine Fisch- oder Lachsweide war. Als die Deputierten das umstrittene Gebiet abschritten, fanden sie nämlich auf beiden Uferseiten alte Grenzsteine vor, die sowohl die Wappen von Basel als auch des Markgrafen von Baden-Durlach trugen. Ausserdem stellte man fest, dass seit einem Gerichtsurteil von 1459 der Bann zwischen Klein- und Grosshüningen der besseren Sichtbarkeit wegen durch Bäume markiert worden war. Fischweide, so mussten die Verhandler erfahren, war ein mehrdeutiger Begriff, der sowohl auf eine Rechtsinstitution (Lehen, Pacht, Verkauf) wie auf einen konkreten Naturraum, also einen greifbaren realen Abschnitt im Fluss, abzielte. Als Rechtsobjekt betrachtet waren Fischweiden «kleinere oder grössere, vorwiegend längs der Ufer sich erstreckende Rheinbezirke, deren Eigentümer die ausschliessliche Inanspruchnahme zusteht».⁴⁸ Eigentümer und Nutzer (‹Beständer›) waren in der Regel nicht identisch, beide lebten nicht am Ort der Fischweide. Diese wurde wie jedes Stück Land nach dem Ertrag gehandelt. Sie musste nicht innerhalb des Stadt- oder Gemeindebanns liegen und ihr Gebrauch konnte, wie im Fall der Lachsweide, zeitlich begrenzt erteilt werden, zum Beispiel nur für die Lachsfangaison.

Für die ertragreiche Nutzung eines konkreten Flussabschnittes war aber noch viel mehr notwendig. Hier trafen Fisch und Fischer aufeinander; für beide waren Ufer und Fluss, Land und Wasser eine untrennbare Einheit. Fischerei beruhte auf Landschaftsgestaltung, denn Fischer richteten nach Möglichkeit den Ort des Fischfangs ebenso her wie die Gerätschaften für den Fang. Krünitz' *«Oeconomische Encyclopädie»* erklärt, die Fischweide sei «ein in Fließ- oder stehenden Wassern dergestalt zugerichteter Ort, daß die Fische dahin ihre Zuflucht nehmen, und nachher daselbst in Menge gefangen werden können».⁴⁹ Fischweiden wurden gesäubert, von Gestrüpp freigehalten, gewässert oder getrocknet, je nachdem, was notwendig war, um den Fisch anzulocken und zufriedenzustellen. Es wurden Dämme gebaut und Kanäle gegraben, um die Bewegungen des Fisches einzuschränken, so wie es die Bauern mit dem Vieh auf der Weide machten. Etymologisch handelt es sich bei Weide einerseits um den Ort, wo das Tier sein Futter sucht oder laicht, andererseits um den Ort, wo der Mensch auf die Jagd oder den Fischfang geht.⁵⁰

In frühen Fischweide-Urkunden wurde klar zwischen Grundbesitz und Weide unterschieden, «jener ist das Ufer, diese das Wasser zum Fischfang oder der Fang selbst, daher die Fischer Waidleute und ihre Kähne Waidling oder Waidnacher genannt wurden».⁵¹ Es ging sehr direkt um den Fluss und das Wasser, um Kennt-

nisse der Verhältnisse an und unter der Wasseroberfläche und um die Bewegungen und Gewohnheiten der Fische. Die Erträge der Fischweiden waren ihrem Zustand entsprechend schwankend, was sich im Pachtzins niederschlug. Viele archivierte Akten zeugen davon, dass die Fischer versuchten, bei schlechteren Bedingungen Zinsabschläge zu erwirken.⁵²

Auf der Konferenz 1737 brachten die Vertreter Basels ein Argument vor, das auf diese Unterschiede zwischen Recht und Praxis anspielte.⁵³ Sie wiesen darauf hin, dass es an der Wiesemündung zwei verschiedene Arten des Fischfanges gab: der eine spielte sich auf festen Fischgründen mit rechtmässigen Besitzern ab, der andere betraf die Fischzüge, die zu bestimmten Zeiten an den beiden Dörfern im Rheinstrom vorbeizogen. Letztere wurden beidseits erwartet und durften auch von beiden Seiten im Rhein gefangen werden. Deshalb standen die Grenzbäume nicht direkt an der Wiesemündung, sondern auf den vorgelagerten Flussinseln. Sie betrafen ausschliesslich diesen *«jets de filet»*, einen Surplus-Fang, der nicht die Rechte und Verbote tangierte, die durch die Stadt- und Gemeindebanne geregelt wurden. Dass es um zwei verschiedene Arten der Fischerei ging, bestätigte auch eine Abmachung zwischen dem Markgrafen von Baden und der Stadt Basel von 1422, die Basel 1534 bekräftigte. Darin wurde klar gesagt, dass die Stadtbasler Fischer zwischen Allerheiligen und St. Andreas (1.–30. November) zum Lachsfang im Rhein in die Nähe der Wiesemündung kommen, nicht aber in die Wiese vordringen dürften.

**Im Frühjahr sucht
der Lachs
das süsse Wasser auf**

Die politische Dimension des Grenzstreits von 1736/37 zwischen Frankreich und Basel überdeckt, dass bis dato die Fischerei-Ordnungen eine Form von Ressourcenmanagement darstellten.⁵⁴ In Basel wies die Fischerei starke saisonale Unterschiede auf, die sowohl vom Fisch als auch vom Wasser vorgegeben wurden. Ortswahl und Fangmethoden hatten sich auf die wechselnden Verhältnisse einzustellen, Fischfang begann oft mit der Beobachtung des Wetters. In Bezug auf den Lachs lautete die Erfahrung: «Wenn gegen das Frühjahr das Eis an den Küsten zu schmelzen anfängt», sucht der Lachs «das süsse Wasser auf [...] Er gehet gewöhnlich im Frühjahr mit den Fluthen und dem Winde, welchen die Fischer den Lachswind nennen, in die Ströhme.»⁵⁵ Ab Februar oder März lauschten die Fischer auch auf die Geräusche des Wassers: «Der Lachs hält sich beim Schwimmen mitten im Strohme und nahe an der Oberfläche des Wassers und da er bei seinem Zuge viel Geräusch macht, so hört man sie, gleich einem Sturme von weitem rauschen; wenn hingegen die Witterung stürmisch oder heiss ist, so geht er in die Tiefe und alsdann wird man nichts von seinem Zuge gewahr.»⁵⁶

Die erwähnte Schonzeit für Lachse an der Wiese im November sollte das Laichen schützen. Aber nicht alle Fische erreichten ihre Laichplätze, weil sie an der Wiesemündung von den Kleinhüningern erwartet wurden. Dreimal täglich, und dies vier Wochen lang, versperrten diese den Einfluss der Wiese mit einem grossen Netz, ‹Wolf› genannt, in dem sich die Fische verfangen. Dieses Netz war eines von nicht weniger als elf verschiedenen Netz- und Garnsorten, die im Raum Basel je nach Jahreszeit, Wasserstand, Strömung und Beschaffenheit des Untergrundes zum Einsatz kamen.⁵⁷ Wie Bruckner berichtet, brachte ein Zug manchmal dreissig kräftige Fische ans Ufer.⁵⁸ Die Laichzeit war – so betrachtet – über die Jahrhunderte hinweg die einträglichste Fangsaison.

Basels zweiter bedeutender Schwarmfisch, die Nase, folgte einem anderen Rhythmus.⁵⁹ Sie hatte ihre Laichzeit zwischen März und Mai. In grossen Schwärmen zog sie dann flussaufwärts und schwamm besonders gerne in die Birmündung. Im Vergleich zum Lachs war die Nase kaum grösser als dreissig bis vierzig Zentimeter und erreichte ein Gewicht von tausend Gramm. Die Fangnetze waren daher andere, und die beste Fangzeit an der Birs war der Frühsommer. Somit beeinflusste die Lage der Fischweide erheblich die Art der praktizierten Fischerei und das Fangergebnis. Wer im oberen, zu Riehen gehörigen Teil der Wiese über eine Fischweide verfügte, hatte die Chance, die besten Bachforellen zu fangen, die als Standfische nicht auf Wanderschaft gingen. Und wer während der Lachsfangaison über keine Fischweide verfügte, konnte nicht mit dem sogenannten Klebgarn arbeiten, welches abends am Ufer gesetzt wurde und bis zum nächsten Morgen im Wasser bleiben durfte.⁶⁰ Dieses Stellnetz wurde an ruhigen Stellen verankert, wo die Lachse der Strömung auswichen.

Die Fischfangmethoden waren äusserst verschieden und variierten selbst bei ein und demselben Fisch. Das beste Beispiel hierfür ist die Salmen- oder Fischwaage, die mitsamt den kleinen Fischerhütten bis heute ein beliebtes Motiv am Basler Rheinufer ist [75]. Die Standorte für diese älteste, seit dem 13. Jahrhundert beurkundete Lachsfangvorrichtung waren äusserst sorgsam gewählt. *Woog*, *Wag* oder *Waaq* bezieht sich nicht auf die aus Balken, Seilen und Netzen gebaute Vorrichtung, sondern auf die Stelle im Fluss, an der diese Einrichtung steht. Fischwaagen oder Fischergalgen mussten an einer Stelle mit felsigem Untergrund gebaut werden, «wo das Wasser tief war und der Fluss eine ‹Waage› (*Woog*), d. h. ein ‹Fürwasser› oder ‹Hinterwasser› mit rückläufiger Strömung bildete».⁶¹ Deshalb waren Salmenwaagen in Kleinhüningen nicht zu finden, während sie in der Stadt in kurzen Distanzen am Rheinufer standen. Der unruhige Sand- und Kiesuntergrund an der Wiesemündung eignete sich nicht für den Bau von Salmenwaagen.



75 Salmenwaage mit Fischerhäuschen am Rhein in Basel. Foto: Eduard Wenk-Heussi, 1931. | **76** Innerhalb eines Fischerhäuschens. Foto: Lothar Jeck, 1945. — Die Fischerhäuschen schützten die Fischer nicht nur vor dem Wetter, sondern auch vor den aufmerksamen Blicken der Fische. Im unteren Bild sieht man die Schnur, mittels derer der Fischer durch ein Loch im Fussboden das Fangnetz bediente.

Wegen der vielen Seitenarme brauchte es hier auch keine künstlichen Für- oder Hinterwasser, damit der Lachs sich ausruhen konnte.

Die Basler *Fischwoog* war folglich ein ausschliesslich städtisches Bauobjekt. Man baute aus Tannenstämmen einen Rahmen, der vom Ufer aus ins Wasser geschoben und mit Steinen ausgefüllt wurde. Darauf kam ein Gerüst aus Balken und Dielen, das die ‹Stube› trug, in welcher der Fischer auf Lachse lauerte. Ausserdem waren hier ‹die je nach dem Wasserstand verstellbaren Hölzer (Hellärm); auf ihrem Verbindungsbalken (Sattel) ruhen die Stangen (Ruten), zwischen denen das Netz hängt. Die eine der Ruten (Fasrute) wird mittels eines Haspels ins Wasser gesenkt, die andere (Astrute) bleibt über Wasser; das ‹Wooggarn› reicht also quer durch das Hinterwasser. Hinter der Hütte steht seitwärts der hohe ‹Schwenkelbock›; auf ihm liegen drei oder vier starke Stangen (Schwenkel).»⁶² An die Hebelvorrichtung war ein weitmaschiges Garn geknüpft, dessen Bewegung der Fischer durch ein Seil spürte, welches er in der Hand hielt [76]. Berührte ein vorbeikommender Lachs dieses Garn, spürte der Fischer den ‹Rupf›. Dann zog er an einem Eisenstab, die Hebel lösten sich und das *Wooggarn* erschien über dem Wasser, und der Fisch wurde mit dem *Zopfbähren* aus dem Netz geholt.

Wie die meisten Gerätschaften, so war auch die Fischwaage nicht das ganze Jahr über in Gebrauch. Zum einen hing die Nutzung von den Wasser- und Wetterbedingungen ab, aber noch mehr von den Wanderzyklen der Lachse und der damit einhergehenden Grösse der Tiere. Ausgewachsene Fische liessen sich selbst mit dreizackigen Eisengabeln bei Nacht vom mit Feuer erhellten Weidling, dem am Oberrhein üblichen Fischerboot, aus fangen.⁶³ Und schliesslich entschieden die Ortsverhältnisse über die zum Einsatz kommenden Fanggeräte. Als Schwarmfisch wurde der Lachs mit grossen Netzen gefangen, als Laichfisch, der sich im seichten Wasser bewegte, konnte er allerorten mit der sogenannten Stuhlfischerei gefangen werden. An geeigneten Uferstellen und in der Nähe der Laichgruben baute man kleine ‹Lachsstände›, welche die Fischer Tag und Nacht auf einem Stuhl sitzend ‹hüteten›. Oft wurde ein Weibchen als Lockfisch an einer Schnur ins Wasser gelassen, die herannahenden Lachse liessen sich dann mit einem auf dem Grund liegenden Netz fangen.⁶⁴

Resümee: Der Rhein als Lebensraum

Basel als Flussstadt mit seiner jahrhundertlang praktizierten Fischerei zeigt, wie Flüsse die Mikroperspektive einer Stadtgeschichte in einen grösseren und nicht nur menschlich besetzten Sozialraum stellen. Flüsse verbinden, wo Grenzen

trennen. Sie sind Landschaftsgestalter und prägen die Lebensbedingungen derjenigen, die im Wasser leben oder an einem konkreten Uferabschnitt ansässig sind. Am augenfälligsten ist dies bis heute bei Hochwasserständen, deren zerstörerische Wirkung in vorindustriellen Zeiten aber ungleich grösser war. Wasserbaumaassnahmen sind deshalb sehr viel älter als die radikale Flusskorrektur des Rheins, die im 19. Jahrhundert in Angriff genommen wurde. Immer hatten an einem Ort ausgeführte Massnahmen Auswirkungen auf die flussabwärts liegenden Dörfer und Städte⁶⁵ und schufen die Notwendigkeit, über teils weite Distanzen hinweg Absprachen zu treffen. Wer oben an einem Fluss sitzt, kann den Schiffsverkehr zu seinen Gunsten regeln. Beim Lachs ist es genau umgekehrt. Hier hatten die flussabwärts von Basel lebenden Fischer deutlich bessere Chancen, die aus der Nordsee aufsteigende Lachse abzufangen. Als hingegen im Zuge der Industrialisierung wegen der Zerstörung der Laichplätze keine Jungfische mehr ins Meer gelangen konnten, betraf dies bald alle Anrainer.

Die Wanderbewegungen der Lachse und anderer im Rhein lebender Tiere haben deshalb Spuren in der Stadtgeschichte Basels hinterlassen. Sie lehren uns, dass es in Städten sehr unterschiedliche tierische Lebensräume gab und gibt. Lachse waren Durchreisende, die sich den örtlichen Bedingungen stellen mussten und hier nur für kurze Zeit verweilten. Das Angebot auf dem Basler Fischmarkt war deshalb nicht zu allen Jahreszeiten gleich und im Alltag von stark schwankender Qualität. Jedenfalls sind Basler Fischer am Lachs nie reich geworden, die Zunft der Fischer gehörte zu den ärmsten Zünften der Stadt. Lange bevor das allgemeine Fischsterben infolge der Industrialisierung mit ihren Flusskorrekturen, Fabrikansiedlungen, verschmutzten Gewässern und Kraftwerksbauten den Untergang der Berufsfischerei besiegelte – in Basel in den 1950er-Jahren –, gab es Engpässe auf dem Basler Fischmarkt.

Im Jahr 1798, dem Endpunkt dieser Erzählung, wurden kurz nach der Ausrufung der Helvetischen Republik alle Fischereirechte zunächst zu Feudalrechten erklärt und kurze Zeit später vollständig abgeschafft. Jeder durfte nun jederzeit und überall fischen. Schnell konnte – wie auch in der Jagd- und Forstwirtschaft – beobachtet werden, dass die politische Liberalisierung für eine verheerende Überfischung sorgte, weil keinerlei Rücksicht auf die Laichplätze genommen wurde. Schon 1804 war deshalb Schluss mit der Freizügigkeit in Sachen Fischerei, und die Stadt Basel kehrte zurück zum alten System.

Der kentaurische Pakt am Rheinknie: Das Pferd als Arbeitstier in der Stadt

Juri Auderset, Hans-Ulrich Schiedt

Arbeitstiere prägten und vermittelten im 19. und im frühen 20. Jahrhundert auf vielfältige Weise den städtischen Raum. Wer vor dem Eisenbahnzeitalter nach Basel reiste und sich in der Stadt bewegte, tat dies entweder zu Fuss oder kam über das im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert erbaute und erweiterte Netz von Chausseen, auf denen Zugtiere das Tempo vorgaben.⁶⁶ Auf jene Personen und Güter, die nach 1844 mit der Eisenbahn in die Stadt einfuhren respektive in diese transportiert wurden, warteten am Bahnhof die Pferde. Deren Fluchtinstinkt war dermassen unter menschliche Kontrolle gebracht worden, dass sie nicht einmal vor dem von Jacob Burckhardt verabscheuten «ewigen Pfeiffen und Heulen» der Dampflokomotiven und vor deren Bremsgeräuschen scheuten.⁶⁷ Pferde und weitere Arbeitstiere waren inhärenter und aktiver Bestandteil des städtischen Alltags.⁶⁸ Sie bildeten mit den Stadtbewohner:innen jenen bis weit ins 20. Jahrhundert bestehenden «kentaurischen Pakt», den der Kulturhistoriker Ulrich Raulff als vielfach übersehenen, historisch aber sehr bedeutsamen Wirkungszusammenhang zwischen dem «Fluchttier» Pferd und dem «Beutetier Mensch» in Erinnerung ruft.⁶⁹ Diese Verbindung bestand wohl, seit es die Stadt gab, sie erhielt aber im Zusammenhang mit den verschiedenen Urbanisierungsphasen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine neue quantitative und qualitative Intensität.

Die Verkehrs- und Transportrevolution und das Maschinenzeitalter prägten auch in Basel die Wahrnehmung der Einwohner:innen. Im kollektiven gesellschaftlichen Erwartungshorizont wurde die Überwindung des Raums zu einem technologisch-industriellen Projekt, Verkehrsplanung und Logistik der städtischen Versorgung zur Aufgabe von Ingenieuren und Architekten. Es waren die Eisenbahnen, die elektrifizierten Strassenbahnen und die Automobile, welche die Fantasien der Menschen bewegten – und doch blieben diese in ihrem Alltag noch lange auf die Arbeitstiere angewiesen [77]. Das städtische Bürgertum erklärte das Haustier zum Heimtier, während draussen das «Proletariat der Nutztiere», Pferde, Zughunde, Zugochsen und Zugkühe, wieherte, bellte und muhte.⁷⁰ Sie wurden gebraucht für die lokalen und regionalen Transporte und für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und Waren. Ihre Dienste und Energie waren aber auch für den Personentransport der im ausgehenden 19. Jahrhundert mächtig wachsenden Bevölkerung

unabdingbar, für die grossen Transportaufkommen und für die längeren Distanzen, die mit der Stadterweiterung den Rahmen der bisherigen Fussläufigkeit zunehmend sprengten.

In Basel waren es vor allem die Pferde, die jene Lasten und Personen transportierten, welche von den Eisenbahnen und später von der Dampfschiffahrt an den damaligen Stadträndern und seit den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den Rheinhäfen viel massenhafter angeliefert wurden, als dies je zuvor der Fall gewesen war. In der Tat war Basel bis mindestens zum Ersten Weltkrieg eine eigentliche Pferdestadt. Sie wies noch lange Zeit zusammen mit anderen Städten der Schweiz die grösste Dichte an Pferden auf. Der Höchststand der in der Stadt Basel gehaltenen Pferde wurde 1906 mit 2143 Tieren erreicht. Von 1866 bis 1906, in jener Zeitspanne also, in der Basel nach allen Seiten mit Eisenbahnen verbunden wurde, hatte sich der Pferdebestand verdoppelt, auf einen Quadratkilometer kamen 92 Pferde. Zwischen 1906 und 1931 sank ihre Anzahl dann auf ein Drittel des Höchststandes von 1906; allerdings lag die Stadt damit pro Quadratkilometer immer noch weit über dem schweizerischen Durchschnitt.⁷¹

Daran zeigt sich eine für die Zeit charakteristische Überlagerung und eine noch nie dagewesene Vielfalt von interdependenten Funktionszusammenhängen zwischen den weiterhin genutzten tierlichen und den neuen fossilen und elektrischen Bewegungsenergiesourcen. Gerade in ihrer Gleichzeitigkeit prägten sie die Erfahrung von urbaner Räumlichkeit und Raumüberwindung in Basel. Die Durchsetzung der neuen motorisierten Antriebe beruhte in mehrfacher Hinsicht auf der Mitwirkung von Zugtieren und machte diese keineswegs schlagartig obsolet.⁷² Neben den bisherigen schweren und leichten Fuhrwerken prägten die Arbeitstiere auch neue Formen der städtischen Güter- und Personenmobilität: die 1853 eingeführten, von Pferden gezogenen Droschken, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts aufkommenden Pferdeomnibusse und die Dienste der innerstädtischen Ver- und Entsorgung. Der von Pferden gezogene, reich ausdifferenzierte städtische Fuhrpark umfasste von den Kippkarren der vielen Baustellen der Stadterweiterung, den Kutschen und Fiakern bis zu den Feuerwehr-, Gefangenen-, Kehricht-, Latrinen-, Strassenreinigungs- sowie den Desinfektions-, Kranken- oder Leichenwagen Fahrzeuge für unterschiedlichste Zwecke.⁷³ Das waren keine Nebensächlichkeiten, sondern mindestens bis zum Ersten Weltkrieg grundlegende Elemente der städtischen Moderne.

Über die Arbeitstiere reichte die Landwirtschaft weit in Industrie, Gewerbe und Distribution hinein. Die Stadt Basel und die umgebende Landschaft waren in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Auch die Stadt selbst lässt sich als



77 Marktplatz mit Kutsche, Pferdeomnibus, Handkarren mit Waren und Marktständen, undatiert. —

Auf dem Marktplatz, Ort des Handels und des Verkehrs, zeigt sich Ende des 19. Jahrhunderts die zahlreiche und selbstverständliche Präsenz der Arbeitstiere in der Stadt.

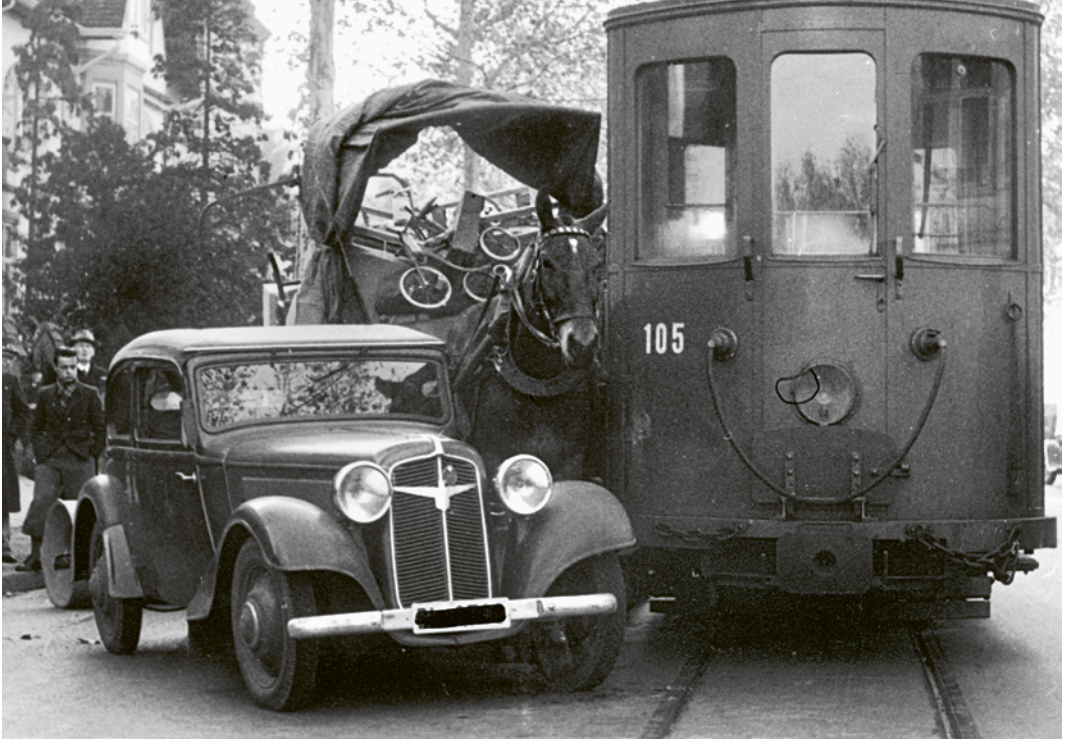
eigentliche Arbeitstiertopografie und als von Arbeitstieren geprägte Geruchs- und Geräuschlandschaft imaginieren. Wohl gingen wichtige Impulse der Stadtentwicklung von der Industrialisierung und von den Eisenbahnen aus. Der im 19. Jahrhundert erweiterte städtische Raum wurde jedoch ebenso um die Zugtiere und ihre Bedürfnisse herum gebaut. Eine auf Arbeitstiere zurückgreifende städtische Ökonomie erforderte bedeutende Flächen von Land zur Produktion des Futters, Ställe und Remisen, Standplätze für Droschken und Pferdeomnibusse sowie Brunnen zum Tränken der Tiere. Alle 22 im Basler Fuhrhalter-Verband zusammengeschlossenen Transportunternehmen hatten ihre Betriebe knapp ausserhalb der bis in die 1860er-Jahre ummauerten alten Stadt. Die Fuhrhaltereien befanden sich auf jenen stadtnahen Arealen, auf denen bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts die neuen Quartiere entstanden – am zahlreichsten in Gundeldingen südlich des Centralbahnhofs und im Gebiet zwischen dem Spalenring und Neu-Allschwil.⁷⁴

Die rund 2100 Pferde mussten mindestens einmal pro Monat beschlagen werden. Das ergab 100 800 jährlich zu beschlagende Hufe und damit Arbeit für

zahlreiche Schmiede. Die Allgegenwart der Tiere machte aber nicht nur den Hufschmied, sondern auch die Fuhrhalterin und den Fuhrhalter, den Fuhrmann, den Kutscher, den Droschkier, die Bäuerin und den Bauern, den Pferdehändler, den Stallmeister, den Postkutscher, den Stalljungen und den Tierarzt zu alltäglichen Figuren des städtischen Lebens. Ihre soziale Position hing nicht zuletzt von den Tieren und der Nutzung deren Bewegungskraft für die städtische Ökonomie und Gesellschaft ab. Hinzu kamen die Sattlereien und Wagnereien, von denen einige weit über Basel hinaus Bekanntheit erlangten und von der besonderen städtischen Pferdekultur zeugen.⁷⁵

Dass Pferde die städtische Wirtschaft und Gesellschaft prägten, brachte aber kein romantisches Idyll hervor, sondern eine harte Arbeitsrealität, auf der die bürgerliche Stadt beruhte. Dazu gehörte, dass die «grösste Sorge der Tramverwaltungen» in der «Pflege ihrer Tiere» lag, sie aber gleichwohl «grössere oder kleinere Verluste [...] auf ihren Pferdeconto's» zu beklagen hatten. Dafür seien weder die den Pferden zugemuteten Lasten noch die von ihnen erwartete Geschwindigkeit verantwortlich, meinte Moritz Buri, der langjährige Oberingenieur der Schweizerischen Centralbahn, in seinem vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Gutachten zum Bau und Betrieb von «Pferdebahnen». Vielmehr sei es «einzig das immerwährende Anhalten und Wiederanfahen, also das stete Wechseln des Tempo's» sowie die damit verbundene «vielfach gesteigerte Kraftanstrengung», welche die Pferde in der Stadt ruiniere.⁷⁶ Es war der Rhythmus der Stadt, der die Kräfte und die Gesundheit der Pferde auszehrte. Dass die Balance, «die Pferdekkräfte vollständig auszunutzen ohne umgekehrt durch Überanstrengung vorzeitig dieselben zu entwerthen»,⁷⁷ wohl nicht immer getroffen wurde, legen nicht zuletzt die beim Basler Tierschutzverein eingegangenen Klagen über geschundene und überanstrengte Pferde nahe.⁷⁸

Im frühen 20. Jahrhundert geriet die Nutzung von Arbeitstieren immer stärker unter den Druck der nun billiger und leistungsfähiger einsetzbaren Motorfahrzeuge, namentlich der LKWs, der sogenannten Motordroschken und der elektrifizierten Trams [78]. Parallel dazu kamen die Tiere zunehmend in den Ruf, die Städte hygienisch, sanitärisch und moralisch zu belasten. Die Regulierung der Arbeitstierhaltung nahm in jenem Masse zu, wie die städtischen Behörden die empfindlicher werdenden Blicke der Bürger:innen zu schützen versuchten und die Forderungen der Tierschutzkreise aufnahmen. «Die gestellten Pferde sollen gesund, vollkräftig und mit dem Verkehr vertraut sein», bestimmte die Stadtverwaltung in den frühen 1930er-Jahren in den Verträgen mit den Fuhrhalter:innen. «Abgetriebene, unterernährte Pferde, die nicht ziehen können, die beissen, schla-



78 Polizeifoto eines Verkehrsunfalls in Basel, 1949. — Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Das Polizeifoto zeigt eine Karambolage der verschiedenen Fortbewegungsmittel.

gen, durchbrennen, infolge von Wunden Anstoss erregen, die lahm gehen oder sonst mit Fehlern behaftet, durch welche Führer und Publikum gefährdet sind, die die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen, werden zurückgewiesen.»⁷⁹

Im zitierten Vertragsartikel hat auch eine andere für die Geschichte des urbanen Raums wichtige Figur ihren Auftritt: das Publikum.⁸⁰ Bis ins beginnende 20. Jahrhundert waren die Menschen im städtischen Strassenraum mit relativ wenigen Mobilitätseinschränkungen konfrontiert; sie waren Fussgänger:innen zwischen den Arbeitstieren, selbst Lasten ziehend oder tragend, flanierend oder hetzend und bis dahin im Strassenraum mehr oder weniger frei in ihrer Fortbewegung.⁸¹ Nun aber wurden sie durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen und in einem friktionsreichen Prozess der Gewöhnung, Verdrängung und Unterordnung sowie der baulichen und verkehrsorganisatorischen Raumsegregation an den Rand der Strassen verwiesen – um von dort aus als Publikum dem Theater der Motorisierung des Strassenverkehrs und dem allmählichen Verschwinden der Arbeitstiere zuzusehen.

Land wird Stadt: Stadterweiterung, Bodenspekulation und Bodenbesitz, 1860–1912

Robert Labhardt

Antriebskräfte der Basler Stadterweiterung

Eine Stadt ist nie fertig. Sie wird beständig umgebaut, verdichtet, erweitert. Was aber im 19. Jahrhundert in den meisten europäischen Städten neu stattfand, war eine aussergewöhnliche Ausdehnung der besiedelten Stadtfläche auf Kosten von bisher landwirtschaftlich genutztem Terrain und oft auch in Form der Eingemeindung benachbarter Siedlungen. Sie war begleitet von der Beseitigung der mittelalterlichen Festungsmauern.

Basels Stadterweiterung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war wie anderswo dem Aufschwung der Industrie und der Anbindung der Stadt an die Eisenbahn und ihre Bahnhöfe geschuldet. Hinzu kam die seit Anfang des Jahrhunderts anhaltende Bevölkerungszunahme dank der ununterbrochenen Zuwanderung ländlicher Arbeitskräfte und dem bedeutenden städtischen Geburtenüberschuss. Die Folge war eine bauliche Verdichtung und Proletarisierung ganzer Wohnviertel, in denen zuziehende Arbeitskräfte, weibliche und männliche, mit und ohne Familien, eine meist prekäre Unterkunft fanden. In Wechselwirkung dazu begannen immer mehr junge Familien des begüterten Mittelstandes – auch von auswärts zuziehende –, eine komfortablere Wohngelegenheit ausserhalb des alten Mauerrings zu suchen und entlang der bedeutungslos gewordenen Festungsgräben und ihres frei gehaltenen Vorgeländes «anzubauen».⁸²

Die Behörden gerieten ob dieser wachsenden Baufreudigkeit «vor den Thoren» in ein Dilemma: Sie wollten, wie sie bereits 1853 monierten, einerseits die Baufreiheit der Bürger möglichst wenig einschränken, aber andererseits auch vermeiden, dass «die Ausdehnung der Stadt in völlig chaotischer sowohl den Verkehr beeinträchtigenden als das Auge beleidigenden Weise» vor sich ging.⁸³ Noch stand die Stadtmauer und teilte die Meinungen, der Unausweichlichkeit ausgreifender Planung standen konservative Sicherheitsbedenken im Wege. Nur zögerlich und über Zwischenstufen rang sich das politische Basel zur Öffnung der Stadt und zu gesetzgeberischem Handeln im bisher der Landwirtschaft überlassenen äusseren Stadtbann durch.

Ende August 1859, gedrängt von der endgültigen Positionierung des Centralbahnhofs ausserhalb der Elisabethenschanze, erliessen Kleiner und Grosse Rat das Gesetz über die Erweiterung der Stadt, kombiniert mit einem Gesetz über die Anlage und Korrektur von Strassen.⁸⁴ Beides sollte das städtische Wachstum zugleich stimulieren und regeln: Die hinfälligen Stadtmauern wurden abgebaut, die Gräben aufgefüllt und durch einen grünen Promenadengürtel ersetzt. Man wollte den Erweiterungsraum in Gross- und Kleinbasel anfangs noch begrenzt wissen durch die Bahnlinien mit begleitenden Ringwegen. Auf diese Weise werde, meinte der Kleine Rat, der bisherige Stadtraum mehr als verdoppelt, was «auch bei stetsfort sich mehrender Bevölkerung auf eine Reihe von Jahrzehnten» genüge.⁸⁵ Aber der Gesetzgeber irrte. Denn nun winkte gerade jenseits der Gleise günstiges Bauland, und Bauunternehmer wie Financiers holten Baubewilligungen ein mit dem Versprechen, Arbeitersiedlungen zu errichten. In den Bachletten, im (späteren) Gotthelfquartier, im Klybeck, entlang der Grenzacherstrasse und – unter besonderen Vorzeichen – im Gundeldingerfeld legten sie auf diese Weise den Keim neuer Aussenquartiere. Während sich in der alten Innenstadt die Wohnverhältnisse durch Verdichtung und Überfüllung immer mehr verschlechterten, verhiessen die Bauareale in der erweiterten Stadt Wohnen mit «Licht und Luft».

Das Hauptinstrument, mit dem der Staat die Erweiterung der Stadt zu steuern versuchte, war das zugehörige Strassengesetz als Grundlage der Strassenplanung.⁸⁶ Es bildete den staatlichen Widerpart zur wildwüchsigen Bauspekulation, indem es Bauparzellen in ein rationelles Strassennetz einfügte und den Spekulanten zugleich Planungssicherheit vermittelte. Die Regierung war zu einer kontinuierlichen Errichtung eines Strassennetzes ermächtigt, das öffentliche Verkehrsinteressen, aber auch ästhetische und infrastrukturelle Bedürfnisse (Wasserversorgung, Kanalisation, Beleuchtung) berücksichtigte. Dazu gehörte vor allem die Festsetzung der Bau- und Strassenlinien. Landbesitzer hatten in der Regel für Strassen benötigtes Terrain als Allmend entschädigungslos abzutreten. Wenn die Strassenführung durch Privatbesitz beeinträchtigt wurde, waren Enteignungen möglich. Wenn Private ihre Grundstücke von sich aus mit privaten Strassen, sogenannten «Spekulationsstrassen», unterteilen wollten, hatten sie diese, falls möglich samt Kanalisation, auf eigene Kosten zu errichten und so lange zu unterhalten, bis zwei Drittel durch anstossende Bauten beansprucht wurden. Dann übernahm der Staat den Unterhalt. Diese Regelung berücksichtigte, dass öffentliche Strassen den Wert anliegender Grundstücke steigerten und private Strassen eine intensivere Bebauung von Bauparzellen erlaubten. Es war insgesamt eine raffinierte Lösung, welche die Stadterweiterung der privaten Initiative

überantwortete, die private Bautätigkeit aber zugleich durch finanzielle Verantwortung disziplinierte.

Die frühe Stadterweiterung vollzog sich hauptsächlich im Wechselspiel von privater Spekulation und staatlicher Strassenplanung, in welchem der liberale Staat eine Ausbalancierung von privater Baufreiheit und öffentlichen Interessen suchte. Die Boden- und Bauspekulation war aber die entscheidende Antriebskraft beim Zugriff auf den ländlichen Raum, der sich für Investitionen in die Verstädterung anbot.

Spekulationsprojekt Gundeldingen

Der Begriff der Spekulation bezeichnet zunächst einfach ein wirtschaftliches Handeln, das vorausblickt und gewisse Entwicklungen erwartet, die Gewinn versprechen. Die einen würdigen dies als volkswirtschaftlich nützliche «innovationsfördernde Risikoübernahme», die andern geisseln es als Geldverdienen «ohne Arbeit».⁸⁷ Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht bis heute die Boden- und Bauspekulation. Sie kann als eine zukunftsgerichtete Raumhandlung verstanden werden, die Boden als Bauland erschliesst und einem erhofften Nutzen und Gewinn entgegenführt.

Das Gundeldingerquartier ist als seinerzeit schweizweit grösstes Spekulationsprojekt entstanden [79]. Wir fragen nach den Akteuren, Methoden, Konflikten und Risiken bei der Entstehung dieses neuen Stadtraums.

Im September 1872 erhielt das Pflegeamt des Basler Bürgerspitals die Anfrage, zu welchem Preis das gesamte dem Spital gehörende Gundeldingerfeld zwischen Margarethen- und Reinacherstrasse, Bruderholz und Bahnhof zu haben sei. Kaufinteressentin war die frisch gegründete «Süddeutsche Immobiliengesellschaft» (SDIG) aus Mainz. Sie war eine der zahlreichen deutschen Terraingesellschaften, die im Gefolge des Deutsch-Französischen Kriegs (1870/71) Stadterweiterungen zu ihrem Geschäft machten. Der deutsche Sieg, die nationale Einigung und die französischen Reparationszahlungen begründeten eine Hochkonjunktur, die das deutsche «Gründungsieber» und die Zuwanderung in die städtischen Industriezentren befeuerte. Rasch finanzierte die SDIG in den folgenden Jahren Projekte in deutschen Städten, aber auch in Brüssel und Strassburg. Überall ging es darum, sich den Kommunen als finanzstarke Kapitalgesellschaft anzubieten, umliegendes Agrarland, das als Kapital brachlag, grossflächig zu erwerben, mit Parzellierung, Strassen und Infrastruktur als Bauland zu erschliessen und dann wieder zu verkaufen. Im Übergang vom Bauern- zum Bauland wurde Boden zum handelbaren



79 Gundeldingerquartier, Blick vom Dach des Meret-Oppenheimer-Hochhauses Richtung Bruderholz mit dem Margarethengut als Naherholungsgebiet, 2021. —

Das Gundeldingerquartier mit intensiv genutzten Bauparzellen ist typisch für die auf dem Reissbrett geplanten Vorstädte des späten 19. Jahrhunderts.

Spekulationsobjekt. An einer Generalversammlung der SDIG 1873 sprach der Vorsitzende des Aufsichtsrates dazu Klartext: «Jede wirtschaftliche Tätigkeit muss eine speculative sein und es ist besser, die Sache beim wahren Namen zu nennen, als das in erster Reihe stehende Ziel, den Gewinn, hinter bombastischen Phrasen und Zwecken zu verstecken.»⁸⁸

Das Angebot der SDIG beruhte auf einer Initiative aus Basler Finanzkreisen. Anfang 1872 hatten sieben Privatbankiers sich zum Basler Bankverein zusammengeschlossen. Gründungspräsident war der Grossrat und Jurist Karl Rudolf Stehlin. Dessen Bruder Johann Jakob Stehlin-Burckhardt, einflussreicher Architekt und Mitglied des Baukollegiums, hatte einen Quartiersplan angefertigt, mit dem Bankier Samuel Dreyfus im August 1872 in der Frankfurter Bankenwelt, zu der er über seinen

Bruder gute Beziehungen pflegte, Investoren zu finden hoffte.⁸⁹ Mit Erfolg. Es zeichnete sich ein Konsortium aus deutschen und Basler Investoren unter der Schirmherrschaft der SDIG ab, bereit für ein Jahrhundertgeschäft in der Stadterweiterung.

Dem Bürgerspital – Basels grösstem Grundbesitzer mit 242 Hektaren Land allein im Stadtbann – war das Kaufangebot hoch willkommen.⁹⁰ 101 Hektaren davon umfasste die Gundeldinger Ebene, bewirtschaftet von zwei Höfen, die dem Spital zwar Pachtzinsen einbrachten, aber immer weniger die steigenden Betriebskosten des Spitals begleichen halfen. Denn seit seinem Umzug in den Markgräflerhof (1842) entwickelte sich das Bürgerspital vom Armenspital zu einer modernen Gesundheitsinstitution, die allen offenstand und mit dem ‚Klinikenvertrag‘ von 1865 zum medizinischen Unterrichtszentrum der Universität wurde. Um-, An- und Neubauten verursachten dabei jährliche Defizite, die weder durch die Einführung von Kostgeldern noch durch Spenden oder durch vereinzelte Landverkäufe gedeckt werden konnten. Das Angebot aus Mainz musste deshalb wie eine Erlösung aus jahrelanger finanzieller Unterversorgung erscheinen.

Jahrhundertgeschäft für deutsch-baslerisches Konsortium

Man einigte sich rasch auf eine Handänderung von insgesamt 134 Jucharten in zwei Tranchen zum Preis von 45 Centimes pro Quadratfuss. Zudem erwarb die SDIG am Fuss des Bruderholzes fünf private Grundstücke im Umfang von 66 Jucharten (knapp 24 ha). Sie gehörten zum Teil Basler Mitgliedern des SDIG-Netzwerks. Bis Ende 1873 waren alle Käufe abgeschlossen. Die SDIG hatte zusammen mit ihren Basler Teilhabern ein Terrain von rund 200 Jucharten oder 72 Hektaren in Besitz, «also grade halb so viel als ganz Gross-Basel innerhalb der ehemaligen Thore und Stadtmauern».⁹¹

Dass eine ausländische Gesellschaft Basler Terrain erwerben durfte, war als privatwirtschaftlicher Handel im liberalen Staat problemlos erlaubt. Dass sie das Land aber auch geschäftlich nutzen konnte, bedurfte einer behördlichen Genehmigung. Es brauchte einen Eintrag ins Rationenbuch (Handelsregister), eine Übermittlung der Statuten und Jahresberichte an die Regierung sowie eine Geschäftsniederlassung und den Gerichtsstand in Basel. Karl Stehlin vermittelte das Geschäft. Er bestätigte die solide Finanzkraft der Immobiliengesellschaft. «Auch die Persönlichkeiten der hiesigen Vertreter, der Herren Stehlin-Burckhardt, Zahn [Vizedirektor des Bankvereins] und Samuel Dreyfus dürften jede wünschbare Garantie bieten», urteilte das Handelskollegium in seinem Gutachten.⁹² So entstand formell ein deutsch-baslerisches Konsortium für das Gundeldinger Terraingeschäft. Der leitende Ausschuss bestand aus den genannten drei Basler Vertretern und den beiden Mainzer SDIG-Direktoren Philipp Brand(t) und Karl Racké. Das

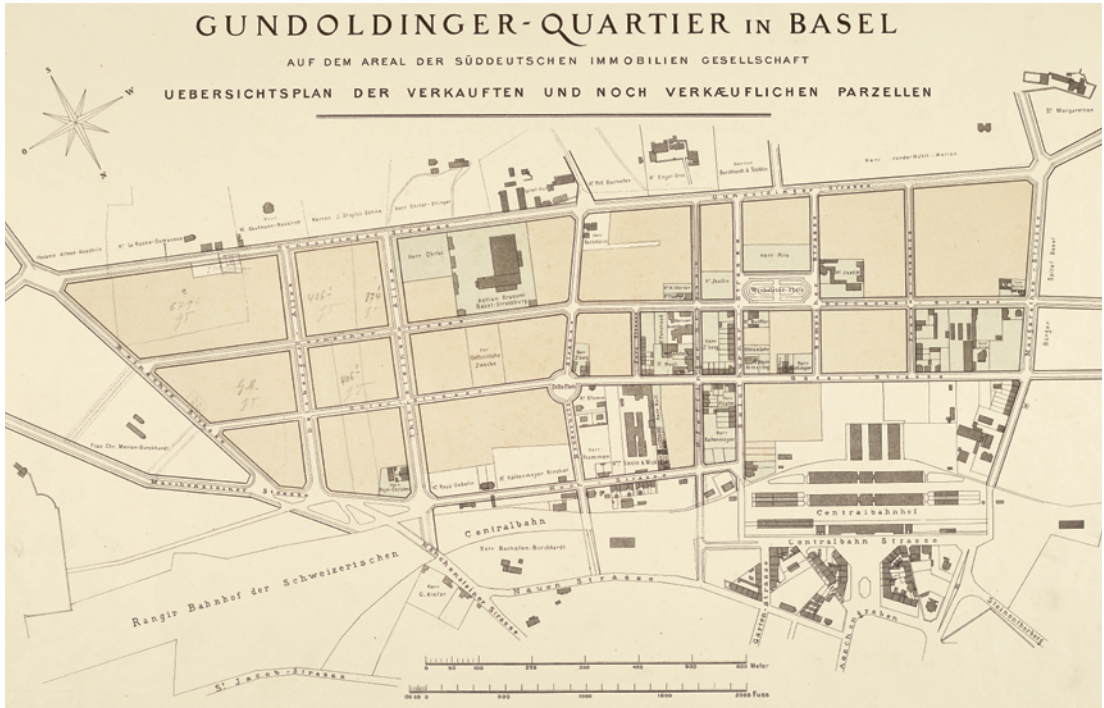
Kapital des Konsortiums stammte zu über siebzig Prozent von deutschen Teilhabern, hauptsächlich von der SDIG und dem Frankfurter Bankverein, den Basler Anteil bestritt vor allem die Bank Dreyfus & Söhne.

Der Kleine Rat empfahl in seinem Ratschlag zum «Gundoldinger-Quartier» dem Grossen Rat das Projekt und bekannte sich erstmals zur offenen Stadt. Die im Gesetz von 1859 noch vorgesehene konzentrische Ausdehnung des Stadtraums bis an die von den Bahnlinien und Ringwegen gezogene Grenze erschien überholt. Nicht nur sei diese von Spekulanten längst mehrfach durchbrochen worden, die Begrenzung widerspreche auch «der Freiheit des Bürgers, mit seinem Eigentum nach freiem Ermessen zu schalten, sobald er das Gemeinwesen dabei nicht unmittelbar in Mitleidenschaft zieht». Überdies sei «die Beschaffung möglichst vieler billiger Wohnungen für eigentliche Arbeiter und für das Publikum überhaupt zur zwingenden Notwendigkeit geworden».⁹³

Das war eine sehr wohlwollende Propaganda zugunsten der Investoren. Die Forderung nach staatlichem Wohnungsbau, wie sie der sozialdemokratische Arbeiterverein 1872 anlässlich einer Protestversammlung von 1500 Personen auf der Schützenmatte erhob, fand beim regierenden liberalen Bürgertum keine Akzeptanz.⁹⁴ Der Kanton betrachtete das SDIG-Projekt vielmehr als Entlastung von der Planung neuen Wohn- und Gewerberaums und holte sich darüber hinaus weitere Vorteile heraus: Die SDIG hatte auf ihrem Terrain die Kosten für alle Strassenbauten und die gesamte Kanalisation zu übernehmen. Überdies waren Strassenflächen im Gesamtumfang von circa 3,6 Hektaren an die Allmend und ein Areal von 7,2 Hektaren für öffentliche Bauten an den Staat abzutreten. Die Veräusserung des Gundoldingerterrains sollte innert zehn Jahren erfolgen. Die SDIG willigte ein, weil sie keine Zeit mehr verlieren und mit Verkäufen beginnen wollte.

Handlungsspielräume der Spekulation

Das SDIG-Konsortium erwartete aufgrund der attraktiven Lage des Baugeländes in «gesunder Lage» und in Bahnhofsnähe rasche, gute Verkäufe und ein anhaltendes Bauinteresse. Ihm schwebte ein Quartier für den gehobenen Mittelstand vor. Das Konzept verband damit spekulatives Eigeninteresse mit Kundenorientierung. Der Quartiersplan bot durch seine geometrische Strassenführung eine optimale Raumausnutzung mit regelmässigen, grosszügigen Bauparzellen. Das war ein Schritt in Richtung moderne Stadtplanung, in der sich effiziente Verkehrsführung, gewinnträchtige Wohnverdichtung und gehobene Wohnqualität verbinden [80]: «Einerseits und in erster Linie waren die Strassen in einer Weise zu kombinieren,



80 Plan des Gundeldingerquartiers, 1880. — Der im Auftrag der «Süddeutschen Immobiliengesellschaft» erstellte Plan zeigt das geometrische Strassennetz und die Entwicklung der Parzellenverkäufe. Er macht auch deutlich, wie wenig Parzellen (grün eingefärbt) in den ersten sieben Jahren verkauft wurden; im gleichen Jahr brachen die Geschäfte noch weiter ein.

welche eine zweckmässige Parzellierung ermöglicht und dennoch die Strassen hinsichtlich Anzahl und Ausdehnung auf das Nothwendigste beschränkt; anderseits musste auf die verschiedenen Gattungen der Ansiedler gebührende Rücksicht genommen werden und daher sowohl gewöhnliche Verkehrsstrassen als auch Strassen mit Vorgärten, sowie Avenuen und Plätze vorgesehen werden.»⁹⁵

Hinzu kam die Strategie, das neue Quartier mit baulichen Schwerpunkten attraktiv zu machen und damit zugleich Infrastrukturkosten zu bündeln. Einen ersten Akzent bildete der Wohn- und Geschäftssitz des damals bekannten Architekten Rudolf Aichner-Burckhardt samt einigen Häusern am Westrand des Quartiers, wo die Innenstadt am schnellsten zugänglich war [81]. In einem zweiten Schwerpunkt fand man sich mit dem Mülhauser Spekulanten und Weinhändler

Jacques Z'berg zusammen, um in der Terrainmitte in direkter Nähe zum Bahnhof «für gemeinschaftliche Rechnung Wohnhäuser für die bessere Mittelklasse» zu bauen. Die beiden Bauakzente dienten gewissermassen als Werbemuster, um «Kaufliebhaber» anzuziehen.

Doch der Optimismus des Beginns wurde schon im zweiten Jahr gedämpft. Zunächst drosselten die Banken- und Börsenkrisen von Wien, New York und Berlin im berühmten «Gründerkrach» von 1873 die Wirtschaft. Auch in Basel lahmte über Jahre die Konjunktur. Zudem zeigte die Lage Gundeldingens ihre ungünstigen Seiten. Die Centralbahn behinderte dessen Anbindung an die Stadt, die ebenerdig über die Geleise führenden Niveauübergänge gefährdeten Verkehr und Passanten. Zudem zwang die Anlage des Rangierbahnhofs auf dem «Wolf» zu Gebietsabtretungen im östlichen Teil des Terrains und legte dessen Besiedlung vorläufig auf Eis. Und schliesslich schlitterte Basel gegen Ende des Jahrzehnts in eine heftige Baukrise.⁹⁶ Das SDIG-Konsortium erwies sich in diesem Umfeld dank der Finanzkraft seiner Muttergesellschaft und seiner Kompetenzen vor Ort als robust. Im Vergleich zum Ausland blieb der Wert der Liegenschaften stabil, ebenso die Bodenpreise, die in den ersten Jahren durchschnittlich etwa 11 Franken betragen (1872–1877) und erst in den 1890er-Jahren allmählich 15 Franken überstiegen.

Die SDIG begann ihr Angebot zu diversifizieren. 1878 baute sie die Jurastrasse und bestückte sie auf kleineren Parzellen zusammen mit einem weiteren Mülhauser Spekulanten mit «Bauten für bemittelte Arbeiter». Erste Eigentümer waren Handwerkermeister, die ihren Besitz auch vermieteten, aber meist nur wenige Jahre halten konnten, um dann in Konkurs zu geraten oder ihr Haus wieder abzustossen. Unter den frühen Bewohner:innen der Jurastrasse befanden sich Bahn- und Postangestellte, Handwerkergehilfen, Büro-, Magazin- und Fabrikarbeiter, Schneiderinnen, Tagelöhner, eine Näherin und ein Knecht.⁹⁷ Schuldenwirtschaft gehört zur Spekulation. Die SDIG erleichterte Landkäufe, indem sie Hypotheken aufs Land und Baukredite gewährte. Geriet jemand in Konkurs, wurde seine Liegenschaft an der Gant günstig zurückgekauft und möglichst rasch wieder profitabel entäussert.⁹⁸

Aber trotz rationeller Bewirtschaftung, attraktiver Schwerpunkte und sozial diversifizierter Wohnangebote beklagten die Jahresberichte den schleppenden Gang der Verkäufe. Ab 1880 gingen die Einnahmen massiv zurück, 1884 wurde kein einziger Quadratmeter verkauft, und am Ende der ersten Zehnjahresfrist, von der sich die SDIG den vollständigen Verkauf des Terrains erhofft hatte, waren noch sechzig Prozent unveräussert.⁹⁹ Das Konsortium wählte daher ein neues Geschäftsmodell und verwandelte sich 1886 in die breiter abgestützte «Gundoldinger



81 Blick auf St. Margarethen, Obstgärten und Wiesen vor dem Verkauf an die «Süddeutsche Immobiliengesellschaft». Foto: Foto Wolf, 1865. — Der Weg zum Margarethenhügel ist der Vorläufer der äusseren Margarethenstrasse. Im Vordergrund zweigt die

Güterstrasse ab. Hier erwirbt der Baumeister Rudolf Aichner 1874 von der «Süddeutschen Immobiliengesellschaft» eine Bauparzelle, auf der er neben anderen Häusern seine Villa als Wohn- und Geschäftssitz errichtet.

Terrain-Gesellschaft». Zwar behielten die deutschen Investoren ihren hohen Kapitalanteil, aber man hoffte, durch Spaltung der bisherigen Anteilscheine in je zehn Aktien weitere Basler für das Gundeldinger Geschäft zu gewinnen.

Die Baukrise der 1880er-Jahre: Ein Stresstest für Spekulanten

1877 begann sich in Basel ein Rückgang der seit 1860 entfesselten Bautätigkeit abzuzeichnen. Bis dahin war unverdrossen investiert und spekuliert worden, hatten Banken und Private vertrauensselig Hypotheken und Kredite vergeben und die Baufreudigkeit wachgehalten.¹⁰⁰ Nun aber brachen auch die Land- und Hausverkäufe ein, und zwischen 1881 und 1885 erlebte die Stadt die heftigste Baukrise der zweiten Jahrhunderthälfte.¹⁰¹ Zahlreiche Baugeschäfte machten Konkurs. Laut Adressbuch ging ihre Zahl von 139 auf 82 zurück.¹⁰² Die von der Baupolizei erteilten Bewilligungen für neue Wohnhäuser hatten sich im vergangenen Jahrzehnt fast stetig, teilweise sprunghaft entwickelt, von 46 Häusern (1870) bis zu einem Höhe-

punkt von 223 (1877), um dann rapide abzunehmen. 1883 wurden im Kanton nur noch 17 Bauten bewilligt. Entsprechend stürzte die Zahl neuer Wohnungen von 448 im Jahr 1881 auf noch 67 im Folgejahr ab.¹⁰³

Der Regierungsrat führte die Krise auf eine «bedeutende Überproduktion an Häusern» zurück. Die grosse Bevölkerungszunahme in den 1870er-Jahren habe den Häuserbau zu einem sehr gewinnbringenden Geschäft gemacht, an dem sich auch unbemittelte und unsolide Unternehmer beteiligten. Dann aber stagnierte das Wachstum der Bevölkerung. «Der Bau kam ins Stocken, der Unternehmer geriet in Konkurs, und bei der Gant konnte der Kreditgeber die Liegenschaft mit den unvollendeten Gebäuden zu sehr niederem Preise an sich bringen, während die Lieferanten und Handwerker leer ausgingen.» Auch «Leichtsinn» und «Leichtgläubigkeit» der Bauenden seien dabei im Spiel, meinte der Regierungsrat, dazu «Betrug», wenn die Kreditgeber, häufig die Terrain-Verkäufer selber, ihre Bauvorschüsse absichtlich zu knapp bemessen, um Bauten vollenden zu können. Dies locke viele Bauende in die Schuldenfalle. Der Regierungsrat bekannte sich ratlos, strafrechtlich lasse sich kaum etwas machen. Im Übrigen habe die «freie Gewerbstätigkeit» insgesamt den gewaltigen Wohnungszuwachs im vergangenen Jahrzehnt gut gelöst. Regierungsrat und Parlament neigten deshalb dazu, die Baukrise jenen «finanziell und moralisch geringsten Elementen unter den Bauunternehmern» in die Schuhe zu schieben, die sich fahrlässig Kredite zu verschaffen wussten.¹⁰⁴

Der glückliche Spekulant

Ein Beispiel für einen erfolgreichen Spekulanten in der Zeit der Stadterweiterung ist Gregor Staechelin-Allgeier. Er stammte aus bescheidenen Verhältnissen, zog 1870 aus dem badischen Istein nach Basel und arbeitete sich hier vom Maurergesellen zum reichen Bauunternehmer hoch. 1884 wurde er eingebürgert und 1887 rechtsfreisinniger Grossrat. Er kaufte nie Parzellen auf dem teuren Gundeldinger Terrain, baute aber innerhalb von fünfunddreissig Jahren 76 Häuser in Kleinbasel und 116 in Grossbasel. Laut seinen Erinnerungen habe er die 1880er-Krise mit nur drei anderen Bauunternehmern überstanden, während deren vierzig falliert hätten: «Alle meine Liegenschaften kamen mich nicht

so hoch zu stehen, weil ich vorteilhafte Plätze auswählte, diese nicht zu hoch bezahlte und die Neubauten zu ganz vortrefflichen Preisen mit eigenen Arbeitern selbst erstellte. Meine Häuser waren gut vermietet, und das zur Deckung der Baukosten und Kapitalzinsen erforderliche Geld konnte ich mit Leichtigkeit als Hypothekarbelastung auf die neuen Häuser aufnehmen».¹⁰⁵ Staechelin erwirtschaftete – unter anderem mit Grundstücksverkäufen an den Staat im St. Johannquartier – ein Vermögen, das ihn auch zum Kraftwerkbesitzer im Wallis (heute: Lonza-Werke) und seine Nachkommenschaft als Kunstsammler berühmt machte.

Rückzug und später Erfolg

Nach zwanzig Jahren hatten die deutschen Mehrheitsaktionäre der ‹Gundoldinger Terrain-Gesellschaft› genug und fassten einen folgenschweren Entschluss. Sie wollten sich aus dem Gundeldinger Geschäft zurückziehen, weil sie nicht mehr daran glaubten, dass sich das Areal noch in nützlicher Frist verkaufen liesse. Die Bank Dreyfus & Söhne war bereit, zu übernehmen und eine neue Aktiengesellschaft zu gründen. An der entscheidenden Generalversammlung, die den Vertrag mit der Bank Dreyfus besiegeln sollte, erhoben einige Basler Aktionäre Einspruch gegen die Transaktion. Doch SDIG-Direktor Philipp Brand sprach ein Machtwort. Er erinnerte daran, dass «das Gundoldinger Terrain-Geschäft im Anfang gar nicht lebensfähig gewesen wäre ohne die weitgehende finanzielle Hilfe der Süddeutschen Immobilien-Gesellschaft», dass «das Geschäft in seinem weiteren Verlaufe grossen Schwankungen unterworfen» gewesen sei und «auch bei normaler Weiterentwicklung [...] noch 20 bis 25 Jahre zur gänzlichen Liquidation brauchen» würde. Daran waren die deutschen Kapitaleigner, die von einer Abwicklung des Gundeldinger Geschäfts innert zehn Jahren ausgegangen waren, nicht mehr interessiert.¹⁰⁶

So kam es um den Jahreswechsel 1893/94 zur Übergabe an die ‹Neue Gundoldinger Terrain-Gesellschaft› unter der Geschäftsführung der Bank Dreyfus. Den Basler Aktionären wurden ihre bisherigen Anteile garantiert, und rasch zogen die Verkäufe an. Denn der Neubeginn fiel unvermutet mit einem kräftigen Konjunkturaufschwung zusammen. In nur drei Jahren gelang es der Terrain-Gesellschaft, den ganzen Rest des Gundeldinger Areals zu verkaufen: 29 Hektaren, also mehr als vierzig Prozent des ursprünglichen Terrains, für gut viereinhalb Millionen Franken. Die Deutschen hatten falsch spekuliert, die Basler Kapitaleigner strichen nun im Gundeldinger Projekt die fetten Gewinne ein. Ende 1896 hatte die neue Terraingesellschaft ihr gesamtes Areal verkauft und wurde 1901/02 liquidiert.¹⁰⁷

Der späte Erfolg erklärt sich aus dem Zusammenspiel neuer Kauflust und der Modernisierung der Stadt ab Mitte der 1890er-Jahre: Die bessere Anbindung des Quartiers an die Stadt dank der Tieferlegung der Centralbahn stand bevor, und die Erschliessung Ost-Gundeldingens mit neuen Strassen und Kanalisation sowie die Planung einer Tramlinie über die Thiersteinallee und die Güterstrasse zur Margarethenstrasse lockte Interessenten an, darunter die ‹Basler Immobiliengesellschaft›. Sie kaufte zwischen Thiersteiner- und Delsbergerallee ein Grundstück von fast dreissig Hektaren und verkaufte es gewinnbringend weiter.¹⁰⁸

Das Spekulationsgeschäft Gundeldingen brachte ein eigenständiges Stadtviertel ‹jenseits der Geleise› hervor, einen weitestgehend privat ausgenutzten

Stadtraum, dem es an öffentlichen Begegnungsorten mangelte, nicht aber an baulicher und sozialer Vielfalt und einem eigenen, widerständigen Quartierstolz, auch im Umgang mit der Eisenbahn. Und ein Glücksfall steigerte die Qualität des Quartiers: 1897 setzte Regierungsrat Paul Speiser-Sarasin den staatlichen Kauf des auf Landschäftler Boden befindlichen Margarethenguts durch. Damit wurde ein ansehnliches Stück Grünfläche der Spekulation entzogen und als Park der Bevölkerung zugänglich gemacht.¹⁰⁹

Das Westplateau:

Entwicklungsboom und technokratische Strassenplanung

Mitte der 1890er-Jahre trat die Stadterweiterung in eine neue Phase. Basel wuchs in einem Zeitraum von nur zehn Jahren von 72 750 (1890) auf 107 670 Einwohner:innen (1900) und gewann damit den Status einer Grossstadt. Die steigende Nachfrage nach Wohnraum und die Erschliessung der Aussenquartiere durch Strassen und Tram (ab 1894) heizten auch die Spekulation an. Kerngebiet der Stadterweiterung war in den 1890er-Jahren neu das (Nord-)Westplateau auf der anderen Seite des Birsigtals. Die weite, ebene Fläche des westlichen Grossbasel schrie geradezu nach städtischer Erschliessung. Der Staat war nun auf einem höheren Niveau gefordert, unter bau- und sozialpolitischen Gesichtspunkten ordnend in die Entwicklung dieses ausgedehnten Bauerwartungslandes einzugreifen. Es handelte sich jenseits der damaligen Eisenbahnlinie um ein nur stellenweise schon dichter bebautes, von Brachen oder Wiesen, Weiden oder Äckern, auch Gärtnereien durchsetztes Gebiet, das gegen die Kantons- und Landesgrenze hin immer offener, ländlicher wurde. Investoren zögerten noch mit der Besiedelung, solange die endgültige Führung der nach aussen verlegten Elsässerbahn unklar war. Die Bodenpreise stiegen jedoch schon ab 1891 markant an.¹¹⁰ Als dann 1895 die neue Linie und Vertiefung des Bahntrassees beschlossene Sache war, bedurfte es dringend einer staatlichen Strassenplanung, um den einsetzenden Bauboom zu steuern.

Mitte 1895 legte Ingenieur Eduard Riggerbach, erster Chef der 1896 geschaffenen Stadtplankommission, den Entwurf zu einem Strassenplan über das gesamte Nordwestplateau vor.¹¹¹ Es ging darin hauptsächlich um eine Fortsetzung der spinnennetzartigen Erweiterung der Stadt mit einer «rationell» gestalteten geometrischen Strassenführung. Diese umschloss regelmässige Bauparzellen und fügte sich in eine Hauptstrassen-Struktur, welche eine Abfolge von Ringstrassen mit den radialen Ausfallstrassen Richtung Baselbiet und Elsass verknüpfte.

Im Juli 1895 lud Regierungsrat Heinrich Reese den Städteplaner Josef Stübben aus Köln zur Begutachtung von Riggenbachs Plan nach Basel ein. Stübben hatte sich mit seinem Handbuch ›Der Städtebau‹ von 1890 internationales Renommee erworben. Er betrachtete die Stadt als Ort konkurrierender Interessen und den Plan als Programm, «nach welchem die private und öffentliche Bautätigkeit, sowie der grosse und kleine Verkehr sich einrichten sollen».¹¹² In seinem Gutachten¹¹³ lobte Stübben vor allem die «allgemeine Verkehrsdisposition der Strassenzüge». Im Detail aber mahnte er freundlich zu mehr Rücksicht auf «die Örtlichkeit, ferner die Schönheit des Strassenbildes, die Bebauung der Blöcke und die Wahl und Gestaltung der Bauplätze öffentlicher Gebäude», um dem Plan «einen mehr individualisierten und anziehenden Charakter zu verleihen». Die bestehenden Wege und Eigentümlichkeiten des Terrains sollten dabei mehr gewahrt werden. Seine Einwände zeigen eine grundsätzliche Differenz zu Riggenbachs Denkweise. Für Riggenbach musste der zweidimensionale Plan stimmen, er sollte als solcher ästhetisch befriedigen und überzeugen.

Stübbens Vorschläge entsprangen dagegen einer dreidimensional-räumlichen Vorstellung von Stadt als Lebensraum: «Ebenso wichtig wie die Anforderungen des Verkehres, der Bebauung und der Schönheit sind die Grundbedingungen der öffentlichen Gesundheit an Leib und Seele. Die Rücksicht auf diese macht es dem Entwerfer eines Stadtplanes zur Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Stadt der Zukunft mit grünen Ruheplätzen in hinreichender Zahl und Grösse, in richtiger Lage und Anordnung versehen werde. Besonders wichtig ist diese Pflicht gegenüber den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung, die meist auf enge Wohnungen ohne Gärten oder sonstigen Pflanzenwuchs angewiesen sind.»¹¹⁴

Riggenbach hörte Stübbens Lob gern, überhörte aber die Kritik. Eine soziale, an den Menschen orientierte Planung war dem Ingenieur fremd. Er unterwarf alles dem zweidimensionalen Strassennetz, das Wohnen und Verkehr zu strukturieren hatte. Regierung und Grosse Rat folgten widerspruchslos seiner technischen Autorität.¹¹⁵ Insgesamt hatte der Strassenplan auf dem Westplateau etwas Ideenloses, Routiniertes angenommen. Der Ratschlag dazu meint denn auch gelangweilt: «Mit seiner Genehmigung wird das ganze Kantonsgebiet vom linken Birsigufer bis zum rechten Rheinufer erledigt sein.» Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sollte Basel West mit der Aufhebung des Kannenfeldfriedhofs (1951) und der Realisierung des St. Johannis-Parks (1992) auf dem alten Schlachthof-Areal ansehnliche, von der Stadtgärtnerei sorgfältig betreute grüne Erholungsräume erhalten. Aber Plätze, welche die Quartiere städtebaulich zentrierten und profilierten, fehlen bis heute.

Der Staat wird wohn- und bodenpolitisch aktiv

Die soziale Qualität der Stadtentwicklung wurde von anderer Seite angestossen. Ebenfalls Mitte der 1890er-Jahre geriet die ‹Wohnungsfrage› auf die politische Traktandenliste. Als Weckruf wirkte die von sozialdemokratischer Seite angeregte, weit herum beachtete Wohnungsenquête von Karl Bücher, die das sozial und hygienisch unhaltbare Wohnungselend in der Altstadt, aber auch die Illusion von Arbeiterhäuslein-Idyllen an der Peripherie des Stadtbanns blosslegte (1889).¹¹⁶ Eine Sanierung der verkommenen Innenstadt wurde dringlich, und die spekulationsgetriebene Bautätigkeit in den neuen Aussenquartieren rief nach staatlichen Vorgaben. Im gleichen Jahr wie der Strassenplan für das Westplateau kam endlich ein neues Hochbaugesetz zustande. Es erliess Sicherheits- und Hygienevorschriften für Neubauten und regelte das Verhältnis von Gebäudehöhe und Strassenbreite sowie zu Nachbarshäusern. Alle Wohnräume mussten nun direkt Licht von aussen erhalten und in den Aussenquartieren durfte kein Gebäude höher sein, als die zugehörige Strasse breit war. 1896 legte die Regierung «ein Programm für die Verbesserung der Wohnverhältnisse» vor, das mutige Vorschläge wie die günstige Abgabe von Boden für gemeinnützige Bauunternehmen enthielt, in der politischen Auseinandersetzung dann aber so zerzaust und blockiert wurde, dass erst 1906 ein gezähmtes Wohnungsgesetz in Kraft treten konnte.¹¹⁷

Die Stadt dehnte sich rasant aus. Mit der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards und der Modernisierung der Infrastruktur stieg auch die Tendenz zur Sesshaftigkeit der zuwandernden Arbeitskräfte.¹¹⁸ Man setzte nun auf vier- bis fünfstöckige Mehrfamilienhäuser mit Mietwohnungen. Wurden 1888 noch 170 Wohnhäuser mit 480 Wohnungen gebaut, so waren es zehn Jahre später bereits 383 Bauten mit 1657 Wohnungen. Die verdichtete Überbauung der Parzellen steigerte den Bodenwert und beflügelte die Spekulation. Für 1905 stellte Kantonsstatistiker Fritz Mangold fest, dass «83,4 % der Häuser und 86,9 % der Wohnungen auf Spekulation [also ‹auf Vorrat› und Kredit] erstellt worden» seien.¹¹⁹ Mangold urteilte damals im Rückblick auf die 1890er-Jahre: «Die Tatsache, dass das Wohnen in Basel in den letzten 15 Jahren im allgemeinen teurer geworden ist», habe als Ursache «das Steigen der Landpreise infolge der dichtern Bevölkerung der Stadt und die Spekulation mit Grund und Boden». Denn es seien aufs Ganze gesehen nicht die Baupreise selber, die steigen würden. Trotz höherer Löhne werde dank dem technischen Fortschritt und der Anwendung unechten Materials sowie der stärkeren Konkurrenz nicht teurer gebaut als früher. Deshalb «bleibe zur

Die verdichtete Überbauung beflügelte die Spekulation

170 Wohnhäuser mit 480 Wohnungen gebaut, so waren es zehn Jahre später bereits 383 Bauten mit 1657 Wohnungen. Die verdichtete Überbauung der Parzellen steigerte den Bodenwert und beflügelte die Spekulation. Für 1905 stellte Kantonsstatistiker Fritz Mangold fest, dass «83,4 % der Häuser und 86,9 % der Wohnungen auf Spekulation [also ‹auf Vorrat› und Kredit] erstellt worden» seien.¹¹⁹

Mangold urteilte damals im Rückblick auf die 1890er-Jahre: «Die Tatsache, dass das Wohnen in Basel in den letzten 15 Jahren im allgemeinen teurer geworden ist», habe als Ursache «das Steigen der Landpreise infolge der dichtern Bevölkerung der Stadt und die Spekulation mit Grund und Boden». Denn es seien aufs Ganze gesehen nicht die Baupreise selber, die steigen würden. Trotz höherer Löhne werde dank dem technischen Fortschritt und der Anwendung unechten Materials sowie der stärkeren Konkurrenz nicht teurer gebaut als früher. Deshalb «bleibe zur

Erklärung der Steigerung der Mietpreise eben nur die Steigerung des Bodenwertes übrig. Es ist daher auch in vielen Fällen nicht der Vermieter, der von den höheren Mietpreisen etwas profitiert, sondern – der Landspekulant». ¹²⁰ Mangolds Analyse findet unter Ökonomen bis heute Zuspruch, wenn auch in gedämpfter Formulierung: «Nicht die Häuser werden immer teurer, sondern eigentlich nur das Land, auf dem sie stehen.» ¹²¹

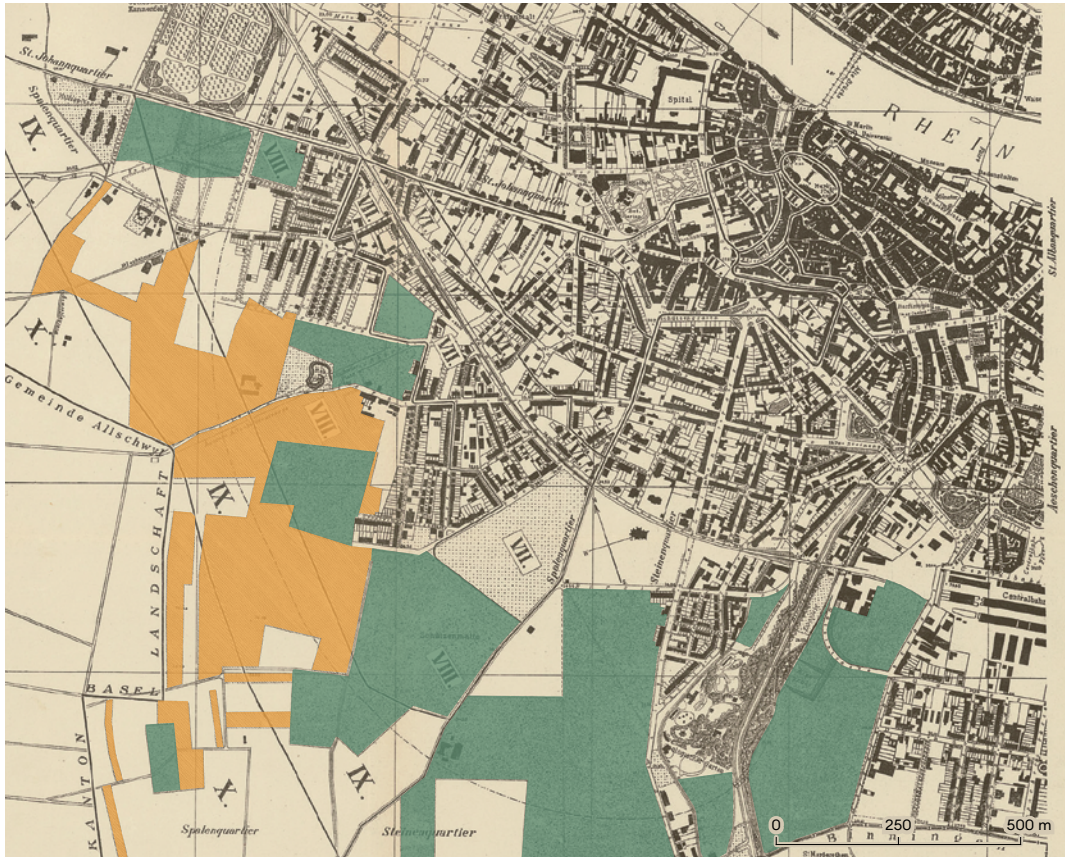
Damit ist ein Grundsatz angesprochen, der in jüngster Zeit wieder Geltung bekommen hat: Der Kampf gegen überbezahlte Mietzinsen und Spekulation muss bodenpolitisch ausgefochten werden. Eine erste Gelegenheit dazu ergriff der Regierungsrat erstmals mit dem Kauf eines grossen Bauernguts.

Der Kanton kauft das Walter-Dürst-Gut

Im Frühjahr 1894 interpellierte Heinrich Reese, damals noch Grossrat und Kantonsbaumeister, beim Regierungsrat mit der Frage, «ob es nicht im Interesse des Staates läge, sämtliches z. Z. noch im Privatbesitze befindliche unbebaute Terrain des Nordwestplateaus für den Staat anzukaufen». Dies brächte der öffentlichen Hand nicht nur Gewinn, sondern auch Planungsfreiheit und diene der «Lahmlegung der Speculation, welche sich ähnlich wie im Gundoldingquartier sofort nach Bekanntwerden principieller Entscheide in Sachen der Bahn oder des Stadtplanes auf Landankäufe im Nordwestplateau werfen wird». ¹²² Das bei Weitem grösste unbebaute Terrain auf dem Westplateau gehörte dem Ehepaar Joseph und Bertha Walter-Dürst und umfasste 40 Hektaren. Reese wusste, dass Joseph Walter-Dürst bereits mit Spekulanten über einen Verkauf seines Grundstücks in Kontakt war. ¹²³

Das Dürst'sche Gut mit seinem Hof an der Allschwilerstrasse (nahe der Einmündung der heutigen Sierenzerstrasse) dehnte sich in grossen Parzellen zwischen Neubad, Burgfelderstrasse und Kantonsgrenze aus [82]. Johann Georg Dürst-Habegger, seit 1836 in Basel niedergelassener St. Galler, war zunächst Pächter auf dem Hof seiner ledigen Tante, erbte deren Grundbesitz und vergrösserte ihn bis zu seinem Tod bei jeder Gelegenheit durch Zukäufe. 1880 wurde seine Tochter Bertha, noch minderjährig, als Alleinerbin unvermittelt neben dem Bürgerspital die grösste Landbesitzerin auf dem Westplateau. 1888, eben zwanzigjährig, heiratete sie den Tapezierer Joseph Walter, Sohn einer Wäscherin an der Gerbergasse. Das junge Ehepaar hatte offensichtlich weder Lust noch Kompetenz, den ausgedehnten Landwirtschaftsbetrieb zu führen. Vielmehr lockte die Aussicht, die Parzellen als potenzielles Bauland am Stadtrand zu versilbern. Kantonsbaumeister Reese erfuhr davon, und seine Interpellation ermunterte das Finanzdepartement

Landbesitz auf dem Westplateau, 1895



82 Mit dem Kauf des Walter-Dürst-Gutes auf dem Westplateau wurde der Kanton erstmals im Gebiet der erweiterten Stadt zum bedeutenden Grundbesitzer. Er verkaufte das meiste Land bis nach dem Zweiten Weltkrieg für Einnahmen in die Staatskasse, gab aber auch manches im Baurecht ab.

— Areal Walter-Dürst
— Areal des Bürgerspitals

unter Paul Speiser, unverzüglich Kontakt mit Walter aufzunehmen. Staatskassier Linder war mit den Verhandlungen beauftragt und rapportierte seinem Chef minutiös den vierwöchigen Gang der Gespräche: «Ich habe aber den Eindruck und lese aus seinen Mienen, die eine innerliche Befriedigung nicht verbergen können, dass wir annähernd zu fr. 4.- kaufen können. Aus allerhand Aeusserungen ist zu merken, dass er auf ein Zustandekommen eines Kaufs hofft.»¹²⁴ In einer letzten

Sitzung auf dem Finanzdepartement kam Walter nochmals einen Schritt entgegen. Man einigte sich auf 4,25 Franken, und am 31. Oktober 1895 segnete der Grosse Rat den Kauf für die Summe von 1 718 895 Franken ab.

Der Erwerb des Walter-Dürst-Guts war der erste bedeutende kantonale Bodenkauf in der Geschichte der Basler Stadterweiterung. Der neue Boden sollte zunächst hauptsächlich als Einnahmequelle dienen: Die Areale des Walter-Dürst-Guts waren bis ins Jahr 1952 am staatlichen Grundstückhandel beteiligt, dann erst wurde das separat geführte Konto aufgehoben.¹²⁵ Wie viel im Laufe der Jahre verkauft, wie viel im Baurecht abgegeben oder gemeinnützigen Zwecken zugeführt wurde, ist unerforscht.

Die gemeinnützige Nutzung des neuen Staatsareals genoss jedenfalls vorerst einen bescheidenen Stellenwert, wenn man von der Errichtung öffentlicher Gebäude wie dem Gotthelf- und später dem Gottfried-Keller-Schulhaus absieht. Auf Betreiben des Frauenvereins, des Naturheilvereins und der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) räumten die Behörden den «Schüलगärten» beim Gotthelf-Schulhaus ein Areal von 150 Aren ein. Achtzig Schülerinnen und Schüler konnten darauf zweimal wöchentlich während anderthalb Abendstunden einen Beitrag zur Lebensmittelversorgung ihrer Familien leisten. Manche dieser Gärten konnten auch von den Familien bewirtschaftet werden. Pflanzgärten waren Erziehungsräume, deren Wert man in der produktiven, naturnahen, gesunden und familienunterstützenden Beschäftigung der Jugend sah.

Die historische Bedeutung des Kaufs des Walter-Dürst-Guts liegt aber darin, dass sie eine öffentliche Auseinandersetzung über staatlichen Bodenbesitz einleitete. Wenige Wochen vor dem Grossratsentscheid beurteilte Johann Friedrich Schär, Bodenreformer und Pionier der Schweizerischen Genossenschaftsbewegung, in den «Basler Nachrichten» die möglichen Optionen im Umgang mit staatlichem Bodenbesitz: Das Land für künftige staatliche Bauten aufzubewahren, sei sinnlos, weil es bloss ringsum die Spekulation anheize. Wenn Land als parzelliertes Bauland gewinnbringend verkauft werde, sei es ebenfalls der Spekulation preisgegeben und steigere die Mietpreise. Staatswohnungen auf Staatsland fänden «als Sprung in den Socialstaat» keine Akzeptanz. Die Lösung beruhe vielmehr darin, dass der Staat den Boden behalte und nur seine Nutzung gegen eine jährliche Grundrente verkaufe. Dann fliesse ihm von den Bodennutzern Geld zu, das er brauchen könne, ohne preisstegernd zu wirken.¹²⁶ Schär favorisierte damit die Idee des «Baurechts».

Derselbe Gedanke war auch dem liberalkonservativen Regierungsrat Speiser sympathisch und vertraut, ohne dass er dabei den «Boden der freien Wirtschaft verlassen wollte».¹²⁷ Sein Vorschlag einer «Überlassung von Baugrund zu günstigen

Wem gehörte der städtische Boden?

Mit der Stadterweiterung nahmen auch staatliche Bodenkäufe zu. Sie entzogen die betreffenden Flächen der Spekulation und stellten sie ‹auf Vorrat› den wachsenden Aufgaben in den Bereichen Stadtgestaltung und Wohnpolitik zur Verfügung.

Der Kanton besass 1893 knapp zwanzig Prozent der parzellierten kantonalen Gesamtfläche, rund 645 Hektaren. Dazu zählten insbesondere die Güter der Christoph Merian Stiftung und des Bürgerspitals. Nicht eingerechnet ist hier die Gesamtfläche der Strassen, die allein zwischen 1885 und 1893 um über 33 Hektaren zunahm. Der Anteil privater Grundbesitzer am parzellierten Boden betrug 71,3 Prozent, rund 2333 Hektaren. Die restlichen knapp neun Prozent verteilten sich auf Stiftungen, Genossenschaften (0,05 Prozent), auf Aktiengesellschaften wie die Schweizerische Centralbahn,

Banken und Industrie (4,32 Prozent) und auf andere Körperschaften.

Bis zum Ersten Weltkrieg erwarb der Kanton weitere Grundstücke: im Jahr 1895 das Walter-Dürst-Gut im Umfang von 40,4 Hektaren, 1897 das Margarethen-Gut mit 42 Hektaren, wobei deren 33 auf Boden des Kantons Baselland lagen, 1898 die Lehenmatt mit 2,6 Hektaren, 1899 in Kleinhüningen 4,5 Hektaren, 1902 das Rosengartengut mit 1,9 Hektaren, 1911 das Schneider-Elmer-Gut mit 10,1 Hektaren, 1913 die ehemalige Klybeckinsel mit 6,1 Hektaren und im selben Jahr mit 14,1 Hektaren das Gebiet des ersten Badischen Bahnhofs, ab 1918 das Areal der Mustermesse und dann der Messe Basel. Die kantonalen Landkäufe dauerten nach dem Ersten Weltkrieg fort, dazu gehörten das Hörnli, der Landauerhof und die Sandgrube.¹²⁸

Bedingungen an gemeinnützige Baugesellschaften und an Baugenossenschaften behufs Errichtung von billigen Wohnungen zum Zwecke des Verkaufs oder der Vermietung»¹²⁹ wurde aber in den Mühlen der politischen Auseinandersetzung vorerst zermahlen. Nichts mehr stand davon im Wohngesetz von 1906.

Der Kampf um das Baurecht

Die konkrete Anwendung des Baurechts liess auf sich warten. Erst 1912 erhielt sie in Art. 779 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs ein juristisches Fundament. Sogleich legte Regierungsrat Speiser dem Grossen Rat einen von langer Hand vorbereiteten Baurechtsvertrag mit der ‹Basler Wohngenossenschaft› (BWG) vor.¹³⁰ Speiser wollte damit ein Pionierprojekt realisieren. Die BWG war 1900 gegründet worden und markierte den Anfang schweizerischer Baugenossenschaften. Sie kaufte zunächst bereits bestehende Liegenschaften mit dem Zweck, «ihren Mitgliedern gesunde und billige Wohnungen im Gebiet der Stadt Basel und Umgebung zu verschaffen». Insbesondere wollte sie mit einem unkündbaren Mietrecht

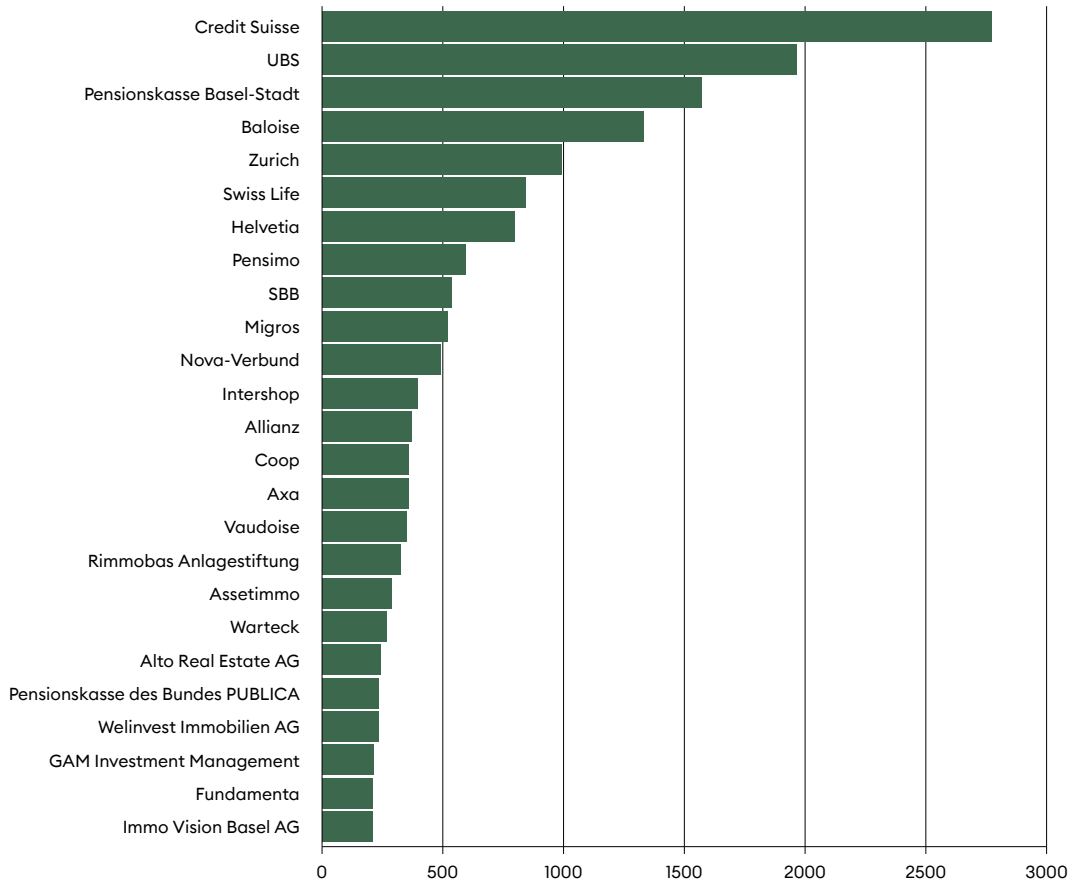
den häufigen Wohnungswechseln entgegenwirken. Die Mitgliedschaft stand allen mit Wohnsitz in Basel und Umgebung offen.

Nun sollte die Genossenschaft auf dem ehemaligen Walter-Dürst-Areal ein Geviert von 1748 Quadratmetern an der Ecke Buchenstrasse und Eichenstrasse im Baurecht erhalten, unkündbar auf dreissig Jahre. Der jährliche Baurechtszins betrug 80 Rappen pro Quadratmeter. Trotz recht energischem Widerstand stimmte der Grosse Rat dem Vertrag deutlich zu. Dann aber wurde das Referendum ergriffen und es folgte ein heftiger Abstimmungskampf. Während die Befürworter des Baurechts gegen den Boden- und Mietzinswucher vom Leder zogen, warnen die Gegner vor einem «sozialistischen Versuchskarnickel», das in Form eines Vertrags mit einer Genossenschaft ein Ausnahmegesetz schaffe, das nichts mit Gemeinnützigkeit zu tun habe, der Rechtsgleichheit widerspreche und einen staatlichen Wohnungsbau einleite.¹³¹

An einer Versammlung in der Burgvogtei versachlichte Paul Speiser unmittelbar vor dem Abstimmungssonntag die Diskussion. Als ein Vertreter des Referendumskomitees meinte, zwischen Vermieter und Mieter herrschten keine Gegensätze, die sich nicht durch gegenseitiges verständnisvolles Entgegenkommen beseitigen liessen, konterte Speiser mit der Feststellung, dass zwischen Mietern und Eigentümern immer Gegensätze bestünden, indem jene an einem kleinen, diese an einem grossen Mietzins Interesse hätten. «Die wirkliche Versöhnung liegt in der Wohngenossenschaft, wo Mieter und Vermieter die gleichen Personen sind.»¹³² Trotz der Ja-Parolen auch der bürgerlichen Parteien obsiegte die Zustimmung zum Baurechtsvertrag nur mit einem knappen Mehr von 325 Stimmen. Das Baurecht der BWG gilt bis heute und steht am Anfang einer langen Reihe von Wohngenossenschaftsprojekten, die dazu führten, dass Basel in der Zwischenkriegszeit eine schweizerische Pionierrolle im Bereich der Wohngenossenschaften einnahm.¹³³ Bekannt sind vor allem die variantenreichen Siedlungen von Hans Bernoulli im Gebiet des Langen Loh (ebenfalls Walter-Dürst-Land) und im Hirzbrunnenquartier.

Das Baurecht ist bis heute das wichtigste Instrument geblieben, um staatliche Handlungsfreiheit in der Stadt- und Wohnpolitik zu wahren und einer überbordenden Spekulation entgegenzutreten [83]. 2016 nahm das Basler Stimmvolk mit fast 67 Prozent die «Neue Bodeninitiative» an, wonach die Regierung sich verpflichtete, staatlichen Bodenbesitz zu behalten und nur noch im Baurecht abzugeben.¹³⁴ Der Staat kaufte unterdessen auch Wohnareale auf, um Wohnungen langfristig der Spekulation zu entziehen. Vom Laissez-faire der Spekulation des 19. Jahrhunderts hat sich das Gewicht zugunsten aktiver staatlicher Eingriffe in die Boden- und Wohnungspolitik verschoben.

Privatbesitz an Boden und Wohnraum in Basel, 2021



83 Wem gehört Basel heute? Die Darstellung zeigt die grössten Privatplayer auf dem baselstädtischen Boden- und Wohnungsmarkt. Nach einer Recherche von reflect.ch und Bajour aus dem Jahr 2021 gehört rund ein Drittel aller Wohnungen in Basel-Stadt mittlerweile institutionellen, renditeorientierten Unternehmen. Dem Staat gehörten 2016 etwa 24 Prozent der bebaubaren Kantonsfläche (Berechnung der Initiant:innen der kantonalen «Neuen Bodeninitiative» von 2016).

■ Anzahl Wohnungen

Auf den Strassen

Daniel Hagmann

Könnten Pflastersteine sprechen, sie hätten viel zu erzählen. Wie sich die Fahrbahnen der Stadt ausdehnten, wie sich Fahrzeuge und Menschen immer schneller vorwärtsbewegten, wie sich die Kräfteverhältnisse zwischen Tier, Mensch und Maschine veränderten ... Der Augenschein auf den städtischen Verkehrswegen des 20. Jahrhunderts erzählt vom Platzbedarf des Verkehrs, von der Ordnung im Strassenraum und vom Traum der Mobilität. Mit dem beginnenden Siegeszug der Fotografie vor gut 150 Jahren wandelt sich auch die Überlieferung bildlicher Quellen. Auf den Gemälden, Stichen und Skizzen früherer Jahrhunderte sind eher spärlich belebte Strassen zu sehen, Tiere und Menschen wurden als statische Figuren ins Bild gesetzt. Der technologische Fortschritt veränderte nicht nur den realen Strassenraum, sondern auch dessen Abbildung. Parallel zur Massensmotorisierung produzierte die Fotografie im 20. Jahrhundert vermehrt Bilder von Beschleunigung und Verdichtung.





85



86



87



- 85 Auf dem Münsterplatz, 1958.
- 86 Auf dem Marktplatz, 1950.
- 87 Beim Centralbahnplatz, 1943.
- 88 Im Kleinbasel, 1969.
- 89 Bei der Markthalle, zwischen 1930 und 1960.
- 90 Am Kohlenberg, zwischen 1930 und 1940.



91



92



93

- 91 Auf dem Marktplatz, zwischen 1930 und 1960.
- 92 Bei der Markthalle, zwischen 1930 und 1960.
- 93 Die letzte Pferdepost vor der Markthalle, 1955.
- 94 Auf dem Münsterplatz, zwischen 1950 und 1980.





95 Überführung Morgartenring, 1971.



96 Unterführung Centralbahnplatz, 1968.



97 Erste Ampel, Schiffände, 1950.

98 Steinenberg, zwischen 1970 und 1971.

99 Bankverein, 1949.

100 Aeschenplatz, 2002.



Die automobilen Stadt

Markus Ritter

Städte zeichnen sich aus durch kleinräumige Dichte der Bewohnerschaft, urbane Bildungs-, Kultur- und Sanitätseinrichtungen und ihre Rolle als Wirtschaftsraum, Handels-, Tausch- und Denkplatz. Das Auto dringt erst spät in die urbanen Lebenswelten ein. Lebenspraktische Aspekte verflechten den Autoverkehr allmählich ins gesamte Stadtgefüge. Basel ist schon flächenhaft weit gebaut mit seinem modernen Wohnungsbestand und Strassennetz, als das Automobil 1949 unvermittelt ins politische Bewusstsein tritt. Die Stadt war entstanden, als im Städtebau kein motorisiertes Verkehrsmittel bekannt war. Das Massenverkehrsaufkommen in den 1970er-Jahren, das sich seither festgesetzt hat, spaltet die Meinungen über die Nutzung und Gestaltung des Lebensraums Stadt. Ein kurzer Überblick vergegenwärtigt diesen Prozess.

Das Automobil ist dem Städtebau lange fremd

Die neuen Aussenquartiere Basels werden seit 1860 entworfen und gebaut. Die Stadterweiterung führt im zunehmend ausgedehnten Strassennetz zu einem Wachstum des nichtmotorisierten Verkehrs. Die Stadterweiterung ist 1950 in ihrer Flächenausdehnung weitgehend abgeschlossen.¹³⁵ Im selben Zeitraum von 1860 bis 1950 wächst die Bevölkerung von 38 000 auf 197 000 Einwohner:innen. Verkehrsbewegungen für Versorgung und Transporte nehmen dementsprechend zu. Der Motorfahrzeugverkehr bleibt aber noch über Jahrzehnte hinweg gering. 1920 sind in Basel 938 Motorwagen registriert, 1938 sind es 5832 – was einem Bestand von 34,3 Motorwagen auf 1000 Einwohner:innen entspricht. In den Kriegsjahren seit 1940 bricht der Motorfahrzeugbestand komplett ein.¹³⁶

Die Menschen in der Stadt empfinden um 1870 selbst vergleichsweise geringen Verkehr als Belästigung: Im Ratschlag vom 2. Dezember 1872 zur Korrektur der Inneren Stadt steht, dass das Verkehrsaufkommen auf der Mittleren Brücke «vom Standpunkt des Fussgängers aus immer mehr den Charakter des Unerträglichen angenommen hat». Wenn 1922 über den «gewaltigen Verkehr» auf der Viaduktstrasse geklagt wird, so betrifft das täglich dreihundert bis vierhundert Fahrzeuge.¹³⁷

1897 veröffentlicht die Regierung für die Grossbasler Altstadt den ersten, 1929 den zweiten und 1933 einen dritten Korrektionsplan mit eingeeengten Bau-

linien. Krisenjahre verzögern die Ausführung.¹³⁸ Der Motorfahrzeugverkehr ist damals, wie die Statistik belegt, kein zureichender Grund für den Abbruch von mehreren Hundert gotischen Wohnhäusern. Interesse an dieser Innenstadtkorrektion hatte der Immobilienmarkt. Ein Strassenzug vom Blumenrain zum Barfüsserplatz ist zwar 1897 und später bis 1949 in Altstadt-Korrektionsplänen vorgesehen – aber freilich zunächst nicht für den Autoverkehr, sondern zur Entlastung der 1895 durch die Talstadt eingeführten Tramlinien. Der spärliche Autoverkehr wickelt sich 1949 in der Altstadt zusammen mit dem Tram-, Velo-, Fussgänger- sowie dem Fuhrwerk- und Lastwagenverkehr ab.

Der Autoverkehr spaltet 1949 die Meinungen

Ende 1949 tritt das Automobil in einer grossen Szene ins politische und geschichtliche Bewusstsein der Basler Bevölkerung. Die stimmberechtigten Männer werden am 11. Dezember zur Referendumsabstimmung aufgerufen. Entschieden wird über eine Vorlage, die vom Regierungsrat und sämtlichen Parteien befürwortet wird: den Bau der ‹Talentlastungsstrasse›. Sie soll quer durch die Altstadt führen, vom Blumenrain zum Aeschenplatz. Die neue Strasse ist auf sechzehn Meter Fahrspurbreite ausgelegt und dient laut Befürwortern der autogerechten Altstadterschliessung.¹³⁹

Das Auto hat in den späten 1940er-Jahren nicht eben einen guten Ruf: als ‹Hitler-Gamelle› haftet ihm der propagandistische Beigeschmack von Volksmobilität auf Reichsautobahnen an. Das Referendum gegen den ‹Korrektionsplan Grossbasel› ergreift eine Studentengruppe rund um Lucius Burckhardt, den späteren Soziologen und Städtebaukritiker. In vier Tagen sammeln sie die nötigen zweitausend Unterschriften. Mit 22 027 Ja und 15 431 Nein stimmt die Mehrheit der Stimmberechtigten zwar dem Abbruch- und Strassenbauprojekt zu. Indessen überrascht der hohe Anteil der Gegner die politische Elite angesichts deren einmütiger Zustimmung. Das Auto wird über Nacht zum politischen Streitobjekt.

Trotz dem zustimmenden Volksentscheid wird das Altstadt-Strassenprojekt nie realisiert. Das ist der verwickelten Geschichte des Automobils in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschuldet, die nun zu erzählen bleibt.

Das Zeitalter des Automobils beginnt: 1950er- bis 1970er-Jahre

Das Zeitalter des Autos beginnt in Basel um 1950 und dauert zunächst bis 1979. Diese Phase der Stadtentwicklung steht im Zeichen der Verkehrsplanung bezie-

hungsweise des Hochleistungsstrassenbaus. Der Bestand der Personenwagen steigt im Zeitraum 1949 bis 1980 von 7216 auf 56103.¹⁴⁰

Die Ideologien von Freiheit und Konsum ergreifen und beflügeln die Fünfzigerjahre-Gesellschaft. Nicht mehr die Transporte und die weiten, schlecht erreichbaren Ziele erzeugen nun Autoverkehr, sondern die zunehmenden Sonntags-, Freizeit- und Kurzstreckenfahrten innerhalb der Stadtquartiere. Das Auto wird zu einem Prestigeobjekt in der Bevölkerung. Das Mobilitätsbedürfnis explodiert förmlich.¹⁴¹ In dieser Hinsicht bemerkt Lucius Burckhardt: «Das Auto ist nie zu Ende erfunden worden.»¹⁴² Die allgegenwärtigen Auswirkungen auf Raum, Umwelt und Zusammenleben sind nicht voraussehbar.

Die Zerstörung der Altstadt für den Autoverkehr ist verhindert worden. Zwar wird 1956 bis 1966 noch die noble Aeschenvorstadt abgerissen, löst aber in der Bevölkerung viel Unmut aus und bleibt in Erinnerung als Abriss erhaltenswürdiger Altstadt.¹⁴³ In der Folge wird die Altstadt konserviert und der Strassenbau verlagert sich in die Aussenquartiere. Und dort ist er massiv. Die internationale Autobahn wird für den Fernverkehr gebaut, soll aber auch Stadtverkehr sammeln.¹⁴⁴ Der «City-Ring» soll die Autos kreuzungsfrei aus dem Umland bis zum Rand der Altstadt führen.¹⁴⁵

Der Hochleistungsstrassenbau setzt in der Stadt Basel gutachterlich 1958 ein. Der deutsche Autobahnplaner Kurt Leibbrand unterbreitet einen Gesamtverkehrsplan für Basel. Er schlägt im Wesentlichen vor, den Fernverkehr nach Frankreich und nach Deutschland auf zwei Autobahnzweigen im Westen und im Osten der Stadt abzuführen. Dagegen lehnen sich 1963 die Basler Fachverbände mit einem eigenen Gutachten auf. Dieses sieht zwei Autobahnringe im Stadtgebiet und eine Tiefbahn für den ÖV vor: einen äusseren Autobahnring und den inneren «Cityring».¹⁴⁶ Das geplante Tiefbauvolumen wird dadurch stark vermehrt.

Der Strassenverkehr seit 1980

Wenn in Basel anno 1949 erst 31,9 und im Jahr 2022 301,1 Personenautos auf 1000 Einwohner:innen gezählt werden,¹⁴⁷ so sind das ganz atypische Verhältnisse. Denn zwei Drittel der Einwohner:innen bewegen sich in Basel mit Bus und Tram, im Fuss- und Fahrradverkehr. Üblicherweise besitzt in europäischen Städten die starke Mehrheit ein Auto. Dass Autobesitz in Basel die Minorität von kaum einem Drittel der ständigen Wohnbevölkerung betrifft, ist ein Erfolg der konsequenten Förderung des Öffentlichen Verkehrs. Zwar hat die Autoziffer nach der Einführung eines Tarifverbands-Abonnements 1985 für den ÖV noch bis 2012 zugenommen, sinkt aber seither auf den Ausgangsbestand zurück.



101 Verkehrskanzel an der Heuwaage.
Foto: Hans Bertolf, 1965.

Der Personenwagenbestand stagniert seit den 1990er-Jahren bei 59 000 bis 63 000 Fahrzeugen. Die Anzahl Arbeitsplätze in der Stadt hingegen wächst seit 1998 kontinuierlich. Das erzeugt Verkehr. Gemäss den Zahlen von 2021 wohnen 205 000 Menschen in der Stadt und 193 002 arbeiten hier. Letztere kommen täglich aus dem gesamten trinationalen Regio-Raum. 86 500 Pendler, die meisten mit dem Auto, manifestieren täglich bewegten und ruhenden Verkehr im Stadtstrassennetz. Und dies zusätzlich zum gewerblichen Zulieferer- und Transportverkehr und den Verkehrsbewegungen der Wohnbevölkerung.

Zu den Pendlerzeiten sind in Basel täglich Strassen verstopft. Der Autoverkehr verursacht Immissionen mit Lärm und Luftschadstoffen, behindert den ÖV-Verkehrsfluss und führt im Durchschnitt täglich zu einem Strassenverkehrsunfall mit Personenschaden.¹⁴⁸ Der ‹Verkehrsplan Basel 2001› setzt dem Automobilverkehr Grenzen und leitet eine neue Nutzungsaufteilung der Strassenfläche ein.¹⁴⁹

Das Auto wird in den Lebensraum eingepflegt

Verkehr ist im städtischen Wohnumfeld nie anders denn als ein Problem wahrgenommen worden. Die stürmische Verkehrsentwicklung löst Klagen aus. Der Bericht ‹Raumordnung Basel. Ziele, Konzepte, Realisierungen› von 1983 verhandelt

das Problem unter den Zielen des Raumplanungsgesetzes von 1979. Trefflich, aber resignativ wird die Ambivalenz des Stadtverkehrs beschrieben: «Die stärkste Veränderung der Wohnqualität in Basel wurde durch die enorme Zunahme des privaten Motorfahrzeugverkehrs in den letzten 30 Jahren verursacht. Die Immissionen (Lärm, Gestank, Erschütterungen) und der Flächenbedarf für den fahrenden und ruhenden Verkehr belasten bis auf wenige Ausnahmen die Wohnquartiere sehr stark. Der Widerspruch zwischen der individuellen Wertschätzung des privaten Autos und der generellen Verurteilung seiner Folgen ist eines der faszinierenden Phänomene der städtischen Gegenwartskultur [...]».¹⁵⁰

Milliardenbeträge wurden in den letzten Jahrzehnten für kreuzungsfreie Autostrassen im Siedlungsgebiet Basels aufgewendet. Das Ziel, mit der Kanalisierung einen flüssigen Autoverkehr zu gewährleisten, wird aber regelmässig schon wenige Jahre nach Erstellung neuer Abschnitte der Hochleistungsstrassen verfehlt. Der flüssige Verkehr schwillt tagesperiodisch zur Flut an und verstopft auch das Stadtstrassenetz. Ein Milliardenbetrag ist veranschlagt für den Um- und Rückbau des Strassenraums. Sowohl die Zuordnung der Allmend auf residentielle und mobile Anspruchsgruppen als auch die Stadtgestaltung im öffentlichen Raum sind im 21. Jahrhundert strittig geworden. Trends im zeitgenössischen Städtebau sind: flächendeckende Verkehrsberuhigung, Verkehrssicherheit für Fussgänger, Road Pricing, Entsiegelung und Bepflanzung mit schattenspendendem Gehölz.¹⁵¹

Das Auto ist in der gesamten Stadtgeschichte ein junges Phänomen. In herrschendem Ausmass tritt Autoverkehr in den Achtzigerjahren hervor. Massenmotorisierung erscheint der Städtebau-Praxis damals als unbewältigbar. Aber unbefriedigender Wohnraum führt zur Stadtflucht. Schlecht nutzbarer öffentlicher Aufenthaltsraum schränkt geselliges Zusammenleben ein. In täglichen Staus erlahmt der Autoverkehr.

Was im historischen Städtebau-Prozess nie im Zusammenhang angedacht und entwickelt wurde, was seit 1960 in punktuellen Kleinprozessen dysfunktional ineinandergeschoben und überlagert ist, hat zu Qualitätseinbussen in allen drei urbanen Raumkategorien geführt: im Wohnraum, im öffentlichen Raum und im Verkehrsraum. Die Qualitäten des urbanen Raums erfahren durch das Automobil keine Förderung. Im frühen 21. Jahrhundert zeichnet sich ein tiefgreifender Aushandlungsprozess um die Gestaltung und Nutzung des städtischen Strassenraumes ab.¹⁵² Das Automobil wird in den Lebensraum der Wohnstadt eingepflegt. Ob es auch jemals zu Ende gedacht werden wird?

Basel am Bosphorus: Wasserprojekte eines Raumwandlers

Yiğit Topkaya

Die Modernisierung der städtischen Wasserversorgung in Basel steckte noch in den Anfängen, als 1862 der im sächsischen Mutzen geborene Heinrich Gruner am Aeschengraben ein Ingenieurbüro gründete, das die Einrichtung von Gasbeleuchtung und Wasserversorgung anbot.¹⁵³ Zwei Jahre zuvor hatte sich Gruner am Rheinknie niedergelassen und beim Ausbau der Gasfabrik vor dem St. Johannis-Tor mitgeholfen.¹⁵⁴ Das Handwerk hatte er auf der britischen Insel erlernt und in den 1850er-Jahren als einer der ersten Ingenieure Gaswerke für deutsche Städte nach englischem Vorbild gebaut. In Basel und später auch im Ausland wandte sich Gruner ab Ende der 1860er-Jahre ganz der Wasserbautechnik zu.¹⁵⁵

Zu dieser Zeit stützte sich Basels Wasserversorgungssystem noch auf traditionelle Brunnenwerke, die dem Wasserbedarf der wachsenden Bevölkerung und Industrie trotz technischer Verbesserungen nicht mehr genügten. Die Stadtbehörde fasste daher 1863 den Entschluss, ein zentrales Wasserversorgungssystem bauen zu lassen. Damit fügte sich Basel in die Reihe europäischer Industriestädte ein, die in den 1860er- und 1870er-Jahren neue Wasserwerke mit weitverzweigten Rohrnetzen errichteten.¹⁵⁶ Eine zentrale Wasserversorgung war indes nicht allein notwendig wegen des steigenden Wasserbedarfs. Als neuartige Verteilungsform, die sauberes Wasser in die privaten Häuser leitete, fungierte deren Einrichtung auch als gesundheitspolitische Hygienemaßnahme im Kampf gegen Seuchen.¹⁵⁷ Cholera- und Typhusepidemien suchten Industriezentren und Metropolen wiederholt heim, so auch Basel in den Jahren 1855 und 1865 (vgl. <Cholera in der dreidimensionalen Stadt>, S. 59–61).¹⁵⁸ In London, wo sich die Schattenseiten der Industrialisierung früher als anderswo zeigten, forderte 1831 eine Choleraepidemie rund fünfzigtausend Opfer.¹⁵⁹ In den 1830er-Jahren formierte sich dort denn auch eine <Public Health>-Bewegung: Man baute eine öffentliche Gesundheitsfürsorge auf und entwickelte Planungselemente zur Verbesserung der stadthygienischen Lebensverhältnisse. Die Impulse aus England wurden schon bald auf dem Kontinent aufgenommen, nicht zuletzt dank internationaler Foren, die ab den 1850er-Jahren zum Austausch über Stadthygienefragen stattfanden.¹⁶⁰

Der britische Einfluss auf die Entwicklung des städtischen Versorgungssystems lässt sich auch in Basel beobachten, wo seit dem Entfestigungsbeschluss



102 Bau des Wasserreservoirs der Grellinger Wasserversorgung auf dem Bruderholz, Aquarell von Johann Jakob Schneider, 1865.

von 1859 Vorgaben für Kanalisation, Wasser- und Gasversorgung Teil der Stadterweiterungspläne waren.¹⁶¹ So verpflichtete man 1865 den englischen Ingenieur J. Moore als Projektleiter für den Bau der zentralen Wasserversorgung und beauftragte eine englische Firma mit den Rohrlegungsarbeiten [102].¹⁶² Ingenieure, die auf der britischen Insel das Handwerk erlernt hatten, waren international gefragt und trugen zur Verbreitung moderner Wasserbau- und Stadttechniken bei. Das zeigt sich nicht zuletzt in Gruners Lebenslauf: Ab den 1870er-Jahren richtete er Wasserversorgungsanlagen in der Schweiz, in Deutschland, Holland, Italien und im Osmanischen Reich ein.¹⁶³ Seine Wasserprojekte zeugen von einem internationalen Markt, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für städtische

Infrastrukturprojekte entstand. Bei der Einrichtung der Wasserversorgung in Basel spielte Gruner indes eine Nebenrolle.

Gruners Wasserprojekte in Basel

Die alten Basler Brunnenwerke speisten «um 1860 etwa 60 öffentliche Brunnen mit Quellwasser aus der näheren Umgebung».¹⁶⁴ Diese befanden sich ausschliesslich innerhalb der Stadtmauern, während ausserhalb des Mauerrings neue Quartiere aus dem Boden wuchsen und Gewerbe und Industrien expandierten.¹⁶⁵ Man hatte das traditionelle Versorgungssystem gelegentlich erneuert, etwa 1824, als die hölzernen Wasserleitungsrohre, sogenannte Teucheln, durch eiserne Rohre ersetzt wurden, um den Wasserverlust zu reduzieren. Doch im Zuge von industrieller Expansion und raschem Bevölkerungswachstum stiessen die alten Brunnenwerke an ihre Leistungsgrenzen, sodass in den 1850er-Jahren der tägliche Pro-Kopf-Konsum aufgrund des zunehmenden Wassermangels von vierzig auf dreissig Liter fiel.¹⁶⁶

Ein weiteres Problem stellte die Wasserqualität dar: Private Grundwasserbrunnen in den Hinterhöfen, sogenannte Sodbrunnen, die neben öffentlichen Brunnen ebenfalls zur traditionellen Wasserversorgung zählten, lagen oftmals in unmittelbarer Nähe zu Abortgruben und bildeten eine ständige Gefahr von Grundwasserverseuchungen. Das Trinkwasser wurde damit zu einem «verheerenden Herd der epidemischen Ausbreitung von Cholera- und Typhuserkrankungen».¹⁶⁷

Angesichts von Wassermangel und einem ungenügenden traditionellen Versorgungssystem setzte die für das Brunnwesen zuständige Stadtbehörde Anfang der 1860er-Jahre eine Sonderkommission ein. Unter den Projekten, die ihr unterbreitet wurden, stammte eines von Heinrich Gruner.¹⁶⁸

Gruner hatte sich 1862 selbstständig gemacht und führte eine Reihe von Gaswerkbauten und Wasserrohrleitungen in Basel und Umgebung aus. Sein erster grosser Auftrag war die Zufuhr des Bottminger Wassers zum Münsterwerk.¹⁶⁹ Das Projekt, das er der Kommission für Wasserfragen vorschlug und im Sommer 1863 realisieren konnte, verlief nicht nach Wunsch: Nur wenige Wochen nach Abschluss der Bauarbeiten wurden aufgrund von technischen Mängeln Nachbesserungen nötig, und statt eine «technische und kommerzielle Visitenkarte»¹⁷⁰ für Gruner zu werden, bescherte ihm die erste wichtige Arbeit einen Rechtsstreit mit dem städtischen Brunn- und Bauamt. Auch wenn es 1869 zu einer gütlichen Einigung kam, hatte sich Gruners Aussicht auf weitere Aufträge in Basel deutlich verschlechtert, trotz zwischenzeitlich weiterer Projekte für die Basler Wasserversorgung.¹⁷¹ Er löste sein Büro auf, orientierte sich Richtung Ausland und baute in den 1870er-Jahren

Wasserwerke in Sachsen, Bayern und im Elsass, bevor er 1882 nach Basel zurückkehrte. In der Folgezeit wurde er für «nahezu jedes elsässische Städtchen von Gebweiler bis Hagenau» in Wasserangelegenheiten konsultiert.¹⁷²

Der Ruf an den Bosphorus

Ende 1890, als sich Gruner anlässlich der Projektierung und Ausführung eines Wasserwerks in Savona aufhielt, kontaktierte ihn die Eidgenössische Bank und bat ihn um eine ausführliche «telegraphische Darstellung [...] betreffend Staenglen und sein Scutari Wassergeschäft».¹⁷³ Gemeint war der Stuttgarter Investor Gottlob Emanuel Staenglen, der gemeinsam mit deutschen Investoren und mit Unterstützung der Eidgenössischen Bank die «Compagnie des Eaux de Skutari et Kadi-Keui Société Anonyme à Bâle» in der Absicht gegründet hatte, eine zentrale Wasserversorgungsanlage auf der asiatischen Seite des Bosphorus einzurichten.¹⁷⁴ Gruner, der mittlerweile den Ruf einer «in Wasserleitungsanlagen bekannten Autorität»¹⁷⁵ genoss, wurde in den Aufsichtsrat gewählt, leitete die Projektierungs- und Bauarbeiten und reiste Anfang der 1890er-Jahre zweimal nach Istanbul. Im Herbst 1893 wurde das Wasserwerk nach zweieinhalbjähriger Bauzeit in Betrieb genommen.¹⁷⁶

Trotz seines internationalen Renommées wurde Gruner auch in späteren Jahren von der Basler Wasserbehörde nicht mehr als Experte für Wasserfragen konsultiert.¹⁷⁷ Gleichwohl waren seine Wasserprojekte wegweisend für das bis heute international tätige Unternehmen, das seit 1970 als Gruner AG firmiert.¹⁷⁸ Darüber hinaus gewähren sie einen Einblick in die transnationalen und transkulturellen Wasserräume des Urbanisierungsprozesses im 19. Jahrhundert und sind Schauplätze einer infrastrukturellen Erschliessung und technologischen Umformung des nassen Elements, das gefiltert und mechanisch gereinigt die urbanen Lebensräume durchströmte. Die zentrale Wasserversorgung als moderne Stadttechnik war so gesehen eine raumgestaltende Technologie, die dank einer grenzüberschreitenden Zirkulation von Wissen, Technologie und Kapital dazu beitrug, dass sich europäische Standards moderner Urbanität global verbreiteten. Gruners Wirkungsräume ermöglichen daher einen vergleichenden Blick auf den städtischen Transformationsprozess, der in Sachen Wasserversorgung in Basel und in Istanbul fast zeitgleich, aber unter ungleichen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen stattfand. So löste die Wasserfrage in Basel behördliche Kompetenzstreitigkeiten aus und stand als wohnungshygienische Reformmassnahme im Mittelpunkt eines Interessenkonflikts von Kommunalpolitik und privater Betreibergesellschaft.

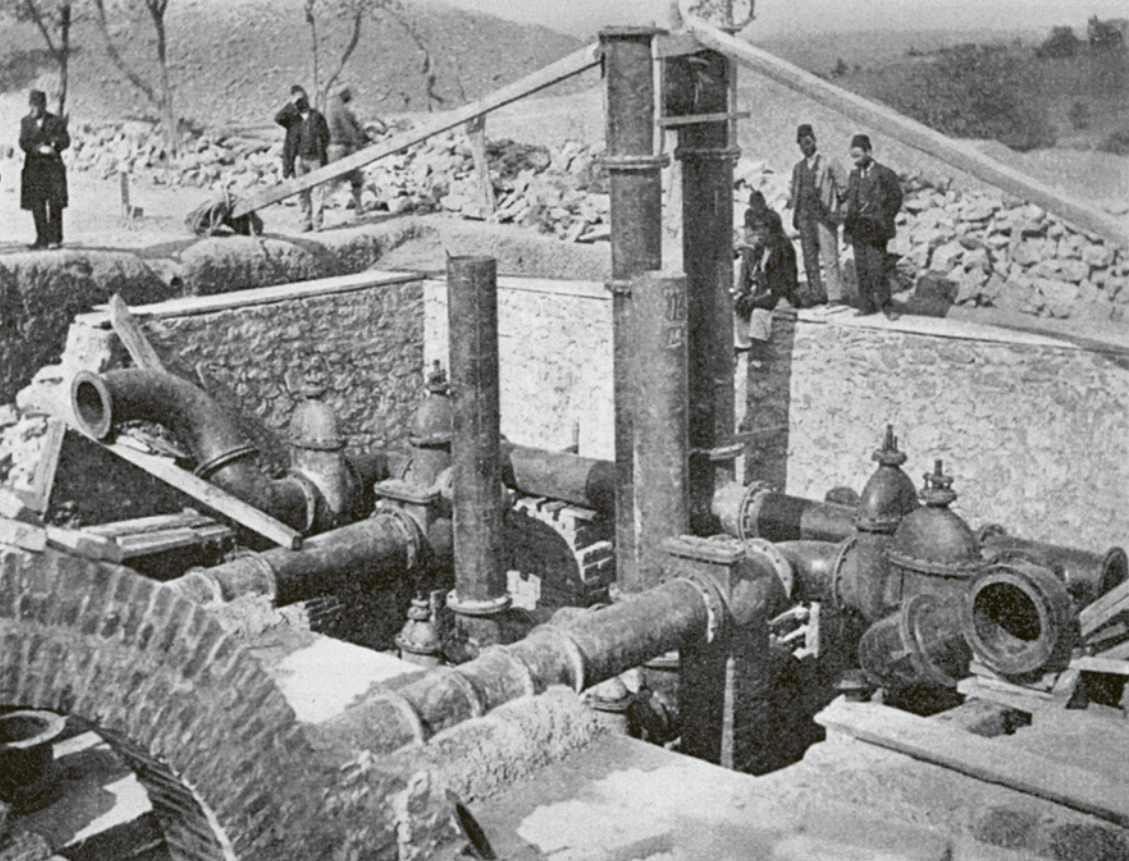
**Die Wasserversorgung
war eine raumgestaltende
Technologie**

In Istanbul dagegen folgte die Modernisierung des Versorgungssystems nicht nur technischen Sachzwängen, sondern hatte repräsentativen Charakter, wobei der Wissens-, Technologie- und Kapitaltransfer aus Europa für das Osmanische Reich einerseits eine Chance, aufgrund der damit einhergehenden Abhängigkeiten aber auch ein Risiko darstellte.

Ein internationaler Wettbewerb um Wasserräume

Nach einem Brand im Jahr 1884, der aufgrund des Wassermangels für Löscharbeiten rund sechshundert Häuser in Skutari (Üsküdar) zerstörte, beschloss Sultan Abdülhamit II., die Wasserversorgung für die asiatischen Quartiere Istanbuls erneuern zu lassen. Ein Jahr zuvor hatte ein zentrales Versorgungssystem auf der dichter besiedelten europäischen Seite den Betrieb aufgenommen, nachdem sich gezeigt hatte, dass die bestehenden Anlagen für den Wasserbedarf der Metropole nicht ausreichten. Und dies, obwohl Istanbul aufgrund seiner Grösse, Geschichte und symbolischen Bedeutung als Reichshauptstadt bereits über ein ausgefeiltes und kontinuierlich erweitertes Wassersystem verfügte: Anfang des 19. Jahrhunderts versorgten Talsperren, Fernwasserleitungen, Aquädukte und Wassertürme sowie Zisternen, Brunnen, Speicher- und Verteilerbecken im Stadtgebiet Istanbul mit Wasser.¹⁷⁹

Gross angelegte Fernwasserleitungen fehlten indes auf der asiatischen Seite des Bosphorus, wo die Bevölkerungszahl lange Zeit überschaubar geblieben war.¹⁸⁰ Ende des 19. Jahrhunderts verzeichnete man aber auch hier ein starkes Wachstum, und der Brand von 1886 machte deutlich, dass die kleineren Leitungssysteme feuerpolizeilichen Anforderungen nicht genügten. Nach dem Brand empfahl die vom Sultan eingesetzte Kommission, eine zentrale Wasserversorgungsanlage einzurichten, zu diesem Zweck eine Talsperre im Göksu-Tal zu bauen sowie das gesammelte Wasser mit durch Dampfmaschinen angetriebenen Pumpen den Ortschaften zuzuleiten. Des Weiteren war die Konzession mit Auflagen verbunden: Die konzessionierte Wassergesellschaft musste zusätzlich zur Talsperre Feuerhydranten in festgelegten Abständen bauen, zwanzig öffentliche Brunnen errichten, kostenlos Wasser zur Strassenreinigung bereitstellen sowie für eine unentgeltliche Versorgung von Kasernen, Gefängnisanstalten, Krankenhäusern und Schulen mit Wasser besorgt sein.¹⁸¹ In Form eines Pachtvertrags übernahm schliesslich die bereits erwähnte *Compagnie des Eaux de Skutari et Kadi-Keui Société Anonyme à Bâle* die Konzession. Sie hatte ihren Sitz in Basel und Istanbul, den Geldverkehr regelte eine vierköpfige Geschäftsleitung in Berlin, wo die Mehrzahl der Verwaltungsräte lebte.¹⁸²



103 Neues Wasserwerk Skutari-Kadiköy, Bau des Wasserreservoirs, 1892. — Die ‚Compagnie des Eaux de Skutari et Kadi-Keui Société Anonyme à Bâle‘ übernahm die Konzession für die neue zentrale Wasserversorgungsanlage auf der asiatischen Seite des Bosphorus.

Einen Tag vor Inbetriebnahme des Wasserwerkes resümierte Gruner am 25. Oktober 1893 das Projekt in der ‚Deutschen Bauzeitung‘: Man habe eine Talsperre von 320 Metern Länge und 25 Metern Höhe «teils in Mauerwerk, teils in Dammschüttung» und einem Fassungsvermögen von zwei Millionen Kubikmetern Wasser gebaut, was Gruners Schätzungen zufolge dem Wasserbedarf der wachsenden asiatischen Quartiere Istanbuls entsprach [103]. Von der Talsperre aus wurde das Wasser durch drei überdeckte Sandfilter geleitet und «in einem überwölbten Reinwasserbehälter» gesammelt, um «mittels Dampfpumpen angesaugt und in das Hochreservoir gefördert» zu werden. Für eine befriedigende Umsetzung der Arbeiten habe man eine Firma gesucht, welche «die erforderliche Sicherheit für

eine vertragsmässige Ausführung der Arbeiten» gewährleisten konnte, wofür nur «eine solide deutsche Firma» infrage gekommen sei.¹⁸³

Die letzte Bemerkung zielte eher auf die Berliner Lesergunst als auf die Realität im Wassermarkt, wo ein harter internationaler Wettbewerb herrschte. Das verdeutlicht etwa die Strategie des osmanischen Staates, bewusst diverse ausländische Unternehmen zu konzessionieren, um das Risiko «einer politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme durch Kapitaleigner» zu minimieren.¹⁸⁴ So wurden zum Bau von zentralen Wasserwerken in Beirut, Saloniki oder Izmir die Baugenehmigungen an englische und belgische Wassergesellschaften vergeben. Die Zusage für den Bau des Wasserwerks auf der europäischen Seite Istanbuls erhielt hingegen die französische «Compagnie des Eaux de Constantinople», die unter Mitwirkung der auf dem europäischen Wassermarkt renommierten «Compagnie Générale des Eaux pour l'Étranger» gegründet worden war.¹⁸⁵ International war auch die Arbeitsteilung: An der Hauptleitung des Wasserwerks auf der europäischen Seite hatten Istanbuler Baufirmen gearbeitet, während an der maschinellen Anlage, der Installation der Hausanschlüsse sowie an den Sanitätseinrichtungen französische und schottische Firmen beteiligt waren.¹⁸⁶

Die wachsende Präsenz ausländischer Aktiengesellschaften und Bauunternehmen, die um Infrastrukturprojekte in der Reichshauptstadt und nach dem Staatsbankrott von 1875 zunehmend auch in den osmanischen Provinzen konkurrierten, stand indes sinnbildlich für die Abhängigkeit des Osmanischen Reichs von ausländischem Kapital- und Technologietransfer.¹⁸⁷

Lukrativ waren die Infrastrukturprojekte für ausländische Investoren und Gesellschaften auch deshalb, weil der osmanische Staat Gewinngarantien anbot. Gleichwohl war der Unternehmenserfolg kein Selbstläufer. Auch erfahrenen Ingenieuren wie Gruner konnten dabei Fehleinschätzungen unterlaufen. So hielt Gruner fest, dass die Nachfrage nach Hausanschlüssen in den asiatischen Quartieren nicht nur vom Wasserpreis und von der bestehenden Wasserknappheit abhing, sondern die «Beteiligung der grossen Masse der Bevölkerung» voraussetzte. Es sei «freilich noch ungewiss, ob die Einführung der Wasserleitung in den kleineren Häusern der Türken sich ohne Schwierigkeit vollziehen» werde. Nichtsdestotrotz war er zuversichtlich und verwies unter anderem auf die «Religionsvorschriften und Gebräuche der Mohamedaner», die dem Unternehmenserfolg förderlich seien.¹⁸⁸

Religiöse und kulturelle Wasserpraktiken muslimischer Einwohner spielten für den Wasserbedarf Istanbuls zweifellos eine wichtige Rolle. Gruners optimistische Schätzung potenzieller Abonnenten blieb jedoch unerfüllt.¹⁸⁹ Stattdessen hatte die Wassergesellschaft bereits zehn Jahre nach Inbetriebnahme der Wasser-

anlage mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen und musste schliesslich 1904 liquidiert werden. Die Konzession blieb zwar in der Folgezeit in privater Hand, ohne dass sich der Geschäftsverlauf nachhaltig verbesserte. So lag der relative Anteil des verkauften Wassers rund vierzig Jahre nach Inbetriebnahme weiterhin bei unter fünfzig Prozent; 1937 übernahm schliesslich die öffentliche Hand den Betrieb.¹⁹⁰

Einen ähnlichen Verlauf hatte die Modernisierung der Wasserversorgung auch in Basel genommen, wo ihre Verstaatlichung allerdings bereits 1875 stattgefunden hatte. Basel fügte sich so gesehen deutlich früher als Istanbul in eine zeittypische Entwicklung ein, in der städtische Versorgungseinrichtungen und die öffentliche Gesundheitsfürsorge zur Aufgabe des Staates erklärt und mithin «privater Philanthropie und religiös-diakonischem Engagement» entzogen wurden.¹⁹¹

Sozial- und Gesundheitspolitik im Zeichen des hygienischen Zeitgeistes

Das Brunnwesen war in Basel «seit dem Mittelalter kollektives Eigentum der eingewesenen Bürgerschaft» und wurde von der Stadtgemeinde verwaltet.¹⁹² Seit der Kantonstrennung 1833 und der Verfassungsrevision im gleichen Jahr hatte freilich die vom konservativen Bürgertum dominierte Stadtgemeinde laufend kommunale Kompetenzen an die Kantonsregierung abtreten müssen. Mit dem politischen Bedeutungsverlust gingen materielle Abhängigkeiten einher, sodass die Stadtgemeinde auch aufgrund des Bevölkerungswachstums finanziell «immer weniger in der Lage [war], die ihr verbliebenen kommunalen Aufgaben ohne staatliche Unterstützung zu erfüllen».¹⁹³ Mitte des 19. Jahrhunderts stellte das Brunnwesen eine der wenigen noch verbliebenen kommunalpolitischen Aufgaben dar, an der die Stadtgemeinde umso zäher festhielt. Doch letztlich konnte sie nicht verhindern, dass ab 1863 das kantonale Baukollegium die Initiative in der Wasserversorgung übernahm.

Ähnlich wie die osmanische Regierung versprach sich auch das Basler Baukollegium zunächst «in städteplanerischer Hinsicht mehr Wirkung von vertraglichen Vereinbarungen mit einer Privatfirma» als von staatlicher Seite.¹⁹⁴ Die Konzession vergab man an die Basler Wasserversorgungsgesellschaft, die im Herbst 1864 aus der Grellinger Gesellschaft hervorgegangen war, machte aber zugleich feuerpolizeiliche und soziale Auflagen: Das Baukollegium forderte neben dem Bau von Hydranten einen progressiven Wasserpreis, damit sich auch ärmere Schichten einen Anschluss leisten konnten.¹⁹⁵ Nach Eröffnung der neuen Wasseranlage im

Frühjahr 1866 war bereits innert acht Jahren jede zweite Wohnung in Basel an das neue Versorgungssystem angeschlossen. Doch entgegen der behördlichen Auflagen orientierten sich Netzplanung und Versorgungsstrategie der privaten Betreiberfirma primär an der sozialen Struktur der jeweiligen Stadtquartiere und mithin an den Einkommensverhältnissen der Abonnenten: Priorisiert wurden vor allem Geschäfts- und Wohlstandsquartiere der Innenstadt sowie die mittelständischen Vorstädte.¹⁹⁶ Arbeitersiedlungen in Kleinbasel oder in der Breite wurden erst Ende der 1870er-Jahre an neue Leitungen angeschlossen, nachdem die Wasserversorgungsgesellschaft im Jahr 1875 verstaatlicht worden war. Zu diesem Schritt veranlasst sah sich das Baukollegium zum einen wegen des geplanten Kanalisationssystems, zum anderen spielten wohnungshygienische Reformpläne eine entscheidende Rolle.¹⁹⁷

Federführend bei der Modernisierung der Basler Wasserversorgung war Karl Sarasin, Ratsherr und Vorsteher des Baukollegiums.¹⁹⁸ Als aufgeklärter Hygienereformer setzte er sich dezidiert dafür ein, dass sauberes Trinkwasser auch die Haushalte der ärmeren Klassen erreichte, die unter zunehmender Wohndichte und steigenden Mietzinsen litten. Sarasin war Mitglied der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnütziges (GGG), die eine paternalistische Sozial- und Gesundheitspolitik verfolgte und eine «Belehrung der arbeitenden Klasse über gesundheitliche

Sauberes Trinkwasser auch für ärmere Haushalte

Verbesserung der Wohnungen» propagierte.¹⁹⁹ Die Hygienekampagne der GGG wollte die unteren sozialen Klassen zur Selbsthilfe mobilisieren, wobei man die Wohnkultur «der aus der ländlichen Umgebung zugewanderten Arbeiterschaft als fremd und «barbarisch» stigmatisierte.²⁰⁰ Mit anderen Worten sollte mit dem günstigen Wasserstrahl aus dem zentralen Versorgungsnetz nicht nur sauberes Wasser in die Arbeiterhaushalte gelangen, sondern zugleich eine bürgerliche Wohnkultur «leicht und wohlfeil zugänglich» werden.²⁰¹

Dieser hygienische Zeitgeist kennzeichnete indes auch die osmanische Elite. Sie betrachtete die Wasserversorgung als eine moderne Stadttechnik, die dazu beitragen sollte, den allgemeinen Kulturstand urbaner Gesellschaften zu heben.²⁰² Insofern fügte sich die zentrale Wasserversorgung am Rhein wie am Bosphorus in den Rahmen einer am technologisch-industriellen Fortschritt sowie an globalen Konsum- und Sozialpraktiken orientierten Urbanität, die im 19. Jahrhundert von Verfechtern einer modernen Stadtentwicklung auf Weltausstellungen und anderen internationalen Plattformen unablässig propagiert wurde.²⁰³

Mit der Einrichtung der zentralen Wasserversorgungsanlage war das Wasserproblem Basels allerdings noch nicht endgültig gelöst. Die höhere Wasserzufuhr

erforderte zugleich eine technische Lösung des Abwassers. Zwar existierten vereinzelt Abwasserkanäle, doch die vermehrten Klagen der Einwohner über eindringendes Wasser und feuchte Wohnungen veranlassten die Basler Regierung, Pläne für ein zusammenhängendes Kanalisationssystem zu schmieden. Man setzte 1871 eine Kanalisationskommission ein, die nach vier Jahren eine Vorlage lieferte, welche im Sommer 1876 einem Referendum zum Opfer fiel. Es sollten weitere zwanzig Jahre vergehen, bis Basel über ein vollständiges Kanalisationssystem verfügte.²⁰⁴ Das gleiche Schicksal teilten indes in den 1890er-Jahren viele deutsche Städte. Gruner, der seine ersten Aufträge für Kanalisationsbauten in den 1880er-Jahren erhielt, war der Ansicht, dass neben technischen Herausforderungen auch finanzielle Gründe für das mangelnde Interesse deutscher Gemeinden an Abwassereinrichtungen eine Rolle spielten.²⁰⁵

Allerdings war die Einrichtung einer zentralen Wasserversorgung weniger kostspielig als der Bau einer systematischen Abwasserentsorgung, wofür auch dem osmanischen Staat die finanziellen Mittel fehlten.²⁰⁶ In manchen Fällen war aber ein zusammenhängendes Kanalisationssystem nicht zwingend erforderlich. So befand sich Istanbul dank der starken Strömung des Bosphorus und aufgrund der wenig ausgeprägten Industrialisierung in einer privilegierten Situation, so dass «die ungeklärte Einleitung der Abwässer nicht zu einem *‘great stink’* wie in London» im Sommer 1858 führte.²⁰⁷ Basel verfügte hingegen um die Jahrhundertwende über eine städtische Infrastruktur mit einem ausgebauten Wasserversorgungs- und Kanalisationssystem, das den urbanen Tiefenraum umgestaltete, um Krankheiten und Epidemien den Nährboden zu entziehen.²⁰⁸ Im Zeitalter industrialisierter Gesellschaften erschufen so gesehen die Rohrnetze einen neuen städtischen Wasserkreislauf der gereinigten Körper und Räume.

Anmerkungen

- 1 Zu den Versuchen, den Lachs wieder anzusiedeln, vgl. Cioc 2002, S. 185–192. Matzinger 2017, S. 151 ff. Weiss 2018.
- 2 Vgl. Blackbourn 2006, S. 102.
- 3 Vgl. Bürgin 1966.
- 4 Versuche, eine derartige Verordnung im Staatsarchiv Basel zu finden, sind gescheitert. Vgl. Hagmann 2015.
- 5 Die Urkunde ist abgedruckt in Huber 1910, S. 51–53.
- 6 Der Dompropst von Basel verliet Fischereirechte bis nach Istein, und selbst nach der Reformierung und diversen Kriegsverlusten erhielten einzelne Domherren noch bis ins 18. Jahrhundert hinein Fischzinsen aus Istein in Geldform. Vgl. Schülin 1954, S. 78.
- 7 Vgl. StABS, Fischerei B 5, Urkunde vom 08.10.1575.
- 8 Vgl. Sieber-Lehmann 2021, S. 23–38.
- 9 Schickele 1932, S. 161.
- 10 Zur Geschichte des Rheins: Brännimann; Rentzel 2024. Zur Geschichte des Ökosystems der Wiese: vgl. Golder 1991. Zur Vielfalt der gewerblichen Nutzung der Wiese in der Frühen Neuzeit: Weber 2021.
- 11 Bruckner 1751, S. 605.
- 12 Ebd., S. 60.
- 13 Gallusser 1981, S. 4.
- 14 StABS, Fischerei B 1, Handzeichnung L 78/131 Lachswaidt.
- 15 Zschokke 1905, S. 15.
- 16 Bloch 1783–1785, Erster Theil, S. 135.
- 17 Ebd., S. 134.
- 18 Vgl. Lelek; Buhse 1992, S. 34–36.
- 19 Vgl. Baldner 1666, o. S.
- 20 Norrmann 1796, S. 1579.
- 21 Bruckner 1751, S. 630.
- 22 Baldner 1666, S. 146.
- 23 Bruckner 1751, S. 634.
- 24 Vgl. Liebenau 1897, S. 167.
- 25 Nach der 1563 ins Deutsche übersetzten Fassung: Gessner 1563, S. 633. Vgl. ausserdem Zschokke 1905, S. 16–21.
- 26 Bloch 1783–1785, Erster Theil, S. 131.
- 27 Bürgin 1966, S. 161.
- 28 Allgemein zur Geschichte von Wasserrechten und Fischerei Gschwend; Sutter 2023. Zur einzigen Ausnahme, dem Angeln zur Versorgung von Kranken, Schwangeren und Kindbetterinnen, vgl. Gaugler 1926, S. 3.
- 29 Allgemein zur Fischerei: Vetter 1864. Liebenau 1897. Kuhn 1976. Müller 1989. Baumann 1994. Zeheter 2014. Geu 2015. Matzinger 2017.
- 30 Ab 1775 existieren Verzeichnisse über die im Kanton Basel vergebenen Fischweiden. Vgl. StABS, Fischerei A 2.
- 31 Müller 1989, S. 26–28.
- 32 Vgl. Hugger 1984, S. 13.
- 33 Vgl. StABS, Zunftarchive Mägd 20, Rhein- und Fischrecht, Memoriale und Bericht E. E. Gesellschaft zur Mägd an MegndH (meine gnädigen Herren) betreffend die Streitigkeiten zwischen E. E. Meisterschaft der Baszleren Fischeren und denen Klein-Hüniger Fischeren. dd.28ten May 178(9).
- 34 Vgl. Frei 1954. Wanner 1976, S. 178–186. Simon-Muscheid 1988, S. 179 ff.
- 35 Vgl. Gaugler 1926, S. 13.
- 36 Vgl. Müller 1989, S. 20.
- 37 Mehr zu diesem Rheinrecht bei Gaugler 1926, S. 14.
- 38 Zur Geschichte der Rheingenossenschaft, vgl. Baumann 1994.
- 39 StABS, Zunftarchive Mägd 20, Rhein- und Fischrecht, Memoriale und Bericht E. E. Gesellschaft zur Mägd an MegndH (meine gnädigen Herren) betreffend die Streitigkeiten zwischen E. E. Meisterschaft der Baszleren Fischeren und denen Klein-Hüniger Fischeren. dd.28ten May 178(9).
- 40 Weber 2021, S. 56.
- 41 Vgl. Wieland 1889, S. 37–85.
- 42 Zum Bau der Festung: vgl. Tschamber 1894.
- 43 StABS, Fischerei B 1, Besichtigung Der Herren Deputierten wegen des Lachsfangs bey der Wiesen mit dem sogenannten Wolffgarn.
- 44 Ebd., o. S.
- 45 Vgl. StABS, STA Bf 1 A5–17, Mandat vom 09.06.1647.
- 46 Vgl. Wieland 1889, S. 37–85.
- 47 StABS, Fischerei B 8.4, Nr. 22, Tagbuch der Abhandlungen bey den Conferenzen vom 20–23. Aug. in Huningen, vom 17–20. Sept. in Colmar.
- 48 Gaugler 1926, S. 27.
- 49 Krünitz 1777, S. 793.
- 50 Fluck 1974, S. 54.
- 51 Mone 1853, S. 77.
- 52 Vgl. StABS, Fischerei B 6.
- 53 StABS, Fischerei B 8.4, Nr. 22, Tagbuch der Abhandlungen bey den Conferenzen vom 20–23. Aug. in Huningen, vom 17–20. Sept. in Colmar.
- 54 So argumentiert auch Zeheter 2014.
- 55 Bloch 1783–1785, Theil 1, S. 131.
- 56 Ebd., S. 133.
- 57 Vgl. Mertens; Kury 2013, S. 30.
- 58 Bruckner 1751, S. 632.
- 59 Zum frühneuzeitlichen Nasenfang an der Birs, vgl. Geu 2015, S. 36 ff.
- 60 Vgl. Vetter 1864, S. 16.
- 61 Baumann 1994, S. 95. Einen ausführlichen Vergleich verschiedener Fangmethoden bieten Mertens; Kury 2013.
- 62 Herbster 1931, S. 18.
- 63 Vgl. Vetter 1864, S. 15.
- 64 Kuhn 1976, S. 35. Baumann 1994, S. 117.
- 65 Vgl. Bernhardt 2016. Zum allgemeinen Einfluss der Naturgewalten auf die lokalen Fischbestände im Mittelalter: Hoffmann 2023.
- 66 Vgl. Frey 1932. Appenzeller 1995.
- 67 Jacob Burckhardt an Friedrich von Preen, 17. März 1872, in: Burckhardt 1947–1982, Bd. 5, S. 154.
- 68 Auderset; Schiedt 2021. Grundlegend für die Verbindung von Tier- und Stadtgeschichte vgl. Wischermann 2009. Atkins 2012.
- 69 Raulff 2015, S. 16.
- 70 SAB, 1099 0 19, Hess, Ernst: Antwort an den Bernischen Thierschutzverein betreffend seine Erwidern in der Beilage des «Intelligenzblatt der Stadt Bern», 12.07.1887 und des «Stadtblatt», 13.07.1887.
- 71 Eidgenössische Viehzählungen, Bern 1866 ff.
- 72 Schiedt 2024.
- 73 Dokumente der städtischen Ausschreibungen dieser Dienste finden sich im StABS, Bau G 21 sowie im Archiv Settelen, A 2.3.1., 1884 ff.; A 2.3.4., 1908–1931; A 2.3.14, 1892; A 2.3.24., 1893–1925; B 2.3., 1894–1919.
- 74 StABS, Bau G 21, Basler Fuhrhalter-Verband, Adressliste im Schreiben des Basler Fuhrhalter-Verbands an den Vorsteher des Baudepartements, 13.12.1915.
- 75 Vgl. dazu Furger 2014a, 2014b, 2014c, 2014d, <https://independent.academia.edu/AndresFurger>, abgerufen am 21.11.2023.
- 76 Buri 1878, S. 46 f.
- 77 Ebd., S. 51.
- 78 StABS, PA 1123a B 4 (1), Protokolle der Kommission des Basler Tierschutzvereins inkl. der Öffentlichen Versammlungen.
- 79 Archiv Settelen, A 2.3.4., 1908–1931, Vertrag des Baudepartements Basel-Stadt über Fuhrleistungen pro 1931.
- 80 Merki 1999, S. 51.
- 81 Fischer 1979, S. 3.
- 82 StABS, Bau A 8.1, Burckhardt, Albrecht: Staatliche Arbeiterwohnungen in Basel, dem Finanzdepartemente eingegeben im Februar 1895. Burckhardt 2022b, S. 65.
- 83 StABS, Bau H 3, Brief des Baudepartements an Bürgermeister und Kleinen Rat, 24.11.1853.
- 84 StABS, STA DS BS 9 247, Rathschlag und Gesetzes-Entwürfe, 1859.
- 85 Ebd., S. 18 f.
- 86 Birkner 1981. Kreis 2015. Reese 1897.
- 87 Engel 2013. Führer 2013, 2016. Priemel 2013. Tagungsbericht 2011, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-122110>, abgerufen am 24.11.2024.
- 88 Kläger 1988, S. 45, Anm. 7. Fisch 1989.

- 89 StABS, PA 513a I C 1.5, Karl Rudolf Stehlin an J. J. Stehlin Burckhardt, 16.06. und 09.07.1872.
- 90 StABS, Spital A 13.2.
- 91 StABS, STA DS BS 9 449, Ratschlag und Entwurf eines Grossratsbeschlusses betreffend das Gundoldinger-Quartier, 1874.
- 92 SWA, H+I H 6, Das Handelskollegium an E. E. Rath, 06.12.1872.
- 93 StABS, STA DS BS 9 449, Ratschlag und Entwurf eines Grossratsbeschlusses betreffend das Gundoldinger-Quartier, 1874.
- 94 Mangold 1906a, S. 3 f. Haerberli 1986, S. 38.
- 95 SWA, H+I H 6, Erster Jahresbericht, Mai 1874. Siehe auch: Panozzo 1985. Schneider 2013.
- 96 Beck 1983, S. 111f.
- 97 StABS, NOT 666 (Käufe Jurastrasse). StABS, STA H 43, 1887 (Anhang: Jurastrasse).
- 98 SWA, H+I H 6, Siebenter Bericht, 11.05.1880.
- 99 SWA, H+I H 6, Zwölfter Bericht, 28.05.1885, inkl. Rechnungsabschluss vom 31.12.1884.
- 100 Sarasin 1997, S. 68.
- 101 Beck 1983, insbes. Tabelle S. 25.
- 102 StABS, STA H 43 28-32, 1880-1886.
- 103 StABS, STA DS BS 8 67, Verwaltungsbericht 1900, Überblickstabelle 1870 bis 1900, S. 326.
- 104 StABS, Protokolle Grosser Rat: Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat betreffend die Übelstände bei Bauspekulationen, 09.04.1883.
- 105 Kaufmann 1930, S. 60.
- 106 StABS, NOT 1457, Protokoll der ordentlichen und ausserordentlichen Generalversammlung der Gundoldinger Terrain-Gesellschaft, 16.01.1894.
- 107 SWA, H+I H 9, Achter Bericht des Verwaltungsrates der Neuen Gundoldinger-Gesellschaft, 05.06.1902.
- 108 StABS, STA DS BS 2, 08.06.1895. SWA, H+I H 4.
- 109 Speiser-Sarasin 1935, S. 96 f.
- 110 Kozak 1899, S. 15-16.
- 111 «Eduard Riggenbach-Stüchelberger, Nachruf», in: Schweizerische Bauzeitung 95/96, 1930, S. 230 f.
- 112 Zu Stübben: Albers 1975. Lampugnani; Albrecht; Bihlmaier 2017. Schützeichel; Lampugnani 2020.
- 113 StABS, Bau L 60, 14.07.1895.
- 114 Stübben 1890, S. 153 f.
- 115 StABS, Bau L 60, Bericht zum Projekt vom Februar 1896 für die Stadterweiterung von Basel im Westplateau, 06.02.1896. StABS, STA DS BS 9 Ratschläge 1102, 1141, 1161.
- 116 Bücher 1891.
- 117 Mangold 1906a.
- 118 Sarasin 1997, S. 77.
- 119 Mangold 1906b, S. 28.
- 120 Mangold 1905, S. 23 f.
- 121 Strohm, in: NZZ am Sonntag, 24.10.2021.
- 122 StABS, Bau L 60, 16.04.1894.
- 123 Ebd., 19.09.1894.
- 124 Ebd., 14.09.1895.
- 125 StABS, FD-REG 7a 3-3-4 (1) 7.
- 126 «Grundrentenbriefe zu gunsten des Gemeinwesens» (J. Fr. S.), in: BN, 08.10.1895.
- 127 Speiser-Sarasin 1935, S. 127 ff.
- 128 Nach Kozak 1899, S. 3 f. Salathin 1942, S. 78 f.
- 129 StABS, STA DS BS 9 1084. Mangold 1906a, S. 9.
- 130 StABS, STA DS BS 9 1838. Ergänzend: Ritter 2019.
- 131 «Ins Feuer mit dem Baurechtsvertrag», in: BN, 27.09.1912.
- 132 «Die Volksversammlung in der Burgvogtei», in: BN, 28.09.1912.
- 133 Kress 1990.
- 134 Gerber; Kriese 2019.
- 135 Baudepartement Basel-Stadt 2004. Burckhardt 1927, S. 157-201 und 218-227. StatJB 1921 ff.
- 136 Birkner; Rebsamen 1986, S. 225.
- 137 Bernoulli 1933. Schuhmacher 1933. Speiser-Sarasin 1935. Huber 2014, S. 226 f.
- 138 Burckhardt 1949. StABS, STA DS BS 9, Grosser Rat Basel-Stadt, Grossbasler Korrektionsplan, Grossratssitzung, 22.09.1949. StatJB 1921 ff.
- 141 Andersen 1994.
- 142 Burckhardt 2022a, S. 273.
- 143 Gasser; Härrli 2001.
- 144 Bühler 1963.
- 145 Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft 1968, S. 10-23.
- 146 Kreis 2015.
- 147 Für die folgenden statistischen Angaben siehe StatJB 1921 ff.
- 148 Kantonspolizei Basel-Stadt 2024: Strassenverkehrsunfälle, Jahresstatistik 2023.
- 149 Baudepartement Basel-Stadt 2002.
- 150 Baudepartement Basel-Stadt 1983.
- 151 Krupka 2022. UVEK 2023. Zeller 1992.
- 152 UVEK 2023.
- 153 Gruner 1906, S. VLVI. Mommsen 1962, S. 60. Zur engen Verbindung von Gas- und Wassertechnik siehe Münch 1993, S. 41.
- 154 Mommsen 1962, S. 37. Gruner 1987, S. 602-603. Vischer 2001, S. 83.
- 155 Gruner 1906, S. XLVI-XLVIII. Mommsen 1962, S. 31.
- 156 Haefliger 1984, S. 130.
- 157 Münch 1993, S. 29.
- 158 Haefliger 1984, S. 153.
- 159 Münch 1993, S. 27.
- 160 Ebd. und Osterhammel 2013, S. 261.
- 161 Kreis 2015, S. 35-37.
- 162 Haefliger 1984, S. 138. Tréfás; Manasse 2006, S. 110.
- 163 Gruner 1906, S. XLVI-XLVIII.
- 164 Haefliger 1984, S. 113.
- 165 Zur Wasser- und Bodenverschmutzung durch die Basler chemische Industrie Ende des 19. Jahrhunderts siehe den Beitrag von Forter in diesem Band und Forter 2000, S. 31-74.
- 166 Haefliger 1984, S. 144-147.
- 167 Ebd., S. 153.
- 168 Huber 1955, S. 109.
- 169 Zum Vertrag zwischen Brunn- und Bauamt und Gruner betreffs der Quellen im Käppelgraben siehe StABS, Staatsurkunde 1869, Übereinkunft zwischen dem Brunn- und Bauamt der Stadt Basel und Herrn Ingenieur Gruner von Basel betr. die Quellen im Käppelgraben bei Bottmingen, 1869.
- 170 Mommsen 1962, S. 85.
- 171 Ebd., S. 91-98. Vischer 2001, S. 83.
- 172 Mommsen 1962, S. 200.
- 173 Ebd., S. 214.
- 174 Staenglen gründete in Basel im Bereich von Gas- und Wasserwerken mehrere Aktiengesellschaften und war unter anderem Verwaltungsratsmitglied der Compagnie d'installation pour l'éclairage et le chauffage par le gaz, siehe Schweizerisches Handelsamtsblatt 16, 05.11.1898.
- 175 SWA, HS 198 G, Firmenarchiv Compagnie des Eaux de Skutari et Kadi-Keui Société Anonyme à Bâle, Geschäftsbericht 1893/94, S. 6.
- 176 Zu Gruners Engagement am Projekt siehe Mommsen 1962, S. 210-219 sowie Gruner 1893, S. 521. Zur Wasserversorgung der asiatischen Seite Istanbuls und zur Konzessionsvergabe siehe Dinçkal 2004, S. 111-116.
- 177 Mommsen 1962, S. 98 ff.
- 178 Siehe Gruner AG, <https://www.gruner.ch/de/ueber-gruner/standorte>, abgerufen am 02.01.2024. Zur Firmengeschichte siehe Mommsen 1962. Gruner 1987.
- 179 Zur traditionellen Wasserversorgung Istanbuls siehe «Die Versorgung der Stadt Konstantinopel mit Wasser und die öffentlichen Brunnen daselbst», in: Allgemeine Bauzeitung 1853, S. 36-66. Zur Geschichte der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im 19. Jahrhundert siehe Dinçkal 2004.
- 180 Dinçkal 2004, S. 49.
- 181 Ebd., S. 112.
- 182 Eine kurze Zusammenfassung der Konzessionsvergabe und des Projektverlaufes enthält der erste Geschäftsbericht der Wassergesellschaft vom 30.11.1894: SWA, HS 198 G, Geschäftsbericht 1893/94, S. 3-8. Ausführlicher bei Dinçkal 2004, S. 111-134.
- 183 Gruner 1893, S. 521.

- 184 Dinçkal 2004, S. 43.
185 Ebd., S. 88 f.
186 Ebd., S. 91.
187 Ebd., S. 83. Siehe auch Çelik 1986. Marcinkowski 2007.
188 Gruner 1893, S. 521.
189 Siehe Dinçkal 2004, S. 125–127.
190 Ebd., S. 133.
191 Osterhammel 2013, S. 260.
192 Haefliger 1984, S. 130.
193 Janner 2012, S. 155.
194 Haefliger 1984, S. 141.
195 Ebd., S. 138.
196 Ebd., S. 179.
197 Ebd., S. 188 f.
198 Zu Sarasin siehe Wichers, Hermann: Sarasin, Karl, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2017.
199 Haefliger 1984, S. 158.
200 Ebd., S. 164.
201 Aus einem Brief Karl Sarasins an die Kantonsregierung, hier zitiert nach Haefliger 1984, S. 135. Zur Geschichte der GGG siehe Janner 2015.
202 Dinçkal 2004, S. 84.
203 Topkaya 2023, S. 56. Zum Urbanisierungsprozess in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts siehe Lenger 2013.
204 Haefliger 1984, S. 194.
205 Zit. nach Mommsen 1962, S. 243.
206 Dinçkal 2004, S. 185.
207 Ebd., S. 186.
208 Osterhammel 2013, S. 260. Kritisch zur Modernisierung der Wasserversorgung Böhme 1988.



Begegnungsräume

Stadt lebt von Begegnungen. Menschen treffen unverhofft aufeinander oder begegnen sich gewollt: auf Plätzen und Strassen, am Flussufer oder im Innenhof, im Kino oder Quartiercafé, in der Küche oder im Verein, in Kirche und Kloster. Mauern, Hecken und Zäune setzen Grenzen, wo Begegnung unerwünscht ist, Fenster, Türen und Tore schaffen Durchlässigkeit. Wer hat Zugang? Wer ist gerne gesehen? Wer muss sich vor Begegnungen fürchten? Nie begegnen sich Gleiche, vielmehr ist da immer eine Differenz in Interessen, Lebenslagen, Perspektiven: Ob Auto auf Fahrrad trifft, Kind auf Kutsche, Bettlerin auf Passantin, Mann auf Frau, Nachbarin auf Nachbarin, Bürger auf Migrant. So konfliktiv jede Begegnung sein kann, so vielversprechend ist sie auch. Die Nutzbarkeit von Räumen ist nicht voraussetzungslos. Bietet die Küche Platz zum Kochen oder auch zum Essen? Wo erleichtert Beleuchtung die nächtliche Begegnung? Die Gestaltung des städtischen Raumes schafft Voraussetzungen für Begegnungen und prägt das Zusammenleben in der Stadt.

Zugänge zum Verschlussenen: Kanäle zwischen Kloster und Welt

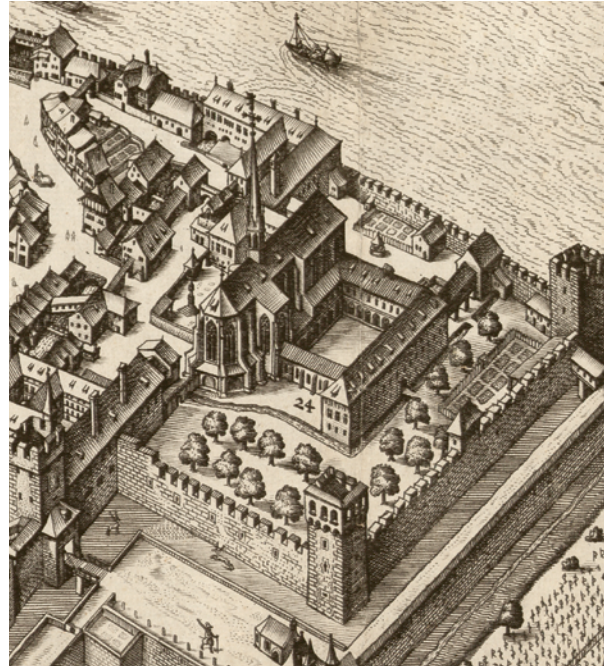
Claudia Moddelmog

Mehr als ein Dutzend geistliche Konvente beherbergte Basel vor der Reformation. Viele davon erstreckten sich über grössere Areale, die mit hohen Mauern abgegrenzt waren, zugänglich nur durch wenige überwachte Eingänge. Die Mauern markierten die Abschottung des geistlichen Lebens von der latent sündigen Geschäftigkeit der Stadt. Besonders streng sollten geistliche Frauen von der Welt abgeschieden sein, was sich in eigens entwickelten architektonischen Lösungen niederschlug, die dieses Leben in Klausur ermöglichten.¹ Zugleich profilierten sich die Klosterkirchen mit intensiv bewirtschafteten Kulten im immer breiteren Frömmigkeitsangebot für die städtische Bevölkerung. Schon deshalb waren die Grenzen zwischen Kloster und Welt durchlässiger und wandelbarer, als die Mauern vermuten lassen (vgl. ‹Ein Hin und Her›, S. 288–293). Die Kloster Räume des reichen, aristokratisch geprägten Frauenkonvents von Klingental sind dafür exemplarisch.²

Die Klosterkirche der Dominikanerinnen von Klingental, 1293 geweiht, reservierte einen langen Chor für die Klosterfrauen, die sich dort mehrmals am Tag zum Gebet versammelten, während das Kirchenschiff den Laien offenstand [104]. Wo beide Räume aufeinandertrafen, war eine hohe steinerne Schranke eingezogen, der Lettner. Dieser war von drei Fenstern durchbrochen, die sicher vergittert, wemöglich auch mit Tüchern verhängt waren. Eines davon war das Beichtfenster. Für die Klosterfrauen war es vom Chor her zugänglich, für den Beichtvater vom Kirchenschiff aus. Ein weiteres Fenster diente wahrscheinlich als ‹Redfenster› zum Kontakt zwischen der Stadtbevölkerung und ihren im Kloster lebenden Töchtern, Schwestern, Nichten und Tanten. Der Lettner schuf also vor allem eine Sicht- und Bewegungsbarriere. Akustisch blieben beide Teile der Kirche eng miteinander verbunden, garantierte doch der offene Chorbogen über dem Lettner, dass die Laien die Gebete der Klosterfrauen in ihrem Chor hören und umgekehrt die Klosterfrauen den Messen lauschen konnten, die auf der anderen Seite im Kirchenschiff zelebriert wurden.

Diese architektonische Grundgestalt war typisch für dominikanische Frauenklöster des Oberrheingebietes und machte den Chor zum Teil der Klausur.³ Wie die Klingentaler Frauen trotz dieser Zurückgezogenheit ihre weltliche Umgebung anzusprechen suchten, zeigt sich deutlich am Euphrosynegrab, angelegt zu Be-

104 Basler Merianplan (Detail), Radierung von Matthäus Merian d. Ä., 1617. — Die Darstellung von Merian dürfte dem vorreformatorischen Zustand des Klingentaler Klosterareals sehr nahekommen. Gut zu erkennen ist der langgestreckte Chor der Kirche. Nördlich der Kirche schloss sich im 15. Jahrhundert der Kreuzgang an, der seinerseits von einer Gartenanlage umgeben war. Im Süden der Kirche lagen das erste Konventsgebäude und – auf der Höhe des Kirchenchors – der Laienfriedhof.



ginn des 15. Jahrhunderts.⁴ Die Heilige galt als Verwandte und Gefährtin der heiligen Königstochter Ursula und damit als eine der elftausend Jungfrauen, die der Legende nach mit Ursula das Martyrium erlitten hatten. Von Euphrosyne besaßen die Klingentalerinnen den Schädel, vielleicht sogar den ganzen Heiligenleib. Für den Schädel liessen sie eine verzierte Hülle schaffen, ein sogenanntes Reliquiar, das seinen Platz vermutlich im Chor oder in der angrenzenden Schatzkammer hatte. Für die übrigen Gebeine gaben die Frauen ein Grab in Auftrag, das für sie selbst im Kreuzgang und zugleich für die Laien im Kirchenschiff zugänglich war – ein geschicktes Arrangement. Der Sarkophag aus Sandstein wurde längs in die nördliche Kirchenmauer integriert und darüber innen wie aussen Nischen eingezogen. Eine dünne Wand zwischen den Nischen trennte Kirchenschiff und Kreuzgang weiterhin fest ab. Im Kircheninnern wies ein Masswerkgeritter die Nische als einen Ort von gehobener Bedeutung aus. Von hier aus war auch der Deckel des Sarkophags zu sehen.⁵

Der so geschaffene Anziehungspunkt für die Laien wurde der alltäglichen Annäherung aber wieder ein Stück weit entzogen. Die Klosterrechnungen für 1453 sprechen von Ketten und zwei Vorhängeschlössern am Grab, belegen aber auch die Bedeutung des Euphrosyentags in Klingental. Die Gläubigen, die an diesem Tag



105 Grabmal der heiligen Euphrosyne, Aquarell von Emanuel Büchel, 1768. — Vom Kreuzgang her präsentierte sich den Klingentaler Klosterfrauen die aufgebahrte Heilige verehrt von Engeln, Geistlichen und zwei weiblichen Laien. In den oberen Ecken der Sockelzone eingelassene Löcher schufen eine physische Verbindung zu den heiligen Reliquien.

das Heiligengrab besuchten, erhielten zum Andenken kleine «briefflin», die über den Tag hinaus die Verehrung Euphrosynes bezeugen sollten. Diese kleinen Blätter waren mobile Andachtsmedien und deshalb wohl mit Holzschnitten bebildert.⁶ Das Kloster erwarb immer wieder Ablässe von den Sündenstrafen, die beim Besuch der Klingentaler Kirche an besonderen Festtagen gewährt wurden. Seit dem 15. Jahrhundert gehörte dazu auch der Euphrosyntag, an dem das Reliquiar jeweils den Gläubigen präsentiert worden sein dürfte.⁷

Das im Kircheninnern inszenierte Euphrosynengrab hatte an der äusseren Kirchenwand zum Kreuzgang hin eine Entsprechung. Ein noch erhaltener Sandsteinbogen rahmte die hier sehr flache Nische. Von der Gesamtanlage zeugt nur ein Aquarell aus dem 18. Jahrhundert [105]. Demnach zeigte eine Wandmalerei im Bogenfeld über dem Sarkophagkasten Euphrosyne im offenen Sarg, verehrt von Engeln, geistlichen Männern und weltlichen Frauen. Das geöffnete Grab konnten

die Klosterfrauen nur im Medium der Wandmalerei sehen. Doch in der Sockelzone unter der Nische befanden sich in der Sarkophagwand zwei reale, runde Öffnungen – physische Verbindungen zu den dort liegenden Gebeinen.⁸ Die Löcher perforierten die Grenze zwischen irdischer und himmlischer Sphäre. Denn Euphrosyne hielt sich in beiden Sphären auf.⁹ Die physischen Überreste machten die Heilige im Hier und Jetzt präsent, während ihre Seele zugleich schon mit der Schau Gottes ausgezeichnet war. Heilige Reliquien waren deshalb der Schlüssel, der den jenseitigen Raum aufschliessen konnte.¹⁰

In Gestalt des Lettners wie auch des Euphrosyngrabs wurden verschiedene Räume ebenso abgegrenzt wie verbunden, manche Sinneswahrnehmungen eingeschränkt und andere akzentuiert. Die Verehrungsorte im Kirchenraum veränderten in festen Rhythmen ihre Zugänglichkeit. Solche Rhythmen, die Gebet, Essen und Schlaf festen Zeiten und spezifischen Orten zuordneten, gaben dem klösterlichen Leben seine Grundstruktur. Sie waren in Form schriftlicher Regeln normiert und durch bauliche Anlagen gerahmt – was regeltreues Verhalten aber nicht garantierte.

Eine Momentaufnahme gelebter Klingentaler Disziplin geben Zeugenaussagen, die Begebenheiten des Jahres 1427 betreffen.¹¹ Demnach erhielt die Klosterfrau Gred zem Angen, die aus einem Basler Ratsherrengeschlecht stammte und entsprechend begütert war, Besuch am Zaun zwischen Chor und Laienfriedhof. Dort wartete Greds Nichte samt Ehemann, Tochter und Schwiegersohn mit dem Ansinnen, Gred solle dem jungen Paar einen Teil ihrer künftigen Hinterlassenschaft überschreiben. Mit dem Ehemann des jüngeren Paares suchte Gred das Gespräch unter vier Augen und begab sich deshalb «zu Hans Küngen in dem Chor». Sollte der Chor, höchster Sakralraum in der Hierarchie der Klausurgebäude, tatsächlich zum Ort eines Zwiegesprächs über schnöden Mammon geworden sein? Oder verkürzte der Schreiber eine reguläre Begegnung am Redfenster zu einer missverständlichen Formulierung? Jedenfalls notierte er auch, die ganze Gesellschaft habe sich später in die Haselstrauden des Klostersgartens begeben, einen ebenfalls «irregulären» Begegnungsort. Den Zugang von Laien in den Chor belegen die späteren Klosterrechnungen (1444–1476) zu ganz anderen Zwecken, nämlich um ihn zu «wischen».¹² Die jüngere Forschung nimmt an, dass die Zugänglichkeit von Klösterräumen sich im Tagesrhythmus ändern konnte.¹³ Das ist auch für den geschilderten Klosterbesuch und die Reinigung des Chors mitzudenken, die sich wohl ausserhalb der Gebetszeiten abspielten.

Als Gred zem Angen ihre Verwandten traf, forderten reformbeflissene Geistliche schon länger die Rückkehr zu den alten Regeln, was für Dominikanerinnen

neben der strengen Klausur auch den Verzicht auf persönlichen Besitz bedeutete. Die Klingentaler Frauen verliessen deshalb 1431 den Orden und setzten sich auch gegen spätere Reformversuche erfolgreich zur Wehr.¹⁴ Eine Beschwerdeschrift aus der Jahrhundertmitte schildert, dass es auch innerhalb des Konvents Parteikämpfe um die Disziplin gab. Die monierten Verstösse betreffen vielfach das Verhalten in spezifischen Räumlichkeiten: Beim Betreten des Chors würden sich viele Frauen nicht mehr vor dem Hochaltar verneigen und brächen das Schweigegebot. Statt in gemeinsamer Prozession den Speisesaal zu betreten, kämen manche Schwestern ohne Not zu spät und der Schlaftrakt sei ein Schwatzhaus, weshalb einige spät schlafen und das Morgengebet verpassen würden. Die Beschwerden passen dazu, dass Klingental schon damals manchem Zeitgenossen als disziplinlos galt. So soll die Priorin Kontakt mit einem verrufenen Geistlichen gepflegt haben.¹⁵ Dass sie dies aber am Beichtfenster tat, spricht für eine weitgehende Wahrung der Klausur. Doch auch dabei blieb es nicht. Um das Jahr 1500 behielten sich die Klingentalerinnen ausdrücklich vor, das Klostersgelände zu geziemenden Anlässen verlassen zu dürfen.¹⁶

Die grössere Offenheit zur Welt, die sich die Frauen von Klingental letztlich erkämpften, hatte Parallelen in vielen anderen Klöstern. Sie ist oft als Niedergang, als Disziplinlosigkeit beschrieben worden. Wie wenig sie mit Verweltlichung gleichzusetzen ist, belegt das Testament, das im Jahr 1519 die Klingentaler Klosterfrau Barbara Dagsberger ihrem Beichtvater diktierte: Ihre Zelle und Einzelstücke aus dem Hausrat übertrug sie ausgewählten Klosterfrauen und dem Beichtvater. Einen Teil ihres Silbergeschirrs reservierte sie, um «sant Eufrosinen houpt» silbern einzufassen. Alles Übrige sollte zugunsten der Sakristei (wo der Klosterschatz lagerte) verkauft werden. Doch fügte Barbara hinzu, «sol man verkouffen um bar gelt und nit borgen, und man sol ouch nut verkouffen den weltlichen».¹⁷ Besorgte Geschäftstüchtigkeit und Abgrenzung von der Welt gingen hier Hand in Hand.

Die Klingentaler Zeugnisse zeigen, dass auch in nicht-reformierten Klöstern um Vorstellungen gottgeweihten Lebens gerungen werden konnte.¹⁸ Die Auseinandersetzung darum kann heute fern oder befremdlich scheinen. Blickt man auf die Klöster nicht aus einer auf Religion gerichteten Perspektive, sondern sieht sie als Grosshaushalte, gewinnen die Fragen danach, wie sie ihre räumlichen Arrangements und Gemeinschaftsräume organisierten, wie sie mehr oder minder durchlässige Grenzen schufen und wie sie ausseralltägliche Erfahrungen ermöglichten, eine sehr aktuelle Dimension.

Familienarbeit und Küchenträume: Hausfrauenpolitik und Basler Wohnungsbau im 20. Jahrhundert

Jennifer Burri

Auf dem Bild: eine Frau und drei Kinder in einer Küche [106]. Mit einer Hand rührt die Frau in einem Topf auf dem Herd, auf dem anderen Arm hält sie ein kleines Kind. Ein zweites steht am Herd, ein drittes zieht von unten an ihrem Rockzipfel. In der Küche – so suggeriert das Bild – ist einiges los. Kinderbetreuung und Nahrungszubereitung geschehen gleichzeitig. Die Aufnahme stammt vom Basler Fotografen und Fotogeschäftsbesitzer Lothar Jeck, der oft im Auftrag der ‹Schweizer Illustrierten Zeitschrift› (SIZ) arbeitete. Das Bild illustrierte den 1935 anlässlich des Muttertags publizierten Beitrag ‹Mütter im Schatten›. Unter dem Bild ist zu lesen: «Aus dem schweren Tagewerk der Mutter: kochen und gleichzeitig die Kleinen warten. Ueberall sollte sie sein und nie darf sie müde werden.»¹⁹

Ob Mütter, Verwandte oder Angestellte: In den Küchen arbeiteten in der Zwischen- und Nachkriegszeit grossmehrheitlich Frauen. Geplant wurden Küchen jedoch meistens von Architekten. Dies kritisierte Ende der 1950er-Jahre die Wirtschaftskommission der Basler Frauenzentrale. Für sie waren es die Hausfrauen, die am besten darüber Bescheid wussten, wie eine Küche konzipiert sein sollte.

Frauen und Wohnbaupolitik

Die 1916 gegründete Basler Frauenzentrale, ein Zusammenschluss der bürgerlichen Frauenvereine, beschäftigte sich seit Ende der 1940er-Jahre mit ‹Wohnungsfragen›. Die Mitglieder ihrer Wirtschaftskommission organisierten Besichtigungen von Neubauten oder bemühten sich um eine stärkere Mitsprache von Frauen in Bauplanungsprozessen.²⁰ Dieses Engagement hing eng mit dem zeitgleichen Boom des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zusammen. Er wurde gefördert vom Bund und den Städten, auch in Basel.²¹ Hier traf ein seit Jahrzehnten bestehender Wohnungsmangel nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf eine stark anwachsende Bevölkerung. In den 1950er Jahren schritt der Bauboom voran, vermehrt privatwirtschaftlich finanziert,²² aber auch geprägt von kommunalen Wohnbauprojekten.²³



106 Eine Frau mit drei Kindern am Kochherd. Foto: Lothar Jeck, 1935.

Im Kontext dieser kommunalen Wohnbauprojekte verlangten die Frauen der Wirtschaftskommission, «dass eine Frau von Anfang an in der *jeweiligen* Baukommission mitwirke».²⁴ Nach zwei erfolglosen Anfragen schickten sie 1958 erneut eine Bitte um Mitarbeit an den Regierungsrat und äusserten ihre Überzeugung, dass «die Fachkenntnisse der Frauen für solche Aufgaben nutzbar gemacht werden könnten».²⁵ Doch die Eingabe stiess beim zuständigen Baudepartement auf taube Ohren: Für die geplanten Kommunalbauten gebe es keine gesonderte Baukommission. «Wir können Ihnen hingegen versichern, dass die Planung [...] auf Grund langjähriger Erfahrung für solche Bauten erfolgte.»²⁶

Die «Küchenumfrage»: Hausfrauen als Expertinnen

Nach dieser Absage beschlossen die Frauen der Wirtschaftskommission, einen anderen Weg einzuschlagen und «eine Frauenumfrage» durchzuführen: «Durch einen Fragebogen sollten vorerst Küchenprobleme ermittelt und Wünsche und Kritiken gesammelt werden», was «später Baukommissionen und Architekten nützlich sein könnte». ²⁷ Befragt wurden knapp tausend ausgewählte Mitglieder aller der Basler Frauenzentrale angeschlossenen Frauenvereine. Auch wenn diese vom Akademikerinnen- bis zum Hausfrauenverein reichten, waren die befragten Frauen im Vergleich zur Basler Durchschnittsfrau älter, seltener berufstätig und standen mehrheitlich grossen Haushalten mit drei bis fünf oder mehr Personen vor. Ausserdem gaben rund siebzehn Prozent der Befragten an, nicht nur von Kindern oder dem Ehemann, sondern auch von einer Angestellten Hilfe zu erhalten. ²⁸ Sie beantworteten zudem folgende Fragen: Würden die Hausfrauen eine «Wohnküche mit Essplatz», eine «Küche mittlerer Grösse», eine «Kleinküche» oder eine «Kochnische» vorziehen? Sollte der «Schüttstein» aus Chromstahl oder Keramik sein? Auch Präferenzen zu Beleuchtung oder Lüftung wurden erhoben. Zuletzt konnten die Befragten offene Bemerkungen dazu machen, was sie an ihrer Küche besonders schätzten oder kritisierten. ²⁹

Die Basler «Küchenumfrage» befragte Hausfrauen als Küchen-Expertinnen ³⁰ – und mit diesem Selbstverständnis antworteten diese auch: «Eine Küche sollte von Frauen entworfen werden, die wissen, welche Griffe zu vereinfachen sind», bemerkte eine der Befragten. Andere meinten, Architekten würden die praktischen Bedürfnisse der Hausfrauen nicht kennen. ³¹ Es ging um nichts anderes als die Deutungshoheit in der Küche. Nicht zuletzt hatte die Frauenzentrale bei der Ausarbeitung der Fragen mit Architekten zusammengearbeitet, beim Regierungsrat finanzielle Unterstützung beantragt und mit diesem Geld den Kantonsstatistiker Karl Wunderle mit der Auswertung der Fragebögen beauftragt. ³² 1963 veröffentlichte Wunderle die Resultate. ³³ Die darin ausführlich wiedergegebenen Meinungen der Frauen werden auch im vorliegenden Artikel zitiert. So fand die Frauenzentrale mit der Umfrage einen Weg, den Hausfrauen Gehör zu verschaffen.

Was ist eine praktische Küche?

Die Umfrage und der Wunsch nach Mitsprache der Basler Hausfrauen sind auch im Kontext grösserer Umbrüche im Küchendesign zu lesen. Während auf Jecks Aufnahme von 1935 noch freistehende Möbel und Apparate sowie verschiedene,

nicht durchgehende Abstellflächen zu sehen waren, verbreiteten sich ab den 1950er-Jahren die Einbauküchen. Mit ihnen setzte sich in der Schweiz die bis heute gültige ‹Schweizer Küchennorm› für Schränke und Geräte durch: 55 cm Breite, 60 cm Tiefe und 90 cm Höhe.³⁴ Dazu kamen Fertiggerichte, neue Materialien aus Kunststoff und für die breite Bevölkerung erschwinglich gewordene Küchengeräte.³⁵ Die Einbauküche geht zurück auf von Frauen entwickelte Modellküchen wie die ‹Frankfurter Küche› oder die ‹Stuttgarter Kleinküche› und die zunehmende wissenschaftliche Rationalisierung des Haushalts ab den 1920er-Jahren.³⁶

Für die befragten Frauen gaben letztlich nicht bestimmte technische Geräte oder Materialien den Ausschlag, sondern eine durchdachte Planung der Küche: ‹Eine praktische Küche hängt nicht ab vom Chromstahl, Textolite etc., sondern vielmehr von der richtigen Anordnung der Arbeitsplätze und Schränke, damit man alle Utensilien vom Arbeitsplatz aus erreichen kann, ohne viel Schritte [...]›, summierte eine der befragten Hausfrauen.³⁷ De facto bedeuteten die Vorteile der Einbauküche jedoch eine Verkleinerung der Küche. Die Grösse der Küche beschäftigte denn auch besonders viele der Befragten.

Küchenkampf: Arbeits- oder Essküche?

Über vierzig Prozent der Frauen gaben in der Befragung an, regelmässig in der Küche zu essen, bei jenen mit Kindern waren es über die Hälfte, und noch einmal mehr bei Frauen mit Kleinkindern. Davon erhofften sie sich eine Zeit- und Arbeitersparnis, weil sie so mehrere Arbeiten gleichzeitig erledigen konnten und nicht vom Rest der Familie getrennt waren.³⁸ Gerade weil über siebzig Prozent der Befragten in der Küche neben dem Kochen noch andere Arbeiten wie Bügeln (55 Prozent) und Waschen (28 Prozent) verrichteten oder ihre Kinder beaufsichtigten,³⁹ bevorzugten über achtzig Prozent der Frauen eine grosse oder mittlere Küche mit einem Grundriss, der es ‹erlaubt, den Küchentisch zentral zu plazieren› oder ‹[d]as Aufstellen eines ‹Laufgitters›› oder ‹‹Stubenwagen[s]›› ermöglichte.⁴⁰ Dazu kam, dass die befragten Hausfrauen sich ausreichend Platz für helfende Hände wünschten. ‹Vor allem scheinen es aber zahlreiche Hausfrauen zu schätzen, wenn die Räumlichkeit der Küche die übrigen Familienmitglieder nicht daraus vertreibt, sondern im Gegenteil auch dort eine gewisse Möglichkeit gemeinsamen Wohnens und gemeinsamen Arbeitens besteht›, folgerte Statistiker Wunderle.⁴¹

Dieser Wunsch nach mehr Platz stand konträr zur neueren Baugeschichte der Küche. Ihre Fläche hatte sich seit 1900 verkleinert, ihre Funktion wurde von einer Ess- zu einer reinen Arbeitsküche reduziert. Im 19. Jahrhundert hing die

Grösse der Küche von der sozialen Klasse ab. Arbeiter:innen kochten, assen und wohnten oft im selben Raum, während in bürgerlichen Wohnungen und Häusern die Küchen grösser und die Zubereitung und der Konsum der Speisen räumlich getrennt waren.⁴² Die durchschnittliche Küche erfuhr bis in die 1960er-Jahre also einerseits eine Verkleinerung, andererseits eine Abtrennung vom Wohnraum.

In diesem Kontext ist die Umfrage auch als Absage an die architektonischen Normen der Zeit zu lesen. Die von Architekten propagierte Kleinküche mit ihrer effizienten Ausnutzung und der als ‹modern› angesehenen funktionellen Trennung von Wohnen und Arbeiten war von Hausfrauen nicht gewünscht. Interessanterweise kam eine Umfrage unter Arbeitern und Angestellten einer Schaffhauser Firma zu einem ähnlichen Resultat: eine überwiegende Mehrheit sprach sich gegen die Trennung von Kochen und Essen aus.⁴³ Bereits 1948 schrieb der Architekt Karl Egender, es sei nicht gelungen, die Hausfrauen und ihre Familien dazu «zu bewegen, nicht in der Küche zu essen. Die Erfahrungen haben ergeben, dass in den erstellten Minimalküchen trotz direkter Verbindung mit dem Wohnzimmer die Mahlzeiten eingenommen werden.» Man solle «diese[r] Gewohnheit [...] Rechnung tragen» und entweder Essküchen bauen oder das Esszimmer gut anschliessen.⁴⁴ Doch erst ab den 1980er-Jahren begannen Architekt:innen die Wohnküche neu zu interpretieren und in Häusern und Wohnungen einzuplanen.⁴⁵

Die ‹moderne› Kleinküche war von Hausfrauen nicht gewünscht

Küchen heute und gestern

Für eine kurze Zeit im 20. Jahrhundert befürwortete die Wohnarchitektur eine kleinere Arbeitsküche, wie sie heute noch in vielen älteren Bauten anzutreffen ist. Davor und danach waren Wohnküchen die Norm. In die Diskussionen darum brachten sich auch Frauen ein. Einerseits waren es Frauen, die an der Ausarbeitung von effizienteren Küchenmodellen und Ausbaustandards mitarbeiteten. Ein solches Bedürfnis nach gutem Küchendesign zeigte sich in der Umfrage unter den Basler Hausfrauen. Andererseits erinnerten die Befragten daran, dass die Küche nicht nur für die Zubereitung von Essen genutzt wurde, sondern auch ein sozialer und in seinen Funktionen vielfältiger Raum sein sollte. Gekocht wurde oft parallel zur Kinderbetreuung und zum sozialen Familienleben, und die praktischen Anforderungen der vielfältigen Hausarbeit liessen sich nicht in einer funktionellen Raumteilung auflösen. Im Alltag musste vieles gleichzeitig geschehen. Ein Raum wie die Küche musste dieser Vielfältigkeit und Gleichzeitigkeit von Tätigkeiten Rechnung tragen.

Im Handel

Alexandra Binnenkade

Der Marktplatz ist ein beliebtes Bildsujet. Nicht nur für Touristinnen und Touristen, sondern auch für die Menschen, die in Basel leben. Offensichtlich ist man in Basel stolz auf die eigene Handelskraft, und einer der prägnantesten Orte, der die Lebendigkeit dieses Handels zeigen soll, ist seit dem Mittelalter der Kornmarkt, der heutige Marktplatz. Die Bilder verschiedener Zeiten inszenieren diesen Platz als Herz der Stadt. Zeichner machten ihn zum bildgewordenen Lexikon, für Fotografen war er Jagdrevier für treffende Schnappschüsse, denn hier konnten sie das abstrakte Wort «Handel» sichtbar machen als etwas, das in Tausenden tradierten Handbewegungen eins zu eins zwischen Menschen passiert. Das lässt fast vergessen, dass Menschen und Waren auf den Basler Märkten oft aus dem Um- und Ausland kamen. Wer auf den jüngeren Bildern genau hinschaut, wird sehen, dass sich die einschlägigen Handbewegungen verändert haben. Moderne Händler tippen, notieren, kalkulieren. Statt «Elsässer Marktfrauen» handeln in den Bildern immer mehr Männer, und an der Mustermesse wurde sogar Atomkraft zur Handelsware. Käuferinnen und Käufer werden zu Gästen, zu Zuschauerinnen und Zuschauern. Bis der Handel selbst im virtuellen Raum verschwindet.





108 Auf dem Kornmarkt, 1651.



109 Auf dem Marktplatz, zwischen 1892 und 1898.





110 In der Stadt, 1945.

111 Auf dem Weg zum Markt, 1935.

112 Auf dem Weg zum Markt, undatiert.

113 Auf dem Marktplatz, 1931.

114 In der Markthalle, zwischen 1929 und 1950.





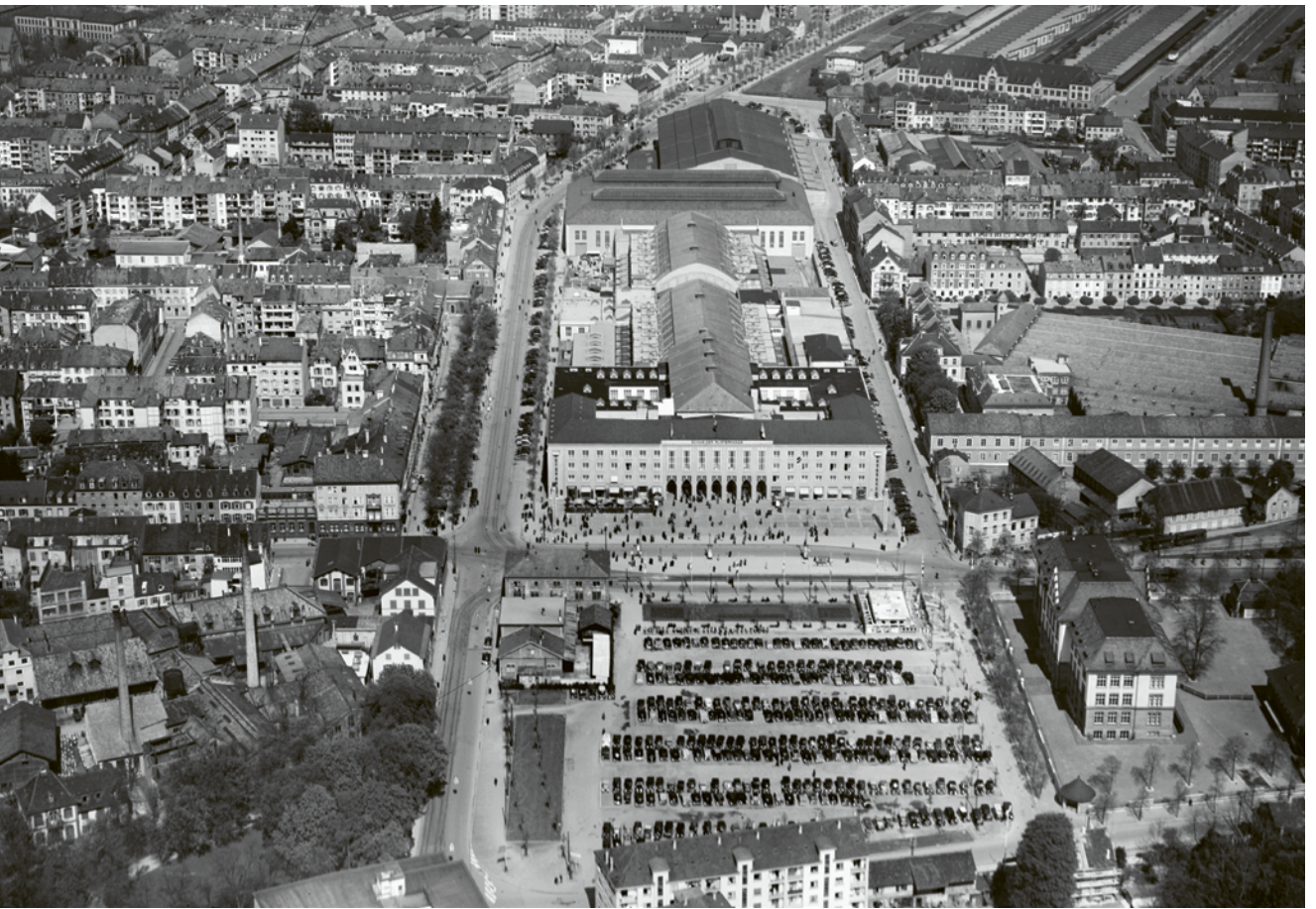
- 115 Auf dem Fischmarkt, 1935.
- 116 Auf dem Marktplatz, 1938.
- 117 Auf dem Andreasplatz, zwischen 1930 und 1950.
- 118 Auf dem Marktplatz, 1972.
- 119 Auf dem Marktplatz, 1939.
- 120 Auf dem Fischmarkt, 1935.



121 In der Migros Rebeggense, 1968.



122 In der «Rheinbrücke», 1974.



123 Mustermesse, 1936.



Nachts in Basel: Der Stadtraum nach Sonnenuntergang, 1890–1930

Sonja Matter, Daniel Krämer

Der Nachtraum: beschrieben, besungen, gemalt und fotografiert – mal wurde seine Schönheit hervorgehoben, mal seine furchterregende Seite. Zweifelsfrei hat die Nacht ihre eigene Geschichte, die sich jedoch an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert tiefgreifend verändert hat. Die Beleuchtung mittels Gas und Elektrizität gehörte zu den Innovationsprojekten, die Basel-Stadt an der Jahrhundertwende raumgreifend einführte [136]. Die Menschen konnten sich nun nach Sonnenuntergang auf besser beleuchteten Strassen bewegen, wobei nicht sämtliche Stadtteile gleich hell und gut erleuchtet waren. Zudem besaßen nicht alle dieselben Möglichkeiten, sich während der Nacht im öffentlichen Raum aufzuhalten. Unbestritten war dies für den männlichen Bürger, während Frauen und Kinder sowie obdachlose und fremde Personen nach Anbruch der Dunkelheit möglichst nicht mehr im Stadtraum unterwegs sein sollten. Die Stadt sorgte nicht nur für die Beleuchtung des Nachtraums, sie setzte in der Stadtnacht auch ein soziales Ordnungsregime durch.

Im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelte sich Basel innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer Grossstadt: 1860 lebten hier 40 000 Menschen, um 1910 waren es bereits über 130 000.⁴⁶ Neue Quartiere boten Wohnraum für die Zugezogenen. Die neuen Strassen, Brücken, Tramnetze, Wasser- und Energieleitungen bildeten vernetzte Infrastrukturen und ermöglichten die Zirkulation von Waren und Menschen in der modernen Stadt.⁴⁷ Doch was bedeuteten diese Veränderungen für den nächtlichen Stadtraum? Die Organisation des Nachtraums schrieb sich in Prozesse der Urbanisierung und Modernisierung ein, folgte jedoch spezifischen Regeln und Erfordernissen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Beleuchtung der nächtlichen Strassen und Plätze. Über künstliches Licht sollte der Nachtraum zugänglicher gemacht werden.⁴⁸ Ausserdem stellten sich Regierung und Parlament die Frage, welche soziale Ordnung im Basler Nachtraum gelten sollte. Bis 1861 hatte Basel wie andere Städte Europas seine Tore in der Nacht geschlossen.⁴⁹ Welche Regeln sollten fortan für den unbefestigten nächtlichen Stadtraum gelten? Wer durfte sich darin bewegen und wer wurde davon ausgeschlossen? Welche Nachtgestalten waren unerwünscht und für wen galt die Nachtstadt als zu



136 Illustration «Nachts in Basel» aus einem «Ratgeber für Schaufenster-Beleuchtung», herausgegeben von der Schweizerischen Kommission für Lichtwirtschaft, um 1928. — Der moderne Nachtraum zeigte sich dank der Elektrifizierung in neuem

Licht. Die Strassenbeleuchtung, Schaufenster und das Licht der Innenräume vertrieben die Dunkelheit. Nun konnten die Menschen auch nach Sonnenuntergang unbeschwert durch die Strassen der Stadt promenieren.

gefährlich? Der Beitrag legt zunächst dar, welche Beleuchtungsformen die Stadtnacht erhellten, und zeigt anschliessend, wie der Zugang zu diesem beleuchteten Raum entlang sozialer Kategorien wie Geschlecht und Schicht ausgestaltet wurde.

Nachräume erhellen: Die Installation von Gaslampen

Die 1870er-Jahre markierten einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der öffentlichen Beleuchtung der Stadt. 1875 erreichte der Freisinn bei den Grossratswahlen die Mehrheit und realisierte verschiedene sozial- und infrastrukturpolitische Projekte. Dazu gehörte neben Massnahmen wie dem sozialen Wohnungsbau oder dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch die Strassenbeleuchtung. Mit der



137 Laternenplan von Basel, 1882. — Der Plan zeigt die Brenndauer der Gaslaternen in Basel. Die Wettsteinbrücke und die Mittlere Rheinbrücke, die Altstadt von Grossbasel und die Vorstädte waren vergleichsweise hell erleuchtet. Auch der alte Kern von Kleinbasel verfügte über zahlreiche Gaslaternen, ebenso die Klybeckstrasse. Die Strassen linksrheinischer Quartiere wie Breite, St. Alban, Gundeldingen oder Am Ring waren nachts ebenfalls beleuchtet, das Laternennetz war dort allerdings weniger dicht. Ähnliches galt für die rechtsrheinischen Quartiere wie Clara oder Wettstein.

Verabschiedung des Gas- und Wassergesetzes 1879 wurde das Gaswerk ebenso dem Sanitätsdepartement unterstellt wie die Organisation der öffentlichen Beleuchtung.⁵⁰ In den folgenden Jahrzehnten baute Basel-Stadt die Beleuchtung mittels Gaslaternen gezielt aus. Diese lösten die Öllampen ab, welche die Strassen nur punktuell erhellt und die Dunkelheit als charakteristisches Merkmal der Nacht nicht vertrieben hatten. Dagegen vermochte die Helligkeit der Gaslampen die Menschen zu berauschen, wie Zeitgenossen berichteten.⁵¹ Die Herausbildung einer industriell-kapitalistischen Gesellschaft gab dabei den Takt für den Ausbau der Strassenbeleuchtung vor: Der Produktionsprozess ging vielerorts auch des Nachts weiter, und entsprechend gross war der Bedarf nach einer öffentlichen Beleuchtung entlang der stark frequentierten Verkehrsachsen.⁵²

Leuchteren 1890 in der Basler Nacht 1771 Laternen, so hatte sich ihr Bestand zehn Jahre später nahezu verdreifacht [137].⁵³ Nicht zuletzt die Erfindung der Gasglühlampe hatte einen weiteren Ausbau der öffentlichen Beleuchtung ermöglicht, weil es sich dabei um eine «sehr billige Lichtquelle» handelte, wie das Sanitätsdepartement 1895 festhielt. Gasglühlicht wurde neben der Beleuchtung der Strassen vermehrt auch für Schaufenster und Wirtschaften eingesetzt.⁵⁴ Eine wichtige Rolle bei der Beleuchtung des nächtlichen Stadtraums durch Gaslicht kam den «Laternenanzündern» zu. Im frühen 20. Jahrhundert waren im nächtlichen Basel über fünfzig Anzünder tätig.⁵⁵ Jeder von ihnen musste pro Nacht drei Touren machen: bei Einbruch der Nacht, um 23 Uhr, um die halbnächtigen Laternen zu löschen, und bei Tagesanbruch, um die ganznächtigen Laternen auszumachen.⁵⁶ Der Direktor der Gas- und Wasserwerke berechnete, dass eine Tour knapp vier Kilometer lang war und 45 bis 60 Minuten dauerte.⁵⁷ Trotz ihrer prägenden Rolle im städtischen Nachtraum übten die Anzünder ihre Tätigkeit in der Regel im Nebenerwerb aus und arbeiteten tagsüber als Schuhmacher, Schneider oder Buchbinder. Sie verrichteten ihren Dienst zunächst «täglich». Erst ab dem frühen 20. Jahrhundert gewährte ihnen die Stadt zaudernd einzelne Frei- und Ferientage.⁵⁸

Die Elektrifizierung des nächtlichen Stadtraums

Die öffentliche Beleuchtung war ein symbolträchtiges Zeichen von Modernität. Je heller die Stadt erleuchtet war, umso fortschrittlicher erschien sie. Entsprechend gross war das Interesse am elektrischen Bogenlicht, das mit seiner Leuchtkraft von je 1500 bis 1800 Kerzen die Strahlkraft der Gaslaternen weit übertraf.⁵⁹ Die Schweizer Bevölkerung konnte diese technische Innovation erstmals in grossem Stil an der Schweizerischen Landesausstellung 1883 bewundern, wo zahlreiche

Besuchende die Schönheit und die Helligkeit des elektrischen Lichts lobten.⁶⁰ Neben Bogenlampen kamen auch Glühlampen auf den Markt, die sich für die Beleuchtung von kleineren Innenräumen eigneten. Ihre Leuchtkraft entsprach etwa zehn Normalkerzen und sie gaben, anders als die Bogenlampen, kein gleissend helles, sondern ein «mildes Licht» ab.⁶¹

Trotz der Begeisterung für das elektrische Licht zeigte sich die Basler Regierung zunächst zurückhaltend. 1890 hielt das Sanitätsdepartement fest, das elektrische Licht könne mit dem billigen Gaslicht nur in Bezug auf die Annehmlichkeit konkurrenzieren, nicht aber hinsichtlich des Preises. Tatsächlich war elektrisches Licht zunächst nahezu siebzig Prozent teurer als Gaslicht.⁶² «Es wird deshalb das elektrische Licht noch eine Reihe von Jahren die Stelle einer Luxusbeleuchtung einnehmen», lautete die Prophezeiung des Sanitätsdepartements,⁶³ die sich vor allem bei der Beleuchtung von privaten Innenräumen bewahrheitete. Zunächst konnten sich nur bürgerliche Schichten die elektrische Beleuchtung leisten, weshalb sie als Zeichen von Reichtum galt. Dies manifestierte sich besonders in den Luxushotels. Sie warben zur Jahrhundertwende bei ihren betuchten Gästen mit der elektrischen Beleuchtung der Innenräume.⁶⁴ In Basel reichte das Hotel «Drei Könige» 1894 bei der Stadt ein Projekt um die Beleuchtung des Hauses ein, das unter strengen Auflagen bewilligt wurde.⁶⁵

1899 nahm der Kanton die Stromversorgung mit der Inbetriebnahme der Kraftstation Volta und der Unterstation Steinenbachgässlein selbst in die Hand, was die Elektrifizierung des Nachtraums beschleunigte.⁶⁶ Das Elektrizitätswerk Basel brachte im gleichen Jahr auf der Wettstein- und der Mittleren Rheinbrücke wie auch an der Falkner- und der Freien Strasse Bogenlampen an.⁶⁷ 1900 erhielten der Aeschen-, Barfüsser-, Centralbahn-, Clara-, Erasmus- und Marktplatz Bogenlampen, ebenfalls mehrere Strassen und Brücken [138]. Sie brannten jeweils bis 23.30 Uhr, einzelne ganznächig.⁶⁸

Die Elektrifizierung des nächtlichen Stadtraums wurde nach der Jahrhundertwende kontinuierlich ausgebaut: 1910 verfügte das Elektrizitätswerk Basel beispielsweise über ein Budget von 25 000 Franken für weitere Bogenlampen. Damit sollte unter anderem die «Lichtstrasse» vom Spalenberg in Richtung Stadtzentrum verlängert, die verkehrsreiche Falknerstrasse besser beleuchtet und die Elisabethenstrasse neu mit Bogenlampen bestückt werden. Die Projekte wurden in einem Plan veranschaulicht und vom Regierungsrat bewilligt.⁶⁹ In den frühen 1910er-Jahren bildete die elektrische Beleuchtung von St. Johannis-Vorstadt und Elsässerstrasse einen weiteren Schwerpunkt der städtischen Lichtplanung.⁷⁰ Später wurden unter anderem der «Erlenpark» und der Rheinhafen elektrifiziert.⁷¹



138 Claraplatz. Foto: Foto Wolf, nach 1900. — Bogenlampen beleuchteten im frühen 20. Jahrhundert stark frequentierte Räume in der Stadt, so auch den Claraplatz in Kleinbasel, hier Ecke Greifengasse und Untere Rebgasse.

Die Installation neuer Lichtquellen machte die Räume der Nacht zweifelsohne zugänglicher. Nicht umsonst argumentierte der Direktor der Gas- und Wasserwerke Basel, dass Bogenlampen auf viel befahrenen Kreuzungen «eine sehr gute Wirkung» erzielten.⁷² Die Ausstattung von Plätzen und Strassen mit Lampen und Laternen erfolgte allerdings nicht nur aus Gründen der Verkehrssicherheit, sondern schrieb sich auch in die soziale Segregation von Basel ein, wie sie sich im Zuge der starken Bevölkerungszunahme im ausgehenden 19. Jahrhundert vollzogen hatte. Das 1908 eingemeindete Kleinhüningen beleuchtete seine Strassen auch im frühen 20. Jahrhundert noch mit Petrollaternen, da weder für Gas- noch elektrische Beleuchtung Leitungen errichtet worden waren.⁷³ Bis 1912 gab es auch im Hechtliacker und an der äusseren Reinacherstrasse weder Gas- noch elektrisches Licht.⁷⁴ Zur Jahrhundertwende zeichnete sich der nächtliche Raum Basels ähnlich



139 Nachtbeleuchtung von Schaufenstern. Foto: Alfred Kugler, um 1903. — Um 1900 wurde der Nachtraum nicht nur von Strassenlaternen, sondern auch von Schaufenstern erhellt. Im Jahr 1902 zählte das städtische Elektrizitätswerk 688 Abonnenten, die 24 593 Glühlampen, 571 Bogenlampen, 207 Motoren und 79 andere Apparate angeschlossen hatten.

wie in anderen Städten somit durch einen heterogenen Mix von Beleuchtungsarten aus. Bogenlampen, Gaslaternen und Petrollampen warfen sehr unterschiedliches Licht in den nächtlichen Stadtraum, von gleissend hellem über weiches bis zu spärlichem Licht [139].⁷⁵

Der Erste Weltkrieg: Basel versinkt in Dunkelheit

Während die Erhellung des Nachtraums seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert stark vorangetrieben wurde, stand sie nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs still. Dies hing mit kriegsbedingten Schwierigkeiten bei der Kohlebeschaffung und der damit einhergehenden massiven Verteuerung von Gas zusammen.⁷⁶ In einem ersten Schritt beschloss der Regierungsrat, die Gaslampen bereits um 22 Uhr statt

um 23 Uhr zu löschen. Als im Laufe des Krieges die Kohlelieferungen weiter zurückgingen, wurden die Massnahmen verschärft. Am 26. August 1916 entschied der Regierungsrat, die «halbnächtigen Strassenlaternen» gar nicht mehr anzuzünden. In Betrieb waren die elektrischen Lampen noch an wenigen Plätzen wie Marktplatz, Spalenvorstadt, Mittlere Brücke, Centralbahnplatz, Schwarzwaldallee / Badischer Bahnhof und Johanniterbrücke.⁷⁷ 1917 beschloss der Bundesrat, den Gasverbrauch um 25 Prozent zu reduzieren, weshalb Basel-Stadt noch stärker an der öffentlichen Beleuchtung sparte. Obwohl das seit 1908 autonom agierende Elektrizitätswerk Basel bei der Energieversorgung in die Lücke springen wollte, verzögerte sich die Umsetzung der Pläne wegen «Personal- und Materialschwierigkeiten».⁷⁸

Die fehlende Gasbeleuchtung konnte daher nur schrittweise durch elektrisches Licht ersetzt werden. Viele Einwohner:innen empfanden dies als einschneidende Sparmassnahme, wie Leserbriefe zeigen. Im September 1916 schrieb beispielsweise H. S.: «Seit dem neuen Regierungsrathsbeschluss, wodurch die Halbnacht-Gaslaternen nicht mehr angezündet werden, muss man sich sagen, die öffentliche Beleuchtung in den Strassen ist gegenwärtig für eine Handels- und Geschäftsstadt wie Basel, eine völlig ungenügende. Ob dies Sparsystem vom Staate wirklich das richtige ist, wollen wir nicht näher untersuchen, aber eines ist sicher, den grössten Vorteil davon hat das lichtscheue Gesindel; diesem hat der Staat einen grossen Dienst erwiesen, denn die Zeit wird lehren, und zu bald wird man in den Zeitungen vermehrt lesen können, da und dort ist eingebrochen worden, oder Passanten überfallen und bestohlen worden, somit ist diese neue Verordnung ein Nachteil für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.»⁷⁹ Die These, dass die reduzierte Beleuchtung der Stadt die Kriminalitätsrate ansteigen lasse, wurde regelmässig wiederholt. Der Theodorsgraben löste beispielsweise beim Durchschreiten Furcht aus, da er in «reinste ägyptische Finsternis gehüllt» sei und sich für Überfälle geradezu anbiete.⁸⁰

Die dunklen Stadträume erschienen auch als gefährlicher, weil man sich in der Dunkelheit leichter verletzte. «In einer Strasse der Aussenstadt» sei «eine Dame mit der Stirne an die Säule einer nicht brennenden Strassenlaterne» gestossen und habe «vor Schmerz laut» aufgeschrien.⁸¹ Ein Messebesucher klagte, er sei in den dunklen Abendstunden in der Inneren Margarethenstrasse beinahe von einem «pressant habenden Fräulein» überrannt worden.⁸² Auch stark frequentierte unbeleuchtete Strassenkreuzungen galten als gefährlich, da Passant:innen mit Fuhrwerken zusammenstossen konnten.⁸³ Schliesslich behaupteten Anwohnende, in unbeleuchteten Gassen würden sich Übertretungen häufen. Im Mai 1917 erhielt das Sanitätsdepartement die Meldung, beim Fahngässlein fördere die fehlende

Beleuchtung die «Unsittlichkeit»: «Der Zustand des Gässleins war schon vor dem Kriege ein himmelschreiender und ist es heute noch in vermehrtem Masse. Das Gässlein dient Passanten und Anwohnern nicht nur als Pissoir und Abtritt, sondern auch Liebespäpchen als Stelldichein.»⁸⁴

Vielen Baslern und Baslerinnen erschienen die drastischen Einsparungen als zu rigoros. Sie verlangten Abhilfe und schlugen beispielsweise vor, die Stadt solle Petroleum-Laternen aufhängen oder «einige Männer mit solchen hin und herlaufen» lassen.⁸⁵ Einwohner und Einwohnerinnen unterschiedlicher sozialer Situierung beklagten sich bei den Behörden über die dürftige Strassenbeleuchtung, wobei sich die Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit im Stadtraum nach Sonnenuntergang jedoch stärker eingeschränkt fühlten als die Männer. Die Eigentümerin einer Liegenschaft am Lindenweg klagte 1917 beispielsweise, weder sie noch ihre weiblichen Dienstboten könnten wegen der mangelnden Beleuchtung «allein heimkommen», und forderte die Wiederinbetriebnahme der Gaslaternen.⁸⁶ Andere Frauen monierten, sie fänden sich nach dem Theaterbesuch in vollkommener Dunkelheit wieder und seien dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.⁸⁷ Auch die Kommission

Eine «unbillige Steuerbelastung»?

Bevor Basel im Ersten Weltkrieg in Dunkelheit gehüllt wurde, warf eine Debatte um die Strassenbeleuchtung ein Schlaglicht auf die kantonale Infrastrukturpolitik. Im Mai 1909 reichte der Hausbesitzer-Verein Basel eine Petition für die Aufhebung der Strassenbeleuchtungsgebühr ein. Er sah darin eine ungerechte «Spezialbesteuerung», die das Kleingewerbe treffe, elektrische «Luxusbeleuchtung» einschliesse und in anderen Schweizer Städten unbekannt sei.⁸⁸ Die Steuer beruhte auf dem Gesetz betreffend das städtische Gas- und Wasserwerk und Elektrizitätswerk vom 8. März 1900. Es übertrug die Kosten der öffentlichen Beleuchtung auf Liegenschaftsbesitzende, deren Grundstücke nicht mehr als sechzig Meter von der nächsten öffentlichen Lampe entfernt waren. Die Steuer betrug 0,5 Promille des Brandversicherungswerts des Gebäudes und deckte

rund zwei Drittel der Kosten für die Beleuchtung und den Unterhalt der Infrastruktur.⁸⁹ Der Regierungsrat lehnte die Petition ab. Er verwies auf die stetige Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung bei gleichbleibender Steuerbelastung und die höhere Attraktivität von Wohnungen an beleuchteten Strassen. Die «allgemeine Klage der Hauseigentümer über unbillige Steuerbelastung» sei daher unbegründet.⁹⁰ Der Hausbesitzer-Verein gab sich damit nicht zufrieden und reichte im Oktober 1910 ein Initiativbegehren zur Abschaffung der Beleuchtungssteuer ein. Im Abstimmungskampf appellierte er an den Gerechtigkeitssinn der Mieter und drohte mit höheren Mieten oder der Abwälzung der Kosten auf alle Hausbewohner.⁹¹ Die Argumente verfielen nicht. 57,6 Prozent der Stimmbürger wollten an der Steuer festhalten.⁹²

des St. Albanstiftes wandte sich an das Gas- und Wasserwerk und berichtete über zwei wöchentliche «Nähabende» mit etwa vierzig Frauen und Mädchen «aus Arbeiterkreisen», die dem Gas- und Wasserwerk «zu grossem Dank verpflichtet» wären, wenn die zwei Strassenlaternen vor und hinter dem Stift wieder angezündet würden, damit sich die Frauen im Nachtraum sicherer bewegen könnten.⁹³

Das elektrische Licht setzt sich durch

Im Laufe des Ersten Weltkriegs nahmen die Vorteile der elektrischen gegenüber der Gasbeleuchtung weiter zu. So war der Unterhalt der elektrischen Lampen weniger aufwendig, und mit der Erfindung der Metallfadenlampe sanken die Kosten.⁹⁴ Nicht zuletzt hatte sich die elektrische Strassenbeleuchtung im frühen 20. Jahrhundert weiterentwickelt. Statt Bogenlampen wurden Glühlampen verwendet, die nicht nur tiefer installiert werden konnten, sondern das Auge auch nicht blendeten und eine gleichmässige Beleuchtung ermöglichten.⁹⁵ In den frühen 1920er-Jahren wurde die Elektrifizierung vorangetrieben, so etwa in Gundeldingen und im Bachlettenquartier,⁹⁶ bei gleichzeitigem Rückbau der Gaslaternen. 1920 berichtete das Sanitätsdepartement, dass 154 Gaslaternen ausser Betrieb genommen und durch elektrische Lampen ersetzt worden waren.⁹⁷ Damit verschwand auch die prägende Nachtgestalt des Anzünders aus dem Stadtraum. 1923 entliess die Stadt die sechzehn angestellten Anzünder unter Bezahlung einer reduzierten Pension. Die verbleibenden Gaslaternen mussten nicht mehr von Hand angezündet werden, weshalb einzig die Laternenputzer bis zum Abbau der letzten Gaslaterne weiterbeschäftigt wurden [141].⁹⁸

In den 1920er-Jahren erreichten die Behörden nur noch einzelne Beschwerden wegen einer mangelhaften Beleuchtung des Nachtraums. 1925 beklagte sich etwa die Immobiliengesellschaft Fundus beim Sanitätsdepartement über das spärliche Licht im St. Alban-Tal. Passanten und Passantinnen würden Gefahr laufen, «von einem Velofahrer, Auto oder sonstigen Fuhrwerken angefahren zu werden», weil der Verkehr in jüngster Zeit stark zugenommen habe.⁹⁹ Die Direktion der Gas- und Wasserwerke betrachtete die Klage als berechtigt und setzte sich dafür ein, weitere elektrische Strassenlampen anzubringen.¹⁰⁰

Die Elektrifizierung der Innenräume

Vor der Elektrifizierung der Haushalte wurden Basler Wohnungen primär mit Kerzen und Petrollampen beleuchtet, die eine Brandgefahr darstellten und in ihrer



140 Blick auf die nächtliche Innenstadt von der Marienkirche aus, 1937. — Auch die beleuchteten Innenräume trugen zur Erhellung des städtischen Nachtraums bei.

Reichweite beschränkt waren.¹⁰¹ Gaslampen waren für die Beleuchtung von Innenräumen wiederum ungeeignet, weil sie stark rochen. Während des Ersten Weltkriegs war Basel-Stadt bestrebt, private Haushalte mit elektrischem Licht zu versorgen. 1915 führte die Regierung die Möglichkeit ein, die Elektrifizierung von Mietwohnungen auf Abzahlung durchzuführen. «Die Massnahme verschaffte dem elektrischen Lichte vermehrterem Eingang in Kleinwohnungen und ermöglichte dessen Einführung vielerorts, wo es sonst der Installationskosten wegen nicht hätte eingerichtet werden können», führte das Sanitätsdepartment aus.¹⁰² Die elektrische Beleuchtung der Basler Haushalte vollzog sich nachfolgend rasant; bereits 1920 waren selbst kleine Wohnungen mit elektrischem Licht ausgestattet, auch wenn die Zahl der elektrischen Lampen pro Haushalt zunächst begrenzt war.¹⁰³ Die Elektrifizierung der Haushalte veränderte indes nicht nur den privaten, sondern auch den öffentlichen Raum: Neben den Strassenlampen erhellten auch die Fenster der Wohnungen den Nachtraum [140].

Einzig in Bereichen wie dem Kochen und dem Heizen behielt das Gas in der Nachkriegszeit eine dominante Stellung. Einzelne trauerten dem «milden» Licht der Gaslampen nach, weil es dem Nachtraum in ihren Augen einen romantischen Anstrich verlieh.¹⁰⁴ Doch in den 1920er-Jahren stand das Gaslicht bereits für eine Zeit, die neuen Ansprüchen an die Modernität nicht mehr genügte und unwiederbringlich vorbei war [141]. Das elektrische Licht leuchtete gleichmässiger im Raum und schuf dadurch ein neues visuelles Erlebnis der Stadtnacht. Die Schatten wurden kleiner und gaben den Blick auf die Gesichter der Menschen frei. Der Nachtraum der Stadt blieb zwar eine anonyme Welt, sie war es jedoch nicht mehr aufgrund der Dunkelheit.¹⁰⁵

Unerwünschte Nachtgestalten

Mit jedem neuen Licht, das die Strassen erhellte, vergrösserte sich der Kreis derjenigen, die sich in die Nacht hinauswagten.¹⁰⁶ Als sich Basel im ausgehenden 19. Jahrhundert zur Grossstadt entwickelte, wurden die Nachträume unübersichtlicher. Insbesondere bei Angehörigen des Bürgertums, die das Erstarken der Arbeiterklasse mit Unbehagen verfolgten, löste das nächtliche Treiben Ängste aus.¹⁰⁷ Vertreter der Regierung, des Parlaments und Mitglieder philanthropischer Organisationen versuchten mit ambivalenten Motiven zu intervenieren und Ordnung in den nächtlichen Stadtraum zu bringen: Einerseits erweiterte die Stadt mit infrastrukturellen Massnahmen wie der öffentlichen Beleuchtung die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Nacht. Andererseits reagierte sie auf die Verunsicherungen durch diese neuen nächtlichen Freiheiten mit Disziplinierungs- und Kontrollmassnahmen.

Nach der Entfestigung blieben nicht nur die Grenzen der Stadt während der Nacht passierbar, auch der seit der Vormoderne bestehende Wachdienst der Zünfte war obsolet geworden.¹⁰⁸ Die Landjäger, die zuvor an den Stadttoren stationiert waren, erhielten mit dem nächtlichen Patrouillendienst eine neue Aufgabe. Die Nachtpatrouillen nahmen ihre Rundgänge jeweils von einem Polizeiposten aus auf. Um 1900 existierten in Basel neun Hauptposten: Lohnhof-, Rathaus-, Breite-, Äschen-, Gundeldingen-, Spalen-, Hegenheimer-, Clara- und Horburgposten. In Grossbasel waren jeweils 23 bis 24 Nachtpatrouillen unterwegs, in Kleinbasel 12 bis 13. Sie bestanden meist aus einem Polizeimann und einem zivilen Schutzmann. Da das Polizeidepartement Mühe hatte, ausreichend Polizeimänner zu finden – was nicht zuletzt mit der schlechten Entlohnung und prekären Arbeitsbedingungen zusammenhing –, wurden für den Nachtdienst zivile Hilfskräfte eingestellt.



141 Petersberg Nr. 40–48 mit Laternenputzer, um 1925. — Gaslaternen mussten von Hand geputzt werden. In den 1920er-Jahren verschwanden mit dem Abbau der Gaslaternen auch die Laternenputzer langsam aus dem Stadtbild.

Diese gingen am Tag einer bezahlten Arbeit nach und besserten mit dem Nachtdienst ihr Einkommen auf.¹⁰⁹

Die Patrouillen marschierten jeweils zwischen 22 und 4 Uhr durch die nächtlichen Strassen und lösten sich nach zweieinhalb Stunden ab.¹¹⁰ Zur Stärkung standen auf den Polizeiposten Tee und Suppen zur Verfügung, bis zur Jahrhundertwende auch Rum.¹¹¹ Mit den Patrouillen markierte die Polizei in der Nacht durchaus geräuschvoll Präsenz. In einer Weisung monierte der Polizeidirektor 1874, die Nachtpatrouillen seien schon von Weitem zu hören, was der «allgemei-

nen Sicherheit» abträglich sei. Immer wieder verlangten Inspektoren in den folgenden Jahren, die Polizei- und Schutzmäner sollten ihren Dienst auf leiseren Gummisohlen verrichten.¹¹²

Nicht alle Menschen waren berechtigt, sich im öffentlichen Nachtraum aufzuhalten. Insbesondere Angehörige sozialer Unterschichten ohne festen Wohnsitz gerieten ins Visier der Polizei. Wie andere Kantone schuf Basel-Stadt im ausgehenden 19. Jahrhundert die gesetzlichen Grundlagen, um gegen «unerwünschte Nachtgestalten» vorzugehen.¹¹³ Dazu ordnete das Polizeidepartement systematische Kontrollen an. So bestimmte ein Schreiben vom Dezember 1911: «In der Nacht vom 22./23. Dezember führt das genannte Polizeikorps von 1 ½ bis 3 ¾ Uhr eine intensive Kontrolle aller auf der Strasse betroffenen Obdachlosen, Vagabunden, Schriften- und Mittellosen, Verdächtigen, Dirnen, Zuhälter etc. durch.»¹¹⁴ In dem Schreiben wird deutlich, welche sozialen Gruppen gemeint waren: mittellose und herumziehende Wohnungslose sowie Frauen und Männer, die im Sexgewerbe tätig waren.

Öffentlicher Nachtraum: Kein Ort zum Schlafen

Die Nachtpatrouillen trafen im frühen 20. Jahrhundert regelmässig auf obdachlose Menschen. Der Journalauszug vom 12. August 1910 steht beispielhaft für ein Stück Alltagsgeschichte des polizeilichen Nachtdienstes: «Paul Rudolf von Sternenberg, Zürich, geb. 1871 III.6. zu Waldstadt, Appenzell, ledig, Knecht, von Belfort kommend, wurde morgens 3 ¼ Uhr vom Polizeimann Hermann am Schaffhauser-rheinweg angehalten, weil er daselbst auf einer Bank schlief.»¹¹⁵ Auch Kinder und Jugendliche trafen die Ordnungshüter während ihres Nachtdienstes an. Die 17-jährige Marie Meyer war ihren Eltern «in Freiburg durchgebrannt». Das Mädchen wurde im Juli 1913 «um 2 Uhr in der Wettsteinanlage wegen Mittel- [und] Obdachlosigkeit angehalten und zur Haft gebracht».¹¹⁶ Minderjährige, die sich nachts im Stadtraum aufhielten, führte die Polizei zurück zu ihren Eltern und stellte ihnen die Kosten für die Aufwendungen in Rechnung.

Die Problematik der Obdachlosigkeit hatte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert verschärft. Die starke Zuwanderung führte zu einer Verknappung des Wohnraums, zum andern waren die zugewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen kaum gegen soziale Risiken wie Unfall, Krankheit oder Arbeitslosigkeit abgesichert und rutschten bei Lohnausfall vielfach unmittelbar in die Armut ab.¹¹⁷ Oft trafen die Basler Nachtpatrouillen obdachlose Menschen im Centralbahnhof, in Parkanlagen oder in privaten Gärten an.

Es gab jedoch auch Gruppen unterschiedlicher politischer Couleur, die dem Problem der Obdachlosigkeit nicht allein mit nächtlichem Polizeigewahrsam und Ausweisung aus der Stadt begegnen wollten. Wo es um die soziale Umgestaltung des Nachtraums ging, erwiesen sich philanthropische Vereinigungen als einflussreich. Um 1910 zählte der Fürsorgeexperte Albert Wild über fünfzehn Asyle, Herbergen und Heime in der Stadt, die dauernd oder vorübergehend mittellosen oder bedürftigen Personen, meist nach Geschlechtern getrennt, eine Unterkunft boten. Sie wollten Menschen davor bewahren, die Nacht auf der Strasse zu verbringen.¹¹⁸ Beispielhaft dafür steht etwa das Engagement der Heilsarmee. Diese eröffnete 1906 am Rheinweg 75 ein Nachtsyl für hundert Männer, um «den Ärmsten der Armen» ein «Obdach zu möglichst geringem Preise zu bieten».¹¹⁹ Für drei Stunden Arbeit (meist Holzspalten, Papier- und Lumpensortieren) erhielten die Männer im «Arbeiterheim» ein Bett zum Übernachten, am Abend «Suppe, Brot» und am Morgen «Kaffee und Brot».¹²⁰

Parallel zu den neuen sozialen Hilfsangeboten verschärfte der Staat um 1900 die repressiven Massnahmen gegen obdachlose und randständige Menschen. 1907 erkundigte sich das Schweizerische Justiz- und Polizeidepartement bei den Kantonen nach ihrem Umgang mit «Nomaden, Zigeunern, Vaganten und wandernden Gewerbetreibenden». Der Bund sah in diesen Menschen eine Gefahr, auch weil sie – ohne Obdach – die nächtliche Ordnung störten. In seiner Antwort berichtete das Polizeidepartement Basel-Stadt von scharfen Massnahmen gegenüber «rückfälligen, wiederholt bestrafte und unabtreiblichen Personen».¹²¹ In diesen Fällen komme das «Gesetz betreffend Versorgung in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten» zur Anwendung, welches der Grosse Rat 1901 erlassen hatte. Dieses bestimmte, dass Personen, die «durch Liederlichkeit, schlechte Aufführung, unsittliches Betragen oder Trunksucht öffentliche Ärgernis erregen, oder die öffentliche Sicherheit gefährden, [...] in Arbeits- oder Besserungsanstalten versorgt werden» konnten.¹²² Wie andere Kantone ging auch Basel-Stadt im frühen 20. Jahrhundert rigoros gegen Menschen vor, die sich den Anforderungen an eine bürgerliche Lebensweise entzogen, und baute die Möglichkeit der administrativen Versorgung erheblich aus.¹²³

Nachträume – Männerräume?

Auch bei der Festsetzung der Polizeistunde griff der Staat regulierend in den Nachtraum ein. Basel-Stadt zeigte sich hier im ausgehenden 19. Jahrhundert zunächst sehr liberal. Dank der 1874 in der Bundesverfassung verankerten Wirtschafts- und

Gewerbefreiheit öffneten in grosser Zahl neue Wirtshäuser [142], welche die ganze Nacht geöffnet bleiben konnten.¹²⁴ Während diese in den meisten anderen Kantonen ihre Türen zwischen 22 und 24 Uhr schliessen mussten, hatte Basel-Stadt die Polizeistunde 1876 «probeweise» aufgehoben und diesen Beschluss im Wirtschaftsgesetz von 1887 bestätigt.¹²⁵ Die Aufhebung der Polizeistunde war indes umstritten. Bereits 1881 publizierte Traugott Siegfried eine Studie zum Wirtshaus, in der er sich gegen die Freinacht aussprach, da sie Ehemänner und Väter der Arbeiterschicht aus dem privaten Raum der Familie in die Wirtschaften und den öffentlichen Nachraum lockte. «In alle Nacht hinein und ganze Nächte hindurch werden die Gäste bewirthe, Familienväter werden veranlasst auf Credit zu zechen; keine Thräne der armen Frauen, kein Jammern der Kinder kann diese Winkelwirthe, die es vorzugsweise auf die niederen Classen abgesehen haben, bestimmen, von ihrem schandbaren Treiben abzustehen, den sauer erworbenen Verdienst der Arbeiter den Familien vorwegzunehmen», kritisierte er.¹²⁶ Auch die Gefahr zunehmender Kriminalität, nicht zuletzt der nächtlichen Schlägereien, sollte durch die Einführung der Polizeistunden eingedämmt werden.¹²⁷

Dass sich Männer nächtens im Wirtshaus aufhielten und damit die Familienökonomie gefährdeten, wurde in den nachfolgenden Jahren mehrfach problematisiert. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten sowohl der Regierungsrat als später auch der Bundesrat Bestimmungen zur Polizeistunde ein. Die Lokale mussten wieder zwischen 23 und 24 Uhr schliessen.¹²⁸ Nach Kriegsende stellte sich die Frage, ob in Basel das liberale Regime der Vorkriegsjahre wieder eingeführt werden sollte. Insbesondere der Wirteverband wollte die Polizeistunde wieder ganz aufheben, da diese die Verdienstmöglichkeiten der Wirte zu stark einschränke. Zudem müsse den Personen, die von der Bahn, aus Konzerten oder dem Theater kamen, noch die Möglichkeit gegeben werden, etwas zu konsumieren.¹²⁹ Der Regierungsrat gab den Forderungen jedoch nur punktuell nach und legte die Polizeistunde auf Mitternacht und an Samstagen auf 1 Uhr morgens fest. Von diesen Bestimmungen ausgenommen waren die Bahnhofsrestaurants und nicht allgemein zugängliche, nur für Hotelgäste bestimmte Lokale.¹³⁰ Auch Bars wurden keine längeren Öffnungszeiten gestattet. Dies erzürnte den Betreiber des Sommercasinos: «Immer und immer wieder muss man dann die Klage hören: <so was nennt sich eine Grossstadt, wo die Bars um 12 Uhr schliessen!> Es ist mir auch unbegreiflich, wie die Stadt grosse Summen für Fremdenpropaganda ausgibt, jedoch den Geschäftsmann hindert, dem Fremden das zu bieten, was andere Schweizerstädte längst machen, dazu gehört neben den Sehenswürdigkeiten, auch die Möglichkeit, sich nachts zu unterhalten.»¹³¹



142 Bierbrauerei an der Freien Strasse 38 (abgebrochen 1898). Foto: Adam Varady, 1898. — Wirtshäuser wie die Bierbrauerei «zum Pflug» an der Freien Strasse 38 waren um die Jahrhundertwende primär Treffpunkte für Männer.

Eine Rückkehr zur liberalen Nachordnung der Vorkriegsjahre drohte in den Augen der Behörden jedoch zu viel Widerstand hervorzurufen. Wie der Vorsteher des Polizeidepartements ausführte, würde sich nicht zuletzt die Mehrheit der Basler Frauen dagegen wenden.¹³² Mit der Regulierung der Polizeistunde zielte Basel-Stadt darauf ab, den nächtlichen Konsum der männlichen Bevölkerung einzuschränken und folgte Bestrebungen, die auch in anderen Kantonen durchgesetzt wurden. Die Polizeistunde sollte, wie bereits Siegfried betont hatte, besonders in der Arbeiterklasse zu einer Stabilisierung der Geschlechter- und Familienordnung beitragen.

«Schutz» der Frauen vor den Gefahren der Nacht

Während bei Männern der Aufenthalt im Nachtraum mit der Gefahr des übermässigen Alkoholkonsums sowie mit einem möglichen Abdriften in die Kriminalität assoziiert wurde, galt er für Frauen aus anderen Gründen als gefährlich. Insbesondere junge Frauen schienen gefährdet, in die Fänge von «Mädchenhändlern» zu geraten und in die Prostitution abzurutschen.¹³³ An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gründeten Frauen daher Vereinigungen mit dem Zweck, Mädchen und Frauen vor den Gefahren der Nacht zu schützen. Im Anschluss an den Ersten Internationalen Kongress der Abolitionisten in Genf entstand 1877 der Internationale Verein Freundinnen junger Mädchen mit Sitz in Neuenburg, der Mädchen und Frauen vor der Prostitution bewahren wollte.¹³⁴ 1890 wurde in Basel eine lokale Sektion gegründet, die Mädchen und Frauen auf der Durchreise oder bei der Ankunft am Bahnhof Basel behilflich sein wollte. Zwei Agentinnen, die eine grosse Brosche mit der Inschrift «Schutz für junge Mädchen» trugen, waren täglich am Bahnhof Basel stationiert.¹³⁵ Ein wichtiges Projekt des Vereins der Freundinnen junger Mädchen war der Betrieb des Bahnhofsheims Basel am Steinentorberg 14. Dieses bot maximal 32 «durchreisenden und stellensuchenden Mädchen» eine «billige Unterkunft» und sollte sie davor bewahren, im Nachtraum von Zuhältern bedrängt und von ihnen abhängig zu werden.¹³⁶

Das Delikt der Prostitution wurde wie die «Landstreicherei» im Basler Polizeigesetz von 1872 geregelt. «Weibspersonen, welche gewerbmässig Unzucht» trieben, wurden sanktioniert.¹³⁷ Die Polizei kontrollierte neben Privatwohnungen auch die Hinterzimmer von Zigarrenläden, um das illegale Sexgewerbe zu unterbinden. Frauen prostituierten sich allerdings auch an ausgewählten Orten im

Arbeiten in der Nacht

Frauen sollten, so die Ansicht zahlreicher Politiker und Sozialreformerinnen, vor den Gefahren der Nacht geschützt und ihre Anwesenheit zu Hause bei der Familie gefördert werden. In diese Zielsetzung schrieben sich auch die kantonalen und eidgenössischen Arbeiterschutzbestimmungen ein. Das eidgenössische Fabrikgesetz von 1877 verankerte unter anderem das allgemeine Nachtarbeitsverbot, baute

jedoch flexible Ausnahmen für männliche Arbeitnehmer ein. Frauen dürften jedoch «unter keinen Umständen» zur Nachtarbeit «verwendet werden».¹³⁸ Basel-Stadt untersagte 1884 Frauen die Nachtarbeit in Fabriken ebenfalls.¹³⁹ Dadurch waren zwangsläufig bedeutend mehr Männer des Nachts im Stadtraum zwischen Fabrik und Wohnung unterwegs.

Nachtraum, wie im zeitgenössischen Diskurs immer wieder betont wurde, und die Polizei sah es als ihre Aufgabe an, diese Räume zu kontrollieren.¹⁴⁰ Neben Prostituierten gerieten um die Jahrhundertwende auch andere Frauen schnell in Verdacht, an öffentlichen Orten «Unzucht» zu treiben. Einerseits beklagten sich Frauen, sie würden besonders dann von Freiern angesprochen und belästigt, wenn sie allein in der Nacht unterwegs waren.¹⁴¹ Andererseits wurden Frauen von der Polizei angehalten, wenn sie nach Sonnenuntergang alleine auf der Strasse unterwegs waren – ein verdächtiges, vermeintlich «unsittliches» Verhalten konnte hierzu bereits ausreichend sein.¹⁴² Die Modernisierung des öffentlichen Nachtraums war für Frauen daher besonders ambivalent, da sie gleichsam von zwei Seiten bedrängt wurden. Ihre Bewegungsfreiheit war trotz der zunehmenden elektrischen Beleuchtung vielfach beschränkt.

Die Mehrheit der Zeitgenossen und mit ihnen zahlreiche Ratgeber und Anstandsbücher vertraten im frühen 20. Jahrhundert eine klare Meinung: Nicht der öffentliche Nachtraum musste reformiert und umgestaltet werden, damit sich Frauen ohne Angst darin bewegen konnten. Vielmehr galt es, die Schutzregeln zu erweitern und Frauen vor dem Gang in den öffentlichen Nachtraum zu bewahren, obwohl sich «das weibliche Geschlecht fleissig» darin bewegte.¹⁴³ Diese Schutzbestrebungen korrespondierten mit den damaligen Vorstellungen über bipolare «Geschlechtscharaktere». Demnach galten Frauen als «wesensmässig» empfindsamer und schwächer und somit grundsätzlich als schutzbedürftig.¹⁴⁴ Allerdings zeigen nicht zuletzt die Beschwerdebriefe von Frauen an die Basler Behörden, in denen sie eine bessere Strassenbeleuchtung verlangten, dass sie durchaus alleine in der Stadtnacht unterwegs waren und diesen Raum auch für sich beanspruchten. Ob Frauen in Basel ähnlich wie in New York, Sydney oder London ihre Haarnadeln nutzten, um sich im öffentlichen Raum gegen Übergriffe zu wehren, ist nicht dokumentiert. Die Debatte um den «Hatpin Peril», die sich im frühen 20. Jahrhundert in der westlichen Welt entfaltete, als Frauen unter anderem Hutnadeln als Waffe gegen Belästiger einzusetzen begannen, verweist jedoch darauf, dass der Zugang der Frauen zum öffentlichen Raum – und nicht zuletzt zum öffentlichen Nachtraum – im Zuge der Modernisierung der Städte höchst umstritten war.¹⁴⁵

Die Geschichte der Nacht ist geprägt von Ambivalenzen. Einerseits wurde der Nachtraum Basels an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sehr viel zugänglicher. Das Licht der neuen Strassenlaternen wurde immer heller, und seit den 1880er-Jahren konnte man dank dem Netz von Gaslaternen bis in die späten Nachtstunden zunehmend ungehindert von Grossbasel nach Kleinbasel gehen, selbst in mond- und sternenlosen Nächten. Die elektrische Beleuchtung, die im

frühen 20. Jahrhundert Einzug hielt, erhellte die Strassen so gut, dass sich Passanten und Passantinnen auch während der Nacht schon von Weitem sahen. Andererseits verdichteten seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert neue polizeiliche Verordnungen und gesetzliche Bestimmungen den Aufenthalt im nächtlichen Raum. Die Stadtnacht erhielt spezifische Regeln: Unbestrittenerweise konnten sich nur erwachsene Männer mit Niederlassungsrecht in Basel, die über eine Wohnung und ein Einkommen verfügten, frei im Nachtraum bewegen. Ihr Aufenthalt war in einem bestimmten Rahmen, sei es zu Konsum- oder Arbeitszwecken, sogar erwünscht. Bei allen anderen Personengruppen – Frauen, Kindern, besitz- und obdachlosen Menschen sowie Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung – war der Zugang zum Nachtraum umstritten. Entweder galt die Stadtnacht für sie als zu gefährlich, wie im Fall der Frauen und Kinder, oder sie galten als Bedrohung für den Nachtraum und wurden aus ihm entfernt, wie im Fall der Obdachlosen, «Vagabundierer» und armutsbetroffenen Fremden. Die Ausformung des Basler Nachtraums an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert widerspiegelt noch schärfer als der Tagraum die sozialen Hierarchien der bürgerlichen Gesellschaft.

Ein Hin und Her – das Kloster Klingental und seine Zinsleute

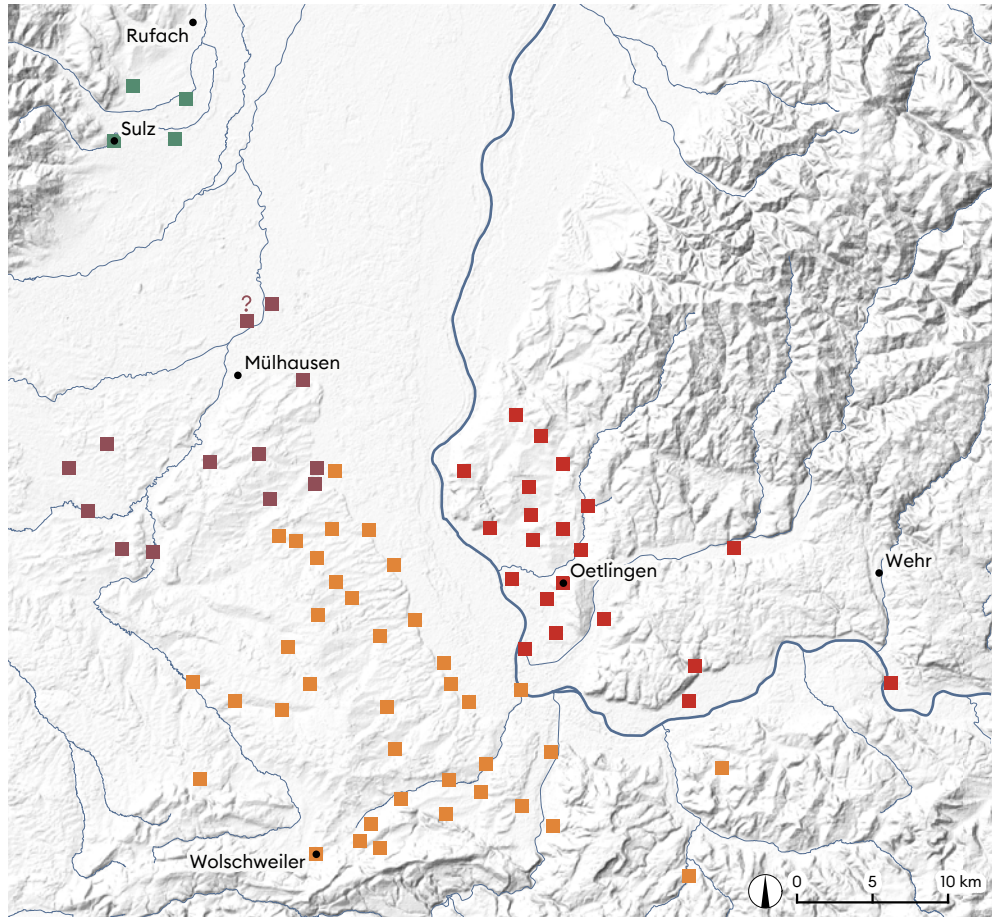
Claudia Moddelmog

Das Frauenkloster Klingental war ein besonders gut ausgestattetes Basler Kloster.¹⁴⁶ Ein Ausschnitt seines umfangreichen Besitzes lässt sich in einer Karte darstellen [143]. Sie verzeichnet die Orte, aus denen Klingental im Jahr 1465 Kornzinse erwartete: Lieferungen von Dinkel und Hafer, Roggen und Gerste. Die Karte bildet das Muster der räumlichen Streuung ab, das damals nicht nur für klösterliche Grundherrschaften typisch war. Sie kann jedoch nicht erfassen, was der Klosterbesitz im Kern bedeutete. Denn dieser Besitz erzeugte Beziehungen, die weniger stabil waren, als die Karte suggeriert. Damit die schuldigen Zinse aus den Dörfern nach Basel flossen, musste die Beziehung zwischen zinspflichtigen Bauern und Klingental immer wieder aktualisiert werden. Den Bauern musste die Forderung ebenso präsent bleiben wie dem Kloster.

Aufseiten des Klosters kam für die Fixierung der Zinsforderungen die Macht der Schrift zum Einsatz. Die Karte der Klingentaler Kornzinse beruht auf einem Zinsverzeichnis, das den verstreuten Besitz in Listenform ordnete.¹⁴⁷ Mit Hilfe solcher Listen versuchten sich die Klingentaler Klosterfrauen oder die Männer, die sie in der Verwaltung unterstützten, einen Überblick über ihre Forderungen zu verschaffen. Dass die vielen Kornzinse 1465 in einem Schriftstück zusammengefasst wurden, hat sicher mit ihrer materiellen Beschaffenheit zu tun. Denn je nachdem, ob Zinse die Form von Korn, Wein oder Münze hatten, mussten sie spezifisch gelagert werden. In Klingental gab es deshalb fürs Korn ein Kornhaus und ein ebenso genanntes Klosteramt, für das eine Amtsschwester gewählt wurde. Weil die Frauen das Kloster nicht beliebig verlassen konnten, brauchten sie für die Bewirtschaftung der Zinseinkünfte Hilfe. Im Wirtschaftshof verrichteten Knechte die nötige Handarbeit; für die Zinsverwaltung hatte Klingental 1465 zwei Verwalter, den Schaffner und den ihm untergeordneten Zinsmeier.¹⁴⁸

Beide waren an der Verzeichnung der Kornzinse beteiligt; angelegt hatte es der Zinsmeier.¹⁴⁹ Er reihte vier Listen aneinander, die sich ihrerseits nach Ortsnamen gliederten. Die erste und längste Liste begann er umstandslos mit einem Ortsnamen (Arisdorf). Auf der Karte zeigt sich, dass es hier um linksrheinische Dörfer ging. Die Ortsnamen waren alphabetisch geordnet, um rasch nachschlagen zu können. Erst die zweite, ebenfalls alphabetisch geordnete Liste bekam eine

Verzeichnete Orte im Kornzinsbuch des Klosters Klingental, 1465–1469



143 Das Klingentaler Kornzinsbuch hielt Ansprüche des Klosters auf Kornzinse aus über siebenzig Orten der Oberrheinregion fest. Die Karte bildet nicht ab, dass die Zahl der Zinspflichtigen in jedem Ort verschieden war. Während in Wolschweiler (Wolschwiller) nur zwei, dann drei Leute an Klingental zinsten, waren es etwa in Oetlingen wesentlich mehr.

- Linksrheinische Orte ohne weitere Zuordnung
- Rechtsrheinische Orte (Konstanzer Bistum)
- Mülhausen (Mulhouse) zugeordnete Orte
- Sulz (Sultz-Haut-Rhin) zugeordnete Orte
- ? Unsichere Verortung

Überschrift: «Diese Zinse liegen im Konstanzer Bistum». Der Zinsmeier griff also für die Kennzeichnung dieser Orte die Bistumsgrenze auf, die dem Rhein entlang mitten durch Basel verlief. Die dritte Liste begann mit dem Hinweis «Mülhausen gehören diese Zinse», die vierte mit «Nach Sulz gehen diese Zinse». Beide Über-

schriften deuten an, wie der Zinseinzug hier organisiert war. Die Kornzinse wurden in Mülhausen (Mulhouse) und Sulz (Sultz-Haut-Rhin) eingezogen und dort gleich verkauft. In einer Abrechnung auf den letzten Seiten des Zinsverzeichnisses heisst es, aus Mülhausen habe Michel eine Summe Geldes abgeliefert. In Mülhausen hatte Klingental also einen Vertreter namens Michel. Dasselbe ist für Sulz anzunehmen. Auch von dort nahm der Schaffner jedenfalls den Zins in Form von Münzen ein.

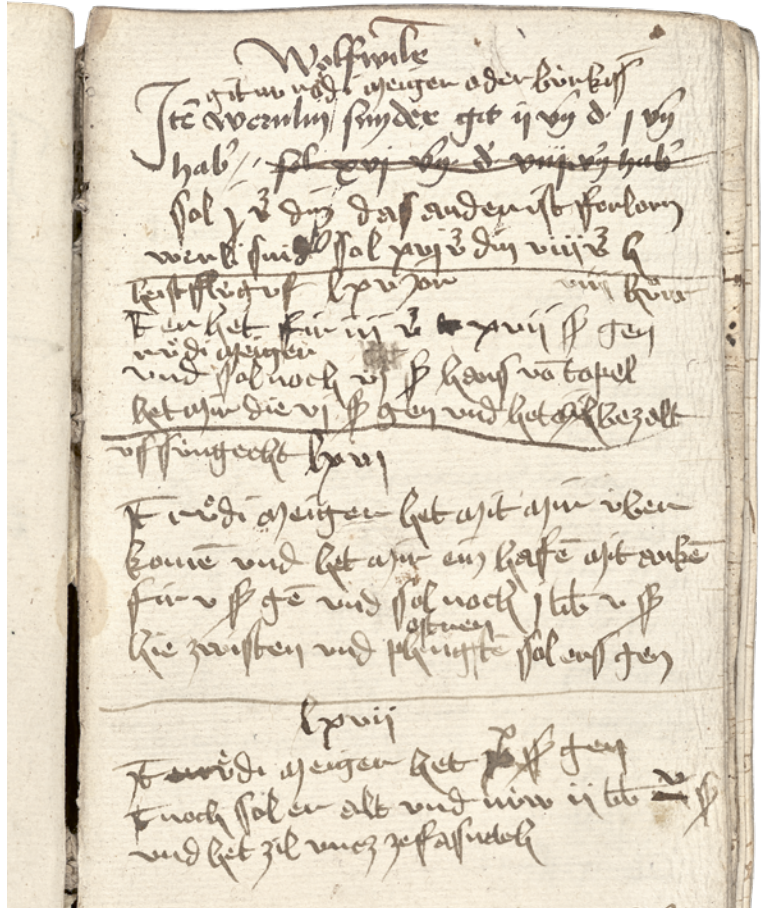
Klingental arbeitete mehrfach mit Stellvertretern, auch in Rufach (Rouffach) und in Wehr, wo es eigene Klosterhöfe besass. Beide Besitzschwerpunkte verweisen auf den mehrfachen Ortswechsel der Klingentaler Frauen selbst. Nur wenige Wegstunden nördlich von Rufach war das Kloster 1236 gegründet worden. Kriegerische Konflikte bewogen die Frauen zum Umzug nach Wehr am Hochrhein, wofür ihnen der Adlige Walter von Klingen seine dortigen Güter überliess. Zwanzig Jahre später förderte er ihren nächsten Umzug nach Basel, wo sie 1274 das erste Konventsgebäude bezogen.¹⁵⁰ In der Folge richteten sie auch im nahe gelegenen Oetlingen einen Klosterhof mit eigenen Amtleuten und Gesinde ein, als Sammelzentrale und Speicherort für Zinse.¹⁵¹

Mit den Klosterhöfen verschaffte sich Klingental im jeweiligen Dorf eine dauerhafte Präsenz. Anhand der Klosterhöfe tritt aber zugleich hervor, dass im Verzeichnis von 1465 in Rufach und Wehr eingezogene Zinse fehlten. Die langen Listen suggerieren eine Vollständigkeit, die sich als trügerisch erweist. Dieses Merkmal teilt das Verzeichnis mit vielen ähnlichen Listen, die für unterschiedliche Gebrauchszusammenhänge geschrieben wurden. Manche Listen stellten Zinse zusammen, die das Kloster von Basler Häusern bezog.¹⁵² Andere Listen verzeichneten Zinse, die zum Budget eines Klingentaler Klosteramts gehörten. Dabei spielte auch eine Rolle, wie das Kloster zu seinem Besitz gekommen war. Ein signifikanter Teil stammte aus Seelenheilstiftungen.¹⁵³ Sie sollten garantieren, dass einmal im Jahr aus den Einkünften für die verstorbenen Stifter und Stifterinnen eine Messe gelesen und für ihr Seelenheil gebetet wurde. Die dafür zuständigen Amtsschwestern hatten den Bestand der gestifteten Güter und Zinse zu überwachen, was wiederum in spezifisch zugeschnittenen Zinslisten resultierte. Viele dieser Listen waren reine Forderungskataloge.

Das Kornzinsverzeichnis von 1465 war dagegen ein Instrument einer neuen Form von Kontrolle. Es verzeichnete nicht nur Forderungen oder Sollzinse, sondern führte auch über deren tatsächlichen Eingang Buch. Genau deshalb lassen sich hier die Beziehungen zwischen Klingental und seinen zinspflichtigen Leuten genauer fassen. Die Neuerung, die das Zinsverzeichnis darstellte, ist zuallererst an

144 Detail einer Seite aus dem Kornzinsbuch des Klosters Klingental, 1465–1469. —

Im Kornzinsbuch hielten die Verwalter des Klosters Klingental fest, wer wie viel Zins zu geben und gezahlt hatte. Unter der Überschrift «Wolfwilr» (Wolschweiler / Wolschwiller) wurden die Zinspflichten und -schulden des dort ansässigen Wernli Snyder notiert. Die zwischen den einzelnen Jahreseinträgen gezogenen Linien lassen einen Ordnungswillen erkennen, die Nachträge, Streichungen und Korrekturen sprechen von stockenden Zinsflüssen.



seinem Umfang abzulesen. Es darf ein Buch genannt werden, bestand es doch aus mehreren Lagen Papier und war etwa drei Zentimeter dick. Die ersten Einträge legte der Zinsmeier an, der nur die Vorderseiten beschrieb. Er setzte auf die oberste Zeile den Ortsnamen und gab so erste Orientierung. Etwas abgesetzt folgten wenige Zeilen über die dortigen Zinsleute und Zinse. Die restliche Seite und die Rückseite wurden jeweils für künftige Einträge freigelassen. Sie füllten sich über mehrere Jahre hinweg mit Einträgen einer zweiten Hand, der des Schaffners.

Die abgebildete Seite [144] trägt die Überschrift «Wolfwilr» (Wolschweiler / Wolschwiller). Dann folgt: «Wernli Snyder gibt 2 Vierzel Dinkel, 1 Vierzel Haber». Das Basler Getreidemass Vierzel entsprach etwa 270 Litern. Im Anschluss, noch von der ersten Hand geschrieben, folgt: «[Er] soll 16 Vierzel Dinkel, 8 Vierzel

Hafer». Die gewählte Formulierung drückt zwei Arten von Schuld aus. Die jährliche Zinspflicht wird als unveränderliches Faktum mit «geben» festgehalten: Eine Person gibt Zins. Den Zahlungsverzug drückt «sollen» aus. Wernli Snyder hatte also Schulden angehäuft, die dem Achtfachen des regulär fälligen Jahreszinses entsprachen.

Zu den Notizen des nun übernehmenden Schaffners gehören Präzisierungen zum Namen des Zinspflichtigen («Zinser»), zum Beispiel dessen Beiname: «Heisst Fluguff». Der Schaffner trug auch nach, dass neben Wernli Snyder (Fluguff) ein Ruedi Meiger zinspflichtig war – vielleicht ein Nachbar, Schwager oder Schwiegersohn? Und schliesslich notierte er, was genau die beiden Männer dem Kloster als Zins jeweils gaben: nicht Korn, sondern Hühner, bares Geld und einen Topf Butter. Der Schuldenberg blieb. 1468 mussten sich die beiden Zinser mit zwei anderen Männern zusammensetzen, die der Schaffner zugezogen hatte; sie sollten für Klingental, «unserethalben», sprechen. Es scheint, dass der Schaffner sich der Stimme enthielt, bis ein Schuldennachlass und eine Ratenzahlung für die Restschuld ausgehandelt war. Danach liess er sich die Einhaltung der Übereinkunft von Wernli Snyder mit Handschlag zusagen. Dass er das ebenso notierte wie das genaue Tagesdatum der Verhandlung, lässt erkennen, dass er der Aushandlung Rechtsverbindlichkeit zuschrieb. Die Zinsverhandlungen dürften in Wolschweiler stattgefunden haben, denn die Vermittler gehörten nicht zu den dortigen «Zinsern» Klingentals. Vermutlich waren es Dorfgenossen, deren Wort Gewicht hatte, womöglich Beisitzer des Dorfgerichts.¹⁵⁴

Als Zins dienten Hühner, bares Geld und ein Topf Butter

Was der Klingental-Schaffner zwischen 1465 und 1468 im Kornzinsbuch nachtrug, macht deutlich, wie fern das Kloster seinen Zinsern war. Im Rahmen der längst dominierenden Leiheform, der Erbleihe, hatten die Bauern schon seit Generationen weitreichende Verfügungsrechte. Sie konnten das geliehene Land ohne Zustimmung Klingentals vererben, verkaufen und mit Krediten belasten, wofür neue Zinslasten anfielen. Die Folge waren ungleiche Betriebsgrössen und ungleich verteilte Zinslast, und die Schuldenkrise Wernli Snyders war kein Einzelfall.¹⁵⁵ Über die Bewirtschaftung der Äcker hatte Klingental kaum Kontrolle. Als schärfstes Mittel konnte das Kloster den Zinser verklagen, sein Gut beschlagnahmen lassen und neu verleihen. Dann aber waren die aufgelaufenen Zinsschulden endgültig dahin, Gerichtskosten fielen an, und ein neuer Leihnehmer musste erst gefunden werden.

In den üblichen Sollzins-Listen ist diese Konstellation gänzlich unsichtbar. Erst in den nachträglichen Notizen im Kornzinsbuch tritt das Ringen um Infor-

mationen hervor: der Beiname des Zinsers, die zugestandene Verrechnung von Korn in Münze, Hühner oder Butter, die Zahlung von Teilbeträgen. Fortgesetztes Fordern, Warten und Aushandeln prägten die Beziehungen zwischen Klingental und säumigen Zinsern, die es nicht nur in Wolschweiler gab. Dafür machte der Verwalter des Klosters sich auch selbst auf den Weg ins Dorf. Das dürfte öfter der Fall gewesen, als er notierte. Die Notizen geben aber auch Hinweise darauf, dass die Zinspflicht nicht nur eine Beziehung zwischen Kloster und Zinser war, sondern eingebunden in die sozialen Beziehungen im Dorf. Ein Dorfgenosse konnte einen Zins überbringen, Dorfgenossen wurden beigezogen, um eine Einigung zu erzielen. Wie oft die Zinsschulden mit Verwandten und Nachbarn besprochen wurden, wer die säumigen Zinser unterstützte, wer sich fernhielt, das brachte niemand zu Papier. Aber der Name Klingentals dürfte in Wolschweiler nicht unbekannt gewesen sein. Auch Zinse verschafften dem Kloster Präsenz über Basel hinaus.

Der Migrationsraum Basel–Türkei

Robert Labhardt, Niklaus Stettler

Am 6. Februar 2023 bebt im Südosten der Türkei die Erde mit einer Stärke von 7,8. Am Tag darauf tauchten in der Basler Innenstadt unzählige improvisierte Stände auf. Türkinnen und Türken machten auf die Verwüstungen aufmerksam und sammelten Geld für ihre Angehörigen in der Türkei. Kaum je vorher manifestierte sich so deutlich, wie eng Basel mit Teilen der Türkei verbunden ist, wie Migrant:innen auch im Land ihrer neuen Niederlassung in Beziehung zu ihrem Herkunftsland bleiben. In dieser migrantischen Doppelbindung entstehen neue soziale Räume, die durch Zugehörigkeitsgefühle, kulturelle Gemeinsamkeiten, Arbeitszusammenhänge und alltägliche Lebenspraxis oder, wie Georg Simmel vor mehr als hundert Jahren formulierte, durch die «Tätigkeit der Seele» geformt werden.¹⁵⁶ Wir wollen diesen transnationalen Raum, der Teile der Türkei und Basels umfasst, hier den Migrationsraum Basel–Türkei nennen.

Basel ist spätestens seit 1850 Teil vielfältiger Migrationsräume. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg erreichte die Zahl der Ausländer:innen in Basel einen Höchststand, nahm dann wieder stark ab, um gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder auf ein ähnlich hohes Niveau zu steigen. Immer hat es hier, wie überhaupt in der Schweiz, dabei die Gleichzeitigkeit von Aufnahmebereitschaft und Abwehr gegenüber Immigrant:innen gegeben. Verändert aber hat sich ab 1980 mit der türkischen Einwanderung der Charakter der Migration: Nun kamen Menschen mit muslimischem Hintergrund, und erstmals seit 1945 erfolgte die Aufnahme in der Schweiz nicht mehr im Rahmen von staatlich vereinbarten Kontingenten, sondern türkisch-kurdische – aber auch tamilische – Flüchtlinge ersuchten in grosser Zahl individuell und selbstständig um Asyl.¹⁵⁷ Die Migration wurde vielfältiger, globaler – und weniger steuerbar.¹⁵⁸

Die Entstehung des Migrationsraums Schweiz–Türkei ab 1960

1950 lebten 590 Menschen mit einem türkischen Pass in der Schweiz, nur 22 von ihnen waren in Basel ansässig. Seither wuchs die türkische Bevölkerung in der Schweiz in Phasen an, bis sie um die Jahrtausendwende ihren gesamtschweizerischen Höchststand von 83 000 Personen erreichte. Die türkisch-kurdische Diaspora wurde zur sechstgrössten der Schweiz, zur zweitgrössten von Basel.¹⁵⁹



145 Kundgebung in Basel mit 1500 Teilnehmenden gegen die Regierungen in der Türkei und in Chile am 10. September 1983. — Die Demonstrant:innen im Vordergrund tragen Fotos von Opfern des türkischen Militärputsches von 1980.

Das Interesse an türkischen Arbeitskräften in der Schweiz wurde nicht zuletzt von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler geweckt. Er betrieb seit 1955 in der Türkei die Tochterfirma Migros Türk¹⁶⁰ und reichte 1959 im Nationalrat einen Vorstoss zur verstärkten Rekrutierung von Arbeitskräften aus der Türkei ein. Wenig später forderte die türkische Botschaft in Analogie zur Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen mit der Türkei.¹⁶¹ Doch die Vorstösse blieben erfolglos. Die Schweiz verzichtete aus einer Haltung der Fremdenfeindlichkeit («Überfremdungsabwehr») auf ein Abkommen.¹⁶² Im Unterschied zu den südeuropäischen und jugoslawischen Immigrantengruppen wurden türkische Einwanderer nie als Saisonniers rekrutiert. Zu weit und zu teuer erschien eine jährliche Heimreise. Anfangs rechneten Behörden und Arbeitgeber wie auch die meisten Migranten selbst aber mit einer definitiven Rückkehr in die Heimat. Die offizielle Schweiz nahm türkische Immigranten als Angehörige einer fremden, unintegrierbaren Kultur wahr und wollte sie möglichst auch wieder loswerden. Die kantonalen Fremden-

polizeidirektoren traktandierten 1980 intern erstmals das «Türkenproblem».¹⁶³ Bis zur Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsangehörige 1982 dominierte deshalb eine privatwirtschaftlich unterstützte Arbeitsmigration.¹⁶⁴ Arbeitgeber holten ankommende Arbeitskräfte gleich auf Flugplätzen und Bahnhöfen ab und stellten sie ein. Die Migranten liessen sich in dieser Phase vorwiegend in den Kantonen Zürich, Aargau, Solothurn und St. Gallen nieder.¹⁶⁵ Wer Arbeit fand, schickte Fotos und Karten nach Hause und lockte Verwandte und Bekannte in die Schweiz: Hier gab es Arbeit! Aber 1991 beendete die Einführung des «Modells der drei Kreise» von Biga (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) und BFA (Bundesamt für Ausländerfragen) für Menschen aus der Türkei faktisch eine Einwanderung aus Erwerbsgründen.¹⁶⁶

Parallel zur Arbeitsmigration entstand Ende der 1970er-Jahre eine Fluchtmigration, ausgelöst durch die zunehmende Instabilität der politischen Verhältnisse, eine verschärfte Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, den Militärputsch von 1980 und schliesslich den Krieg gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK.

Stammten die Arbeitsmigranten – es waren in aller Regel Männer – noch vorwiegend aus ländlichen Gebieten der Westtürkei, so trafen zu Beginn der Fluchtmigration eher politisch Verfolgte aus den Städten, später vorwiegend kurdische Männer und Frauen aus dem Osten des Landes ein. Sie waren aufgrund der zunehmenden Repression und der Zerstörung kurdischer Dörfer zuerst in die Städte gezogen, dann ins Ausland.¹⁶⁷ In dieser Phase stagnierte die Zuwanderung in jene Kantone, die für die Arbeitsmigration wichtig gewesen waren, während nun viele Migrant:innen nach Basel kamen. Zwischen 1975, als der Familiennachzug möglich wurde, und 1990 stieg die Zahl der Basler Einwohner:innen mit türkischem Pass von 1100 auf 6510.¹⁶⁸ 1985 warteten rund 3500 auf einen Asylentscheid.¹⁶⁹ Damit wurde Basel zu einem Fluchtraum für türkisch-kurdische Personen wie nirgendwo sonst in der Schweiz. In einzelnen Quartieren wie Gundeldingen, Matthäus, Klybeck und Kleinhüningen verfügten knapp zehn Prozent der Wohnbevölkerung über einen türkischen Pass.¹⁷⁰ Das «Gündülü» und «Klein-Istanbul» wurden gängige Quartierbezeichnungen.

Herkünfte und Fluchtmotive

Leider differenziert die Statistik nicht zwischen verschiedenen Gruppen von Migrant:innen aus der Türkei. Dabei sind die Herkunftsorte und Fluchtumstände sehr vielfältig. Deutlich stechen als Mehrheit die kurdischen Menschen hervor, die das Land wegen Diskriminierung und Verfolgung verliessen. Mahmut Demir musste



146 Baumwollpflückerinnen in der Çukurova, Türkei, 1976.

als gewerkschaftlich organisierter Kurde fliehen. Mustafa Yesildeniz wurde nach 1980 wie zehntausend andere kurdische Lehrer entlassen und in die Migration getrieben. Der kurdische Student Vedat Ates kam traumatisiert von Gefängnis und Folter nach Basel. Und Yeter Demir folgte ihren Eltern nach Basel und konnte sich hier einer Zwangsehe entziehen.¹⁷¹

Ein weiteres Fluchtmotiv boten Armut und traditionelle Enge, wie sie uns Mahmut Mercan in einem ausführlichen Gespräch schilderte: Er wuchs am Rand der südanatolischen Stadt Gaziantep auf. Die neunköpfige Familie bewohnte zwei Zimmer. Sie besaß ein Radio, sonst nichts: keinen Strom, keinen Eiskasten und null Privatsphäre. Ein Wasserbottich diente samstags der Wäsche. Zum Essen gab's kein Fleisch, keinen Fisch und nicht einmal Obst. Die Kinder litten unter der rigiden, streng religiösen Erziehung des Vaters. Dieser arbeitete als Tagelöhner auf Baustellen und im Sommer mit Mahmuts älteren Schwestern in der Çukurova als Baumwollpflücker [146]. Zehnjährig musste Mahmut die Schule verlassen, um mitzuerdienen – auf Baustellen, in Schreiner- und Textilateliers: Kinderarbeit. An

Wochenenden gab ihm die Mutter einen Bruchteil seines eigenen Lohns für Kinobesuche. In Westernfilmen und Zeitungsromanen – er konnte früh lesen – eröffnete sich Mahmut eine Welt der Freiheit. Sie faszinierte ihn mehr als die Heilsgeschichten, die der Vater abends im Dunkeln der Familie erzählte und die für Mahmut in schroffem Widerspruch zur Realität standen. Nach einem schlimmen Jahr Militärdienst wurde ihm klar: Er musste raus aus Enge und Unfreiheit. Mit vier Kollegen, von denen einer einen Onkel in Basel hatte, machte er sich auf den Weg in die Schweiz.

Ankunftsort Basel

Die Ankunft in Basel war für alle Neueinreisenden belastend. Die Fremdenpolizei schikanierte mit langen Wartezeiten und rüder Behandlung. Die Bürokratie wirkte demütigend, und der Kulturschock war immens. Die türkische Beratungsstelle in Basel berichtete in der Zeitschrift *«Merhaba»* vom psychischen Leiden der Migrant:innen und fasste zusammen, «[...] dass EmigrantInnen ländlich-bäuerlicher Herkunft hier am meisten gesundheitliche Probleme haben. In der Heimat waren sie es gewohnt, dass sich das Leben draussen abspielt, hier leiden sie unter den engen Raumverhältnissen und den Vorwürfen der Nachbarn. Ein wenig einfacher haben es die EmigrantInnen, welche aus städtischen Gegenden stammen und somit nicht einem derart grossen Kulturschock ausgesetzt sind [...]».¹⁷² Wie traumatisierend die Verhöre bei der Ankunft in Basel auf Flüchtlinge wirken konnten, brachte Vedat Ates auf den Punkt: «Es ist ein schreckliches Gefühl. In meiner Heimat werde ich verfolgt, weil ich Vedat Ates bin, und in der Schweiz werde ich meiner Rechte beraubt, weil man mir nicht glaubt, dass ich Vedat Ates bin – das ist verrückt! [...] Sie haben immer wieder gesagt, dass ich nicht Vedat Ates sei. Das war so schlimm. Ich fühlte mich als Nichts. Wertlos. Weil niemand mir glaubte und ich es nicht beweisen konnte.»¹⁷³

Verständigungsprobleme, behördliche Schikanen, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche und kulturelle Diskrepanzen gehörten zum Alltag. Die türkisch-kurdische Migration schuf zahllose Varianten der Zerrissenheit zwischen dem Hier und Dort, Mehrfachzugehörigkeiten und Mehrfachdiskriminierungen, die noch in der zweiten Generation fortwirken und im Alter bei den Hiergebliebenen wieder aufbrechen können.¹⁷⁴ Der Migrationsraum ist ein andauernder Spannungsraum. Immigrant:innen erlebten aber auch immer wieder Unterstützung, vor allem im privaten Bereich. Sie fühlten sich als Menschen wahrgenommen, wenn sie vom Arbeitgeber im Spital besucht wurden,

eine Wohnung oder eine Anstellung vermittelt bekamen. Mindestens so wichtig aber waren die migrantischen Netzwerke, die in türkischen Vereinen, Läden und Restaurants oder einfach in Verwandtschaftsbeziehungen gründeten. Hier fand man Tipps für die Bewältigung des Alltags, Unterstützung bei Behördengängen, sprachliche Hilfe oder Arbeitsangebote.¹⁷⁵

Seit den 1990er-Jahren lag der Anteil selbstständig Erwerbender bei türkisch-kurdischen Menschen höher als bei anderen Migrationsgruppen. Aus verschiedenen Gründen: Die Mitarbeit der ganzen Familie half, einen eigenen Betrieb kostengünstig zu führen; man bewahrte sich im eigenen Laden oder Gewerbe ein Stück Heimat und Kultur; man setzte als Händler eine Familientradition fort und zeigte als Exilant Leistungswillen. Wer sich selbstständig machen wollte, musste bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die wohl wichtigste war eine Niederlassungsbewilligung, die sogenannte C-Bewilligung. Ohne EU- oder EFTA-Pass erhielt man sie jedoch frühestens nach zehn Jahren Wohnsitz in Basel. Bis dahin gab es lediglich eine sogenannte B-Bewilligung – eine Aufenthaltsbewilligung –, die jährlich zu erneuern war. Mit Aufenthaltsbewilligung war die Gründung eines eigenen Unternehmens nur möglich, wenn nachgewiesen werden konnte, dass dieses zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons beitragen würde. Die Beurteilung dieses Potenzials oblag der kantonalen Arbeitsmarktbehörde, die sich meist kulant zeigte.¹⁷⁶

Ankommen – ein Prozess

Mustafa Yesildeniz schildert, wie sich sein Verhältnis zum neuen Wohnort verändert hat: «Die erste Zeit in der Schweiz war für mich ein Leben in einer fremden Kultur mit fremden Menschen.» Die Arbeit in einer lärmigen Druckerei half ihm abzuschalten. «Mit meinen Gedanken und Gefühlen weilte ich irgendwo auf den Bergen von Kurdistan. Ich spürte die Umgebung gar nicht mehr.» Die Abende verbrachte er müde in der Beiz oder zu Besuch bei Landsleuten. «So blieb man einfach ausserhalb der Schweizer Gesellschaft.» Selbst in seiner späteren Ausbildung zum Heimerzieher

erlebte er die Abwertung seiner Herkunft: «Ein Teil von mir ist Kurde [...] Auf verschiedene Weise wird mir immer wieder gezeigt, dass dieser Teil meines Lebens und meiner Persönlichkeit hier nicht akzeptiert wird. Und das ist sehr bitter. Es braucht eine enorme Kraft, sich über Wasser zu halten.» Erst die Heirat und eigene Kinder hätten seine Situation verändert. Jetzt setze er sich «intensiv mit der Schweizer Kultur auseinander. [...] Heute denke ich nicht mehr bloss an mich, sondern auch an meine Kinder. Für diese kann ich mir ein Leben in Kurdistan im Moment nicht vorstellen.»¹⁷⁷

So entstanden trotz hoher regulatorischer Hürden in den 1980er- und 1990er-Jahren zahlreiche Läden und Kleinbetriebe, die für die eigenen Landsleute unschätzbar wichtig waren: offene Türen möglichst lange in den Abend hinein, der Verkauf heimischer Waren, Lebensmittel samt Zubereitung und Bewirtung und das Gespräch, das «Rückhalt, Sicherheit und Geborgenheit» vermittelt.¹⁷⁸ Der Laden als Binnenraum der Migration.

Rückbindung und Interaktion

Herrschte bei vielen Immigranten aus der Türkei anfänglich noch der Wunsch nach einer Rückkehr vor, führten Familiennachzug, Familiengründung mit Kindern, die hier die Schulen besuchten, sowie fester Erwerb zunehmend zur dauernden Niederlassung. Trotzdem blieb die Rückbindung in vielfältigen Formen bestehen, mental, kulturell und familiär. Man verdiente Geld, um die Familie in der Heimat zu unterstützen oder ihr den Nachzug zu ermöglichen. Für Heiraten und Bestattungen allerdings blieb die Türkei der bevorzugte Ort, obwohl der Kanton Basel-Stadt seit 1999 muslimische Bestattungen möglich machte.¹⁷⁹ Für viele türkische Einwanderungsfamilien bedeutete der Erwerb einer Wohnung oder der Bau eines Hauses in der Türkei einen wichtigen Anker im transnationalen Raum: Ihre Häuser waren in ihrer Bauweise ein bisschen Schweiz in der Türkei und verbanden so die beiden Heimaträume. Bemerkenswert ist, dass Migrant:innen, die in der Schweiz einer qualifizierten Erwerbstätigkeit nachgingen, eher in die Südtürkei, die Unqualifizierten jedoch in ihre Herkunftsregion zurückkehrten.¹⁸⁰ Mustafa Atici betonte im Gespräch, dass nicht wenige Immigrant:innen, die hier eine Rente bezogen, die Sommermonate in der Türkei in einem dörflichen Haus mit Gemüsegarten oder in einer Eigentumswohnung in Izmir verbrachten und im Winter dann wieder in Basel waren, wo die Enkelkinder lebten.

Bei solchen Interaktionen spielt als vermittelnder <Zwischenraum> die europaweite türkisch-kurdische Diaspora eine zentrale Rolle. In ihr knüpfen sich neben den familiären Beziehungen Netzwerke aus Nachbarschaften, Mitgliedschaften, aus Beziehungen zu Kundinnen und Lieferanten, Mittelspersonen und Dienstleistungsagenturen. Solche Verbindungen, zusammen mit den modernen Kommunikationsmitteln, schufen einen vielfältigen, rasch funktionierenden transnationalen Migrationsraum. Ein Journalist sagte 1993 über einen kurdischen Buchladenbesitzer in Basel: «Er ist, wie viele andere Kurden in der Schweiz, besser und schneller informiert als jede Nachrichtenagentur – dank Fax, Telefon und grosser Verwandtschaft.»¹⁸¹ Auch Mahmut Mercans Frau Andrea betreibt mit

ihrem Laden ein transnationales Netzwerk. Im Urlaub bei Mercans Familie lernte sie Frauen aus der Nachbarschaft kennen, die Spitzen, sogenannte Oyas, häkelten. Zurück in der Schweiz baute sie ein Vertriebsnetz für mit Spitzen verzierte Schals und Halsketten auf, die Frauen im Dorf herstellten. Sie bedient damit von Basel aus eine interessierte Kundschaft und verbessert den Lebensunterhalt von Frauen in Gaziantep.¹⁸² Der transnationale Migrationsraum erzeugt somit vielfältige Biografien, in denen die Türkei nur einer der möglichen Lebensräume ist.¹⁸³

Türkisches Basel – ein neuer Stadtraum

Allmählich entwickelten sich in Basel stark migrantisch geprägte Räume mit türkisch-kurdischen Läden, Restaurants, Teestuben, Kebabständen, Coiffeurläden und Dienstleistungsbüros [147]. Besondere Aufmerksamkeit erlangte in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre das türkische Basel im Matthäusquartier. Hier wohnten bereits Chemiarbeiter:innen unterschiedlichster Herkunft. Nun aber stieg der Ausländer:innenanteil in kurzer Zeit auf rund fünfzig Prozent und die Türk:innen stellten die zweitgrößte Gruppe. Die Presse berichtete von Spekulanten, die Häuser kauften, um die meist kleinen Wohnungen zu überhöhten Preisen an Migrant:innen zu vermieten, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt kaum Chancen hatten.¹⁸⁴ Man sprach auch von türkischen Liegenschaftskäufen, in welche die Ersparnisse ganzer Familien flossen.¹⁸⁵ Im Quartier entstand eine neue separierte Sozialstruktur, in der Ausländer:innen mit türkischer Mehrheit, alteingesessene Quartierbewohner und «Alternative» nebeneinander lebten.¹⁸⁶

Noch Mitte der 1980er-Jahre berichtete die «Neue Zürcher Zeitung», dass man im Matthäus auf «erstaunlich viele nostalgische Bäckereien [... und] bis an die Decke vollgestopfte Krimskramsläden, die von alten Leuten geführt werden», stosse.¹⁸⁷ Doch fehle es den alteingesessenen Besitzer:innen oft an einer Nachfolge. Fünf Jahre später beschrieb eine Reportage die zahlreichen türkischen Geschäfte, die in den alten Ladenlokalen entstanden waren. Den neuen türkischen Ladenbesitzern erleichtere die «Familien- und Sippenverbundenheit» den Geschäftsaufbau. Sie hätten neben «Willenskraft und Selbstbewusstsein [...], um sich im neuen Land möglichst rasch etablieren und integrieren zu können», auch die Möglichkeit, Familienmitglieder einzuspannen und würden so Personalprobleme vermeiden.¹⁸⁸ Die neuen Läden waren wohl das Auffälligste im türkischen Basel. Auf der Ebene der erweiterten Kulinarik schien die multikulturelle Stadt zu funktionieren. Zunehmend kauften auch Schweizer:innen in türkischen Geschäften ein.¹⁸⁹



147 Türkinnen und Türken beim Gedankenaustausch, 1995. — Die Bibliothekarin Mine Nazari (2. v. l.) betreute türkische und kurdische Besuchende in der Bläsi-Bibliothek der GGG. Hier in einer Gesprächsrunde im Multimedia-Laden Özgür an der Feldbergstrasse.

Darüber hinaus gab es aber wenig Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen. Türken trafen sich in ihren eigenen Cafés, während sich Italiener:innen oder Spanier:innen in ihren Clubs heimisch fühlten.¹⁹⁰ Man lebte eher neben- als miteinander.¹⁹¹ Klagen wurden lauter, dass zu viele Türken hier lebten, die kaum integrierbar seien und das Quartier ihretwegen gar «dreckig und unmenschlich» sei.¹⁹² Das Verschwinden von Quartierbeizen, die freitags zum Tanz luden, schmerzte die Alteingesessenen genauso wie die Schliessung des nächsten Ladens, in dem man noch mit Namen begrüsst worden war.¹⁹³ Eine alte Unterschichtkultur brach weg zugunsten einer neuen, die als fremd empfunden wurde.

Zu reden gaben auch die Schulen im Quartier. Der Anteil der fremdsprachigen Kinder stieg drastisch an; 1995 betrug er im Bläsischulhaus 81 Prozent. Viele Schweizer Familien zogen weg, weil sie befürchteten, dass ihre Kinder zu wenig gefördert würden. Das Quartier schien kurz vor der Jahrtausendwende an einem kritischen Punkt. Kurz hintereinander schreckten einige Gewaltverbrechen das

Viertel auf. Auch türkische Bewohner:innen beklagten sich über die schlechte Stimmung und erzählten beispielsweise, dass ihnen der Zutritt zu bestimmten Lokalen verwehrt werde.¹⁹⁴ So unterschiedlich die Wahrnehmung der Situation im türkischen Basel war, so einig waren sich doch viele, dass es Massnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens brauche. Von privater Seite entstanden vielfältige interkulturelle Initiativen, an denen sich sowohl türkische als auch schweizerische Quartierbewohner:innen beteiligten, die aber meist nur kurze Zeit überlebten. Viele scheiterten daran, dass das Engagement der türkischen Beteiligten im Laufe der Zeit verebbte.¹⁹⁵

Grössere Konstanz vermochten staatliche Massnahmen zu entwickeln. Allerdings gelang es auch dem Kanton nicht, die Abwanderung von Familien aufzuhalten – nicht zuletzt, da er nicht direkt in den Wohnungsmarkt eingreifen wollte. Wo die Wohnsituation aufgewertet werden konnte, wie in der Hammersiedlung im Norden oder am Rheinufer im Süden, entwickelten sich eher Inseln der Gentrifizierung als eine bessere Durchmischung.

Um die Jahrtausendwende zeichnete sich eine deutliche Veränderung ab. Der türkische Anteil im Quartier war am Sinken, weil nun türkische Familien auch in anderen Quartieren eine Wohnung fanden und gleichzeitig Migrant:innen anderer Herkunft einzogen. Die türkische Dominanz im Matthäusquartier schien gebrochen und verschwand auch aus den Schlagzeilen. Seither beleben zahlreiche türkische Kleinbetriebe vor allem im Lebensmittel- und Gastrobereich die ganze Stadt. Es entwickelte sich eine interkulturelle Ökonomie, die Kundschaft in allen Bevölkerungskreisen findet, allerdings auch häufig auf familiärer Selbstausbeutung beruht, unter der die junge Generation mit ihren eigenen beruflichen Ambitionen leidet. Angekommen ist das türkisch-kurdische Basel mittlerweile auch auf politischer Ebene.¹⁹⁶ Seit 2004 ist es im Grossen Rat vertreten, seit 2015 im Nationalrat, und 2024 wurde ein Kurde der erste Basler Regierungsrat mit Migrationshintergrund.

Der transnationale Migrationsraum Basel–Türkei bleibt ein bewegter, fragiler Raum. In Unruhe gehalten wird er von der Türkei her staatspolitisch und wirtschaftlich, von Basel und der Schweiz her asyl- und integrationspolitisch. Basel selbst ist eine migrantische Stadt, dynamisch, stark im Fluss, bald angeregt durch kulturelle Impulse und interkulturelle Aufbrüche, bald aufgeschreckt durch Verwahrlosung, Delinquenz, ethnische und ideologische Konflikte. Die Unruhe des Migrationsraums prägt die Menschen selbst, erzeugt ihre migrantische Zerrissenheit zwischen Herkunft und Ankunft, ihre seelische Spannung zwischen Hier und Dort, die zugleich Kreativität und Schmerz freisetzt.

Globale Verflechtungen: Die Basler Handelskammer, 1876–1925

Lea Katharina Kasper

Zwei Zollbeamte, zwei Delegierte der Basler Handelskammer und der Direktor des Schifffahrtsamts Basel reisten 1921 gemeinsam nach Mannheim, dann weiter nach Köln, Amsterdam, Rotterdam, Hamburg und Kopenhagen. Ziel ihrer Studienreise war es, Informationen über Zollfreilager zu sammeln. Kurz zuvor war in der Schweiz der politische Weg für extraterritoriale Umschlags- und Warenlager freigelegt worden. Mit der Eröffnung des Basler Zollfreilagers auf dem Dreispitz am 29. Mai 1923 erhielt Basel damit die Möglichkeit, den Warenhandel infrastrukturell und räumlich zu erweitern. Die Entstehung und Entwicklung dieses Transit-handelsortes spiegelt sich bis heute in der Transformation des Dreispitzareals, aber nicht weniger in der Entwicklung der Basler Handelskammer (BHK). Sie war Initiatorin und eine für die Basler Globalgeschichte zentrale Akteurin. Das Zollfreilager kann als räumlicher Ausdruck solcher durch die Basler Handelskammer geschaffenen Netzwerke und Infrastrukturen gesehen werden.

Gegründet wurde die Basler Handelskammer 1876 mit dem Ziel der «Förderung sämtlicher kaufmännischer und industriellen Interessen von Basel und Umgebung».¹⁹⁷ Mehr als hundert Jahre später, 1997, vereinte sie sich mit dem Verband Basellandschaftlicher Unternehmen (gegründet 1919) zur Handelskammer beider Basel. Handelskammern sind Institutionen, die auf privater Initiative beruhen und als intermediäre Organisationen die Interessen der Wirtschaft branchenübergreifend vertreten. Die Schweizer kantonalen Handelskammern weisen in ihrer Organisation, Wirkungsweise und geografischen Orientierung bedeutende Unterschiede auf, doch sie verfolgen eine ähnliche Zielsetzung: die Schaffung persönlicher, insbesondere informeller Netzwerke und deren soziale, politische und wirtschaftliche Nutzung. Das Basler Zollfreilager ist räumlicher Ausdruck der durch die Basler Handelskammer geschaffenen Netzwerke und Infrastrukturen und prägt das urbane Gefüge Basels bis heute.

Institutionalisierung eines informellen Netzwerks

Nicht zufällig fiel die Gründung der Basler Handelskammer mit dem politischen Systemwechsel zusammen, der im Zuge der Totalrevision der Schweizer Bundes-

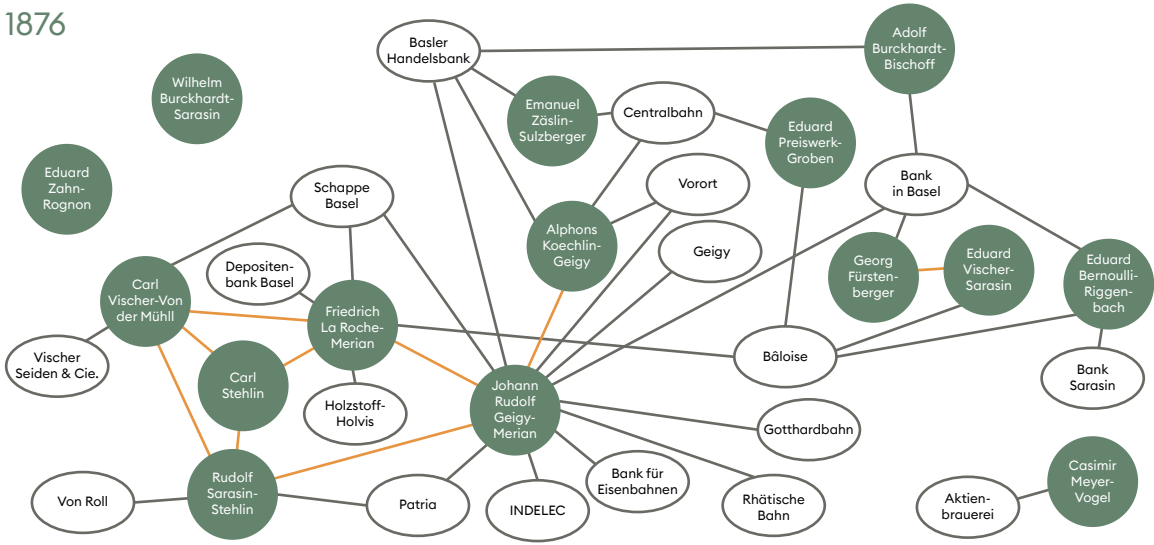
verfassung von 1874 in Basel zu einer kantonalen Verfassungsrevision und zur Aufgabe des im Ancien Régime begründeten Kollegiensystems führte. Statt die Regierungsgeschäfte im Nebenamt der Wirtschaftselite zu überlassen, wurden diese nun von vollbeamteten Sachverständigen geführt. Als 1876 die Basler Handelskammer als Vorstand des Basler Handels- und Industrievereins gegründet wurde, sollte sie die Lücke zwischen Basler Wirtschaftsmacht und der eidgenössischen Zentralisierung im Bundesstaat ausgleichen und einem befürchteten Einflussverlust entgegenwirken. Dabei setzten die Initianten auf ihr bereits bestehendes Beziehungsnetzwerk. Die Gründer waren in die globalisierte Wirtschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts eingebunden, oftmals branchenübergreifend tätig und verbanden ihre wirtschaftliche Tätigkeit mit politischen Ämtern. Über private und geschäftliche Beziehungen standen sie in engen Beziehungen zueinander [148]. Sie können dem *Daig*¹⁹⁸ zugerechnet werden, der nach wie vor die wirtschaftliche und soziale Elite Basels bildete.¹⁹⁹

In den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens wurde die Basler Handelskammer zunehmend professionalisiert. Der zuvor ehren- und nebenamtlich geführte Verein erhielt 1896 einen vollberuflichen Sekretär sowie ein «Bureau» an der Freien Strasse 4 in Basel. Das Sekretariat verfügte über eine Bibliothek, erteilte Auskünfte über Transportmöglichkeiten, Zölle oder neue Gesetze und beriet die Mitglieder in wirtschaftlichen Belangen. Interessant ist, dass die Handelskammer Wert darauf legte, Expertenwissen über das Regionale hinaus auch in einem globalen Kontext zu vermitteln. Diese Fokussierung auf den globalen Markt bestätigt nicht nur die dynamische Umsetzung neuer Möglichkeiten – wie die Schaffung eines Zollfreilagers zeigt –, sondern auch eine gezielte Förderung globaler Vernetzung und Informationsdiffusion.

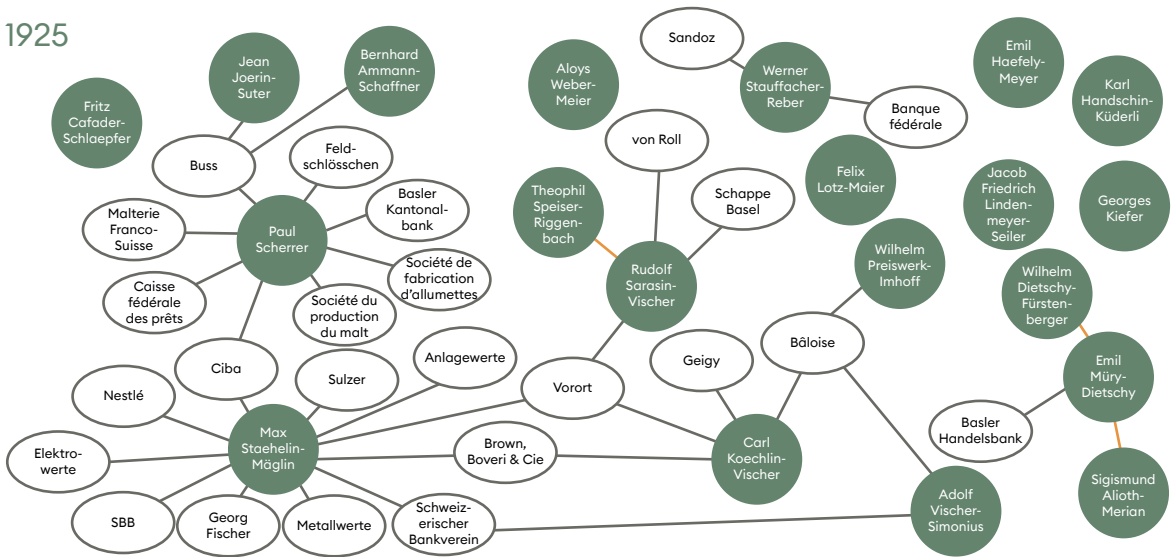
Die erfolgreiche Transformation vormoderner, persönlich geprägter Netzwerke in ein institutionenbasiertes 20. Jahrhundert fand ihre Fortsetzung nach dem Ersten Weltkrieg, als die Basler Handelskammer gezielt ihren Wirkungskreis erweiterte. 1920 wurden fünf zusätzliche Mitglieder, allesamt nicht dem *Daig* zuzurechnen, in den Vorstand berufen. Zwei davon gehörten dem basellandschaftlichen Pendant der BHK an, dem 1919 gegründeten Verband der Industriellen von Baselland. Die geografische sowie soziale Erweiterung des Vorstandes führte zu einem starken Mitgliederzuwachs. 1920 waren 922 Personen oder Unternehmen Mitglied des Basler Handels- und Industrievereins. Diese Mitglieder wurden zu Akteuren zunehmend globaler Warenketten und damit zu Bindegliedern zwischen dem Schweizer Markt und den internationalen Handelsplätzen.

Netzwerk der Basler Handelskammer, 1876 und 1925

1876



1925



148 Das Gründungsnetzwerk der Basler Handelskammer (1876) ist eines der zwischen 1876 und 1925 am stärksten vernetzten Beziehungsraster der Stadt. Insbesondere ist es vom *Daig* dominiert. Dargestellt sind die Mitglieder der Basler Handelskammer, ihre persönlichen Beziehungen zueinander (orange: Verwandtschaft bis zum Grad eines Cousins) sowie in Grau ihre Geschäfts- und institutionellen Beziehungen.

- Geschäftsbeziehungen
- Verwandtschaft bis zum Grad eines Cousins
- Mitglied der Basler Handelskammer

Wie die beiden Grafiken deutlich machen [148], waren die Mitglieder der Basler Handelskammer 1925 untereinander, insbesondere was verwandtschaftliche Beziehungen betrifft, weniger stark vernetzt als 1876. Dafür waren 1925 deutlich mehr Institutionen mit der Basler Handelskammer verbunden als 1876. Ein wesentliches Merkmal dieser Netzwerke und somit der Basler Handelskammer war, dass viele der Mitglieder von 1925 mit früheren Mitgliedern verwandt waren. Dies zeigt, dass die persönlichen und familiären Kontinuitäten in den ersten fünfzig Jahren des Bestehens der Basler Handelskammer weithin auf vormodernen Elitennetzwerken basierten, die durch die Einpassung in einen neuen institutionellen Rahmen erweitert und über die Zeit transformiert wurden.

Das Ergebnis ist eine bemerkenswerte Stabilität und Effizienz der Handelskammer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, der Verwirklichung neuer Projekte und der dynamischen Transformation ihres Netzwerks in eine moderne Welt. Die Akteure sowie die in der Zwischenkriegszeit anwachsenden Warenmengen erforderten aber auch in Basel neue Infrastrukturen und technologische Erneuerungen.²⁰⁰ Mit dem Bau des Basler Zollfreilagers wurde 1923 durch die Basler Handelskammer eine konkrete Infrastruktur für ebendiese Akteure geschaffen.

Das Basler Freilager: Infrastrukturen und ihre räumlichen Relikte

Die Basler Handelskammer reagierte mit dem Zollfreilager auf lokale wirtschaftliche Bedürfnisse, aber auch auf den Ausbau globaler Warenketten sowie auf neue nationale und internationale Rechtsetzungen. Nun wurden auf dem Dreispitzareal, das schon ab 1902 teilweise als Umschlags- und Lagerplatz genutzt wurde, zusätzliche Geleise, Lastkrane, Strassen und Hallen errichtet, in denen Waren aus aller Welt gelagert wurden, von Tee über Südfrüchte bis zu Maschinen und Autos. Dazu kamen ein Zollbüro und der Anschluss an das bestehende Eisenbahnnetz.²⁰¹

Nach nur einem Jahr hatten über siebzig Unternehmen die Lagerplätze im Freilager gemietet, und bereits 1924 musste das ursprünglich 29 385 Quadratmeter umfassende Areal auf 40 305 Quadratmeter erweitert werden. Die leitende, als Genossenschaft gegründete Basler Freilager Gesellschaft umfasste einen Direktor, ein Sekretariat sowie einen Vorstand. In diesem aus zehn Personen bestehenden Gremium sicherte sich die Basler Handelskammer drei ständige Sitze und somit ein dauerhaftes Mitspracherecht bei den Geschäften. Jeweils ein weiterer Sitz wurde Vertretern der beiden Basler Kantone zugesprochen, die auch als finanzielle Träger fungierten. Die Freilager Gesellschaft wurde mit einem Kapital

von 250 000 CHF gegründet,²⁰² wobei 74 Prozent von privaten Handels- und Industriefirmen eingebracht wurden. Dieses bemerkenswerte private Engagement verdeutlicht das Vertrauen der Unternehmer in die Basler Handelskammer und deren Projekte. Durch die finanzielle und organisatorische Beteiligung der beiden Basler Regierungen zeugt das Freilager zugleich von einer verstärkten Koordination in der Handelspolitik wie auch von einer Annäherung zwischen Wirtschaftsverbänden und Staat.

Die zunehmende Liberalisierung im globalen Handelsverkehr ab Ende der 1950er-Jahre, etwa der Abschluss von EFTA-Abkommen, liess den Nutzen des Basler Zollfreilagers zunehmend sinken. Zudem wurden Waren immer häufiger off-shore gehandelt. Das heisst, dass die Transaktionen nach wie vor über die Schweiz verliefen, die reale Ware jedoch immer seltener über die Schweiz transportiert wurde.²⁰³ Spätestens mit der Realisierung des europäischen Binnenmarktes Mitte der 1980er-Jahre verlor das Basler Zollfreilager zunehmend und ab 1994 gänzlich an Bedeutung. Dennoch zeugen die errichteten Infrastrukturen noch von den wirtschaftlichen Transformationen Basels im frühen 20. Jahrhundert. Heute befindet sich auf dem ehemaligen Sperrbezirk ein Zentrum für universitäre Bildung sowie Kunst und Kultur, das in Zukunft weiter transformiert und wohl noch stärker in den urbanen Raum Basels einbezogen wird.²⁰⁴

Das Zollfreilager existiert nicht mehr – doch die Europareise der fünf Herren von 1921 zeigt bis heute Auswirkungen auf den urbanen Raum Basels. Das Areal steht exemplarisch für die Tätigkeit der Basler Handelskammer in der Zwischenkriegszeit und für eine lokale und zugleich international vernetzte Gesellschaft sowie für globale Strukturen und Prozesse. Gleichzeitig ist das Zollfreilager nur eine unter vielen Initiativen der Basler Handelskammer. Zu ihren Projekten gehören die ehemalige Basler Mustermesse «muba», die Weiterentwicklung des Badischen Bahnhofs, die Errichtung von Flug-, Eisenbahn- und Schifffahrtslinien, Telefon-, Post- und Telegraphenverbindungen und die Ausbildung von jungen Kaufleuten. Immer wurde dabei ihr Personennetzwerk in unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Räumen an spezifischen Punkten raumwirksam.

Anmerkungen

- 1 Jäggi 2006, S. 185 f.
- 2 Grundlegend Weis-Müller 1956. Degler-Spengler; Christ 1999. Gilomen-Schenkel; Christ 2004.
- 3 Jäggi 2006, S. 49.
- 4 Nur über typologische Merkmale zu datieren: Jäggi; Meier 2001, S. 21–23.
- 5 Ebd., S. 19 f.
- 6 So vermuten ebd., S. 23.
- 7 Ketten und Schlösser: StABS, Klosterarchiv Klingental, N 113v (1452/1453). Ausserdem Jäggi; Meier 2001, S. 21.
- 8 Vgl. ebd., insbes. S. 21.
- 9 Angenendt 2007, S. 115.
- 10 Luscher 2008, S. 13 mit weiterführenden symboltheoretischen Überlegungen.
- 11 StABS, Klosterarchiv Klingental, HH 1.
- 12 Vgl. etwa StABS, Klosterarchiv Klingental, N, fol. 51r (1448), fol. 219v (1470).
- 13 Jäggi 2006, S. 220 f.: abwechselnde Nutzung des Chors durch Schwestern und Brüder in Königsfelden.
- 14 Zu den Reformversuchen ausführlich Weis-Müller 1956.
- 15 StABS, Klosterarchiv Klingental, HH 4, Nr. 301.
- 16 Wackernagel 1907–1924, Bd. 2.2, S. 840.
- 17 StABS, Klosterarchiv Klingental, HH 5 (darin: Cling. 2613).
- 18 Schramke 2020.
- 19 Maaran 1935, S. 599.
- 20 Argast 1997, insbes. S. 60 f. StABS, PA 791a F 13, Wohnungsfragen, 1949–1956. StABS, PA 791a C 1 a, Protokolle, Juni 1954–März 1966.
- 21 Maurizio 1952. Cuénod 2012. Würmli 2013, S. 22–27.
- 22 Hafner 1998, S. 26.
- 23 StABS, BD-REG 1 A 406–11, Kommunalen Wohnungsbau, 1945–1967.
- 24 StABS, PA 791a C 1 a, Protokolle, Juni 1954–März 1966.
- 25 StABS, PA 791a C 3, Jahresberichte, 1954–1966.
- 26 StABS, BD-REG 1 A 406–11, Kommunalen Wohnungsbau, 1945–1967.
- 27 StABS, PA 791a C 3, Jahresberichte, 1954–1966. Binnenkade 1994, S. 150–153.
- 28 Wunderle 1963, S. 9 f. und 20.
- 29 Ebd., S. 37 f. StABS, PA 791a C 4 a, Entwürfe betr. Fragebogen, 1960–1961. StABS, PA 791a C 4 b, Korrespondenz, 1959–1963.
- 30 Binnenkade 1994.
- 31 Wunderle 1963, S. 36.
- 32 StABS, PA 791a C 1 a, Protokolle, Juni 1954–März 1966.
- 33 Wunderle 1963. StABS, PA 791a C 4 c, Prespiegel (Juli, August, Oktober), 1963.
- 34 Sonderegger 2006, S. 95–111.
- 35 Spechtenhauser 2006, S. 51 ff.
- 36 Vgl. u. a. Hanisch; Widrich 1999, S. 28 ff. Binnenkade 1994, S. 150.
- 37 Wunderle 1963, S. 35 f.
- 38 Ebd., S. 15.
- 39 Ebd., S. 17.
- 40 Ebd., Zitate S. 20 und 26.
- 41 Ebd., S. 20.
- 42 Hanisch; Widrich 1999.
- 43 Aregger 1955, S. 175. Vgl. auch Fasel 2021, S. 251.
- 44 Kunstgewerbemuseum Zürich 1948, S. 25.
- 45 Spechtenhauser 2006, S. 63 ff.
- 46 Bickel 1947, S. 144 f.
- 47 Graham; Marvin 2001, S. 7–89.
- 48 Baldwin 2012, S. 155–162.
- 49 Degen, Bernard; d'Aujourd'hui, Rolf; Meyer, Werner u. a.: Basel-Stadt, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2017.
- 50 Tréfás; Manasse 2006, S. 14–15.
- 51 Hevalier 1980, S. 22.
- 52 Baldwin 2012, S. 119–130.
- 53 Verwaltungs-Bericht 1885, S. 46 f.; 1890, S. 30 ff.
- 54 Verwaltungs-Bericht 1895, S. 46.
- 55 StABS, Beleuchtung E 3, Direktor, Gas- & Wasserwerke Basel, an den Vorsteher des Sanitäts-Departements, Basel, 12.04.1923.
- 56 Ebd., Bericht betreffend Besoldungs-Einweisung, Paul Miescher, Gas- & Wasserwerk Basel, 04.11.1909.
- 57 Ebd., Direktor, Gas- & Wasserwerke Basel, an den Vorsteher des Sanitäts-Departements, Basel, 12.04.1923.
- 58 Ebd., Direktor, Gas-, Wasser- & Elektrizitätswerk Basel an Vorsteher des Sanitäts-Departements, Basel, 07.07.1904.
- 59 Schivelbusch 1983, S. 56–60.
- 60 Gugerli 1996, S. 32.
- 61 Ebd., S. 39.
- 62 Ebd., S. 49.
- 63 Verwaltungs-Bericht 1890, S. 33.
- 64 Schneider 2017, S. 3–18.
- 65 Tréfás; Manasse 2006, S. 59.
- 66 Ebd., S. 33.
- 67 StABS, Planarchiv K 2,82, Übersichtsplan der Stadt Basel 1898.
- 68 Verwaltungs-Bericht 1900, S. 57.
- 69 StABS, B 13, Direktor Elektrizitätswerk Basel an den Vorsteher des Sanitäts-Departements, Basel, 27.08.1910.
- 70 StABS, Elektrizität AA VII A 2.1, Direktor, Gas- und Wasserwerke Basel an Kantonsingenieur Bringolf, Baudepartement, Basel, 23.04.1913.
- 71 StABS, BD-REG 11b 5-4 (1) 6, Direktor, Elektrizitätswerk Basel an Ingenieur A. Vuilleumier, 08.05.1914. StABS, Schifffahrt M VII A 7, Elektrizitätswerk Basel an das Schifffahrts-Amt des Kantons Basel-Stadt, 17.06.1922.
- 72 StABS, Elektrizität AA VII A 2.1, Direktor, Gas- und Wasserwerke Basel an die Direktion des Elektrizitätswerks Basel, Basel, 04.03.1913.
- 73 VB 1905, S. 45.
- 74 StABS, Elektrizität AA VII A 1, Direktor, Gas- und Wasserwerke Basel an die Direktion des Elektrizitätswerks, Basel, 15.03.1912.
- 75 StABS, Elektrizität AA VII A 2.1, Direktor, Gas- und Wasserwerke Basel an die Kreispostdirektion, Basel, 09.04.1913.
- 76 Paquier 2014. Pfister 2016.
- 77 StABS, BD-REG 11d, 2-95 (1) 1-2, Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, 26.08.1916. Brenndauer der öffentl. Bogenlampen ab 09.10.1914.
- 78 Ebd., Direktor, Elektrizitätswerk Basel an die Direktion des Gas- und Wasserwerks Basel, Basel, 23.08.1916.
- 79 H. S., in: NZ, 11.09.1916.
- 80 A. St., in: NZ, Abendblatt, 12.09.1918.
- 81 Z., in: NZ, 22.09.1916.
- 82 Ein Messebesucher, in: NZ, 11.09.1916.
- 83 StABS, BD-REG 11d, 2-95 (1) 1-2, Aktien-Gesellschaft Bronner & C. Basel, an Gaswerk Basel, 30.09.1916.
- 84 Ebd., Kryer-Ramsperger A. G. Basel an Sanitätsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Basel, 16.05.1917.
- 85 Ebd., Ein Arzt, in: NZ, 02.03.1917.
- 86 Ebd., Alfred Wieland, Karl Glenck, Emil Müller, Notariat & Advokatur an Sanitätsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Basel, 03.07.1917.
- 87 Ebd., Eine Ängstliche in: NZ, 06.09.1917.
- 88 StABS, Beleuchtung C 1, 1811–1909, Hausbesitzer-Verein an den Regierungsrat des Kantons Baselstadt, 11.05.1909.
- 89 Ebd.
- 90 Ebd., Die Petitionskommission an den Grossen Rat des Kantons Baselstadt, 10.11.1909.
- 91 StABS, Beleuchtung C 1, 1910–1935, Beilage zu Nr. 5, 1911, «Hausbesitzer». An die Mieter.
- 92 Ebd., Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt an den Grossen Rat, 22.02.1911.
- 93 StABS, BD-REG 11d, 2-95 (1) 1-3, Peter Sarasin, im Namen der Commission des St. Albanstiftes, Basel, 21.11.1919.
- 94 Tréfás; Manasse 2006, S. 65.
- 95 StABS, Elektrizität AA VII A 2.1, Direktor, Gas- und Wasserwerke Basel an die Direktion des Elektrizitätswerks, Basel, 08.05.1913.
- 96 Ebd., Direktor, (sig. Paul Miescher) Gas- und Wasserwerk Basel an die Direktion des Elektrizitätswerks Basel, Basel, 29.06.1922.
- 97 Verwaltungs-Bericht 1920, S. 94.
- 98 StABS, Beleuchtung E 3, Die Petitionskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, 03.03.1924.

- 99 StABS, BD-REG 11d, 2-95 (1), 1-3, Immobiliengesellschaft Fundus an Sanitätsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Zürich, 22.12.1925.
- 100 Ebd., Direktor, Gas- und Wasserwerk Basel (gez. M. Thoma) an das Sanitätsdepartement des Kantons Basel-Stadt, 30.12.1925.
- 101 Blumer-Onofri 1994, S. 253–259.
- 102 Verwaltungs-Bericht 1915, S. 87.
- 103 Verwaltungs-Bericht 1920, S. 110.
- 104 StABS, BD-REG 11d, 2-95 (1) 1-3. «Briefkasten des Volkes», in: BN, 06.08.1925.
- 105 Baldwin 2012, S. 155.
- 106 Schlör 1991, S. 47 und 61.
- 107 Ruhe 2011, S. 178. Weiterführend: Bronfen 2008, Schnepel 2015.
- 108 Heuss 2016, S. 75.
- 109 Ebd., S. 75–76.
- 110 Verwaltungs-Bericht 1905, S. 59f.
- 111 Verwaltungs-Bericht 1900, S. 43f.
- 112 Heuss 2016, S. 77.
- 113 Kanton Basel-Stadt, Polizeistrafgesetz vom 23. September 1872 (Mit Ergänzungen bis 1919) § 109. Kanton Basel-Stadt, Gesetz betreffend Versorgung in Zwangs- und Besserungsanstalten, vom 21. Februar 1901 § 1d.
- 114 StABS, Straf und Polizei E 2.1, 1909–1921, Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt an die Detektive aller Abteilungen, Basel, 21.12.1911.
- 115 Ebd., Journalauszug, Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt. Der Chef der Administrativabteilung, Basel, 12.08.1910.
- 116 Ebd., Journalauszug, Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt Basel, 28.07.1913.
- 117 Schenk 2018.
- 118 Wild 1910, S. 71.
- 119 StABS, Armenwesen M 7, Entwurf zur Errichtung eines Nachtsyls, Arbeiterheims und einer Werkstätte in Basel, ohne Ort; Datum.
- 120 Wild 1910, S. 71.
- 121 StABS, Straf und Polizei E 2.1, 1909–1911, Das Polizei-Departement des Kantons Basel-Stadt an den tit. Regierungsrat, Basel, den 03.10.1907.
- 122 Gesetz betreffend Versorgung in Zwangs- und Besserungsanstalten, vom 21.02.1901, § 1d.
- 123 UEK 2019, S. 42–49.
- 124 Siegfried 1881, S. 19.
- 125 Ebd., S. 15.
- 126 Ebd., S. 32.
- 127 Ebd., S. 25–27. Vgl. dazu auch Raciti 2010, S. 143–151.
- 128 StABS, PD-REG 1a 1950-1101, Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, 5.8.1914; Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, 16.04.1918.
- 129 StABS, PD-REG 1a 1950-1101, Präsidialverfügung No. 853.
- 130 Ebd., Beschluss des Regierungsrates betreffend den Schluss der Wirtschaften, 25.03.1919.
- 131 Ebd., Georges Clar an Regierungsrat Dr. C. Ludwig, Vorsteher des Polizeidepartements, Basel, 28.02.1933.
- 132 Ebd., Präsidialverfügung No. 853.
- 133 Pliley 2017.
- 134 Hürlimann; Largiadèr; Schock 2021, S. 14–17.
- 135 Wild 1910, S. 137.
- 136 Ebd., S. 138.
- 137 § 54, Kanton Basel-Stadt, Polizeistrafgesetz vom 23. September 1872 (mit Ergänzungen bis 1919).
- 138 Wecker; Studer; Sutter 2002, S. 38.
- 139 Ebd. 2002, S. 40f.
- 140 Sarasin, Philipp: Prostitution, in: Historisches Lexikon der Schweiz 2011.
- 141 Jenzer 2014, S. 52.
- 142 Schlör 1991, S. 189.
- 143 Burckhardt 1841, S. 124 (Zitat). Ruhe 2011, S. 186f.
- 144 Hausen (1976) 2001.
- 145 Schutzbach 2021, S. 25–29.
- 146 Degler-Spengler; Christ 1999, S. 539–542.
- 147 StABS, Klosterarchiv Klingental, GG 4, hier das älteste Kornbuch 1465–1469. Jüngere Exemplare der Serie (ab 1510) ebd. W und Wa.
- 148 Degler-Spengler; Christ 1999, S. 542. Zu den Amtsschwestern ebd., S. 543 und Weis-Müller 1956, S. 21–27.
- 149 Das ergibt sich aus dem Schriftvergleich mit den nachgestellten Rechnungen, wo der Schaffner in der ersten Person über den Zinsmeier spricht.
- 150 Degler-Spengler; Christ 1999, S. 532–538. Die Gütergeschichte ist wenig erforscht.
- 151 Ebd., S. 540f.
- 152 So etwa die Zinsbücher StABS, Klosterarchiv Klingental A und Q sowie Zinsbuch J, S. 349–365.
- 153 Zum Memorialwesen jetzt massgeblich die Neubewertung bei Weber 2021.
- 154 Zu Dinghof und Dorfgericht Burckhardt 1860, S. 81–86. Vgl. auch Gilomen 1977, S. 198f.
- 155 Gilomen 1977, S. 118–120. Rippmann 1990, S. 240–286. Weissen 1994, S. 146f.
- 156 Simmel 1903, S. 27–71. Vgl. auch Spindler 2007.
- 157 Espahangizi 2022, S. 253.
- 158 Ebd., S. 316f.
- 159 Bundesamt für Statistik, Wohnbevölkerung.
- 160 Hartmann 2020.
- 161 Çalışlar 2011, S. 78.
- 162 Tezgören 2011, S. 48 ff.
- 163 Ebd., S. 63.
- 164 Ideli 2020, S. 145.
- 165 Ausländer mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung nach Kantonen und Heimat, in: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1967, S. 96; 1971, S. 89; 1976, S. 114; 1981, S. 92. Vgl. auch Günes 2022. Anschaulich dazu Yavas; Fierz 2022/23.
- 166 Espahangizi 2022, S. 303–310.
- 167 Ammann 2000, S. 101.
- 168 Ausländer mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung nach Kantonen und Heimat 1975, in: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1976, S. 114. Bundesamt für Statistik, Wohnbevölkerung.
- 169 Giger 1986, S. 242.
- 170 Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Wohnbevölkerung 01.01.23.
- 171 Interviews mit Yeter und Mahmut Demir, 13.06.2023. Yesildeniz 1993. StABS, PA 1286 B, Ausstellungsdokumentation «Magnet Basel», 8. April bis 1. Oktober 2017. Autobiografische Berichte von Migranten und Migrantinnen: Ates.
- 172 Verein Informationsstelle Türkei: Merhaba 1, 1988, S. 7.
- 173 StABS, PA 1286 B, [...] Ates.
- 174 Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana 2016.
- 175 Interview mit Mahmut Demir, 13.06.2023; Interview mit Mustafa Atici, 22.01.2023.
- 176 Hettlage 2012, S. 41.
- 177 Yesildeniz 1993, S. 94. Vgl. auch: Wolbert 1995, S. 177. Asligül 2018, S. 283.
- 178 Schuster 1992, S. 177.
- 179 Basler Muslim Kommission, Islamische Bestattung, <http://www.bmk-online.ch/bestattungen.html>, abgerufen am 04.12.2023.
- 180 Haab; Bozmann; Kugler u.a. 2010, S. 140.
- 181 Suter, in: NZZ-Folio «Kurden», November 1993.
- 182 Interview mit Andrea Mercan, 24.02.2023.
- 183 Stamm, in: Blick, 15.02.2022.
- 184 Stauffer, in: Basler Magazin, Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der BaZ 157 (26), 08.07.1995.
- 185 Bischof, in: DU, Zeitschrift für Kultur 9, 1995, S. 31–53.
- 186 Stauffer, in: Weltwoche, 08.10.1998. Ehret 1999, S. 9.
- 187 Arx-Wegner von; Rickli 1986, in: NZZ, 01.11.1986.
- 188 Heitz; Holenstein, in: BaZ, 28.12.1991.
- 189 Bischof, in: DU, Zeitschrift für Kultur 9, 1995, S. 31–53.
- 190 Ebd.
- 191 Stauffer, in: Weltwoche, 08.10.1998.
- 192 Vonmont, in: BaZ, 16.09.1998.
- 193 Bischof, in: DU, Zeitschrift für Kultur 9, 1995, S. 31–53. Stauffer, in: Weltwoche, 08.10.1998.

- 194 Bischof, in: Basler Magazin, Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der Basler Zeitung 67 (11), 20.03.1999.
- 195 Stauffer, in: Weltwoche, 08.10.1998.
- 196 Knechtli 2016.
- 197 SWA, PA 575 a D 1, BHK PB, Statut Handels- und Industrieverein Basel, 1874, S. 1–4, §1. Henrici, 1927, S. 42–44.
- 198 Vgl. Urs Hafner: Konservative Kontinuitäten. Das Patriziat zwischen Bewahren und Erneuern, in: Stadt.Geschichte.Basel, Bd. 6, S. 164–207.
- 199 Vgl. Sarasin 1997, S. 58 f.
- 200 Vgl. Ogle 2022.
- 201 Zur frühen Entwicklung des Zollfreilagers vgl. Hediger; Müry-Dietschi 1947. Wanner 1972.
- 202 Vgl. SWA, PA 575 a C 1, BHK JB 1923, S. 176.
- 203 Vgl. Haller 2019.
- 204 Allgemein zur Geschichte des Zollfreilagers s. Koellreuter (Online-Quelle) und www.dreispitz.ch/de/entdecken.html.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Ungedruckte Quellen

- Amt für Umwelt und Energie, Basel-Stadt*
Umweltlabor: Probenahme Daten Klybeck seit 2019 (bis 2021, Forter), Excel-Datei, undatiert.
- Fernsehsendungen, Filme, Audioaufnahmen*
Berger, Urs (Reg.): Im Juni 1977 wurde den Mietern am unteren Rheinweg 44, 46, 48 und an der Florastrasse 36, 38, 40, 42, 44 die Wohnung gekündigt, Quartierfilmgruppe Kleinbasel, Basel 1977. Privatarchiv Berger.
Berger, Urs (Reg.): Mir Bsetze – Die Geschichte eines Kampfes, Quartierfilmgruppe Kleinbasel, Basel 1979. Privatarchiv Berger.
Dossier Gegenwart, Schweizer Fernsehen, 01.12.1972. Archiv SRG.
«Eigennutz gegen Allgemeininteresse», Antenne, SRF, 30.05.1972, https://memobase.ch/de/object/srf-029-3c8fd0b3-418d-444b-bb69-51703013aeb4_03, abgerufen am 25.03.2024.
Köchlin, Michael (Prod.): Die Alte Stadtgärtnerei, Südwestfunk 1988.
Manz, Reinhard; Gaçon, Claude (Videogenossenschaft Basel) (Reg.): Es herrscht wieder Frieden im Land, Basel 1981, Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V 019.
«Mit Gewalt oder Geschenken gegen illegale Besetzer?», Arena, SRF, 12.11.1993, <https://www.srf.ch/play/tv/arena/video/mit-gewalt-oder-geschenken-gegen-illegale-besetzer?urn=urn:srf:video:35675fa9-79d9-4151-85ed-649d2a1bd77b>, abgerufen am 25.03.2024.
N.N. (Reg.): Kurt Fahrner – Shinto Bérénice, 22. Mai 1965, Produktion unbekannt, Basel 1965, Privatarchiv Fahrner.
«Pharmakonzern Novartis verkauft seinen Teil des Klybeckareals», Radio SRF, Regionaljournal Basel Basel-Land, Basel, 22.05.2019, <https://www.srf.ch/news/industriebranche-entwickeln-pharmakonzern-novartis-verkauft-seinen-teil-des-klybeckareals>, abgerufen am 23.12.2023.
Zwick, Sus (Reg.): «Der Rest ist Risiko», 1987, Produktion: Videogenossenschaft Basel, umatic low band, Farbe, Auszüge 7 Min., Originalfassung 28 Min, Videosammlung Stadt in Bewegung, Schweizerisches Sozialarchiv und Memoriam, <https://www.rebelvideo.ch/portraits/sus-zwick/der-rest-ist-risiko/>, abgerufen am 31.12.2023.
- Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG)*
Unterlagen zu Spectro-Machie, Unterlagen ohne Signaturen.
- Historisches Archiv der Sattelen AG (Archiv Sattelen)*
Archiv Sattelen, A 2.3.1, 1884 ff.
Archiv Sattelen, A 2.3.14, 1892.
Archiv Sattelen, A 2.3.24, 1893–1925.
Archiv Sattelen, A 2.3.4, 1908–1931.
Archiv Sattelen, B 2.3, 1894–1919.
- Interviews*
Atici, Mustafa: Interview geführt von Robert Labhardt und Niklaus Stettler, Basel, 22.01.2023.
Demir, Yeter und Mahmut: Interview geführt von Robert Labhardt und Niklaus Stettler, Basel, 13.06.2023.
Donath, Peter (ehemaliger Umweltchef bei Ciba SC): «Schweizerhalle» hatte keine nachhaltige Wirkung, Interview geführt von Martin Forter anlässlich 25 Jahre Grossbrand «Schweizerhalle», Basel, 27.10.2011, https://martinfoorter.ch/#a27_10_2011, abgerufen am 23.12.2023.
Gürtler, Pierre, Interview geführt von Ilona Genoni, in: Das Oral History Archiv der zeitgenössischen Kunst und Architektur (OHA), Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, https://www.oralhistoryarchiv.ch/assets/docs/interviews/Pierre_Guertler_17072007.pdf, abgerufen am 25.03.2024.
Mercan, Mahmut und Andrea: Interview geführt von Robert Labhardt und Niklaus Stettler, Basel, 24.02.2023.
- Landesarchiv Baden-Württemberg*
Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, N 100 Nr. 326, Bild 2.
- Private Archive*
Archiv Irene Hupfer, FFF, Faltblatt Nr. 1, 05.1992; Stadtstruktur und Gewalt gegen Frauen. Archiv Irene Hupfer, Vorträge Irene Hupfer. Arena-Archiv, Christian J. Häfliger, Unterlagen ohne Signaturen.
Privatarchiv Fahrner, Diana Fahrner und Markus Wildi, Unterlagen ohne Signaturen.
- Schweizerisches Wirtschaftsarchiv (SWA)*
SWA, Dokumentensammlung «1. November 1986 – Die Region Basel 20 Jahre nach Schweizerhalle». Forschungsprojekt des Historischen Seminars der Universität Basel, 1986.
SWA, H+I H 4, Jahresberichte der Basler Immobilienengesellschaft (BIG).
SWA, H+I H 6, Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz, Basler Terrain-Geschäft (Gundeldinger-Quartier, Dokumentensammlung), 1874–1886.
- SWA, H+I H 9, Dokumentensammlung Neue Gundoldinger Terrain-Gesellschaft, 1886–1901.
SWA, HS 198 G, Firmenarchiv Compagnie des Eaux de Skutari et Kadi-Keui Société Anonyme à Bâle, Geschäftsberichte, 1894–1902.
SWA, PA 575 a C 1, Jahresberichte Basler Handelskammer (BHK JB), 1919–1923, <https://doi.org/10.7891/e-manuscripta-100634>.
SWA, PA 575 a D 1, BHK PB 1876–1904, Statut Handels- und Industrieverein Basel, 1874.
- Staatsarchiv Basel-Landschaft (StABL)*
StABL, NA 2067, Aviatik C 5 Flugplatzprojekt Hard C, 1935–1942.
StABL, NA 2186, Wald D 01.00.03, Verwaltung, 1873–1945.
StABL, VR 3001, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft: Leitbild Baselland, Arlesheim 1968.
- Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)*
StABS, Armenwesen M 7, Nachtsyl und Arbeiterheim der Heilsarmee, 1906.
StABS, Bau A 8.1, Wohnungswesen: Allgemeines und Einzelnes, 1852–1956.
StABS, Bau G 21, Fuhrwesen, 1834–1940.
StABS, Bau H 3, Festungsrayon, Bauen vor den Toren, Erweiterung der Stadt, Anlage und Korrektur von Strassen, Baulinien, Bauen an Strassen, Stadtabschluss, Stadtrayon, Ringwege, im allgemeinen, Bauzonenplan, Strassengesetz, 1832–1940.
StABS, Bau L 60, Strassennetz ausserhalb der Ringwege zwischen Bachletten- und Elsässerstrasse im allgemeinen Areal Walter Dürst Westplateau zwischen Birsig und Rhein, Nordwestplateau, 1876–1938.
StABS, Bau P 105, Strassennetz zwischen Kleinhünigerstrasse und Rhein, Altrheinweg, Uferstrasse, Rastatterstrasse, Giessliweg, Schlossgasse, 1896–1940.
StABS, Bau U 3, Klybeckinsel und alter Rhein bei derselben (Giesslein), 1824–1910.
StABS, Bau X 13, Klybeckteich und Otterbach, 16. Jh.–1902.
StABS, Bau U 1, Allgemeines und einzelnes, 1713–1940.
StABS, BD-REG 1 A 406-11, Kommunalen Wohnungsbau, 1945–1967.
StABS, BD-REG 1 A 604-5, Abwasserfragen, 1941–1963.
StABS, BD-REG 1 A 801-1, Altstadt-Sanierung, 1941–1956.
StABS, BD-REG 2 B 7-9-2 (2), Korrektur der Klybeckinsel; Verhandlungen mit der Gutehoffnungshütte (Pläne), 1900–1918.
StABS, BD-REG 11b 5-4 (1) 6, Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in den Langen Erlen, 1913–1921.

- StABS, BD-REG 11d 2-95 (1) 1-2, Allgemeine Unterlagen, 1914 bis 1918, 1914–1918.
- StABS, BD-REG 11d 2-95 (1) 1-3, Allgemeine Unterlagen, 1919 bis 1925, 1919–1925.
- StABS, Beleuchtung C 1, Beleuchtungsbeiträge, Beleuchtungssteuer, Strassenreinigungssteuer, 1811–1935.
- StABS, Beleuchtung E 3, Laternenanzünder, 1865–1932.
- StABS, Bf 1 A 5-17, Mandate 1452–1797, Bd. 5.
- StABS, DI-REG 1c 17-3-4, Diverse Areale, Mieteraktionen, Hausbesetzungen, 1960–2004.
- StABS, Elektrizität AA VII A 1, Ankauf und Aufstellung von Bogenlampen, 1900–1904.
- StABS, Elektrizität AA VII A 2.1, Erstellungen im Jahre 1908–1940, 1908–1940.
- StABS, Elektrizität B 13, 1888–1936.
- StABS, FD-REG 7a 3-3-4 (1) 7, Areal Walter Dürst, 1919–1952.
- StABS, Fischerei A 2, Fischweiden im Kanton überhaupt Verzeichnisse derselben, 1775–1882.
- StABS, Fischerei B 1, Allgemeines und Einzelnes, 1407–1934.
- StABS, Fischerei B 5, Grosshüniger Fischweide, 1434–1604.
- StABS, Fischerei B 6, Kleinhüniger Fischweide, 14 Jh.–1922.
- StABS, Fischerei B 8.4, Lachsfangstreit mit Frankreich: Akten 1725–1741, 1725–1741.
- StABS, Fischerei B 9, Fischvergiftung durch Fabrikabgänge, 1871–1907.
- StABS, Fotoarchiv Wolf.
- StABS, Gemeindecache Bürgergemeinde Basel J III 2, Hardwaldstreit, 1679–1839.
- StABS, Gerichtsarchiv A 346–380, Protokolle des Zivilgerichts 1879–1886.
- StABS, Grundbuch A 11, Martin Stohler, Das Vermessungswesen und Katasterwesen des Kantons Basel-Stadt, Mscr., 1903.
- StABS, JD-REG 1c 12-0-4, Barfüsser-Affaire (Kurt Fahrner, Golgotha), 1959–1960.
- StABS, Justiz J, Fallimente, Betreibung und Konkurs, k. A.
- StABS, Justiz J 8, Kollokationen der Stadt, 1828–1892.
- StABS, Kirchen D 2, Kirchengeläute, 17. Jh.–1936.
- StABS, Klosterarchiv Klingental: A, GG, HH 1, HH 4–5, N, J (Zinsbuch), W, Wa und Q.
- StABS, Land und Wald H 13, Holzfrevel, 1753–1899.
- StABS, Land und Wald K1, 1816–1834.
- StABS, Land und Wald K1, 1835–1837.
- StABS, Land und Wald K1, 1846–1954.
- StABS, Land und Wald K 3, Hard, Forstfrevelregister, 1855–1870.
- StABS, NOT 666, 33. Notariats-Protokoll Süd-deutsche Immobiliengesellschaft I, 1873–1878.
- StABS, NOT 1457, 15. Protokoll XV, 1893–1900.
- StABS, PA 513a I C, Johann Jakob Stehlin-Burckhardt (1826–1894), k. A.
- StABS, PA 513a I E, Karl Rudolf Stehlin-Merian (1831–1881) und Cecile Stehlin-Merian (1835–1916), k. A.
- StABS, PA 655 8.2, Uebersichtsplan der Stadt Basel von 1862 (mit Bezeichnung der Häuser, in welchen Cholera-Erkrankungen vorgekommen sind), 1862.
- StABS, PA 791a C 1 a, Protokolle, Juni 1954–März 1966.
- StABS, PA 791a C 3 Jahresberichte, 1954–1966.
- StABS, PA 791a C 4 c Pressespiegel (Juli, August, Oktober), 1963.
- StABS, PA 791a F 13, Wohnungsfragen (Korrespondenz; Presse), 1949–1956.
- StABS, PA 791b E 7, Verein Frauenzimmer, 1978–1988.
- StABS, PA 925a B 4-2-11, Künstlervereinigung «Gruppe 33», 1933–1983.
- StABS, PA 925a B 4-2-11 4, «Club 33», 1937–ca. 1942.
- StABS, PA 994 B 1, Unterlagen über Kontakte mit anderen Organisationen, z. T. schon vor der Gründung der OFRA (POCH Progressive Organisation Schweiz, POB Progressive Organisation Basel, FBB Frauenbefreiungsbewegung, PFS Progressive Frauen Schweiz, PFB Progressive Frauen Basel, Aktionsgruppe Frauenzentrum Basel), 1975–1993.
- StABS, PA 1110a J 4 (1), Projekte 1973–1981, 1973–1981.
- StABS, PA 1123a B 4 (1), Protokolle der Kommission des Basler Tierschutzvereins inkl. der Öffentlichen Versammlungen, 1907–1952.
- StABS, PA 1125, Dokumentation Jakob Tschopp-Janssen (1937–2013) zu Werkraumbewegung Basel (Werkraum Schlotterbeck, Werkraum Warteck pp), 1978–2011.
- StABS, PA 1286 B, Autobiographische Berichte von Migrantinnen und Migranten, 2017.
- StABS, PD-REG 1a 1950-1101, Polizeistunde in den Wirtschaften: Freinächte, Allgemeines, Wirtschaftsschluss, Freinachtsbewilligungen ausserhalb der Bürozeit. Wirtschaftsschluss während der Messen, am Fasnachtstagsdienstag, bei Messen in den Gebäulichkeiten der Mustermesse, 1914–1953.
- StABS, PD-REG 1a 1950-1904, Vereine Homosexueller, 1932–1934.
- StABS, PD-REG 1a 1950-1905, Einzelne Homosexuelle, 1924–1937.
- StABS, PD-REG 1c 5 (1) 56, Aktion Frauenzentrum Basel, 1977–1985.
- StABS, PD-REG 8a 1 (1) 4, «Homosexuelles», ca. 1913–ca. 1932.
- StABS, Planarchiv II 25,21: Strassennetz zwischen Kleinhünigerstrasse & Rhein, Giessliweg, Inselstrasse, Altrheinweg, Klybeckstrasse, Schlossgasse & Uferstrasse. Uebersichtsplan, Strassenprofile, 1896.
- StABS, Planarchiv B 1,19 - 1,23, Situationspläne der neuen Quartier-Anlage in Basel auf dem Areal der süddeutschen Immobilien-Gesellschaft, 1887.
- StABS, Planarchiv K 2,66, Situation 1862. [Eingezeichnet:] Typhus-Häuser, 1862.
- StABS, Planarchiv K 2,82, Uebersichtsplan der Stadt Basel. 1898. [Farbig aufgedruckt:] Elektrizitätswerk der Stadt Basel. Uebersichtsplan der Hauptleitungen sowie der Speisepunkte & der öffentl. Bogenlampen. Beilage zum Ratschlag No. 1160, Juni 1898.
- StABS, Protokolle Grosser Rat.
- StABS, Protokolle Kleiner Rat.
- StABS, Protokolle Regierungsrat.
- StABS, RR-REG 2e 3-3 15, Quartier St. Johann, 1997–1998.
- StABS, RR-REG 2e 3-3 17, Innovationswerkstatt Frauen, 1997–1998.
- StABS, Sanität P 1a, Ungesunde Wohnungen in Basel und Kleinhünigen (Feuchtigkeit, Ungeziefer, Ueberfüllung, Ansteckende Krankheiten, Hühner, Kaninchen, Schweine, Enten), 1854–1934.
- StABS, Schiffahrt M VII A 7, Beleuchtung, 1919–1929.
- StABS, Spital A 13.2, Handbuch des Spitaldirektors betr. Geschichte, Zustand, Ordnungen, Güter des Spitals. Angelegt v. a. 2. Hälfte des 19. Jhs, 1340–1931.
- StABS, SS8, Baugruben, Güllenbehälter, Misthaufen, Schutt- und Kehrichthaufen, Schutt-ablagerungen, 1579–1933.
- StABS, St. Urk. 1512, Bürgermeister und Rat der Stadt Basel verkünden und bestätigen den Spruch der Fünfer, 10 zu der March und dem Gescheid des Bannes zu Minder Basel gesetzt sind, wegen eines Almentweges bei der Klüben am Teich, 24.10.1452.
- StABS, St. Urk. 2706, Bürgermeister und Rat der Stadt Basel verkündigen und bestätigen den Spruch der Fünfer, so über das Gescheid u. die Marchen auswendig dem Mindern Basel gesetzt sind, wegen Unterhaltung des Brückleins über den Clüben Säge Teich durch Meister Sigmund den Steinschneider, Besitzer des Hauses Clüben, und seine Nachfolger, 27.09.1513.
- StABS, St. Urk. 2838, Bürgermeister und Rath der Stadt Basel setzen fest für Dr. Berchtold Bartter, den Verkäufer, und Moritz Altenbach, den Käufer des Hauses und Gesesses Clüben am Rhein unterhalb Minder Basel, was dasselbe für Freiheiten und Beschwerden betr. Wasseruns, Wuhr in der Wiese, Weg und dessen Verschliessung habe, 15.03.1524.

StABS, STA Bf 1 A 5-17, Mandat vom 09.06.1647.
StABS, STA Bf 1 A 6-2, Mandat vom 21.08.1667.
StABS, STA DS BS 2, Kantonsblatt Basel-Stadt, 1798–2018.
StABS, STA DS BS 8, Verwaltungsberichte (VB) des Regierungsrates an den Grossen Rat.
StABS, STA DS BS 9, Ratschläge des Regierungsrates an den Grossen Rat.
StABS STA DS BS 9 709, Bericht des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt an den Regierungsrat betreffend die gegen die Cholera getroffenen Massregeln, 15.11.1884.
StABS, STA DS BS 9 1057, Ratschlag betreffend Korrektur der Untern Klybeckstrasse.
StABS, STA DS BS 9 1087, Ratschlag betreffend Korrektur der Wiese und Erstellung eines Hochwasserdamms auf dem rechten Rheinufer vom Untern Rheinweg bis zur Landesgrenze.
StABS, STA H 43, Basler Adressbuch.
StABS, Staatskunde 1869, Übereinkunft zwischen dem Brunn- u. Bauamt der Stadt Basel und Herrn Ingenieur Heinrich Gruner von Basel betr. die Quellen im Käppeligraben bei Bottmingen, 1869.
StABS, Straf und Polizei E 2.1, Bettel- und Strolchengesind, Zigeuner, Gauner, Ausreisser, Deserteurs, Handwerksburschen, Vaganten, Gassenbettel, allgemeines und einzelnes, 16. Jh.–1921.
StABS, Straf und Polizei F 10, Theater, Stadttheater, 1550–1958.
StABS, Zunftarchive Mägd 20, Rhein- und Fischrecht, 1563–1826.

Stadtarchiv Bern

SAB, 1099 0 19, 13.07.1887.

Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates Basel-Stadt (UVEK)

Bericht der UVEK zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)», 02.06.2023 und Ratschlag zum Gegenvorschlag, <https://groserrat.bs.ch/medien/news/web-mitteilungen/1467-stadtklima-initiativen-uvek-je-mit-mehr-und-minderheitsantrag>, abgerufen am 13.09.2024.

UVEK, Bericht der Kommissionsminderheit, 21.12.49.03, 31.05.2023, <https://groserrat.bs.ch/dokumente/100404/000000404879.pdf>.

Universitätsbibliothek Basel

Meyer, Daniel: Gründliche und actenmaessige Beschreibung der innerlichen Unruhen welche in den Jahren 1690 u. 1691 in einer lobl. Stadt Basel gewüet, nebst Dr. Jakob Henric Petri Basel Babel und sein hernach wieder die Stadt geführter Process, Basel 1773, S. 452, UBH, H IV 3, <https://www.e-manuscripta.ch/bau/content/pagetext/4071396>, abgerufen am 01.05.2024.

Gedruckte Quellen

Amtliche Schriften

Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie (AUE BS): Syngenta AG, Werk Rosental: Grundwasser-Monitoring 2008, Stellungnahme, Basel 16.02.2009.

Basel-Stadt, Baudepartement: Raumordnung Basel. Ziele, Konzepte, Realisierungen, Basel 1983.

Basel-Stadt, Baudepartement: Verkehrsplan Basel 2001, Basel 2002.

Basel-Stadt, Baudepartement: Von der geschlossenen zur offenen Stadt. Die Siedlungsentwicklung des Kantons Basel-Stadt seit 1860, Basel 2004.

Basel-Stadt, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU): Bauarbeiten Rosental Mitte: Schadstoffe bei Aushubarbeiten nachgewiesen, Medienmitteilung 24.11.2023.

Basel-Stadt, Gesetz betreffend Versorgung in Zwangs- und Besserungsanstalten, vom 21. Februar 1901.

Basel-Stadt, Polizeistrafgesetz vom 23. September 1872 (Mit Ergänzungen bis 1919).

Basel-Stadt, Regierungsrat: 23.5204.02 Interpellation Nr. 55 Harald Fiedel betreffend «Sanierungsarbeiten im Rosental und Benzidin», Regierungsratsbeschluss vom 02.05.2023, Basel 03.05.2023.

Bundesamt für Statistik, Wohnbevölkerung nach Nationalität nach Staaten, Altersjahr und Kanton, 1970–2000.

Buri, Moritz: Bericht an das Tit. Bau-Departement des Cantons Basel-Stadt über die Anlage von Pferdebahnen in Basel, Basel 1878.

De Wette, Ludwig: Bericht an löbl. Cholera-Commission über den Verlauf der Cholera in Basel im Jahre 1855, Basel 1856.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK); Bundesamt für Strassen ASTRA (Filiale Zofingen); EBP Schweiz AG: AP Dossier. Nationalstrassen. Strassen Nr. N02. Rheintunnel Basel, Umweltverträglichkeitsbericht 3. Stufe, Anhänge A7–A16, 29.09.2023.

Eidgenössische Viehzählungen, 1866–1993.

Expertenkommission für Wohnbau- und Mietpreispolitik: Bericht der Expertenkommission für Wohnbaupolitik an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Basel 1948.

General-Bericht des Cholera-Ausschusses an den E. Kleinen Rath, Basel 1856.

Glatt, Anita; Osswald, Bettina: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Was wir tun können, damit sich die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner sicherer fühlen. Hg. Hochbau- und Planungsamt des Kantons Basel-Stadt, Basel 1998.

Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt (Hg.): Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizei-Verordnungen wel-

che seit 26. August 1833 für den Kanton Basel-Stadt erlassen worden, Basel 1838–1981.

Kantonspolizei Basel-Stadt: Strassenverkehrsunfälle, Jahresstatistik 2023, Basel 2024.

Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Statistisches Amt, Ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit seit 1990.

Protokolle des Grossen Rats (StABS, Protokolle, Grosser Rat).

Protokolle des Regierungsrates (StABS, Protokolle, Kleiner Rat [ab 1875 Regierungsrat]).

Ratschläge des Regierungsrates an den Grossen Rat (StABS, STA DS BS 9).

Rossé, Francis; Meury, Christoph: Kulturraum-Inventar. Schlussbericht zur Studie über Angebot, Nachfrage, Vermittlung und Vermietung von Räumen für Aktivitäten von Jugendlichen und Kulturschaffenden in Basel, Geographisches Institut der Universität Basel 1989.

Rossel, Raphael (Hg.): Studie zur Basler Kreativwirtschaft. Strukturdaten, Positionen, Handlungsfelder, Basel 2010.

Sarasin, Karl: «Die sanitarischen Uebelstände in Basel mit besonderer Beziehung auf die Verbreitung der Cholera», Schlussbericht an den kleinen Rath der Commission zur Begutachtung der Vorschläge des Cholera-Ausschusses, Basel 1858.

Schweizerische Landesplanungskommission, Regionalgruppe Nordwestschweiz (Hg.): Bericht über die beabsichtigte Rodung der Hardwaldung bei Basel, 1941, S. 3.

Schweizerisches Handelsamtsblatt, 1883–2001. Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt (StatJB).

Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1967, 1971, 1976.

Verwaltungs-Berichte des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905, 1915, 1920.

Weitere gedruckte Quellen

Bernoulli, Hans: Ein neuer Plan für die Altstadt Basel, in: Das Werk 20 (11), 1933, S. 350–352, <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=wbw-002:1933:::1775#884>, abgerufen am 13.09.2024.

Bloch, Marcus Elieser: Ökonomische Naturgeschichte der Fische Deutschlands, 3 Theile, Berlin 1783–1785.

Braun, Georg; Hogenberg, Franz: De praecipuis totius uniuersi vrbibus, o. O. 1575 (Civitates orbis terrarum 2), 40r und 40v.

Bruckner, Daniel: Versuch einer Beschreibung historischer und natürlicher Merkwürdigkeiten der Landschaft Basel, I. Stück (Muttentz), Basel 1748.

Bruckner, Daniel; Buxtorf, August Johann: Versuch einer Beschreibung historischer und natürlicher Merkwürdigkeiten der Landschaft Basel, VI. Stück (Klein Hünigen), Basel 1751, S. 589–736.

- Bücher, Karl: Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel vom 1.–19. Februar 1889, Basel 1891.
- Burckhardt, Jacob: Briefe, in: Burckhardt, Max (Hg.): Jacob Burckhardt, Briefe, 10 Bde., Basel 1947–1982.
- Burckhardt, Ludwig A.: Der Kanton Basel, historisch, geographisch, statistisch geschildert. Beschreibung seiner Lage, natürlichen Beschaffenheit, seiner Bewohner, politischen und kirchlichen Verhältnisse und Ortschaften. Ein Hand- und Hausbuch für Kantonsbürger und Reisende, St. Gallen; Bern 1841.
- Centralbureau für Meteorologie und Hydrographie im Großherzogthum Baden (Hg.): Der Rheinstrom und seine wichtigsten Nebenflüsse: von den Quellen bis zum Austritt des Stromes aus dem Deutschen Reich; eine hydrographische, wasserwirtschaftliche und wasserrechtliche Darstellung mit vorzugsweise eingehender Behandlung des Deutschen Stromgebietes; mit 9 Übersichts-Karten und -Profilen nebst einer Stromkarte des Rheines in 16 Blättern, Berlin 1889.
- Ciba SC; Novartis: Historische und technische Standorterkundung im Werk Klybeck, 1. Teil: Historische Voruntersuchung, Basel 20.11.2000.
- Ciba-Geigy: TK 2.2 an L ZF TS, Vertraulich: Stand der Grundwasserüberwachung Mai 1988 in den Schweizer Werken der Ciba-Geigy AG inkl. BSG [Betriebsstätte Grenzach, der Autor] und Huningue, Basel 31.05.1988.
- ETAD: Voluntary Cessation of Manufacture of Benzidine Dyes, in: Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD): Proceedings of the OECD workshop on non-regulatory initiatives for chemical risk management, Series on Risk Management, Bd. 7, OCDE/GD(97)97, Document 53197, Paris 1997.
- Fischer, Susanne: Der öffentliche Raum in Basel – auch für Frauen? Ergebnisse einer Umfrage zur Sicherheit auf Basels Strassen, Basel 1995.
- Gelpke, Rudolf: Die Ausdehnung der Grossschiffahrt auf dem Rhein von Strassburg nach Basel. Eine technische und wirtschaftliche Studie zur Förderung der Binnenschiffahrtbestrebungen in der Schweiz, Basel 1902.
- Geotechnisches Institut (GI): Basel, Prz. Nr. 7/2014, Werk Rosental, Rückbau Etappe 1, Technische Untersuchung, Auftrags-Nr. 51.2608.00, im Auftrag v. Immobilien Basel-Stadt, Basel 14.02.2020.
- Gessner, Conrad: Fischbuch: Das ist ein kurzze, doch vollkommne beschreybung aller Fischen so in dem Meer und süssen Wasserren, Seen, Flüssen, oder anderen Bächen jr wohnung habend, sampt jrer waren conterfactur [...], Zürich 1563.
- Gruner, Heinrich Eduard: Heinrich Gruner, Ingenieur (1833–1906), in: Verhandlungen der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft 89, 1906, S. XLVII–L.
- Haller, Johannes (Hg.): Urkundenbuch der Stadt Basel (BUB), Bd. 9, Basel 1905.
- Hediger, Arnold; Müry-Dietschy, Emil: 25 Jahre Basler Zollfreilager 1922–1947, Basel 1947.
- Henrici, Hermann: Die Basler Handelskammer, 1876–1926, Basel 1927.
- Herbster, Karl: Salmenwöge am Hochrhein, in: Mein Heimatland 18, 1931, S. 17–19.
- Huber, August: Urkundenbuch der Stadt Basel, hg. durch die Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel, Bd. 11, 1601 bis 1798, Basel 1910.
- JuAr Basel (Hg.): 75 Jahre Jugendarbeit – Chronik der JuAr Basel, Basel 2017.
- Die Katastervermessungen des Kantons Baselstadt: Auszug aus einem umfangreichen Memorial des Herrn Martin Stohler, Chef des Vermessungsbureau Basel, in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 8, 1903, S. 69–78.
- Die Katastervermessungen des Kantons Baselstadt: Auszug aus einem umfangreichen Memorial des Herrn Martin Stohler, Chef des Vermessungsbureau Basel, in: Zeitschrift des Vereins Schweiz. Konkordatsgeometer 9, 1903, S. 79–90.
- Kaufmann, Rudolf (Hg.): Gregor Stächelin und seine Familie, Basel 1930.
- Kaufmann, Rudolf: Altstadt heute und morgen. Ausstellung der projektierten Massnahmen für die Sanierung der Altstadt von Basel, Kleines Klingenthal [Stadt- und Münstermuseum = Museum Kleines Klingental], Basel 1945.
- Koller, Michael; Pletscher Claudia, Schweizerische Unfallversicherungsanstalt SUVA: Aromatische Amine und Blasenkrebs, Factsheet, Luzern 3.2018.
- Kozak, Theophil: Bericht über die Erhebungen betreffend Liegenschaftsverkehr im Kanton Basel-Stadt, Basel 1899.
- Krönitz, Johann Georg: Oekonomisch-technologische Enzyklopädie, oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus- und Landwirtschaft und der Kunst-Geschichte in alphabetischer Ordnung, Bd. 13, Berlin 1777.
- Küchler, Katrin; Rettenmund, Barbara: Herzblut, Hand und Hirn. 25 Jahre Kultur in der Kaserne. Ein Überblick in Bild und Wort, Basel 2005.
- Kunstgewerbemuseum Zürich: Ausstellung Siedlungsbau in der Schweiz 1938–1947, Zürich 1948.
- Lonza; Arcadis: Gefährdungsabschätzung alte Deponie Gamsenried, Schlieren 12.02.2021.
- Lüdi, Werner; Zoller, Heinrich: Über den Einfluss der Waldnähe auf das Lokalklima. Untersuchungen im Gebiete des Hardwaldes bei Muttenz (Basel), in: Rübel, Eduard August; Lüdi, Werner (Hg.): Bericht über das Geobotanische Forschungsinstitut Rübel in Zürich für das Jahr 1948, Zürich 1949, S. 85–108.
- Mangold, Fritz: Die Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Basel im Dezember 1904, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Basel 1905.
- Mangold, Fritz: Denkschrift über die staatlichen Massregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse im Kanton Basel-Stadt. Verfasst im Auftrag des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, Basel 1906a.
- Mangold, Fritz: Die im Jahre 1905 im Kanton Basel-Stadt erstellten Neubauten, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Basel 1906b.
- Manz, Matthias; Salathé, René (Hg.): Pratteln an der Schwelle zur Moderne. Drei Zeitzeugen berichten (1863–1904). Die Heimatkunden von Johannes Buess (1863) und Johannes Martin (1867–1890) und die Gemeindechronik von Karl Sartorius (1904), Liestal 2020.
- Marx, Karl (1842): Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags. Von einem Rheinländer. Debatten über das Holzdiebstahlgesetz, in: Werke/Artikel/Literarische Versuche bis März 1843. Karl Marx Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA), Bd. 1.1, Berlin (DDR) 1975, S. 199–236.
- Meier, Gabriella: Kurt Fahrner – Künstler und Aktivist, in: Fahrner, Diana; Wildi, Markus; Kurt Fahrner. Das gesamte Werk, Basel 1998, S. 9–29.
- Merian, Peter: Beiträge zur Geognosie, Basel 1821.
- Mischke, Jürgen; Siegfried, Inga, unter Mitarbeit von Myriam Schmidt-Müller und Zamira Angst, unter der Leitung von Annelies Häcki Buhofer (Hg.): Die Ortsnamen von Basel, Basel 2016 (Namenbuch Basel-Stadt 2).
- Mühlemann, Heinz: Register der in Basel, Bettingen und Riehen abgebrochenen Bauten 1907–1976, Basel 1977/78.
- Nienhaus-Meinau, Casimir: Bericht über die Verunreinigung des Rheines durch Abfallstoffe der Fabriken im Basler Industrie-Bezirk, erstattet an das Schweizerische Handels- und Landwirtschafts-Departement, Basel 1883.
- Norrmann, Gerhard Philipp Heinrich: Geographisch-statistische Darstellung des Schweizerlandes, Bd. 2, Hamburg 1796.
- Novartis; Ciba SC: Environmental Matters Agreement (Rest of the World) anlässlich der Ausgliederung der Ciba SC AG aus der Novartis AG: Vertrauliche Vereinbarung über die Zuweisung der Verantwortung für Umweltschäden (ausserhalb US), Basel 20.12.1996.
- Ochs, Peter: Geschichte der Stadt und Landschaft Basel 7, Basel 1821.
- Paltzer, Georg: Saline Schweizerhalle. 75-jähriges Bestehen 7. Juni 1837 – 7. Juni 1912, Pratteln 1912.

- Pettenkofer, Max von: Verbreitung der Cholera in Indien. Ergebnisse der neuesten aetiologischen Untersuchungen in Indien, Braunschweig 1871.
- Reese, Heinrich: Die bauliche Entwicklung Basels von 1881–1897. Vortrag gehalten am 26. Sept. 1897 an der Hauptversammlung des schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Vereins zu Basel, Zürich 1897.
- Salathin, Hubert E.: Boden- und Wohnverhältnisse in Basel. Eine Untersuchung über die Entwicklung der modernen Stadterweiterung unter dem liberalen Wirtschaftssystem und im Übergang zur planmässig gestaltenden Stadtbaupolitik, Basel 1942.
- Schuhmacher, A.: Der Basler Korrekionsplan, in: *Das Werk* 20 (11), 1933, S. 345–350, <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=wbw-002%3A1933%3A20%3A3%3A3#879>, abgerufen am 09.09.2024.
- Siegfried, Traugott: Das Wirtshaus. Von der Gemeinnützigen Gesellschaft der Stadt Basel ausgeschrieben und gekrönte Preisschrift, Basel 1881.
- Simmel, Georg: Soziologie des Raums, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 27, Bd. 1, Leipzig 1903, S. 27–71 (zit. nach: Georg Simmel online, Soziologisches Institut der Universität, Zürich, S. 3).
- Speiser-Sarasin, Paul: Erinnerungen aus meiner öffentlichen Tätigkeit von 1875–1919, Basel 1935.
- Stadler, Beat; Bohren, Ueli; Steiner, Klaus u. a.: Gegen die Zerstörung von günstigem Wohnraum in Basel, Diplomarbeitsgruppe der Schule für Sozialarbeit Basel, Basel 1980.
- Stibler, Linda: Fünfzig Jahre nach 1968 – ein Jubiläum?, in: *Basler Stadtbuch*, Dossier 2018, <http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2018/2018-06.html>.
- Stockmeyer, Immanuel: Glockenstimmen. Predigten über die Inschriften der 6 neuen Münster Glocken, Basel 1873, <https://doi.org/10.3931/e-rara-77459>.
- Streckeisen, Karl: Bericht an E. E. Sanitäts-Collegium von Baselstadt über einige statistische Verhältnisse der in den Jahren 1865 und 1866 die Stadt Basel durchsuchenden Typhus-Epidemie, Basel 1868.
- Suter, Kurt (Hg.): Brand in Pratteln. Ausstellung & Theater am Originalschauplatz, Ausstellungskatalog, Pratteln 2008.
- Vetter, Johann: Die Schifffahrt, Flötzerei und Fischerei auf dem Oberrhein (Schaffhausen-Basel) sowie: Geschichte der alten Schiffergesellschaften genannt «Rhein-Genossenschaft» und «Laufenknechte», mit Beigabe der darauf bezüglichen Urkunden, Karlsruhe 1864.
- Wild, Albert: Veranstaltungen und Vereine für soziale Fürsorge in der Schweiz, Zürich 1910.
- Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge*
- A. St., Mitteilungen aus dem Publikum (ohne Verantwortlichkeit der Redaktion): Strassenbeleuchtung, in: *National-Zeitung*, Abendblatt, 12.09.1918.
- Allgemeine Bauzeitung.
- Allgemeine Schweizer Zeitung, 31.12.1873.
- Arx-Wegner, Marianne von; Rickli, Hannes: Streiflichter aus dem Basler Matthäusquartier, in: *NZZ*, 01.11.1986.
- «Auch BASF trennt sich vom Klybeck-Areal», in: *bz* Basel, 03.07.2019.
- B. A. S. [Bernhard A. Scherz]: Gut geköpft ist halb verkauft, in: *NZ*, 24.05.1965.
- Basellandschaftliche Zeitung.
- Basler Arbeiter-Zeitung (Basler AZ).
- Basler Nachrichten (BN), 07.03.1874.
- Basler Zeitung (BaZ).
- Birkner, Othmar: Die Cholera in Basel und ihre städtebaulichen Folgen, in: *Basler Magazin* 45, Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der BaZ 1997, S. 15.
- Bischof, Alois: Ja, es gibt viele Türken. Ja, es gibt viele Schweizer. Eine Schulklasse, eine Quartierbestimmung, in: *DU*, Zeitschrift für Kultur 9, 1995, S. 31–53.
- Bischof, Alois: Zuhause & fremd. Leben im Kleinbasler Matthäus-Quartier, in: *Basler Magazin*, Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der BaZ 67 (11), 20.03.1999.
- bz* Basel – Nachrichten Region.
- Ein Arzt, Mitteilungen aus dem Publikum (ohne Verantwortlichkeit der Redaktion): Von der öffentlichen Beleuchtung, in: *NZ*, 02.03.1917.
- Ein Messebesucher, Mitteilungen aus dem Publikum (ohne Verantwortlichkeit der Redaktion): «Dunkle» Messwege, in: *NZ*, 11.09.1916.
- «Ein neues Basel entsteht», in: *Handelszeitung*, 04.06.2020.
- Eine Ängstliche, Mitteilungen aus dem Publikum (ohne Verantwortlichkeit der Redaktion): Nochmals zur Strassenbeleuchtung, in: *NZ*, 06.09.1917.
- Emanzipation – Die Zeitung der Organisation für die Sache der Frauen.
- Frank, Rudolf: Neue Ideen im alten Haus, in: *Basler Arbeiterzeitung*, 05.05.1969.
- Gruner, Heinrich: Die Wasserversorgung von Scutari und Kadikoei, in: *Deutsche Bauzeitung* 27, 1893, S. 521.
- Günes, Gülpinar: Mein Grossvater, der Gastarbeiter in der Klus, in: *Aargauer Zeitung*, 08.01.2022.
- H. S., Mitteilungen aus dem Publikum (ohne Verantwortlichkeit der Redaktion): Basel bei Nacht, in: *National-Zeitung*, 11.09.1916.
- Handelszeitung.
- Heitz, Dominik; Holenstein, Stefan: Türkische Bazars mit Videos und Gondeln, in: *BaZ*, 28.12.1991.
- Janett, Jachen; Platz, Christian: Raumschiff Schlotterbeck, in: *Basler Magazin*. Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der BaZ 102 (18), 02.05.1992.
- Jirát, Jan: Und plötzlich war die Villa ganz weg, in: *WoZ*, 21.02.2013, <https://www.woz.ch/1308/basel/und-plotzlich-war-die-villa-ganz-weg>, abgerufen am 25.03.2024.
- Maaran, Jeannine: Mütter im Schatten, in: *Schweizer Illustrierte Zeitung* 24 (19), 08.05.1935, S. 599.
- minu [Hans-Peter Hamme]: Spectro neu eröffnet, in: *NZ*, 18.01.1971.
- National-Zeitung* (NZ).
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ).
- Reese, Heinrich: Die bauliche Entwicklung Basels von 1881–1897, in: *Schweizerische Bauzeitung* 1897, Heft 14, 15, 16, 17.
- Rosch, Benjamin: Wagenplatz-Räumung: Vertraulicher Vertrag zeigt Taktik der Stadt, in: *bz* Basel, 25.03.2015. <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/wagenplatz-raeumung-vertraulicher-vertrag-zeigt-taktik-der-stadt>-Id.1682486, abgerufen am 25.03.2024.
- Schweizerische Bauzeitung.
- Schweizer Grenzpost und Tagblatt der Stadt Basel.
- Schweizer Volksfreund und Anzeigenblatt der Stadt Basel.
- Shuler, Benjamin: Mit geballter Kraft, in: *WoZ*, 05.08.2004, <https://www.woz.ch/basel/mit-geballter-kraft>, abgerufen am 25.03.2024.
- Stamm, Lewin: «Unsere ganzen Ersparnisse sind aufgebraucht», in: *Blick*, 15.02.2022.
- Stauffer, Beat: Alltag im Quartier. Wie Schweizer und Ausländer im Kleinbasler Matthäusquartier zusammenleben, in: *Basler Magazin*, Politisch-kulturelle Wochenend-Beilage der BaZ 157 (26), 08.07.1995.
- Stauffer, Beat: Explosive Meile, in: *Weltwoche*, 08.10.1998.
- Strohm, David: Bauland ist rar und teuer, in: *NZZ* am Sonntag, 24.10.2021.
- Suter, Ruedi: Über den Rhein nach «Klein-Pazarcik». Die Basler Kurdenkolonie, in: *NZZ-Folio «Kurden»*, November 1993.
- Verein Informationsstelle Türkei: *Merhaba*. Zeitschrift über die Migration aus der Türkei, Basel 1984–1992.
- Vock, Anna (Hg.): Schweizerisches Freundschafts-Banner, in: *Zürich* 2 (13), 1934.
- Vonmont, Anita: Was das untere Kleinbasel am meisten belastet, in: *BaZ*, 16.09.1998.
- Walter, Hans-Jörg: Im Schlotterbeck bestimmten jene, die was unternehmen wollten, in: *TagesWoche*, 05.10.2015, <https://www.tageswoche.ch/gesellschaft/im-schlotterbeck-bestimmten-jene-die-was-unternehmen-wollten/index.html>, abgerufen am 25.03.2024.
- Die Wochenzeitung (WoZ).
- Wunderle, Karl: Was Basler Frauen von ihrer Küche halten. Eine Umfrage der Wirtschaftskommission der Basler Frauenzentrale, in: *Wirtschaft und Verwaltung* 22 (1), 1963, S. 7–38.
- Z.: Vom dunklen Basel, in: *NZ*, 22.09.1916.

Online-Quellen

- Baldner, Leonhard: Vogel-, Fisch- und Thierbuch, Strassburg 1666, <https://orka.bibliothek.uni-kassel.de/viewer/image/1343227732549/1/>, abgerufen am 10.10.2023.
- Chronik, Basler Jahrbuch (ab 1960: Basler Stadtbuch), www.baslerstadtbuch.ch.
- Glatt, Anita: Über den Beitrag der Stadtplanung an einen gleichberechtigten und sicheren Zugang zum öffentlichen Raum. Vortrag zum 10-jährigen Jubiläum des Frauenstadtrundgangs Basel, Basel 22.01.1999, https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKewiT0-rvk7ODAxZiv0HHRRhBFsQFnoECBEQAQ&url=https%3A%2F%2Fzenodo.org%2Frecord%2F321634%2Ffiles%2FReferat_FemmesTour_221099.pdf%3Fdownload%3D1&usg=AOvVaw054ECseVGSxqw-mEc_9IPi&opi=89978449, abgerufen am 30.11.2024.
- Grammatisch-Kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, Bd.3, Leipzig 1793–1801, <https://www.woerterbuchnetz.de/Adelung?lemid=O00201>, abgerufen am 25.04.2024.
- Grosser Rat BS, Petition P429 betreffend «Glocken Nachtruhe – für einen ruhigen Schlaf in Basel», Kommissionsbeschluss 14.06.2021, <https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200110689>, abgerufen am 28.08.2024.
- Helvetia Sacra (HS), Basel 1972–2007, <https://www.helvetiasacra.ch>.
- Idiotikon, Schweizerisches, <https://www.idiotikon.ch>.
- Koellreuter, Isabel: «Oben Schweiz und der Rest Ausland». Ein Arbeitsleben im Zollfreilager, https://www.dreisplitz.ch/de/entdecken/firmenportraits/basler_freilager_ag.html, abgerufen am 22.04.2024, und <https://www.dreisplitz.ch/de/entdecken/historisches.html>.
- Lexer, Matthias: Mittelhochdeutsches Handwörterbuch, Bd. 1, Leipzig 1872, <https://www.woerterbuchnetz.de/Lexer>.
- Systematische Gesetzessammlung Basel-Stadt, https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law.

Literatur

- Aeberhard, Beat: Die Basler Kulturmeile, in: Keller, Esther; Schibli, Sigfried: Stadt-Casino Basel. Gesellschaft, Musik und Kultur, Basel 2020, S. 144–161.
- Albers, Gerd: Entwicklungslinien im Städtebau. Ideen, Thesen, Aussagen 1875–1945. Text und Interpretationen, Düsseldorf 1975.
- Ammann, Birgit: Kurden in Europa, Ethnizität und Diaspora, Berlin 2000.
- Anders, Freia: Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre, in: Reichardt; Siegfried 2010, S. 473–498.
- Andersen, Arne (Hg.): Perlon, Petticoats und Pestizide, Basel 1994.
- Angenendt, Arnold: Heilige und Reliquien. Die Geschichte ihres Kultes vom frühen Christentum bis zur Gegenwart, 2. Auflage, Hamburg 2007.
- Appenzeller, Stephan: Basel und sein Tram. Die Geschichte der Basler Verkehrs-Betriebe, Basel 1995.
- Aregger, Hans: Wie möchte der Industriearbeiter wohnen?, in: Plan. Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme 12 (9–10), 1955, S. 169–187, <https://doi.org/10.5169/seals-783195>.
- Argast, Regula: Von Dörräpfeln und Netzwerken. 80 Jahre Frauenzentrale Basel – 1916–1996, Basel 1997.
- Arnold, John H.; Goodson, Caroline: Resounding Community. The History and Meaning of Medieval Church Bells, in: Viator 43, 2012, S. 99–130.
- Asligül, Aysel: Vom «Gastarbeiter» zum «Deutsch-türken»? Studien zum Wandel türkischer Lebenswelten in Duisburg, Baden-Baden 2018.
- Atkins, Peter (Hg.): Animal Cities, London 2012.
- Auderset, Juri; Schiedt, Hans-Ulrich: Arbeitstiere. Aspekte animalischer Traktion in der Moderne, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 28 (2), 2021, 27–42.
- Bachmann, Emil: Die Basler Stadtvermessung, 2. überarb. und erg. Auflage, Basel 1969.
- Bachmann, Michael: Die Cholera in Basel 1835–1855, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 1989.
- Baldwin, Peter C.: In the Watches of the Night. Life in the Nocturnal City, 1820–1930, Chicago 2012.
- Bauer, Hans: Basel, gestern, heute, morgen. Hundert Jahre Basler Wirtschaftsgeschichte, Basel 1981.
- Baumann, Max: Fischer am Hochrhein. Zur Geschichte der Fischerei zwischen Säckingen und Basel, Aarau 1994.
- Beck, Bernhard: Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums in der Schweiz 1814–1913. Eine Untersuchung der Hochbauinvestitionen

- und ihrer Bestimmungsgründe, Bern; Stuttgart 1983.
- Berger, Martin: Zwischennutzung und Stadtteilentwicklung. Untersuchung anhand eines Meinungsbilds des Erlenmatt-Areals in Basel, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 2011.
- Berger, Urs; Bind, Ruedi; Zutavern, Julia u. a. (Hg.): Filmfrontal. Das unabhängige Film- und Videoschaffen der 1970er- und 1980er-Jahre in Basel, Basel 2010.
- Berner, Hans; Schubert, Axel; Tschamper, Ueli: Geschichte, Ereignisse und Neues aus 40 Jahren (habs), Basel 2012.
- Bernhardt, Christoph: Im Spiegel des Wassers. Eine transnationale Umweltgeschichte des Oberrheins (1800–2000), Köln 2016.
- Bickel, Wilhelm: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters, Zürich 1947.
- Binnenkade, Alexandra: «Eine Küche soll freundlich und inspirierend sein. Daraus entstehen die guten Menüs»: Werbung und Widerstand zum Thema der Einbauküche, in: Andersen 1994, S. 150–153.
- Birkhäuser, Kaspar; Hauber, Lukas; Jedelhauser, Anton: 150 Jahre Saline Schweizerhalle 1837–1987. Ein Jubiläumsbuch, Liestal 1987.
- Birkner, Othmar: Bauen und Wohnen in Basel (1850–1900), 159. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1981.
- Birkner, Othmar; Rebsamen, Hanspeter: Basel, Bellinzona, Bern. INSA – Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Bd. 2, Bern 1986.
- Bitterli, Konrad: Die Geschichte der GSMBA Basel. 1865–1990, Basel 1990.
- Bitterli, Konrad: Zwischen Grosstadt-Perversitäten und Schollen-Heimatgefühl. Widersprüche in der Basler Kulturpolitik 1920–1940, in: Schweizer Kunst 1, 1999, S. 64–77.
- Bittner, Johann: Der Lällenkönig. Basels kurioses Wahrzeichen, Basel 2020.
- Blackbourn, David: The conquest of nature: water, landscape and the making of modern Germany, London 2006.
- Blumer-Onofri, Florian: Die Elektrifizierung des dörflichen Alltags. Eine Oral-History-Studie zur sozialen Rezeption der Elektrotechnik im Baselbiet zwischen 1900 und 1960, Basel 1994.
- Bodmer, Walter: Die Entwicklung der Schweizerischen Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige, Zürich 1960.
- Böhme, Hartmut: Umriss einer Kulturgeschichte des Wassers. Eine Einleitung, in: Ders. (Hg.): Kulturgeschichte des Wassers, Frankfurt a. M. 1988, S. 7–42.
- Boerlin, Paul H.; Wackernagel, Wolfgang D.; Zahn, Nicolas u. a.: Denkmalschutzrecht im Kanton Basel-Stadt, in: Jahrbuch der Freiwilligen Basler Denkmalpflege, Basel 1972–1973, S. 23–67.

- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: Frühe «Basler» Panoramen, Marquard Woher (1760–1830) und Samuel Birmann (1793–1847), in: Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte 42, 1985, S. 307–314.
- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: Vermessene Landschaft? Zur Landschaft in Zeichnung und Malerei um 1800, in: Gugerli, David (Hg.): Vermessene Landschaften. Kulturgeschichte und technische Praxis im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1999, S. 113–124.
- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: Öffentliche Kunstförderung in Basel vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, in: Kreis; von Wartburg 2000, S. 395–404.
- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: Zur Rezeption der Chinoiserie in der deutschsprachigen Schweiz des Ancien Régime, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 106, 2006, S. 155–198.
- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: «Angenehme Veränderung». Zu den Phantasielandschaften Emanuel Büchels (1705–1775), in: Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte 64, 2007, <https://doi.org/10.5169/SEALS-169778>.
- Briese, Olaf: Angst in den Zeiten der Cholera. Über kulturelle Ursprünge des Bakteriums, Seuchen-Cordon I, Berlin 2003.
- Brönnimann, David; Rentzel, Philippe: Naturraum, in: Lassau, Guido; Schwarz, Peter-Andrew (Hg.): Auf dem langen Weg zur Stadt. 50 000 v. Chr.–800 n. Chr. Stadt.Geschichte. Basel, Bd. 1, Basel 2024, S. 20–35.
- Brönnimann, Rolf: Basler Bauten 1860–1910, Basel; Stuttgart 1973.
- Bronfen, Elisabeth: Tiefer als der Tag gedacht. Eine Kulturgeschichte der Nacht, München 2008.
- Bühler, Theodor: Stadtautobahn oder Umfahungsstrasse. Grundsätzliche Erörterungen zur zukünftigen Führung der Autobahnen im Raume Basel, Basel 1963.
- Bürgin, Alfred: Geschichte des Geigy-Unternehmens von 1758 bis 1939, Basel 1958.
- Bürgin, Edi: Lachs à la Bâloise, in: Basler Stadtbuch 1966, S. 155–163, https://www.basler-stadtbuch.ch/stadtbuch/1966/1966_1207.html.
- Bürgin, Matthias; Cabane, Philippe: Akupunktur für Basel. Zwischennutzung als Standortentwicklung auf dem Areal des DB-Güterbahnhofs in Basel, Basel 1999.
- Burckhardt, Gottlieb: Die Stadt Basel und ihre Nachbarstädte, Basler Heimatkunde, Bd. 2, Basel 1927.
- Burckhardt, Lucius: Die Altstadt in Gefahr in: Basler Studentenschaft 31 (1), Oktober 1949, S. 9–15.
- Burckhardt, Lucius: Die Umwelt im Stadtstaat, in: Verhandlungen der naturforschenden Gesellschaft in Basel 102, Basel 1992, S. 47–110.
- Burckhardt, Lucius: Das Auto ist nie zu Ende gefunden worden, in: Ders.: Gerade noch gutgegangen. Fünf Jahrzehnte Planungskritik. Hg. von Markus Ritter und Martin Schmitz, Berlin 2022a, S. 273–327.
- Burckhardt, Lucius: Die Umwelt im Stadtstaat (Nachdruck), in: Ders.: Gerade noch gutgegangen. Fünf Jahrzehnte Planungskritik. Hg. von Markus Ritter und Martin Schmitz, Berlin 2022b, S. 40–137.
- Burckhardt, Ludwig A.: Die Hofrödel von Dinghöfen Baselerischer Getheshäuser und anderer am Ober-Rhein, Basel 1860.
- Burghartz, Susanna: 1691 – ein Ende mit Schrecken, in: Baur Sarasin, Esther; Dettwiler, Walter (Hg.): Bildgeschichten. Aus der Bildersammlung des Staatsarchivs Basel-Stadt 1899–1999, Basel 1999, S. 102–105.
- Burghartz, Susanna: Covered Women? Veiling in Early Modern Europe, in: History Workshop Journal 80 (2), 2015, S. 1–32.
- Burghartz, Susanna; Herren, Madeleine: Seide, Sand, Papier. Ein Basler Sommerpalais und seine globalen Bezüge, Basel 2021.
- Cabane, Philippe: Von der urbanen Initiative zur unterschätzten Pauschallösung – ein kritischer Rück- und Ausblick, in: Collagen 4 (14), 2014, S. 21–25.
- Çalişlar, Fahrettin: Schweizerische Migrations-aussenpolitik und die Arbeiter aus der Republik Türkei, in: Ideli; Suter Reich; Kieser 2011, S. 77–100.
- Çelik, Zeynep: The Remaking of Istanbul. Portrait of an Ottoman City in the Nineteenth Century, Seattle; London 1986.
- Chevalier, Louis: Montmartre du plaisir et du crime, Paris 1980.
- Christ, Dorothea: Die Bedeutung der Gruppe 33, in: Basler Stadtbuch 1983, S. 31–41, https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1983/1983_1696.html.
- Cioc, Mark: The Rhine, an eco-biography, 1815–2000, Seattle; London 2002.
- Corbin, Alain: Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1984.
- Corbin, Alain: Die Sprache der Glocken. Ländliche Gefühlskultur und symbolische Ordnung im Frankreich des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1995.
- Crampton, Jeremy W.: Cartographic calculations of territory, in: Progress in Human Geography 35 (1), 2010, S. 92–103.
- Cronjäger, Lisa: Umtriebszeiten. Forsteinrichtungskarten und die Umwandlung von Wäldern im 19. Jahrhundert, Göttingen 2025 (im Erscheinen).
- Cuenod, Tim: Das kurze «goldene Jahrzehnt» der Basler Baugenossenschaften und die politischen Auseinandersetzungen um die Wohnraumpolitik 1943–1950, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 2012, https://www.wbg-nordwestschweiz.ch/site/assets/files/8431/bluetezeit_der_wohnbaugenossen-schaften_tim_cuenod.pdf, abgerufen am 05.09.2024.
- Degen, Bernard: Arbeitsbeschaffung, sozialer Frieden und Denkmalpflege. Der Basler Arbeitsrappen (1936–1984), in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 3 (2), 1996, S. 64–83.
- Degler-Spengler, Brigitte; Christ, Dorothea A.: Basel, Klingental, in: Amacher, Urs; Andenmatten, Bernard; Arnet, Héléne u. a. (Bearb.): Die Dominikaner und Dominikanerinnen in der Schweiz, Basel 1999 (HS IV, 5/1), S. 530–583.
- Diñçal, Noyan: Istanbul und das Wasser. Zur Geschichte der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1966, München 2004.
- Dohn-van Rossum, Gerhard: Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen, München 1992.
- Dünne, Jörg: Die kartografische Imagination. Erinnern, Erzählen und Fingieren in der Frühen Neuzeit, München 2011.
- Dürr, Renate; Schwerhoff, Gerd (Hg.): Kirchen, Märkte und Tavernen. Erfahrungsräume in der Frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 2005.
- Egger, Franz: Zünfte und Gesellschaften in Basel, Historisches Museum Basel, Basel 2005.
- Ehret, Rebekka: Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt, Polizei und Militärdepartement des Kantons Basel-Stadt, Basel 1999.
- Elden, Stuart: Secure the volume. Vertical geopolitics and the depth of power, in: Political Geography, Vol. 34, 2013, S. 35–51.
- Engel, Alexander: Vom verdorbenen Spieler zum verdienstvollen Spekulanten. Ökonomisches Denken über Börsenspekulation im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 54 (2), Berlin 2013, S. 49–69, <https://doi.org/10.1524/jbwg.2013.54.2.49>.
- Enss, Carmen M.; Vinken, Gerhard (Hg.): Produkt Altstadt. Historische Stadtzentren in Städtebau und Denkmalpflege, Bielefeld 2016.
- Espahangizi, Kijan: Der Migration-Integration-Komplex: Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010, Konstanz 2022.
- Evans, Richard J.: Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, München 2022.
- Ewald, Jürg; Marti, Reto (Hg.): Nah dran, weit weg. Geschichte des Kantons Basel-Landschaft, Bd. 5, Armut und Reichtum. 19. und 20. Jahrhundert, Liestal 2001.
- Ewald, Klaus C.: Landschaftsbilder als Spiegel ihrer Zeit, in: Suter, Kurt (Hg.): Emanuel Büchel und Pratteln, Ausstellungskatalog, Basel 2005, S. 10–13.
- Fallet-Scheurer, Marius: Die Zeitmessung im alten Basel, in: Basler Zeitschrift für Ge-

- schichte und Altertumskunde 15, 1916, S. 237–365.
- Fasel, Andreas: Fabrikgesellschaft. Rationalisierung, Sozialpolitik und Wohnungsbau in der Schweizer Maschinenindustrie, 1937–1967, Zürich 2021.
- Fierz-David, Hans-Eduard; Blangey, Louis: Grundlegende Operationen der Farbenchemie, 5. Ausgabe, Wien 1943.
- Fisch, Stefan: Grundbesitz und Urbanisierung. Entwicklung und Krise der deutschen Terraingesellschaften 1870–1914, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1), Göttingen 1989, S. 34–61.
- Fischer, Toni: Der Fussgänger im Strassenverkehr. Eine haftpflichtrechtliche Darstellung der Sorgfaltspflichten und der Folgen dieser Pflichtverletzungen, Dissertation Universität Zürich 1979.
- Fischer-Lichte, Erika: Performance, Inszenierung, Ritual. Zur Klärung kulturwissenschaftlicher Schlüsselbegriffe, in: Martschukat, Jürgen; Patzold, Steffen (Hg.): Geschichtswissenschaft und «performative turn». Ritual, Inszenierung und Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Köln u. a. 2003, S. 33–54.
- Fischli, Melchior: Die Sanierung der Heimat. Arbeitsbeschaffung, Identitätspolitik und das schweizerische Bauerbe in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte 71 (1), 2014, S. 35–60.
- Fletcher, Amanda: Space, Place and Gender. The Sexual and Spatial Division of Labor in the Early Modern Household, in: History and Theory 52 (3), 2013, S. 344–360.
- Fleck, Hans-Rüdiger: Arbeit und Gerät im Wortschatz der Fischer des badischen Hanauerlandes. Untersuchungen zur Fachsprache am Oberrhein, Freiburg i. Br. 1974.
- Forter, Martin: Farbenspiel. Ein Jahrhundert Umweltnutzung durch die Basler chemische Industrie, Zürich 2000.
- Forter, Martin: Falsches Spiel. Die Umweltsünden der Basler Chemie vor und nach «Schweizerhalle», Zürich 2010.
- Fouquet, Gerhard: Bauen für die Stadt. Finanzen, Organisation und Arbeit in kommunalen Baubetrieben des Spätmittelalters, Köln 1999.
- Frei, August: Sechshundert Jahre E. E. Zunft zu Fischern in Basel 1354–1954 zur 600-Jahrfeier der Zunft, Basel 1954.
- Freitag, Werner: Städtische Märkte in der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt. Topographie, Funktionalität und symbolische Kommunikation, in: Morscher, Lukas; Scheutz, Martin; Schuster, Walter (Hg.): Orte der Stadt im Wandel vom Mittelalter zur Gegenwart. Treffpunkte, Verkehr und Fürsorge, Innsbruck u. a. 2013, S. 39–58.
- Frey, Robert: Das Fuhrwesen in Basel von 1682 bis 1848 mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Fuhren. Ein Beitrag zur Verkehrsgeschichte der Schweiz, Basel 1932.
- Führer, Karl Christian: Der «Bodenspekulant» als Feindfigur der bundesdeutschen Gesellschaft. Steigende Bodenpreise und ihre Skandalisierung in den 1960er und 1970er Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 54 (2), Berlin 2013, S. 111–132, <https://doi.org/10.1524/jbwg.2013.54.2.111>.
- Führer, Karl Christian: Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960–1985, Berlin; Boston 2016.
- Gallusser, Werner A.: Naturräumliche Struktur des rechtsrheinischen Nahbereiches von Basel, Mainz 1981.
- Gasser, Bruno: 40 Basler Künstler im Gespräch, Basel 1984.
- Gasser, Michael; Härrli, Marianne: Die Basler Aeschenvorstadt. Bausteine einer wachsenden Stadt, Basel 2001.
- Gaugler, Hans Viktor: Die privaten Fischereigerechtigkeiten am Oberrhein zwischen Basel und dem Untersee, Dissertation Universität Basel 1926.
- Gerber, Brigitta; Kriese, Uwe (Hg.): Boden behalten – Stadt gestalten, Zürich 2019.
- Geu, Marco: Karpfen und Nasen: Fischerei und Fischzucht auf der Basler Landschaft im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, Liestal 2015.
- Giger, Claude: Wohnhilfe, in: Karlen, Rudolf (Hg.): Fluchtpunkte. Menschen im Exil, Basel 1986, S. 241–249.
- Gilomen, Hans-Jörg: Die Grundherrschaft des Basler Cluniazenser-Priorates St. Alban im Mittelalter. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte am Oberrhein, Basel 1977.
- Gilomen-Schenkel, Elsanne; Christ, Dorothea A.: Basel, Klingental, in: Begrich, Ursula; Brunier, Isabelle; Brunold, Ursus u. a. (Bearb.): Die Augustiner-Chorherren und die Chorfrauen-Gemeinschaften in der Schweiz, Basel 2004 (HS IV/2), S. 61–72.
- Glauser, Fritz: Fluss und Siedlung, in: Geographica Helvetica 46 (2), 1991, S. 67–70, <https://doi.org/10.5194/gh-46-67-1991>.
- Gojan, Simone: Spielstätten der Schweiz. Historisches Handbuch. Zürich 1998.
- Golder, Eduard: Die Wiese, ein Fluss und seine Geschichte, Basel 1991.
- Graham, Stephen; Marvin, Simon: Splintering Urbanism. Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition, London 2001.
- Grossmann, Hans: Zur Darstellung von Benzidin, Dissertation, Universität Zürich 1950.
- Groys, Boris: Über das Neue. Versuch einer Kulturökonomie, München 1992.
- Gruner, Georg: Die Basler Gewerbekanäle und ihre Geschichte, in: Basler Stadtbuch 1978, S. 23–42.
- Gruner, Georg: 125 Jahre Ingenieure Gruner in Basel, in: Schweizer Ingenieur und Architekt 125, 1987, S. 602–605.
- Gschwend, Lukas; Sutter, Pascale: Recht, Fischerei und Nachhaltigkeit im 15.–18. Jahrhundert = Droit, pêche et durabilité du XV^e au XVIII^e siècle, Zürich 2023.
- Gschwind, Eva: Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute, Basel 2022.
- Gschwind, Franz: Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur der Landschaft Basel im 18. Jahrhundert: Ein historisch-demographischer Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der langfristigen Bevölkerungsentwicklung von Stadt (seit 1100) und Landschaft (seit 1500) Basel, Liestal 1977.
- Gugerli, David: Redestrueme. Zur Elektrifizierung der Schweiz, 1880–1914, Zürich 1996.
- Haab, Katharina; Bozmann, Claudia; Kugler, Andrea u. a.: Diaspora und Migrantengemeinschaften aus der Türkei in der Schweiz, Bern 2010.
- Habicht, Peter: Basel – Mittendrin am Rande. Eine Stadtgeschichte, Basel 2008.
- Haeblerli, Wilfried: Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914, Bd. 1, 164. der GGG, Basel 1986.)
- Haefelfinger, Roslind; Strub, Marianne: Das Autonome Jugendzentrum Basel, 1. März 1972–31. März 1973, Versuch einer Darstellung der Vorgeschichte, des Ablaufes und der sozialen Beziehungen zur Umwelt, Abschlussarbeit an der Schule für Sozialarbeit Basel, Basel 1974.
- Haefliger, Markus: Die Modernisierung der Basler Wasserversorgung 1860–1875, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 84, 1984, S. 129–206.
- Häner, Flavio: Dinge sammeln, Wissen schaffen. Die Geschichte der naturhistorischen Sammlungen in Basel, 1735–1850, Bielefeld 2017.
- Häni, Daniel; Ritter, Markus; Silber, Alex u. a. (Hg.): Werkraum Schlotterbeck. Im Puls der 1990er-Jahre, Basel 1993.
- Hafner, Thomas: Wohnsiedlungen. Entwürfe, Typen, Erfahrungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Basel 1998.
- Haidvogel, Gertrud; Hauer, Friedrich; Hohensinner, Severin u. a.: Wasser Stadt Wien, eine Umweltgeschichte, Wien 2019.
- Haller, Lea: Transithandel. Geld- und Warenströme im globalen Kapitalismus, Berlin 2019.
- Hanisch, Ruth; Widrich, Mechtild: Architektur der Küche. Zur Umwertung eines Wirtschaftsraums in der europäischen Architektur des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Miklautz, Elfie; Lachmayer, Herbert; Eisendle, Reinhard (Hg.): Die Küche: Zur Geschichte eines architektonischen, sozialen und imaginativen Raumes, Wien 1999, S. 17–47.
- Hartmann, Heinrich: «Wir wünschen Ihnen mit diesem Türken guten Erfolg». Die Migros als Akteur der ländlichen Entwicklung in der Schweiz und in der Türkei in den 1960er Jah-

- ren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 70 (1), 2020, S. 41–62.
- Hausen, Karin: Die Polarisierung der «Geschlechtercharaktere». Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Hark, Sabine (Hg.): Dis/Kontinuitäten. Feministische Theorie, Opladen 2001, S. 162–185.
- Heimig, Guido; Matt, Christoph: Inventar der Basler Stadtbefestigungen – Planvorlage und Katalog. 1. Die landseitige Äussere Grossebasler Stadtmauer, Basel 1991.
- Helmy, Mäged; Wüthrich, Andy (Hg.): Freie Sicht uff Basel. Das andere Handbuch, Zürich 1982.
- Hettlage, Raphaela: Gründung und Anerkennung. Unternehmertum von Migrantinnen und Migranten, Bern 2012.
- Heuss, Robert: Basler Polizei 1816–2016, Basel 2016.
- Hildbrand, Mirjam: Theaterlobby attackiert Zirkus. Zur Wende im Kräfteverhältnis zweier Theaterformen zwischen 1869 und 1918 in Berlin, Paderborn 2023.
- His, Eduard: Geschichte des Basler Grundbuchs, Basel 1915.
- Höfliger-Griesser, Yvonne: Von der Opposition zum Mythos. Die Geschichte der Gruppe 33, in: Dies., Mitautoren: Gruppe 33, Basel 1983, S. 53–78.
- Hoffmann, Richard C.: The catch, an environmental history of medieval European fisheries, Cambridge; New York 2023.
- Huber, Dorothee: Architekturführer Basel, Basel 2014.
- Huber, Karl Albert: Die Basler Wasserversorgung von den Anfängen bis heute, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 54, 1955, S. 63–122.
- Huber, Thomas: Gay-Lokale Unternehmen und Veranstaltungen. Entwicklung in der Region Basel, 1968–2017, in: Spartacus- und EOS Guides, 2019a.
- Huber, Thomas (Hg.): Das Schwulen- und Lesbenzentrum in Basel. Entstehung, Betrieb, Kultur, Umfeld, 19.01.1991 bis 28.06.1997, Basel 2019b.
- Hürlimann, Esther; Largiadèr, Ursina; Schoeck, Luzia: Das Fräulein vom Bahnhof. Der Verein Freundinnen junger Mädchen in der Schweiz, Zürich 2021.
- Hugger, Paul: Kleinhüningen. Von der «Dorf-Idylle» zum Alltag eines Basler Industriequartiers, Basel 1984.
- Ideli, Mustafa: Neue Medien. Impetus von Integration, Transnationalität und Diaspora, Zürich; Genf 2020.
- Ideli, Mustafa; Suter Reich, Virginia; Kieser, Hans-Lukas (Hg.): Neue Menschenlandschaften. Migration Türkei –Schweiz 1961–2011, Zürich 2011.
- Janner, Sara: Zwischen Machtanspruch und Autoritätsverlust. Zur Funktion von Religion und Kirchlichkeit in Politik und Selbstverständnis des konservativen alten Bürgertums im Basel des 19. Jahrhunderts, Basel 2012.
- Janner, Sara: GGG 1777–1914. Basler Stadtgeschichte im Spiegel der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige», Basel 2015.
- Jäggi, Carola: Frauenklöster im Spätmittelalter. Die Kirchen der Klarissen und Dominikanerinnen im 13. und 14. Jahrhundert, Petersberg 2006.
- Jäggi, Carola; Meier, Hans-Rudolf: Eine Heilige zwischen Stadt und Konvent. Das Euphrosynengrab im Kloster Klingental zu Basel, in: Kunst und Architektur in der Schweiz 52 (1), 2001, S. 16–26.
- Jenzer, Sabine: Die «Dirne», der Bürger und der Staat. Private Erziehungsheime für junge Frauen und die Anfänge des Sozialstaates in der Deutschschweiz, 1870er bis 1930er Jahre, Köln 2014.
- Jütte, Robert: Das Stadtviertel als Problem und Gegenstand der frühneuzeitlichen Stadtgeschichtsforschung, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 127, 1991, S. 235–269.
- Jungmann, Carl: Predigerholz-Rainenwald. Ein Rechtsstreit zwischen Rynach und der Stadt Basel im 18. Jahrhundert, in: Baselbieter Heimatbuch 3, 1945, S. 162–181.
- Kaufmann, Rudolf: Die bauliche Entwicklung der Stadt Basel. Klein-Basel, Vorstädte, heutige Stadt. 127. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1949.
- Keller, Esther; Schibli, Sigfried: Stadt-Casino Basel. Gesellschaft, Musik und Kultur, Basel 2020.
- Kemp, Wolfgang: Die Räume der Maler. Zur Bilderzählung seit Giotto, München 1996.
- Kittsteiner, Hans-Dieter: Die Entstehung des modernen Gewissens. Frankfurt a. M. 1995.
- Kläger, Michael: Die Mainzer Stadt- und Festungserweiterung, Mainz 1988.
- Klimke, Martin; Scharloth, Joachim (Hg.): Handbuch 1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart 2007.
- König, Mario: Chemie und Pharma in Basel, Bd. 1, Besichtigung einer Weltindustrie – 1859 bis 2016, Basel 2016.
- Kohler, Christoph: Wozu das Theater? Zur Entstehungsgeschichte der Theatersubventionen in Zürich (1890–1928), Köln; Weimar; Wien 2008.
- Kokula, Ilse; Böhmer, Ulrike: Die Welt gehört uns doch! Zusammenschluss lesbischer Frauen in der Schweiz der 30er Jahre, Zürich 1991.
- Koller, Barbara: Gesundes Wohnen, ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880–1940, Zürich 1995.
- Koschorke, Albrecht: Die Geschichte des Horizonts. Grenze und Grenzüberschreitung in literarischen Landschaftsbildern, Frankfurt a. M. 1990.
- Koschorke, Albrecht: Das Panorama. Die Anfänge der modernen Sensomotorik um 1800, in: Segeberg, Harro (Hg.): Die Mobilisierung des Sehens. Zur Vor- und Frühgeschichte des Films in Literatur und Kunst, München 1996, S. 147–168.
- Kosloski, Stefan: Stadttheater contra Schau-steller. Zur Basler Theatergeschichte im 19. Jahrhundert, Zürich 1998.
- Kosloski, Stefan: Einleitung, in: Nationaler Kulturdialog (Hg.): Handbuch Kulturelle Teilhabe. Zürich; Genf 2019, S. 13–18.
- Kouril, Jana: Offspaces – Räume für Kunst, in: Basler Stadtbuch, Dossier 2019, <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2019/2019-05.html>.
- Kraushaar, Wolfgang: 1968 und Massenmedien, in: Archiv für Sozialgeschichte 41, 2001, S. 317–347, https://library.fes.de/jportal/servelets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00023623/afs-2001-317.pdf, abgerufen am 25.03.2024.
- Krebs, Marc: PopBasel. Musik und Subkultur, Basel 2009.
- Kreis, Georg: Aufbruch und Abbruch. Die «Entfestigung» der Stadt Basel, in: Gyr, Ueli (Hg.): Soll und Haben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur, Zürich 1995, S. 213–228.
- Kreis, Georg: Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Ders.; von Wartburg 2000, S. 267–312.
- Kreis, Georg: 150 Jahre im Dienst der Stadt. Zur Geschichte des Tiefbauamts Basel-Stadt, Basel 2015.
- Kreis, Georg; Wartburg, Beat von (Hg.): Basel. Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000.
- Kress, Daniel: Aspekte des frühen genossenschaftlichen Wohnungsbaus in Basel, in: Jahresbericht des Staatsarchivs Basel-Stadt, Basel 1990, S. 29–68.
- Krupka, Bernd W.: Neue Stadtökologie im Klimawandel, Stuttgart 2022.
- Kümin, Beat: Wirtshaus, Reiseverkehr und Raumerfahrung am Ausgang des Mittelalters, in: Schwinges, Rainer C.; Schöpfer, Marie-Claude (Hg.): Strassen- und Verkehrswesen im hohen und späten Mittelalter, Ostfildern 2007, S. 331–352.
- Kümin, Beat (Hg.): Political Space in Pre-industrial Europe, Aldershot 2009.
- Kümin, Beat; Osborne, Cornelia: At Home and in the Workplace. A Historical Introduction to the «Spatial Turn», in: History and Theory 52 (2), 2013, S. 305–318.
- Kuhn, Götz: Die Fischerei am Oberrhein. Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand, Stuttgart 1976.
- Kutter, Markus: 1691. Ergebnislos, aber folgenreich, in: Basler Stadtbuch 1991, S. 45–48, http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1991/1991_2160.html.
- Lachenmeier, Dominik: Die Arena – Eine Gruppierung der Basler «68er-Bewegung» zwi-

- schen «etablierter» und «alternativer» Öffentlichkeit, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 2002.
- Lampugnani, Vittorio Magnago; Albrecht, Karin; Bihlmaier, Helene u. a. (Hg.): *Manuale zum Städtebau. Die Systematisierung des Wissens von der Stadt 1870–1950*, Berlin 2017.
- Lefebvre, Henri: *Le droit à la ville*, Paris 1968.
- Lefebvre, Henri: *La révolution urbaine*, Paris 1970.
- Leibundgut, Christian; Lischewski, Bernd: *Zur Wiesenbewässerung am Oberrhein*, in: Ohlig, Christoph (Hg.): *Historische Wassernutzung an Donau und Hochrhein sowie zwischen Schwarzwald und Vogesen*, Siegburg 2008.
- Lelek, Anton; Buhse, Günter: *Fische des Rheins, früher und heute*, Berlin 1992.
- Lenger, Friedrich: *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013.
- Lengwiler, Martin: *Wissenschaft und Sozialpolitik. Der Einfluss von Gelehrtenvereinigungen und Experten auf die Sozialpolitik im 19. Jahrhundert*, in: Mooser, Josef; Wenger, Simon (Hg.): *Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute*, Basel 2011, S. 111–122.
- Liebenau, Theodor von: *Geschichte der Fischerei in der Schweiz*, Bern 1897.
- Lodewig, Fritz: *Basels alte Stadtbaukunst*, in: *Schweizerische Technische Zeitschrift* 17/18, 1946, S. 209–215.
- Löw, Martina: *Raumsoziologie*, 9. Aufl., Frankfurt a.M. 2017.
- Luscher, Birgit: *Reliquienverehrung als Symbolsystem. Volkskirchliche Praxis und reformatorischer Umbruch. Zum Wittenberger Reliquienschatz und zur Transformation des symbolischen Denkens bei Luther*, Münster 2008.
- Marcinkowski, Marcin: *Die Entwicklung des Osmanischen Reiches zwischen 1839 und 1908. Reformbestrebungen und Modernisierungsversuche im Spiegel der deutschsprachigen Literatur*, Berlin 2007.
- Matzinger, Heiner: *Der letzte Lachs am Rheinfall. Lachsfischerei am Hochrhein im Zeitalter der Industrialisierung*, Schaffhausen 2017.
- Maurizio, Julius: *Der Siedlungsbau in der Schweiz, 1940–1950 = Les colonies d'habitation en Suisse = Swiss Housing Estates*, Erlenbach-Zürich 1952.
- Meier, Eugen A., mit Beiträgen von Hans Bauer: *Der Basler Arbeitsrapen 1936–1984. Die Geschichte eines genialen Sozialwerks und dessen Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklung Basels*, Basel 1984.
- Meier, Eugen A.: *Basel einst und jetzt. Der Wandel des Basler Stadtbildes im Lauf der Zeit*, Basel 1993.
- Meier-Kern, Paul: *Verbrecherschule oder Kulturfaktor. Kino und Film in Basel 1896–1916*, 171. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1993.
- Merki, Christoph M.: *Die «Auto-Wildlinge» und das Recht. Verkehrs(uns)icherheit in der Frühzeit des Automobilmus, in: Niemann, Harry; Hermann, Armin (Hg.): *Geschichte der Strassenverkehrssicherheit im Wechselspiel zwischen Fahrzeug, Fahrbahn und Mensch*, Bielefeld 1999, S. 51–73.*
- Mertens, Marion; Kury, Daniel: *Historische Lachsfangmethoden am Hochrhein und Oberrhein*, in: *Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaften beider Basel* 14, 2013, S. 21–38.
- Missfelder, Jan-Friedrich: *Period Ear. Perspektiven einer Klanggeschichte der Neuzeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38, 2012, S. 21–47.
- Moddelmog, Claudia: *Ressourcen für die Stadt. Anpassungen, Störungen und fragile Konstellationen*, in: Burkart, Lucas (Hg.): *Stadt in Verhandlung. Basel 1250–1530. Stadtgeschichte*, Basel, Bd. 3, Basel 2024, S. 58–93.
- Möhle, Martin: *Das Rathaus in Basel*, Bern 2014.
- Mommsen, Karl: *Drei Generationen Bauingenieure. Das Ingenieurbüro Gruner und die Entwicklung der Technik seit 1860*, Basel 1962.
- Mone, Franz Joseph: *Über die Flussfischerei und den Vogelfang vom 14. bis 16. Jahrhundert in Baden, Elsass und Hessen*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 4, 1853, S. 67–97.
- Morat, Daniel: *Zur Historizität des Hörens. Ansätze für eine Geschichte auditiver Kulturen*, in: Schröter, Jens; Volmar, Axel (Hg.): *Auditive Medienkulturen. Techniken des Hörens und Praktiken der Klanggestaltung*, Bielefeld 2013, S. 131–144.
- Müller, Lukas: *Die Fischerei im spätmittelalterlichen Basel*, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 1989.
- Münch, Peter: *Stadthygiene im 19. und 20. Jahrhundert. Die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung unter besonderer Berücksichtigung Münchens*, Göttingen 1993.
- Nertz, René: *Der Umgang des Baslers mit seiner Altstadt*, in: *Baudepartement Basel-Stadt* (Hg.): *Neues Wohnen in der alten Stadt. Die Sanierung staatlicher Liegenschaften in der Basler Altstadt 1978–1990*, Basel 1991, S. 98–106.
- Ogle, Vanessa: *Global Capitalist Infrastructure and US Power*, in: Engermann, David C.; Friedman, Max P.; McAlister, Melani (Hg.): *The Cambridge History of America and the World. 1945 to the Present*, Bd. IV, Cambridge 2022, S. 31–54.
- Osterhammel, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2013.
- Panozzo, Marco: *Stadterweiterung auf dem Gebiet des Gundeldingerquartiers*, Lizentiatsarbeit, Universität Basel 1985.
- Paquier, Serge: *Auswirkungen der Energieabhängigkeit. Die Kohlekrise als Chance für den Ausbau der Wasserwirtschaft*, in: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): *14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg*, Baden 2014, S. 126–143.
- Pfister, Christian: *Friren, kalt essen und zu Fuss gehen. Die Energiekrise 1917–1919 in der Schweiz*, in: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): *«Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkriegs*, Basel 2016, S. 113–132.
- Pfister, Ulrich: *Städtisches Textilgewerbe, Protoindustrialisierung und Frauenarbeit in der frühneuzeitlichen Schweiz*, in: Head-König, Anne-Lise; Tanner, Albert (Hg.): *Frauen in der Stadt*, Zürich 1993 (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 11), S. 35–60.
- Piltz, Eric: *Vergemeinschaftung durch Anwesenheit. Sozialräumliche Grenzen der Nachbarschaft in Andernach und Coesfeld*, in: Roll, Christine; Pohle, Frank; Myrczek, Matthias (Hg.): *Grenzen und Grenzüberschreitungen in der Frühen Neuzeit. Bilanz und Perspektiven der Frühneuzeitforschung*, Köln u. a. 2010, S. 385–398.
- Piñero, Esteban; Winzler, Sereina: *Gefährliche Kommunen, Mieterkampf und Autonome Jugendzentren. Dem professionellen betreuten Wohnen genealogisch auf der Spur*, in: Dies. (Hg.): *Wohnungsnot als gesellschaftlicher Konflikt*. Alfred Kunz und die Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe Basel, Basel 2017, S. 23–143.
- Platz, Christian: *Sommercasino am Ende? Das älteste Jugendhaus der Schweiz muss neu gedacht werden*, in: *JuAr Basel Magazin* 2014, S. 30–35.
- Pliley, Jessica R.: *Protecting the Young and the Innocent. Age, Consent, and the Enforcement of the White Slave Traffic Act*, in: Duane, Anne Mae (Hg.): *Childhood Slavery Before and After Emancipation*, Cambridge 2017, S. 156–176.
- Priemel, Kim Christian: *Spekulation als Gegenstand Historischer Forschung*, in: *Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 54 (2), Berlin 2013, S. 9–26, <https://doi.org/10.1524/jbwg.2013.54.2.9>.
- Raciti, Silvio: *Konfliktgeladene Geselligkeit im Wirtshaus. Gewalt und Freizeitaktivitäten in Basler Gerichtsakten aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: Hotz, Gerhard; Greyerz, Kaspar von; Burkart, Lucas (Hg.): *Theo, der Pfeifenraucher. Leben in Kleinbasel um 1800*, Basel 2010, S. 140–151.
- Radkau, Joachim, unter Mitarbeit von Ingrid Schäfer: *Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt*, München 2018.
- Rau, Susanne: *Das Wirtshaus. Zur Konstitution eines öffentlichen Raumes in der Frühen Neuzeit*, in: Emmelius, Caroline (Hg.): *Offen und Verborgen. Vorstellungen und Praktiken*

- des Öffentlichen und Privaten in Mitteleiter und Früher Neuzeit, Göttingen 2004, S. 211–227.
- Rau, Susanne: Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen, Frankfurt a. M.; New York 2013.
- Rau, Susanne: Die Vielfalt des Räumlichen. Stand und Perspektiven der frühneuzeitlichen Raumporschung, in: Frühzeit-Info 28, 2017, S. 75–86.
- Rau, Susanne; Schwerhoff, Gerd (Hg.): Zwischen Gotteshaus und Taverne. Öffentliche Räume in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Köln u. a. 2004.
- Rau, Susanne; Schwerhoff, Gerd (Hg.): Topografien des Sakralen. Religion und Raumordnung in der Vormoderne, München 2008.
- Raulff, Ulrich: Das letzte Jahrhundert der Pferde. Geschichte einer Trennung, München 2015.
- Reckwitz, Andreas: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung, Berlin 2012.
- Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
- Reichardt, Sven; Siegfried, Detlef: Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform, in: Dies. (Hg.): Das Alternative Milieu. Anti-bürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 9–24.
- Reinhard, Ernst: Die Sanierung der Altstädte, Zürich 1945.
- Reith, Reinhold: Umweltgeschichte der Frühen Neuzeit, Oldenburg 2011.
- Rippmann, Dorothee: Bauern und Städter. Stadt-Land-Beziehungen im 15. Jahrhundert. Das Beispiel Basel, unter besonderer Berücksichtigung der Nahmarktbeziehungen und der sozialen Verhältnisse im Umland, Basel 1990.
- Ritter, Markus: Geschichtliches zum Bodenrecht und die Einführung des Baurechts in Basel durch Paul Speiser, in: Gerber; Kriese 2019, S. 209–217.
- Ritter, Markus; Schmitz, Martin (Hg.): Lucius Burckhardt – Gerade noch gutgegangen. Fünf Jahrzehnte Planungskritik, Berlin 2022.
- Röthlin, Niklaus: Die Basler Handelspolitik und deren Träger in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert, Basel; Frankfurt a. M. 1986.
- Rohner, Andreas: Von der Waldordnung zum Waldgesetz, in: Baselbieter Heimatblätter 63 (4), 1998, S. 108–112.
- Rosebrock, Tessa: «Wenn dat man gut geit». Wie Georg Schmidt die Moderne ans Kunstmuseum Basel holte, in: Kunstmuseum Basel (Hg.): Zerrissene Moderne. Die Basler Ankäufe «entarteter Kunst», Berlin 2022, S. 139–157.
- Roskamm, Nikolai: Die unbesetzte Stadt. Post-fundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld, Basel; Berlin 2017.
- Rotzler, Willy: Erinnerungen an die «Gruppe 33»: Die Freunde, der «Club» und andere legendäre Treffpunkte, in: Höfliger-Griesser, Yvonne und Mitautoren: Gruppe 33, Basel 1983, S. 145–148.
- Rudin, Dominique: Video Heterotopia, Linksalternativer Videoaktivismus in der Schweiz 1970–1995, Dissertation, Universität Basel 2019, <https://doi.org/10.5451/unibas-007104807>.
- Ruhne, Renate: Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum, 2. Auflage, Wiesbaden 2011.
- Sarasin, Philipp: Stadt der Bürger. Bürgerliche Macht und städtische Gesellschaft. Basel 1846–1914, 2. Auflage, Göttingen 1997.
- Sarasin, Philipp: Reich, elitär und bescheiden, in: Kreis; von Wartburg 2000, S. 349–354.
- Sarasin, Philipp: Die moderne Stadt als hygienisches Projekt. Zum Konzept der «Assanierung» der Städte im Europa des 19. Jahrhunderts, in: Lampugnani, Vittorio Magnago; Frey, Katia; Perotti, Eliana (Hg.): Stadt & Text. Zur Ideengeschichte des Städtebaus im Spiegel theoretischer Schriften seit dem 18. Jahrhundert, Berlin 2011, S. 99–112.
- Schaad, Nicole: Chemische Stoffe, Giftige Körper – Gesundheitsrisiken in der Basler Chemie, 1860–1930, Dissertation, Universität Zürich 2003.
- Schneider, Steven: Elektrisiert. Geschichte einer Schweiz unter Strom, Baden 2017.
- Scheutz, Martin: Die Multifunktionalität der Rathäuser in langer Perspektive. Versuch eines Überblicks, in: Pils, Susanne C.; Ders.; Sonnlechner, Christoph u. a. (Hg.): Rathäuser als multifunktionale Räume der Repräsentation, der Parteiungen und des Geheimnisses, Innsbruck u. a. 2012, S. 19–64.
- Schickele, René: Die Grenze, Berlin 1932.
- Schiedt, Hans-Ulrich: Auf den Spuren der Arbeitstiere. Eine gemeinsame Geschichte vom ausgehenden 18. bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, Zürich 2024.
- Schivelbusch, Wolfgang: Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München; Wien 1983.
- Schlöpfer, Beat: Sprechtheater in der Schweiz, Zürich 1992.
- Schlögl, Rudolf: Anwesende und Abwesende. Grundriss für eine Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit, Konstanz 2014.
- Schlör, Joachim: Nachts in der grossen Stadt. Paris, Berlin, London 1840–1930, München; Zürich 1991.
- Schmale, Wolfgang: «Grenze» in der deutschen und französischen Frühneuzeit, in: Schmale, Wolfgang; Stauber, Reinhard (Hg.): Menschen und Grenzen in der Frühen Neuzeit, Berlin 1998, S. 50–76.
- Schneider, Hape: Über die Reichweite von Entwicklungsentscheidungen am Beispiel von Basel-Gundelungen als investorengetriebener Stadtentwicklung des späteren 19. Jahrhunderts, Masterarbeit ETH Zürich 2013.
- Schneider-Sliwa, Rita; Kampschulte, Andrea: Bevölkerungsentwicklung und soziale Differenzierung in Basel-Stadt und Basellandschaft, in: Schneider-Sliwa, Rita (Hg.): Regio TriRhena und südlicher Oberhein. Ein Raum ohne Grenzen?, Basel 2003, S. 33–48.
- Schneller, Daniel; Lassau, Guido (Hg.): Basel und der Dreissigjährige Krieg. Zuwanderung, Zerstörung, Festungsbau und neue Konzepte im Städtebau und Bauwesen Europas vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Basel 2021.
- Schnepel, Burkard: Gedanken zu einer Geschichte der Nacht, in: Heyde, Jürgen; Holste, Karsten; Hüchtker, Dietlind u. a. (Hg.): Dekonstruieren und doch erzählen. Polnische und andere Geschichten, Göttingen 2015, S. 209–216.
- Schnitter, Niklaus: Die Geschichte des Wasserbaus in der Schweiz, Zürich 1994.
- Schnyder, Albert: Lichtstuben im alten Basel. Zu einer von Frauen geprägten Form frühneuzeitlicher Geselligkeit, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 92, 1996, S. 1–13.
- Schramke, Marius: Tradition und Selbstbestimmung. Das geistliche Leben nichtobervanter Dominikanerinnenklöster in Süddeutschland im Spiegel ihrer Überlieferung, Freiburg; München 2020.
- Schubarth, Martin (Hg.): Ein Beispiel für die Problematik von Kunst und Justiz, Basel 1983.
- Schubert, Dirk: Von der «Ausmerz» zur «Verbesserung der Sozialstruktur» – Stadtsanierung und Verdrängung sozialer Gruppen, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1992, Berlin 1992, S. 92–109.
- Schubert, Ernst: Der Wald, wirtschaftliche Grundlage der Stadt, in: Herrmann, Bernd (Hg.): Mensch und Umwelt im Mittelalter, Stuttgart 1986.
- Schülin, Fritz: Erinnerungen an die Isteiner Fischerei, in: Markgräfler Jahrbuch 3, 1954, S. 73–81.
- Schützeichel, Rainer; Lampugnani, Vittorio Magnago (Hg.): Die Stadt als Raumentwurf. Theorie und Projekte im Städtebau seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin; München 2020.
- Schulz, Kristina; Schmitter, Leena; Kiani, Sarah: Frauenbewegung. Die Schweiz seit 1968 – Analysen, Dokumente, Archive, Baden 2014.
- Schuster, Meinrad: Ausländerinnen und Ausländer in Kleinbasel. Türkisch-kurdische Läden, in: Meles, Brigitte; Wartburg, Beat von (Red.): Leben in Kleinbasel 1392, 1892, 1992. Das Buch zum Jubiläum «600 Joor Glai- und Groosbasel zämme», Basel 1992.
- Schutzbach, Franziska: Wider die weibliche Verfügbarkeit, München 2021.

- Schweizer, Eduard: Die Gewerbe am Kleinbasler Teich. 1. Teil, Die älteste Zeit bis zur Reformation, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 26, 1927, S. 1–72, <https://doi.org/10.5169/SEALS-113861>.
- Siebenhüner, Kim: The Art of Making Indienne. Knowing How to Dye in Eighteenth-Century Switzerland, in: Dies.; Jordon, John; Schopf, Gabi (Hg.): Cotton in Context. Manufacturing, Marketing, and Consuming Textiles in the German-Speaking World (1500–1900), Böhlau 2019, S. 145–170.
- Sieber-Lehmann, Claudius: Grenzen im spätmittelalterlichen Basel, in: Slanicka, Simona (Hg.): Begegnungen mit dem Mittelalter in Basel, Basel 2000, S. 185–207.
- Sieber-Lehmann, Claudius: Die Stadt Basel kauft 1522 Riehen – ein einfacher Satz, ein komplizierter Vorgang, in: Hess, Stefan (Hg.): Basel und Riehen, eine gemeinsame Geschichte, Basel 2021, S. 23–38.
- Siegfried, Detlef: Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968, Weinheim; München 2008.
- Siegfried, Paul: Basels Entfestigung, in: Basler Jahrbuch 1923, S. 81–146.
- Siegfried, Paul: Basel im neuen Bund I. Basel und der Ausbau der neuen Eidgenossenschaft. Der Anschluss Basels an die Eisenbahnen. Das Basler Gesundheitswerk, 103. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1925.
- Simmering, Franz X.: Grenzzeichen, Grenzsteinsetzer und Grenzfrevler. Ein Beitrag zur Kultur-, Rechts- und Sozialgeschichte, München 1996.
- Simon, Christian: Untertanenverhalten und obrigkeitliche Moralpolitik. Studien zum Verhältnis zwischen Stadt und Land im ausgehenden 18. Jahrhundert am Beispiel Basels, Basel 1981.
- Simon-Muscoid, Katharina: Basler Handwerkszünfte im Spätmittelalter. Zunftinterne Strukturen und innerstädtische Konflikte, Bern 1988.
- Skenderovic, Damir; Späti, Regula: Die 1968er-Jahre in der Schweiz – Aufbruch in Politik und Kultur, Baden 2012.
- Smith, Michael E: Energized Crowding and the Generative Role of Settlement Aggregation and Urbanization, in: Gyucha, Attila (Hg.): Coming Together: Comparative Approaches to Population Aggregation and Early Urbanization, Albany, NY 2019, S. 37–58.
- Sonderegger, Christina: Zwischen Fortschritt und Leerlauf. Die genormte Küche. Anmerkungen zur Entwicklung der Schweizer Küchennorm, in: Spechtenhauser 2006, S. 95–111.
- Sonnlechner, Christoph: Waldordnungen und ergänzende Quellen, in: Pauser, Josef; Scheutz, Martin; Winkelbauer, Thomas (Hg.): Quellenkunde der Habsburgermonarchie (16.–18. Jahrhundert). Ein exemplarisches Handbuch, Wien 2004, S. 268–277.
- Spain, Daphne: Gendered Spaces, Chapel Hill 1993.
- Spechtenhauser, Klaus: Kühlschränke, Kochinseln und andere Kultobjekte. Küchen vom Zweiten Weltkrieg bis heute, in: Ders. (Hg.): Die Küche. Lebenswelt – Nutzung – Perspektiven, Basel 2006, S. 45–73.
- Spindler, Susanne: Transnationale Migration, in: Thimmel, Stefan; Lösch, Bettina; Brand, Ulrich (Hg.): ABC der Alternativen, Hamburg 2007, S. 234 f.
- Steinle, Karl-Heinz: Lokale, Bars und Clubs, in: Rottmann, Andrea; Gammel, Benno; Lücke, Martin (Hg.): Handbuch Queere Zeitgeschichten I. Räume, Bielefeld 2023.
- Stollberg-Rilinger, Barbara: Symbolik und Technik des Wählens in der Vormoderne, in: Richter, Hedwig; Buchstein, Hubertus (Hg.): Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie, Wiesbaden 2017, S. 31–62.
- Stolz, Peter: Blick in die Basler Wirtschaftsgeschichte. Basel in der Weltwirtschaftskrise und der Arbeitsrapen von 1936, in: WWZ News Basel 25, Basel 1999, S. 27–29.
- Stolz, Peter; Bühler, Hans: Basel im 19. Jahrhundert, in: Regio Basiliensis, Basler Zeitschrift für Geographie 20, 1979, S. 165–201.
- Straumann, Dominik: Stadt in Bewegung: 80er-Jahre Jugendbewegung in Basel, Lizentiatarbeit, Universität Basel 2000.
- Stuber, Martin; Bürgi, Matthias: Hüeterbueb und Heitisträhl. Traditionelle Formen der Waldnutzung in der Schweiz 1800 bis 2000, Bern 2011.
- Stübgen, Josef: Der Städtebau, Darmstadt 1890.
- Tanzer, Gerhard: «Spectacle müssen seyn». Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert, Wien 1992.
- Tezgören, Oliver F.: Von «Pseudotouristen» zu «Pseudoasylanten». Die Einwanderung im Fokus schweizerischer Migrationsbehörden, in: Ideli; Suter Reich; Kieser 2011, S. 47–76.
- Topkaya, Yiğit: Seidener Handel. Basel und das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert, Basel 2023.
- Tréfás, David: Die Fantasie beflügeln, das Kasernenareal, in: Christoph Merian Stiftung (Hg.): Basel ungebaut, Basel 2022, S. 101–112.
- Tréfás, David; Manasse, Christoph: Vernetzt, versorgt, verbunden. Die Geschichte der Basler Energie- und Wasserversorgung, Basel 2006.
- Trévisan, Luca: Soziale Ungleichheit des Wohnens. Stadtwachstum und Wohnungsnot in Basel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Oberlehrerarbeit, Basel 1985.
- Trévisan, Luca: Das Wohnungselend der Basler Arbeiterbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, 168. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1989.
- Troitzsch, Ulrich (Hg.): Umweltprobleme im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit aus technikgeschichtlicher Sicht, in: Herrmann,
- Bernd (Hg.): Umwelt in der Geschichte, Göttingen 1989, S. 89–110.
- Trüeb, Kuno; Miescher, Stephan (Hg.): Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930, Basel 1988.
- Tschamber, Karl: Geschichte der Stadt und ehemaligen Festung Hünigen von ihrer Entstehung bis in die neueste Zeit, St-Louis 1894.
- UEK, Unabhängige Expertenkommission: Administrative Versorgung, Organisierte Willkür. Administrative Versorgung in der Schweiz 1930–1981. Schlussbericht, Bd. 10 A, Zürich 2019.
- Van Dülmen, Richard: Theater des Schreckens. Gerichtspraxis und Straftatualie in der frühen Neuzeit, München 2010.
- Veraguth, Manfred: «Besser ein ordentliches Theater, als die Tengel-Tangel-Wirtschaft in allen Quartieren». Die Theatertopographie und das Theaterpanorama der Stadt Bern um 1900, Hannover 2015.
- Vettori, Arthur: Finanzhaushalt und Wirtschaftsverwaltung Basels (1689–1798). Wirtschafts- und Lebensverhältnisse einer Gesellschaft zwischen Tradition und Umbruch, Basel; Frankfurt a. M. 1984.
- Vinken, Gerhard: Die neuen Ränder der alten Stadt. Modernisierung und «Altstadt-Konstruktion» im gründerzeitlichen Basel, in: Lampugnani, Vittorio Magnago; Noell, Matthias (Hg.): Stadtformen. Die Architektur der Stadt zwischen Imagination und Konstruktion, Zürich 2005, S. 114–125.
- Vinken, Gerhard: Gegenbild – Traditionsinsel – Sonderzone. Altstadt im modernen Städtebau, in: Meier, Hans Rudolf; Scheurmann, Ingrid (Hg.): Echt – alt – schön – wahr. Berlin; München 2006, S. 190–201.
- Vinken, Gerhard: Das Fremde als das Eigene. Das St. Alban- und das St. Johannot in Basel, in: Wohlleben, Marion (Hg.): Fremd, vertraut oder anders? Beiträge zu einem denkmaltheoretischen Diskurs, Berlin 2008, S. 115–123.
- Vinken, Gerhard: Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau, München; Berlin 2010 (zugleich Habilitationsschrift Universität Bern).
- Vinken, Gerhard: Im Namen der Altstadt. Stadtplanung zwischen Modernisierung und Identitätspolitik. Einführung in eine wechselhafte Geschichte, in: Enss, Carmen M.; Ders. (Hg.): Produkt Altstadt. Historische Stadtzentren in Städtebau und Denkmalpflege, Bielefeld 2016, S. 9–26.
- Vinken, Gerhard: Basel/Switzerland. The Heimat Zone: Planning the «Historic» Town, in: Ders. (Hg.): Zones of Traditions, Places of Identity. Cities and their Heritage, Bielefeld 2021, S. 83–95.
- Vischer, Daniel L.: Wasserbauer und Hydrauliker der Schweiz. Kurzbiographien ausgewählter Persönlichkeiten, Baden 2001.

- Wackernagel, Rudolf. Geschichte der Stadt Basel, Basel 1907–1924.
- Wackernagel, Rudolf; Thommen, Rudolf (Hg.): Urkundenbuch der Stadt Basel (BUB), Bd. 2, Basel 1893.
- Wanner, Gustaf Adolf: Zunftkraft und Zunftstolz: [750 Jahre Basler Zünfte und Gesellschaften], Basel 1976.
- Weber, Alfred R.: Im Basler Münster 1650, Basel 1994.
- Weber, Dominic: Klassifizieren – Verknüpfen – Abbilden. Herausforderungen der digitalen Repräsentation hypertextueller Systeme am Beispiel des Klingentaler Jahrzeitenbuchs H, Masterarbeit, Universität Basel 2009, <https://github.com/DominicWeber/jahrzeitenbuch-h>, abgerufen am 15.04.2024.
- Weber, Jakob: Der Gebrauch des Wassers. Sozio-naturale Konstellationen mit dem Wasser der Wiese vor der minderen Stadt Basel im 15. Jhd., Masterarbeit, Universität Basel 2021.
- Wecker, Regina; Studer, Brigitte; Sutter, Gaby: Die «schutzbedürftige Frau». Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebungen, Zürich 2002.
- Weichler, Kurt: Die anderen Medien. Theorie und Praxis alternativer Kommunikation, Berlin 1987.
- Weis-Müller, Renée: Die Reform des Klosters Klingental und ihr Personenkreis, Basel 1956.
- Weiss, Helen: Basel und der Lachs, in: Basler Stadtbuch, Dossier 2018, <http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2018/2018-03.html>.
- Weissen, Kurt: «An der stuer ist ganz nuett bezalt». Landesherrschaft, Verwaltung und Wirtschaft in den fürstbischöflichen Aemtern in der Umgebung Basels (1435–1525), Basel; Frankfurt a. M. 1994.
- Wieland, Carl: Der Kleinhüniger Lachsfangstreit 1736, in: Basler Jahrbuch 32, 1889, S. 37–85.
- Wielgohs, Jan: DDR – Regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949–1990), in: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 109–131.
- Wischermann, Clemens (Hg.): Tiere in der Stadt, Berlin 2009.
- Wolbert, Barbara: Der getötete Pass. Rückkehr in die Türkei, Berlin 1995.
- Würmli, Peter: Basler Wohngenossenschaften. Vorreiter und Pioniere, in: Akzent, Magazin für Kultur und Gesellschaft (5), 2013, S. 22–27, <https://doi.org/10.5169/seals-843098>.
- Wyss, Alfred: Basler Spuren zum Thema, in: Bauen in historisch wertvollen Bereichen – Kontinuität und Wagnis. ICOMOS-Kolloquium 86 vom 25. und 26. September 1986 in Basel, Winterthur 1987.
- Wyss, Alfred: Denkmalpflege in Basel. Zum 75jährigen Bestehen der Freiwilligen Basler Denkmalpflege, in: Jahresbericht der Freiwilligen Basler Denkmalpflege 1984–1987, Basel 1988, S. 23–37.
- Yesilideniz, Mustafa: Erwartungen, Wünsche und Träume der türkisch-kurdischen Migranten und ihre Realität, in: Wicker, Hans-Rudolf (Hg.): Türkei in der Schweiz? Beiträge zur Lebenssituation von türkischen und kurdischen Migranten und Flüchtlingen in der Fremde, Luzern 1993, S. 83–94.
- Zeheter, Michael: Die Ordnung der Fischer. Nachhaltigkeit und Fischerei am Bodensee (1350–1900), Köln 2014.
- Zeller, Christian: Mobilität für alle! Umriss einer Verkehrswende zu einem autofreien Basel, Basel u. a. 1992.
- Zeugin, Ernst Werner: Pratteln. Beiträge zur Kulturgeschichte eines Bauerndorfes (1525–1900), Pratteln 1954.
- Zschokke, Friedrich: Der Lachs und seine Wanderungen, Stuttgart 1905.
- Zutavern, Julia: Politik des Bewegungsfilms, Marburg 2015.
- Webseiten und Online-Publikationen*
- Basel-Stadt, Amt für Umwelt und Energie (AUE): Altlasten Klybeck – Historische Fakten im Überblick, Webpage des AUE, <https://www.aue.bs.ch/altlasten/klybeck/historische-fakten.html>, abgerufen am 23.12.2023.
- Basler Muslim Kommission, Islamische Bestattung, <http://www.bmk-online.ch/bestattungen.html>, abgerufen am 04.12.2023.
- Baumeister, Miriam: Gammler, Rocker, Kommunarden – Notschlafstellen für Jugendliche in Basel, Webseite stadtd.geschichte.basel, 28.08.2019, https://www.stadtd.geschichtebasel.ch/index/geschichten/2019-2022/01/gammler_rocker_kommunarden.html, abgerufen am 11.07.2024.
- Ciba SC: Abschätzung der Abwasser-Mengen/Inhaltsstoffe Areal 3, Ciba SC-interner Bericht, Basel, 1999, https://www.aefu.ch/cibasc_versickerungen, abgerufen am 23.12.2023.
- Ciba-Geigy: Werk Klybeck Basel, Situation Kanalisation WAI (später WAR), Sanierungen Areal 3/6, firmeninterner Plan, 8.1982, https://www.aefu.ch/cigy_karte_kanalisation, abgerufen am 23.12.2023.
- Ciba-Geigy; CSD: Figur 71: Altlasten, firmeninterner Plan, aus: Werk Klybeck Basel, Grundwasser, hydrogeologischer und hydrochemischer Bericht, Kompilation, 1988, https://www.aefu.ch/cigy_altlasten_klybeck, abgerufen am 23.12.2023.
- Degen, Bernard; Thomi + Franck, Historisches Lexikon der Schweiz, 29.10.2013, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/041901/2013-10-29/>, abgerufen am 28.07.2024.
- Degen, Bernard; d'Aujourd'hui, Rolf; Meyer, Werner u. a.: Basel-Stadt, Historisches Lexikon der Schweiz, 30.05.2017, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007478/2017-05-30/>, abgerufen am 28.06.2022.
- Degen, Bernard; Tauber, Jürg; Meyer, Werner u. a.: Basel (Kanton), Historisches Lexikon der Schweiz, 13.01.2016, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007387/2016-01-13/>, abgerufen am 04.01.2024.
- EspaceSuisse. Schweizer Verband für Raumplanung (Hg.): densipedia.ch – Die Schweizer Plattform für Innenentwicklung und Verdichtung, <https://www.densipedia.ch/>, <https://www.densipedia.ch/zwischennutzung-ntareal-basel-aktiv>, abgerufen am 11.07.2024.
- Forter, Martin: Die BASF- und Novartis-Areale sowie Chemiemüll auf Allmend im Basler Stadtteil Klybeck: Stand der Untersuchung (historische und technische Untersuchungen 2000, 2003 und 2005 der BASF/Novartis-Fabrikareale 1, 2, 3/6 sowie Stand des Wissens zum Kinderspielplatz Ackermätteli, im Auftrag der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), Basel 21.05.2019, <https://www.aefu.ch/gutachten-klybeck>, abgerufen am 23.12.2023.
- Forter, Martin: Benzidin: Wie Kantone das Ultraragift aus den Augen verlieren, im Auftrag der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), Basel 22.03.2023, https://www.aefu.ch/benzidin_studie, abgerufen am 23.12.2023.
- «50 Jahre habs», in: Newsletter 151, Juli 2022, <https://schwulengeschichte.ch/ueber-uns/newsletter/2022/151-50-jahre-habs/>, abgerufen am 11.07.2024.
- Furger, Andres: Carrosserie Heimburger in Basel, 2014a, <https://independent.academia.edu/AndresFurger>, abgerufen am 21.11.2023.
- Furger, Andres: Die Basler Carrosserie Kauffmann, Reinbolt, 2014b, <https://independent.academia.edu/AndresFurger>, abgerufen am 21.11.2023.
- Furger, Andres: Wagenbau Kölz in Basel, 2014c, <https://independent.academia.edu/AndresFurger>, abgerufen am 21.11.2023.
- Furger, Andres: Kutschenbau in Basel im frühen 19. Jahrhundert. Die Zeichnungen von Samuel Fininger, 2014d, <https://independent.academia.edu/AndresFurger>, abgerufen am 21.11.2023.
- Gruner AG: <https://www.gruner.ch/de/ueber-gruner/standorte>, abgerufen am 25.08.2024.
- Hagmann, Daniel: Vom Suchen und Finden: Zuviel Lachs in Basel?, in: Blog des Staatsarchivs Basel-Stadt, 9. November 2015, <https://blog.staatsarchiv-bs.ch/vom-suchen-und-finden-zuviel-lachs-in-basel/>, abgerufen am 18.12.2023.
- Knechtli, Peter: Migranten sind Wahlerfolgstreiber der Basler Sozialdemokraten, in: OnlineReports, Basel, 11.05.2016, <https://www.onlinereports.ch/News.109+M5c3ab19a2b2.0.html>, abgerufen am 11.04.24.
- «Nein zum Rheintunnel», <https://neinzumrheintunnel.ch/>, abgerufen am 25.04.2024.

- Novartis Live Magazin: Aufstieg und Niedergang der Farbenchemie, [https://www.live.novartis.com/article/aufstieg-und-niedergang-der-farbenchemie1/aufstieg-und-niedergang-der-farbenchemie1-1](https://www.live.novartis.com/article/aufstieg-und-niedergang-der-farbenchemie1/aufstieg-und-niedergang-der-farbenchemie1-aufstieg-und-niedergang-der-farbenchemie1-1), abgerufen am 23.12.2023.
- Perler, André: «Rüti» und «Schwand» berichten vom historischen Kahlschlag, Blog zur Schweizer Geschichte – Schweizerisches Nationalmuseum, 01.07.2022, <https://blog.nationalmuseum.ch/2022/07/rueti-und-schwand-berichten-vom-historischen-kahlschlag/>, abgerufen am 14.07.2024.
- Rebmann, Roger Jean: Mythos Hülfenschanze – der 3. August 1833, https://altbasel.ch/dossier/huelftenschanz_intro.html, abgerufen am 14.07.2024.
- Reflekt.ch: <https://reflekt.ch/recherchen/wem-gehoert-basel/> (publ. 22.08.2021), abgerufen am 13.04.2024.
- Rosental Mitte; Immobilien Basel-Stadt: Startseite der Webpage, <https://rosentalmitte.ch/>, abgerufen am 23.12.2023.
- Sarasin, Philipp: Prostitution, Historisches Lexikon der Schweiz, 14.12.2011, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016559/2011-12-14/>, abgerufen am 28.07.2024.
- Schenk, Britta-Marie: Eine Geschichte der Obdachlosigkeit im 19. und 20. Jahrhundert (2018), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, <https://www.bpb.de/apuz/270884/eine-geschichte-der-obdachlosigkeit-im-19-und-20-jahrhundert>, abgerufen am 22.01.2022.
- Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana (Hg.): Zwischen hier und dort – Migration und Psyche. In: Pro mente sana Aktuell 3, Zürich 2016, S. 26, https://promentesana.ch/assets/publications/PMS-aktuell/16_3_pms_aktuell.pdf, abgerufen am 02.12.2023.
- Tagungsbericht: Spekulation und Spekulanten in wissenschaftlicher Perspektive. Dimensionen eines umstrittenen Phänomens, 26.11.2010–27.11.2010 Hannover, in: H-Soz-Kult, 11.01.2011, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3478, abgerufen am 13.04.2024.
- Wanner, Gustav Adolf: 50 Jahre Basler Zollfreilager 1922–1972, Basel 1972, <https://www.dreispietz.ch/dreispietz/de/entdecken/historisches.html>, abgerufen am 02.12.2024.
- Watson (:Umweltexperte): Die Chemie-Branche hat nach dem Schweizerhalle-Brand wenig gelernt, 01.11.2016, <https://www.watson.ch/schweiz/basel/340813965-umwelt-manager-die-chemie-branche-hat-nach-dem-schweizerhalle-brand-wenig-gelernt>, abgerufen am 23.12.2023.
- Wichers, Hermann: Sarasin, Karl, Historisches Lexikon der Schweiz, 08.12.2017, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/005911/2017-12-08/>, abgerufen am 25.08.2024.
- Wunderlin, Dominik: Schweizerhalle, Historisches Lexikon der Schweiz, 14.11.2011, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007549/2011-11-14/>, abgerufen am 08.07.2024.
- Yavas, Ayse; Fierz, Gaby: «Und dann fing das Leben an». Ausstellung (2022/23), <https://unddannfingdaslebenan.ch/>, abgerufen am 29.10.2023.

Bildnachweis

HMB Historisches Museum Basel
HStAS Hauptstaatsarchiv Stuttgart
KMB Kunstmuseum Basel
StABL Staatsarchiv Basel-Landschaft
StABS Staatsarchiv Basel-Stadt
SWA Schweizerisches Wirtschaftsarchiv
UB Basel Universitätsbibliothek Basel
ZB Zürich Zentralbibliothek Zürich

Umschlagabbildung:

Luftaufnahme von Basel, StABS, BALAIR 2201W

- 1 StABS, PLA 15, 1-3
- 2 Detail aus Abb. 1
- 3 StABS, BILD Visch. A 29
- 4 UB Basel, UBH Schw Ml 9a
- 5 StABS, BILD Visch. A 92.
- 6 HMB, Inv. 1920/30., Foto Andreas Niemz
- 7 HMB, Inv. 1875.31.c., Foto Peter Portner
- 8 HMB, Inv. 1949.300., Foto Maurice Babey
- 9 StABS, Planarchiv G 1,13, Eingangsnr. 742
- 10 StABS, Planarchiv Privatararchiv 511a 800 J 50, 2
- 11 StABS, NEG 1271, Foto Wolf
- 12 StABS, BILD Schn. 9, Johann Jakob Schneider
- 13 StABS, BSL 1012 500, Foto Alfred Kugler
- 14 StABS, BILD 1, 328, Th. Müller
- 15 StABS, AL 45, 1-50-7
- 16 Foto Claude Giger
- 17 Foto Claude Giger
- 18 518892236/Keystone, Foto Stefan Bohrer
- 19 Foto Claude Giger
- 20 StABS, BILD Visch. A 28, Jean Jacottet
- 21 Foto Claude Giger
- 22 StABS, BILD Falk. D 15, 3,
- 23 StABS, Planarchiv II 25,21
- 24 StABS, AL 45, 4-75-5
- 25 StABS, Bau CCC 5, Leitungskataster, Situationspläne A-Z (Baudepartement), 1917-1929
- 26 StABS, NEG A 4830
- 27 Privatararchiv Peter Röllin / Kantonale Denkmalpflege Basel-Stadt, Foto Peter Hemann
- 28 Eidenbenz CH-4102 Binningen
- 29 Privatbesitz
- 30 Aus: Glatt; Osswald 1998, S. 16
- 31 StABL, NA 2067 C 5
- 32 ZB Zürich, STF XVI, 73
- 33 KMB, Inv. G 1965.15
- 34 ZB Zürich, STF XVI, 47
- 35 StABS, Land und Wald K3, Hard, Forstfrevellregister, 1855-1870
- 36 Birsfelder Museum
- 37 StABS, Aviatik C 5
- 38 SWA, Institute 1129
- 39 StABS, BSL 1060c 3/1/2013
- 40 UB Basel, UBH Ztg 3:1858 Okt./Dez, 22.10.1858
- 41 Privatbesitz
- 42 StABS, BILD Schn. 85
- 43 StABS, BSL 1060c 3/2/490
- 44 StABS, BILD Falk. A 155a, Matthäus Merian d. Ä.
- 45 StABS, AL 45, 2-75-2
- 46 StABS, BSL 1060c 3/1/3089, Foto Jeck
- 47 StABS, BSL 1060c 3/7/306B, Foto Lothar Jeck
- 48 StABS, AL 45, 3-40-3
- 49 StABS, BSL 1013 1-813 1, Foto Hans Bertolf
- 50 StABS, BSL 1013 1-4692 1, Foto Hans Bertolf
- 51 StABS, BSL 1060c 3/10/112A, Foto Lothar Jeck
- 52 StABS, BSL 1013 1-3753 2, Foto Hans Bertolf
- 53 StABS, BSL 1060c 3/1/34, Foto Lothar Jeck
- 54 StABS, AL 31, 103-3
- 55 StABS, BILD 13, 372, Foto Kling-Jenny
- 56 StABS, NEG 10147, Foto Wolf
- 57 StABS, BALAIR 3967, Foto Balair
- 58 StABS, NEG A 1856, Foto F. Bernoulli
- 59 Privatararchiv Robert Labhardt
- 60 Kirchner 1936 IG G1000, E. L. Kirchner Archiv
- 61 UB Basel, UBH Pa 1766, S. 23, Abb. 50
- 62 Privatararchiv Christian J. Häfliger
- 63 Sozialarchiv Zürich, Sozarch Vid V_019
- 64 StABS, PD-REG 1c 5 (1) 56, Dossier Aktion Frauenzentrum, Teil 1
- 65 UB Basel, UBH ea 901, S. 112
- 66 Foto Walter & Spehr
- 67 Foto Kathrin Schulthess
- 68 Quelle: Ciba CS/Novartis 2000, Beilage 1 Übersichtspläne Werk Klybeck Areal 1-4 und 6, Situation 1889, 1905, 1945, 1999; Geodaten Kanton Basel-Stadt. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 69 Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg, HStAS, N 100 Nr. 326 Bild 2. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 70 KMB, Inv. 71, Birmann-Sammlung 1859
- 71 StABS, Fischerei-Acten B1, Rheinfischerei, Allgemeines und Einzelnes 1407-1894, Handzeichnung L 78/131 Lachswaidt
- 72 StABS, BILD Wack E61
- 73 StABS, BILD 11, 54
- 74 StABS, BILD Falk. D 15, 1
- 75 StABS, BILD PA 1121a F 3-6-58 F
- 76 StABS, BSL 1060c 3/2/226
- 77 Settelen Archiv, P.1.4.1929
- 78 StABS, PD-REG 12e 3 (1) 6_b_s
- 79 Kantonale Denkmalpflege Basel-Stadt, Foto Klaus Spechtenhauser
- 80 StABS, Planarchiv B 1, 22
- 81 StABS, NEG 3203
- 82 Quelle: UB Basel, UBH Oe 1 29, Tafel III. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 83 Quelle: <https://reflekt.ch/recherchen/wem-gehört-basel/>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 84 StABS, BSL 1022 KT 929, Foto Peter Moeschlin
- 85 StABS, BSL 1060c 3_1_2472, Foto Jeck
- 86 StABS, BSL 1013 1-279 1, Foto Hans Bertolf
- 87 StABS, NEG 21339, Foto Bernhard Wolf-Grumbach
- 88 StABS, PA1189b B 2-53 (1)10-2, Foto Bernauer
- 89 StABS, NEG 22511, Foto Bernhard Wolf-Grumbach
- 90 StABS, BSL 1060c 3_10_97A, Foto Lothar Jeck
- 91 StABS, BSL 1060c 3 1 543, Foto Lothar Jeck
- 92 StABS, BSL 1060c 3_3_147, Foto Lothar Jeck
- 93 StABS, BSL 1013 1-695 1, Foto Hans Bertolf
- 94 StABS, BSL 1060c 3_12_85, Foto Rolf Jeck
- 95 StABS, BSL 1013 1-4885 1, Foto Hans Bertolf
- 96 StABS, BSL 1013 1-3663 1, Foto Hans Bertolf
- 97 StABS, BSL 1060c 3_10_1A, Foto Jeck
- 98 StABS, Hö_A_25640, Foto Heinz Höflinger
- 99 StABS, BSL 1013 1-149 1, Foto Hans Bertolf
- 100 Foto Claude Giger
- 101 StABS, BSL 1013 1-2678 1
- 102 StABS, BILD Schn. 82
- 103 Aus: Mommsen 1962, S. 212
- 104 UB Basel, UBH Schw Ml 4
- 105 KMB, A 48 h (1886.9a), fol. 54
- 106 StABS, BSL 1060c 3/8/41
- 107 StABS, BSL 1060c 3/1/1699, Foto Lothar Jeck
- 108 StABS Falk A.482, M. Jacob Meyer
- 109 StABS, NEG A 1558, Fotos Gebr. Metz, Varady et Cie.
- 110 StABS, NEG 21667, Foto Bernhard Wolf-Grumbach
- 111 StABS, BSL 1060c 3/10/77B, Foto Lothar Jeck
- 112 StABS, NEG 1241, Foto Wolf
- 113 StABS, NEG 3057, Foto Wolf
- 114 StABS, BSL 1045i 17-2 1, Foto Hoffmann
- 115 StABS, BSL 1060c 3/10/314, Foto Lothar Jeck
- 116 StABS, BSL 1060c 3/10/315, Foto Lothar Jeck
- 117 StABS, BSL 1060c 3/1/1701, Foto Lothar Jeck
- 118 StABS, BSL 1013 1-5447 1, Foto Hans Bertolf
- 119 StABS, NEG 20747, Foto Bernhard Wolf-Grumbach
- 120 StABS, NEG 4706, Foto Wolf
- 121 StABS, BSL 1013 3-13-25 1, Foto Hans Bertolf
- 122 StABS, BSL 1013 1-647071, Hans Bertolf
- 123 StABS, BALAIR 3909, Foto Balair
- 124 StABS, BSL 1060c 3/4/15, Foto Lothar Jeck
- 125 StABS, BSL 1060c 3/1/3017, Foto Jeck
- 126 StABS, PA 1189b B 2-26 (1)1-21, Foto Theo Frey
- 127 StABS, BSL 1060b 2/1103, Foto Lothar Jeck
- 128 StABS, BSL 1060c 3/5-29/2, Foto Lothar Jeck
- 129 StABS, PA 1189b B 5-32 (1) 1-27, Foto Comet, Zürich
- 130 StABS, BSL 1060c 3/4/13, Foto Lothar Jeck
- 131 StABS, BSL 1013 1-3294 1, Foto Hans Bertolf

- 132 StABS, BSL 1060c 3/1/5258A, Foto Lothar Jeck
- 133 StABS, BSL 1060c 3/1/3020, Foto Jeck Basel
- 134 StABS, PA 1189b B 2-64 (1) 2-11-1, Foto Peter Armbruster
- 135 StABS, PA 1189b E 34 (1) 5-8, Foto Dierks
- 136 StABS, Elektrizität AA XV F 6.1.
- 137 StABS, Planarchiv Q 2, 118
- 138 StABS, NEG 7901
- 139 StABS, BSL 1012 242
- 140 StABS, AL 45, 8-100-1
- 141 StABS, AL 45, 7-67-2
- 142 StABS, NEG 6434
- 143 Quelle: StABS, Klosterarchiv Klingental GG 4; <https://srtm.csi.cgiar.org/>; Wasserflächen: OSM-Mitwirkende (<https://www.openstreetmap.org/copyright>). Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 144 StABS, Klosterarchiv Klingental GG 4
- 145 Privatarchiv Robert Labhardt
- 146 Privatarchiv Andrea Mercan
- 147 Privatarchiv Robert Labhardt
- 148 Quelle: Lea Katharina Kasper. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente

Personenregister

A

Abdülhamit II. (1842–1918) 233
Abt, Otto (1903–1982) 135
Aichner-Burckhardt, Rudolf (1836–1900) 200
Alioth-Merian, Sigismund (1881–1928) 306
Althaus, Peter F. (1931–2023) 151
Ammann-Schaffner, Bernhard (1878–1973) 306
Artaria, Paul (1892–1959) 137
Ates, Vedat (geb. 1974) 297–298

B

Bachmann, Rudolf «Ruedi» (geb. 1940) 140, 147, 151, 164
Bader, Alfred (1919–2009) 109, 135
Baldner, Leonhard (1612–1694) 174
Bernoulli, Hans (1876–1959) 212
Bernoulli-Riggenbach, Eduard (1819–1899) 306
Berri, Melchior (1801–1854) 111–112
Bertolf, Hans (1907–1976) 227
Bienz (fils), Heinrich (ca. 1760–1823) 20–22, 39
Birmann, Peter (1758–1844) 86, 89, 172
Bloch, Marcus Élieser (1723–1799) 174
Brand(t), Philipp (1833–1914) 198, 204
Braun, Georg (1541–1622) 23, 78
Bringolf, Hermann (1850–1925) 55
Bruckner, Daniel (1707–1781) 78, 87, 173, 175, 185
Büchel, Emanuel (1705–1775) 36, 52–53, 87, 176, 181, 248
Bücher, Karl (1847–1930) 207
Burckhardt, Hans Lukas «Cheese» (1924–2018) 147, 165
Burckhardt, Jacob Christoph (1818–1897) 189, 239
Burckhardt, Lucius (1925–2003) 140, 164, 225–226
Burckhardt, Lukas (1908–2003) 70
Burckhardt-Bischoff, Adolf (1826–1904) 306
Burckhardt-Sarasin, Wilhelm (1827–1908) 306
Buri, Moritz (1820–1905) 192
Buser, Barbara (geb. 1954) 154

C

Cabane, Philippe (geb. 1960) 155
Cafader-Schlöpfer, Fritz (1869–1957) 306
Camenisch, Paul (1893–1970) 135
Chovin, Jacques-Antony (1720–1776) 87, 176
Christen Vreni, Architektin (erwähnt 1974) 151
Cordasco, Michele (geb. 1956) 151

D

Dagsberger, Barbara (belegt 1519) 250
De Wette, Ludwig Wilhelm Martin Leberecht (1812–1887) 60
Demir, Mahmut (geb. 1966) 296
Demir, Yeter (geb. 1973) 297
Dietschy-Fürstenberger, Wilhelm (1863–1947) 306
Donath, Peter (geb. 1966) 162, 165

Dreyfus-Neumann, Samuel (1820–1905) 197–198
Dürst(-Habegger), Johann Georg (?–1880) 208
Duttweiler, Gottlieb (1888–1962) 295

E

Egenger, Karl (1897–1969) 255
Euphrosyne, Heilige (gest. vermutlich 383 n. Chr.) 246–249

F

Fahrner, Kurt (1932–1977) 137–139, 142–143
Falkner, Rudolf (1827–1898) 62–63
Fassbind, Fritz (1921–2011) 146
Fatio, Johannes (1649–1691) 29
Feist, Ernst (1897–1968) 134–135
Feyerabend, Franz (1756–1800) 38–39
Forter, Martin (geb. 1963) 99, 158, 240, 332
Friedrich V. (1594–1659) 171
Fürstenberger, Georg (1797–1862) 306

G

Geigy-Merian, Johann Rudolf (1830–1917) 306
Glenck, Christian Friedrich von (1779–1845) 95
Gred zem Angen (belegt um 1427) 249–250
Gruner, Heinrich (1833–1906) 229–232, 234–235, 240
Gürtler, Pierre (geb. 1938) 142

H

Haefely-Meyer, Emil (1866–1939) 306
Häni, Daniel (geb. 1966) 154
Handschin-Küderli, Karl (1889–1932) 306
Hauser, Fritz (1884–1941) 135–136
Hebel, Johann Peter (1760–1828) 40
Höfliger-Griesser, Yvonne (geb. 1948) 137
Huber, Johann Rudolf (1668–1748) 29
Hupfer, Irene (geb. 1946) 76–77, 79

J

Jeck, Lothar (1898–1983) 102, 186, 251–252
Joerin-Suter, Jean (1858–1943) 306

K

Kiefer, Georges (1861–1936) 306
Kirchner, Ernst-Ludwig (1880–1938) 136
Klein, Wilhelm (1825–1887) 57
Koechlin-Geigy, Alphons (1821–1893) 306
Koechlin-Vischer, Carl (1889–1969) 306
Kugler, Alfred (1877–1937) 274

L

La Roche-Merian, Friedrich (1868–1920) 306
Leibbrand, Kurt (1914–1985) 226
Leisler, Achilles (1723–1784) 38
Leutenegger, Filippo (geb. 1952) 152
Lindenmeyer-Seiler, Jacob Friedrich (1860–1950) 306
Linder, Hans (1848–1912) 209

Löffel, Ludwig Heinrich (erwähnt 1857–1859) 63
Lotz-Maier, Felix (1881–1969) 306
Ludwig XIV. (1638–1715) 180

M

Mangold, Fritz (1871–1944) 207–208
Mann, Erika Julia Hedwig (1905–1969) 137
Mann, Klaus (1906–1949) 137
Martin, Johannes (belegt 1867–1890) 93–94
Marx, Karl (1818–1883) 94
Mascarin, Ruth (geb. 1945) 150
Mercan, Mahmut (geb. 1963) 297–298, 300–301
Mercan-Eisenring, Andrea (geb. 1969) 300–301
Merian, Johannes (1826–1880) 63
Merian, Matthäus d. Ä. (1620–1680) 90, 118–119, 247
Merian, Peter (1795–1883) 95
Meyer-Vogel, Casimir (1830–1898) 306
Moore, J. Wasserbauingenieur (erwähnt 1865) 230
Mosis, Hans Konrad (1645–1691) 29
Müller, Johann Jakob (?–1691) 29
Müller(-Kobe), Achilles August (1877–1964) 159
Münster, Sebastian (1488–1552) 11–13, 22–23
Müry-Dietschy, Emil (1872–1950) 306

N

Napoleon Bonaparte/Napoleon I. (1769–1821) 182
Nazari, Mine (geb. 1955) 302

P

Pettenkofer, Max von (1818–1901) 59
Pfister, Annemarie (geb. 1948) 146
Praunheim, Rosa von (geb. 1942) 148
Preiswerk-Groben, Eduard (1829–1895) 306
Preiswerk-Imhoff, Wilhelm (1858–1938) 306

R

Racké, Karl (1825–1898) 198
Rasser, Alfred (1907–1977) 137
Raulff, Ulrich (geb. 1950) 189
Reckwitz, Andreas (geb. 1970) 157
Reese, Heinrich (1843–1919) 206, 208–209
Reinhard, Ernst (1889–1947) 70–71
Riggenbach, Eduard (1855–1930) 205–206
Ringle, Johann Sixt (ca. 1576–ca. 1653) 30, 32–33
Ritter, Markus (geb. 1954) 154, 224, 333
Rotzler, Willy (1917–1994) 136–137

S

Sacher, Paul (1906–1999) 137
Sarasin, Karl (1815–1886) 237
Sarasin, Lukas (Lucas) (1730–1803) 38–39
Sarasin-Stehlin, Rudolf (1831–1905) 306
Sarasin-Vischer, Rudolf (1866–1935) 306
Schär, Johann Friedrich (1846–1924) 210
Schaub, Lukas (1690–1758) 182

Scherrer, Paul (1862–1935) 306
Schlegel, Mathias (erwähnt 1858) 105–106
Schmidt, Georg (1896–1965) 135–137
Schneider, Barbara (geb. 1953) 76
Schneider, Johann Jakob (1822–1889) 111, 230
Schnyder, Karl (1931–2016) 145
Schulthess, Marguerite (1891–1973) 136
Schweizer, Hanspeter (erwähnt 1969) 139, 143
Siegfried, Paul (1878–1938) 72
Siegfried, Traugott (1851–1936) 283–284
Simmel, Georg (1858–1918) 294
Speiser-Riggenbach, Theophil (1886–1940) 306
Speiser-Sarasin, Paul (1846–1935) 205, 209–212
Staechelín-Allgeier, Gregor (1852–1929) 203
Staechelín-Maeglin, Max (1880–1968) 306
Staenglen, Gottlob Emanuel (erwähnt 1890)
232, 240
Stauffacher-Reber, Werner (1868–1932) 306
Stehlin, (Carl) Karl Rudolf (1831–1881) 197–198,
306
Stehlin-Burckhardt, Johann Jakob d. J. (1826–
1894) 112–113, 197–198
Stehlin-Hagenbach, Johann Jakob d. Ä. (1802–
1879) 112
Stockmeyer, Immanuel (1814–1894) 103
Stübben, Josef (1845–1936) 206
Sulzbachner, Max (1904–1985) 135

T

Thommen, Peter (geb. 1950) 150
Tschopp, Jakob (1937–2013) 153–154

U

Ursula, Heilige (gest. vermutlich 383 n. Chr.) 247

V

Varady, Adam (1816–1889) 58, 284
Vieira, Mary (1927–2001) 151
Vischer-Sarasin, Eduard (1843–1929) 306
Vischer-Simonius, Adolf (1879–1959) 306
Vischer-Von der Mühl, Carl (1841–1922) 306
Vock, Anna (1885–1962) 134

W

Wackernagel, Rudolf (1855–1925) 52–53
Wagner, Nicole (geb. 1959) 73–74
Walter von Klíngen (ca. 1220–1284) 290
Walter-Dürst, Bertha (1888–?) 208
Walter-Dürst, Joseph (1862–1903) 208–210
Weber, Willy (1933–1998) 139
Weber-Meier, Aloys (1858–1939) 306
Wellauer, Albert (1902–1969) 151
Werenfels, Samuel (1720–1800) 38
Wettstein, Johann Rudolf (1594–1666) 32
Wild, Albert (1870–1950) 282
Wüthrich, Ronald (geb. 1957) 154
Wulff, Katja (1890–1992) 137
Wunderle, Karl (1928–?) 253–254

Y

Yesildeniz, Mustafa (geb. 1958) 297, 299

Z

Z'berg, Jacques (belegt 1874) 200–201
Zäslin-Sulzberger, Emanuel (1825–1892) 306
Zahn-Rognon, Eduard (1820–1887) 198, 306
Zurkinden, Irène (1909–1987) 135, 139
Zwinger, Theodor (1597–1654) 32

Autorinnen und Autoren

Juri Auderset, geboren 1982, Dozent am Historischen Institut der Universität Bern und Co-Leiter Forschung im Archiv für Agrargeschichte in Bern. Publikationen unter anderem zum transatlantischen Föderalismus 1787–1848 und zur Agrarfrage in der Industriegesellschaft.

Markus Bardenheuer, geboren 1990, Studium der Geschichte in München und Leiden, Promotion in Basel zur frühmodernen Eidgenossenschaft. Gewerkschaftssekretär.

Nathalie Baumann, geboren 1976, Studium der Geschichte und Germanistik in Basel. Arbeitsfelder Journalismus, Kulturprojekte, Ausstellungen und (Wissenschafts-)Kommunikation. Seit 2020 Öffentlichkeitsarbeit und Programmkoordination an der Universitätsbibliothek Basel.

Esther Baur, geboren 1959, Studium der Geschichte und Kunstgeschichte, seit 2007 Staatsarchivarin des Kantons Basel-Stadt. Publikationen zur historischen Fotografie und zur Geschichte des autobiografischen Schreibens von Frauen. Zusammen mit Lina Gafner Herausgeberin des vorliegenden Bandes.

Alexandra Binnenkade, geboren 1969, PD Dr. für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Basel.

Jennifer Burri, geboren 1988, Studium der Geschichte und Genderforschung in Basel und Wien, Dissertation zu den migrantischen Hausangestellten in Basel, 1930–1980. Forschungen zur Geschichte der Familie und der Hausfrauen in der Schweiz. Freischaffende Historikerin (Burri Kuster Geschichte).

Lisa Cronjäger, geboren 1992, Studium der Kultur- und Medienwissenschaften in Berlin und Helsinki, 2017–2023 Lehrauftrag am Seminar für Medienwissenschaft der Universität Basel, seit 2024 Universität Lausanne. Dissertation zur Umwandlung von Wäldern im 19. Jahrhundert (Wallstein 2025).

Martin Forter, geboren 1963, Dr. Geograf, dipl. Kommunikationswissenschaftler, Journalist BR und Autor, Geschäftsleiter der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz sowie selbstständiger Altlastenexperte, speziell der chemischen Industrie, insbesondere der Basler Chemie- und Pharmakonzerne.

Lina Gafner, geboren 1982, Studium der Geschichte, Philosophie und Deutschen Literatur sowie Promotion an der Universität Bern. 2017–2022 operative Co-Leitung der Stadt.Geschichte.Basel, ab 2022 Co-Direktion des Gosteli-Archivs zur Geschichte schweizerischer Frauenbewegungen. Zusammen mit Esther Baur Herausgeberin des vorliegenden Bandes.

Mirjam Hähle, geboren 1987, 2014–2022 wissenschaftliche Mitarbeit am Departement Geschichte, 2021 Promotion an der Universität Basel. Seit 2022 am Deutschen Historischen Institut London, Habilitationsprojekt über urbane Natur in utopischen Projekten der Frühen Neuzeit.

Yves Hänggi, geboren 1988, Dr. des., Mitarbeit am Departement Geschichte der Universität Basel und in der Abteilung Gleichstellung und Diversität des Kantons Basel-Stadt, wissenschaftliche Mitarbeit beim Schweizerischen Nationalfonds.

Daniel Hagmann, geboren 1966, Dr. phil., Historiker und Erinnerungspfleger, Leiter Kommunikation und Vermittlung am Staatsarchiv Basel-Stadt.

Lea Katharina Kasper, geboren 1994, Studium der Geschichte und European Global Studies in Zürich und Basel, Doktorandin am Europainstitut der Universität Basel zum British Chamber of Commerce for Switzerland, 1920–1950, Doc.CH-Stipendiatin des SNF.

Stefan Koslowski, geboren 1963, Promotion an der Universität Bern über Stadttheater und Schaulstellungen im Basel des 19. Jahrhunderts. Unterrichtet an Universitäten und Fachhochschulen, seit 2012 im Bundesamt für Kultur. Publikationen zu kulturgeschichtlichen und -politischen Themen.

Daniel Krämer, geboren 1977, Studium der Geschichte, Medienwissenschaften und Politikwissenschaften an der Universität Bern, Dissertation zur Hungerkrise von 1816/17. Unter anderem Mitarbeit im Oeschger-Zentrum für Klimaforschung (OCCR) und in der Redaktion von «traverse».

Robert Labhardt, geboren 1947, Studium der Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte und Promotion. 35 Jahre Gymnasiallehrer, 2002–2010 Dozent für Fachdidaktik Geschichte. Diverse Publikationen zur Basler Geschichte, Mit-Initiator des Projekts Stadt.Geschichte.Basel.

Sonja Matter, geboren 1976, PD Dr., Habilitation an der Universität Freiburg zur Geschichte des sexuellen Schutzalters. Forschungsschwerpunkte unter anderem Sozial- und Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Direktorin des «Historischen Lexikons der Schweiz».

Claudia Moddemog, geboren 1971, Promotion an der HU Berlin. Freie Historikerin, Publikationen unter anderem «Zürich 1218 – ferner Anfang der Gegenwart» (2018, https://www.stadt-zuerich.ch/de/aktuell/publikationen/2018/kl-schrift-12_zuerich-1218.html) und «Königsfelden. Königsmord, Kloster, Klinik» (Hier und Jetzt 2012).

Barbara Orland, geboren 1955, bis 2022 Privatdozentin für Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Basel sowie Mitarbeiterin des Pharmaziemuseums. Forschung und Publikationen zur Geschichte der Life Sciences vom 17. Jahrhundert bis heute.

Markus Ritter, geboren 1954, Biologe und freiberuflicher Historiker. 1986 Gründung der Grünen Partei (GAB) mit Lucius Burckhardt, 1987–2001 Bürgergemeinderat und Grossrat, 2000 Grossratspräsident, 2005–2018 Mitarbeit im Generalsekretariat des Justiz- und des Präsidialdepartements Basel-Stadt.

Dominique Stéphane Rudin, geboren 1977, Studium der Geschichte und Germanistik in Basel, Promotion in Basel und Berlin zum linksalternativen urbanen Videoaktivismus der 1970er- und 1980er-Jahre. Freiberuflicher Historiker und Co-Geschäftsführer einer Kulturagentur.

Marcus Sandl, geboren 1967, Studium der Geschichte in Regensburg, Promotion in Giessen mit einer Arbeit zum ökonomischen Wissen im 18. Jahrhundert, Habilitation an der Universität Konstanz. Assistenzprofessur in Zürich, Lehraufträge in Basel und Konstanz, freiberuflicher Historiker.

Hans-Ulrich Schiedt, geboren 1958, Dr. phil. I, Historisches Institut der Universität Bern, Abt. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte; Archiv für Agrargeschichte, Bern; Stiftung für Verkehrsgeschichte ViaStoria. Publikationen zur Agrargeschichte und zur historischen Raumforschung.

Niklaus Stettler, geboren 1957, Studium der Geschichte und Soziologie mit Promotion, 2003–2022 Professor, ab 2009 Leiter des Schweizerischen Instituts für Informationswissenschaft der FH Graubünden. Co-Autor von «Baumwolle, Sklaven und Kredite» (Merian Verlag 2004).

Yiğit Topkaya, geboren 1977, Studium der Geschichte und Philosophie unter anderem in Basel, 2011 Promotion. Publikationen zur Basler und Schweizer Textilindustrie, zu Urbanisierung und Raumplanung sowie zur Religions- und Reformationsgeschichte.

Gerhard Vinken, geboren 1961, Prof. Dr., Kunsthistoriker, seit 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Denkmalpflege an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Gründungsmitglied des Bamberger Kompetenzzentrums für Denkmalpflege und Denkmalwissenschaften (KDWT).

Jakob Weber, geboren 1992, Studium der Soziologie und Geschichte an der Universität Basel und der University of Warwick. Laufende Dissertation an der Universität Bern im Rahmen des SNF-Projekts «The Inheritance of Looting: Medieval Trophies to Modern Museums».

Dank

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die diesen Band inhaltlich bereichert, kritisch begleitet und wohlwollend gefördert haben.

Bei den ersten Überlegungen zur Konzeption und Anlage des Bandes haben Benjamin Schenk und Barbara Piatti uns einen inspirierenden Input geschenkt. Einen ebenfalls frühen Beitrag zur Gesamtkonzeption hat Patrick Marcolli geleistet. Mit seiner Expertise zur Vormoderne, zur Mediengeschichte und zum Konzept Raum hat Marcus Sandl in einer ersten Phase der Überarbeitung einen wichtigen Beitrag zum Bandkonzept geleistet. Am Ende der inhaltlichen Produktionsphase steuerten Alexandra Binnenkade und erneut Benjamin Schenk ihr kritisch-gehaltvolles Feedback bei. Sehr wertvoll für uns war ferner die Unterstützung bei der Organisation und Koordination durch Nathalie Baumann. Ihnen allen möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen.

Für wichtige Inputs zu Inhalt, Konzeption und Methodik danken wir Ruth Ammann, Caroline Arni, Yvonne Boerlin-Brodbeck, Dorothee Huber, Madeleine Imhof, Isabel Koellreuter, Patrick Kury, Martin Möhle, Lukas Ott, Noah Regenass, André Salvisberg, Franziska Schürch, Dominik Sieber, Claudius Sieber-Lehmann und Klaus Spechtenhauser. Nicole Lachenmeier und Darjan Hil von Superdot Studio danken wir für den Austausch zu Infografik und der Binnenstrukturierung des Buchs.

Für die wissenschaftliche Begutachtung, die alle Texte noch einmal bereichert hat, danken wir herzlichst allen internen und externen Fachreferent:innen: Céline Angehrn, Silvia Berger Ziauddin, Tobias Ehrenbold, Gisela Hürlimann, Hans-Jörg Gilomen, Silas Gusset, Carola Jäggi, Robert Labhardt, Anna Leyrer, Jan-Friedrich Missfelder, Maurus Reinkowski, Tilo Richter, Markus Ritter, Carla Roth, Marcus Sandl, Joachim Schlör, Franziska Schürch, Daniel Sidler, Yiğit Topkaya und Christian Zumbrägel.

Der Projektleitung von Stadt-Geschichte.Basel danken wir für die durchwegs wohlwollende Begleitung des Bandes. Patrick Kury hat uns seit Projektbeginn nach Kräften unterstützt. Der direkte Draht und der kurze Weg zur Projektleitung mit Lina Gafner (bis Juli 2022 mit Patrick Kury als Co-Projektleiterin tätig) war für uns gerade in der Anfangsphase sehr hilfreich. In der Produktionsphase sorgte Cristina Münch an der Schnittstelle zwischen Grafik, Verlag und Herausgeberschaft für das Gelingen des Bandes. Weiter geht unser Dank auch an das ganze erweiterte Team von Stadt.Geschichte.Basel, namentlich Nico

Görlich, Sabina Lutz, Moritz Mähr und Moritz Twente sowie an Agnes Weidkuhn am Departement Geschichte für die Unterstützung bei der Finanzadministration.

Auch im Namen aller Autor:innen danken wir den kompetenten Mitarbeitenden der Archive, Museen und Bibliotheken für ihre unverzichtbare Hilfe bei der Recherche, der Ausleihe oder Reproduktion von Unterlagen, insbesondere den Mitarbeitenden des Staatsarchivs Basel-Stadt, des Historischen Museums und der Universitätsbibliothek Basel.

Den Mitherausgeber:innen der Stadt.Geschichte.Basel danken wir für die langjährige und kollegiale Zusammenarbeit und den fruchtbaren Austausch. Sie haben den Band kritisch, neugierig, aber stets wohlwollend begleitet. Ebenso danken wir dem Stiftungsrat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und das anhaltende Interesse für diesen etwas anders ausgerichteten Band.

Für das erste Korrektorat, die Erstellung des Personenregisters und die sorgfältige Vorbereitung des Bildmaterials in Hinblick auf die Bildredaktion danken wir Marion Benz. Ihr Sinn für die Übersicht bei einer irrwitzigen Anzahl von Details ist unübertroffen. Für das ausgezeichnete und gehaltvolle Lektorat sowie das Schlusskorrektorat danken wir unserer Lektorin Rosmarie Anzenberger.

Der Produktionsleiterin des Christoph Merian Verlag, Iris Becher, danken wir für ihre tatkräftige und umsichtige Unterstützung bei der Produktion des Bandes und dem Grafikbüro icona basel für die gelungene grafische Umsetzung, speziell die Bereitschaft, für diesen etwas anders ausgerichteten Band das Layout entsprechend anzupassen und weiterzuentwickeln.

Impressum

Stadt.Geschichte.Basel

- Band 1 Auf dem langen Weg zur Stadt.
50 000 v. Chr. – 800 n. Chr.
- Band 2 Eine Bischofsstadt zwischen
Oberrhein und Jura. 800–1273
- Band 3 Stadt in Verhandlung. 1250–1530
- Band 4 Aufbrüche, Krisen, Transformationen.
1510–1790
- Band 5 Hinter der Mauer, vor der Moderne.
1760–1859
- Band 6 Die beschleunigte Stadt. 1856–1914
- Band 7 Stadt an der Grenze in einer Zeit
der Gefährdung. 1912–1966
- Band 8 Auf dem Weg ins Jetzt. Seit 1960
- Band 9 Stadträume. Offen und begrenzt,
gestaltet und umkämpft
- Band 10 Überblicksband

Stiftungsrat

Regina Wecker, Stiftungsratspräsidentin
Andreas Burckhardt
Robert Labhardt (bis Oktober 2021)
Christoph Lanz
Antonia Schmidlin (seit Oktober 2021)
Barbara Schneider
Marie-Louise Stamm
Benedikt Wyss

Herausgeber:innengremium

Caroline Arni
Esther Baur
Susanna Burghartz
Lucas Burkart
Marc Fehlmann (bis April 2023)
Martin Lengwiler
Peter-Andrew Schwarz

Projektleitung

Patrick Kury
Cristina Münch
Lina Gafner (bis Juli 2022)

Projektleitung digital

Moritz Mähr

Vermittlung

Sabina Lutz

Data Stewards

Nico Görlich
Moritz Twente
Cristina Münch

Dank

Folgende Institutionen, Stiftungen und
Personen haben dank ihrer grosszügigen
finanziellen Unterstützung das Projekt
ermöglicht:

Kanton Basel-Stadt
Swisslos-Fonds Basel-Stadt
Swisslos-Fonds Basel-Landschaft

Christoph Merian Stiftung
Dr. H. A. Vögelin-Bienz-Stiftung
E. E. Zunft zu Hausgenossen
Ernst Göhner Stiftung
Historisch-Antiquarische Gesellschaft
zu Basel
Max Geldner-Stiftung
Moritz Straus-Stiftung
Sulger-Stiftung
UBS Kulturstiftung
Verein Basler Geschichte



Kanton Basel-Stadt



SWISSLOS-Fonds
Basel-Stadt

BASEL
LANDSCHAFT
SWISSLOS

cms
Christoph Merian Stiftung

ERNST GÖHNER STIFTUNG



m MAX GELDNER
STIFTUNG

SULGER-STIFTUNG

Ing. A. Aegerter + Dr. O. Bosshardt AG
Bank J. Safra Sarasin AG
Basel Tourismus
Bell AG
Felix Labhardt
Iseli Optik AG
K. Schweizer AG
Manor AG
Novartis
PAX, Schweizerische Lebensversicherungs-
Gesellschaft AG
Raiffeisen Schweiz AG
Rapp Management AG
Schachenmann + Co. AG
Vischer Architekten AG
Völlmy AG

Und weitere Spenderinnen und Spender,
die nicht namentlich genannt sein wollen.

Band 9

Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek: Die Deutsche Natio-
nalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Christoph Merian Verlag

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative
Commons Attribution-NonCommercial 4.0
Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Vor-
aussetzung der Namensnennung des Urhebers
die Bearbeitung, Vervielfältigung und Ver-
breitung des Materials in jedem Format oder
Medium für nicht-kommerzielle Zwecke. Eine
kommerzielle Nutzung ist nur mit gesonderter
Genehmigung des Urhebers gestattet.
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/>
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz
gelten nur für Originalmaterial. Die Wieder-
verwendung von Material aus anderen Quellen
(gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B.
Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textaus-
züge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmi-
gungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Herausgeberinnen: Esther Baur, Lina Gafner

Texte: Juri Auderset, Markus Bardenheuer,
Nathalie Baumann, Alexandra Binnenkade,
Jennifer Burri, Lisa Cronjäger, Martin Forter,
Lina Gafner, Mirjam Hähnle, Yves Hänggi,
Daniel Hagmann, Lea Katharina Kasper,
Stefan Koslowski, Daniel Krämer,
Robert Labhardt, Sonja Matter,
Claudia Modellmog, Barbara Orland,
Markus Ritter, Dominique Rudin,
Marcus Sandl, Hans-Ulrich Schiedt,
Niklaus Stettler, Yigit Topkaya,
Gerhard Vinken, Jakob Weber

Bild- und Infografikredaktion: Cristina Münch,

Nico Görlich, Moritz Twente
Korrekturat: Marion Benz, Freiburg;
Rosmarie Anzenberger, Basel
Gestaltung und Satz: icona basel
Lithos: Gremper AG, Basel/Pratteln
Umsetzung Open Access: Moritz Mähr,
Open Science Universität Basel

ISBN 978-03939-009-1 (Printausgabe)
DOI <https://doi.org/10.21255/sgb-09-486500>
merianverlag.ch
stadtgeschichtebasel.ch